
UNIV.OF
TORONTO
LIBRARY











Die Deutsche Nationalversammlung
im Jahre 1919/20

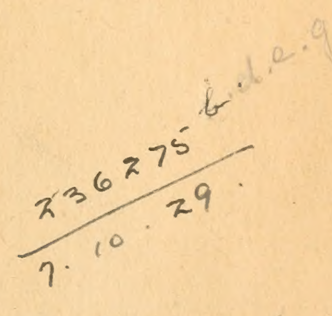
Beilagen
zu den Stenographischen Berichten
über die

öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses

2. Unterausschuß

Beilage 1

Aktenstücke zur Friedensaktion Wilsons 1916/17



1919

Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Berlin SW 48.



Teil I:

Diplomatischer Verkehr Berlin—Washington 11. April 16 — 15. Februar 17

1

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt
Eing. Berlin, 11. April 16
Telegramm Nr. 3 Washington

House schildert mir Stimmung wegen „Sussex" in sehr düsterer Färbung. Lage wird im Weißen Hause als hoffnungslos betrachtet, weil man Ansicht sei, daß deutsche Regierung trotz Abgang Tirpitz U-Boot-Krieg selbst mit bestem Willen nicht zügeln kann. Es sei bisher lediglich glücklicher Zufall, daß kein Amerikaner umgekommen wäre, und jeder Augenblick könnte Krisis bringen, die Bruch herbeiführen müßte. Amerikanische Regierung sei überzeugt, daß „Sussex" von deutschem U-Boot torpediert wäre. Wiederholung solcher Versehen müßte Vereinigte Staaten von Amerika in Krieg mit uns treiben, was Wilson sehr bedauern würde, da er in wenigen Monaten — wie ich berichtet — Frieden stiften möchte. Wenn Vereinigte Staaten in den Krieg gezogen würden, sei jede Aussicht auf baldigen Frieden verloren.

Bitte mich mit Weisung versehen, auf Grund deren ich hiesige Regierung beruhigen kann, welche jetzt wieder an unserer bona fides zweifelt.

Bernstorff

2

Staatssekretär v. Jagow an Botschafter Graf Bernstorff
Telegramm Nr. 1 Berlin, 11. April 16
Auf Nr. 3

Zur vertraulichen Mitteilung an Oberst House, nicht für Presse:

Wenn Präsident Wilson Frieden wünscht, begegnet er sich hierin völlig mit Wünschen Deutschlands, das hofft, daß Gestaltung deutsch-amerikanischer Beziehungen Zusammenwirken zur Herbeiführung Friedens ermöglichen wird.

v. Jagow

3

Botschafter Gerard an Staatssekretär v. Jagow*)

Berlin, 20. April 16

Euer Exzellenz!

.... Wenn es noch die Absicht der Kaiserlichen Regierung ist, unbarmherzig und unterschiedslos weiter gegen Handelsschiffe mit Unterseebooten Krieg zu führen ohne Rücksicht auf das, was die Regierung der Vereinigten Staaten als die heiligen und unbestreitbaren Gesetze des internationalen Rechts und die allgemein anerkannten Gebote der Menschlichkeit ansehen muß, so wird die Regierung der Vereinigten Staaten schließlich zu der Folgerung gezwungen, daß es nur einen Weg gibt, den sie gehen kann. Sofern die Kaiserliche Regierung nicht jetzt unverzüglich ein Aufgeben ihrer gegenwärtigen Methoden des Unterseeboot-Krieges gegen Passagier- und Frachtschiffe erklären und bewirken sollte, kann die Regierung der Vereinigten Staaten keine andere Wahl haben, als die diplomatischen Beziehungen zur deutschen Regierung ganz zu lösen. Einen solchen Schritt faßt die Regierung der Vereinigten Staaten mit dem größten Widerstreben ins Auge, sie fühlt sich aber verpflichtet, ihn im Namen der Menschlichkeit und der Rechte neutraler Nationen zu unternehmen....

Gerard

4

Staatssekretär v. Jagow an Botschafter Gerard

Berlin, 4. Mai 16

Der Unterzeichnete beehrt sich, im Namen der Kaiserlich Deutschen Regierung Seiner Exzellenz dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn James W. Gerard, auf das Schreiben vom 20. v. M. über die Führung des deutschen Unterseeboot-Krieges nachstehendes zu erwidern:

... Von diesem Gedanken geleitet, teilt die deutsche Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten mit, daß Weisung an die deutschen Seestreitkräfte ergangen ist, in Beobachtung der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze über Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelsschiffen auch innerhalb des Seekriegsgebiets Kauffahrteischiffe nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zu versenken, es sei denn, daß sie fliehen oder Widerstand leisten.

In dem Daseinskampf, den Deutschland zu führen gezwungen ist, kann ihm jedoch von den Neutralen nicht zugemutet werden, sich mit Rücksicht auf ihre Interessen im Gebrauch einer wirksamen Waffe Beschränkungen aufzuerlegen, wenn seinen Gegnern gestattet bleibt, ihrerseits völkerrechtswidrige Mittel nach Belieben zur Anwendung zu bringen. Ein solches Verlangen würde mit dem Wesen der Neutralität unvereinbar sein. Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß der Regierung der Vereinigten Staaten eine derartige

*) Aus der sog. 2. Sussex-Note.

Zumutung fernliegt. Dies entnimmt sie aus der wiederholten Erklärung der amerikanischen Regierung, daß sie allen Kriegführenden gegenüber die verletzte Freiheit der Meere wiederherzustellen entschlossen sei.

Die deutsche Regierung geht demgemäß von der Erwartung aus, daß ihre neue Weisung an die Seestreitkräfte auch in den Augen der Regierung der Vereinigten Staaten jedes Hindernis für die Verwirklichung der in der Note vom 23. Juli 1915 angebotenen Zusammenarbeit zu der noch während des Krieges zu bewirkenden Wiederherstellung der Freiheit der Meere aus dem Wege räumt, und sie zweifelt nicht daran, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nunmehr bei der Großbritannischen Regierung die alsbaldige Beobachtung derjenigen völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdruck verlangen und durchsetzen wird, die vor dem Kriege allgemein anerkannt waren und die insbesondere in den Noten der Amerikanischen Regierung an die Britische Regierung vom 28. Dezember 1914 und vom 5. November 1915 dargelegt sind. Sollten die Schritte der Regierung der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewollten Erfolge führen, den Gesetzen der Menschlichkeit bei allen kriegführenden Nationen Geltung zu verschaffen, so würde die deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenübersehen, für die sie sich die volle Freiheit der Entschließung vorbehalten muß. . . .

v. Jagow

5

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 4. Mai 16
Telegramm Nr. 22 — Washington
Antwort auf Nr. 9 und 11, sowie im Anschluß an Nr. 173

House sagte mir, Gerard sei schon auf seinen Wunsch über Minimum Forderungen hiesiger Regierung informiert worden. Wilson wird stark beeinflußt durch Friedensstimmen. Selbst anti-deutscher Ring wünscht Beendigung des Krieges, da sonst finanzielle Verluste befürchtet werden. Meine Vorschläge beruhen auf Gedanken, daß Unterseeboot-Krieg nach internationalem Recht alsdann geführt doch wertlos sei und Beginn von Friedensverhandlungen doch wichtiger. . . . Ich fürchte, daß Führung U-Boot-Krieges als Kreuzerkrieg nur Aufschub Bruchs bedeutet, da sicher neue Zwischenfälle eintreten werden.

Bernstorff

6

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 6. Mai 16
Telegramm Nr. 26 — Washington, 4. Mai 16

House sagte mir, Gerard habe telegraphiert, daß wir Friedensvermittlung Präsidenten annehmen würden und daß Houses Besuch in Berlin

zu diesem Zweck willkommen sei. Hier über Lösung Unterseeboot-Frage noch nichts bekannt. Friedensvermittlung hängt natürlich vom glatten Verlauf ab, welcher noch immer am leichtesten zu erreichen wäre durch Pause Unterseeboot Krieg während Verhandlung.

Bernstorff

7

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 22 Berlin, 6. Mai 16

Auf Nr. 26

Zu Euer Exzellenz Orientierung:

Wir hoffen, daß unsere Note und großes Zugeständnis Zustand Mißtrauens endgültig beseitigt und Aera gegenseitiger vertrauensvoller Beziehungen eröffnet. Animosität hiesiger öffentlicher Meinung gegen Wilson wegen Ton und Inhalt seiner Note und wegen Eindrucks der Parteinahme gegen uns allerdings so groß, daß eine öffentlich erkennbare Aktion gegenüber England vorhergehen muß, bevor er als unparteiischer Friedensanreger von deutschem Volk akzeptiert würde. Insofern ist Gerards Telegramm übereilt. Unterläßt Wilson eine derartige Aktion, so besteht Gefahr, daß sich Animosität unheilbar vertieft und Möglichkeit der Friedensvermittelung in weiteste Ferne gerückt wird. Letzten Endes bleibt Anbahnung Friedens natürlich immer erwünscht. Vorgehen gegen England erscheint aber auch notwendig, um dort Nachgiebigkeit zu erzeugen, wenn nicht schließlich ein lediglich England günstiger Frieden zustande kommen soll.

Gelingt es nicht, England zu der Bereitwilligkeit zu bestimmen, mit uns, wenn auch vielleicht zunächst inoffiziell, über Frieden zu sprechen, so entsteht, da England wohl keinesfalls zur Rückkehr zur Londoner Deklaration zu bewegen sein wird, für uns nach der großen, im letzten Ende die Aufgabe des U-Boot-Krieges in sich schließenden Konzession ein völlig unhaltbarer Zustand.

Besuch von House hier jederzeit sehr willkommen. Drahtbestätigung.

Bethmann Hollweg

8

Botschafter Gerard an Staatssekretär v. Jagow

Berlin, 10. Mai 16

Euer Exzellenz!

Ich habe die Ehre, auf Weisung meiner Regierung Euer Exzellenz die folgende Antwort auf die Note Euer Exzellenz vom 4. Mai 1916 mitzuteilen:

Die Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. Mai 1916 ist von der Regierung der Vereinigten Staaten sorgfältig erwogen worden. Es ist besonders an ihr beachtet worden, daß sie als Absicht der Kaiserlichen

Regierung für die Zukunft kundgibt, „daß sie ein Letztes dazu beitragen will, um — solange der Krieg noch dauert — die Beschränkung der Kriegführung auf die kämpfenden Streitkräfte zu ermöglichen", und daß die Kaiserliche Regierung entschlossen ist, allen ihren Seebefehlshabern die Beschränkungen nach den anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen aufzuerlegen, auf denen die Regierung der Vereinigten Staaten in all den Monaten bestanden hat, seit die Kaiserliche Regierung am 4. Februar 1915 ihre jetzt glücklicherweise aufgegebene Unterseebootspolitik ankündigte. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich in ihren geduldigen Bemühungen um einen freundschaftlichen Ausgleich der aus jener Politik erwachsenen kritischen Fragen, welche die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern so ernst bedrohten, beständig durch Beweggründe der Freundschaft leiten und zurückhalten lassen. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird sich darauf verlassen, daß die jetzt geänderte Politik der Kaiserlichen Regierung hinfort eine gewissenhafte Ausführung finden wird, die die hauptsächlichste Gefahr für eine Unterbrechung der guten, zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bestehenden Beziehungen beseitigen wird. Die Regierung der Vereinigten Staaten hält für notwendig, zu erklären, daß sie es für ausgemacht ansieht, daß die Kaiserliche Regierung nicht beabsichtigt, zu verstehen zu geben, daß die Aufrechterhaltung der neuangekündigten Politik in irgendeiner Weise von dem Verlauf oder Ergebnis diplomatischer Verhandlungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und irgendeiner anderen kriegführenden Regierung abhänge, obwohl einige Stellen in der Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. d. M. einer solchen Auslegung fähig sein könnten. Um jedoch die Möglichkeit eines Mißverständnisses zu vermeiden, teilt die Regierung der Vereinigten Staaten der Kaiserlichen Regierung mit, daß sie keinen Augenblick den Gedanken in Betracht ziehen, geschweige denn erörtern kann, daß die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See von seiten der deutschen Marinebehörden in irgendeiner Weise oder im geringsten Grad von dem Verhalten irgendeiner anderen Regierung, das die Rechte der Neutralen und Nichtkämpfenden berührt, abhängig gemacht werden sollte. Die Verantwortlichkeit in diesen Dingen ist getrennt, nicht gemeinsam; absolut, nicht relativ. . . .

Gerard

9

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 24. Mai 16

Telegramm Nr. 38 — Washington, 18. Mai 16

Antwort auf Telegramm 26 und im Anschluß an Telegramm 36.

Ich verhandele vertraulich unter Mitwirkung House über Erledigung noch schwebender Fragen wie „Lusitania" und „Igel", damit völlig reiner Tisch geschaffen wird. Stimmung hier jetzt günstiger wegen der Wirkungen der irischen Hinrichtungen. Wilson hält Konflikt mit uns für

erledigt und wünscht Beruhigung und baldige Friedensstiftung. Lansings Aeußerung über englisch-amerikanische Vertragspflicht bezieht sich auf Bryans Vertrag. Er wollte andeuten, daß Krieg mit England über Blockade ausgeschlossen sei und deshalb Pressionsmittel fehlen. Aeußerung zusammenhängt mit der von mir gemeldeten hiesigen Auffassung, daß es leichter sei, den Krieg zu beendigen, als England zur Aufhebung der Blockade zu zwingen.

Kommen meine Berichte an, hier geht fast gar kein Erlaß mehr ein.

Bernstorff

10

Staatssekretär v. Jagow an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 56 Berlin, 7. Juni 16

Geheim

Mehr als ein Monat ist seit unserer letzten Note an die Vereinigten Staaten in der Unterseebootfrage verstrichen, ohne daß sich Präsident Wilson bei der englischen Regierung zu irgendeinem Schritt in der Blockadefrage entschlossen hätte. Ich erwarte zwar nicht, daß sich England unter der Einwirkung der Vereinigten Staaten zu einem Verzicht auf seine völkerrechtswidrigen Maßnahmen verstehen würde, ebenso wenig nehme ich an, daß eine Zurückweisung der amerikanischen Forderungen durch England zu einer ernstlichen Trübung der Beziehungen beider Länder führen würde. Schon der bestehende Schiedsvertrag, der es ermöglicht, äußerstenfalls die Erledigung der Streitpunkte auf die lange Bank zu schieben, schließt das aus. Aber die völlige Passivität Herrn Wilsons, die erklärlich war, solange er den Anschein zu vermeiden wünschte, unter deutschem Druck zu handeln, die aber auf die Dauer hiermit nicht zu rechtfertigen ist, muß unsere öffentliche Meinung sehr ungünstig beeinflussen und versetzt die K. Regierung in die denkbar schwierigste Lage.

Euere Exzellenz werden schon aus den dorthin gelangten Nachrichten entnommen haben, daß unser Zurückweichen in der Unterseeboot-Frage vor Amerika von weiten und einflußreichen Kreisen in Deutschland mißbilligt wird. Verharrt Präsident Wilson noch länger in seiner Untätigkeit gegenüber England, so ist zu befürchten, daß auch der Teil der deutschen öffentlichen Meinung, der die Haltung der Regierung bis jetzt gebilligt hat, sich den Gegnern der Regierungspolitik anschließt und daß die gesamte öffentliche Meinung in Deutschland die Wiederaufnahme des Unterseeboot-Krieges in den früheren Formen gebieterisch fordert. Die K. Regierung würde dann um so weniger in der Lage sein, sich dieser Forderung auf die Dauer zu widersetzen, als alle militärischen Stellen nach wie vor den rücksichtslosen Unterseeboot-Krieg als das einzig wirksame Kriegsmittel zur völligen Niederkämpfung Englands ansehen und empfehlen. Dazu kommt, daß, wie wir aus ganz geheimen Quellen wissen, die Entente eine noch weitere erhebliche Verschärfung der Blockademaßnahmen beschlossen und gleichzeitig vereinbart hat. Proteste der Neutralen, insbesondere aber

Amerikas, in Zukunft mit dem Argument zurückzuweisen, daß nur auf diese Weise eine auch im Interesse der Neutralen liegende Beendigung des Krieges herbeigeführt werden könne. Euere Exzellenz wollen daher den Präsidenten Wilson durch Herrn House auf die ernsten Gefahren aufmerksam machen lassen, die seine Passivität England gegenüber in sich birgt.

Was die Friedensvermittelungsabsicht Herrn Wilsons betrifft, so findet dieselbe einstweilen ja in England lebhaften Widerspruch. Es kann uns nur willkommen sein, wenn die Ablehnung von England ausgeht, denn es liegt nun auf der Hand, daß wir der Vermittelung eines in seinen ganzen Auffassungen dem englischen Standpunkt so weit zuneigenden und überdies so naiven Staatsmannes wie Präsident Wilson skeptisch gegenüberstehen. Dazu nötigt schon die Erwägung, daß der Präsident voraussichtlich bemüht sein würde, den Frieden im wesentlichen auf der Grundlage des status quo ante, insbesondere auch bezüglich Belgiens, herbeizuführen. So wenig es sich auch heute noch übersehen läßt, inwieweit wir in der Lage sein werden, eine unseren Interessen entsprechende Lösung der belgischen Frage herbeizuführen, die durch den Krieg aktuell geworden ist, so läßt sich doch heute so viel schon sagen, daß bei weiterem für uns günstigen Fortgang des Krieges ein Friede auf der Grundlage des absoluten status quo ante für uns unannehmbar ist. So wie der Präsident seine Rolle auffaßt, als berufener Schirmherr alles dessen, was nach seiner Auffassung Recht und Gerechtigkeit ist, ist zu befürchten, daß unsere Weigerung, auf dieser Grundlage Frieden zu schließen, ihn veranlassen könnte, dann offen in das Lager unserer Feinde überzugehen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die öffentliche Meinung in England mit der Zeit sich Herrn Wilson und seinem Vermittelungswunsch wieder zuwendet. Sobald die Vermittelungsabsichten Herrn Wilsons drohen, konkretere Formen anzunehmen, und auf englischer Seite die Neigung erkennbar wird, auf sie einzugehen, wird es daher die Aufgabe Euerer Exzellenz sein, zu verhindern, daß Präsident Wilson mit einem positiven Vermittelungsvorschlag an uns herantritt. Die Wahl der Mittel, um dieses Ziel ohne Gefährdung unserer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu erreichen, glaube ich dem diplomatischen Geschick Euerer Exzellenz überlassen zu dürfen, da ich von hier aus die dortige Lage der Dinge nicht zu übersehen vermag.

v. Jagow

11

Staatssekretär v. Jagow an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 39 — Berlin, 12. Juni 16

Ganz geheim

Militär und Marine drängen von neuem auf U-Boot-Krieg als einziges Kampfmittel gegen England, besonders gegen dessen Blockade, gegen welche Präsident Wilson noch nichts unternommen hat und auch wohl kaum unternehmen wird.

läßt sich jetzt einigermaßen beurteilen:

1. ob Wilson nach der Nomination es noch zu Bruch und Krieg treiben würde, selbst wenn wir bei neuem U-Boot-Krieg Menschenleben schonen?

2. Wie sich republikanischer Kandidat dazu stellen würde?

Wilsons Friedensvermittelung findet bei öffentlicher Meinung in England Ablehnung und wäre im Grunde auch uns unerwünscht, weil zu unpopulär.

v. Jagow

12

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 22. Juni 16

Telegramm Nr. 57 Washington

Vorausgesetzt, daß mit Aufnahme U-Boot-Krieges offiziell oder stillschweigend Zurücktreten von Zusicherungen gemeint ist, welche wir in Note vom 4. Mai gegeben, so würde eine solche Zurücknahme oder Abschwächung unserer Konzessionen m. E. zum Bruch und Eintritt Kriegs führen. Wilson würde bei Nachgiebigkeit jede Hoffnung auf Wiederwahl verlieren und Hughes, der schon als deutscher Kandidat verdächtigt wird, könnte erst recht nicht Nachgeben empfehlen. Wegen Friedensvermittelung und Blockade stehe ich fortgesetzt mit House in Verbindung. Ersteres im Laufe des Sommers bestimmt zu erwarten, schon aus Wahlrücksichten; vermutlich wird Wilson unseren Feinden vorhalten, daß er in Blockadefrage scharfe Maßregeln ergreifen müsse, wenn es nicht zum Frieden käme.

Bernstorff

13

Botschafter Graf Bernstorff an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

Eing. Berlin, 16. August 16

Nr. 350 Rye, 13. Juli 16

Antwort auf Erlaß A 56

Die Passivität Herrn Wilsons, der nur den einen Gedanken hat, wiedergewählt zu werden, erklärt sich in erster Linie dadurch, daß von seiten der hiesigen öffentlichen Meinung keinerlei Druck auf ihn ausgeübt wird, gegen England vorzugehen. Es fehlen bekanntlich hier alle Vorbedingungen für eine solche Aktion. Diejenigen amerikanischen Kreise, welche durch die englische Blockade finanzielle Verluste erleiden, kommen nicht in Betracht gegenüber dem ungeheuren Goldstrom, den unsere Feinde, ohne im einzelnen zu knausern oder „graft“ übel zu nehmen, über dieses Land ergossen haben. Im übrigen sind die Gedankengänge Herrn Wilsons über eine von ihm England gegenüber zu unternehmende Aktion ungefähr die gleichen, die Euere Exzellenz zum Ausdruck gebracht haben. Er glaubt

eben nicht, daß er irgendwelchen Erfolg haben wird, da er kein Pressionsmittel hat. Niemand würde ihm glauben, wenn er England mit Krieg bedrohte.

Anders liegt die Sache hinsichtlich des bekannten Wunsches des Präsidenten, den Frieden in Europa herbeizuführen. Hierin hat er jetzt fast die gesamte amerikanische öffentliche Meinung hinter sich. Auch glaubt er, daß unsere Feinde nach dem zu erwartenden Mißlingen ihrer gegenwärtigen Offensive bereit sein werden, in Friedensverhandlungen einzutreten. Wenn er sich in dieser Annahme täuscht und unsere Feinde eine entsprechende amerikanische Aufforderung ablehnen, so ist damit die Hauptfrage erledigt, auf welche sich die mir von Euerer Exzellenz erteilten Weisungen bezogen. Indessen wird Herr Wilson schon aus Wahlrücksichten sicher den Versuch machen, den Frieden herbeizuführen. Deshalb möchte ich Euere Exzellenz gehorsamst bitten, mir nochmals eine kurze telegraphische Weisung zu erteilen, wie ich die Worte „konkretere Formen der Vermittelungsabsichten" und „positiven Vermittelungsvorschlag" aufzufassen habe. Ich nehme an, daß die meisten meiner gehorsamen Berichte erst gleichzeitig mit diesem in die Hand Euerer Exzellenz gelangen werden. Auch war Herr Gerard, als Euere Exzellenz mit ihm Anfang Mai über die Friedensvermittelung sprachen, wohl nicht genau über die Absichten des Präsidenten unterrichtet. Jedenfalls hat er sich über die Haltung getäuscht, welche Euere Exzellenz einer amerikanischen Friedensanregung gegenüber einnehmen wollen. Auf Grund eines damaligen Telegramms Herrn Gerards glaubte Herr Wilson, daß die Kaiserliche Regierung seine Vermittelung annehmen würde, und ich schwächte daraufhin weisungsgemäß bei Herrn House diesen Eindruck ab. Soweit mir bekannt, will Herr Wilson sich durchaus nicht in territoriale Fragen einmischen, sondern sich nur für „Abrüstung" und „Freiheit der See" interessieren. Es schwebt ihm eine Konferenz im Haag vor, an welcher Vereinigte Staaten und die anderen neutralen Mächte nur insoweit teilnehmen sollen, als die beiden erwähnten Fragen in Betracht kommen. Die „Abrüstung" mag uns zwar sehr unerwünscht sein, doch dürfte andererseits die „Freiheit der See" uns zweifellos mit den Vereinigten Staaten zusammenführen. Wenn es einmal zu Friedensverhandlungen zwischen den Kriegführenden kommt, halte ich es — selbst bei einem Scheitern derselben — für ausgeschlossen, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg gegen uns eintreten würden. Dafür ist die Friedensstimmung hier zu stark. Es bedürfte schon der hysterischen Aufregungen, welche der „Lusitania"-Fall und die damit in Verbindung stehenden Vorgänge verursachten, um die Amerikaner in eine Aufregung zu versetzen, aus der heraus zeitweilig Krieg mit uns unvermeidlich schien. Ohne ähnliche Zwischenfälle wäre eine gleiche Stimmung nicht mehr hervorzurufen. Die Bewunderung, welche die Fahrt des Unterseeboots „Deutschland" hier allgemein erregte, zeigte deutlich, welcher Wind jetzt hier weht.

Meine oben ausgesprochene Bitte tat ich deswegen, weil ich es für ausgeschlossen halte, Herrn Wilson daran zu verhindern, eine Friedensaktion zu unternehmen. Ich bin aber im Zweifel, ob Euere Exzellenz

mit einem „positiven Vermittelungsvorschlag“ nicht etwa nur einen solchen meinen, wie ihn Herr Roosevelt nach dem russisch-japanischen Kriege machte. Bei dieser Gelegenheit fanden bekanntlich die Verhandlungen unter direktem amerikanischen Einfluß statt. Das will Wilson, wie gesagt, gar nicht. Er wünscht nur, den Friedensanreger zu spielen; er möchte das Verdienst erwerben, die Kriegführenden dazu gebracht zu haben, miteinander zu verhandeln. Ein solcher Erfolg dürfte bei der hiesigen Stimmung vermutlich seine Wiederwahl sichern. Ich bin daher überzeugt, daß der Präsident in einigen Wochen eine Friedensanregung machen wird, falls sich bis dahin die Fruchtlosigkeit der Offensive unserer Feinde ergeben hat. Herr Wilson will dann den Engländern sagen, daß er aus innerpolitischen Gründen genötigt sein würde, scharf gegen die Blockade aufzutreten, falls es nicht zu Friedensverhandlungen komme. Für mich entsteht nun die Frage, ob ich versuchen muß, eine solche Anregung zu verhindern. Natürlich könnte ich bei Herrn House stark abwiegeln, Wilson würde aber sofort den Verdacht bekommen, daß wir schon mit seinem Nachfolger rechnen und Herrn Hughes die Ehre der Friedensanregung zuwenden wollen.

Soweit ich es von hier aus beurteilen kann, scheint es nur drei Möglichkeiten zu geben:

1. Die Wilsonsche Friedensanregung scheitert an dem Widerspruch unserer Feinde. Dann ist, falls wir, um England niederzuzwingen, den Unterseeboot-Krieg wieder aufnehmen wollen, die Lage jedenfalls günstiger für uns als vorher.
2. Die Friedensanregung scheitert an unserem Widerspruch und wir nehmen den Unterseeboot-Krieg wieder auf.
3. Die Friedensanregung wird von beiden kriegführenden Teilen angenommen.

Im ersten Falle halte ich den Krieg mit den Vereinigten Staaten für wahrscheinlich, im zweiten für sicher. Dadurch erklärt sich meine Bitte um eine bestimmte Weisung, ob ich eine Friedensanregung verhindern soll, oder nur einen positiven Vorschlag, der uns hinsichtlich territorialer Bedingungen binden würde.

Bernstorff

14

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 260 Berlin, 18. August 16

Auf Bericht 350 vom 13. d. M.

Eine Vermittelung des Präsidenten, die den Beginn von Friedensverhandlungen der Kriegführenden untereinander herbeiführen will, sind wir gern bereit, anzunehmen. Bitte, hierauf gerichtete Tätigkeit des Präsidenten nachdrücklich ermutigen. Natürlich darf uns nicht zugemutet werden, uns bei Annahme solcher Vermittelung auf irgendwelche konkrete Friedensbedingung zu verpflichten. Allgemeine Friedenskonferenz unter Beteiligung der Neutralen nur im Anschluß an vorangegangene erfolgreiche

Friedensverhandlungen unter Kriegführenden über allgemeine völkerrechtliche und internationale Fragen von Freiheit der See, Abrüstung letzten Endes erträglich.

Bethmann Hollweg

15

Botschafter Graf Bernstorff an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

Eing. Berlin, 30. August 16

Nr. 291 Washington, 28. Mai 16

Im Anschluß an Bericht 276 vom 17. Mai d. J.

. . . Die Friedenspläne Präsident Wilsons werden immer greifbarer. Es fragt sich nur, ob er genügend Autorität haben wird, um unsere Feinde zum Eintritt in Verhandlungen zu zwingen. Oberst House ist überzeugt, daß Herr Wilson Erfolg haben wird. Dem Präsidenten schwebt die Berufung einer Konferenz nach dem Haag vor, an welcher die Neutralen nur insoweit teilnehmen sollen, als es sich um die „Freiheit der See“ handelt. Falls die Sache zustande kommt, wird Oberst House jedenfalls an der Konferenz teilnehmen, wenn auch vielleicht nicht als der amtliche amerikanische Vertreter. Sein Einfluß dürfte aber sehr groß werden, da niemand anders im wirklichen Meinungsaustausch mit Herrn Wilson steht. Der letztere ist immer noch der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten sich keinesfalls in die eigentlichen Friedensbedingungen einmischen sollten. Er und sein „alter ego“ sind indessen vorläufig sehr besorgt, daß unsere Feinde halsstarrig bleiben könnten, weil sie den Eindruck hätten oder zu erwecken suchten, als handle der Präsident im deutschen Auftrage, wenn er seine Friedensaktion beginne. Von England aus wird letzterer Gedanke allerdings immer wieder in die Diskussion geschoben. Einmal heißt es, Fürst v. Bülow komme hierher, um Herrn Wilson die deutschen Friedensbedingungen zu unterbreiten; ein andermal, daß Deutschland der Hungersnot nahe sei und deshalb um Frieden bitten müsse. Diesen Bemühungen unserer Feinde sollten wir soviel wie möglich entgegentreten. Allzu großen Schaden werden sie hoffentlich nicht anrichten, weil die Friedensstimmen im amerikanischen Volk ständig wachsen und Herr Wilson wohl mit Sicherheit auf seine Wiederwahl rechnen kann, wenn er eine Friedenskonferenz zustande bringt. Deshalb werden wir täglich hier an Terrain gewinnen, solange es den Anschein hat, daß wir bereit sind, der amerikanischen Friedensaktion entgegenzukommen, während unsere Feinde sich ablehnend verhalten. Das amerikanische Volk ist nun einmal pazifistisch gesinnt. Es wird täglich klarer, wie schwer es ist, hier eine Stimmung für Kriegsbereitschaft usw. hervorzurufen. Wer lange hier gelebt hat, kann sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß friedlicher Gelderwerb der Lebensinhalt des Amerikaners ist. Nur wenn er glaubt, es sei ihm ein schweres Unrecht geschehen, läßt er sich in eine hysterische Kriegsstimmung versetzen. Warum sollten auch kriegerische Gelüste im Herzen eines Volkes wohnen, dessen Grenzen noch lange nicht zu eng sind, das

niemals einen Feind innerhalb derselben gesehen hat und nach menschlicher Berechnung auf absehbare Zeit hinaus auch nicht sehen kann.

Bernstorff

16

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 74 Berlin, 2. September 16

Geheim

Unsere Westfront steht fest. Ostfront durch Kriegserklärung Rumäniens natürlich etwas gefährdet. Aufrollung der Front oder Zusammenbruch Oesterreichs aber nicht zu besorgen. Türkei und Bulgarien zuverlässig. Griechenland unsicher. Hoffnung, vor Winter durch Kriegsmüdigkeit Rußlands oder Frankreichs zum Frieden zu kommen, durch diese Entwicklung verringert. Erscheint, wenn im Osten keine größere Katastrophe eintritt, Friedensvermittelung Wilsons möglich und erfolgreich, wenn wir Belgiens bedingte Wiederherstellung zusichern? Andernfalls müßte rücksichtsloser U-Boot-Krieg ernst erwogen werden. Erbitte lediglich Ihre persönliche Ansicht, ohne nach irgendeiner Seite Andeutung zu machen.

Bethmann Hollweg

17

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 12. September 16

Telegramm Nr. 100

Antwort auf Telegramm Nr. 260 vom 18. August

Friedensvermittelung Wilsons bis auf weiteres aufgeschoben, weil augenblicklich aussichtslos wegen Eintritts Rumäniens und dadurch hervorgerufener Siegeszuversicht unserer Feinde. Wilson glaubt, vor den Wahlen nicht mehr vermitteln zu können, weil England ihn bis nach dem Wahltag dilatorisch behandelt und ihn, wenn er nicht wiedergewählt würde, kühl abweisen dürfte. Falls aber Wilson bei den Wahlen siegt, wofür Aussichten jetzt günstig, und bis dahin Stillstand in Kriegsoperationen eingetreten ist, will Präsident sofort Vermittlung eintreten lassen. Er glaubt dann stark genug zu sein, um Friedenskonferenz zu erzwingen.

Wilson betrachtet es als amerikanisches Interesse, daß keiner der Kriegführenden entscheidenden Sieg erringt. Bernstorff

18

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 12. September 16

Telegramm Nr. 101 Washington, 8. September 16

Antwort auf Nr. 74

Frage im wesentlichen durch mein Telegramm 100 beantwortet, es sei denn, daß Euere Exzellenz beabsichtigen, selbst Wilsons Vermittelung

anzuregen. Soweit Vereinigte Staaten von Amerika sich Territorienfrage einmischen werden — was ich bisher immer kategorisch ablehnte —, dürfte Wiederherstellung Belgiens hauptsächlichstes Amerika-Interesse bilden, weil öffentliche Meinung fast ausschließlich daran teilnimmt.

Wenn Wilson wiedergewählt wird, halte ich seine Vermittelung noch vor Jahresschluß für sehr aussichtsvoll.

Von hier aus betrachtet, erscheint Erreichung Friedens durch rücksichtslosen Unterseebot-Krieg hoffnungslos, weil dadurch Vereinigte Staaten unbedingt sicher in den Krieg gezogen würden — gleichgültig, wie die Wahlen ausfallen — und infolgedessen Krieg nur verlängert werden dürfte.

Bernstorff

19

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 90 — Berlin, 25. September 16

Wiederholung von Nr. 89

Zu Eurer Exzellenz persönlichen Information:

Absicht der Entente, unsere Fronten zu durchbrechen, bisher nicht gelungen und wird nicht gelingen, ebensowenig wie offensive Operation von Saloniki her und in Dobrudscha. Dagegen nehmen Operationen Mittelmächte gegen Rumänien erfreulichen Verlauf. Ob es hier aber gelingen wird, schon dieses Jahr einen den Krieg beendigenden Erfolg zu erringen, ist noch zweifelhaft; daher muß vorläufig auch mit längerer Kriegsdauer gerechnet werden. Demgegenüber verspricht sich Kaiserliche Marine durch rücksichtslosen Einsatz vermehrter U-Boote angesichts wirtschaftlichen Lage Englands schnellen Erfolg, der den Hauptfeind England in wenigen Monaten dem Friedensgedanken geneigter machen würde. Deshalb muß Oberste Kriegsleitung rücksichtslosen U-Boot-Krieg in ihre Maßnahmen einbeziehen, u. a. auch um Lage an Somme-Front durch Verminderung Munitionszufuhr zu entlasten und Entente das Vergebliche ihrer Anstrengungen an dieser Stelle vor Augen zu führen.

Fortsetzung folgt

Bethmann Hollweg

Telegramm Nr. 91

Im Anschluß an Nr. 90

Gesamtlage würde sich ändern, falls Präsident Wilson, seinen angedeuteten Absichten folgend, den Mächten einen Friedensvermittelungsvorschlag macht. Dieser müßte allerdings ohne bestimmte Vorschläge territorialer Art gehalten sein, da diese Fragen Gegenstand der Friedensverhandlungen seien. Eine diesbezügliche Aktion müßte aber bald erfolgen, da wir sonst nicht länger ruhig zusehen könnten, wie England in Erkenntnis der vielen Schwierigkeiten, mit denen es zu rechnen hat, ungehindert einen immer stärkeren Druck auf Neutrale ausübt, um seine militärische und wirtschaftliche Lage zu unseren Ungunsten zu verbessern, und wir darum die Freiheit

des Handelns wieder erlangten, die wir uns in Note vom 4. Mai d. J. vorbehielten. Wollte Herr Wilson bis kurz vor oder nach seiner Wahl warten, so würde er zu einem solchen Schritte kaum mehr Gelegenheit finden. Auch dürften die Verhandlungen nicht erst auf Abschluß eines Waffenstillstands abzielen, sondern müßten lediglich unter den Kriegsparteien geführt werden und innerhalb kurzer Frist unmittelbar den Präliminarfrieden bringen.

Fortsetzung folgt

Bethmann Hollweg

Telegramm Nr. 92
Im Anschluß an Nr. 91

Ein längeres Hinausziehen würde die militärische Lage Deutschlands verschlechtern und auch weitere Vorbereitungen der Mächte zur Fortsetzung des Krieges bis in das nächste Jahr zur Folge haben, so daß an einen Frieden in absehbarer Zeit dann nicht mehr zu denken wäre.

Euere Exzellenz wollen Angelegenheit mit Oberst House vorsichtig besprechen und die Absichten des Herrn Wilson in Erfahrung bringen. Eine Friedensaktion des Präsidenten, die nach außen hin spontan erscheinen müßte, würde bei uns ernsthaft in Erwägung gezogen werden, und dies würde ja auch für die Wahlkampagne Herrn Wilsons schon einen Erfolg bedeuten.

Gerard hat auf Privatbrief von House Urlaub erbeten, aber vom Staatsdepartement keine Antwort erhalten.

Bethmann Hollweg

20

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 8. Oktober 16
Telegramm Nr. 121 Washington, 5. Oktober 16

Nr. 89 weisungsgemäß besprochen.

Hiesige Sachlage unverändert, wie Telegramm Nr. 100 und 101 darstellen.

Vorbehaltlich Möglichkeit Ueberraschung durch Krieg und Wahlkampf will Wilson aus angegebenen Gründen erst Vermittelung versuchen, wenn wiedergewählt. Ausgang Wahlkampfes, ausschließlich um auswärtige Politik dreht, ganz unsicher. Präsident erweist sich überraschend stark. Wenn rücksichtsloser U-Boot-Krieg wirklich unvermeidlich, rate dringend, mindestens bis nach Wahlen aufschieben, jetzt wäre sofortiger Bruch mit Vereinigten Staaten sicher zu erwarten, nach Wahlen dagegen ist in einem Falle Wilsons Vermittelung wahrscheinlich, im anderen wenigstens eine schwache Möglichkeit vorhanden, durch Verhandlung mit Vereinigten Staaten einen modus vivendi zu finden.

Bernstorff

21

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Botschafter Graf Bernstorff
Telegramm Nr. 97 Berlin, 9. Oktober 16

Seine Majestät der Kaiser wünschen, daß dem Botschafter Gerard bei dortiger Ankunft das am Schluß folgende Aide-Mémoire ausgehändigt wird.

Euere Exzellenz wollen dies streng vertraulich tun und sagen, daß Mémoire keine Drohung mit U-Boot-Krieg bedeuten soll. Ich wünschte nur, Botschafter vor seiner Besprechung mit Präsident an unsere im Frühjahr auf Wilson gesetzten Erwartungen zu erinnern und auf immer rücksichtsloser werdende Kriegführung der Gegner hinweisen. Ich voraussetze, daß Gerard mein Mémoire streng vertraulich behandelt und dasselbe nicht veröffentlicht wird.

Sollten Euere Exzellenz jedoch Uebergabe des Mémoire für zu bedenklich erachten, bitte ich, es zu unterlassen.

Zu Euerer Exzellenz streng vertraulicher Information:

1. Mémoire ist von Seiner Majestät persönlich verfaßt.
2. Rücksichtsloser U-Boot-Krieg wird vorläufig nicht geführt.

(Fortsetzung folgt)

Bethmann Hollweg

Telegramm Nr. 98
Fortsetzung von Nr. 97

Your Excellency hinted to His Majesty in your last conversation at Charleville in April that President W. possibly would try towards the end of summer to offer his good services to the belligerents for the promotion of peace. The German Government has no information as to whether the President adheres to this idea and as to the eventual date at which his step would take place. Meanwhile the constellation of war has taken such a form that the German Government foresees the time at which it will be forced to regain the freedom of action that it has reserved to itself in the note of May 4th last and thus the President's steps may be jeopardized. The German Government thinks it its duty to communicate this fact to Your Excellency in case you should find that the date of the intended action of the President should be so far advanced towards the end of the season.

Bethmann Hollweg

22

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt
Eing. Berlin, 14. Oktober 16
Telegramm Nr. 126
Im Anschluß an Nr. 125

Ich hatte Unterredung mit Wilson anläßlich Uebergabe kaiserlichen Handschreibens betreffend polnische Hilfsaktion. Präsident möchte Sache

weiter verfolgen und fragte mich, wie dies am besten geschehen könne. Ich erwiderte, daß die Schwierigkeiten ausschließlich auf englischer Seite lägen.

Hinsichtlich Kreuzerkrieg unserer U-Boote an amerikanischer Küste ist Wilson naturgemäß besorgt, weil seine ganze Hoffnung, wiedergewählt zu werden, ausschließlich darauf beruht, daß er nach hiesiger Auffassung bisher Vereinigte Staaten nicht in den Krieg hat hineinziehen lassen und trotzdem unsere sogenannten illegalen Angriffe auf amerikanische Leben beendet hat. Dies ganze Gebäude stürzt zusammen, wenn jetzt Amerikaner umkommen oder hier gegen U-Boot-Krieg an amerikanischer Küste starke Erregung entsteht. Eine solche ist bisher nicht vorhanden. Der Erfolg von U-Boot 53 wird sogar als Sportserfolg gefeiert. Diese Auffassung würde sich indessen ändern, wenn der Vorfall nicht vereinzelt bleibt. Deshalb sprach auch Wilson ausdrücklich von Fortsetzung U-Boot-Krieges an amerikanischer Küste. Besonders bedenklich fand er die Tatsache, daß zwei neutrale Schiffe versenkt wurden und ein kanadisches Passagierschiff, welches nach den Vereinigten Staaten fuhr. Solche Fälle seien dem amerikanischen Publikum unbegreiflich.

Wilson machte seine Bemerkungen besonders eindringlich durch den Hinweis, daß die Führer der Opposition, Roosevelt, Lodge usw., Krieg mit Deutschland wünschten, was er gar nicht begreifen könne. Er habe nur den einen Wunsch, neutral zu bleiben und zu helfen, den Krieg zu beendigen, da eine Entscheidung durch die Waffen seiner Ansicht nach ausgeschlossen sei. Keine der beiden kriegführenden Parteien werde einen entscheidenden Sieg herbeiführen können. Daher sei es besser, heute als morgen Frieden zu machen. Jede Aussicht auf Beendigung Krieges würde aber verschwinden, wenn auch Vereinigte Staaten hineingezogen würden.

Da Wilson sich immer in dem Sinne aussprach, daß er sich bereit halte, falls seine Vermittlerdienste gewünscht, sagte ich ihm, daß m. E. keine Aussicht auf eine solche Anregung seitens der kriegführenden Mächte vorhanden sei.

Offenbar würde Wilson am liebsten sehen, wenn er vor den Wahlen direkt zum Friedenstiften ermutigt würde, weil er dann seiner Wiederwahl sicher wäre. Wenn er aber ohnedies wiedergewählt wird, dürfte er den Mut finden, selbst die Initiative zu ergreifen. Ausgang der Wahlen noch immer sehr zweifelhaft. Wilson überraschend stark, da Hughes selbst als Redner wenig Erfolg hat und Roosevelt viel verdirbt.

Bernstorff

23

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 101 — Berlin, 14. Oktober 16

Auf Telegramm 126

In polnischer Hilfsaktion Schwierigkeiten lediglich bei England. Fortsetzung U-Boot-Krieges an amerikanischer Küste, wie ich ausschließlich

zu Euerer Exzellenz persönlicher Information bemerke, nicht beabsichtigt. Endgültige Stellungnahme zu Tätigkeit von U-Boot 53 erst möglich, wenn es zurück ist. Unsere Zusagen an Amerika werden jetzt und bis zu etwaigem späteren ausdrücklichen Widerruf strikt eingehalten. Forderung nach rücksichtslosem U-Boot-Krieg hier mit zunehmender Kriegsdauer und Unwahrscheinlichkeit entscheidender militärischer Schläge wachsend, ohne aber Stellung der Regierung zu erschüttern.

Ausdrücklicher Antrag auf Friedensvermittelung Wilsons nach wie vor wegen bisheriger Begünstigung der Entente und nach letzter Rede Asquith und Lloyd George unmöglich. Spontaner Friedensappell, zu dem ich ihn weiter zu ermutigen bitte, würde von uns gern angenommen werden. Macht Wilsons und infolgedessen auch seine Pflicht, dem Menschenmorden Einhalt zu gebieten, hervorzuheben. Wenn er allein Entschluß nicht finden kann, sollte er sich mit Papst, König von Spanien und europäischen Neutralen in Verbindung setzen. Solche gemeinschaftliche Aktion würde ihm, weil sie auch von Entente nicht abgelehnt werden kann, Wiederwahl und historischen Ruhm sichern.

Bitte Möglichkeit regelmäßigen Depeschenverkehrs durch state department resp. hiesige Botschaft sichern.

Bethmann Hollweg

24

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 17. Oktober 16
Telegramm Nr. 125 — Washington, 10. Oktober 16

Gelegentlich anderweitiger Besprechung sagte mir Wilson sehr eindringlich, er fürchte, eine Führung des Unterseeboot-Krieges an der Amerikaküste werde namentlich in Anbetracht des Wahlkampfes in hiesiger öffentlicher Meinung eine solche Erregung hervorrufen, daß er sie nicht werde eindämmen können. Dann folgte übliche Beteuerung, daß er nur dringenden Wunsch habe, Vereinigte Staaten aus dem Krieg herauszuhalten, um bei Friedensstiftung helfen zu können. Hierüber werde ausführlich telegraphieren.

Bernstorff

25

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 24. Oktober 16
Telegramm Nr. 134 — Washington, 20. Oktober 16
Antwort auf Nr. 97, 98, 101

. . . Nach wie vor ist nicht zu erwarten, daß Wilson vor den Wahlen Friedensschritte tut. Auch nicht, daß er sich mit Papst und König von Spanien in Verbindung setzt, da bisher jeder Vorschlag auf gemeinsame Aktion hier auf unüberwindlichen Widerstand stieß, der haupt-

sächlich auf Tradition beruht. Indessen wächst augenblicklich täglich Aussicht auf Wiederwahl Wilsons. Falls diese Eventualität eintritt, glaube ich, daß Wilson sehr bald Friedensvermittelung versuchen und dabei Erfolg haben wird, und zwar hauptsächlich, weil die Stimmung gegen England sich hier sehr verschlechtert hat, was man allerdings englischerseits zu verschleiern sucht. Wenn der Friede nicht eintritt, sind ernstliche anglo-amerikanische Meinungsverschiedenheiten zu erwarten. Bisher ist jede neue Erörterung mit Deutschland über die Unterseebootfrage hier immer von unseren Feinden dahin ausgenutzt worden, die Differenz mit England zu überbrücken. Schon die Agitation in der deutschen Presse für rücksichtslosen Unterseeboot-Krieg wird stets in dieser Richtung verwertet.

Bernstorff

26

Staatssekretär v. Jagow an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 112 Berlin, 8. November 16

Erbitte Drahtäußerung, ob Haltung amerikanischer Regierung in Unterseebootfrage durch Wahl Hughes für Rest Amtsperiode Wilsons oder für Präsidentschaft Hughes beeinflußt wird.

Marine wünscht mindestens bewaffnete feindliche Frachtdampfer ohne Warnung zu torpedieren. Halten Euere Exzellenz dies auch, abgesehen von wahrscheinlichen Verwechslungen, für bedenklich, namentlich im Hinblick darauf, daß an Bord solcher Dampfer jetzt häufig Amerikaner angeheuert sind?

v. Jagow

27

Staatssekretär v. Jagow an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 113 Berlin, 14. November 16

Dringend

Geheim

Nach Ergebnis Untersuchung wurde „Marina" von U-Boot ohne Warnung torpediert, weil sie wegen Anstrichs, mangelnder Flagge, Aufbauten für Pferde und Armierung für englisches Transportschiff, also feindliches Hilfskriegsschiff, gehalten wurde. Zeitungsnachrichten zufolge soll sie lediglich bewaffneter englischer Frachtdampfer gewesen sein.

Erbitte sofort persönliche Ansicht drahten über Möglichkeit der Beilegung des Zwischenfalls. Würde es genügen, wenn wir gemäß Denkschrift vom 8. Februar 1916 Angriff mit genau erkannter Bewaffnung begründen oder ist Desavouierung, Bestrafung Kommandanten und Entschädigung unbedingt erforderlich? Desavouierung kaum möglich, weil damit Standpunkt erwähnter Denkschrift, der bisher theoretisch aufrecht erhalten, aufgegeben werden müßte. Ist dort vielleicht einwandfrei nachzuweisen, daß „Marina" von englischer Regierung requiriert oder gechartert, also feindliches Hilfskriegsschiff war?

v. Jagow

28

Staatssekretär v. Jagow an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 114 Berlin, 16. November 16

Läßt sich übersehen, ob Präsident in Friedensvermittelung Schritte unternehmen will, eventuell welche und wann? Frage wichtig zur Beurteilung etwaiger anderweiter Schritte in gleichem Sinn.

Wie steht mexikanische Frage?

v. Jagow

29

Privatbrief des Staatssekretärs v. Jagow an Botschafter Graf Bernstorff

Berlin, 20. November 16

Lieber Graf Bernstorff

. . . Wie Sie aus Ihren anderweitigen Instruktionen ersehen haben, stehen wir den Friedenstendenzen des Präsidenten Wilson nach wie vor sympathisch gegenüber. Seine darauf gerichtete Tätigkeit ist nachdrücklich zu ermutigen. Natürlich darf aber seine Vermittelungstendenz nicht auf konkrete Vorschläge hinauslaufen (weil diese uns doch ungünstig wären) . . .

v. Jagow

30

Staatssekretär v. Jagow an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 116 Berlin, 22. November 16

Ganz geheim

Zu Euerer Exzellenz ausschließlich persönlichen Information. Sofern günstige militärische Lage es gestattet, beabsichtigen wir mit unseren Verbündeten demnächst Bereitwilligkeit unsererseits anzukündigen, in Friedensverhandlungen einzutreten.

v. Jagow

31

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 24. November 16

Telegramm Nr. 152 Washington, 17. November 16

Antwort auf Nr. 113

Es ist dringend erwünscht, Streitfrage über bewaffnete Handelsschiffe nicht wieder zu eröffnen, namentlich auch wegen Friedensplan Wilsons. Anheimstelle, mich drahtlos anzuweisen, Irrtum anzuerkennen und zu bedauern sowie Entschädigung und Bestrafung zusagen. Mit weniger ist nicht durchzukommen. Soweit hier festgestellt, war „Marina" früher gechartert, aber nicht mehr, als torpediert wurde.

Bernstorff

32

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 24. November 16
Telegramm Nr. 153 Washington
Antwort auf Nr. 112, welches verspätet
Im Anschluß an Nr. 152

Bitte dringend, keinerlei Aenderung im Unterseeboots-Krieg eintreten lassen, bis entschieden, ob Wilson in Friedensvermittelung eintreten wird. Ich halte dieses für nahe bevorstehend.

Bernstorff

33

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 25. November 16
Telegramm Nr. 154 Washington, 21. November 16
Antwort auf Nr. 114 vom 16. 11. und im Anschluß an Nr. 153

Wilson beauftragte House spontan, mir streng vertraulich zu sagen, daß er möglichst bald in Friedensvermittelung Schritte tun wolle, vermutlich zwischen jetzt und Neujahr. Er macht indes zur Bedingung, daß bis dahin bei uns möglichst wenig von Friedensvermittelung gesprochen und geschrieben wird, um vorzeitige Ablehnung seitens unserer Feinde zu verhindern, und daß wir ferner U-Boot-Krieg strengstens nach unseren Versprechungen führen und keine neuen Kontroversen aufkommen lassen.

Wilsons Gründe für obige Bedingungen sind die folgenden. Er glaubt, seine Vermittelung nur eintreten lassen zu können, wenn die hiesige öffentliche Meinung uns gegenüber so günstig bleibt, wie sie in den letzten Monaten gewesen ist. Deshalb beklagt er auch die sogenannten belgischen Deportationen. Jede neue U-Boot-Kontroverse würde die Stimmung hier wieder gegen uns verschlechtern, während, wenn diese Frage ausgeschaltet werden kann, die Spannung mit England sich verschärfen wird. Die britische Antwort hinsichtlich der schwarzen Listen und die englischen Preßäußerungen über die Wahl Wilsons haben hiesige Regierungskreise sehr verstimmt. Durch die U-Boot-Frage wird diese Verstimmung aber immer wieder auf uns abgelenkt. Wilson zögert noch, Friedensvermittelung eintreten zu lassen, weil Staatsdepartement eine Ablehnung seitens unserer Feinde erwartet, während House stark drängt und hoffnungsvoll ist. Ich habe ihn weisungsgemäß nach Möglichkeit ermutigt, indem ich ihm sagte, daß m. E. unsere Feinde gar nicht ablehnen **könnten**, in Verhandlungen zu treten, und weiter beabsichtigt Wilson nichts. House schien mir sehr dadurch beeindruckt, daß ich ihn daran erinnerte, wie die englische Regierung während des ganzen Krieges immer durch lügnerische und diplomatische Künste versucht hätte, die öffentliche Meinung auf ihre Seite zu bringen. Dieses durch Lug und Trug aufgebaute Kartenhaus würde sofort zusammenbrechen, wenn unsere Feinde jetzt Verhandlungen ablehnten und dadurch ihre Eroberungsgelüste offen

zugeben müßten. Ich fürchtete viel eher, daß England zum Schein auf Verhandlungen eingehen und in diesen versuchen würde, uns ins Unrecht zu setzen. Ich wählte diese Argumentation, weil Wilson vor allen Dingen die Demütigung der Ablehnung fürchtet. Wenn es überhaupt zu Verhandlungen, selbst zu erfolglosen, kommt, so hat Wilson größte Niederlage*) zu verzeichnen. Ob die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen werden, kann ich von hier aus nicht beurteilen, jedenfalls wird, abgesehen von der hiesigen Regierung, ein starker Druck in der Richtung des Friedens ausgeübt werden, wenn es überhaupt zu Verhandlungen kommt. Die mexikanische Frage befindet sich noch immer im Stadium der Versumpfung durch diplomatische Verhandlungen. Diese Angelegenheit interessiert hier so gut wie niemanden mehr und hat sich auch bei den Wahlen als wirkungslos erwiesen.

Wenn Euere Exzellenz noch Wilsons Friedensvermittelung wünschen, so ist nach obigem durchaus erforderlich, die „Marina"- und „Arabia"-Fälle sofort ohne weitere Kontroverse aus der Welt zu schaffen und keine neuen Streitfragen eintreten zu lassen. Ich glaube, daß ich hier mit Hilfe von House die beiden vorliegenden Fälle ziemlich unauffällig begraben kann, da Wilson dies selbst wünscht. Wie House sagte, nimmt Präsident diesen Fall so tragisch, weil er nach der „Sussex"-Note unmöglich noch eine Note schreiben könne, und also nur Abbruch der diplomatischen Beziehungen übrig bliebe, wenn die Sache nicht unter der Hand vertraulich mit mir beigelegt würde . . .

Bernstorff

34

Staatssekretär Zimmermann an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 121 — Berlin, 26. November 16

Bei Eintreffen Euerer Exzellenz Nr. 154 war nachstehende Note bereits an amerikanischen Geschäftsträger gerichtet:

„Am 28. v. M. nachmittags 4 Uhr 50 Minuten traf ein deutsches Unterseeboot etwa 26 Seemeilen von den Skelligsinseln in Sicht von Land einen Dampfer, der grau angestrichen war, keine Flagge zeigte und an Deck aus Holz hergestellte Aufbauten für Pferdetransporte hatte. Der Kommandant des Unterseeboots hielt diesen Dampfer, der mit der „Marina" identisch war, für ein im Dienste der britischen Regierung stehendes Pferdetransportschiff, das er als Hilfskriegsschiff nach Völkerrecht ohne weiteres angreifen konnte. Er wurde in dieser Auffassung bestärkt durch seine Tätigkeit im Mittelmeere, wo er Schiffe dieser Art vielfach beobachtet und festgestellt hatte, daß sie als britische Transportdampfer bei den Dardanellen-Operationen verwendet wurden. Unter diesen Umständen trug er kein Bedenken, die „Marina" ohne vorherige Warnung zu torpedieren. Die Annahme des Kommandanten, es mit einem feindlichen Transportdampfer zu tun zu haben, erscheint zutreffend, da die „Marina"

*) So in den Akten! Wohl irrig statt: „größten Erfolg".

wie der deutschen Regierung aus zuverlässigen Quellen bekannt ist, tatsächlich als Pferdetransportdampfer im Dienste der britischen Regierung benutzt wurde. Sollte sich jedoch nach den Feststellungen der amerikanischen Regierung diese Annahme als unrichtig erweisen, so würde das Verhalten des Kommandanten auf einen bedauerlichen Irrtum zurückzuführen sein und seiner Instruktion nicht entsprochen haben; in diesem Falle würde die deutsche Regierung nicht zögern, die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Die amerikanische Regierung wird daher nach dieser Richtung noch um das Ergebnis ihrer amtlichen Feststellungen gebeten."

Einverstanden, daß weitere Verhandlungen durch Euere Exzellenz geführt werden. Bitte deshalb sofort Angelegenheit mit Lansing besprechen, gegebenenfalls Ergebnis amtlicher amerikanischer Feststellungen vor Abschluß Verhandlungen hierher mitteilen, worauf alsbald entsprechende Folgerungen gezogen werden sollen. Für Beilegung „Marina" und „Arabia" Falls Telegrammvermittelung durch Staatsdepartement sicherstellen.

. . . Friedensaktion Wilsons würden wir unserer in Telegramm Nr. 116 vom 22. 11. erwähnten Aktion vorziehen. Hierfür jedoch unbedingt erwünscht, daß Wilson sich zu baldigem Handeln womöglich bei Eröffnung Kongresses oder unmittelbar nachher entschließt. Bei Hinziehen bis Neujahr oder später würde Abflauen militärischer Operationen während des Winterfeldzuges Friedensneigung in öffentlicher Meinung bei Gegnern herabstimmen, andererseits weitere militärische Vorbereitungen für Frühjahrsoffensive erforderlich machen, deren Durchführung dann wieder bei Militär Widerstand gegen Friedensaktion vermutlich stärken würde. Bitte diese Gesichtspunkte vorsichtig ohne empressement als Ihre persönliche Ansicht bei House verwerten und mich fortlaufend über Sachlage telegraphisch unterrichten. . . .

Zimmermann

35

Staatssekretär Zimmermann an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 123 Berlin, 1. Dezember 16

Bitte Oberst House im Hinblick auf Nr. 383 vom 1. Dezember darauf hinweisen, daß Vorgehen Dampfers „Mississippi" und Rede Lord Crewe's im Oberhaus es für uns schwierig machen, Frage bewaffneter Handelsschiffe unerörtert zu lassen.

Zu Euerer Exzellenz persönlicher Information: Marine verlangt dringend Revision amerikanischen Memorandums über bewaffnete Handelsschiffe vom 25. März, insbesondere Forderung, daß offensiver Charakter im Einzelfalle nachgewiesen werden müsse. Um Aufrollung Frage in Uebereinstimmung mit Vorschlag Euerer Exzellenz zu vermeiden, müßte Wilsons Friedensaktion schnell einsetzen.

Zimmermann

36

Das Auswärtige Amt an die Deutsche Botschaft Washington

Telegramm Nr. 383 Berlin, 1. Dezember 16

In connection with offensive action of French steamer „Mississippi“ which fired on a German submarine at sight in English Channel on November eighth, the following instructions which were recently found on board of French merchantman are of special interest quote:

Instructions Générales Pour Les Capitaines Des Bâtiments De Commerce

en vue de leur protection contre les Sous-Marins.

Troisième partie . . . Pendant le Voyage.

28. b) Manoeuvre à faire en cas d'attaque. Dès qu'un sous-marin navigant en surface est aperçu lui présenter l'arrière en lançant la machine à toute vitesse et s'il y a de la mer s'efforcer de faire une route telle que pour se rapprocher, le sous-marin soit obligé de prendre la mer debout ce qui réduira sa vitesse et paralysera en partie le tir de son artillerie paragraph underline following sentence.

 Commencer le feu dès que le sous-marin sera à bonne portée.

 Si, ayant pris chasse, on est gagné de vitesse par le sous-marin, ne pas hésiter à virer de bord et à foncer dessus avant qu'il ne soit trop rapproché paragraph.

29. — Si un sous-marin est aperçu en plongée à petite distance, lancer les machines en avant à toute vitesse et lui présenter l'avant ou l'arrière suivant qu'il est relevé à moins ou à plus de 6 quarts à partir de l'avant. Si on lui présente l'avant, s'efforcer de l'aborder, paragraph.

 Si le sous-marin aperçu en plongée est suffisamment éloigné, manoeuvrer comme pour un sous-marin en surface, unquote.

These instructions together with speech made by Lord Crewe in House of Lords on November sixteenth where he said quote German submarine is to be considered as an enemy which it is permissible and proper to destroy if you could at sight unquote furnish conclusive evidence of aggressive purpose of armed merchantmen of Allied Powers.

37

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 4. Dezember 16
Telegramm Nr. 164 Washington, 1. Dezember 16
Antwort auf Nr. 121

„Marina“-Frage sofort mit Lansing besprochen, er sagte, sein Material sei noch nicht vollständig. In meinem Telegramm Nr. 154 vom 21. November schlug ich Euerer Exzellenz vor, „Arabia“-Fall in gleicher Weise zu erledigen.

. . . Lansing sprach mir besonders eindringlich von dem amerikanischen Protest bezüglich der belgischen Deportierten. Durch diesen werde die gesamte belgische Hilfsaktion gefährdet, ferner werde hiesige Stimmung wieder vergiftet, und zwar gerade im Augenblick, wo es so aussehe, als ob Friedensverhandlungen begonnen werden könnten. Lansing sprach Ansicht aus, daß, wenn Kaiserliche Regierung einen Weg finden könnte, um in belgischer Frage den Protesten des neutralen Auslandes nachzugeben, dies hier einen gewaltigen Eindruck zu unseren Gunsten hervorrufen und daß es wahrscheinlich gleich darauf möglich sein werde, den Beginn von Friedensverhandlungen vorzuschlagen. Bisher sei leider immer etwas dazwischen gekommen.

Die Warnung des Federal Reserve Board an die Banken vor ungedeckten Schuldscheinen fremder Staaten ist das erste Zeichen, daß die hiesige Regierung einen Druck auf unsere Feinde im Sinne des Friedens ausüben will. Bernstorff

38

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin 7. Dezember 16
Telegramm Nr. 169 Washington, 4. Dezember 16
Im Anschluß an Nr. 164 vom 1. d. M.

. . . Für Friedensaktion ist alles vorbereitet, doch bleibt es bei dem unbe(?)ständigen Herrn Wilson noch immer zweifelhaft, wann er damit herauskommen wird. Alle maßgebenden hiesigen Persönlichkeiten sind jetzt für die Aktion gewonnen. Diese kann daher über Nacht kommen, namentlich wenn es für uns möglich ist, in der belgischen Frage Entgegenkommen zu zeigen. Herr Wilson glaubt, er sei in England so verhaßt, daß man dort gerade auf ihn nicht werde hören wollen. Aus diesem Gedankengang erklärt sich hauptsächlich sein Eifer in der belgischen Frage. Jedenfalls ist soviel sicher, daß House Herrn Wilson fortwährend zur Aktion drängt, auch wächst hier Friedenspropaganda ständig, trotzdem sie augenblicklich durch die belgische Frage sehr behindert wird. Wenn Herr Wilson — was zu erwarten ist — im Kongreß starke Friedensstimmung findet, dürfte er endlich zum Entschluß kommen.

Bernstorff

39

Unterstaatssekretär v. Stumm an Botschafter Graf Bernstorff

Berlin, 9. Dezember 16

Telegramm Nr. 128
Geheim, zur persönlichen Information

Wir haben uns entschlossen, die durch Fall Bukarests geschaffene günstige Lage auszunutzen, um gemäß Telegramm Nr. 116 vom 22. 11. voraussichtlich Dienstag, den 12. Dezember, gemeinsam mit unseren Bundesgenossen an Gegner mit Friedensangebot heranzutreten. Wir laufen augenblicklich nicht Gefahr, dadurch unserem Prestige Abbruch zu tun oder Schein der Schwäche hervorzurufen. Lehnen Gegner Angebot ab, so fällt auf sie Odium für Fortsetzung Krieges. Aus den in Telegramm Nr. 121 angegebenen Gründen konnten wir nicht länger warten, ob Präsident Wilson den Entschluß zu einer Friedensaktion finden würde.

Hiesige amerikanische Botschaft wird im gegebenen Augenblick Note erhalten, durch die amerikanische Regierung gebeten wird, unser Friedensangebot denjenigen unserer Gegner mitzuteilen, bei denen sie unsere Interessen vertritt. Bezüglich anderer Gegner erfolgt Mitteilung durch Vermittlung Schweiz bezw. Spaniens. Amerikanischer Geschäftsträger hat in Unterredung mit Reichskanzler am 5. Dezember im Auftrage Präsidenten u. a. vertraulich geäußert: „What the President now most earnestly desires is practical cooperation on part of German Authorities in bringing about a favourable opportunity for soon and affirmative action by the President looking to an early restoration of peace." Reichskanzler hat amerikanischem Geschäftsträger erwidert, er sei „extremely gratified to see from the President's message that in the given moment he could count upon the sincere and practical cooperation of the President in the restoration of peace as much as the President could count upon the practical cooperation of German Authorities". Wir glauben annehmen zu dürfen, daß unsere Aktion Wünschen Präsidenten entgegenkommt.

Bitte Sie jedenfalls Präsidenten und House gegenüber in diesem Sinne interpretieren.

v. Stumm

40

Ansprache des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg an den Amerikanischen Geschäftsträger Grew bei Uebergabe der Note vom 12. Dezember 16*)

Berlin, 12. Dezember 16

I have asked you to come and see me in order to hand you personally this note requesting you kindly to transmit it to your Government. The note has been issued by special order of His

*) Nr. 41.

Majesty the Emperor, my august master. You will gather from its contents, that the Imperial German Government declare their readiness to enter into negotiations of peace asking the good offices of the United States Government to inform thereof the Governments of France, Great Britain, Japan, Roumania, Russia and Serbia.

I know how lively an interest the President of the United States, desirous of seeing peace restored to the world, is taking in anything that may lead to such an end. Peace alone will be able to give to the world what it is yearning for: the possibility of each nation to grow and develop towards a higher civilisation in the interest of humanity. A lasting peace, however, will not come about by further separating the nations by yet greater streams of blood but by the common endeavour of all nations to let mutual respect and the recognition of their several rights take the place of sanguinary strife.

This has been Germany's aim, when she drew her sword in defending her right to exist as well as at the present moment after the successes of her armies. We never aimed at the destruction of our enemies, as I repeatedly stated in my speeches, declaring that we were ready to make peace. Mutual respect and good will between the nations is also, I believe, the lofty aim held by the President of the United States, whose recent message you kindly delivered to me on December 5th and in which the President asked for the cooperation of the German Authorities to bring about a situation which would enable him to take early action in this direction. I sincerely hope that this formal and solemn offer made by Germany and her Allies to enter forthwith into negotiations of peace will coincide with the President's wishes.

41

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an den Amerikanischen Geschäftsträger, den Schweizerischen Gesandten und den Spanischen Botschafter

Berlin, 12. Dezember 16

Der furchtbarste Krieg, den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit bald zwei und einem halben Jahr in einem großen Teil der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, trifft die Menschheit in ihren wertvollsten Errungenschaften. Sie droht, den geistigen und materiellen Fortschritt, der den Stolz Europas zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts bildete, in Trümmer zu legen.

Deutschland und seine Verbündeten, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen. Unerschütterlich halten ihre Linien den immer wiederholten Angriffen der Heere ihrer Feinde stand. Der

jüngste Ansturm im Balkan ist schnell und siegreich niedergeworfen worden. Die letzten Ereignisse beweisen, daß auch eine weitere Fortdauer des Krieges ihre Widerstandskraft nicht zu brechen vermag, daß vielmehr die gesamte Lage zu der Erwartung weiterer Erfolge berechtigt.

Zur Verteidigung ihres Daseins und ihrer nationalen Entwickelungsfreiheit wurden die vier verbündeten Mächte gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Auch die Ruhmestaten ihrer Heere haben daran nichts geändert. Stets haben sie an der Ueberzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen. Sie gehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten.

Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft, und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, zugleich aber von dem Wunsch beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten und den Greueln des Krieges ein Ende zu machen, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Vorschläge, die sie zu diesen Verhandlungen mitbringen werden und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwickelungsfreiheit ihrer Völker zu sichern, bilden nach ihrer Ueberzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens.

Wenn trotz dieses Anerbietens zu Frieden und Versöhnung der Kampf fortdauern sollte, so sind die vier verbündeten Mächte entschlossen, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. Sie lehnen aber feierlich jede Verantwortung dafür vor der Menschheit und der Geschichte ab.

Die Kaiserliche Regierung beehrt sich die Regierung de . . . durch die geneigte Vermittelung Euer pp. zu bitten, diese Mitteilung zur Kenntnis der Regierung . . . bringen zu wollen.

Ich benutze diesen Anlaß, um Euer pp. die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Bethmann Hollweg

42

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 20. Dezember 16

Telegramm Nr. 182 — Washington, 16. Dezember 16

Lansing sagte mir, folgende Erklärung, die ich drahtlos heute nicht senden konnte, sei von Wilson persönlich ausgegeben: „President Wilson has decided that the notes of the Centralpowers proposing a discussion of peace to the Entente allies will be sent forward by the American Government acting as intermediary without any accompanying . . . . offer of its own. He has not determined whether any action in behalf of peace will be taken later by the United States on its own account but is holding himself in readiness to serve in any way possible toward bringing the warring nations

together." Aus Lansings Aeußerungen entnahm ich, daß er überzeugt ist, daß unsere Feinde auf eine Konferenz eingehen werden und daß dann hiesige Regierung Gelegenheit haben wird, Sprache des Friedens zu fördern. Da auch hiesige Presse allgemein Ansicht ist, daß unsere Feinde eine Konferenz nicht ablehnen können, ohne öffentliche Meinung gegen sich aufzubringen, habe ich Grund anzunehmen, daß Amerikanische Botschaft in London trotz der oben erwähnten amtlichen Erklärung diese Auffassung zur Geltung bringen wird.

Bernstorff

43

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 17. Dezember 16

Telegramm Nr. 177 — Washington, 13. Dezember 16

Antwort auf Nr. 128

Auftrag bei House ausgeführt, der gerade im Weißen Hause zu Besuch. Ich habe noch keine Antwort von Wilson, doch glaubt man hier allgemein, daß er Friedensvorschläge energisch befürworten wird.

Hr. Gerard hielt auf einem Abschiedsdiner, welches man ihm in New York gab, eine Rede, in der er bestimmt erklärte, daß Deutschland gesiegt hätte und ihm der Sieg nicht mehr zu rauben sei. Obgleich nicht veröffentlicht, machte diese Rede doch Aufsehen, namentlich da Hr. Gerard hervorhob, daß er Wilson im gleichen Sinne berichtet hätte.

Bernstorff

44

Note des Amerikanischen Geschäftsträgers Grew an Staatssekretär Zimmermann

Eing. Berlin, 21. Dezember 16

Uebersetzung — Berlin, 21. Dezember 16

Euerer Exzellenz beehre ich mich mitzuteilen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten mir Weisungen gegeben hat, durch Vermittelung Euerer Exzellenz bei der Kaiserlich Deutschen Regierung ein Verfahren mit Bezug auf den gegenwärtigen Krieg in Anregung zu bringen. Der Präsident hofft, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung es in Erwägung ziehen werde als eine Anregung, die in freundschaftlichster Gesinnung gemacht ist, und zwar nicht nur von einem Freunde, sondern zugleich von dem Vertreter einer neutralen Nation, deren Interessen durch den Krieg ernstlich in Mitleidenschaft gezogen worden sind, und deren Interesse an einer baldigen Beendigung des Krieges sich daraus ergibt, daß sie offenkundig genötigt wäre, Bestimmungen über den bestmöglichsten Schutz ihrer Interessen zu treffen, falls der Krieg fortdauern sollte.

Der Präsident hat sich schon lange mit dem Gedanken getragen, den Vorschlag, den ich Weisung habe zu übermitteln, zu machen. Er macht

ihn im gegenwärtigen Augenblicke nicht ohne eine gewisse Verlegenheit, weil es jetzt den Anschein erwecken könnte, als sei er angeregt von dem Wunsche, im Zusammenhang mit dem jüngsten Vorschlag der Zentralmächte eine Rolle zu spielen. Tatsächlich ist der ursprüngliche Gedanke des Präsidenten in keiner Weise auf diese Schritte zurückzuführen, und der Präsident hätte mit seinem Vorschlag gewartet, bis diese Vorschläge unabhängig davon beantwortet worden wären, wenn seine Anregung nicht auch die Frage des Friedens beträfe, die am besten im Zusammenhang mit anderen dahinzielenden Vorschlägen erörtert wird. Der Präsident bittet nur, daß seine Anregung allein nach ihrem Werte und so beurteilt werde, als wäre sie unter anderen Verhältnissen gemacht worden.

Der Präsident regt an, daß baldigst Gelegenheit genommen werde, von allen jetzt kriegführenden Staaten ihre Ansichten über die Bedingungen zu erfahren, unter denen der Krieg zum Abschluß gebracht werden könnte, und über die Vorkehrungen, die gegen die Wiederholung des Krieges oder die Entfachung irgendeines ähnlichen Konflikts in der Zukunft zufriedenstellende Bürgschaft leisten könnten, so daß sich die Möglichkeit biete, sie offen zu vergleichen. Dem Präsidenten ist die Wahl der zur Erreichung dieses Zieles geeigneten Mittel gleich. Er ist gern bereit, zur Erreichung dieses Zweckes in jeder annehmbaren Weise seinerseits dienlich zu sein oder sogar die Initiative zu ergreifen; er wünscht jedoch nicht, die Art und Weise und die Mittel zu bestimmen. Jeder Weg wird ihm genehm sein, wenn nur das große Ziel, das er im Auge hat, erreicht wird.

Der Präsident nimmt sich die Freiheit, darauf hinzuweisen, daß die Ziele, die die Staatsmänner beider kriegführenden Parteien in diesem Kriege im Auge haben, dem Wesen nach die gleichen sind; sie haben sie ja in allgemeinen Worten ihren eigenen Völkern und der Welt kundgegeben. Beide Parteien wünschen für die Zukunft die Rechte und die Freiheiten schwacher Völker und kleiner Staaten gegen Unterdrückung oder Verneinung gesichert zu sehen wie die Rechte und Freiheiten der großen und mächtigen Staaten, die jetzt den Krieg führen. Jeder wünscht sich neben allen anderen Nationen und Völkern in Zukunft gesichert zu sehen gegen die Wiederholung eines Krieges wie des gegenwärtigen sowie gegen Angriffe und eigennützige Störungen jeder Art. Jeder glaubt, der Bildung weiterer gegnerischer Vereinigungen, die unter wachsendem Argwohn ein unsicheres Gleichgewicht der Mächte herbeiführen würde, mit Mißtrauen entgegensehen zu sollen. Aber jeder ist bereit, die Bildung einer Liga von Nationen in Erwägung zu ziehen, die den Frieden und die Gerechtigkeit in der ganzen Welt gewährleistet. Ehe jedoch dieser letzte Schritt getan werden kann, hält jede Partei es für notwendig, zunächst die mit dem gegenwärtigen Krieg verknüpften Fragen unter Bedingungen zu lösen, die die Unabhängigkeit, die territoriale Integrität sowie die politische und wirtschaftliche Freiheit der an dem Kriege beteiligten Nationen sicherlich gewährleisten.

Das Volk und die Regierung der Vereinigten Staaten haben an den Maßnahmen, die in der Zukunft den Frieden sicherstellen sollen, ein ebenso

dringendes und unmittelbares Interesse wie die jetzt im Kriege befindlichen Regierungen. Ihr Interesse an den Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, um die kleineren und schwächeren Völker der Welt vor den Gefahren der Zufügung eines Unrechts und der Vergewaltigung zu schützen, ist ebenso lebhaft und brennend wie das irgendeines anderen Volkes oder einer anderen Regierung. Das amerikanische Volk und die Regierung sind bereit, ja, sie sehnen sich danach, nach Beendigung des Krieges bei der Erreichung dieses Zieles mit allem ihnen zu Gebote stehenden Einfluß und Mitteln mitzuwirken. Aber der Krieg muß erst beendet sein. Die Vereinigten Staaten müssen es sich versagen, die Bedingungen vorzuschlagen, auf Grund deren der Krieg beendigt werden soll. Aber der Präsident sieht es als sein Recht und als seine Pflicht an, das Interesse der Vereinigten Staaten an der Beendigung des Krieges darzutun, damit es nicht einst zu spät ist, die großen Ziele, die sich nach Beendigung des Krieges auftun, zu erreichen, damit nicht die Lage der neutralen Staaten, die jetzt schon äußerst schwer zu ertragen ist, ganz unerträglich wird und damit vor allem nicht die Zivilisation einen nicht zu rechtfertigenden und nicht wieder gut zu machenden Schaden erleidet.

Der Präsident fühlt sich daher durchaus gerechtfertigt, wenn er eine alsbaldige Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch über die Bedingungen anregt, die den schließlichen Vereinbarungen für den Weltfrieden vorausgehen müssen, die jedermann wünscht, und bei denen die neutralen Staaten ebenso wie die kriegführenden bereit sind, in voll verantwortlicher Weise mitzuwirken. Wenn der Kampf bis zum unabsehbaren Ende durch langsame Aufreibung fortdauern soll, bis die eine oder die andere Gruppe der Kriegführenden erschöpft ist, wenn Millionen und aber Millionen Menschenleben weiter geopfert werden sollen, bis auf der einen oder der anderen Seite nichts mehr zu opfern ist, wenn Erbitterung angefacht werden soll, die niemals abkühlen kann, und Verzweiflung erzeugt wird, von der sich niemand erholen kann, dann werden die Hoffnungen auf Frieden und freiwilliges Zusammenarbeiten freier Völker null und nichtig.

Das Leben der ganzen Welt ist tief in Mitleidenschaft gezogen. Jeder Teil der großen Familie der Menschheit hat die Last und den Schrecken dieses noch nie dagewesenen Waffenganges gespürt. Keine Nation der zivilisierten Welt kann tatsächlich als außerhalb seines Einflusses stehend oder als gegen seine störenden Wirkungen gesichert erachtet werden. Doch die konkreten Ziele, für die der Kampf geführt wird, sind niemals endgültig festgestellt worden.

Die Führer der verschiedenen kriegführenden Mächte haben wie gesagt diese Ziele in allgemeinen Wendungen aufgestellt. Aber in allgemeinen Ausdrücken gehalten, scheinen sie die gleichen auf beiden Seiten. Bisher haben die verantwortlichen Wortführer auf beiden Seiten noch kein einziges Mal die genauen Ziele angegeben, die, wenn sie erreicht würden, sie und ihre Völker so zufriedenstellen würden, daß der Krieg nun auch wirklich zu Ende gefochten wäre. Der Welt ist es überlassen zu vermuten, welche endgültigen Ergebnisse, welcher tatsächliche Austausch von Garantien welche politischen oder territorialen Veränderungen oder Verschiebungen,

ja, selbst welches Stadium des militärischen Erfolges den Krieg zu Ende bringen würde.

Vielleicht ist der Friede näher, als wir glauben. Vielleicht sind die Bedingungen, auf denen die beiden kriegführenden Parteien es für nötig halten zu bestehen, nicht so unvereinbar, als manche fürchten; vielleicht könnte so ein Meinungsaustausch wenigstens den Weg zu einer Konferenz ebnen, vielleicht könnte so schon die nächste Zukunft auf ein dauerndes Einvernehmen der Nationen hoffen und sich ein Zusammengehen der Nationen alsbald verwirklichen.

Der Präsident schlägt keinen Frieden vor; er bietet nicht einmal seine Vermittelung an. Er regt nur an, daß man sondiere, damit die neutralen und die kriegführenden Staaten erfahren, wie nahe wohl das Ziel des Friedens sein mag, wonach die ganze Menschheit mit heißem und wachsendem Begehren sich sehnt. Der Präsident glaubt, daß der Geist, in dem er spricht, und die Ziele, die er erstrebt, von allen Beteiligten verstanden werden, und er hofft und vertraut auf eine Antwort, die ein neues Licht in die Angelegenheiten der Welt bringen wird.

Ich benutze diesen Anlaß, Euere Exzellenz erneut meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern. Grew

45

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 25. Dezember 16

Telegramm Nr. 188 Washington, 21. Dezember 16

Lansing gab mir vor einigen Tagen Drahtnachricht von Wilsons Friedensnote und sagte mir, Amerikanische Regierung befinde sich mehr und mehr in einer unerträglichen Lage wegen fortgesetzter Verletzung ihrer Rechte. Deshalb erhoffe sie offene Antworten (frank statements) von den kriegführenden Mächten über ihre Friedensbedingungen. Ich antwortete als meine persönliche Auffassung, daß dies schwer anders als auf einer Konferenz zu machen sein würde wegen der Presse usw. Lansing erwiderte, Erklärungen könnten auch vertraulich sein und allmählich zu einer Konferenz führen. Danach scheint die hier verbreitete Ansicht richtig zu sein, daß Wilson als „clearing house“ für die weiteren Schritte zum Frieden dienen möchte. Er hat hiesige öffentliche Meinung völlig hinter sich mit Ausnahme unserer ganz wilden Gegner, welche Wilsons Note als prodeutsch bezeichnen. Bernstorff

---

46

Staatssekretär Zimmermann an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 142

Auf Nr. 188 Berlin, 26. Dezember 16

Ich werde amerikanische Friedensnote dahin beantworten, daß uns unmittelbarer Gedankenaustausch am geeignetsten erscheint, um zum er-

wünschten Ergebnis zu gelangen. Wir schlügen daher alsbaldigen Zusammentritt von Delegierten der kriegführenden Staaten an neutralem Ort vor. Wir teilten Ansicht Präsidenten, daß an Werk der Verhütung künftiger Kriege erst nach Beendigung jetzigen Krieges herangetreten werden könne.

Zur ausschließlich persönlichen Information: Als Ort für eventuellen Zusammentritt der Delegierten kommt nur Platz in neutralem Europa in Frage. Abgesehen von schwierigen Verkehrsverbindungen mit Vereinigten Staaten lehren die in Portsmouth gemachten Erfahrungen, daß amerikanische Indiskretion und Einmischung sachgemäße Verhandlungen unmöglich machen. Ingerenz des Präsidenten auch in Form des „clearing house“ wäre unseren Interessen abträglich, ist daher zu verhindern. Die Grundlagen für künftigen Friedensschluß müssen wir durch direktes Benehmen mit unseren Gegnern schaffen, wollen wir nicht Gefahr laufen, durch Druck der Neutralen um gewünschten Gewinn gebracht zu werden. Wir lehnen daher auch Konferenzgedanken ab. Dagegen besteht kein Bedenken, nach Friedensschluß internationalen Kongreß zur Beratung über Probleme der Sicherung künftigen Weltfriedens zu beschicken.

Zimmermann

47

Note des Staatssekretärs Zimmermann an Botschafter Gerard

Berlin, 26. Dezember 16

Der Unterzeichnete beehrt sich, Seiner Exzellenz dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika Herrn James W. Gerard auf das geschätzte Schreiben vom 21. d. M. folgendes zu erwidern.

Die Kaiserliche Regierung hat die hochherzige Anregung des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Grundlagen für die Herstellung eines dauernden Friedens zu schaffen, in dem freundschaftlichen Geiste aufgenommen und erwogen, der in der Mitteilung des Herrn Präsidenten zum Ausdruck kommt. Der Herr Präsident zeigt das Ziel, das ihm am Herzen liegt, und läßt die Wahl des Weges offen. Der Kaiserlichen Regierung erscheint ein unmittelbarer Gedankenaustausch als der geeignetste Weg, um zu dem gewünschten Ergebnis zu gelangen. Sie beehrt sich daher, im Sinne ihrer Erklärung vom 12. d. M., die zu Friedensverhandlungen die Hand bot, den alsbaldigen Zusammentritt von Delegierten der kriegführenden Staaten an einem neutralen Orte vorzuschlagen.

Auch die Kaiserliche Regierung ist der Ansicht, daß das große Werk der Verhütung künftiger Kriege erst nach Beendigung des gegenwärtigen Völkerringens in Angriff genommen werden kann. Sie wird, wenn dieser Zeitpunkt gekommen ist, mit Freuden bereit sein, zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika an dieser erhabenen Aufgabe mitzuarbeiten.

Indem der Unterzeichnete für die Uebermittelung der vorstehenden Antwort an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika die Mühewaltung Seiner Exzellenz des Herrn Botschafters in Anspruch zu nehmen sich gestattet, benutzt er diesen Anlaß zur erneuten Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Zimmermann

48

Antwort der Entente an die Zentralmächte auf das Friedensangebot

Paris, 30. Dezember 16

Uebersetzung

Die verbündeten Regierungen Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Montenegros, Portugals, Rumäniens, Rußlands und Serbiens, vereinigt zur Verteidigung der Freiheit der Völker und treu der eingegangenen Verpflichtung, nicht vereinzelt die Waffen niederzulegen, haben beschlossen, gemeinsam auf die angeblichen Friedensvorschläge zu antworten, die ihnen seitens der feindlichen Regierungen durch Vermittelung der Vereinigten Staaten, Spaniens, der Schweiz und der Niederlande übergeben worden sind.

Vor jeder Antwort legen die alliierten Mächte Gewicht darauf, gegen die beiden wesentlichen Behauptungen der Note der feindlichen Staaten lauten Einspruch zu erheben, welche auf die Alliierten die Verantwortung für den Krieg abwälzen will und die den Sieg der Zentralmächte verkündete.

Die Alliierten können diese doppelt unrichtige Behauptung nicht zulassen, die genügt, jeden Verhandlungsversuch zur Unfruchtbarkeit zu verurteilen.

Die alliierten Nationen ertragen seit 30 Monaten einen Krieg, zu dessen Vermeidung sie alles getan haben, sie haben durch Taten ihre Anhänglichkeit an den Frieden nachgewiesen, diese Anhänglichkeit ist jetzt ebenso fest wie im Jahre 1914. Nachdem Deutschland seine Verpflichtungen verletzt hat, kann der von ihm gebrochene Friede nicht auf sein Wort gegründet werden.

Eine Anregung ohne Bedingungen für Eröffnung von Verhandlungen ist kein Friedensangebot. Der angebliche Vorschlag, der, jeden greifbaren Inhalt und jeder Genauigkeit entbehrend, durch die Kaiserliche Regierung in Umlauf gesetzt wurde, erscheint weniger als ein Friedensangebot denn als ein Kriegsmanöver.

Er beruht auf der systematischen Verkennung des Charakters des Streites in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft.

Für die Vergangenheit übersieht die deutsche Note die Tatsachen, die Daten und die Zahlen, die feststellen, daß der Krieg gewollt, hervorgerufen und erklärt worden ist durch Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Im Haag war es der deutsche Vertreter, der jeden Vorschlag der Abrüstung ablehnte; im Juli 1914 war es Oesterreich-Ungarn, das, nachdem

es an Serbien ein beispielloses Ultimatum gerichtet hatte, diesem den Krieg erklärte, trotz der sofort erlangten Genugtuung. Die Mittelmächte haben darauf alle Versuche zurückgewiesen, die von der Entente gemacht wurden, um einem örtlichen Streit eine friedliche Lösung zu verschaffen.

Das Konferenzangebot Englands, der französische Vorschlag eines internationalen Ausschusses, die Bitte des Kaisers von Rußland an den Deutschen Kaiser um ein Schiedsgericht, das zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn am Vorabend des Konfliktes zustande gekommene Einvernehmen (entente) — alle Anstrengungen sind von Deutschland ohne Antwort oder ohne Folge gelassen worden. Belgien wurde durch ein Reich überfallen, das seine Neutralität gewährleistet hatte, und das sich nicht scheute, selbst zu erklären, daß Verträge „Fetzen Papier" wären und „Not kein Gebot kennt". Für die Gegenwart stützt sich das angebliche Angebot Deutschlands auf eine ausschließlich europäische „Kriegskarte", die nur den äußeren und vorübergehenden Schein der Lage und nicht die wirkliche Stärke der Gegner ausdrückt. Ein Friede, der unter solchen Voraussetzungen geschlossen wird, würde einzig den Angreifern zum Vorteil gereichen, die geglaubt hatten, ihr Ziel in zwei Monaten erreichen zu können und nun nach zwei Jahren merken, daß sie es niemals erreichen werden.

Für die Zukunft verlangen die durch die Kriegserklärung Deutschlands verursachten Verwüstungen, die unzähligen Attentate, die Deutschland und seine Verbündeten gegen die Kriegführenden und gegen die Neutralen verübt haben, Sühne, Wiedergutmachung und Bürgschaften (sanctions, reparations, guaranties). Deutschland weicht listig dem einen wie dem andern aus.

In Wirklichkeit ist die durch die Zentralmächte gemachte Eröffnung weiter nichts als ein wohlberechneter Versuch, auf die Entwickelung des Krieges einzuwirken und zum Schlusse einen deutschen Frieden aufzunötigen.

Sie beabsichtigt, die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern zu verwirren. Diese Meinung hat aber trotz aller Opfer, denen sie zugestimmt, schon mit bewundernswerter Festigkeit geantwortet und die Hohlheit der feindlichen Erklärung ins Licht gestellt.

Sie will die öffentliche Meinung Deutschlands und seiner Verbündeten stärken, die schon schwer geprüft sind durch ihre Verluste, zermürbt durch die wirtschaftliche Not und zusammengebrochen unter der äußersten Anstrengung, die von ihren Völkern verlangt wird.

Sie sucht die öffentliche Meinung der neutralen Länder zu täuschen und einzuschüchtern, die sich schon seit langem über die ursprüngliche Verantwortlichkeit ein Urteil gebildet hat, die sich über die gegenwärtige Verantwortung klar ist und die zu hell sieht, um die Pläne Deutschlands zu begünstigen, indem sie die Verteidigung der menschlichen Freiheiten preisgibt.

Sie versucht endlich, vor den Augen der Welt im voraus neue Verbrechen zu rechtfertigen: Unterseeboot-Krieg, Deportationen, Zwangsarbeit und gewaltsame Aushebung von Staatsangehörigen gegen ihr eigenes Land, Neutralitätsverletzung.

In voller Erkenntnis der Schwere, aber auch der Notwendigkeiten der Stunde lehnen es die Alliierten Regierungen, die unter sich eng verbunden und in voller Uebereinstimmung mit ihren Völkern sind, ab, sich mit einem Vorschlag ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung zu befassen.

Sie versichern noch einmal, daß ein Friede nicht möglich ist, solange nicht Gewähr besteht für die Wiederherstellung (reparation) der verletzten Rechte und Freiheiten, für die Anerkennung des Grundgesetzes der Nationalitäten und der freien Existenz der kleinen Staaten, solange nicht eine Regelung sicher ist, endgültig die Ursachen zu beseitigen, die so lange die Völker bedroht haben, und die einzig wirksamen Bürgschaften für die Sicherung der Welt zu geben.

Die alliierten Mächte halten darauf, zum Schluß die folgenden Betrachtungen anzustellen, die die eigentümliche Lage hervorheben sollen, in der sich Belgien nach 2½jährigem Kriege befindet. Kraft der durch fünf Großmächte Europas, unter denen sich auch Deutschland befand, unterzeichneten Verträge erfreute sich Belgien vor dem Kriege einer besonderen Satzung, die sein Gebiet unverletzlich machte und es selbst unter die Garantie dieser Mächte stellte, in Sicherheit vor den europäischen Konflikten. Gleichwohl hat Belgien in Mißachtung dieser Verträge den ersten Angriff Deutschlands über sich ergehen lassen müssen. Deshalb hält es die Belgische Regierung für notwendig, genau den Zweck auseinanderzusetzen, weshalb Belgien niemals aufgehört hat, in den Kampf an der Seite der Ententemächte für die Sache des Rechts und der Gerechtigkeit einzutreten.

Belgien hat immer peinlich die Pflichten beobachtet, die ihm seine Neutralität auferlegt. Es hat zu den Waffen gegriffen, um seine Unabhängigkeit und seine Neutralität zu verteidigen, die durch Deutschland verletzt worden sind, und um seinen internationalen Verpflichtungen treu zu bleiben. Am 4. August hat der Reichskanzler im Reichstag anerkannt, daß dieser Angriff ein Unrecht gegen das Völkerrecht sei, und hat sich im Namen Deutschlands verpflichtet, es wiedergutzumachen.

Seit 2½ Jahren hat sich diese Ungerechtigkeit grausam verschärft durch die Kriegsmaßnahmen und eine Besetzung, welche die Hilfsmittel des Landes erschöpft, seine Industrien zu Grunde gerichtet, seine Städte und Dörfer zerstört und die Niedermetzelungen, die Hinrichtungen und die Einkerkerungen gehäuft haben. Und in dem Augenblick, in dem Deutschland zur Welt von Frieden und von Menschlichkeit spricht, führt es belgische Bürger zu Tausenden weg und bringt sie in Sklaverei.

Belgien hat vor dem Krieg nur danach gestrebt, in gutem Einvernehmen mit allen seinen Nachbarn zu leben. Sein König und seine Regierung haben nur ein Ziel, die Wiederherstellung des Friedens und des Rechtes. Aber sie wollen nur einen Frieden haben, der ihrem Lande berechtigte Wiedergutmachungen (reparations), Garantien und Sicherheiten für die Zukunft verbürgen würde.

49

Botschafter Graf Bernstorff an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg
Eing. Berlin, 1. Januar 17
Telegramm Nr. 483 Washington, 17. Oktober 16

Während einer Woche herrschte hier wieder einmal etwas Erregung über die auswärtige Politik. Es kam mancherlei zusammen, um diesen Zustand herbeizuführen. Zuerst hieß es, Botschafter Gerard brächte einen Friedensvorschlag Deutscher Regierung mit. Trotz aller Dementis wurde dieses Gerücht eine Zeitlang geglaubt, weil es von einem der ersten Bankiers New Yorks in die Welt gesetzt worden war. Leider erfuhr Herr Gerard noch auf dem Schiff von dieser Ente, und da er mit Herbert Swope zusammen reiste, erschien ein drahtlos gesandtes Dementi in der „World", welches noch viel schlimmer war als die Nachricht selbst. Darin meldete es, daß Herr Gerard hierher käme, um den bevorstehenden Beginn des rücksichtslosen Unterseebootkrieges anzukündigen. Gerade in diesem Augenblick erschien U 53 in New York, und 2 Tage darauf hatte ich eine Audienz bei dem Präsidenten, welche schon längere Zeit vorher verabredet war, damit ich Herrn Wilson die Antwort Seiner Majestät des Kaisers und Königs in der polnischen Hilfsaktion überreichte . . .

Jetzt hat sich hier wieder alles beruhigt, und man spricht nur noch von dem Wahlkampf, der in drei Wochen entschieden sein wird. Wie ich mehrfach zu berichten die Ehre hatte, ist der Ausgang höchst zweifelhaft. Während vor 4 Monaten ein republikanischer Sieg sicher zu sein schien, ist heute ein Erfolg Wilsons sehr möglich. Es erklärt sich dies dadurch, daß Herr Hughes als Redner keinen nachhaltigen Eindruck erweckt hat, während Roosevelt in seiner üblichen bombastischen Art in die Kriegstrompete blies. Wenn Hughes geschlagen werden sollte, so kann er sich dafür bei Roosevelt bedanken. Der Durchschnittsamerikaner ist und bleibt Pazifist. „Er segnet Fried' und friedliche Zeiten" und kann nur durch eine leidenschaftliche populäre Erregung in den Krieg getrieben werden.

Bernstorff

50

Botschafter Graf Bernstorff an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg
Eing. Berlin, 3. Januar 17
Telegramm Nr. 192 Washington, 29. Dezember 16

House sagte mir als Wilsons Meinung, daß eine Friedenskonferenz ohne vorherige vertrauliche Verhandlungen nicht zustande kommen werde, da unsere Feinde, wie die Dinge jetzt lagen, die Einladung ablehnen bzw. ihre Annahme von Bedingungen abhängig machen würden. Diese Mitteilung von House war begleitet von einer Aufforderung zu unbedingt vertraulichen Verhandlungen, von denen nur er, Wilson und ich etwas wissen sollten. Unter diesen Umständen wäre völlige Diskretion sicher, da Wilson und House beide ziemlich geschickt, im Gegensatz zu anderen Amerikanern, Geheimnisse zu wahren wissen.

Ich bitte um baldigste Weisung, ob ich solche Verhandlungen ablehnen soll oder ob Euere Exzellenz mich dazu ermächtigen und mit entsprechenden Instruktionen versehen wollen. Wie ich früher immer berichtet, legt Wilson verhältnismäßig wenig Wert auf die territoriale Seite der Friedensbedingungen. Ich (bin?) (Gruppe fehlt) nach wie vor der Ansicht, daß das Hauptgewicht auf das zu legen sei, was hier abermals als die „Garantien für die Zukunft" bezeichnet wird. Wenn wir Wilson solche so weitgehend wie möglich geben könnten, glaubt er die Friedenskonferenz zustande bringen zu können, denn damit würde das Hauptargument unserer Feinde entwaffnet. Letztere behaupten nämlich immer, daß wir jetzt nur Frieden machen wollten, um bei günstigerer Gelegenheit den Krieg wieder anzufangen, während unsere Feinde genötigt seien, die gegen uns gebildete Koalition so lange wie möglich zusammenzuhalten, um einen dauernden Frieden zu erreichen. Die Wilsonschen Gedanken über solche Garantien sind Euerer Exzellenz bekannt. Sie bestehen in erster Linie in einer beschränkten Abrüstung zu Lande und zu Wasser (Freiheit der See), schiedsrichterliche Einrichtungen und Friedensliga. Glaube auf Grund Euerer Exzellenz Reichstagsrede, daß die Kaiserliche Regierung solche Garantien unter der Bedingung geben würde, daß ein Friede zustande käme.

Ich habe mich House gegenüber vorwiegend zuhörend verhalten, um Euerer Exzellenz in keiner Weise vorzugreifen. Indessen schließe ich mich der Auffassung des Herrn House an, daß eine Friedenskonferenz ohne Hilfe der Vereinigten Staaten nicht zustande kommen wird. Unsere Feinde werden versuchen, uns ins Unrecht zu setzen, indem sie sagen, daß wir zwar eine Konferenz vorgeschlagen, aber nichts über unsere Bedingungen und Garantien hätten verlauten lassen. Ich kann natürlich nur vom hiesigen Standpunkt aus ein Urteil abgeben. Wir haben durch unser Friedensangebot eine große Umstimmung der hiesigen öffentlichen Meinung hervorgebracht. Diesen Vorteil werden wir gänzlich verlieren, wenn sich der von unseren Feinden kolportierte Gedanke festsetzt, daß wir nur eine für unsere eigene öffentliche Meinung berechnete theatralische Friedensgeste gemacht hätten. Welche Schritte Wilson tun wird, wenn mich Euere Exzellenz zu solchen Verhandlungen ermächtigen, ist noch nicht bestimmt und hängt wesentlich von Euerer Exzellenz Instruktionen ab. House dachte daran, eventuell selbst nach England zu reisen. Je mehr Euere Exzellenz mir über unsere Bedingungen und Bereitwilligkeit zu Garantien mitteilen wollen, desto besser von hier aus gesehen. Indessen weiß ich nicht, ob Euere Exzellenz nicht vielleicht lieber die Verhandlungen scheitern lassen wollen, als amerikanische Hilfe anzunehmen. Es braucht meines Erachtens nicht zugestanden zu werden, daß die Vereinigten Staaten an allen Verhandlungen teilnehmen. Notwendig wäre nur die Verpflichtung unsererseits zu den Garantien, welche in einer allgemeinen Konferenz im einzelnen festzusetzen wären, nachdem eine Konferenz der Kriegführenden einen Präliminarfrieden zustande gebracht hätte.

Ich unterbreite Euerer Exzellenz obigen Vorschlag, weil ich überzeugt bin, daß unsere Feinde nicht auf Verhandlungen eingehen werden, wenn nicht von hier aus ein starker Druck ausgeübt wird. Letzteres wird aber

meines Erachtens geschehen, wenn Euere Exzellenz im übrigen glauben, amerikanische Vermittelung annehmen zu können. Mit Ausnahme der belgischen Frage dürfte die hiesige Regierung uns bei allen Verhandlungen mehr Vorteil als Nachteil bringen, da die Amerikaner jetzt erst zur Erkenntnis gekommen sind, was die Seeherrschaft Englands bedeutet.

Bernstorff

51

Staatssekretär Zimmermann an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 145 Berlin, 4. Januar 17

Für Euerer Exzellenz Anregung Nr. 192 gute Disposition vorhanden, namentlich soweit Friedensliga pp. in Frage. Ausführliche Instruktion folgt.

Im Anschluß an Telegramm Nr. 123 vom 1. Dezember.

Frage bewaffneter Handelsschiffe duldet nach Ansicht Marine und Oberster Heeresleitung keinen weiteren Aufschub.

Bitte nachstehende Denkschrift, die in engster Anlehnung an amerikanisches Memorandum vom 25. März abgefaßt ist, mündlich mit Lansing besprechen und als Aide-Mémoire hinterlassen. Unser Vorgehen gegen bewaffnete Handelsschiffe, wie es nunmehr entsprechend der Denkschrift erfolgen wird, bedeutet selbstverständlich keine Zurücknahme unserer Zusicherung in der Note vom 4. Mai 1916 bezüglich der Versenkung von Handelsschiffen.

Anlage über Reederkonferenz folgt durch besonderen Funkspruch. Folgt Denkschrift:

(Denkschrift entsprechend eingefügt.)

Bitte Drahtbericht über Ausführung.

Zimmermann

52

Unterstaatssekretär v. Stumm an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 148 Berlin, 5. Januar 17

Im Anschluß an Nr. 145 vom 4. Januar

Bitte mir sofort Euerer Exzellenz persönliche Auffassung über Eindruck und Erfolg Demarche gemäß Telegramm Nr. 145 telegraphisch mitzuteilen. Hierdurch darf jedoch Besprechung mit Lansing nicht hinausgeschoben werden, da, wie ich zur streng vertraulichen Information bemerke, Vorgehen gegen bewaffnete Schiffe in allernächster Zeit beginnen wird.

v. Stumm

53

Staatssekretär Zimmermann an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 149 Berlin, 7. Januar 17
Antwort auf Nr. 192 vom 29. Dezember
Zur persönlichen Information

Amerikanische Vermittelung für eigentliche Friedensverhandlungen ist uns schon wegen unserer öffentlichen Meinung durchaus unerwünscht. Auch müssen wir im gegenwärtigen Augenblick alles vermeiden, was den Eindruck bei unseren Gegnern vertiefen könnte, als sei unser Friedensangebot aus einer bei uns bestehenden Zwangslage heraus entstanden. Das ist nicht der Fall. Wir sind der Ueberzeugung, den Krieg militärisch und wirtschaftlich zu siegreichem Ende bringen zu können. Die Frage der Mitteilung unserer Friedensbedingungen wollen Euere Exzellenz daher dilatorisch behandeln. Dagegen ermächtige ich Sie, schon jetzt unsere Bereitwilligkeit zur Mitwirkung an demjenigen Teil des Programms zu dokumentieren, für das sich Präsident besonders interessiert und das mit der von Oberst House hier früher skizzierten sogenannten „Second Convention" identisch zu sein scheint. Hierunter rechnen wir schiedsrichterliche Einrichtungen, Friedensliga und Durchprüfung der Abrüstungsfrage und der Frage der Freiheit der Meere. Wir sind mithin im Prinzip bereit zu jenen Garantien, die in einer allgemeinen Konferenz im einzelnen festzusetzen wären, nachdem eine Konferenz der Kriegführenden einen Präliminarfrieden zustande gebracht hat. Um unseren guten Willen in dieser Richtung zu beweisen, sind wir im Prinzip auch bereit, sofort in Verhandlungen mit Amerika über den Abschluß eines Schiedsvertrages und Bryanschen Friedensvertrages einzutreten. Euere Exzellenz wollen dies den Präsidenten wissen lassen und ihn bitten, das Programm für die Konferenz zur Sicherung des Weltfriedens auszuarbeiten und uns sobald wie möglich mitzuteilen.

Bitte ferner Oberst House und Präsident Wilson gegenüber zu betonen, daß unsere eigentlichen Friedensbedingungen sehr mäßig sind und sich im Gegensatz zu denen der Entente in durchaus vernünftigen Grenzen bewegen; dies gilt insbesondere auch bezüglich Belgiens, das wir nicht annektieren wollen. Auch wünschen wir eine Ordnung der Handels- und Verkehrsbeziehungen nach dem Kriege unter Ausschluß jeglichen Boykotts, eine Forderung, für die wir wohl bei dem gesunden Menschenverstand der Amerikaner ohne weiteres auf Verständnis rechnen dürfen. Dagegen bleibt elsaß-lothringische Frage für uns indiskutabel.

Es wäre erwünscht, zu erfahren, wie Euere Exzellenz persönlich sich starken Druck vorstellen, den Präsident Wilson auf Entente ausüben könnte, um sie Friedensverhandlungen geneigt zu machen. Nach Erfahrungen der beiden Kriegsjahre scheint uns Ausfuhrverbot auf Kriegsgerät und Lebensmittel, das wohl in erster Linie Entente zum Einlenken nötigen würde und auch uns am erwünschtesten wäre, leider wenig wahrscheinlich. Nur ein wirkungsvoller Druck in dieser Richtung könnte uns der zwingenden Notwendigkeit entheben, unsererseits auf das Mittel des uneingeschränkten

U-Boot-Krieges zurückzugreifen. Sollten Euere Exzellenz Vorschläge zu machen haben, wie uneingeschränkter U-Boot-Krieg ohne Bruch mit Amerika geführt werden kann, bitte ich um alsbaldigen Drahtbericht.

Zimmermann

54

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 11. Januar 17

Telegramm Nr. 22 Washington, 9. Januar 17

Nr. 145 and 148 received to-day.

Request most urgently to postpone further steps till you have received my answer.

Bernstorff

55

Antwort der Entente an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf die Note Wilsons vom 18. Dezember 16

Uebersetzung Paris, 12. Januar 17

Die Alliierten Regierungen haben die Note, welche ihnen am 19. Dezember 1916 im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten übergeben wurde, erhalten. Sie haben sie mit der Sorgfalt geprüft, welche gleichzeitig ihre richtige Empfindung von dem Ernst der Stunde und ihre aufrichtige Freundschaft für das amerikanische Volk gebot. Im allgemeinen legen sie Gewicht darauf zu erklären, daß sie den hohen Gesinnungen, von denen die amerikanische Note beseelt ist, den Zoll ihrer Anerkennung darbringen, da sie sich mit allen ihren Wünschen dem Plane der Schaffung einer Liga der Nationen anschließen, welche Frieden und Gerechtigkeit in der Welt sichern soll, und sie erkennen alle Vorteile, welche die Einrichtung internationaler Bestimmungen zur Hintanhaltung gewaltsamer Konflikte zwischen den Nationen für die Sache der Menschheit und der Zivilisation bringen wird. Bestimmungen, welche die erforderlichen Maßnahmen (sanctions) in sich schließen müssen, um die Ausführung zu gewährleisten und so zu verhindern, daß die anscheinende Sicherheit nicht dazu diene, neue Angriffe zu erleichtern. Die Erörterung künftiger Abmachungen, welche einen dauerhaften Frieden sichern sollen, hat jedoch zunächst eine befriedigende Regelung des gegenwärtigen Streites zur Voraussetzung. Die Alliierten empfinden ebenso tief wie die Regierung der Vereinigten Staaten den Wunsch, möglichst bald diesen Krieg beendet zu sehen, für den die Mittelmächte verantwortlich sind und welcher der Menschheit grausame Leiden auferlegt; aber sie sind der Ansicht, daß es unmöglich ist, bereits heute einen Frieden zu

erzielen, welcher ihnen die Wiedergutmachungen, Rückerstattungen und Bürgschaften sichert, auf welche sie ein Recht haben infolge des Angriffs, für welchen die Mittelmächte die Verantwortung tragen und der im Ursprung gerade darauf abzielte, die Sicherheit Europas zugrunde zu richten. Die alliierten Völker hegen die Ueberzeugung, daß sie nicht für ein selbstsüchtiges Interesse, sondern zum Schutze der Unabhängigkeit der Völker, des Rechtes der Menschheit kämpfen. Die Alliierten sind sich vollkommen klar über die Verluste und Leiden, welche der Krieg den Neutralen wie den Kriegführenden zufügt, und sie beklagen sie, aber sie lehnen die Verantwortung dafür ab, da sie den Krieg in keiner Weise gewollt oder hervorgerufen haben und sich bemühen, die Schäden zu mildern, soweit dies mit den unerbittlichen Forderungen der Verteidigung gegen die Gewalttätigkeit und die Fallstricke des Feindes vereinbar ist. Mit Genugtuung nehmen sie zur Kenntnis, daß die amerikanische Mitteilung in keiner Weise ihrem Ursprung nach mit derjenigen der Mittelmächte zusammenhängt, welche am 18. Dezember von der Regierung der Vereinigten Staaten übergeben wurde. Sie zweifelten nicht an den Entschluß der Amerikanischen Regierung, selbst den blassen Anschein einer auch nur moralischen Unterstützung des verantwortlichen Urhebers des Krieges zu vermeiden. Die Alliierten Regierungen halten es für ihre Pflicht, sich in der freundschaftlichsten, aber klarsten Weise gegen eine Gleichstellung auszusprechen, welche auf öffentlichen Erklärungen der Mittelmächte beruht und in direktem Widerspruch zur offenkundigen Sachlage steht, sowohl bezüglich der Verantwortlichkeiten in der Vergangenheit wie betreffs der Bürgschaften für die Zukunft. Präsident Wilson hat durch ihre Erwähnung gewiß nicht beabsichtigt, sich ihr anzuschließen.

Eine historische Tatsache steht gegenwärtig fest, nämlich der Angriffswille Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, um ihre Vorherrschaft in Europa und ihre wirtschaftliche Herrschaft über die Welt zu sichern. Deutschland hat durch die Kriegserklärung und die sofortige Verletzung der belgischen und luxemburgischen Unabhängigkeit, durch die Art, wie es den Kampf geführt hat, eine systematische Verachtung aller Grundsätze der Menschlichkeit und der Rechte der kleinen Staaten gezeigt. Je mehr der Konflikt sich entwickelte, wurde die Haltung der Mittelmächte und ihrer Verbündeten ein ständiger Hohn auf Menschlichkeit und Zivilisation. Ist es nötig, an die Greuel zu erinnern, welche den Einfall in Belgien und Serbien begleiteten, an die schonungslose Verwaltung der besetzten Länder, die Niedermetzelung von Hunderttausenden von harmlosen Armeniern, die Barbareien gegen die Bevölkerung von Syrien, die Zeppelinangriffe auf offene Städte, die Zerstörung von Postdampfern und Handelsschiffen unter neutraler Flagge durch Unterseeboote, die grausame Behandlung der Kriegsgefangenen, die Justizmorde an Miß Cavell und Kapitän Fryatt, die Verschleppung der Zivilbevölkernng in die Sklaverei usw. Die Hinrichtung von Parville (?) und die Reihe von Verbrechen, die ohne Rücksicht auf die allgemeine Mißbilligung begangen wurden, erklären dem Präsidenten Wilson vollständig den Protest der Alliierten. Diese sind der Meinung, daß die Note, die den Vereinigten Staaten als Antwort auf die deutsche

Note überreicht wurde, die von der Amerikanischen Regierung gestellte Frage beantwortet und nach dem eigenen Ausdruck der letzteren eine öffentliche Erklärung bezüglich der Bedingungen, unter denen der Krieg beendet werden könnte, darstellt. Aber Präsident Wilson wünscht noch mehr. Er wünscht, daß die kriegführenden Mächte offen die Ziele bekanntgeben, welche sie sich bei der Fortführung des Krieges setzen. Die Alliierten können auf diese Forderung ohne Schwierigkeiten antworten. Ihre Kriegsziele sind wohl bekannt, sie haben sie mehrfach in den Erklärungen der Oberhäupter der verschiedenen Regierungen dargelegt. Diese Ziele werden in den Einzelheiten mit allen Kompensationen und gerechtfertigten Entschädigungen für den erlittenen Schaden erst in der Stunde der Verhandlungen auseinandergesetzt werden. Aber die zivilisierte Welt weiß, daß sie alles Notwendige einschließen und in erster Linie die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros, die ihnen geschuldeten Entschädigungen, die Räumung der besetzten Gebiete von Frankreich, Rußland und Rumänien mit den gerechten Wiedergutmachungen, die Reorganisation Europas, Bürgschaft für ein dauerhaftes Regime, daß sowohl auf die Achtung der Nationalität und die Rechte aller kleinen und großen Völker begründet ist wie auf territoriale Abkommen und internationale Regelungen, welche geeignet sind, die Land- und Seegrenzen gegen ungerechtfertigte Angriffe zu schützen, die Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Alliierten durch Gewalt oder gegen den Willen ihrer Bevölkerung entrissen worden sind, die Befreiung der Italiener, Slaven, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft, die Befreiung der Bevölkerung, welche der blutigen Tyrannei der Türken unterworfen sind, und die Entfernung des Osmanischen Reiches aus Europa, weil es zweifellos der westlichen Zivilisation fremd ist. Die Absichten Seiner Majestät des Kaisers (von Rußland!) bezüglich Polens sind klar und durch die Proklamation kundgegeben, welche er an seine Armeen gerichtet hat.

Wenn die Alliierten Europa der brutalen Begierde des preußischen Militarismus entreißen wollen, so war es selbstverständlich niemals ihre Absicht — wie man vorgegeben hat —, die Vernichtung der deutschen Völker und ihr politisches Verschwinden anzustreben. Was sie vor allem wollen, ist die Sicherung des Friedens auf der Grundlage der Freiheit und Gerechtigkeit, der unverletzlichen Treue, welche die Regierung der Vereinigten Staaten stets beseelt hat. Die Alliierten, einig in der Verfolgung dieses hohen Zieles, sind jeder einzeln und gemeinsam entschlossen, mit ihrer ganzen Kraft zu handeln und alle Opfer zu bringen, um den Streit zu einem siegreichen Ende zu führen, von welchem ihrer Ueberzeugung nach nicht bloß ihr eigenes Heil und ihre Wohlfahrt, sondern die Zukunft der Zivilisation selbst abhängt.

56

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 14. Januar 17

Telegramm Nr. 205 — Washington, 10. Januar 17

Antwort auf Nr. 148

Memorandum Lansing überreicht. Meines Erachtens wird Vorgehen im Sinne dieses Memorandums Friedensvermittelung Wilsons zum Scheitern bringen und statt dessen Bruch mit Vereinigten Staaten herbeiführen, wenn nicht mindestens so lange mit Vorgehen gewartet wird, bis Einigung mit hiesiger Regierung herbeigeführt ist. Es wird sich vielleicht erreichen lassen, daß Amerikaner davor gewarnt werden, auf Schiffen Dienst zu nehmen, welche zu Angriffszwecken bewaffnet sind. Hierzu muß aber jedenfalls der hiesigen Regierung Zeit gelassen werden. Da alles von Wilson entschieden wird, ist Besprechung mit Lansing reine Formsache. Er antwortet niemals, bis er Instruktionen von Wilson hat. Im vorliegenden Fall muß letzterer erst Denkschrift lesen.

Wieviel Wert Euere Exzellenz auf Wilsons Friedensvermittelung legen, kann ich von hier aus nicht ermessen. Davon abgesehen, muß ich pflichtgemäß bestimmt erklären, daß ich Bruch mit Vereinigten Staaten für unvermeidlich halte, wenn ohne weiteres im Sinne des Memorandums vorgegangen wird.

Bernstorff

57

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 157 — Berlin, 16. Januar 17

Ganz geheim

Nach schroffer Ablehnung unseres Friedensangebots hat Entente in Antwort an Wilson zum Ausdruck gebracht, daß sie zur Fortsetzung des Krieges entschlossen ist, um Deutschland Provinzen im Westen und Osten zu rauben, Oesterreich-Ungarn zu zertrümmern, Türkei zu vernichten. In ihrer auf diese Ziele gerichteten Kriegsführung verletzt Entente alle Regeln Völkerrechts, indem sie legitimen Handel Deutschlands mit Neutralen und Neutraler untereinander widerrechtlich verhindert. Aus Rücksicht auf Neutrale hat Deutschland von U-Boot-Waffe bisher nicht vollen Gebrauch gemacht. Nachdem Entente Verständigung auf der von Zentralmächten vorgeschlagenen Grundlage der Gleichberechtigung aller Nationen unmöglich gemacht und nur einen teils auf Vernichtung, teils auf Entehrung der Zentralmächte hinauslaufenden, von Entente zu diktierenden Frieden als möglich erklärt hat, kann Deutschland diesen Verzicht nicht weiter aufrecht erhalten. Wir zweifeln nicht, daß Präsident für die durch brutalen Kriegs und Vernichtungswillen der Entente geschaffene Zwangslage Verständnis haben und einsehen wird, daß jetzt enthüllte Absichten der Entente Deutschland die in der Note vom 4. Mai 1916 vorbehaltene Freiheit der Entschließung wiedergeben.

Demgemäß wird Deutschland völkerrechtswidrigen Maßnahmen der Gegner dadurch begegnen, daß es vom 1. Februar ab in einem Gebiet um Großbritannien und Frankreich jeden — auch neutralen — Schiffsverkehr von und nach England und Frankreich gewaltsam verhindert. Auch neutrale Schiffe, die in diesem Gebiet angetroffen, werden versenkt. Das Gebiet ist umgrenzt durch eine Linie in 20 Seemeilen Abstand längs der holländischen Küste bis Terschelling Feuerschiff, den Längengrad von Terschelling-Feuerschiff bis Udsire, eine Linie von dort über den Punkt 62 Grad Nord 0 Grad Länge nach 62 Grad Nord 5 Grad West, weiter zu einem Punkt 3 Seemeilen südlich der Südspitze der Faroer, von dort über Punkt 62 Grad Nord 10 Grad West nach 61 Grad Nord 15 Grad West, dann 57 Grad Nord 20 Grad West bis 47 Grad Nord 20 Grad West, weiter nach 43 Grad Nord 15 Grad West, dann auf dem Breitengrad 43 Grad Nord entlang bis 20 Seemeilen von Cap Finisterre und in 20 Seemeilen Abstand entlang der spanischen Nordküste bis zur französischen Grenze.

Von dieser Maßnahme verspricht sich die Deutsche Regierung die baldige Beendigung des Krieges und die Wiederherbeiführung des Friedens, die auch dem Präsidenten am Herzen liegt. Deutschland und seine Verbündeten hatten in Uebereinstimmung mit dem Präsidenten gehofft, dies Ziel im Wege der Verhandlung erreichen zu können. Nachdem durch die Schuld der Gegner der Krieg seinen Fortgang nehmen muß, glaubt die Kaiserliche Regierung sich der bestimmten Erwartung hingeben zu dürfen, daß sich der Präsident der Notwendigkeit einer Maßnahme nicht verschließen wird, die geeignet ist, das Ende des furchtbaren Blutvergießens zu beschleunigen. Sie rechnet hierauf um so mehr, als unter den Druckmitteln der Entente die Neutralen auf das Schwerste geschädigt werden, indem sie gezwungen sind, allen Verkehr und Handel aufzugeben oder auf dasjenige Maß zu beschränken, das unsere Gegner ohne Bindung an die Regeln des Völkerrechts willkürlich festsetzen.

Wir nehmen daher bestimmt an, daß der Präsident nunmehr amerikanische Schiffe vor dem Einlaufen in das Sperrgebiet und amerikanische Staatsangehörige davor warnen wird, feindlichen nach englischen und französischen Häfen des Sperrgebiets verkehrenden Schiffen Passagiere oder Waren anzuvertrauen.

Durch einen energischen Druck auf England in Form eines Ausfuhrverbots auf Lebensmittel und Kriegsgerät hat es der Präsident überdies in der Hand, zu einer schleunigen Beendigung des Krieges in wirksamer Weise beizutragen.

Vorstehendes einstweilen für Euerer Exzellenz persönliche Information. Aus militärischen Gründen unbedingte Geheimhaltung nötig. Dortiger Regierung keine Andeutungen, sondern erst am 1. Februar entsprechende amtliche Mitteilung machen. Bei Mitteilung wollen Sie bemerken, daß in den Befehlen für U-Boote genügend lange Schonung neutraler Schiffe und genügend lange Sicherheit der Passagiere auf unbewaffneten feindlichen Passagierdampfern vorgesehen ist, außerdem können neutrale Schiffe, die am 1. Februar auf der Fahrt nach oder von Häfen des Sperrgebiets, dieses, ohne Gefahr, versenkt zu werden, vermeiden oder auf dem kürzesten

Wege verlassen, wenn sie sofort mit allen verfügbaren Mitteln benachrichtigt werden. Ebenso können neutrale Schiffe Häfen des Sperrgebiets vor 1. Februar abends verlassen und dieses auf kürzestem Wege durchqueren.

Etwaigem Einwand wegen Gefährdung von Amerikanern, die sich auf feindlichen Frachtdampfern befinden, die nach Sperrgebiet unterwegs, bitte mit Hinweis begegnen, daß feindliche Reedereien in der Lage, Einlaufen ins Sperrgebiet rechtzeitig zu verhindern.

Euere Exzellenz wollen ferner früheres Angebot freier Passage in begrenzter Zahl amerikanischer Passagierdampfer nach Falmouth wiederholen. Dabei Bedingungen: Fester, bekannter Fahrplan, keinerlei Kontrebande, besondere nur diesen Schiffen vorbehaltene Kennzeichen. Zu vereinbarender Kurs.

Ich bin mir wohl bewußt, daß wir mit unserem Vorgehen Gefahr laufen, den Bruch und möglicherweise den Krieg mit den Vereinigten Staaten herbeizuführen. Wir sind entschlossen, dieses Risiko auf uns zu nehmen. Ich bitte aber Euere Exzellenz, mir umgehend etwaige Gesichtspunkte für Behandlung Angelegenheit mitzuteilen, durch die Gefahr Bruches vermindert werden könnte. Erbitte insbesondere Aeußerung darüber, ob vorgesehene Zusicherung wegen Schonung neutraler Schiffe und Passagierdampfer ausreichend oder ob besser bestimmte Frist, eventuell welche, anzugeben. Ich erinnere schließlich an Vorbereitung der gründlichen Unfahrbarmachung deutscher Dampfer. Euere Exzellenz sind dafür verantwortlich, daß nötiges Stichwort so rechtzeitig auf sicherem Wege gegeben wird, daß kein deutscher Dampfer in brauchbarem Zustande in fremde Hand fällt. Sofortige Empfangsbestätigung.

Bethmann Hollweg

58

Staatssekretär Zimmermann an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 66 Berlin, 18. Januar 17

Bitte telegraphischen Vorschlag, wem für Fall Abbruchs Beziehungen Vertretung deutscher Interessen in Washington zu übertragen . . .

Zimmermann

59

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 22. Januar 17
Telegramm Nr. 212 Washington, 16. Januar 17
Antwort auf Nr. 149 vom 7. Januar

Von Exzellenz Ermächtigung Mr. House gegenüber Gebrauch gemacht. Er sagte mir, Wilson betrachte diese Aeußerung der Kaiserlichen Regierung als höchst wertvoll. Ueber den weiteren Verlauf der Wilsonschen Friedensaktion kann ich noch nichts Bestimmtes sagen. Nur soviel ist sicher, daß Präsident augenblicklich keinen anderen Gedanken hat, als

Frieden zu stiften, und diese Absicht mit äußerster Energie und jeden möglichen Mitteln durchzuführen suchen wird. In allernächster Zeit ist eine weitere Erklärung Wilsons vermutlich in Form einer Botschaft an den Kongreß zu erwarten. Anscheinend will er darin das amerikanische Volk auffordern, ihm zu helfen, den Frieden zu erzwingen; wenigstens lobt er und House jetzt die Hearstschen Zeitungsartikel, die in diesem Sinne geschrieben sind. Ob es wirklich zu einem Embargo auf alle Ausfuhr kommen wird, ist heute noch schwer zu sagen. Vielleicht wird auch die Drohung genügen, um unsere Feinde zu einer Konferenz zu zwingen.

Aus obigem geht hervor, daß wir mit den alten Unterseebootsfragen keine Schwierigkeiten haben dürften. Auch in der Frage bewaffneter Handelsschiffe hoffe ich auf modus vivendi. Nur müssen wir nicht allzubald und ohne weiteres vorgehen, damit nicht Konflikt eintritt, bevor Präsident fernere Schritte getan hat.

So merkwürdig dies Deutschlands Ohren klingen mag, gilt Wilson jetzt hier allgemein als prodeutsch. Seine Note wurde auf unseren Einfluß zurückgeführt und Gerards Rede verstärkt diesen Eindruck. Letztere Rede entspricht ja den Weisungen, die Herr Gerard hier erhalten. Unsere hiesigen Gegner sind förmlich tobsüchtig geworden und wenden jedes denkbare Mittel an, um Wilson Hindernisse in den Weg zu legen. Dadurch sind die Angriffe gegen Präsident zu erklären, sowie der Schmutz von Republikanern inszenierten Versuchen, der Botschaft Börsenspekulationen vorzuwerfen, wobei auch mein Name (ohne jede Berechtigung natürlich) genannt wurde. Die Deutsche Botschaft wird von unseren hiesigen Gegnern bekanntlich für alles verantwortlich gemacht.

Bernstorff

60

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Ein. Berlin, 22. Januar 17
Telegramm Nr. 222 Washington, 19. Januar 17
Antwort auf Nr. 157 vom 16. Januar

Krieg unvermeidlich bei beabsichtigtem Vorgehen. Gefahr Bruch könnte vermindert werden durch Ansetzung bestimmter Frist, etwa eines Monats, behufs Schonung neutraler Schiffe und Passagiere, da eine vorherige rechtzeitige Warnung, wie Vorgehen jetzt geplant, unmöglich erscheint. Stichwort für Unfahrbarmachung deutscher Dampfer werde ich am 1. Februar geben müssen, da Ausführung meines Auftrags hier als Kriegserklärung wirken und deshalb sofort strenge Bewachung eintreten wird. Sowieso dürfte ein der „Lusitania" ähnlicher Fall bald zu erwarten sein.

Wenn militärische Gründe der (? Lücke) unbedingt durchschlagend sind, wäre im Hinblick auf mein Telegramm 212 Aufschub dringend erwünscht. Wilson glaubt Friede erreichen zu können auf Grundlage der von uns vorgeschlagenen Gleichberechtigung aller Nationen. House sagte mir noch

gestern, daß Wilson in allernächster Zeit vorgehen wolle, da er infolge unserer Erklärungen über künftige Friedensliga usw. Friedenskonferenz für günstig halte.

Bernstorff

61

Botschaft des Präsidenten Wilson an den Senat v. 22. Januar 17
Von dem Amerikanischen Botschafter Gerard Staatssekretär Zimmermann am 22. Januar 17 übergeben
Uebersetzung

Meine Herren vom Senat! Am 18. Dezember des vorigen Jahres habe ich an die Regierungen der gegenwärtig kriegführenden Staaten eine gleichlautende Note gerichtet, in der sie ersucht wurden, die Bedingungen, unter denen sie den Friedensschluß für möglich hielten, genauer festzustellen, als dies bis dahin von irgendeiner kriegführenden Gruppe geschehen war. Ich sprach im Namen der Menschheit und der Rechte aller neutralen Staaten, wie unser eigener einer ist, deren vitalste Interessen zum großen Teil durch den Krieg fortwährend gefährdet werden. Die Mittelmächte erwiderten in einer Note, die einfach besagte, daß sie bereit seien, mit ihren Gegnern zu einer Konferenz zusammenzutreten, um die Friedensbedingungen zu erörtern. Die Mächte der Entente haben viel ausführlicher geantwortet, und wenn auch nur in allgemeinen Umrissen, so doch mit genügender Bestimmtheit, um Einzelfragen einzubeziehen, die Vereinbarungen, Bürgschaften und Wiederherstellungen (acts of reparation) angegeben, die ihnen als die unumgänglichen Bedingungen einer befriedigenden Lösung erscheinen. Wir sind dadurch der endgültigen Erörterung des Friedens, der den gegenwärtigen Krieg beenden soll, um so viel näher gekommen. Wir befinden uns um so viel näher der Erörterung des internationalen Konzerts, das nachher die Welt zur Beobachtung ihrer Verpflichtungen anhalten muß.

In jeder Erörterung über den Frieden, der diesen Krieg beenden muß, wird es als zweifellos hingenommen, daß diesem Frieden irgendein bestimmtes Einvernehmen der Mächte (concert of powers) folgen muß, welches es wirklich unmöglich machen wird, daß irgendeine Katastrophe wie die gegenwärtige jemals wieder über uns hereinbricht. Jeder Menschenfreund, jeder vernünftige und denkende Mann muß dies als ausgemacht ansehen. Ich habe diese Gelegenheit, mich an Sie zu wenden, gesucht, weil ich es Ihnen, als dem mir zur endgültigen Feststellung unserer internationalen Verpflichtungen beigegebenen Rate, schuldig zu sein glaubte, Ihnen rückhaltslos die Gedanken und Absichten zu enthüllen, welche in meinem Geiste Gestalt angenommen haben, bezüglich der Verpflichtung unserer Regierung, in kommenden Tagen, wenn es notwendig sein wird, die Grundmauern des Friedens unter den Völkern nach einem neuen Plan zu legen. Es ist undenkbar, daß das Volk der Vereinigten Staaten bei diesem großen Unternehmen keine Rolle spielen sollte. Die Teilnahme an

solchem Dienst wird die Gelegenheit sein, für welche unser Volk sich schon durch die Prinzipien und Zwecke seiner Politik und die bewährte (approved) Praxis seiner Regierung seit jeher vorzubereiten gesucht hat seit den Tagen, da es eine neue Nation begründete in der hohen und ehrenwerten Hoffnung, daß diese in allem ihren Sein und Tun der Menschheit den Weg zur Freiheit zeigen möge. Unser Volk kann in Ehren nicht abstehen von dem Dienste, zu dem es nunmehr im Begriff ist, aufgerufen zu werden. Es wünscht auch nicht, diesen Dienst zu versagen, aber es ist sich selbst und den anderen Nationen der Welt schuldig, die Bedingungen festzustellen, unter denen es sich imstande fühlen wird, Hilfe zu bringen. Dieser Dienst besteht in nichts weniger als in folgendem: Ihr Gewicht und ihre Macht zu dem Gewichte und der Kraft anderer Nationen hinzuzufügen, um Frieden und Recht auf der ganzen Welt zu sichern.

Solch eine Regelung kann jetzt nicht lange mehr verschoben werden; es ist in Ordnung, daß, bevor es dazu kommt, unsere Regierung freimütig die Bedingungen formuliert, unter denen sie sich für berechtigt hielte, von unserem Volke die Zustimmung zum formellen und feierlichen Beitritt zu einer Friedensliga zu verlangen. Es ist mein Zweck, die Feststellung dieser Bedingungen zu versuchen. Zuerst muß der gegenwärtige Krieg beendet werden, aber wir sind es der Rechtlichkeit und aufrichtigen Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung schuldig zu sagen, daß es, insoweit unsere Teilnahme an der Verbürgung des künftigen Friedens in Frage kommt, einen großen Unterschied macht, auf welchem Wege und unter welchen Bedingungen dieser Krieg beendet wird. Die Verträge und Uebereinkommen, die ihn beenden, müssen Bedingungen verwirklichen, die einen Frieden schaffen, welcher wert ist, verbürgt und erhalten zu werden, einen Frieden, der den Beifall der Menschheit erringen wird, und nicht nur einen Frieden, der den Einzelinteressen und augenblicklichen Zwecken der beteiligten Staaten dienen wird. Wir wollen keine Stimme bei der Feststellung dessen haben, was diese Bedingungen sein sollen, aber wir wollen — ich bin davon überzeugt — eine Stimme haben bei der Festsetzung, ob diese Bedingungen von Bürgern eines allumfassenden Bundes (universal covenant) bleibend gemacht werden sollen oder nicht. Und unser Urteil über dasjenige, was eine grundlegende und wesentliche Bedingung der Beständigkeit ist, sollte jetzt und nicht nachher ausgesprochen werden, wenn es zu spät sein könnte. Kein auf dem Zusammenwirken beruhender Friedensbund, der nicht die Völker der Neuen Welt in sich schließt, kann ausreichen, um die Zukunft vor dem Krieg zu sichern, und doch gibt es nur eine Art Frieden, dessen Verbürgung die Völker von Amerika sich zugesellen könnten. Die Elemente dieses Friedens müssen Elemente sein, welche das Vertrauen der Amerikanischen Regierung verdienen und ihren Prinzipien Genüge leisten, Elemente, welche zu dem politischen Glauben und den praktischen Ueberzeugungen stimmen, die die Völker von Amerika sich zu eigen gemacht und zu verteidigen unternommen haben.

Ich will nicht sagen, daß irgendeine Amerikanische Regierung irgendwie sich irgendwelchen Friedensbedingungen entgegenstellen würde, auf welche die gegenwärtigen kriegführenden Regierungen sich einigen möchten.

noch daß sie es versuchen würde, solche Vereinbarungen, wenn sie geschlossen sind, umzustoßen, von welcher Art sie auch immer sein mögen. Ich halte es lediglich für ausgemacht, daß bloße Friedensvereinbarungen zwischen den Kriegführenden nicht einmal die Kriegführenden selbst befriedigen werden. Bloße Vereinbarungen dürften den Frieden nicht sichern, es wird unbedingt nötig sein, daß eine Kraft geschaffen wird, die imstande ist, die Dauerhaftigkeit der Abmachung zu verbürgen, eine Kraft, weit größer als diejenige irgendeiner der jetzt in Mitleidenschaft gezogenen Nationen oder irgendeines bisher gebildeten oder geplanten Bündnisses, so daß keine Nation und keine wahrscheinliche Vereinigung von Nationen ihr die Stirn bieten oder ihr widerstehen könnte. Wenn der jetzt zu schließende Frieden dauerhaft sein soll, so muß es ein Frieden sein, der gesichert erscheint durch eine organisierte größere Kraft der Menschheit. Von den Bestimmungen des unmittelbaren Friedens, auf den man sich geeinigt haben wird, wird es abhängen, ob es ein Friede ist, für den eine solche Bürgschaft gesichert werden kann. Die Frage, von der für die Zukunft Friede und Glück in der Welt in ihrer Gesamtheit abhängt, ist die: Ist der gegenwärtige Krieg ein Kampf um einen gerechten und sicheren Frieden oder nur für ein neues Gleichgewicht der Kräfte (balance of power)? Wenn es nur ein Kampf für ein neues Gleichgewicht ist, wer will, wer kann die Stabilität der neuen Vereinbarung verbürgen? Nur ein ruhiges Europa kann ein dauerhaftes Europa sein. Nicht Gleichgewicht, sondern Gemeinsamkeit der Macht ist notwendig, nicht organisierte Nebenbuhlerschaft, sondern organisierter Gemeinfriede.

Glücklicherweise haben wir über diesen Punkt sehr ausführliche Versicherung erhalten. Die Erklärungen der beiden jetzt gegeneinander aufgebotenen Völkergruppen stellen in nicht mißzuverstehender Weise fest, daß es nicht in ihrer Absicht liege, ihre Gegner zu vernichten. Aber es mag vielleicht nicht allen klar sein, was diese Erklärungen in sich schließen. Die Auffassung hierüber mag vielleicht auch nicht dieselbe auf beiden Seiten des Wassers sein. Ich denke, daß es dienlich sein möchte, wenn ich auseinanderzusetzen versuche, was nach unserer Meinung in diesen Versicherungen begriffen ist. Es ist darin von allen begriffen, daß es Frieden werden muß ohne Sieg. Es möge mir gestattet sein, dies auf meine Art auszulegen, und es möge wohl verstanden werden, daß ich keine andere Deutung im Sinne hatte. Ich suche lediglich die Wirklichkeit ins Auge zu fassen und sie ins Auge zu fassen ohne Heimlichkeiten, die nicht am Platze wären. Ein Sieg würde einen Frieden bedeuten, der den Unterlegenen aufgezwungen wird, das den Besiegten auferlegte Gesetz des Siegers. Er würde als Demütigung, als Härte, als unerträgliches Opfer angenommen werden, er würde einen Stachel, Rachsucht, ein bitteres Gedenken hinterlassen, auf dem das Friedensgebäude nicht in dauerhafter Weise, sondern nur wie auf Flugsand ruhen würde. Nur ein Friede unter Gleichen kann Dauer haben. Nur ein Friede, dessen Grundprinzip Gleichheit und gemeinsame Teilhaberschaft am gemeinsamen Nutzen ist, ist die richtige Geistesverfassung. Die richtige Gesinnung unter den Nationen ist für einen dauerhaften Frieden ebenso notwendig

wie die gerechte Lösung von streitigen Gebietsfragen oder von Fragen über Rassen- und Stammeszugehörigkeit (Racial and national allegiance). Die Gleichheit der Nationen, auf die der Friede, wenn er dauerhaft sein soll, gegründet sein muß, muß die Gleichheit der Rechte sein. Die gegenseitigen Bürgschaften dürfen den Unterschied zwischen großen und kleinen, mächtigen und schwachen Völkern weder ausdrücklich anerkennen noch stillschweigend in sich begreifen. Das Recht muß gegründet sein auf die gemeinsame Kraft, nicht auf individuelle Nationen, von deren Zusammenwirken der Friede abhängen wird. Gleichheit der Gebiete oder Hilfsmittel kann es natürlich nicht geben. Ebensowenig irgend eine andere Art der Gleichheit, die nicht in der gewöhnlichen friedlichen gesetzmäßigen Entwickelung der Völker selbst erworben werde. Aber niemand verlangt oder erwartet irgend etwas, das über die Gleichheit der Rechte hinausginge. Die Menschheit hält jetzt Ausschau nach der Freiheit des Lebens, nicht nach dem Gleichgewicht der Macht.

Und etwas Tieferes kommt in Betracht als selbst die Gleichberechtigung unter den organisierten Völkern. Kein Friede kann dauern oder verdient zu dauern, der nicht den Grundsatz anerkennt und annimmt, daß die Regierungen alle ihre gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ableiten, und daß es nirgends ein Recht gibt, Völker von Machthaber zu Machthaber abzutreten, als wenn sie Eigentum wären. Ich halte es z. B., wenn ich ein einzelnes Beispiel sagen soll, für ausgemacht, daß die Staatsmänner überall darin einig sind, daß es ein einiges, unabhängiges, selbständiges Polen geben sollte, und daß weiter unverletzliche Sicherheit des Lebens, des Gottesdienstes, der individuellen und sozialen Entwickelung allen Völkern gewährleistet werden sollte, die bis jetzt unter der Macht von Regierungen gelebt haben, die einem Glauben und einem Zwecke gewidmet sind, der ihrem eigenen feindlich ist. Wenn ich hiervon spreche, so geschieht dies nicht, weil ich wünsche, ein abstraktes politisches Prinzip zu bestimmen, das denen, welche die Freiheit in Amerika aufzubauen gesucht haben, immer sehr teuer war, sondern aus denselben Gründen, aus denen ich von den anderen Friedensbedingungen gesprochen habe, welche mir in klarer Weise unerläßlich scheinen, weil ich aufrichtig wünsche, Wirklichkeiten aufzudecken. Irgendein Friede, der diesen Grundsatz nicht anerkennt und annimmt, wird unvermeidlich umgestoßen werden. Er wird nicht auf den Neigungen oder Ueberzeugungen der Menschheit fußen. Das Ferment des Geistes ganzer Völker wird gegen ihn gewandt und beständig ankämpfen und die ganze Welt wird mit ihnen sympathisieren. Die Welt kann nur dann friedlich sein, wenn ihr Leben auf dauerhafter Grundlage beruht, und eine dauerhafte Grundlage kann nicht vorhanden sein, wo der Wille sich auflehnt, wo keine Ruhe des Geistes und kein Gefühl der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Rechtes besteht.

Soweit als möglich sollte überdies jedes große Volk, das jetzt nach einer vollen Entwickelung seiner Hilfsmittel strebt, eines direkten Ausganges zu den großen Heerstraßen der See versichert sein. Wo dies durch Gebietsabtretung nicht bewerkstelligt werden kann, wird es sicherlich durch Neutralisierung der Zugangswege unter allgemeiner Garantie erreicht

werden können, was an und für sich eine Friedenssicherung bedeuten würde. Keine Nation braucht vom Zugang zu den offenen Wegen des Welthandels ferngehalten zu werden. Und der Seeweg muß gleichfalls durch gesetzliche Bestimmungen wie auch tatsächlich frei sein. Freiheit der Meere ist eine condicio sine qua non für den Frieden, für Gleichheit und Zusammenarbeit. Viele derzeit in Geltung stehende Regeln internationaler Uebung werden zweifelsohne einer radikalen Umarbeitung unterworfen werden müssen, um die Freiheit der Meere tatsächlich zu gewährleisten und deren gemeinsame Benutzbarkeit für die Menschen unter allen Umständen zu sichern. Aber der Beweggrund zur Einführung derartiger Aenderungen ist überzeugend und zwingend. Ohne diese Aenderung kann es kein Vertrauen und keine guten Beziehungen unter den Völkern geben. Der ununterbrochene freie und unbedrohte Verkehr von Volk zu Volk ist ein wesentlicher Teil des Friedens und des Entwickelungsprozesses. Es braucht nicht schwer zu sein, die Freiheit der Meere zu definieren oder sicherzustellen, wenn die Regierungen der Welt den aufrichtigen Willen haben, diesbezüglich zu einer Verständigung zu gelangen.

Dies ist ein Problem, welches mit der Begrenzung der maritimen Rüstungen und der Zusammenarbeit der Flotten der Welt, um die Meere sowohl frei als gesichert zu erhalten, eng verknüpft ist. Und die Frage der Begrenzung der maritimen Rüstungen bringt auch eine größere und vielleicht schwierigere Frage aufs Tapet: Wie Landarmeen und jedes Programm militärischer Vorbereitung eine Beschränkung erfahren könnten. So schwierig und heikel diese Fragen auch sein mögen, sie müssen mit absoluter Unvoreingenommenheit betrachtet und im Geiste wirklichen Entgegenkommens gelöst werden, wenn anders der Friede eine Besserung bringen und von Dauer sein soll. Ohne Opfer und Konzessionen ist Friede unmöglich. Der Geist der Ruhe und Sicherheit wird niemals unter den Völkern heimisch werden, wenn große schwerwiegende Rüstungsmaßnahmen da und dort auch in Zukunft Platz greifen und fortgesetzt werden sollten. Die Staatsmänner der Welt müssen für den Frieden arbeiten, und die Völker müssen ihre Politik diesem Gesichtspunkte anpassen, so wie sie sich bisher auf den Krieg, auf den erbarmungslosen Kampf und auf den Wettstreit vorbereitet haben. Die Frage der Rüstungen, einerlei, ob zu Wasser oder zu Lande, ist jene Frage, welche am unmittelbarsten und einschneidendsten mit dem künftigen Geschicke der Völker und des Menschengeschlechts verknüpft ist.

Ich habe über diese großen Dinge rückhaltlos und mit der größten Deutlichkeit gesprochen, weil mir ein solches Vorgehen notwendig erschien, wenn anders der sehnliche Wunsch der Welt nach Frieden irgendwo frei zum Worte und zum Ausdrucke gelangen sollte. Ich bin vielleicht der einzige Mensch in hoher verantwortungsvoller Stellung unter allen Völkern der Welt, der sich frei aussprechen kann und nichts zu verschweigen braucht. Ich spreche als Privatmann und doch natürlich zugleich auch als das verantwortliche Haupt einer großen Regierung. Und ich bin überzeugt, daß ich gesagt habe, was das Volk der Vereinigten Staaten von mir erwartet. Darf ich noch hinzufügen, daß ich, wie ich hoffe und glaube, tatsächlich

für die Freisinnigen und für die Freunde der Menschheit und jedes freiheitlichen Programms in jedem Volke spreche? Gern würde ich mich dem Glauben hingeben, daß ich auch im Sinne der stummen Masse der Menschheit allerorten spreche, die noch keine Stelle und noch keine Gelegenheit gehabt hat, ihre wirklichen Gefühle über das Hinsterben und den Ruin zum Ausdruck zu bringen, von dem sie Menschen und Stätten heimgesucht sieht, die ihrem Herzen am teuersten sind. Und wenn ich der Erwartung Ausdruck gebe, daß sich Volk und Regierung der Vereinigten Staaten den übrigen zivilisierten Völkern der Erde zur Sicherung eines dauernden Friedens auf Grund der von mir dargelegten Bedingungen anschließen werden, so spreche ich mit um so größerer Kühnheit, mit um so größerer Zuversicht, da für jeden Denkenden klar ist, daß in einer solchen Zusage kein Abweichen, weder von unseren nationalen Ueberlieferungen, noch von unserer nationalen Politik, sondern vielmehr Erfüllung alles dessen liegt, was wir verkündet oder wofür wir gekämpft haben.

Ich schlage mithin vor, es mögen sich die Völker einmütig die Doktrin des Präsidenten Monroe als Doktrin der Welt zu eigen machen, daß kein Volk danach streben sollte, seine Regierungsform auf irgend ein anderes Volk oder eine andere Nation zu erstrecken, und daß vielmehr es jedem Volke, einem kleinen sowohl wie einem großen und mächtigen, freistehen sollte, seine Regierungsform und seinen Entwicklungsgang unbehindert, unbedroht und unerschrocken selbst zu bestimmen. Ich schlage vor, es mögen in Zukunft alle Völker unterlassen, sich in Bündnisse zu verwickeln, die sie in den Wettbewerb um die Macht hineintreiben, in ein Netz von Intriguen eigennütziger Nebenbuhlerschaft verstricken und ihre eigenen Angelegenheiten durch Einflüsse verwirren, die von außen hineingetragen werden. In einem Konzern der Mächte gibt es keine verwickelnden Allianzen. Wenn sich alle vereinigen, um in demselben Geiste zu demselben Zwecke zu handeln, so wirken alle im gemeinsamen Interesse und genießen die Freiheit und ihr eigenes Leben unter gemeinsamem Schutze. Ich schlage vor: Eine Regierung unter Zustimmung der Regierten, jene Freiheit der Meere, die in einer internationalen Konferenz auch andere Vertreter des Volkes der Vereinigten Staaten mit Beredsamkeit als überzeugte Anhänger der Freiheit, verfochten haben, und eine Beschränkung der Rüstungen, die aus den Heeren und Flotten lediglich ein Werkzeug der Ordnung, nicht aber ein Werkzeug für den Angriff oder eigensüchtige Gewalttätigkeiten macht. Dies sind amerikanische Grundsätze und amerikanische Richtlinien. Für andere könnten wir nicht eintreten, und es sind die Grundsätze und Richtlinien vorausschauender Männer und Frauen allerorten in jedem neuzeitlichen Volk, in jedem aufgeklärten Gemeinwesen. Es sind die Grundsätze der Menschheit und sie müssen zur Geltung gelangen.

62

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt
Eing. Berlin, 25. Januar 17
Telegramm Nr. 225 vom 21. Januar
Antwort auf Nr. 162

Ich ziehe Schweiz vor. . . . Frage ist insofern von erhöhter Bedeutung, da ich, wenn Frist gewährt wird, es immerhin für möglich halte, daß Wilson nur Beziehungen abbrechen und keinen Krieg erklären, sondern im Gegenteil Friedensbemühungen verdoppeln wird.

Bernstorff

63

Unterstaatssekretär von Stumm an Botschafter Graf Bernstorff
Telegramm Nr. 169 — Berlin, 26. Januar 17

Mit eventueller Uebergabe Vertretung an Schweiz einverstanden.

Wenn möglich, wird Euerer Exzellenz noch Text Note zugehen, die wir wahrscheinlich Herrn Gerard zugleich als Antwort auf Botschaft Wilsons übergeben werden; darin wird u. a. betont, daß Verhalten Gegner uns unmöglich macht, schon jetzt an Verwirklichung der erhabenen Ziele Präsidenten heranzutreten, die in weitem Umfang mit deutschen Grundsätzen und Wünschen übereinstimmen; außerdem starke Betonung Folgen englischen Aushungerungskrieges, der zwar deutsche Wehrkraft nicht trifft, aber Tausende Frauen, Kinder, Kranke, Greise furchtbaren Qualen aussetzt und Kaiserl. Regierung zwingt, im höheren Sinn der Menschlichkeit und aus Rücksicht auf eigene Volksgenossen nicht länger irgendein Mittel unversucht zu lassen, Krieg abzukürzen, nachdem Versuch Verständigung mit verschärfter Kampfansage beantwortet. Fortsetzung folgt.

v. Stumm

Telegramm Nr. 170
Fortsetzung von Nr. 169

Bitte bei Ausführung Weisung Telegramm Nr. 157 in Ihrer Note, deren Gedankengang amerikanischer Mentalität anzupassen und deren Fassung im einzelnen Euerer Exzellenz überlassen, nicht sagen „Aus Rücksicht auf Neutrale" (Satz 3) und statt „auch neutrale Schiffe" werden versenkt besser „alle Schiffe" (Satz 7).

v. Stumm

64

Staatssekretär Zimmermann an Botschafter Graf Bernstorff
Telegramm Nr. 171 — Berlin, 26. Januar 17
Mit Bezug auf diesseitiges Telegramm Nr. 157

Amtliche Mitteilung an dortige Regierung ist am 31. Januar abends vorzunehmen. Ausdrückliches Betonen, daß auch neutrale Schiffe im

Sperrgebiet versenkt werden, unterbleibt. Bestimmte Fristen für Schonung neutraler Schiffe und unbewaffneter feindlicher Passagierdampfer können nicht angegeben werden, weil dadurch Erfolg militärischer Maßnahmen schwer beeinträchtigt werden würde. Bitte in Mitteilung an Wilson nachdrücklich betonen, daß fragliche Fristen genügend lange sind. Zu Euerer Exzellenz Geschicklichkeit hege ich das Vertrauen, daß Sie unsere Maßnahmen durch eine der amerikanischen Psyche angepaßte Mitteilung dortiger Regierung verständlich machen werden, die marinetechnischen Ausführungen erhalten anstelle des im Telegramm Nr. 157 angegebenen Inhalts folgenden Wortlaut:

Vom 1. Februar 1917 ab wird in den nachstehend bezeichneten Sperrgebieten um Großbritannien, Frankreich und Italien herum und im östlichen Mittelmeer jedem Seeverkehr ohne weiteres mit allen Waffen entgegengetreten werden. — Sperrgebiete sind . . .

Neutrale Schiffe, die die Sperrgebiete befahren, tun dies auf eigene Gefahr, wenn auch Vorsorge getroffen ist, daß neutrale Schiffe, die am 1. Februar auf Fahrt nach Häfen der Sperrgebiete in deren Nähe gekommen sind, während einer angemessenen Frist geschont werden, so ist doch dringend anzuraten, daß sie mit allen verfügbaren Mitteln gewarnt und umgeleitet werden.

Neutrale Schiffe, die in Häfen der Sperrgebiete liegen, können mit gleicher Sicherheit die Sperrgebiete noch verlassen, wenn sie vor dem 5. Februar auslaufen und den kürzesten Weg in freies Gebiet nehmen.

Zimmermann

65

Botschafter Graf Bernstorff an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

Eing. Berlin, 26. Januar 17

Nr. 563 Washington, 11. Dezember 16

In den letzten Phasen präsidentschaftlicher Wahlkampagnen pflegte die amerikanische Presse früher so sehr durch innerpolitische Fragen in Anspruch genommen zu sein, daß sie für die Besprechung auswärtiger Angelegenheiten nur wenig Raum übrig hatte. Im Gegensatz dazu spielte bei der diesjährigen Kampagne die Preßpolemik über Fragen der auswärtigen Politik zwar eine sehr bedeutende Rolle, die Erörterung stand aber naturgemäß so sehr unter dem Einfluß parteipolitischer Bestrebungen und Erwägungen, daß eine Berichterstattung über die Haltung der Presse zu den europäischen Kriegführenden in dieser Zeit kein zutreffendes Bild zu geben vermocht hätte. Ganz besonders war das hinsichtlich Deutschlands der Fall. Auf der einen Seite sahen sich die republikanischen Parteiorgane aus Rücksichtnahme auf die Wähler deutscher Abkunft zu einer erheblichen Mäßigung ihrer Sprache gegenüber Deutschland veranlaßt, während auf der anderen Seite die demokratische Presse den republikanischen Kandidaten seines deutsch-amerikanischen Anhanges wegen

als „Kaiserite" brandmarkte und gleichzeitig Deutschland und alles, was Deutsch heißt, mehr denn je mit Schmutz bewarf; bis die in den letzten Wochen der Wahlkampagne auftauchende Hoffnung, größere Massen der „Bindestrichler" in das demokratische Lager hinüberzuziehen, plötzlich eine Mäßigung im Tone auch dieser Organe herbeiführte.

Erst jetzt, nachdem die Absurditäten der Präsidentschaftswahl überwunden sind, ist es wieder möglich, ein annähernd klares Urteil über die Stellung der Presse zu Deutschland und den übrigen kriegführenden Nationen zu gewinnen.

Dieses Urteil läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß die amerikanische Presse im allgemeinen weniger leidenschaftlich für die eine oder die andere Seite Partei nimmt als früher, im übrigen aber des Krieges herzlich müde ist.

Damit soll keineswegs gesagt sein, daß unseren Gegnern hier nicht nach wie vor eine Reihe sehr einflußreicher Parteigänger zur Seite stünden, welche die Sache der „Alliierten" allezeit treu verfechten, keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, Deutschland zu verunglimpfen, und im Falle einer drohenden Krisis eine nicht zu unterschätzende Gefahr für uns bilden. Es ist sogar zuzugeben, daß der Ton, welchen die Organe dieser Richtung, die besonders in New York, Boston und Philadelphia stark vertreten sind, gegen Deutschland anschlagen, in den letzten Monaten womöglich noch gehässiger geworden ist. Aber die große Masse der einflußreichen Zeitungen, besonders in den von der atlantischen Küste mehr abgelegenen Landesteilen, ist fraglos unparteilicher geworden, sie lieben uns nicht und trauen uns nicht, haben aber nachgerade auch England kennen und nicht schätzen gelernt.

Die gegenwärtige Stellungnahme Amerikas zu der Sache der Ententemächte, mit der sich die Haltung des größten Teils der unabhängigen Presse deckt, wurde von der „New York Tribune", einer der überzeugtesten Vorkämpferinnen für unsere Gegner, dieser Tage folgendermaßen gekennzeichnet:

„Despite a very widespread sympathy for France and a well defined affection for Great Britain in a limited circle of Americans, there has been no acceptation of the Allied point of view as to the war, and there is not now the smallest chance that this will be the case . . . The thing that the British have failed to get before the American people in the belief that the war was one in which the question of humanity and of civilization was uppermost for the British. The Germans have succeeded in making Americans in very great numbers believe that it is purely and simply a war of trade and commerce between the British and the Germans, and the various economic conference proposals have served to emphasize this idea."

Die Vergewaltigung Griechenlands, das rücksichtslose Vorgehen gegen Irland seit der Osterrevolte — über das ein gut geleiteter Pressedienst der hiesigen Iren die öffentliche Meinung trotz der strengen englischen Zensur beständig auf dem Laufenden hält — das selbstsüchtige Dahinopfern von Serbien, Montenegro und Rumänien, sowie die völkerrechts=

widrigen wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Holland und Skandinavien haben hier Englands Rolle als Schirmherrin der kleinen Nationen stark erschüttert. Gewisse allzu freimütige Auslassungen der englischen Presse über die amerikanische Bundesregierung, ihre den Präsidenten herabsetzenden „cartoons“, sowie der herablassende Ton („patronizing air“), der in vielen englischen Kriegsschriften und oft auch in englischen Tageszeitungen Amerika gegenüber angeschlagen wird — z. B. unlängst von der Londoner „Morning Post“ in bezug auf angebliche frühere deutsche Kolonialgelüste in Südamerika, vor deren Verwirklichung England die Union bewahrt haben sollte — rufen hier wachsenden Unmut hervor. Die wiederholten systematischen Versuche des britischen Pressebüros, Amerika in Fragen des Unterseeboot-Krieges mit Deutschland aneinander zu bringen, werden unangenehm empfunden. Die schroffen britischen Antworten auf die amerikanischen Vorstellungen in den Fragen der „Schwarzen Liste“ und der „Post-Blockade“ sowie Englands neueste kleine Bosheit, die Ablehnung des erbetenen freien Geleits für den neuernannten Oesterreichisch-Ungarischen Botschafter, die selbst von einem so probritischen Blatt wie dem Philadelphia „Public Ledger“ als „a British affront“ bezeichnet wird, haben stark verstimmt. „It is unmistakable“, sagt die ententefreundliche „Evening Sun“ mit Bezug auf England, „that American opinion has been irritated and sympathy estranged by many acts which have damaged our interests and wounded our national selfrespect.“

Vor allem aber haben auch die starken, hier mit laienhafter Uebertreibung kritisierten Mängel in der Obersten Heeresleitung unserer Gegner und die Erfolglosigkeit ihrer Aktionen — „a lamentable succession of false moves“, wie der angesehene „Springfield Republican“ sagt — eine allgemeine Ernüchterung über die Leistungsfähigkeit unserer Gegner hervorgerufen, die selbst die früher allgemeine Begeisterung über die heroische Haltung des französischen Heeres und seines hier sehr populären Führers — „We give Thanks for Joffre“ lautete die Ueberschrift eines typischen Leitartikels der New York „Sun“ am „Thanksgiving“ Tage — stark herabgestimmt. Die unlängst an die amerikanischen Banken ergangene Mahnung des Federal Reserve Board, sich vor dem Erwerb größerer Posten auswärtiger ungedeckter Schatzscheine zu hüten — eine Warnung, die sich nur auf die von dem Bankhause Morgan angekündigte Verausgabung englischer und französischer ungedeckter kurzfristiger Sekuritäten beziehen konnte — haben schließlich auch den Glauben an die unbegrenzten wirtschaftlichen Hilfsquellen Frankreichs und Englands auf das Schwerste erschüttert.

Mit einem ganz besonderen Kraftaufwande versuchen in letzter Zeit die in britischem oder französischem Solde stehenden Blätter, zu denen in erster Linie „New York Times“, „New York Herald“ und „Evening Telegram“, Philadelphia „Public Ledger“, „Chicago Herald“ und „Providence Journal“ gehören, sowie eine Reihe sonstiger geschworener Parteigänger der Ententemächte, unter denen besonders „New York Tribune“, New York „Sun“ und „Evening Sun“, New York „Evening Post“,

„Journal of Commerce“, New York „Globe“, Brooklyn „Daily Eagle“, Boston „Evening Transcript“ und Philadelphia „Inquirer“ zu nennen sind, die Breschen, die das Ansehen unserer Gegner in der hiesigen öffentlichen Meinung erlitten hat, wieder auszufüllen. Das zeigt sich besonders in den Ueberschriften und der Anordnung der Kriegsnachrichten in den genannten Zeitungen. Jede der deutschen Sache abträgliche Nachricht, auch wenn sie aus noch so unzuverlässiger Quelle stammt, erscheint mit fetter Ueberschrift an möglichst sichtbarer Stelle. Jeder noch so winzige Geländegewinn der Alliierten wird als großer Sieg gefeiert und selbst mit den amtlichen Berichten unserer Gegner in Widerspruch stehende, ohne weiteres als glatte Erfindung erkennbare Meldungen von privaten Nachrichtenagenturen, erscheinen als vollendete Tatsachen am Kopfe der Zeitungen. Ihre Leitartikel strömen Mißgunst und Haß gegen Deutschland aus. Ihre Briefkastenspalten sind mit Zuschriften angefüllt, die voller Gift und Galle gegen Deutschland und seine Bundesgenossen sind, und in ihren Feuilletons oder Sonntagsbeilagen wird ungefähr das Stärkste geleistet, was selbst in der amerikanischen Presse gegen uns bisher vorgebracht worden ist. Aber es will scheinen, als ob ihre verhetzende Tätigkeit nicht mehr den Erfolg von ehedem hat. Ihre Aeußerungen, abgesehen von solchen, die sich auf die Themata Belgien und Lusitania beziehen, machen keinen rechten Eindruck mehr.

Auf der anderen Seite ist die schon immer freundliche Haltung der dem Hearst-Syndikat angehörigen zehn Zeitungen, die täglich mehr als drei Millionen Leser in allen Teilen Teilen des Landes erreichen, durch den von England über den International News Service verhängten Boykott und die Ausschließung aller Hearst-Publikationen von der Zirkulation in Kanada in der letzten Zeit noch erheblich freundlicher geworden. Herr Hearst hat auf das unbegreiflich kurzsichtige Vorgehen der britischen Behörden gegen seinen Nachrichtendienst mit einer Reihe von scharfen, gegen die britische Zensur gerichteten, ganzseitigen Leitartikeln geantwortet, welche das ohnehin längst schwach gewordene Vertrauen der amerikanischen Presse zu den aus England kommenden Nachrichten stark erschüttert haben dürften. Es wurde in den fraglichen Artikeln nicht nur das gegenwärtige englische System der Unterdrückung und Entstellung der Wahrheit einer vernichtenden Kritik unterzogen, sondern auch nachgewiesen, daß Amerika seit Jahren in Bezug auf seine Beurteilung fremder Völker — z. B. der „degenerierten“ Franzosen — von London aus systematisch irregeführt worden sei. Außerdem wurde von den Hearst-Zeitungen wiederholt im einzelnen dargelegt, wie die Sache der Mittelmächte im Herbst 1916 eine geradezu glänzende, die Englands und seiner Bundesgenossen aber eine völlig hoffnungslose sei. Zu betonen ist, daß die Hearst-Zeitungen trotzdem keineswegs als blinde deutsche Parteigängerinnen anzusprechen sind, da sie manches bringen, was uns kaum erwünscht sein kann, — z. B. gelegentliche Artikel über die „deutsche Gefahr“, welche durch die Leistungen der „U-Deutschland“ und besonders der „U 53“ wieder neue Nahrung erhalten hat und hier für die Frage der Heeres- und Flottenvergrößerung ausgebeutet wird. Die genannten Blätter stehen eben auf dem Boden

einer gesunden amerikanischen Politik, wirken aber mit ihrer scharfen antienglischen Tendenz viel besser für uns als Blätter mit ausgesprochen prodeutscher Orientierung es zu tun vermöchten. Dabei ist der größte Wert der deutschfreundlichen Haltung der Organe des Hearst-Syndikats darin zu erblicken, daß sich ihre Wirksamkeit nicht auf eine Stadt oder einen kleinen Teil des Landes, sondern über die ganze Union erstreckt. Ein englischer Kritiker, S. K. Ratcliffe, schrieb unlängst über die amerikanischen Zeitungen im „Manchester Guardian“: „Northern papers are of no account in the South; the most influential New York journals do not exist for the people of the Pacific Coast and carry very little weight in the Middle States. Hence, summaries of opinion . . . confined to a small number of papers published east of the Mississippi are imperfectly representative of the Republic.“ Diese zutreffend beobachtete räumliche Begrenztheit des Einflusses der allerersten amerikanischen Zeitungen wird bei der Hearstschen Organisation im wesentlichen überwunden. Denn die Leitartikel, die heute der „New York American“ bringt, erscheinen morgen in den affiliierten Blättern von Boston, Chicago and Atlanta, übermorgen in San Francisco und Los Angeles.

Ein anderer Faktor, welcher die Stellung der amerikanischen Presse gegenüber Deutschland verbessert hat, ist die seit einiger Zeit erfolgte bedeutende Erweiterung des drahtlosen Nachrichtendienstes. Es ist dabei allerdings weniger an die Vergrößerung des Transozeandienstes zu denken, von dessen Meldungen leider noch immer ein beträchtlicher Teil die hiesige Presse nicht zu interessieren scheint, sondern an die radiographische Uebermittlung von ausführlichen Berichten amerikanischer Spezialberichterstatter in Berlin und an den deutschen Fronten an ihre hiesigen Zeitungen oder Nachrichtenagenturen. Von den auf diesem Wege unverstümmelt hierher übermittelten interessanten Berichten dürften insbesondere die der Herren Wm. B. Hale, Karl v. Wiegand, Cyril Brown und Carl W. Ackerman sehr zu unseren Gunsten gewirkt haben, besonders zu den kritischen Zeitpunkten während des südgalizischen Durchbruchversuchs und der Schlachten an der Somme, bei welchen Gelegenheiten die hiesige Presse ohne die Spezialberichterstattung über Nauen durch die aus London einkommende Nachrichtenfülle vollständig irregeleitet worden sein würde. Von anderen in Deutschland tätig gewesenen amerikanischen Journalisten ist besonders Herbert Swope zu erwähnen, der nach seiner Rückkehr in der „World“ und anderen Pulitzer Zeitungen eine Folge von vierzehn Aufsätzen über die Lage und Stimmung in Deutschland veröffentlicht hat, die hier ebenso sehr bei der Presse als beim lesenden Publikum Beachtung gefunden haben. In recht unerwünschter Weise betonte Herr Swope in seinen ersten unmittelbar vor dem Wahltage herauskommenden Aufsätzen — es handelt sich dabei offenbar um ein bloßes Wahlmanöver — den tiefen Haß des deutschen Volkes gegen die Vereinigten Staaten und den angeblich allgemeinen Wunsch aller deutschen Kreise, Herrn Wilson, zur Strafe für seine unneutrale Haltung, im Wahlkampf unterliegen zu sehen. Dafür hat er uns in seinen späteren Artikeln den sehr schätzenswerten Dienst

erwiesen, eine ebenso sachgemäße als überzeugende Darstellung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland zu geben, die hier jeden Zweifel darüber, daß Deutschland von seinen Gegnern ausgehungert werden könnte, beseitigt und der allgemeinen Achtung vor Deutschlands Tüchtigkeit und Organisationskraft neue Nahrung zugeführt hat.

Die große und ehrliche Anerkennung, welche die amerikanische Presse der deutschen „efficiency" bei jeder Gelegenheit zollt — und sie hat in den letzten Monaten wiederum häufig Gelegenheit zu derartigen anerkennenden Aeußerungen gehabt — vermag indessen an dem tiefen „sentiment" gegen Deutschland wenig oder nichts zu ändern. Sobald die oben erwähnten Themata Belgien und Lusitania angeschlagen werden, gibt es wenige Zeitungen, die sich nicht, sei es in ausfallender, sei es in gemäßigter Form, in Worten des Abscheus gegen deutsche „Schrecklichkeit" und „Rücksichtslosigkeit" ergingen.

In sehr bedauerlicher Weise hat diese tiefgehende Stimmung der gesamten Presse gegen Deutschland über Belgien durch die jüngsten belgischen Deportationen wiederum neue Nahrung erhalten. Die Entrüstung der Presse über die über die Belgier verhängte „Sklaverei" ist eine allgemeine, tiefgehende und aufrichtige. Auch Zeitungen, die jetzt eine ziemlich scharfe Sprache wegen englischer Uebergriffe führen, verurteilen diese Deportationen auf das schärfste. Das diese Maßnahme betreffende Interview des Generalgouverneurs v. Bissing mit dem Journalisten Cyril Brown, das von der „New York Times" auf der Frontseite veröffentlicht wurde, hat hier leider nicht den geringsten Eindruck gemacht. Herrn v. Bissings zweite Aeußerung zu dem nämlichen Gegenstande, in der er u. a. betonte, es sei seine Pflicht, darauf zu sehen, daß für die Bewachung Belgiens so wenig Deutsche als möglich dem Dienste an den Fronten entzogen würden, war Wasser auf der Mühle der gegnerischen Preßorgane. „The cat is out of the bag", schreibt die „New York Times", die nicht verfehlt, an Herrn v. Bissings Verantwortlichkeit für die Erschießung der Edith Cavell zu erinnern. „Not a word about economic necessity, Germany needs men at the front. Every dozen Belgians deported means a German soldier released from watching them and sent to the front. Simple, almost crude in fact, and completely German." Der Philadelphia „Public Ledger" sagt: „The original offense of the invasion of Belgian territory regardless of treaty obligations has almost been obliterated by the cruelty which is now depopulating the land, stripping it of all its resources, sending its people into exile and slavery, making a wilderness and calling it order. There has not been such tragedy since the fierce barbarian tribes swept over Europe; none would have believed two years ago that it could be enacted." Ausdrücke wie „Huns", „Attila", „Hohenzollern slave trade" und dergl. sind an der Tagesordnung, und die Erregung wird durch Berichte aus London und Le Havre, die hier niemand nachzuprüfen vermag, sowie durch verhetzende Interviews, unter denen eine Unterredung des Herrn Cartos de Wiard mit dem „World"-Korrespondenten hervorzuheben ist, weiter angefacht. Die Nachricht, daß Herr

Lansing wegen der belgischen Deportationen in Berlin „protestiert" habe, wurde von der gesamten Presse mit großem Beifall aufgenommen. Die darauf erfolgende amtliche Erklärung, daß dieser Protest nicht im Namen der Vereinigten Staaten, sondern im Namen des von der Amerikanischen Regierung vertretenen Königreichs Belgien erfolgt sei, erregte Verstimmung und das Verlangen, daß die Bundesregierung auch ihrerseits in Berlin vorstellig werden solle. Protestresolutionen werden an den Präsidenten gesandt und in der Presse veröffentlicht, und Protestversammlungen größeren Stils werden für Boston und New York angekündigt, die zu weiteren antideutschen Demonstrationen in der Presse Anlaß geben werden. —

In der Frage des Unterseeboot-Krieges steht die amerikanische Presse völlig einmütig auf dem Standpunkte, daß eine Zurücknahme der nach dem „Sussex" Falle gegebenen deutschen Zusicherungen oder auch nur eine beabsichtigte Verletzung derselben so zu sagen automatisch zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland führen muß; und sie ist sich auch durchaus klar darüber, daß der Bruch der Beziehungen nur der erste Schritt zum offenen Kriege sein werde. Die große Mehrzahl der führenden amerikanischen Blätter spricht bei jeder gegebenen Gelegenheit die aufrichtige Hoffnung aus, daß eine solche Notwendigkeit nicht eintreten möchte. Nur das chauvinistisch antideutsche Element in der Presse hält den casus ruptionis beständig für gekommen und gibt sich willig dazu her, englische Nachrichten über angebliche Untaten der deutschen Tauchboote in der sensationellsten Weise zu veröffentlichen und zu kommentieren. Die Zeitungen dieser Kategorie werden von London überreichlich mit einschlägigem Material, namentlich Mitteilungen über angebliche Versenkungen ohne Warnung, versehen, welches sie ihrerseits — wahrscheinlich unter Mithilfe der hiesigen britischen Behörden — durch aufgebauschte Berichte hier ankommender überlebender „Opfer deutscher Schrecklichkeit" zu vergrößern wissen. Trotz des meisterhaften Geschickes, mit dem diese Stimmungsmache gegen unsere Tauchboot-Kriegführung hier betrieben wird, darf jedoch festgestellt werden, daß sie beständig an Boden verliert. So tief und aufrichtig der Abscheu des amerikanischen Volkes gegenüber von Fällen von der Art der Versenkung der „Lusitania" ist, — eine Tatsache, die immer wieder unterstrichen werden muß — so groß ist offenbar seine Gleichgültigkeit gegenüber der Vernichtung von nichtamerikanischen Handelsschiffen, sofern dabei die Regeln des Kreuzerkrieges gewahrt bleiben. Man hat sich hier nachgerade daran gewöhnt, täglich die Berichte über die Versenkung eines weiteren halben Dutzend britischer oder anderer Fahrzeuge zu lesen. Die Tageszeitungen drucken dieselben ganz routinemäßig ab, und nur dann an hervorragender Stelle, wenn die tägliche Strecke einmal eine besonders hohe Ziffer aufweist. In den editoriellen Spalten vieler Zeitungen ist sogar gelegentlich eine gewisse Schadenfreude darüber zu entdecken, daß England, das sich gerühmt, der Unterseeboote Herr geworden zu sein, von ihnen jetzt so unbarmherzig und unablässig geschröpft wird.

Eine Phase des Unterseeboot-Krieges hat freilich fast die gesamte amerikanische Presse in Aufregung versetzt, nämlich die Kaperfahrt der

„U 53" an der Küste Neuenglands. Das Zerstörungswerk dieses Tauchbootes in nächster Nähe und die damit verbundene, tagelang anhaltende Lahmlegung der gesamten Handelsschiffahrt waren selbst den gemäßigten Zeitungen zu viel und hatte recht energische Ausbrüche gegen unsere „Rücksichtslosigkeit" zur Folge. Anscheinend wird dieser Umstand neuerdings von unseren Gegnern zu einer neuen Art von Stimmungsmache gegen uns ausgebeutet, indem mysteriöse britische Kriegsschiffe an der atlantischen Küste radiographische Warnungen gegen angeblich herannahende deutsche Tauchboote ausgeben, die von den hiesigen Zeitungen, zum Teil unter panikartigen Ueberschriften, verbreitet werden und Mißstimmung hervorrufen. Dieses bedenkliche Treiben, bei welchem den England ergebenen Preßorganen natürlich die Hauptrolle zufällt, hat dem Staatssekretär Lansing unlängst Anlaß zu einer geharnischten Drohung gegen die unbekannten Urheber solcher Gerüchte gegeben. Ueberhaupt darf, ganz allgemein gesprochen, hervorgehoben werden, daß der große Einfluß, welchen das Staatsdepartement auf die Washingtoner Korrespondenten der leitenden Zeitungen des Landes ausübt, in den letzten Monaten, wenn immer sich die Unterseebootkrieg-Frage zuzuspitzen drohte, stets in beschwichtigendem Sinne geltend gemacht worden ist, wodurch in mehr als einem Falle, besonders auch in den Fällen der Versenkung der „Marina" und der „Arabia", einer tiefergehenden Erregung in der Presse vorgebeugt wurde.

Hinsichtlich der allgemeinen Kriegslage hat sich schon seit geraumer Zeit bei der großen Mehrzahl der maßgebenden amerikanischen Zeitungen die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß ein entscheidender Sieg einer der beiden kriegführenden Mächtegruppen nicht mehr zu erwarten ist. Mit Ausnahme einer immer kleiner werdenden Minorität, die ihre Leser auch heute noch auf den „ultimate victory" der Ententemächte vertröstet, ist das Verdikt der amerikanischen Presse hinsichtlich des wahrscheinlichen Kriegsausganges: „a draw", „a stalemate". Nur wenige Blätter darunter die dem Hearst-Syndikat angehörenden, bekennen sich zu dem Glauben: „a stalemate or a victory of the Teutonic Allies." Wie die unseren Gegnern dienstbaren Organe, die nach wie vor an der Legende eines mißglückten deutschen Eroberungskrieges festhalten, in Wirklichkeit die Lage beurteilen, ergibt sich nur gelegentlich aus beiläufigen Feststellungen der Art des folgenden Bekenntnisses der gegen einen Frieden im jetzigen Stadium predigenden „New York Tribune": Das amerikanische Volk solle einsehen, daß, wenn die Alliierten jetzt Frieden schlössen, das Resultat ein ungeheurer Sieg Deutschlands sein würde. Derartige vereinzelte abweichende Ansichten vermögen jedoch an dem Gesamteindrucke nichts zu ändern, daß der weitaus größte Teil der führenden Zeitungen den Krieg, besonders nach dem ergebnislosen Ausgang unserer Verdun-Operationen, dem Zusammenbruch der großen Offensiven an der Somme und in Südgalizien sowie im Hinblick auf die von vielen Seiten bestätigte Tatsache, daß die britische Blockade ihr Ziel, die Aushungerung Deutschlands, nicht erreicht hat, den Krieg als unentschieden ansieht.

An dieser Auffassung haben unsere neuerlichen Waffentaten in Rumänien kaum etwas zu ändern vermocht. Diese Erfolge werden —

vielfach unter Bezugnahme auf die großen Hoffnungen, die unsere Gegner und die ihnen hier dienstbaren Preßorgane an den Eintritt Rumäniens in den Krieg geknüpft hatten — allseitig willig oder mit Mißvergnügen und ohne jeden Funken von Sympathie für das geschlagene Land anerkannt, vereinzelt sogar als militärische Glanzleistungen ersten Ranges gepriesen. Die überwiegende Meinung der Presse geht indessen dahin, daß die Eroberung Rumäniens, wiewohl sie Deutschland bedeutende neue Hilfsquellen erschließen werde, kaum geeignet sei, die durch den Stellungskrieg in Ost und West sowie die noch ungebrochene britische Seeherrschaft bestimmte Kriegslage in erheblicher Weise zu beeinflussen.

Die Ansicht, daß der Krieg auf einem toten Punkt angelangt sei, die von einzelnen Blättern schon seit Präsident Wilsons im Mai d. J. in Charlotte gehaltener Rede beständig vertreten wurde, in letzter Zeit aber, von den ausgesprochenen Pro-Ally-Organen abgesehen, eine allgemeine geworden ist, steht im engsten Zusammenhang mit der Erörterung der Frage der Wiederherstellung des Friedens, die für die amerikanische Presse vielfach gleichbedeutend ist mit der Frage einer Vermittelungsaktion der Vereinigten Staaten oder aller neutralen Nationen.

Es gab eine Zeit, zu der ein sehr bedeutender Teil der amerikanischen Presse auf dem Niveau des damals die Runde machenden Scherzwortes, „Wall Street fürchte nichts mehr, als daß Frieden ausbrechen könnte", zu stehen schien. Diese Zeiten sind indessen längst vorbei. Das Verlangen nach einer baldigen Beendigung der Feindseligkeiten in Europa ist heute ein aufrichtiges, von nahezu der ganzen Presse geteiltes. Aus dem feindlichen Lager wird uns darüber von der „New York Tribune", die ihre Leser zu weniger humanen Anschauungen bekehren möchte, folgendes bezeugt: „Für Millionen von Amerikanern ist dieser Krieg eine Tragödie, ein Verbrechen, eine Ausgeburt kollektiven Wahnsinns, und ihrer Ansicht nach ist der größte Dienst, den Amerika der Welt leisten kann, der — eine Anspielung auf das von Henry Ford für seine verunglückte Friedensmission geprägte Schlagwort —, die Jungens aus den Schützengräben herauszuholen."

Die Erörterung der Voraussetzungen eines Friedensschlusses nimmt daher seit einiger Zeit in den Tageszeitungen und zum Teil auch in den Zeitschriften einen sehr bedeutenden Raum ein. Berichte über Sitzungen der mannigfachen amerikanischen Friedensgesellschaften werden mit der größten Ausführlichkeit wiedergegeben, und was sich in dem eingehenden überseeischen Nachrichtenmaterial auf die Frage eines Friedensschlusses bezieht, wird an hervorragender Stelle zum Abdruck gebracht und in den Leitartikeln gebührend besprochen.

Es würde zu weit führen, von dieser die gesamte Presse des Landes beherrschenden Diskussion ein auch nur annähernd ausführliches Bild zu geben. Nur ein Gegenstand erfordert eine nähere Betrachtung: die Stellungnahme der maßgebenden Organe zu der von Euerer Exzellenz in den letzten Wochen bei drei verschiedenen Gelegenheiten öffentlich erklärten deutschen Friedensbereitschaft.

Die von Euerer Exzellenz in der Budgetkommission des Reichstages am 9. November gehaltene große Rede traf hier leider zu einem Zeitpunkte ein, zu dem sich das ganze Interesse der Presse und des Publikums auf das anfänglich unsichere Ergebnis der Präsidentenwahl richtete. Sie wurde daher zwar allgemein, von den Abendzeitungen allerdings meist nur im Auszug, abgedruckt, in den editoriellen Spalten dagegen so gut wie nicht beachtet. Ein Versuch, durch Verbreitung besonderer Abdrücke der Rede in Broschürenform eine nachträgliche Preßdiskussion darüber herbeizuführen oder wenigstens die Blätter, die nur einen Auszug gebracht hatten, zur Wiederholung des ganzen Textes zu veranlassen, schlug leider fehl; lediglich die „Current History", ein besonderes Kriegsmagazin der „New York Times", hat sich bewogen gefühlt, in ihrer Dezember-Nummer die Rede in extenso abzudrucken. Dagegen hat der Passus der Rede, der sich auf unsere Bereitwilligkeit, nach diesem Kriege internationalen Organisationen zur Sicherung des Friedens beizutreten, hier weite Verbreitung und entsprechende Beachtung gefunden. Da ich auftraggemäß diesen Passus der „League to enforce Peace" als amtliche deutsche Kundgebung für ihr am 24. v. Mts. hier abgehaltenes Bankett übermittelte, wurde er in den eingehenden Preßberichten über diese hier viel beachtete Veranstaltung über das ganze Land verbreitet und von vielen Zeitungen um so sympathischer besprochen, als Deutschlands bisherige skeptische Zurückhaltung gegenüber der Frage der friedlichen Schlichtung internationaler Streitigkeiten hier immer stark gegen uns gewirkt hat.

Das von Euerer Exzellenz dem amerikanischen Journalisten Hale gewährte Interview ist von den zehn Hearst-Blättern in ganz besonders eindrucksvoller Weise und überdies auch von sämtlichen weiteren Teilnehmern des International News Service zum Abdruck gebracht worden. Im „New York American" füllte es am „Thanksgiving Day" die ganze, mit dem Bilde Euerer Exzellenz geschmückte Frontseite aus. Die Zeitung wiederholte, angeblich auf vielfaches Verlangen, den Abdruck drei Tage später.

Die in diesem Interview von Euerer Exzellenz von neuem betonte Bereitwilligkeit Deutschlands, in Friedensverhandlungen einzutreten, sowie Euerer Exzellenz am 29. v. M. im Reichstage abgegebene Erklärung, daß Deutschland zu jedem Frieden, der seinen Bestand und seine Zukunft garantiere, bereit sei, haben in den letzten Tagen in den New Yorker Zeitungen eine ziemlich eingehende Besprechung erfahren, die sich hauptsächlich auf den Ausdruck „a peace guaranteeing our existence and future" beziehen, und sämtlich darin übereinstimmen, daß eine weitere, genauere Formulierung der deutschen Friedensbedingungen dringend wünschenswert sei.

Die „New York Times" sagt: „All depends on what guarantees of the existence and future of Germany are expected." Die Zeitung führt aus, wie sich Deutschland wohl in territorialer Hinsicht seine Zukunft gesichert vorstellen könnte, betonte aber zum Schluß, daß dieses ja alles nur Aeußerlichkeiten seien, und schließt, auf ihr Lieblingsthema zurückkommend, in folgender Weise: „Deeper than all, fundamental in any discussion of peace, is the question of the German political ideals,

of German Machtpolitik and Weltpolitik, of Prussian militarism."
. . . „The fear, the practical certainty, that von Bethmann Hollweg's guarantees would be not merely guarantees of the existence and the future of Germany, but of new and not distant wars with her, stands in the way of any serious discussion of his remarks."

Die „Evening Sun" bemerkt sarkastisch, daß offenbar keinem Lande derartige Garantien zuerkannt werden sollten, als „Deutschland-über-Alles". Auch ihr Verdikt lautet: „The peace that Germany craves still is a peace that will enable her to begin the next war in five or ten years with a certainty of immediate victory and complete conquest of the overlordship of Europe if not America.

Der Brooklyn „Daily Eagle" schreibt: „If . . . an inconclusive peace, a peace based upon the theory that the war is a draw, a peace fertile in the liabilities to future trouble, is not in the mind of the German Chancellor, what is in his mind? He should speak out. He will never have a better opportunity to be specific. The whole neutral world is listening, ready to give careful and intelligent consideration to his words."

Wichtiger als diese und andere Aeußerungen der im Fahrwasser unserer Gegner segelnden Blätter ist der einschlägige Leitartikel der „World", die in auswärtigen Fragen meist den Standpunkt der Administration zum Ausdruck bringt. Die Zeitung sagt: „If Germany is ready to end the war, the first thing for the Imperial Government to do is to make definite proposals for peace. Those proposals need not be made officially to the Allies through the United States or any other intermediary. They could be made to the world at large. The Chancellor could describe to the Reichstag the conditions under which Germany would regard her existence and future assured." . . . „Germany began the war. It is proper that Germany should take the first steps towards ending the war, but something more than vague generalizations are necessary. At present there is nothing to talk about. There are no terms, not even extravagant and ridiculous terms, that can be discussed as a possible basis of settlement. Thus far there has been no evidence of good faith in the repeated German professions of a desire for peace. In consequence nobody takes them seriously, and nobody will take them seriously until there is at least a tentative proposal of terms. When that is made, the responsible Ministers of other belligerent Governments will be forced to meet the issue. Public opinion in Great Britain and France, no less than in Germany and Austria-Hungary, will have a chance to make itself heard. When peace comes, it cannot be merely the peace of diplomats and of Governments. It must be a peace in which popular sentiment has the final word, and popular sentiment has no means of expression until there is something tangible to discuss."

Der Gesamteindruck der Friedenserörterungen in der amerikanischen Presse ist der, daß sie einerseits — von einer kleinen Zahl einflußreicher

Zeitungen abgesehen — den Frieden herbeiwünscht und in diesem Wunsche an sich schon zu erkennen gibt, daß sie über die oft gehörten extravaganten Kriegsziele der Entente-Staatsmänner zur Tagesordnung überzugehen gedenkt; daß sie andererseits aber bislang keinen gangbaren Weg zur Herbeiführung eines baldigen Friedensschlusses zu entdecken vermag und auch in den letzten Aeußerungen Euerer Exzellenz, die bezeichnenderweise nur wenige Zeitungen besprochen haben, keinen Schritt vorwärts in dieser Richtung erblickt.

Der Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amts ist von den maßgebenden Zeitungen, die gewöhnlich europäische Ministerwechsel in ihrem Nachrichtenteile abzufertigen pflegen, auch in ihren Leitartikeln in verhältnismäßig weitgehender Weise erörtert worden, — weniger in bezug auf die hier ziemlich unbekannt gebliebene Persönlichkeit des zurücktretenden als die des neuen Staatssekretärs. Herrn v. Jagow widmete lediglich die „New York Times" einige freundliche Worte, in denen sie ihn mit Beziehung auf seine Konferenzen mit Baron Beyens und Sir Edward Goschen beim Kriegsausbruch als einen „gentleman in war and peace" bezeichnete und außerdem seine freundliche Gesinnung bei den Verhandlungen wegen der Unterseebootkrieg-Streitfrage anerkennend hervorhob. Herrn Zimmermanns Uebernahme des Staatssekretariats dagegen wurde in zahlreichen Zeitungen und zwar im ganzen — nur einigen Blättern erschien seine unlängst telegraphisch mitgeteilte Stellung zu der Frage der bewaffneten Handelsschiffe etwas beunruhigend — mit großem Beifall kommentiert. Tonangebend für diese Kommentare dürften die überall kolportierten, sehr sympathischen Aeußerungen des Botschafters Gerard und des Journalisten Swope über die Person des neuen Staatssekretärs sowie ein längerer, in der New York „Evening Post" und anderen Zeitungen veröffentlichter Aufsatz von Gilbert Hirsch mit der Ueberschrift „Our friend Zimmermann" gewesen sein. Die von dieser Seite und in ähnlicher Weise in den hierher übermittelten allerwärts abgedruckten deutschen Pressekommentaren angeschlagene Note, daß Herr Zimmermann ein besonders warmer Freund der Vereinigten Staaten sei, fand in der hiesigen Presse überall freudigen Widerhall. Außerdem wurde allgemein die Tatsache betont, daß in der Person des Herrn Zimmermann ein nicht aus dem diplomatischen, sondern aus dem minder glanzvollen konsularischen Dienstzweige hervorgegangener Beamter, und zwar ein Bürgerlicher, den bisher dem „preußischen Junkertum" vorbehalten gewesenen wichtigen Posten des Leiters der Auswärtigen Angelegenheiten erhalten habe. Vereinzelt wurden daran Spekulationen der Art geknüpft, daß man in diesem Ereignisse vielleicht wirklich den ersten Schritt zu einem „Regime des Liberalismus" zu erblicken habe, das ein nicht unbedeutender Teil der amerikanischen Presse noch immer für Deutschland zu seinem und der Welt Heile herbeisehnt.

Die Ankündigung der Autonomie für Polen ist von der amerikanischen Presse, die mit der polnischen Frage verhältnismäßig wohlvertraut ist, gelinde gesagt, mit Skepsis aufgenommen worden. Eine Aeußerung des hier im Interesse der polnischen Kriegsnotleidenden tätigen

Virtuosen Paderewski „this means only more suffering for my people; it means that another army will be raised and that there will be more killing and more devastating" wurde von zahlreichen Zeitungen wiedergegeben und als maßgebend dafür bezeichnet, was man von der deutsch-österreichischen Proklamation zu halten habe. Viele Blätter erklärten sie als einen einfachen Schachzug zur Gewinnung neuer Rekruten. Andere betonten mit Sarkasmus, daß die Proklamation die allerwichtigsten Fragen, nämlich die der Abgrenzung des neuen Staatswesens und seiner Regierungsform, späterer Regelung überlasse. Nur wenige maßgebende Zeitungen, darunter die New York „Evening Post" und der Philadelphia „North American", spendeten den verbündeten Regierungen ein gewisses Maß von Anerkennung, da, wie sie hervorhoben, man auf keinen Fall die rauhe Hand Rußlands, die so lange auf dem Lande gelastet habe, vergessen könne. Sehr reserviert verhält sich zunächst die hiesige polnische Presse. Ihr Standpunkt ergibt sich aus folgendem Passus eines Leitartikels des während des Krieges entstandenen, von dem Polish National Council of America herausgegebenen Wochenblattes „Free Poland": „What the Poles desire is an independent Poland. The Powers have acknowledged Poland's right to live, but either with a limitation of independence or diminution of territory. The Russians would fain lop off Eastern Galicia. And now the Germans grant Poland an autonomy, but without Posen, West Prussia, or Silesia, in return demanding a polish army to take up their cause against Russia. Though this move on the part of Germany will at least draw the world's attention to the inalienable rights of Poland as a nation, and make of the polish Question an international one, yet it must not be forgotten that the Poles in Europe will vehemently protest against any curtailment of their national aims and aspirations."

Der im Ganzen ziemlich ungünstige Eindruck, welchen die polnischen Maßnahmen auf die hiesige Presse gemacht haben, wurde nachträglich zum Teil wieder durch die Ankündigung wettgemacht, daß die polnischen Juden als selbständige Religionsgemeinschaft anerkannt worden seien. Da man in dieser Ankündigung vielfach den ersten Schritt auch zur politischen und kulturellen Emanzipation der östlichen Juden sehen zu dürfen glaubte, so wurde sie, mit Rücksicht auf den starken Einfluß, den die amerikanische Judenheit auf einen bedeutenden Teil der hiesigen, namentlich der New Yorker Presse, ausübt, mit viel Interesse besprochen.

Zum Schlusse ist noch auf die Stellung der Presse zu einer Frage einzugehen, die an sich rein interner, wirtschaftlicher Natur ist, für die auswärtige Politik aber von der weittragendsten Bedeutung zu werden verspricht, nämlich der Frage eines Korn-Embargo. Die Preise der meisten Lebensmittel sind in den letzten Monaten so abnorm in die Höhe gegangen, daß die New York „Sun" ohne allzu große Uebertreibung sagen kann: Wenn der Krieg noch zwei weitere Jahre dauere, so würden die Lebensmittelpreise in Berlin und Wien wohl auch schließlich auf den hohen Stand von New York kommen. Namentlich die bedenkliche Lage des Weizenmarktes und die ziemlich sichere Aussicht auf eine akute Weizenteuerung im Laufe

des Winters oder nächsten Frühjahrs geben der Presse zu beständigen Aeußerungen Anlaß, bei welchen die Frage, ob die Bundesregierung ein Kornausfuhrverbot erlassen solle oder nicht, die größte Rolle spielt. Die Gegner einer solchen Maßnahme, zu denen „World", „New York Times", New York „Evening Post", „Journal of Commerce", Boston „Evening Transcript", Philadelphia „Public Ledger", St. Louis „Globe-Democrat", „Pittsburgh Post", St. Paul „Pioneer Press", Indianapolis „News" und viele andere gehören, behaupten, daß die Lage von den Vorkämpfern für ein Embargo, die damit in erster Linie die Alliierten zu treffen beabsichtigten, weit drohender dargestellt werde, als sie wirklich sei. „World" versucht ihre Leser damit zu trösten, daß die hohen Lebensmittelpreise den Beitrag des amerikanischen Volkes an den Kosten des größten Verwüstungskrieges der Weltgeschichte darstellten, während die „New York Times" die Gefahr der Entfremdung der Alliierten durch ein Embargo betont. Die Deutschland freundlich gegenüberstehenden Zeitungen, insbesondere die Hearst-Blätter und die Milwaukee „Free Press", sprechen sich energisch für ein allgemeines Lebensmittel-Ausfuhrverbot aus, wobei sie mehr oder minder offen durchblicken lassen, daß eine solche Maßnahme England zum Frieden zwingen werde. Aber auch eine Reihe der schärfsten Gegner Deutschlands, z. B. der Philadelphia „Inquirer", befürworten aus rein sachlichen Gründen ein baldiges Embargo. Es steht zu erwarten, daß diese Angelegenheit bei Eröffnung der bevorstehenden Kongreßtagung als eine der ersten zur Aussprache kommen wird, bei welcher die Preßpolemik, die von den Gegnern des Embargo wohl durchweg mit dem Hintergedanken der Beschützung der Interessen Englands und seiner Bundesgenossen geführt wird, ihren Höhepunkt erreichen dürfte. . . .

Bernstorff

66

Staatssekretär Zimmermann an Botschafter Graf Bernstorff.

Berlin 27. Januar 17

Telegramm Nr. 174
Im Anschluß an Nr. 171

Wir überreichen Gerard am 31. d. M. abends folgende Note:

„Euere Exzellenz haben die Güte gehabt, mir unter dem 22. d. M. von der Botschaft Mitteilung zu machen, die der Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika am gleichen Tage an den Amerikanischen Senat gerichtet hat. Die Kaiserliche Regierung hat von dem Inhalt der Botschaft mit der ernsten Aufmerksamkeit Kenntnis genommen, die den von hohem Verantwortlichkeitsgefühl getragenen Darlegungen des Herrn Präsidenten zukommt. Es gereicht ihr zu großer Genugtuung festzustellen, daß die Richtlinien dieser bedeutsamen Kundgebung in weitem Umfange mit den Grundsätzen und Wünschen übereinstimmen, zu denen sich Deutschland bekennt. Hierzu gehört an erster Stelle das Recht der Selbstbestimmung und die Gleichberechtigung aller Nationen: in Anerkennung dieses Prinzips würde Deutschland es aufrichtig begrüßen, wenn Völker,

wie Irland und Indien, die sich der Segnungen staatlicher Unabhängigkeit nicht erfreuen, nunmehr ihre Freiheit erlangten. Bündnisse, die die Völker in den Wettbewerb um die Macht hineintreiben und in ein Netz eigennütziger Intriguen verstricken, lehnt auch das deutsche Volk ab. Dagegen ist seine freudige Mitarbeit allen Bemühungen gesichert, die auf die Verhütung künftiger Kriege abzielen. Die Freiheit der Meere als Vorbedingung für den freien Bestand und den friedlichen Verkehr der Völker hat ebenso wie die offene Tür für den Handel aller Nationen stets zu den leitenden Grundsätzen der deutschen Politik gehört.

Um so tiefer beklagt es die Kaiserliche Regierung, daß das friedensfeindliche Verhalten ihrer Gegner es der Welt unmöglich macht, schon jetzt die Verwirklichung dieser erhabenen Ziele in Angriff zu nehmen. Deutschland und seine Verbündeten waren bereit, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten, und hatten als Grundlage die Sicherung des Daseins, der Ehre und der Entwickelungsfreiheit ihrer Völker bezeichnet. Ihre Pläne waren, wie sie in der Note vom 12. Dezember 1916 ausdrücklich betonten, nicht auf die Zerschmetterung oder Vernichtung der Gegner gerichtet und nach ihrer Ueberzeugung mit den Rechten der anderen Nationen wohl vereinbar. Was insbesondere Belgien anlangt, das den Gegenstand warmherziger Sympathien in den Vereinigten Staaten bildet, so hatte der Reichskanzler wenige Wochen zuvor erklärt, daß eine Einverleibung Belgiens niemals in Deutschlands Absichten gelegen habe. In dem mit Belgien zu schließenden Frieden wollte Deutschland lediglich Vorsorge dafür treffen, daß der belgische Staat, mit dem Deutschland in guten nachbarlichen Verhältnissen zu leben wünscht, von den Gegnern nicht zur Förderung feindlicher Anschläge ausgenutzt würde. Solche Vorsorge ist um so dringender geboten, als die feindlichen Machthaber in wiederholten Reden und namentlich in den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz unverhüllt die Absicht ausgesprochen haben, Deutschland auch nach Wiederherstellung des Friedens nicht als gleichberechtigt anzuerkennen, vielmehr, in Sonderheit auf wirtschaftlichem Gebiete, systematisch weiter zu bekämpfen.

An der Eroberungssucht der Gegner, die den Frieden diktieren wollen, ist der Friedensversuch der vier Verbündeten gescheitert. Unter dem Aushängeschild des Nationalitätenprinzips haben sie als Kriegsziel enthüllt, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien zu zerstückeln und zu entehren. Dem Versöhnungswunsch stellen sie ihren Vernichtungswillen entgegen. Sie wollen den Kampf bis aufs äußerste.

So ist eine neue Sachlage entstanden, die auch Deutschland zu neuen Entschlüssen zwingt. Seit zwei und einhalb Jahren mißbraucht England seine Flottenmacht zu dem frevelhaften Versuch, Deutschland durch Hunger zur Unterwerfung zu zwingen. In brutaler Mißachtung des Völkerrechts unterbindet die von England geführte Mächtegruppe nicht nur den legitimen Handel ihrer Gegner; durch rücksichtslosen Druck nötigt sie auch die neutralen Staaten, jeden ihr nicht genehmen Handelsverkehr aufzugeben oder den Handel nach ihren willkürlichen Vorschriften einzuschränken. Das amerikanische Volk kennt die Bemühungen, die unternommen worden

sind, um England und seine Bundesgenossen zur Rückkehr zum Völkerrecht und zur Achtung vor dem Gesetz der Freiheit der Meere zu bewegen. Die englische Regierung verharrt bei ihrem Aushungerungskrieg, der zwar die Wehrkraft des Gegners nicht trifft, aber Frauen und Kinder, Kranke und Greise zwingt, um ihres Vaterlandes willen schmerzliche, die Volkskraft gefährdende Entbehrungen zu erdulden. So häuft britische Herrschsucht kalten Herzens die Leiden der Welt, unbekümmert um jedes Gebot der Menschlichkeit, unbekümmert um die Proteste der schwer geschädigten Neutralen, unbekümmert selbst um die stumme Friedenssehnsucht bei den Völkern ihrer Bundesgenossen. Jeder Tag, den das furchtbare Ringen andauert, bringt neue Verwüstung, neue Not und neuen Tod. Jeder Tag, um den der Krieg abgekürzt wird, erhält auf beiden Seiten Tausenden tapferer Kämpfer das Leben und ist eine Wohltat für die gepeinigte Menschheit.

Die Kaiserliche Regierung würde es vor ihrem eigenen Gewissen, vor dem deutschen Volk und vor der Geschichte nicht verantworten können, wenn sie irgendein Mittel unversucht ließe, das Ende des Krieges zu beschleunigen. Mit dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten hatte sie gehofft, dieses Ziel durch Verhandlungen zu erreichen. Nachdem der Versuch zur Verständigung von den Gegnern mit verschärfter Kampfansage beantwortet worden ist, muß die Kaiserliche Regierung, wenn sie im höheren Sinne dem Heile der Menschheit dienen und sich an den eigenen Volksgenossen nicht versündigen will, den ihr von neuem aufgedrungenen Kampf ums Dasein nunmehr unter vollem Einsatz aller Waffen fortführen. Sie muß daher auch die Beschränkungen fallen lassen, die sie sich bisher in der Verwendung ihrer Kampfmittel zur See auferlegt hat.

Im Vertrauen darauf, daß das amerikanische Volk und seine Regierung sich den Gründen dieses Entschlusses und seiner Notwendigkeit nicht verschließen werden, hofft die Kaiserliche Regierung, daß die Vereinigten Staaten die neue Sachlage von der hohen Warte der Unparteilichkeit würdigen und auch an ihrem Teile mithelfen werden, weiteres Elend und vermeidbare Opfer an Menschenleben zu verhüten.

Indem ich wegen der Einzelheiten der geplanten Kriegsmaßnahmen zur See auf die anliegende Denkschrift Bezug nehmen darf, benutze ich auch diesen Anlaß (Schlußformel)."

Euere Exzellenz wollen gleichfalls am 31. Januar abends dortiger Regierung entsprechende Note übergeben. In die als Anlage beizufügende Denkschrift wollen Sie die technischen Einzelheiten aufnehmen, wie sie sich aus den Telegrammen Nr. 157, Nr. 164 und Nr. 171 ergeben. Im Telegramm 157 muß es heißen „warnen wird, allen nach" statt „feindlichen nach". Der Relief Commission wird am 31. Januar in Brüssel mitgeteilt werden, daß ihr menschenfreundliches Werk nicht verhindert werden soll, daß ihre unterwegs befindlichen Schiffe bei sofortiger Benachrichtigung das Sperrgebiet noch ungefährdet auf direktem Wege verlassen bezw. vermeiden können, daß aber weitere Schiffe den Weg außerhalb des Sperrgebiets nehmen müssen. Sofortige Empfangsbestätigung.

Zimmermann.

67

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 27. Januar 17

Telegramm Nr. 228 — Washington, 23. Januar 17

Wilsons Botschaft an Senat findet allgemeinen Beifall und wird als weiterer energischer Schritt in Friedensbewegung betrachtet. Nur unsere ganz wilden Gegner greifen Präsident wieder als prodeutsch an. Fast durchweg findet sich in Aeußerungen zur Botschaft Wunsch, daß nunmehr auch Zentralmächte Friedensbedingungen nennen möchten. House bat mich ebenfalls dringend, daß dies entweder öffentlich oder vertraulich geschehen möge. Dann würde Wilson sofort Friedenskonferenz vorschlagen. Präsident scheint auch geneigt, Bryan-Vertrag mit uns abzuschließen. Zeit ist jetzt leider zu kurz, andererseits hätte Vertrag uns vielleicht helfen können, Krieg zu verhindern.

Durch beabsichtigten uneingeschränkten Unterseeboot-Krieg wird vermutlich Friedensbewegung ganz zum Stillstand kommen. Immerhin ist möglich, daß Wilson umgekehrt Friedensanstrengung verdoppelt, wenn Frist gewährt wird. Ich möchte nichts unversucht lassen, Krieg mit Vereinigten Staaten zu verhindern. Wie ich annehme, beruht unsere Ablehnung, Friedensbedingungen zu nennen, darauf, daß sie von unserer öffentlichen Meinung als zu gemäßigt betrachtet werden würden. Wäre es nicht vielleicht möglich, vor Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges Friedensbedingungen zu nennen, welche wir der von uns vorgeschlagenen Friedenskonferenz unterbreitet hätten, und dabei zu sagen, daß wir uns nunmehr nach der unverschämten Ablehnung seitens unserer Feinde nicht mehr an diese milden Bedingungen halten könnten? Dabei ließe sich einflechten, daß wir als Sieger ein unabhängiges Irland verlangen würden. Eine solche Erklärung würde die hiesige öffentliche Meinung gewinnen, soweit dies überhaupt möglich ist, und vielleicht auch die unsrige befriedigen.

Bernstorff

68

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 28. Januar 17

Telegramm Nr. 60 — Washington, 26. Januar 17

Your 157, most urgent!

After having had very important conference request most urgently postponement till my next two messages received.

Suggest reply by wireless.

Bernstorff

69

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 28. Januar 17

Telegramm Nr. 239 Washington, 27. Januar 17

Im Anschluß an Nr. 120 und Nr. 238.

House bat mich spontan im Auftrage Wilsons, ihn zu besuchen und sagte mir das Folgende als offiziellen Auftrag des Präsidenten:

Wilson anbietet zunächst vertraulich Friedensvermittelung auf Grund seiner Senatsbotschaft, d. h. also ohne Einmischung in territoriale Friedensbedingungen. Als nicht vertraulich betrachte Wilson sein gleichzeitig an uns gerichtetes Ersuchen um Mitteilung unserer Friedensbedingungen.

House entwickelte mir folgenden Gedankengang des Präsidenten: Unsere Feinde hätten ihre unmöglichen Friedensbedingungen offen ausgesprochen. Darauf habe Präsident in direktem Gegensatz hierzu sein Programm entwickelt. Nunmehr seien auch wir moralisch verpflichtet, unsere Bedingungen bekanntzugeben, weil unsere Friedensabsichten sonst als nicht ehrliche angesehen werden würden. Nachdem Euere Exzellenz Herrn Wilson mitgeteilt hätten, daß unsere Friedensbedingungen gemäßigte seien und daß wir auf die zweite Friedenskonferenz eingehen wollten, glaube Präsident, daß er mit seiner Senatsbotschaft unseren Absichten entsprochen hätte.

Wilson hoffe, daß wir ihm Friedensbedingungen mitteilen würden, welche hier und in Deutschland veröffentlicht werden dürften, damit sie unbedingt in der ganzen Welt bekannt würden; wenn wir nur in ihn Vertrauen hätten, sei Präsident überzeugt, daß er dann die beiden Friedenskonferenzen erreichen könne. Er wäre besonders erfreut, wenn Euere Exzellenz gleichzeitig erklären wollten, daß wir bereit seien, auf der Basis seiner Senatsbotschaft in die Konferenzen einzutreten. Motivieren ließe sich unsere Erklärung dadurch, daß Wilson uns jetzt direkt um unsere Friedensbedingungen gebeten hat. Präsident meint, die an ihn gerichtete Ententenote braucht als Bluff nicht in Betracht gezogen zu werden. Er hoffe bestimmt, Friedenskonferenzen zustande zu bringen, und zwar so schnell, daß unnötiges Blutvergießen der Frühjahrsoffensiven verhindert werde.

Wie weit Euere Exzellenz Wilson entgegenkommen wollen und können, läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Indes bitte ich dringend, folgendes vortragen zu dürfen. Wenn jetzt ohne weiteres U-Boot-Krieg begonnen wird, wird Präsident dies als Schlag ins Gesicht betrachten, und Krieg mit den Vereinigten Staaten ist unvermeidlich. Hiesige Kriegspartei wird Oberhand gewinnen und Beendigung des Krieges m. E. unabsehbar sein, da Machtmittel der Vereinigten Staaten trotz allem, was man dagegen sagen kann, sehr groß sind. Andernfalls, wenn wir auf Wilsons Vorschlag eingehen, allein Pläne trotzdem an der Hartnäckigkeit unserer Gegner scheitern, wird es dem Präsidenten sehr schwer werden, gegen uns in den Krieg zu gehen, selbst wenn wir dann uneingeschränkten U-Boot-Krieg anfangen. Es handelt sich also vorläufig nur um einen Aufschub von kurzer Dauer, um unsere diplomatische Stellung zu ver-

bessern. Ich selbst bekenne mich allerdings zur Ansicht, daß wir jetzt durch Konferenzen einen besseren Frieden erreichen werden, als wenn sich die Vereinigten Staaten unseren Feinden anschließen.

Da Kabeltelegramme stets mehrere Tage brauchen, bitte um umgehende drahtlose Weisung, falls telegraphischer Erlaß 157 am 1. Februar nicht auszuführen ist.

Bernstorff

70

Unterstaatssekretär v. Stumm an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 63 — Berlin, 29. Januar 17

Reply to No. 60

Regret postponement impracticable.

v. Stumm

71

Unterstaatssekretär v. Stumm an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 64 — Berlin, 29. Januar 17

Urgent

Answer to your telegram No. 239 of January 27th will be sent immediately via Eilvese-Tuckerton in same cipher as your telegram 239.

v. Stumm

72

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 65 — Berlin, 29. Januar 17

Antwort auf Nr. 239

Bitte dem Präsidenten Dank Kaiserlicher Regierung für seine Mitteilung aussprechen. Wir bringen ihm volles Vertrauen entgegen und bitten ihn, dasselbe auch uns zu schenken. Deutschland ist bereit, die von ihm vertraulich angebotene Vermittelung zur Herbeiführung einer direkten Konferenz der Kriegführenden anzunehmen und wird seinen Verbündeten das Gleiche empfehlen. Wir bitten, unsere Annahme ebenso wie das Angebot ganz vertraulich zu behandeln.

Oeffentliche Bekanntgabe unserer Friedensbedingungen ist jetzt unmöglich, nachdem Entente Friedensbedingungen publiziert hat, die auf Entehrung und Vernichtung Deutschlands und seiner Bundesgenossen hinauslaufen und vom Präsidenten selbst als unmöglich bezeichnet werden. Als Bluff können wir sie nicht auffassen, da sie vollkommen mit den Reden übereinstimmen, die feindliche Machthaber nicht nur vorher, sondern auch nachher gehalten haben, und sich genau mit Zielen decken, um derentwillen Italien und Rumänien überhaupt in Krieg eingetreten sind, auch, was die Türkei

anlangt, den von England und Frankreich vertraglich an Rußland gemachten Zusicherungen entsprechen. Solange diese Kriegsziele unserer Gegner öffentlich aufrecht erhalten werden, würde öffentliche Bekanntgabe unserer Friedensbedingungen als Zeichen nicht vorhandener Schwäche unvertretbar sein und nur zur Verlängerung des Krieges beitragen. Um Präsidenten Wilson einen Beweis unseres Vertrauens zu geben, teilen wir ihm, jedoch ganz ausschließlich für seine Person, hiermit die Bedingungen mit, unter denen wir bereit gewesen — wären — in Friedensverhandlungen einzutreten, falls die Entente unser Friedensangebot vom 12. Dezember v. J. angenommen hätte:

„Rückerstattung des von Frankreich besetzten Teils von Oberelsaß.

Gewinnung einer Deutschland und Polen gegen Rußland strategisch und wirtschaftlich sichernden Grenze.

Koloniale Restitution in Form einer Verständigung, die Deutschland einen seiner Bevölkerungszahl und der Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Kolonialbesitz sichert.

Rückgabe der von Deutschland besetzten französischen Gebiete unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen sowie finanzieller Kompensationen.

Wiederherstellung Belgiens unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands, welche durch Verhandlungen mit der Belgischen Regierung festzustellen wären.

Wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage des Austausches der beiderseits eroberten und im Friedensschluß zu restituierenden Gebiete.

Schadloshaltung der durch den Krieg geschädigten deutschen Unternehmungen und Privatpersonen.

Verzicht auf alle wirtschaftlichen Abmachungen und Maßnahmen, welche ein Hindernis für den normalen Handel und Verkehr nach Friedensschluß bilden würden, unter Abschluß entsprechender Handelsverträge.

Sicherstellung der Freiheit der Meere.

Die Friedensbedingungen unserer Verbündeten bewegten sich in Uebereinstimmung mit unseren Anschauungen in gleichmäßigen Grenzen.

Wir sind ferner bereit, auf der Basis der Senatsbotschaft des Präsidenten Wilson in die von ihm nach Beendigung des Krieges angestrebte Internationale Konferenz einzutreten.“

Euere Exzellenz wollen dem Präsidenten diese Mitteilungen bei Uebergabe der Note über den verschärften U-Boot-Krieg machen und gleichzeitig folgendes bemerken:

Wenn sein Angebot nur wenige Tage vorher erfolgt wäre, hätten wir den Beginn des neuen U-Boot-Krieges vertagen können. Jetzt sei es hierzu trotz bester Dispositionen aus technischen Gründen leider zu spät, da umfassende militärische Vorbereitungen getroffen, die nicht mehr rückgängig zu machen, und U-Boote mit neuen Instruktionen bereits ausgelaufen seien. Form und Inhalt der feindlichen Antwortnote auf unser Friedensangebot und die Note des Präsidenten seien derart schroff gewesen, daß wir angesichts des uns aufs neue angekündigten Kampfes auf Leben

und Tod die Anwendung des besten zu schneller Kriegsbeendigung geeigneten Mittels nicht mehr hinausschieben und Verzicht darauf vor unserem eigenen Volke nicht hätten verantworten können.

Wie die Instruktion wegen verschärften U-Boot-Krieges ergibt, sind wir jederzeit bereit, den Bedürfnissen Amerikas nach aller Möglichkeit Rechnung zu tragen. Wir bäten den Präsidenten, seine Bemühungen trotzdem aufzunehmen respektive fortzusetzen, und erklärten uns zur Einstellung des verschärften U-Boot-Krieges bereit, sobald volle Sicherheit dafür geboten sei, daß die Bemühungen des Präsidenten zu einem für uns annehmbaren Frieden führen würden.

Bethmann Hollweg

73

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 30. Januar 17

Telegramm Nr. 238 Washington, 26. Januar 17

Wilson anbot offiziell, aber zunächst vertraulich, Friedensvermittelung auf Grund seiner Senatsbotschaft, das heißt also ohne Einmischung in territoriale Friedensbedingungen. Als nicht vertraulich betrachtet Wilson sein gleichzeitig ausgesprochenes Ersuchen um Mitteilung unserer Friedensbedingungen.

Ich drahte eingehend durch Staats-Departement. Beginn U-Boot-Krieges ohne vorherige Verhandlung über obige Vorschläge würde m. E. uns hier stark ins Unrecht setzen und wegen persönlicher Verletztheit Wilsons Vermeiden Bruchs ganz unmöglich machen.

Bernstorff

74

Botschafter Graf Bernstorff an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

Eing. Berlin, 15. Februar 17

Nr. 10 **Washington, 14. Januar 17**

Inhalt: Politische Lage

Seit den Präsidentschaftswahlen hat sich die politische Lage hier nicht verändert. Außer der Frage der Beendigung des Weltkrieges beschäftigte keine Angelegenheit die öffentliche Meinung andauernd oder ernstlich.

Der Kongreß erledigt die üblichen Budgetvorlagen, und die fruchtlosen Verhandlungen über die mexikanische Frage schleppen sich träge weiter.

Inzwischen ist die seit dem Sussex-Zwischenfall eingetretene Besserung in der Stimmung uns gegenüber langsam fortgeschritten. Man begegnet dieser veränderten Gesinnung auf Schritt und Tritt. Allerdings kommt sie in der Presse wenig oder gar nicht zum Ausdruck, und unsere wildesten Gegner sind gerade durch die allgemeine Verbesserung der deutsch-amerika-

nischen Beziehungen zu noch heftigeren Angriffen auf uns veranlaßt worden. Namentlich seitdem Präsident Wilson seine Friedensnote absandte, kennt die Wut unserer Gegner keine Grenzen mehr. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß diese Note fast das gesamte amerikanische Volk hinter sich hat. Nur Wallstreet und der antideutsche Ring sowie deren Anhang in der Presse sind unzufrieden und versuchen, dem Präsidenten Hindernisse in den Weg zu legen. In diesen Kreisen, welche immer von England aus beeinflußt werden, hat sich der Glaube festgesetzt, daß Herr Wilson unter deutschen Einfluß geraten sei. Der bekannte antideutsche republikanische Senator Lodge sprach diese Ansicht im Senat unverblümt aus, konnte dadurch aber doch nicht verhindern, daß der Senat mit großer Majorität die Friedensnote Herrn Wilsons indossierte.

Die öffentliche Meinung beschäftigt sich hauptsächlich mit der Frage, warum der Präsident seine Note gleich nach dem deutschen Friedensangebot absandte. Bekanntlich war die Note schon seit längerer Zeit vorbereitet und wäre wohl auch ohne unser Vorgehen zu Weihnachten abgeschickt worden, obgleich dies bei dem zaudernden Naturell Herrn Wilsons, der alle Fragen gern dilatorisch behandelt, nicht so unbedingt sicher ist. Ich glaube, das Hauptmotiv des Präsidenten war sein dringender Wunsch, die Vermittlerrolle zu übernehmen — eine Aussicht, die gefährdet erschien, wenn unsere Feinde auf direkte Verhandlungen mit uns eingegangen wären. Hierdurch dürfte sich die Wahl des Zeitpunktes erklären, welche Herrn Wilson von unseren Gegnern besonders übelgenommen wird. Ein „cartoon“ des am meisten deutschfeindlichen Blattes, des „New York Herald“, zeichnet die Friedenstaube Herrn Wilsons als einen Papagei, welcher die deutschen Vorschläge nachplappert.

Von der Wahl des Zeitpunktes ganz abgesehen, ist der Wunsch des Präsidenten, den Frieden herbeizuführen, sehr erklärlich, nachdem er hauptsächlich auf dieses Programm hin wiedergewählt worden ist. Ferner wird den Amerikanern die Ausdehnung der japanischen Macht im fernen Osten sehr unheimlich, und schließlich ist Herr Wilson seit unseren rumänischen Siegen zu der endgültigen Ueberzeugung gelangt, daß unsere Feinde uns nicht mehr überwinden können. Von den Mitgliedern des Kabinetts und von sonstigen Freunden des Präsidenten, die sein Vertrauen genießen, hört man immer wieder die Ansicht aussprechen, daß keine der beiden kriegführenden Parteien jetzt einen entscheidenden Sieg erringen könne und daß daher ferneres Blutvergießen völlig nutzlos sei.

Wie schon oben erwähnt, versucht die antideutsche Partei Herrn Wilson jedes irgendwie mögliche Hindernis in den Weg zu legen. Immer wieder wird in der Presse behauptet, daß die Friedensnote als Drohung gegen Deutschland interpretiert werden müsse. Dadurch hofft man, unseren Feinden den Rücken zu steifen, indem man ihnen die Hoffnung auf den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg vorspiegelt. Es wird auch viel mit dem Argument gearbeitet — und namentlich war dies im Senat der Fall —, daß die Intervention Herrn Wilsons die traditionelle Politik der Vereinigten Staaten gefährde, welche in erster Linie auf der Monroe-

Doctrine und auf dem Prinzip der Nichteinmischung in Europa beruhe. Schließlich ist seitens der republikanischen Partei ein schmutziger Versuch gemacht worden, Wilson in den Arm zu fallen, indem ein notorischer Börsenspekulant, namens Lawson, veranlaßt wurde, öffentlich die Anklage zu erheben, daß Mitglieder der Administration auf Grund von Vorkenntnis der Wilsonschen Aktion an der Börse spekuliert hätten. Da Lawson aber keine Beweise erbringen konnte, machte er sich nur lächerlich.

Ich habe schon mehrfach in meiner gehorsamsten Berichterstattung darauf hingewiesen, daß die langandauernde Kriegshysterie hier eine Atmosphäre von Klatsch geschaffen hat, die man sonst für völlig undenkbar gehalten hätte. So wird z. B. selbst von ernsthaften Leuten geglaubt, daß ich kompromittierende Privatbriefe Wilsons käuflich erworben hätte, um ihn dadurch zu beeinflussen. Senator Lodge hat in seinem Hause privatim dies Gerücht als glaubwürdig (? Lücke) und dann sogar im Senat darauf angespielt. Der Präsident ist über diese und ähnliche Machinationen der Republikaner, welche ihm den Ruhm des Friedensstifters nicht gönnen wollen, so aufgebracht, daß er kürzlich einer öffentlichen Feier fernblieb, weil Herr Lodge bei derselben die Hauptrede hielt.

Wegen der unglaublichen Gerüchte, die hier kolportiert werden, hielt ich es seinerzeit für notwendig, den berüchtigten Hochstapler und Erpresser Graves vor die Gerichte zu bringen. Ich wollte die Oeffentlichkeit davon überzeugen, daß die Botschaft nichts zu fürchten habe. Auch in zukünftigen Erpressungsfällen beabsichtige ich so vorzugehen, nachdem wir in allen kompromittierenden Fragen reinen Tisch gemacht haben. Unsere Feinde werden aber trotzdem fortgesetzt kein Mittel unversucht lassen, um der Botschaft etwas anzuhängen, denn ihr Haupttrachten ist nach wie vor darauf gerichtet, meine Abberufung oder den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland zu erreichen. Wenn letzteres erst gelungen ist, sind sie überzeugt, daß es ihnen leicht werden wird, die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen.

Bernstorff

Teil II:

Entstehung des Friedensangebots der Zentralmächte vom 12. Dezember 16

75

Handschriftliche Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg: Anregung des Baron Burian zum Erlaß eines Friedensangebots

Berlin, 18. Oktober 16

Baron Burian trug mir gestern in Pleß folgendes vor:

Wenn mit dem Beginn des Winters eine Pause in den großen Offensiven unserer Feinde eintrete und der rumänische Feldzug zu einem gewissen Abschluß gekommen sein werde, müßten wir den Versuch machen, ohne Preisgabe wesentlicher Lebensinteressen ein Ende des Krieges herbeizuführen. Dauere der Krieg fort, so würden wir im nächsten Jahr einer noch größeren Offensive unserer Feinde gegenüberstehen als in diesem Sommer. Selbst wenn wir sie siegreich abwiesen, würden wir damit keinen unserer Feinde zum Frieden zwingen, selbst aber dem Erschöpfungszustande nahe sein, also schlechter dastehen als jetzt. Die Verantwortung gegen unsere eigenen Länder zwinge uns also dazu, selbst einen Schritt zum Frieden zu tun. Er schlage folgende Methode vor:

Wir sollten nicht die Friedens*vermittelung* eines oder aller Neutralen anrufen, weil solche Vermittelung stets eine uns wahrscheinlich abträgliche Stellungnahme des Vermittelnden zu den Friedensbedingungen in sich schließen würde. Wohl aber sollten wir die Neutralen bitten, unser konkret ausgedrücktes Friedensangebot unseren Feinden zu *übermitteln*. Dies Ersuchen sei an *alle* Neutralen (Amerika, Spanien, Schweiz, Holland, Skandinavische Staaten) gleichlautend, gleichzeitig und öffentlich zu richten. Der Papst sei, weil kein eigentlicher souveräner Fürst, nicht in eine Reihe mit den neutralen Staaten zu stellen, wohl aber durch eine Parallelaktion zu beteiligen.

Vernünftige Friedensbedingungen würden uns die Sympathien der Neutralen einbringen, die zweifellos bei allen feindlichen Völkern vorhandenen Friedensstimmungen so stärken, daß die feindlichen Regierungen

ihrem Druck nachgeben müßten und im eigenen Lande die Stimmung wieder so aufrichten, daß unsere eigenen Völker, sollte es nicht zum Frieden kommen, dann auch entschlossen bis zum letzten Ende aushalten würden.

Diesen Vorteilen stehe ein nennenswerter Schaden nicht gegenüber. Allerdings würden die Chauvinisten einen auf solcher Grundlage abgeschlossenen Frieden als eine feige Tat und als eine Preisgabe der durch das Blut unserer Heere erzielten Errungenschaften brandmarken. Diesen Leuten aber würden wir es nie recht machen können, auch bildeten sie nur eine Minderheit, auf deren Toben ein verantwortungsvoller Staatsmann keine Rücksichten nehmen dürfe. Die große Masse des Volkes, jedenfalls in der Monarchie, werde letzten Endes einen solchen Frieden mit Freuden begrüßen. Lehnten aber unsere Feinde unser Angebot ab, so würde die Tatsache, daß wir es gemacht hätten, nachdem der Krieg nun einmal so lange gedauert habe, kaum mehr als Zeichen der Schwäche zu unsern Ungunsten in die Wagschale fallen, jedenfalls auch ein daraus erwachsender etwaiger Nachteil durch die uns günstigen Rückwirkungen auf die Neutralen, die feindlichen Pazifisten und auf unsere eigene Bevölkerung voll aufgewogen werden.

Die große Schwierigkeit sei natürlich die Konkretisierung unserer Friedensbedingungen. Unseren Feinden gegenüber seien sie als Maximum, den eigenen Völkern gegenüber als Minimum unserer Forderungen, in beiden Beziehungen aber so zu fassen, daß sie sich einer vernünftigen von der Kriegspsychose befreiten Geistesverfassung als verständige Friedensgrundlage darstellten.

Er, Baron Burian, denke sich das Friedensangebot etwa folgendermaßen, wobei er natürlich der deutschen Auffassung in keiner Weise vorgreifen wolle:

1. Volle territoriale Integrität der vier verbündeten Mächte.

2. Rückgabe der deutschen Kolonien.

3. Volle Integrität des französischen Territoriums.

4. Wiederherstellung Belgiens als souveräner Staat unter Sicherung der legitimen Interessen Deutschlands. (Diese Interessen wären zu konkretisieren.)

5. Einverleibung des Kongostaates in Deutschland.

6. Strategische Grenzverbesserung gegen Italien. (Es handle sich nur um einzelne unfruchtbare Berge, also nicht um Annexionen. Besten Endes schien Baron Burian selbst zu gegenseitigen Grenzkorrekturen bereit.)

7. Anerkennung des Königreichs Polen.

8. Strategische Grenzverbesserungen gegen Rußland für Deutschland (hierunter also Kurland und Litauen zu subsumieren) und für Oesterreich-Ungarn (letztere ganz geringfügig).

9. Strategische Grenzverbesserung gegen Rumänien, speziell am Eisernen Tor, wo die Donaumonarchie Herr im Hause sein müsse, vielleicht auch am Bistritzatal. (Letzteres hatte Hindenburg als nötig bezeichnet.)

10. Erweiterung Bulgariens durch die okkupierten Teile Serbiens und der Dobrudscha.

11. Wiederherstellung des Königreichs Serbien unter Abtretung der unter 10 bezeichneten Gebietsteile an Bulgarien, nördlicher und nordwestlicher Teile an Oesterreich-Ungarn und albanischer Gebietsteile an Albanien. (Baron Burian will in der serbischen Frage Rußland auf dessen etwaiges Verlangen weit entgegenkommen, selbst wenn nötig den Fortbestand der Dynastie Karageorgewitsch konzedieren. Für sich will er die Matschwa und Belgrad, auf Belgrad aber verzichten, wenn es Rußland so verlangt. Um Bulgarien zu beruhigen, das ja Serbien ganz verschwinden lassen will, wäre er bereit, ihm noch mehr Land als das bisher vereinbarte zuzugestehen, ja sogar Valona, wo ihm die Bulgaren lieber seien als die Italiener. Wie auch Ungarn jetzt endlich eingesehen habe, müsse Serbien durch wirtschaftliche Vorteile eng an die Donaumonarchie angeschlossen werden.)

12. Wiederherstellung des Königreichs Montenegro unter Abtretung gewisser Gebietsteile an Oesterreich-Ungarn und Albanien. (Zweifelhaft, ob von Montenegro nicht besser ganz zu schweigen wäre.)

13. Selbständigkeit Albaniens unter österreichischem Protektorat.

14. Aufhebung aller Kapitulationen in der Türkei und Ersetzung derselben durch internationale Verträge auf Grundlage der Reziprozität.

15. Erfüllung der russischen Wünsche in bezug auf Durchfahrt durch die Meerengen. (Wie Baron Burian ganz kürzlich zuverlässig festgestellt zu haben glaubt, haben die Ententemächte bereits im April 1915 Rußland folgendes vertragsmäßig zugesagt: territorialen Besitz von Konstantinopel, beider Ufer des Bosporus mit Hinterland, einschließlich Heraklea und der Prinzeninseln, Westufer der Dardanellen, Gallipolihinterland bis Enos Midia, Aufteilung Kleinasiens, Armenien an Rußland, Mesopotamien an England, französische und italienische Beute noch nicht klar. Von England aus Arabien und Syrien zu bildendes arabisches Reich. Zukunft Palästinas noch unklar.)

16. Wiederherstellung territorialer Integrität Griechenlands.

17. Verzicht unserer Feinde auf alle Abmachungen, welche Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen mit Gegnern und Neutralen verhindern. Freiheit der Meere.

Kriegsentschädigung will Baron Burian nicht fordern. Als erniedrigend würde sie von unseren Feinden doch abgelehnt werden, müßte auch, wenn sie helfen sollte, so hoch sein, daß sie tatsächlich unerreichbar bliebe. Vielleicht ließe sich eine Formel finden, welche, ohne Kriegsentschädigung zu nennen, die Zuwendung wirtschaftlicher Vorteile, finanzieller Entschädigungen usw. in sich schlösse.

Kaiser Franz Joseph ist mit diesen Vorschlägen einverstanden. Mit seiner Obersten Heeresleitung hat Baron Burian noch nicht endgültig gesprochen. Er erbittet unsere Gegenäußerung. Würden wir einig, so müßten wir, wohl am besten durch mündliche Verhandlung, Zustimmung der Türkei und Bulgariens einholen und unser Friedensangebot so vorbereiten, daß es im psychologischen Moment unverzüglich den Neutralen zur Uebermittelung an unsere Gegner übergeben werden könnte.

Ich habe ganz unverbindlich und lediglich für meine Person erwidert, daß ich denselben Gedanken bereits seit langer Zeit ernstlich erwäge, die

Richtigkeit mancher der vorgebrachten Argumente anerkenne, in die Details der Friedensverhandlungen natürlich noch nicht eingehen könne, und habe weitere Antwort in Aussicht gestellt.

Einen russischen Separatfrieden hält Baron Burian für ganz ausgeschlossen, für möglich höchstens Geneigtmachung Rußlands, auf seine Ententefreunde im Sinne des Friedens zu drücken. Augenblicklich sei ihm Rußland die völlige Sphinx.

Uebrigens habe sich Amerika sehr empressiert für die baldige Entsendung eines Oesterreichisch-Ungarischen Botschafters nach Washington gezeigt, sauf conduit bereits zugesagt und das Wiener Kabinett erwarte stündlich das erbetene agrément für die designierte Persönlichkeit, die dann gegen Mitte November in Washington eintreffen werde. Von unserer Beurteilung und Behandlung der amerikanischen Zustände habe ich vertraulich Kenntnis gegeben.

Bethmann Hollweg

76

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Botschafter Graf Wedel, Wien
Telegramm Nr. 791 Berlin, 1. November 16

Euere Exzellenz ersuche ich, nachstehendes Telegramm Seiner Majestät des Kaisers verschlossen an Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph befördern zu wollen:

An Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph

Baron Burian hatte kürzlich mit Deiner Genehmigung dem Reichskanzler den Gedanken nahegelegt, wir sollten unseren Gegnern zu gegebener Zeit ein Friedensangebot machen. Ich halte diesen Vorschlag, über den der Reichskanzler mir Vortrag gehalten hat, nach Lage der Dinge für durchaus richtig.

Eine Meinungsverschiedenheit zwischen unseren leitenden Ministern besteht jedoch in zwei Punkten, erstens über den Moment, zweitens über die Form dieses Friedensangebots. Während Baron Burian noch einige Wochen oder Monate, etwa bis zum Eintritt der Winterpause, warten möchte, glaubt der Reichskanzler — und ich stimme ihm darin vollständig bei —, daß der psychologische Moment unmittelbar bevorsteht, nachdem durch den Gang der militärischen Operationen gegen Rumänien der Balkanfeldzugsplan der Entente als gescheitert angesehen werden kann.

Wollten wir bis zu eventuellen noch größeren Erfolgen, z. B. der Einnahme von Bukarest, warten, so würde darüber wohl eine unbestimmbare Zeit vergehen. Unsere Feinde hätten sich inzwischen an den Gedanken des Winterfeldzuges gewöhnt, und die Chancen dafür, daß sie auf ein Friedensangebot eingingen, wären geringer als jetzt. Wird ein jetzt von uns gemachtes Friedensangebot abgelehnt, so werden unsere Völker um so williger ihre letzte Kraft hergeben, um bis zum siegreichen Ende weiterzukämpfen. Andererseits sind unsere militärische Lage, die tiefe Enttäuschung über unser siegreiches Vordringen in Rumänien, die zunehmende Wirkung des U-Boot-Krieges, verbunden mit der schlechten Ernte

in England, Amerika und Rußland, doch so ungünstige Momente für die Entente, daß es den feindlichen Regierungen angesichts der auch bei ihren Völkern bestehenden großen Kriegsmüdigkeit sehr schwer würde, ein Friedensangebot a limine abzuweisen. Deswegen glaube ich, daß das Angebot jetzt möglichst bald und vor Anfang der Winterkampagne erfolgen sollte.

Der Gefahr, daß unser Angebot als ein Zeichen der Schwäche angesehen werden kann, sind wir meines Erachtens um so weniger ausgesetzt, wenn wir vorher die Proklamation für Polen erlassen und der Welt damit zeigen, daß wir uns als Sieger betrachten. Eine gewisse Frist wird zwischen Proklamation und Angebot allerdings verstreichen müssen.

Baron Burian steht ferner auf dem Standpunkt, wir sollten dem Angebot die konkreten Bedingungen beifügen, zu denen wir Frieden zu schließen bereit wären, während der Reichskanzer in einer so offenen Darlegung unserer Friedenswünsche Gefahren erblickt, denen ich mich ebenfalls nicht zu verschließen vermag. In einem Koalitionskriege wird es an sich immer schwer sein, mit den Bundesgenossen — mit Bulgaren und Türken — im voraus über ein detailliertes Programm eine Einigung zu erzielen. Aber auch sonst würden wir in eine schwierige Lage geraten. Stellen wir ein Maximum unserer Forderungen auf, so würden wir unseren Feinden damit die Ablehnung erleichtern. Sie könnten antworten, daß sie zu solchen Bedingungen überhaupt nicht zu verhandeln in der Lage wären. Nehmen wir aber das Minimum, so binden wir uns im voraus die Hände und würden uns in den Verhandlungen voraussichtlich noch weiter zurückdrängen lassen müssen. Wir dürfen meines Erachtens daher die Basis der Verhandlungen nur etwa dahin definieren, daß wir nicht in einem Eroberungs-, sondern in einem Verteidigungskriege das Dasein, die Entwickelungsfreiheit und die Zukunft unserer Völker sichern wollen und daß diese Forderung in keinem Widerspruch zu der Achtung gleicher Rechte der anderen Nationen stehe. Ein auf solcher Grundlage gehaltenes Friedensangebot würde uns meiner Ansicht nach auch die Zustimmung und Sympathie aller Neutralen sichern.

Da die Verhandlnngen zwischen unseren Regierungen erfahrungsgemäß große Langwierigkeiten mit sich bringen, könnte darüber viel kostbare Zeit verloren gehen. Wollen wir aber den oben bezeichneten Schritt tun, so müßte derselbe durch sofortige und vorsichtige Fühlungnahme mit unseren türkischen und bulgarischen Verbündeten sorgfältig vorbereitet werden, da auch diese Fühlungnahme und die Erzielung eines Einvernehmens unter allen Umständen zeitraubend sein wird. Natürlich könnte dies erst geschehen, wenn wir unter uns einig sind, aber die Zeit drängt.

Da die Angelegenheit mir sehr am Herzen liegt, und ich in allen, das Geschick unserer beiden Reiche so nahe berührenden Fragen nur in völliger Uebereinstimmung mit Dir handeln möchte, so habe ich geglaubt, Dir auch in diesem ernsten Moment meine Ansichten persönlich darlegen zu sollen. Ich wäre Dir dankbar, wenn Du sie einer freundlichen Erwägung unterziehen und mir Deine Meinung darüber mitteilen wolltest.

In treuer Freundschaft Wilhelm

Bethmann Hollweg

77

Legationsrat v. Grünau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 4. November 16
Telegramm Nr. 891 Pleß (Hauptquartier), 4. November 16
Geheim

Für den Herrn Reichskanzler

Seine Majestät lassen Euerer Exzellenz telegraphieren:

„Ich habe gestern mit Feldmarschall und Ludendorff die Frage der „Mobilisierung des deutschen Volkes“ besprochen. Nach anfänglichem scharfen Widerstand habe ich Seine Exzellenz davon überzeugt, daß es politisch richtiger sei, sie nach der großen Aktion eintreten zu lassen, wenn auch eventuell nicht bis zur Antwort der Feindesmächte gewartet werden kann. Das Angebot wünscht Feldmarschall so gemacht, daß wir Ende November bereits die Arbeiter bekommen haben und die Munitionsarbeit im großen Stile anfassen können. Daher ist keine Zeit mehr zu verlieren. Ich halte es für richtig, dazu eine Abschrift meines Telegramms an den Kaiser in geeignet veränderter Form auch an Sultan und Ferdinand zu schicken, damit die Herren Zeit haben, sich die Dinge durch den Kopf gehen zu lassen und dort nicht wieder Zeit verloren wird. Denn Wien wird doch heimlich, ohne uns, mit ihnen Fühlung nehmen. Der Feldmarschall ist mit Motivierung und Beweggründen für das Angebot durch mich an die Welt vollkommen einverstanden, an Kämpfende und alle Neutrale. Ebenso habe ich die Bedenken wegen Wortlauts der Polen-Proklamation endlich beruhigt. Beseler, mit mir darüber ganz einig, war gestern hier für letzten Schliff und Verhandlungen. Er ist guten Mutes und sehr voll Hoffnung. Dicker Nebel hier.

Wilhelm I. R.“

Grünau

78

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Generalfeldmarschall v. Hindenburg

Berlin, 4. November 16

Baron Burian gibt seinen anfänglichen Widerstand gegen die diesseits vorgeschlagene Form der Friedensaktion nunmehr auf und sieht auch ein, daß es dringlich ist, die vorbereitenden Schritte für dieselbe, namentlich eine vertrauliche Sondierung unserer bulgarischen und türkischen Bundesgenossen, zu unternehmen, zuvörderst möchte er aber eine Einigung zwischen Wien und Berlin über die von uns zu vertretenden Friedensbedingungen erzielen. Ich glaube, daß sich unsere Bedingungen z. Zt. nur in ganz allgemeinen Umrissen angeben und auch nach Wien mitteilen lassen, da eine detaillierte Aufstellung mir nur im Laufe der Verhandlungen und nach Maß des Erreichbaren möglich erscheint. Ich möchte vorschlagen, unsere Bedingungen etwa folgendermaßen zu bezeichnen:

1. Anerkennung des Königreichs Polen.

2. Eine Grenzregulierung im Osten durch Annexion kurländischer und litauischer Gebiete (vor allem Suwalki) derart, daß mit Einbegriff

des künftigen Königreichs Polen eine gute, von Norden nach Süden laufende strategische Grenze gegen Rußland geschaffen wird.

3. Garantien in Belgien, welche möglichst durch Verhandlungen mit König Albert festzusetzen sind. Sollten solche Garantien in nicht genügendem Maße zu erreichen sein, Annexion eines Gebietsstreifens mit Lüttich zum Schutz unseres westlichen Industriegebiets.

4. Räumung des französischen Okkupationsgebiets mit Ausnahme von Briey und Longwy und gegen eventuelle Kriegsentschädigung bezw. Kompensationen. (Von einer eventuellen „Grenzregulierung" mittels elsaß-lothringischer Grenzstreifen möchte ich zunächst nicht sprechen.)

5. Rückgabe der Kolonien mit Ausnahme von Kiautschou, Karolinen und Marianen, bezw. eine allgemeine koloniale Verständigung.

Euerer Exzellenz wäre ich für eine baldgefällige Aeußerung zu diesem allgemeinen Programm dankbar.

Baron Burian hat mir die Bedingungen für Oesterreich-Ungarn neulich folgendermaßen angegeben:

1. Integrität der Monarchie.
2. Geringfügige Grenzverbesserungen gegen Rußland.
3. Strategische Grenzverbesserungen gegen Rumänien (Eisernes Tor, eventuell auch am Bistritza-Tal).
4. Wiederherstellung des Königreichs Serbien unter Abtretung:
   a) der an Bulgarien versprochenen Gebietsteile,
   b) albanischer Gebietsteile an Albanien,
   c) der Matschwa und von Belgrad an Oesterreich-Ungarn. Um Bulgarien zu befriedigen, will Baron Burian diesem eventuell noch mehr Land als das vereinbarte zugestehen. Das wiederhergestellte restliche Serbien soll wirtschaftlich eng an die Monarchie angeschlossen werden.
5. Wiederherstellung des Königreichs Montenegro unter Abtretung gewisser Gebietsteile an Oesterreich-Ungarn und Albanien.
6. Selbständigkeit Albaniens unter österreichischem Protektorat.
7. Strategische Grenzverbesserung gegen Italien, wobei es sich nur um einzelne unfruchtbare Berge, also nicht um Annexionen, handle. Als ich den Minister darauf aufmerksam machte, daß die Italiener jetzt fast ganz auf österreichischem Gebiet kämpften, schien er auch zu gegenseitigen Konzessionen bereit.

Valona möchte er den Italienern nicht lassen.

Die österreichischen Wünsche scheinen mir zum Teil etwas hochgegriffen, namentlich ist es mir fraglich, ob von den Russen die Rückgabe von ganz Ostgalizien und der Bukowina zu erreichen sein wird. Bethmann Hollweg

---

79

Legationsrat v. Grünau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 6. November 16
Telegramm Nr. 895
Geheim

Pleß (Hauptquartier), 5. November 16

Für Herrn Reichskanzler

Generalfeldmarschall läßt Euerer Exzellenz auf das gestrige Telegramm wegen Friedensbedingungen antworten:

„Mit dem Grundgedanken der Friedensaktion bin ich einverstanden, vorausgesetzt daß sie nach der zu einer feierlichen Kundgebung auszugestaltenden Annahme des Hilfsarbeitergesetzes unternommen wird. Daß mit diesem Gesetz nicht gezögert werden darf, ergibt sich auch aus der Notwendigkeit, Arbeiter sofort zu bekommen.

Ich zustimme folgenden Friedensbedingungen:

1. Anerkennung des Königreichs Polen. Grenzverbesserungen der Grenze Preußens gegen Polen. Wirtschaftlicher Anschluß Polens an Deutschland, entscheidender Einfluß auf die Eisenbahn und sonstige wirtschaftliche Vorteile in Polen.

2. Grenzregulierung im Osten durch Annexion bis zur Linie Rigaer Meerbusen westlich Riga, östlich Wilna vorbei Richtung Brest Litowsk. Hierdurch soll auch mit Einbegriff des Königreichs Polen eine gut von Norden nach Süden laufende strategische Grenze gegen Rußland gewonnen werden.

3. Garantien in Belgien. Ausnutzung der Bodenschätze der Campine. Wirtschaftlicher Anschluß an Deutschland, Inbesitznahme der Eisenbahnen. Besatzungsrecht. Den Verhandlungen mit König Albert stehe ich durchaus sympathisch gegenüber. Annexion von Lüttich mit entsprechendem Landstreifen bei nicht ausreichendem Besatzungsrecht. Kriegsentschädigung.

4. Räumung des französischen Okkupationsgebietes mit Ausnahme des Kohlengebietes von Briey und Longwy, gegen Räumung des von den Franzosen besetzten Gebietes im Elsaß gegen zu suspendierende Kriegsentschädigung und Kompensationen. Von einer Grenzregulierung zugunsten Frankreichs darf auch meines Erachtens nicht gesprochen werden, dagegen kommen für uns Grenzberichtigungen im Elsaß und Lothringen in Betracht.

5. Rückgabe der Kolonien mit Ausnahme von Kiautschou, Karolinen, Marianen bezw. eine allgemeine koloniale Verständigung. Erwerbung des Kongostaates.

6. Luxemburg tritt in deutschen Staatsverband.

7. Entschädigung der Auslandsdeutschen.

Bezüglich der Bedingungen Oesterreich-Ungarns bin ich mit den Absichten auf der Balkanhalbinsel einverstanden. Die Erweiterung Bulgariens auf Kosten Serbiens wird Bulgarien leichter veranlassen, Kavalla und die der Türkei zu Beginn des Krieges abgenommenen Grenzstreifen zurückzugeben. Valona müßte möglichst an Griechenland fallen.

Grenzberichtigungen Italiens und Rußlands wird Oesterreich-Ungarn sich gefallen lassen müssen, nachdem es auf der Balkanhalbinsel Vorteile gewinnt. Vielleicht gelingt es, für Oesterreich-Ungarn Grenzberichtigungen in Rumänien zu erreichen (Eisernes Tor, Bistritzatal)."

Meine Rückfrage bezüglich des ersten Satzes, der im Widerspruch mit Telegramm Seiner Majestät Nr. 891 steht, ergab, daß hier ein Mißverständnis vorliegen muß, dessen Aufklärung im Augenblick nicht erfolgen kann. General Ludendorff hält jedenfalls an seinem Standpunkt fest und bat, den Passus in dieser Form Euerer Exzellenz weiterzugeben.

Zu Punkt 3. Gemeint ist Kriegsentschädigung von England für Aufgabe Belgiens.

Zu Punkt 4. Longueville konnte auf keiner Karte gefunden werden, daher wurde Longwy gesetzt. Bei Grenzberichtigung in Elsaß-Lothringen ist an Verschiebung der Grenze auf den westlichen Gebirgsabhang gedacht.

General Ludendorff läßt Euere Exzellenz bitten, ihm derartige Telegramme durch mich zugehen zu lassen, da sie im Generalstab durch zu viele Hände laufen und er daher für gebotene Geheimhaltung keine Garantie übernehmen kann. Ich würde auch ohnedem Euere Exzellenz ehrerbietigst gebeten haben, sich meiner zu bedienen, da ich dem Generalstab gegenüber in eine immerhin peinliche Lage komme, wenn ich über die wichtigsten Vorgänge erst von ihm orientiert werde.

Grünau

80

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Legationsrat v. Grünau

Telegramm Nr. 1353 Berlin, 6. November 16

Auf Nr. 895

Für Generalfeldmarschall v. Hindenburg

Mit den Detailzusätzen Euerer Exzellenz zu meinen allgemeinen Friedensvorschlägen bin ich, abgesehen von einem weiter unten erwähnten Punkt, einverstanden. Ich glaube allerdings, daß unsere Bedingungen nach Wien nur in ganz summarischer Form mitzuteilen sind, ebenso wie Baron Burian mir die seinigen auch nur allgemein mitgeteilt hat. Eventuell wird auch noch eine mündliche Aussprache mit Baron Burian über die Fragen erforderlich werden.

Was die von Euerer Exzellenz als wünschenswert bezeichnete Kriegsentschädigung von Belgien betrifft, so glaube ich, daß wir eine solche aus folgenden Gründen nicht in unser Programm werden aufnehmen können: England, welches bekanntlich vor der Welt und dem eigenen Lande die belgische Neutralitätsverletzung immer als Kriegsvorwand benutzt hat, hat bereits verschiedentlich die „Schadloshaltung" Belgiens gefordert. Wenn ich nun auch nicht bereit bin, hierauf irgendwie einzugehen, so würde doch die Forderung einer Kriegsentschädigung unsererseits die Verhandlungen sofort auf den toten Punkt bringen. Die, wenn auch bedingte, Herausgabe Belgiens bietet die Gegenleistung für die Rückgabe unserer, fast sämtlich von England besetzten Kolonien. Zudem wollen wir noch den Kongostaat von Belgien fordern. Schließlich hat uns Belgien bisher bereits weit über eine Milliarde an Kriegskontributionen gezahlt und zahlt auch jetzt noch monatlich 40 Millionen weiter, die voraussichtlich auf 50 Millionen erhöht werden sollen.

Bethmann Hollweg

81

Legationsrat v. Grünau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 7. November 16

Telegramm Nr. 909 Pleß (Hauptquartier), 7. November 16

Antwort auf Nr. 1353

Für den Herrn Reichskanzler

Ich bin selbstverständlich der Ansicht, daß unsere Bedingungen nach Wien nur allgemein mitgeteilt werden.

Was die von Belgien zu fordernde Kriegsentschädigung betrifft, so könnte sie auch in ausgesprochen wirtschaftlichen Vorteilen bestehen. Um so mehr halte ich es aber für geboten, daß die von Belgien zurzeit monatlich zu zahlenden 40 Millionen sehr wesentlich und nicht nur um 10 Millionen erhöht werden.

Bezüglich Rußlands füge ich noch hinzu, daß ich auch hier wirtschaftliche Vorteile zu fordern für geboten ansehe.

von Hindenburg

Grünau

82

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Legationsrat v. Grünau

Telegramm Nr. 1360 Berlin, 7. November 16

Bitte Seiner Majestät folgendes Telegramm vorzulegen:

„Nachdem ich mich mit dem Herrn Generalfeldmarschall über die großen Linien unserer Friedensbedingungen ins Einvernehmen gesetzt habe, darf ich Euerer Majestät allergnädigste Genehmigung ehrerbietigst erbitten, dieselben in folgender Form dem Baron Burian als Antwort auf seine entsprechende Mitteilung der österreichischen Bedingungen mitteilen zu dürfen:

1. Anerkennung des Königreichs Polen.
2. Annexionen kurländischen und litauischen Gebiets derart, daß mit Einbegriff des Königreichs Polen eine gute von Norden nach Süden laufende strategische Grenze gegen Rußland gewonnen wird.
3. Handelsvertrag mit Rußland bezw. wirtschaftliche Vorteile.
4. Garantien in Belgien, welche möglichst durch Verhandlungen mit König Albert festzusetzen sind. Sollten solche nicht in genügendem Maße zu erreichen sein, Annexion von Lüttich mit entsprechendem Landstreifen.
5. Räumung des französischen Okkupationsgebiets mit Ausnahme von Briey und Longwy gegen Räumung des von den Franzosen besetzten Teils von Elsaß-Lothringen und strategische Grenzberichtigungen für uns in Elsaß Lothringen sowie Kriegsentschädigung bezw. Kompensationen.
6. Rückgabe der Kolonien mit Ausnahme von Kiautschou, Karolinen und Marianen bezw. eine allgemeine koloniale Verständigung, Erwerb des Kongostaates oder eines Teils desselben.

7. Entschädigung für die Auslandsdeutschen und den deutschen Besitz im Ausland, soweit dieser geschädigt ist.
8. Einverleibung Luxemburgs in das Deutsche Reich. Dieselbe erscheint nötig für den Fall, daß wir Briey und Longwy erwerben sollten.

Die Mitteilung dieser Bedingungen ist einstweilen natürlich nur zur vertraulichen Kenntnis des Wiener Kabinetts bestimmt, ich möchte dabei aber möglichst von Detailangaben absehen, da auch die Eröffnungen des Baron Burian nur ganz allgemein gehalten waren.

Voraussichtlich werde ich, dem Wunsche des Baron Burian entsprechend, mit demselben in den nächsten Tagen auch noch eine mündliche Aussprache über die geplante Friedensaktion und die oben berührten Fragen haben.

Alleruntertänigst

Bethmann Hollweg"

83

Legationsrat v. Grünau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 8. November 16
Telegramm Nr. 917 Pleß (Hauptquartier), 8. November 16
Für den Herrn Reichskanzler
Antwort auf Nr. 1360

Seine Majestät haben Sich mit den Baron Burian mitzuteilenden Friedensbedingungen einverstanden erklärt.

Zu Punkt 3 haben Seine Majestät bemerkt, daß die von Rußland England gewährten Minenkonzessionen an uns übergehen sollten.

Grünau

84

Legationsrat v. Grünau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 17. November 16
Telegramm Nr. 958 Pleß (Hauptquartier), 17. November 16
Antwort auf Nr. 1403, 1404

Oberste Heeresleitung zustimmt den mit Burian verabredeten Aenderungen des Notentextes. Besondere Genehmigung Seiner Majestät nicht erforderlich, werde nur melden, daß an zwei Stellen Veränderungen im Einvernehmen mit Feldmarschall erfolgt sind.

Grünau

85

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Botschafter Graf Wedel

Telegramm Nr. 460 Berlin, 23. November 16

Euere Exzellenz erhalten anbei zu Ihrer strengvertraulichen Kenntnis Abschriften:

1. einer Aufstellung unserer Kriegsziele,
2. einer Aufstellung der österreichisch-ungarischen Kriegsziele.

Nr. 2 ist von Baron Burian anläßlich seines letzten Besuches hierselbst übergeben worden, während wir ihm Nr. 1 mitgeteilt haben.

In Nr. 1 sind aber nachträglich noch die Punkte 8 und 9, Tsingtau und Griechenland betreffend, eingefügt. Euere Exzellenz wollen dies dem Baron Burian mitteilen und ihm Abschrift der Anlage 1 übergeben.

Bethmann Hollweg

Anlage 1.

1. Anerkennung des neuen Königreichs Polen.

2. Abtretung kurländischen und litauischen Gebiets und Herstellung einer Gesamtgrenze des deutschen und polnischen Gebiets gegen Rußland nach strategischen Gesichtspunkten.

3. Rückerstattung des von Frankreich besetzten Gebietsteils von Oberelsaß.

4. Rückgabe des von uns besetzten französischen Gebiets unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen und Erweiterungen sowie Kriegsentschädigung.

5. Wiederherstellung Belgiens als souveräner Staat unter bestimmten Garantien für Deutschland, welche durch Verhandlung mit dem König der Belgier festzusetzen sein werden. Falls diese Garantien nicht erreicht werden können, Annexion von Lüttich mit entsprechendem Landstreifen.

6. Eintritt Luxemburgs als selbständiger Bundesstaat in das Deutsche Reich.

7. Herstellung eines dem Wert des früheren entsprechenden deutschen Kolonialbesitzes im Wege einer allgemeinen Kolonialverständigung (belgischer Kongo).

8. Internationalisierung von Tsingtau.

9. Wiederherstellung der territorialen Integrität Griechenlands, wenn es neutral bleibt. Die für den Fall der Neutralität in Aussicht gestellte Grenzverbesserung im nördlichen Epirus.

10. Wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich mit Berücksichtigung des Wertes der beiderseits eroberten und im Friedensvertrag zu restituierenden Gebiete.

11. Schadloshaltung der durch Maßnahmen nichtmilitärischer Natur der Feinde geschädigten deutschen Unternehmungen und Privatpersonen.

12. Verzicht auf alle wirtschaftlichen Vereinbarungen und Maßnahmen, welche ein Hindernis für die Wiederanknüpfung des normalen Handels und Verkehrs zwischen allen Ländern bilden würden, unter Abschluß entsprechender Handelsverträge.

13. Freiheit der Meere.

14. Sicherstellung der freien Schiffahrt auf der unteren Donau.

Anlage 2.
Streng geheim!
Von Baron Burian übergeben bei seinem Besuch in Berlin 15. 11. 16.

Skizze der vorzuschlagenden Friedensbedingungen.

I

Wiederherstellung der vollen Integrität des Territoriums der vier verbündeten Mächte auf den Besitzstand vor dem Kriege, somit Räumung — seitens der Gegner — Ost-Galiziens, der Bukowina, des Küstenlandes und Süd-Tirols sowie Elsaß-Lothringens, ferner Armeniens und Mesopotamiens, endlich Wiederherstellung des status quo ante bellum in Egypten und auf Cypern.

II

In Gemäßheit des Punktes I Rückgabe sämtlicher deutscher Kolonien, mit Ausnahme von Kiautschou, Karolinen und Marianen, beziehungsweise eine allgemeine Kolonialverständigung.

III

Erwerb — seitens Deutschlands — des Kongostaates oder eines Teiles desselben.

IV

Räumung des französischen Okkupationsgebietes mit Ausnahme von Briey und Longwy und strategische Grenzberichtigungen für Deutschland in Elsaß-Lothringen.

V

Wiederherstellung Belgiens als souveräner Staat unter gewissen Garantien für Deutschland, welche möglichst durch Verhandlungen mit König Albert festzusetzen wären. Sollten solche nicht in genügendem Maße zu erreichen sein, Annexion von Lüttich mit entsprechendem Landstreifen.

VI

Oertliche strategische Verbesserung der Grenze Oesterreich-Ungarns gegen Italien.

VII

Anerkennung des von Deutschland und Oesterreich-Ungarn geschaffenen Königreiches Polen.

VIII

Strategische Verbesserung der Grenzen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands gegen Rußland.

Annexion kurländischen und litauischen Gebiets an Deutschland, derart, daß mit Einbegriff des Königreiches Polen eine gut von Norden nach Süden laufende strategische Grenze gegen Rußland gewonnen wird.

IX

Einverleibung Luxemburgs in das Deutsche Reich für den Fall, daß Deutschland Briey und Longwy erwerben sollte.

X

Angliederung Montenegros an Oesterreich-Ungarn mit Ausnahme der von Albanesen bewohnten, mit Albanien zu vereinigenden Gebiete.

XI

Strategische Verbesserung der Grenze Oesterreich-Ungarns gegen Rumänien, speziell am Eisernen Tore, südlich von Brasso und an der oberen goldenen Bistritza.

XII

Erweiterung der Grenzen Bulgariens durch die von diesen okkupierten Gebiete im östlichen Serbien und in Mazedonien sowie die Dobrudscha.

XIII

Wiederherstellung des Königreiches Serbien unter Abtretung der im Punkte XII angeführten Gebiete im östlichen Serbien und Mazedonien an Bulgarien, eines Gebietsstreifens im Norden und Nordwesten an Oesterreich-Ungarn und der von Albanesen bewohnten Gebiete an Albanien.

XIV

Selbständigkeit des um die in den Punkten X und XIII erwähnten Gebiete vergrößerten Albaniens unter dem Protektorate Oesterreich-Ungarns.

XV

Aufhebung sämtlicher Kapitulationen im Osmanischen Reiche unter Ersetzung derselben durch internationale Verträge auf Grundlage der Reziprozität.

XVI

Berücksichtigung der Wünsche Rußlands in betreff der Durchfahrt durch die Meerengen unter entsprechenden Garantien für die Sicherheit und souveränen Rechte der Türkei und die Interessen der übrigen Mächte.

XVII

Wiederherstellung der territorialen Integrität Griechenlands.

Die für den Fall der Neutralität in Aussicht gestellte Grenzverbesserung im nördlichen Epirus.

XVIII

Verzicht auf solche wirtschaftliche Vereinbarungen, welche ein Hindernis für die Wiederanknüpfung normalen Handels und Verkehres zwischen allen Ländern bilden würden.

Handelsvertrag, beziehungsweise wirtschaftliche Vorteile gegenüber Rußland für Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Freiheit der Meere.

Sicherstellung der freien Schiffahrt auf der unteren Donau.

XIX

Kriegsentschädigung beziehungsweise Kompensationen und Kriegsschädenersätze.

86

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Generalfeldmarschall v. Hindenburg
Eigenhändig

Berlin, 27. November 16

Dem geplanten Friedensangebot haben nunmehr auch Bulgarien und die Türkei zugestimmt. Kleinere, von Bulgarien angeregte Aenderungen am Text der Note können im Laufe dieser Woche erledigt werden. Insofern ist die Aktion also vorbereitet. Das Hilfsdienstgesetz wird, wie ich hoffe, diesen Donnerstag oder Freitag verabschiedet werden. Ein Zwischenraum von etwa acht Tagen zwischen seiner Verabschiedung und der Aktion selbst wird genügen, um keinen falschen Eindruck aufkommen zu lassen.

Ob und wann das Friedensangebot gemacht wird, entscheidet sich

ausschließlich nach der militärischen Lage. In dieser Beziehung erscheint mir als notwendige Voraussetzung die Erreichung eines gewissen Höhepunktes, der jedoch noch nicht in einen stationären Zustand überzugehen droht, und gleichzeitige menschenmögliche Sicherheit vor etwaigen für die Gesamtlage entscheidenden Rückschlägen. Ob deshalb die angekündigte große italienische Offensive gegen Triest und, falls auch sie zu erwarten ist, die russische Offensive an der siebenbürgischen Nordostfront ohne Rücksicht auf unser Vorgehen in der Walachei zuvor abgewartet werden muß, kann wohl nur militärisch beurteilt werden.

Die Aussichten des Angebots bleiben ungewiß. Nach den vorliegenden Nachrichten macht die Friedensstimmung in Frankreich Fortschritte. In Rußland schienen die inneren, allerdings stets nur sehr unsicher zu beurteilenden Zustände eine fortschreitende Desorganisation der Regierungsgewalt anzukündigen. England war in letzter Zeit unruhig wegen der Lebensmittelfrage, des U-Boot-Krieges, der Niederlage Rumäniens, und wegen mangelnden Vertrauens in die Zuverlässigkeit Rußlands. Inwieweit der ersichtlich auf englisches Betreiben erfolgte Sturz Stürmers die Lage zu unseren Ungunsten verschoben hat, läßt sich noch nicht übersehen. Im ganzen möchte ich nach wie vor annehmen, daß ein von uns gemachtes Friedensangebot, dessen Voraussetzungen, wie bemerkt, für uns eine gute, für unsere Feinde eine in absehbarer Zeit nicht erfolgversprechende militärische Lage sind, jedenfalls von Frankreich nur sehr schwer abgelehnt werden könnte.

Präsident Wilson hat vertraulich den Grafen Bernstorff wissen lassen, daß er in der Zeit zwischen jetzt und Neujahr einen Friedensappell zu erlassen gedenke. Ob er seine Absicht wirklich ausführt, bleibt völlig ungewiß. Er ist unentschlossen und scheut ängstlich eine Zurückweisung. Wir müssen damit rechnen, daß er den Appell nur erläßt, wenn er dessen strikte Ablehnung durch die Entente nicht zu erwarten braucht, das heißt, wenn sich die Entente in einer Verfassung befindet, die die strikte Ablehnung auch eines von uns ausgehenden Friedensangebotes nicht wahrscheinlich macht. Ich lasse dahingestellt, ob unsere Lage bei Friedensverhandlungen, die auf einen Appell von Wilson eröffnet werden, günstiger ist, als wenn die Verhandlungen die Folge eines von uns gemachten Angebots sind. Zweifellos aber ist unsere Situation eine bessere, wenn die Ablehnung aller Verhandlungen durch die Entente einen Appell Wilsons, als wenn sie ein Angebot von uns trifft. Deshalb wird die Unpopularität, der ein Wilsonscher Appell in weiten Kreisen bei uns begegnen wird, für unsere Entschlüsse nicht maßgebend sein dürfen. Auf der anderen Seite werden wir bei der Unsicherheit, die über den Entschlüssen Wilsons bis zum letzten Augenblick schweben wird, und bei der mit dem Fortschreiten des Winters abnehmenden etwaigen Geneigtheit unserer Feinde, auf Friedensverhandlungen einzugehen, den psychologischen Moment für ein eigenes Friedensangebot über der Hoffnung auf einen Appell Wilsons nicht ungenützt vorübergehen lassen dürfen.

Euere Exzellenz beehre ich mich um geneigte Stellungnahme, insonderheit um eine Aeußerung darüber zu bitten, wie sich nach mensch-

licher Voraussicht die militärische Lage weiter entwickeln wird. Der Entschluß, unsere Friedensaktion vorzunehmen, müßte wegen der notwendigen Verständigung mit unseren Verbündeten und der vertraulichen Information des Bundesrats, der politischen Parteiführer und der Presse immerhin 4 oder 5 Tage vor ihrer Ausführung gefaßt werden.

Bethmann Hollweg

87

Legationsrat v. Grünau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 5. Dezember 16 Pleß (Hauptquartier), 5. Dezember 16

Telegramm Nr. 1016

Eilt sehr!

Auf Nr. 1502

. . . Seine Majestät und Oberste Heeresleitung sind Ansicht, daß Note möglichst unmittelbar nach Fall von Bukarest abgesandt wird. Dieser kann in kürzester Zeit, vielleicht schon in 1 bis 2 Tagen erfolgen.

Grünau

88

Botschafter Graf Wedel an Staatssekretär Zimmermann

Eing. Berlin, 5. Dezember 16 Wien, 3. Dezember 16

Lieber Zimmermann!

. . . Anliegend sende ich Ihnen eine Aufzeichnung über meine Unterredung mit Burian und Merey über die Friedensaktion. Beide sind, wie Sie sehen, einer genau entgegengesetzten Ansicht.

Wedel

Gestern sagte mir Baron Burian, Prinz Hohenlohe solle die Friedensaktion in Berlin nun ernstlich betreiben. Man scheine dort noch nicht recht überzeugt. Ich erwiderte, ein so ernster und bedeutungsvoller Schritt müsse doch gründlich geprüft werden. Darauf Baron Burian: Er sei nicht so optimistisch zu glauben, daß das Angebot angenommen werde; aber es werde nachwirken. Wir würden die Neutralen vereinigen und auf unsere Seite ziehen und teils direkt, teils durch diese auf die pazifistische Bewegung in Feindesland einwirken. Das „Gift" sei eingeflößt und werde zersetzend wirken. Er sähe gar keine Bedenken, er sähe nur Vorteile, keine möglichen Schäden. In sechs oder zwölf Monaten würden wir doch zu einem solchen Schritt gezwungen sein, denn wir seien numerisch und wirtschaftlich die Schwächeren. Auf meine Bemerkung, es sei nicht ausgemacht, daß unsere Feinde den Krieg so lange fortsetzen könnten oder daß sie selbst im Falle der Möglichkeit der Fortsetzung bereit seien, die Opfer an Gut und Blut für einen unsicheren und verhältnismäßig geringen Gewinn zu bringen, meinte er, die Feinde kännten unsere wirtschaftliche Lage und die Grenzen unseres Soldaten Ersatzes zu genau, um nicht zu wissen, daß die Zeit für sie laufe. — Er sei für rasches Handeln, die militärische Lage sei günstig und man müsse Wilson zuvorkommen. Er sähe keinen Grund ein, dem übelgesinnten Amerikaner die schöne und bedeutungsvolle Rolle zu überlassen, von dessen Vermittelung er sich auch kein ersprießliches Resultat für

uns verspreche. — Baron Burian, der ja den Gedanken zuerst angereg hat, hofft unbewußt wohl auch auf einen persönlichen Erfolg; er schein es kaum erwarten zu können, daß mit der Türkei und Bulgarien alles bereinigt ist und wir losschießen können. Graf Tisza sprach sich ähnlich aus, aber weniger zuversichtlich. v. Merey ist ganz anderer Ansicht. Er sagte mir schon neulich: Baron Burian betone immer, es könne doch nicht schaden. Diese Auffassung sei ihm nicht verständlich. Ein Friedensangebot möge in welcher Form immer erfolgen, es werde doch als „Bitte um Frieden" empfunden. Regierungen und Presse der Feinde würden das sofort so drehen und hinzufügen, unsere Bedingungen seien unmöglich, das könne man aus der Note schon herauslesen. Wir fühlten uns als Sieger, wir müßten erst Belgien räumen usw. Sie hätten bisher immer meisterhaft verstanden, durch geschickte Deutungen und Verdrehungen die öffentliche Meinung zu täuschen und nach Belieben zu leiten. Das werde auch diesmal gelingen. Er halte es nicht für unmöglich, daß die Demarche den ziemlich kriegsmüden Feinden den Rücken stärken und geradezu eine Verlängerung des Krieges zur Folge haben könne.

89

Notizen zum Vortrag des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg beim Kaiser
Eing. Berlin, 10. Dezember 16

Randvermerk von der Hand des Staatssekretärs Zimmermann: „Diese Notiz, die Anlage*) und das Original unserer Antwort, die ich heute eingehend mit Exzellenz Ludendorff erörtert habe, geben z. d. A. Z. 9./12."

Die militärische Lage ist derartig, daß von seiten der politischen Reichsleitung das Friedensangebot gemacht werden kann, wenn

1. Die Operationen zu Lande und der U-Boot-Krieg zur See unbeeinträchtigt weiter geführt werden,
2. ein Armeebefehl erlassen wird, der dies ausspricht,
3. und die politische Reichsleitung darauf rechnet, daß sie den Frieden herbeiführen wird, den Deutschland braucht.

Zu 1. a) Fortführung der Operationen jedenfalls bis an den Sereth,
b) darauf Bereithalten der Truppen gegen Dänemark, Holland und Beginn des rücksichtslosen U-Boot-Krieges Ende Januar.

Seine Majestät, als Oberster Kriegsherr, wird gebeten, daß Oberste Heeresleitung auf dieser Grundlage mit der politischen Reichsleitung in Verbindung tritt.

Hindenburg 8. 12. 16.

*) An das deutsche Heer.

Soldaten!

In dem Gefühl des Sieges, den Ihr durch Euere Tapferkeit errungen habt, habe Ich und die Herrscher der treu verbündeten Staaten dem Feinde ein Friedensangebot gemacht.

Ob das damit verbundene Ziel erreicht wird, bleibt dahingestellt.

Ihr habt weiterhin mit Gottes Hilfe dem Feinde standzuhalten und ihn zu schlagen.

90

Handschriftliche Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg (Antwort auf 89)

Die Oberste Heeresleitung hat vor etwa 6 Wochen dem Friedensangebot unter der Voraussetzung zugestimmt, daß das Angebot nicht als Zeichen der Schwäche erscheint. Zu diesem Zweck wurden gefordert:

1. gute militärische Lage,
2. Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes.

Beide Voraussetzungen sind erfüllt.

Die Oberste Heeresleitung hat sich weiterhin bereits vor 6 Wochen damit einverstanden erklärt, daß zu dem Friedensangebot die Zustimmung unserer Verbündeten eingeholt werde. Dies ist geschehen und unsere Verbündeten haben nicht nur zugestimmt, sondern drängen auf Ausführung der Aktion.

Unter diesen Umständen wäre ein Rücktritt von der Aktion nur möglich bei einer grundlegenden Veränderung der Gesamtlage. Eine solche ist nicht eingetreten.

Die Oberste Heeresleitung macht nachträglich ihre Zustimmung von drei neuen Voraussetzungen abhängig. Abgesehen davon, daß ein solches nachträgliches Verlangen mit den Vorgängen nicht wohl vereinbar erscheint, ist zu diesen Voraussetzungen folgendes zu bemerken:

1. Die Fortsetzung der militärischen Operationen zu Lande und zu Wasser ist selbstverständlich. Sollten unsere Feinde unter Annahme unseres Friedensangebots demnächst Waffenstillstand anbieten, so wird zu einer solchen neuen Lage erst eintretendenfalls Stellung zu nehmen sein.

2. Gegen den Armeebefehl in der dargelegten Form ist nichts zu bemerken.

3. Die Bedingung, daß die politische Leitung mit Herbeiführung eines Friedens rechnet, den Deutschland braucht, läßt infolge ihrer Unbestimmtheit und wegen der Verschiedenheit der Beurteilung der an einen brauchbaren Frieden zu stellenden Anforderungen keine präzise Stellungnahme zu.

4. Der rücksichtslose U-Boot-Krieg kann nur nach Zurücknahme unserer Amerika, Holland, Dänemark und Schweden gegebenen Zusagen begonnen werden. Ob diese Zurücknahme im Januar 1917 möglich sein wird, kann nur unter Berücksichtigung der alsdann bestehenden Gesamtlage, heute also noch nicht endgültig beurteilt werden. Dagegen wird bei Ablehnung unseres Friedensangebotes Amerika gegenüber unser Standpunkt in der Frage der bewaffneten Handelsschiffe mit allem Nachdruck vertreten werden.

Es würde mit Dank erkannt worden sein, wenn die Oberste Heeresleitung den jetzigen Vortrag an Allerhöchster Stelle erst nach Fühlungnahme mit der politischen Leitung erstattet hätte.

Teil III

Zum Friedensangebot der Zentralmächte vom 12. Dezember 16 und Wilsons Friedensnote vom 21. Dezember 16

Zeitspanne 14. 12. 16 bis 28. 1. 17

91

Staatssekretär Zimmermann an die Botschaft Madrid, die Gesandtschaften Haag, Bern, Kopenhagen, Kristiania und Stockholm

Telegramm Nr. 1279, 338, 927, 929, 291, 1244

Berlin, 14. Dezember 16

Gegenüber der in der Presse auftretenden Ansicht, wir hätten bei Friedensangebot sofort Karten offen auf Tisch legen und Friedensbedingungen bekanntgeben sollen, bitte in dortiger Presse in geeigneter Weise folgenden Gedankengang zur Geltung zu bringen:

Es kommt keine nützliche Verhandlung zustande, wenn der Gegner in der Lage ist, frei und ungebunden einer Partei mit öffentlich festgelegtem Programm gegenüberzutreten. Das sind Selbstverständlichkeiten, wir halten es aber für nützlich, sie jenen Ansichten gegenüber zu erwähnen.

Gewisse führende Grundsätze anzudeuten, war dagegen möglich und ist in der Note auch geschehen. Die Verbündeten sprechen darin aus, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen, und daß sie nicht darauf ausgehen, ihre Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten. Es ist auch mitgeteilt worden, daß ihre Vorschläge bei Eintritt in die Friedensbesprechungen derart sein werden, daß sie nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens sind. Damit aber mußten sich die Verbündeten bei ihrem Schritt begnügen.

Ich bitte auch nebenher die unwahre Behauptung der „Times" zurückzuweisen, daß Deutschland versucht habe, die Vereinigten Staaten von Amerika zu einem Vermittelungsvorschlag zu bewegen. In keinem Moment des Krieges ist ein solcher Versuch gemacht worden.

Zimmermann

92

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Botschafter Graf Wedel

Telegramm Nr. 907 Berlin, 15. Dezember 16

Wenn sich auch heute noch in keiner Weise übersehen läßt, welche Aufnahme unser Friedensangebot bei unseren Gegnern finden wird, so spricht doch eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Antwort keine unbedingte Ablehnung sein wird. Die Annahme liegt vielmehr nahe, daß unsere Feinde versuchen werden, uns gegenüber dem neutralen Auslande und zwecks Beeinflussung der öffentlichen Meinung in ihren eigenen Ländern in eine taktisch ungünstige Lage zu bringen. Ich glaube, daß wir insbesondere zwei Eventualitäten ins Auge fassen müssen:

1. Die Entente verlangt die Bekanntgabe unserer Friedensbedingungen, oder

2. die Entente erklärt, in Verhandlungen nur eintreten zu können, wenn wir zuvor eine bindende Erklärung über die bedingungslose Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens und Serbiens abgeben. Gewisse Preßstimmen lassen es sogar nicht unmöglich erscheinen, daß damit die Forderung nach Räumung sämtlicher von uns besetzten feindlichen Gebiete verknüpft sein würde.

Ich halte es für erforderlich, daß wir uns beizeiten darüber klar werden, welche Stellung wir solchem Ansinnen gegenüber einzunehmen haben werden. Meines Erachtens kann die Antwort in beiden Fällen nur eine kategorische Ablehnung sein. Im ersten Falle werden wir zu erklären haben, daß wir unsere Friedensbedingungen durch unsere Unterhändler nach erfolgtem Zusammentritt der Friedenskonferenz bekanntgeben würden. Zunächst müßten daher unsere Gegner ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zu erkennen geben in Friedensverhandlungen einzutreten und der Ort sowie der Zeitpunkt des Zusammentritts der Konferenz vereinbart werden. Entsprechend würde im zweiten Falle unsere Antwort dahin lauten müssen, daß die Regelung der belgischen und der serbischen Frage — ebenso die Räumung der okkupierten Gebiete — den Gegenstand der Verhandlungen auf der Friedenskonferenz zu bilden haben werden.

Euere Exzellenz wollen die Frage in diesem Sinne mit Baron Burian besprechen und mich von seiner Auffassung unterrichten.

Bethmann Hollweg

93

Staatssekretär Zimmermann an Legationsrat v. Grünau

Telegramm Nr. 1580 Berlin, 15. Dezember 16

Presse bringt Angaben über Rede des Kaisers bei Mülhauser Truppenbesichtigung, die Wendungen enthält, deren Wirkung aufs Ausland besonders im jetzigen Augenblick eine wenig glückliche sein wird.

Bitte feststellen wer für Weitergabe der Rede an Presse verantwortlich. Angesichts künftiger Fälle wollen Euer Hochwohlgeboren — vielleicht durch Rücksprache mit General von Lyncker — dafür Vorsorge treffen, daß bei Freigabe solcher Ansprachen mit größter Vorsicht verfahren und möglichst Mitwirkung Euer Hochwohlgeboren dabei sichergestellt wird.

Zimmermann

94

Legationsrat v. Grünau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 16. Dezember 16
Telegramm Nr. 1000 — Karlsruhe (Hofzug), 16. Dezember 16
Antwort auf Telegramm Nr. 1580

Die Bekanntgabe einer Ansprache Seiner Majestät an die Truppen ist durchaus ungewöhnlich und, wie sich die anderen Herren erinnern, auch seit langem nicht erfolgt. General von Plessen hatte Chef des Stabes der Heeresgruppe Kronprinz, Graf Schulenburg, ausdrücklich gesagt, falls an Bekanntgabe gedacht werde, solle sie nicht erfolgen, bevor nicht mit ihm Verständigung erzielt.

Entscheidende Stelle ist Kriegspresseamt bezw. Oberste Heeresleitung, ohne deren Erlaubnis Bekanntgabe kaum erfolgen kann.

Grünau

Randvermerk:

H.(errn) U.(nter) St.(aats) S.(ekretär) v. Stumm

Habe mit v. Haeften gesprochen, der auch über die Sache sehr ärgerlich ist und das Nötige veranlassen wird.

17/12 Bussche

95

Wortlaut des Wolff-Telegramms gemäß „Basler Nachrichten" vom 16. Dezember 16, Mittagsausgabe

Sp. Berlin, 15. Dezember (Wolff). Bei der Truppenbesichtigung bei Mülhausen hielt der Kaiser eine Ansprache, worin er Dankesworte an die im Elsaß Vorposten stehenden Soldaten richtete:

Das Festhalten im Westen habe es ermöglicht, daß im Osten so vernichtende Schläge ausgeteilt werden konnten. Mit zornigster Verachtung sprach der Kaiser von Rumänien, das unsern Verbündeten räubermäßig den Dolch in den Rücken stoßen wollte. Deshalb sei ein Gottesgericht hereingebrochen in dem nach Hindenburgs glänzenden Rat geführten Feldzug. „Im Gefühle, daß wir absolut Sieger sind, habe er gestern den Gegnern den Vorschlag gemacht, sich mit ihnen über weitern Krieg

oder Frieden zu unterhalten. Was dabei herauskommen werde, wisse er noch nicht. Es sei aber jetzt an ihnen gelegen, wenn der Kampf noch weiter geht. Glauben sie aber noch immer nicht genug zu haben, nun das weiß ich, werdet Ihr . . ." und hier schloß der Kaiser mit einer soldatischen Wendung, welche ein grimmiges Lächeln auf allen Gesichtern der Soldaten hervorrief.

Inmitten des Offizierkreises gab der Kaiser sodann ein umfassendes Bild des rumänischen Feldzuges und die Schilderung des Einzuges der von den Einwohnern freudig begrüßten deutschen Truppen in Bukarest. Er erzählte mit humoristischem Behagen, wie ein Trupp rumänischer Pioniere in einer Bukarester Straße plötzlich deutsche Automobile erblickte und sich auf einer vorbeifahrenden elektrischen Straßenbahn zu retten suchte. Über die von den Engländern angekauften und von uns erbeuteten Getreidelager sagte der Kaiser: „Die Engländer haben sie bezahlt, wir essen sie auf, und das nennt man Hungerkrieg."

96

Gesandter Romberg an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 17. Dezember 16

Telegramm Nr. 1343

Bern, 17. Dezember 16

Veröffentlichung der Ansprache Seiner Majestät des Kaisers in Mülhausen durch Wolff erregt bei Freunden unserer Sache Bestürzung. Man ist geneigt, die Tatsache der offiziösen Verbreitung als Ausdruck der Enttäuschung über ablehnende Aufnahme der Friedensnote in feindlichem Lager und als eine an Entente gerichtete Drohung zu deuten.

Unsere Freunde raten dringend zu geduldigem Abwarten, um günstige Wirkung unserer Note in feindlichem und neutralem Ausland nicht in ihrer Entwicklung zu hemmen.

Erbitte Weisung, ob etwas zur Abschwächung des Eindrucks der Veröffentlichung des Wolffbüros gesagt werden kann.

Romberg

97

Staatssekretär Zimmermann an Gesandtschaften 1. Bern, 2. Haag, 3. Kopenhagen, 4. Kristiania, 5. Stockholm

Telegramm Nr. 940, 341, 941, 298, 1266 Berlin, 18. Dezember 16

Zu 1: Auf Telegramm Nr. 1343

Zu 1—5: Gegenüber etwaigen tendenziösen Entstellungen und Ausdeutungen der Ansprache Seiner Majestät des Kaisers vom 13. d. Mts.

an die Truppen in Mülhausen bitte ich zunächst auf die Ausführungen des Reichskanzlers in der Reichstagsrede vom 12. d. M. hinzuweisen, wonach die Welt unsere Friedensaktion in erster Linie der hochherzigen und menschenfreundlichen Entschließung des Monarchen verdankt. Die Aktion wird von uns in dem ernsten Wunsch weiterbetrieben, sie zu einem gedeihlichen Abschluß zu bringen. Scheitern jedoch unsere Bemühungen an dem bösen Willen oder Unverstand unserer Gegner, so werden wir den Kampf mit aller Energie und Kraft fortführen. Diese selbstverständliche Folge einer Ablehnung unseres Friedensangebots („es sei an unseren Gegnern gelegen, wenn der Kampf noch weiter ginge") hat Seine Majestät in der Ansprache mit Worten zum Ausdruck gebracht, die dem Charakter der rein militärischen Veranstaltung angepaßt waren, ohne indes eine Drohung gegen unsere Gegner zu enthalten.

Zimmermann

98

Gesandter Rosen an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 21. Dezember 16

Telegramm Nr. 346 — Haag, 20. Dezember 16

Holländische Presse hat Rede Seiner Majestät nicht tendenziös entstellt. Der schlechte Eindruck, den sie fraglos hier hervorrief, beruht in der Hauptsache auf dem Umstand, daß unsere offiziöse Telegraphenagentur eine offenbar für das Inland bestimmte und von diesem Gesichtspunkt auch hier verstandene Rede im Ausland zu verbreiten nötig fand.

Rosen

99

Botschafter Graf Wedel an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 18. Dezember 16

Telegramm Nr. 482 — Wien, 17. Dezember 16

Nuntius sagt mir, Papst habe ihn beauftragt, Baron Burian und mir mitzuteilen, er habe sichere Nachricht, daß Wilson zu Friedensvermittelung bereit, falls sämtliche kriegführende Staaten sich zu einer gewissen Abrüstungsverpflichtung entschließen würden.

In einem zweiten Telegramm beauftrage ihn der Papst, uns mitzuteilen, er habe guten Grund zu glauben, daß Entente zu Friedensunterhandlungen geneigt sei, wenn wir „etwas" über Friedensbedingungen bekanntgeben würden; namentlich komme es Entente auf Garantie Wiederherstellung und völliger Unabhängigkeit Belgiens an.

Nuntius fügte hinzu, Papst würde sicher dankbar sein, wenn wir Papst durch seine Vermittelung (da in München jetzt kein Nuntius sei) über unsere Ideen in diesen Fragen un petit peu auf dem Laufenden hielten.

Wedel

100

Botschafter Graf Wedel an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 19. Dezember 16

Telegramm Nr. 485

Antwort auf Telegramm Nr. 907 Wien, 18. Dezember 16

Baron Burian dankt Euerer Exzellenz für Mitteilung. Er stimmt Euerer Exzellenz Auffassung zu und hält für wahrscheinlich, daß wir zu einer kategorischen Ablehnung gezwungen sein werden. Baron Burian nimmt an, daß Antwort der Alliierten sich noch etwas verzögern werde. Nach ihrem Eintreffen müsse unsere Antwort nach seiner Ansicht so gehalten werden, daß unsere taktische Position sich nicht verschlechtere und die Möglichkeit nicht abgeschnitten werde, den Faden weiterzuspinnen.

Die mit gestrigem Telegramm Nr. 482 gemeldeten Mitteilungen des Papstes bezeichnet Baron Burian teils als wertlos, teils als Bestätigung unserer Eindrücke.

Wedel

101

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Legationssekretär v. Lersner

Telegramm Nr. 1602

Für Generalfeldmarschall von Hindenburg Berlin, 19. Dezember 16

Wenn es sich auch in keiner Weise übersehen läßt, wie die Antwort unserer Gegner auf unser Friedensangebot lauten wird, so sprechen doch manche Anzeichen dafür, daß sie eine direkte Ablehnung vermeiden und es versuchen werden, uns mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in ihren eigenen Ländern ebenso wie dem neutralen Auslande gegenüber durch einen diplomatisch taktischen Schachzug in eine ungünstige Lage zu versetzen. Ich halte es z. B. nicht für vollständig ausgeschlossen, daß unsere Gegner die Bereitwilligkeit aussprechen, unter gewissen Vorbehalten in Friedensverhandlungen einzutreten, aber daran die Bedingung knüpfen, daß sofort Waffenstillstand eintritt. Das würde für die Ententemächte vorteilhaft sein und unser Friedensangebot von humanitären Gesichtspunkten aus scheinbar noch übertreffen.

Es erscheint mir erwünscht, daß wir uns auf alle Eventualitäten frühzeitig vorbereiten. Ich nehme an, daß rein militärisch ein Waffenstillstand für uns unvorteilhaft wäre im Hinblick auf die Möglichkeit, die er besonders Rußland bieten würde, seine Munitionsbestände zu ergänzen, und weil wir, selbst wenn uns für die Zeit des Waffenstillstandes die Zufuhr aus dem Auslande freigegeben werden sollte, nur in sehr beschränktem Umfange hieraus würden Nutzen ziehen können. Euere Exzellenz darf ich bitten, vielleicht im Einvernehmen mit dem Herrn Chef des Admiralstabes schon jetzt eingehend prüfen lassen zu wollen, ob es denkbar ist, die Zustimmung zu einem Waffenstillstand von solchen Bedingungen abhängig zu machen, daß die Nachteile nicht auf unserer, sondern auf der Seite unserer Feinde liegen würden. Es würde uns das zutreffendenfalls unsere diplomatische Situation wesentlich erleichtern.

Bethmann Hollweg

102

Gesandter Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 19. Dezember 16

Telegramm Nr. 1794 Kopenhagen, 18. Dezember 16

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 1783 vom 15. 12.

Geheim

Der amerikanische Gesandte, dem ich durch einen gemeinsamen Bekannten hatte andeuten lassen, daß mich seine Äußerung über die Rede Euerer Exzellenz gegenüber dem türkischen Gesandten als dem Vertreter einer uns verbündeten Macht einigermaßen erstaunt habe, schrieb mir unmittelbar darauf, ohne zu berühren, daß er meine Bemerkung wieder erfahren, er habe allen Grund anzunehmen, daß man in England die Rede Euerer Exzellenz und unser Friedensangebot ernst nehme. Als ich ihn heute fragte, worauf er seine Annahme stütze, erzählte Mr. Egan mir folgende eigentümliche Geschichte.

Es sei zu ihm ein in Kopenhagen stationierter Vertreter der englischen Admiralität namens Hudson mit der Bitte gekommen, ihm zu sagen, wie er unser Friedensangebot und die Rede Euerer Exzellenz auffasse; er solle sofort darüber an seine „Regierung" berichten. Mr. Egan hat ihm darauf erwidert, „Regierung" bedeute doch wohl „Admiralität". Mr. Hudson hat erwidert, die Admiralität gebe seine Berichte sofort an das Foreign Office weiter. Auf meine Frage, welche Antwort er Mr. Hudson erteilt habe, erklärte mein amerikanischer Kollege, er habe mit aller Bestimmtheit betont, daß er den Friedensvorschlag für ernst und aufrichtig halte, dasselbe will er dem hiesigen englischen Gesandten gesagt haben.

übrigens — fügte Egan hinzu — sei der hiesige britische Vertreter über Mr. Hudson informiert und habe gestattet, daß dieser direkt an die Admiralität berichte.

Morgen trifft Mr. Gerard auf der Rückreise nach Berlin hier ein. Ich fragte Egan, ob er glaube, daß der Botschafter Aufträge von dem Präsidenten erhalten habe. Der Gesandte erwiderte, nach seiner Ansicht „könne der Präsident sich der Rolle als Friedensvermittler nicht mehr entziehen", und es sei jetzt für eine Vermittelung nicht nur der geeignete Augenblick, sondern die höchste Zeit . . .

Ich glaube, daß Egan nicht ohne positive Anhaltspunkte in seinen Mitteilungen so weit gegangen wäre.

Rantzau

103

Gesandter Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 20. Dezember 16

Telegramm Nr. 1806 Kopenhagen, 19. Dezember 16
(Verzögert)

Mr. Gerard ist mit Gemahlin heute Vormittag hier eingetroffen. Der Botschafter, der einen weniger nervösen Eindruck macht als bei seiner Abreise, sagte mir, unser Friedensangebot sei für ihn eine Überraschung gewesen; er erwarte in Berlin Instruktionen des Präsidenten vorzufinden; er begrüße den Schritt der Zentralmächte, man müsse aber „geduldig" und die Wirkung auf die Alliierten in Ruhe abwarten. Die Stimmung der Ententemächte sei zweifellos gegen einen Frieden, am erbittertsten sei die Kriegsstimmung in Frankreich; der Botschafter Jusserand beschwöre unausgesetzt den Präsidenten Wilson, keine Friedensvermittelung zu übernehmen und den Alliierten nur Zeit zu lassen, Deutschland niederzuringen. Mr. Wilson dürfe sich daher nicht dem aussetzen, von den Alliierten „einen Schlag ins Gesicht zu erhalten". Das Friedensangebot müsse wie eine Medizin langsam wirken, der Präsident könne sich nicht für Deutschland exponieren.

Als ich den Botschafter mit der Bemerkung unterbrach, niemand erwarte von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, daß er für Deutschland eintrete, im übrigen handle es sich um den Frieden für die Welt, an dem wohl auch die Neutralen ein Interesse hätten, und nicht um einen Frieden, den wir dringender brauchten als die anderen Mächte, unsere militärische Lage werde vielleicht auch in Amerika als günstig betrachtet, erwiderte Mr. Gerard, in der Tat halte man in Amerika die militärische Lage der Zentralmächte für außerordentlich vorteilhaft, man werde daher vielleicht zu der Annahme neigen, daß das Friedens-

angebot nur ein Auftakt zu dem verschärften U-Bootkrieg sei, die Durchführung des rücksichtslosen U-Bootkriegs würde aber unweigerlich den Krieg mit Amerika bedeuten. Mit Sicherheit sei anzunehmen, daß dann auch die übrigen Neutralen, Norwegen, Schweden und Dänemark, auf die Seite der Alliierten treten würden. Ich entgegnete, ich teile diese Ansicht bezüglich der skandinavischen Reiche keineswegs. Daß die Interessen der skandinavischen Länder mit denen der Vereinigten Staaten nicht identisch seien, habe übrigens m. W. Amerika selbst unlängst anerkannt, als es sich weigerte, an den Besprechungen in Stockholm teilzunehmen, bei denen es sich zudem nicht um eine Friedensintervention, sondern lediglich um eine Erörterung über den Interessenschutz der neutralen Staaten handle. Gerard wurde sichtlich befangen und erklärte, er wisse nicht, daß seine Regierung die Teilnahme abgelehnt habe: ich erwiderte, mein hiesiger amerikanischer Kollege habe mir diese Nachricht persönlich mitgeteilt.

Als Mr. Gerard im weiteren Verlauf der Unterhaltung unser Friedensangebot erneut berührte, bemerkte ich, daß dies ernst und aufrichtig gemeint sei, darüber könne kein unparteiisch Denkender im Zweifel sein, das habe mir auch der amerikanische Gesandte Egan bestätigt und erklärt, für den Präsidenten sei jetzt der geeignete Augenblick zu einer Intervention gekommen. Mr. Gerard erwiderte, er glaube, der Präsident werde zunächst eine abwartende Haltung einnehmen: im übrigen vermute er, daß Mr. Wilson den Augenblick finden werde, wo er sich an die Spitze der Neutralen stellen und an die kriegführenden Mächte die Frage richten werde, wie lange und zu welchem Zwecke sie das Blutvergießen noch fortzusetzen gedächten: die Neutralen hätten ein Recht zu wissen, zu welchem Ziele dieser Krieg führen solle, weil für sie, je länger der furchtbare Kampf dauere, um so mehr die Gefahr bestehe, selbst in die Katastrophe hineingezogen zu werden. Sollten die Ententemächte erwidern, das Ziel ihres Kampfes sei die Vernichtung Deutschlands, so werde Amerika sich mit dieser Erklärung nicht abfinden lassen.

Am Schluß unserer Unterredung bemerkte der Botschafter, die Abschiebung der Belgier habe die Stimmung für Deutschland sehr ungünstig beeinflußt, es *müsse* etwas geschehen, um diese Maßnahme *rückgängig* zu machen, auch der Kardinal Farley habe in größter Erregung mit ihm darüber gesprochen: man glaube in Amerika in die Zeit des Altertums, wo die Kriegsgefangenen als Sklaven verkauft wurden, zurückversetzt zu sein.

Auf meine scharfe Erwiderung, es sei bequem von außen zuzusehen, wie wir um unsere Existenz kämpfen: es mute auch recht eigentümlich an, wenn Neutrale sich zu Sittenrichtern aufwerfen und einem Volke, das um sein Dasein ringe, internationale Anstandsregeln vorschreiben wollte, entgegnete Mr. Gerard, kein Mensch in Amerika glaube, daß Deutschland um seine Existenz kämpfe, da es unbestritten militärisch auf dem Kontinent gesiegt habe. — Der Botschafter will Donnerstag nach Berlin zurückkehren, er wird morgen mit seiner Gemahlin bei mir speisen.

Rantzau

104

Botschafter Graf Wedel an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 22. Dezember 16

Telegramm Nr. 492 Wien, 21. Dezember 16

Baron Burian stellt mir nachfolgendes Telegramm des österreichisch-ungarischen Gesandten in Kopenhagen zur Verfügung:

„Botschafter Gerard ist heute hier eingetroffen. Ich hatte mit ihm nachstehende Konversation:

Nach Ansicht Gerards, welcher allerdings bereits seit 2 Wochen mit Wilson in keiner direkten Verbindung ist, bedeutet Angebot der Zentralmächte ersten wichtigen Schritt zum Frieden, selbst dann, wenn offizielle Antworten jetzt mehr ablehnend lauten sollten. Der Botschafter nimmt an, daß die Note der Entente ohne unterstützenden Kommentar mitgeteilt wurde, daß aber intensivere Friedensaktion nicht mehr sehr lange auf sich warten lassen dürfte. Der Botschafter denkt sich dieselbe in der Form, daß entweder Präsident, Papst oder der König von Spanien oder auch alle drei zusammen direkt mit der Aufforderung an die Kriegführenden herantreten würden, Minimum ihrer Kriegsziele bezw. ihrer Friedensbedingungen bekanntzugeben. Falls dann die Entente etwa ihre Forderung der Niederwerfung Deutschlands und der Aufteilung der österreichisch-ungarischen Monarchie weiter aufrechterhalten sollte, sind wir, sagte Botschafter mit Nachdruck, „fest entschlossen, to force the peace", indem wir außer Waffen und Munition auch Lebensmittel mit Embargo belegen.

Die Zentralmächte sollten daher die Geduld nicht verlieren und nicht auf ein sofortiges Resultat hoffen. Man müsse dem sicheren Erfolge Zeit zur Reife lassen.

Gerard erachtet von außerordentlicher Wichtigkeit, um den psychologischen Moment für die oben erwähnte Intervention zu beschleunigen, daß die Deportation belgischer Arbeiter nach Deutschland aufhöre. Durch diese Maßnahme sei der gute Eindruck der Rede des Reichskanzlers, in welcher er offen aussprach, daß Belgien nicht zu Kriegszielen Deutschlands gehöre, beinahe gänzlich verwischt und in Amerika eine ganz unbeschreibliche Empörung hervorgerufen worden. Dieses Vorgehen gegen ihre katholischen Glaubensgenossen habe sogar unter den Irländern äußerst peinlichen Eindruck gemacht. Viele von ihnen seien hierdurch mit ihren Sympathien in das Lager der Entente geführt worden. Dem Botschafter habe ein irischer Kardinal hierüber bittere klagende Äußerung gemacht, daß die Handlungsweise Deutschlands an die dunkelste Periode des Mittelalters, ja an die Zeit der Assyrer erinnere. Es nehme sich daher Gerard fest vor, beim Reichskanzler seinen ganzen Einfluß einzusetzen, damit die Deportierungen eingestellt und Arbeiter in ihre Heimat rückbefördert würden. Der Botschafter hoffe, daß ihm dies gelingen werde, da seines Wissens weder Herr von Bethmann Hollweg noch Freiherr

von Bissing Anhänger dieser Maßnahme seien. Dieselbe sei vielmehr lediglich eine Forderung General Ludendorffs gewesen. Herr Gerard bittet mich in seinem Namen Euere Exzellenz zu ersuchen, daß auch Hochdieselben in Berlin in diesem Sinne Vorstellungen machen, nachdem diese Zustände ein bedeutendes Hindernis für die Entwickelung und Konsolidierung des Friedensgedankens bilden.

Weiter betonte Gerard die Befürchtung, daß — falls erwünschtes Resultat nicht in allernächster Zeit eintreten sollte — man in Berlin zur Wiederaufnahme des schonungslosen Unterseebootskrieges schreiten könnte. Der Botschafter nimmt sich vor, den Kanzler auf das allernachdrücklichste aufmerksam zu machen, daß das Nichteinhalten der diesbezüglichen der Union gegebenen Garantien unbedingt den Konflikt mit den Vereinigten Staaten und hernach mit beinahe allen übrigen Neutralen der Welt zur Folge haben werde. Nach seiner Ansicht sei selbst die unbedingte Ablehnung des Friedensangebots seitens der Entente kein genügender Grund, um als Vorwand für die prinzipielle Mißachtung der bisher anerkannten völkerrechtlichen Grundsätze zu dienen. Trotz des aufrichtigsten Wunsches, Frieden zwischen den Kriegführenden zu stiften, würden die Vereinigten Staaten, wenn sie provoziert würden, sich auf ihre, die europäische zwei- bis dreimal überflügelnde Stahl- und Eisenindustrie verlassen, mit der ganzen Zähigkeit der anglo-sächsischen Rasse in den Krieg eingreifen.

Daß die Vereinigten Staaten nicht voreingenommen seien und nicht der Entente die ihnen vorgeworfene einseitige Sympathie entgegenbringen, gehe auch aus der Haltung Wilsons in der Frage der Verweigerung des Sauf-conduit's für Graf Tarnowski hervor. Hierüber sei Wilson „wütend" gewesen und habe mit England eine sehr deutliche Sprache geführt. Der Präsident habe sogar bereits die Entsendung eines Kriegsschiffes bestimmt, welches zunächst ihn, Gerard, nach Europa und dann den Grafen Tarnowski nach den Vereinigten Staaten hätte bringen sollen. Im letzten Augenblick, als die Engländer nachzugeben schienen, sei diese Verfügung umgestoßen worden, doch würde Wilson auf dieselbe sicher wieder zurückkommen, wenn weitere Schwierigkeiten auftauchen sollten."

Baron Burian bemerkt hierzu: Der Anregung des Botschafters Gerard, wegen der belgischen Arbeiter in Berlin vorstellig zu werden, werde er keine Folge leisten, annehmend, daß Euere Exzellenz selbst die Vorteile und Nachteile dieser Maßregel abwägen werden. Ich konnte bei dieser Gelegenheit wahrnehmen, daß man sich auch hier über die Ausführung der belgischen Arbeitereinziehung falsche Vorstellungen macht. Es dürfte sich vielleicht empfehlen, mehr als bisher in der Presse auf die rücksichtsvolle Ausführung seitens der deutschen Behörden, die gute Versorgung der belgischen Arbeiter und ihrer Familien usw. hinzuweisen.

Wedel

105

Staatssekretär Zimmermann an Botschafter Graf Wedel

Telegramm Nr. 922 Berlin, 23. Dezember 16

Es ist möglich, daß die Friedensdemarche des Präsidenten Wilson mit englischem Einverständnis erfolgt ist, um der Entente einen Ausweg aus der Sackgasse zu erleichtern, in die sie durch die öffentlichen Kundgebungen ihrer Staatsmänner geraten ist. Um so mehr haben wir Veranlassung, uns die Führung in der Friedensfrage nicht wieder nehmen zu lassen. Eine tunlichst baldige, zustimmende Antwort auf die Anregung des Präsidenten erleichtert uns auch die Beantwortung der Ententenote, falls dieselbe auf den Ton abgestimmt sein sollte, der die Äußerungen von Herrn Lloyd George kennzeichnete. Eine Antwort etwa folgenden Inhalts würde auch die Intervention des Präsidenten Wilson ausschalten:

Die Kaiserliche Regierung hat die hochherzige Anregung des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Grundlagen für die Herstellung eines dauernden Friedens zu schaffen, in dem freundschaftlichen Geiste aufgenommen und erwogen, der in der Mitteilung des Herrn Präsidenten zum Ausdruck kommt. Der Herr Präsident zeigt das Ziel, das ihm am Herzen liegt, und läßt die Wahl des Weges offen. Der Kaiserlichen Regierung erscheint ein unmittelbarer Gedankenaustausch als der geeignetste Weg, um zu dem gewünschten Ergebnis zu gelangen. Sie beehrt sich daher, im Sinne ihrer Erklärung vom 12. d. M., daß sie bereit sei, in Friedensverhandlungen einzutreten, den alsbaldigen Zusammentritt von Delegierten der kriegführenden Staaten an einem neutralen Orte vorzuschlagen.

Euere Exzellenz wollen die Frage unverzüglich mit Minister besprechen und ihn bitten, falls er unserer Auffassung zustimmt, sofort mit einer entsprechenden Anregung an die türkische und die bulgarische Regierung heranzutreten. Ich erteile gleichzeitig unseren Vertretern in Konstantinopel und Sofia Weisung, sich dort wie vorstehend auszusprechen, sobald ihrem österreichischen Kollegen analoge Instruktionen zugegangen sind.

Als Tag für die Beantwortung der Note möchte ich nächsten Dienstag vorschlagen, falls nicht inzwischen eine Antwort unserer Gegner auf unser Friedensangebot bekannt wird, das uns zu einer veränderten Stellungnahme nötigt. Drahtbericht.

Zimmermann

106

Legationssekretär v. Lersner an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 23. Dezember 16

Telegramm Nr. 1118 a   Pleß (Hauptquartier), 23. Dezember 16
Für den Herrn Reichskanzler und den Herrn Staatssekretär

General Ludendorff läßt drahten:

„Eueren Exzellenzen beehre ich mich mitzuteilen, daß die Armeen über den Armeebefehl und das deutsche Friedensangebot übereinstimmend wie folgt berichtet haben. Allseitig hat zunächst Freude geherrscht über diesen Schritt aus dem Gefühl heraus, daß nur der Starke einen derartigen Vorschlag machen könne.

Allgemein ist aber auch die Ansicht zutage getreten, daß das Angebot ein praktisches Ergebnis auf dem Wege zum Frieden nicht haben werde.

In dem Gefühle der sicher zu erwartenden Ablehnung wird die alte Kampfesfreudigkeit und der Wille, den Krieg mit rücksichtsloser Energie — auch in der Hoffnung auf den Einsatz unserer U-Boote — bis zum endgültigen Siege durchzuführen, überall betont.

Mehrfach wurde die Befürchtung geäußert, daß bei jetzt nicht abzuweisenden, langwierigen Verhandlungen vielleicht ein Friede kommen könnte, der trotz der ungeheuren Opfer an Gut und Blut nicht den bisherigen kriegerischen Erfolgen, dem Heldenmut unseres Heeres, der zähen Ausdauer des ganzen Volkes und dessen Hoffnungen entspräche."

Lersner

107

Legationssekretär v. Lersner an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 24. Dezember 16

Telegramm Nr. 1125 a   Pleß (Hauptquartier), 24. Dezember 16
Auf Telegramm Nr. 1602
Für den Herrn Reichskanzler und den Herrn Staatssekretär

Feldmarschall v. Hindenburg läßt drahten:

„Nach Vereinbarung mit dem Chef des Admiralstabes der Marine halte ich einen Waffenstillstand zu Lande unter Zusicherung des gegenseitigen Besitzstandes für möglich. Nur hätte Rußland hinter den Sereth zu gehen. Ausgeschlossen ist die Waffenruhe zur See. Sie würde England Vorteil bringen.

Würde also ein Waffenstillstand geschlossen werden, so dürfte er sich nicht auf die See erstrecken. Hier müßte der U-Boot-Krieg weitergeführt

werden und diejenigen Verschärfungen erhalten, die ich in meinem Telegramm Nr. 16 340 p für notwendig erachtet habe.

Der Chef des Admiralstabes hat Abschrift dieses Fernschreibens und von Nr. 16 340 p erhalten."

Lersner

108

Staatssekretär Zimmermann an Legationssekretär v. Lersner

Telegramm Nr. 1630 — Berlin, 24. Dezember 16

Zur Orientierung der Obersten Heeresleitung

Um einer Einmischung des Präsidenten Wilson in die Friedensverhandlungen vorzubeugen, haben wir uns zu einer Beantwortung seiner Note entschlossen, die im Sinne unserer Friedensaktion gehalten ist, aber klar zum Ausdruck bringt, daß wir mit unseren Gegnern direkt zu verhandeln wünschen. Die Antwort wird bereits am Dienstag übergeben werden, um, wenn möglich, der Antwort der Entente auf unser Friedensangebot zuvorzukommen und uns von deren Inhalt unabhängig zu machen.

Die Fassung, die nach Genehmigung durch S. M. den Kaiser mit der österreich-ungarischen Regierung vereinbart worden ist und zweifellos die Zustimmung der Kabinette in Sofia und Konstantinopel finden wird, ist folgende:

(Es folgt die Note.) *)

Zimmermann

109

Staatssekretär Zimmermann an Botschafter Graf Wedel

Telegramm Nr. 929

Auf Telegramm Nr. 500 — Berlin, 25. Dezember 16

Zu Euerer Exzellenz ausschließlich persönlichen Information

Der Botschafter in Washington telegraphiert:

„Lansing gab mir vor einigen Tagen Drahtnachricht von Wilsons Friedensnote und sagte mir, amerikanische Regierung befinde sich mehr und mehr in einer unerträglichen Lage wegen fortgesetzter Verletzung ihrer Rechte. Deshalb erhoffe sie offene Antworten (frank statements) von den kriegführenden Mächten über ihre Friedensbedingungen. Ich antwortete als meine persönliche Auffassung, daß dies schwer anders als auf einer Konferenz zu machen sein würde wegen der Presse usw. Lansing erwiderte, Erklärungen könnten auch vertraulich sein und allmählich zu einer Kon-

*) 17 Beilagen Nr. 1 S. 31.

ferenz führen. Danach scheint die hier verbreitete Ansicht richtig zu sein, daß Wilson als „clearing house" für die weiteren Schritte zum Frieden dienen möchte. Er hat hiesige öffentliche Meinung völlig hinter sich mit Ausnahme unserer ganz wilden Gegner, welche Wilsons Note als prodeutsch bezeichnen." *)

Wir müssen eine Beteiligung Wilsons an den Friedensverhandlungen unter allen Umständen vermeiden. Wir sind daher zwar einverstanden, daß die dortige Regierung ihre Note in andere Worte kleidet. Euere Exzellenz wollen sich aber vergewissern, daß der gewählte Wortlaut klar zum Ausdruck bringt, daß wir mit unseren Gegnern direkt zu verhandeln wünschen.

Zimmermann

110

Legationssekretär v. Lersner an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin 25. Dezember 16

Telegramm Nr. 1131 a — Pleß (Hauptquartier), 25. Dezember 16

General Ludendorff bittet folgendes Telegramm an Herrn Theotoki zur telegraphischen chiffrierten Weitergabe nach Athen gelangen zu lassen:

„Seiner Majestät dem König der Hellenen. Seit Abgang des Friedensangebots hat sich unsere Lage in Rumänien noch verbessert.

Trotz aller Friedensschalmeien wird der Krieg mit allen Mitteln weitergeführt. Im Auftrage

Ludendorff". — Lersner

111

Staatssekretär Zimmermann an den Kaiser

Telegramm — Berlin, 26. Dezember 16

Euerer Majestät melde ich ehrfurchtvollst, daß ich die von Euerer Majestät allergnädigst genehmigte Antwort auf die Friedensnote des Präsidenten Wilson soeben dem Amerikanischen Botschafter mitgeteilt habe.**) Die Friedensnote des Schweizerischen Bundesrats wird morgen in entsprechender Weise beantwortet werden.

Mr. Gerard äußerte sich über unsere Antwortnote sehr befriedigt. Er bezeichnet sie als a damned good note, a fine note, short and sweet!

Alleruntertänigst
Zimmermann

*) 45 Beilagen Nr. 1 S. 33.
**) 47 Beilagen Nr. 1 S. 34.

112

Botschafter Graf Wedel an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin 26. Dezember 16

Telegramm Nr. 503

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 929 — Wien, 26. Dezember 16

Habe auf Grund gestrigen Telephongesprächs Graf Czernin gesagt, ein Telegramm aus Washington deutete darauf hin, daß Wilson anstrebe, Konferenz zu verhindern und Friedensaktion an sich zu reißen, um so wichtiger sei vollkommene Übereinstimmung Vorgehens unsererseits. Minister zustimmte.

Standpunkt, daß Wilsons Beteiligung an Friedensverhandlungen vermieden werden muß, wird hier voll und ganz geteilt.

Auch Beteiligung anderer Neutraler wird hier nicht für erwünscht gehalten. Streichen der Worte „und anderer neutraler Mächte" aus Antwort an Wilson wurde hier freudig begrüßt.

Wedel

113

Botschafter Graf Wedel an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 2. Januar 17

Telegramm Nr. 1

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 940 — Wien, 1. Januar 17

Über Behandlung der Antwortnote nach Havas in Presse stimmt Graf Czernin Euerer Exzellenz zu und hat entsprechende Weisung gegeben.

Er selbst fand den Ton der Antwort impertinent, den Inhalt nicht ungünstig, da keine eigentliche Ablehnung, sondern ein Ausweichen vorliege. Die Möglichkeit, den Faden nicht abreißen zu lassen, sei gegeben, worauf er großes Gewicht lege.

Wedel

114

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an den Kaiser

Telegramm — Berlin, 2. Januar 17

Gestern Abend hat der Schweizer Gesandte auf Ersuchen der italienischen Regierung die Antwortnote übergeben.*) Im französischen Text, den ich alleruntertänigst nachfolgen lasse, lautet die Note noch impertinenter, als in der bisher von Wolff verbreiteten deutschen Übersetzung. Durch den Trick, unseren Friedensvorschlag abzulehnen, weil er unaufrichtig und bedeutungslos, und durch die Erklärung der Bereitwilligkeit, einen Frieden zu schließen, der reparation, restitution und garanties

*) 48 Beilagen Nr. 1. S. [illegible].

bietet, versucht die Entente, uns die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges zuzuschieben, der beleidigende Ton der Note verbietet es meines Dafürhaltens unbedingt, sie direkt zu beantworten. Ohne Erwiderung aber können ihre Winkelzüge nicht bleiben, wenn nicht der Erfolg unserer Friedensaktion sowohl bei den Neutralen, wie in den kriegsmüden Volksschichten unserer Feinde paralysiert werden soll. Ich denke an eine Note an diejenigen Neutralen, welche jetzt ihrerseits Friedensanregungen gemacht hatten, also an Amerika, die Schweiz und die skandinavischen Staaten. Natürlich wird jeder Anschein, als ob wir die Vermitteiung dieser Neutralen nachsuchten, strengstens zu vermeiden sein, ebenso jeder Anschein, als ob wir der Entente irgendwie nachliefen. Ich stehe hierüber in unverbindlichem Vorgespräch mit Wien. Graf Czernin findet, wie Graf Wedel meldet, den Ton der Antwort impertinent, den Inhalt nicht ungünstig, da keine eigentliche Ablehnung, sondern ein Ausweichen vorliege. Die Möglichkeit, den Faden nicht abreißen zu lassen, sei gegeben, worauf er großes Gewicht lege.

Alleruntertänigst

Bethmann Hollweg

115

Legationsrat v. Grünau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 2. Januar 17

Telegramm Nr. 7 — Pleß (Hauptquartier), 2. Januar 17

Nur für den Herrn Reichskanzler und den Herrn Staatssekretär

Seine Majestät äußerte sich mir gegenüber heute dahin, daß er nach der Ablehnungsnote der Entente auch seinerseits unsere Kriegsziele revidieren müsse, und daß von einem Entgegenkommen gegenüber Frankreich und Belgien nicht mehr die Rede sein könne. König Albert dürfe, nachdem er zum dritten Male unsere Anerbietungen abgewiesen habe, nicht mehr nach Belgien zurückkommen, die flandrische Küste müsse unser werden.

Entsprechender Allerhöchster Randvermerk zu Neujahrsartikel der „Magdeburgischen Zeitung" folgt mit Kurier.

Grünau

116

Legationsrat v. Grünau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 3. Januar 17

Telegramm Nr. 10 — Pleß (Hauptquartier), 2. Januar 17

Dringend

Kaiser Karl hat heute folgendes Telegramm an Seine Majestät gerichtet:

„Die Antwort der Entente, insoweit wir sie kennen, ist zwar in ihren Konklusionen nicht erfreulich, schließt aber doch die Möglichkeit einer

weiteren Fortspinnung des Friedensgedankens nicht aus. Mein von Dir gewiß geteiltes Bestreben geht dahin, die in der ganzen Welt bestehende starke Friedensstimmung fortgesetzt zu nähren und auf diese Art im Laufe der Zeit dennoch zu ernsten Friedensverhandlungen zu gelangen. Hierin erblicke ich auch eine unserer Pflichten gegenüber unseren Völkern und der Menschheit. Ich fürchte sehr, daß der von Deiner Obersten Heeresleitung projektierte Armee- und Flottenbefehl, in dem sie in so herzergreifender Weise zu Deinen Soldaten spricht, bei unseren Feinden das definitive Abreißen des Friedensfadens zur Folge haben dürfte. Verzeihe dem so viel jüngeren, treuen Freunde und Bundesgenossen, wenn er sich mit der Bitte an Dich wendet, nochmals einen diplomatischen Versuch zu unternehmen, bevor wir zu unseren Soldaten sprechen und dadurch die Brücken zu einem Verständigungsversuche definitiv abbrechen.

Karl."

Mit dem Generalstab habe ich unter Berücksichtigung des heutigen Telegramms des Herrn Reichskanzlers an Seine Majestät folgende Antwort entworfen:

„Herzlichen Dank für Dein Telegramm vom 2. 1. und das große Vertrauen, daß Du Mir von neuem entgegengebracht hast. Ich stimme ganz mit Dir darin überein, daß Wir im Geiste Unseres Friedensangebots und im vollen Bewußtsein Unserer Verantwortlichkeit gegenüber Unseren Völkern und der Menschheit jede Gelegenheit ergreifen müssen, die Uns zum Frieden führen könnte.

Nachdem Du inzwischen Kenntnis von dem amtlichen Wortlaut der Note der Entente genommen hast, wirst Du Mir beipflichten, daß auf dem — beschrittenen — Wege vorerst ein Weiterkommen unmöglich ist. Die Entente hat selbst die Brücke der Verständigung durch Inhalt und Form ihrer Note zerstört. Ich fürchte, daß die Stimmen der Entente, die Uns für die Friedensaktion innere Schwäche Unserer Völker als Ursache untergeschoben haben, sich von neuem und sehr eindringlich erheben werden, wenn Wir weiteres Entgegenkommen zeigen. Wir würden Uns damit von Unserem Ziele, Unseren Völkern den Frieden zu geben, nur entfernen.

Wir können also nur noch auf inoffiziellem Wege Verständigungsversuche unternehmen. Wie dies zu machen ist, darüber mögen sich Unsere Diplomaten einigen. Die Gelegenheiten dazu werden sich jetzt um so eher finden, als die Ablehnung Unseres Friedensangebots durch die feindlichen Regierungen vielfach in den feindlichen Völkern enttäuschen und die dem Frieden zuneigenden Kreise zu einer Unseren Absichten entgegenkommenden Tätigkeit veranlassen wird.

Gewiß muß die Ententenote aber beantwortet werden, um nicht den Erfolg Unserer Friedensaktion bei den Neutralen, wie in den kriegsmüden Volksschichten Unserer Feinde zu gefährden. Indessen verbietet der unverschämte Ton der Note, Unsere Antwort unmittelbar an die Ententemächte zu richten. Wir können Uns nur an die Neutralen wenden.

Als Herrscher und Oberste Kriegsherren haben Wir jetzt die heilige Pflicht — wie es ja auch Deine Absicht ist — zu Unseren Völkern und Heeren zu sprechen, die durch die beleidigende Note tief getroffen sind. Dein Armeebefehl, ebenso wie der von Mir gebilligte, dem Du so anerkennende Worte gezollt hast, entsprechen dem Empfinden Unserer Heere und Unserer zu stolzer Zuversicht berechtigenden Kriegslage.

Je eher und einheitlicher Wir Unseren Ruf erlassen, desto wirkungsvoller wird der Eindruck auf Unsere Heere und Völker und die gesamte Welt sein."

General Ludendorff ist vorbehaltlich etwaiger redaktioneller Änderungen und Kürzungen mit Entwurf einverstanden und bittet um Stellungnahme Euerer Exzellenz, sodaß Entwurf im morgigen Mittagsvortrag Seiner Majestät vorgelegt werden kann. Der österreichische Armeebefehl lautet:

„Soldaten! Ihr wißt, daß ich und die mir verbündeten Herrscher versucht haben, dem von der ganzen Welt herbeigesehnten Frieden einen Weg zu bahnen. Die Entgegnung unserer Feinde ist nun da: Sie weisen, ohne überhaupt unsere Bedingungen zu kennen, die ihnen dargebotene Hand zurück. Wieder geht, Waffengefährten, mein Ruf an Euch! Euer Schwert hat in den dreißig Kriegsmonaten, die bald hinter uns liegen werden, eine klare, deutliche Sprache geführt. Euer Heldenmut und Euere Tapferkeit sollen auch weiterhin das Wort behalten! Noch ist der Opfer nicht genug, neue müssen gebracht werden. Auf unsere Feinde allein fällt alle Schuld — Gott ist mein Zeuge. Vier feindliche Königreiche wurden durch Euch und die Heere Eurer tapferen Bundesgenossen zertrümmert, mächtige Festungen bezwungen, weite Strecken feindlichen Bodens erobert. Trotz alldem täuschen die feindlichen Machthaber ihren Völkern und ihren Armeen immer wieder die Hoffnung vor, daß sich ihr Geschick doch noch wenden werde. Wohlan denn — an Euch ists, weiter eiserne Abrechnung zu halten!

Erfüllt von stolzem Vertrauen in meine Wehrmacht, stehe ich an Eurer Spitze. Vorwärts mit Gott!"

Oberste Heeresleitung möchte Armeebefehl und Aufruf wenn irgend möglich den 4. d. M. herausbringen.

Grünau

117

Legationsrat v. Grünau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 4. Januar 17

Telegramm Nr. 15 — Pleß (Hauptquartier), 4. Januar 17

Im Anschluß an Telegramm Nr. 12

Das Antworttelegramm an Kaiser Karl ist nunmehr auf Grund Vortrags bei Seiner Majestät heute mittag in folgender Fassung abgegangen:

„Herzlichen Dank für Dein Telegramm vom 2. und das große Vertrauen, das Du Mir von neuem entgegenbringst. Ich stimme ganz mit Dir darin überein, daß Wir im Geiste Unseres Friedensangebots die volle Verantwortung für den Fortgang des Krieges vor Unseren Völkern und der Menschheit in aller Deutlichkeit den Feinden zuschieben müssen.

Nachdem die Entente Unseren Vorschlag auf alsbaldige Eröffnung von Friedensverhandlungen in beleidigender Form zurückgewiesen hat, kann Unsere Antwort auf die Note Unserer Feinde, die deren Verantwortlichkeit festzustellen haben wird, indessen nicht an diese selbst, sondern nur an die Neutralen gerichtet werden. Eine Form dafür werden wir baldigst zu vereinbaren haben. Ich habe dem Reichskanzler entsprechende Befehle gegeben.

Da bis zu Unserer Erwiderung auf die Note immerhin noch einige Tage vergehen werden, haben Wir als Herrscher und Oberste Kriegsherren die heilige Pflicht — wie es ja auch Deine Absicht ist — zu Unseren Heeren zu sprechen, die durch die beleidigende Note tief getroffen sind. Dein Armeebefehl, ebenso wie der von Mir gebilligte, dem Du so anerkennende Worte gezollt hast, entsprechen dem Empfinden Unserer Heere und Unserer zu stolzer Zuversicht berechtigenden Kriegslage. Je eher und einheitlicher wir Unseren Ruf erlassen, desto wirkungsvoller wird der Eindruck auf Unsere Heere und Völker und die gesamte Welt sein!

Deine Erwägungen haben Mich indessen veranlaßt, in Meinem Heeresbefehl einige Änderungen vorzunehmen. Er hat nunmehr folgenden Wortlaut:

„„An Mein Heer und Meine Marine!

Im Verein mit den Mir verbündeten Herrschern hatte Ich unseren Feinden vorgeschlagen, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Feinde haben Meinen Vorschlag abgelehnt. Ihr Machthunger will Deutschlands Vernichtung: Der Krieg nimmt seinen Fortgang! Vor Gott und der Menschheit fällt den feindlichen Regierungen allein die schwere Verantwortung für alle weiteren furchtbaren Opfer zu, die Mein Wille Euch hat ersparen wollen.

In der gerechten Empörung über der Feinde anmaßenden Frevel, in dem Willen, unsere heiligsten Güter zu verteidigen und dem Vaterlande eine glückliche Zukunft zu sichern, werdet Ihr zu Stahl werden.

Unsere Feinde haben die von Mir angebotene Verständigung nicht gewollt. Mit Gottes Hilfe werden unsere Waffen sie dazu zwingen!""

Ich glaube, es wäre das Beste, wenn wir morgen bei dem Besuche Deines Ministers des Äußern die letzten Vereinbarungen über die Veröffentlichung der Heeresbefehle treffen würden, so daß sie noch — morgen — ausgegeben werden können. Den Erlaß an die Truppen noch weiter hinauszuschieben, halte ich mit Rücksicht auf deren Stimmung für ausgeschlossen."

Grünau

118

Der Chef des Generalstabes Generalfeldmarschall v. Hindenburg an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

Eing. Berlin, 4. Januar 17 Pleß (Hauptquartier), 31. Dezember 16

Im Hinblick auf die beiden beiliegenden Anlagen bitte ich Euere Exzellenz um Mitteilung, ob die in der Nachricht aus Antwerpen gemachte Angabe des Redakteurs im Vas-Diaz-Bureau irgendwelche Berechtigung hat.

Ich bitte, in dieser Anfrage keinerlei Mißtrauen zu erblicken, aber ich fühle mich in Rücksicht auf den Geist der Armee, der schwer leiden würde, wenn das, was der Redakteur sagt, in die Öffentlichkeit dringt, und in Rücksicht auf die später notwendige militärische Machtentfaltung Deutschlands verpflichtet, hierin vollständig klar zu sehen.

Zugleich darf ich bei dieser Gelegenheit aus gleichen Gründen die Bitte aussprechen, mir die territorialen Mindestforderungen mitzuteilen, an denen, falls es zu Friedensverhandlungen kommt, Euere Exzellenz *bei der jetzigen Kriegslage* unter allen Umständen, selbst auf die Möglichkeit der Kriegsverlängerung hin, festhalten wollen. Der Ausspruch Euerer Exzellenz am 29. 12., daß wir das Erzbecken von Briey vielleicht nicht behalten könnten, hat mir Zweifel an Euerer Exzellenz grundsätzlicher Stellungnahme eingegeben.

Ich will auch noch betonen, daß, falls Calais den Engländern verbleibt, was die „Daily Mail" nach den deutschen Abendzeitungen des 29. 12. — also nach unserer Besprechung — fordert, unsere militärische Stellung in Belgien eine ganz andere werden müßte, als ich bisher vertreten habe.

v. Hindenburg

119

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an den Chef des Generalstabes Generalfeldmarschall v. Hindenburg

Berlin, 4. Januar 17

Euerer Exzellenz beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 31. v. M. unter Wiederanschluß seiner Anlagen zu erwidern, daß der Generalsekretär des Mr. Ford, Herr Louis Lochner, von dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amts empfangen worden ist. Lochner überreichte bei dieser Gelegenheit eine Immediateingabe seines Chefs an Seine Majestät den Kaiser, worin Seine Majestät um Bewilligung einer Audienz an Lochner gebeten wurde. Der Staatssekretär hat diesem Gesuch keine weitere Folge gegeben und sich im übrigen Lochner gegenüber auf allgemeine Bemerkungen des Inhalts beschränkt, daß die Friedens-

bemühungen des Herrn Ford zwar von aller Welt mit Sympathie begrüßt werden müßten, daß er jedoch an einem praktischen Erfolg derselben für den Augenblick zweifele. Über unsere Friedensbedingungen hat sich der Staatssekretär Lochner gegenüber nicht ausgesprochen. Worauf die Angaben des Redakteurs im Vas-Diaz-Bureau, die übrigens den Tatsachen widersprechen, zurückzuführen sind, entzieht sich meiner Kenntnis.

Was die Frage Euerer Exzellenz nach den territorialen Mindestforderungen betrifft, an denen bei der jetzigen Kriegslage unter allen Umständen, selbst auf die Gefahr einer Kriegsverlängerung hin, festzuhalten wäre, so darf ich auf unseren Telegrammwechsel vom 5. und 6. November v. J. Bezug nehmen*), der für mich auch heute noch maßgebend ist. Da die Politik immer die Kunst des Erreichbaren bleiben wird, läßt sich heute allerdings noch nicht übersehen, ob wir alle Ziele erreichen werden, die wir uns gesteckt haben. In diesem Sinne bitte ich meine Bemerkungen bezüglich der Erwerbung von Briey und Longwy und Briey auch nur aufzufassen. Ich bin von der außerordentlichen Bedeutung, die die Erwerbung dieser Gebiete für uns in militärischer Beziehung sowohl wie für unsere wirtschaftliche Zukunft haben würde, ganz ebenso durchdrungen wie Euere Exzellenz. Wenn wir aber einmal mit unseren Gegnern am Konferenztisch sitzen, so wird neben der Erreichung der einzelnen Kriegsziele unsere vornehmlichste Aufgabe darin bestehen müssen, im Laufe der Verhandlungen alle diejenigen Momente auszunutzen, die eine Spaltung der Koalition herbeiführen können, die uns jetzt gegenübersteht. Es wird sich alsdann ergeben, ob sich uns durch Nachgiebigkeit gegenüber einem unserer Gegner die Aussicht eröffnet, Uneinigkeit im Lager unserer Feinde hervorzurufen und vielleicht mit einer einzelnen Macht zu einem Separatfrieden zu gelangen. Ob das Frankreich, ob Rußland, ob es, was am wenigsten wahrscheinlich, England sein wird, läßt sich heute noch in keiner Weise voraussehen. Mäßigkeit in unseren Forderungen nach einer Seite würde es uns natürlich ermöglichen, unsere Forderungen nach der anderen Seite höher anzuspannen.

Die Verhandlungen werden aller Voraussicht nach in der Weise vonstatten gehen, daß unsere Unterhändler sowie diejenigen unserer Verbündeten mit denen unserer Gegner an einem neutralen Orte zusammentreffen. Wir werden unsere Unterhändler nicht mit dem in Aussicht genommenen Minimum, sondern mit einem Maximum an Forderungen auszustatten haben, mit dem sie in die Verhandlungen eintreten. Über den Verlauf der Verhandlungen werden die Unterhändler fortlaufend Bericht erstatten, und sie werden von Fall zu Fall mit weiteren Weisungen versehen werden, an welchen Forderungen sie festzuhalten haben und welche Konzessionen sie machen dürfen. Es ist selbstverständlich, daß, wenn die Verhandlungen einmal zu einem Punkt gelangen sollten, wo die Absprengung Frankreichs von der Koalition oder überhaupt der ganze Friedensschluß von der Frage abhängig sein würde, ob wir an dem Erwerb von Briey und Longwy unter allen Umständen festhalten sollen oder

---

*) 79, 80 Beilagen Nr. 1 S. 86 ff.

nicht, diese Frage nur im Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung und nach den Befehlen Seiner Majestät des Kaisers würde entschieden werden können. Die Beantwortung dieser Frage wird alsdann von unserer Beurteilung unserer gesamten militärischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Lage zu diesem Zeitpunkt abhängen, die sich in der Zwischenzeit noch erheblich ändern kann. Denn selbst, wenn es, was ich heute nicht annehmen möchte, schon in absehbarer Zeit zu Friedensunterhandlungen kommen sollte, so werden Monate darüber hingehen, bis die Verhandlungen in ein so entscheidendes Stadium gelangen. So sehr ich daher auch den Erwerb der in Rede stehenden Bezirke als eines unserer wesentlichsten Kriegsziele ansehe, auf das wir mit aller Energie hinarbeiten müssen, so wenig vermöchte ich die Verantwortung dafür zu übernehmen, die Verwirklichung dieses Zieles als eine conditio sine qua non für den Friedensschluß ohne Einschränkung zu proklamieren.

Daß das Verbleiben von Calais in der Hand Englands beim Friedensschluß nicht ohne Einfluß auf unsere Friedensbedingungen bleiben könnte, ist eine Ansicht, der ich durchaus beipflichte. Ich habe aber eine zu hohe Meinung von dem politischen Sinn der Engländer, als daß ich annehmen könnte, daß sie an einen Gebietserwerb auf französische Kosten denken könnten, der die Folge haben würde, die bisherige Freundschaft zu Frankreich in die bitterste Gegnerschaft zu verwandeln und der Politik des Ausspielens der Kontinentalmächte untereinander, die England so erfolgreich durch Jahrhunderte geführt hat, ein Ende zu bereiten.

Bethmann Hollweg

120

Besprechung vom 6. Januar vormittags

Eing. Berlin, 7. Januar 17

Anwesend:

Der K. u. K. Minister des Äußern Graf Czernin
der Botschafter Prinz Hohenlohe
der Herr Reichskanzler
der Staatssekretär Zimmermann
der Unterstaatssekretär von Stumm

Graf Czernin liest den Entwurf zu einer Antwort auf die Note der Entente vor. Dieser Entwurf sei nicht in jeder Beziehung gut. Einer der springenden Punkte sei, ob wir den Gedanken aussprechen sollten, daß keine der beiden Parteien die Feinde ganz zerschmettern könne. Dies würde bei den Militärs wohl schwer durchzusetzen sein, sei auch eine Abweichung von den gestern erlassenen Tagesbefehlen. Immerhin glaube er, daß der Krieg nur durch ein Kompromiß ab-

geschlossen werden könne. Vielleicht sei es auch nicht praktisch, jetzt gleich zu antworten, sondern bei einer späteren Gelegenheit den Faden fortzuspinnen.

Der Herr Reichskanzler ist der Ansicht, daß schon jetzt eine Antwort an die Neutralen gegeben werden solle; der Armeebefehl sei so gefaßt, daß dem nichts im Wege stände. Es sei kaum möglich, die Antwort der Entente ganz unerwidert zu lassen. Ihm gefalle besonders der Gedanke, daß wir im jetzigen Stadium des Krieges zwar unser defensives Kriegsziel schon erreicht hätten, daß dagegen die Entente noch durch eine große Kluft von ihren Kriegszielen getrennt sei; auch in dem Passus über Belgien sei manches gut.

Unterstaatssekretär von Stumm meint, daß eine Note an die Neutralen als Kommentar zu den Armeebefehlen abgeschickt werden solle, jedoch müsse erst abgewartet werden, was die Entente an Wilson antworten werde.

Staatssekretär Zimmermann hält die Antwort der Entente an uns für so niederträchtig, daß wir ihnen durchaus in unserer Erwiderung die Maske vom Gesicht reißen müßten; die Gemeinheiten, die die Antwort enthalte, müßten in kurzen Sätzen scharf zurückgewiesen werden.

Minister Graf Czernin: Die Note der Entente hat bei den Neutralen gerade wegen ihres Tones einen sehr schlechten Eindruck gemacht; wir müssen uns hüten, in den gleichen Ton zu verfallen, eine Polemik kann im gegenwärtigen Moment nichts nützen.

Staatssekretär Zimmermann: Wir müssen in der Antwort einen scharfen Ton anschlagen und auf die politischen Schandtaten der Entente hinweisen, das erwartet unser Volk von uns.

Der Herr Reichskanzler ist der Ansicht, daß wir in der Note nicht auf die Vorgeschichte des Krieges eingehen sollten, da eine solche Polemik uns nicht dem Frieden näher rückt.

Staatssekretär Zimmermann liest darauf den Entwurf zu einer Antwortnote vor, die von den anderen Herren als zu lang und zu polemisch empfunden wird.

Staatssekretär Zimmermann glaubt, daß unsere öffentliche Meinung eine lange und scharfe Note verlangt.

Der Herr Reichskanzler hält die Wirkung auf die öffentliche Meinung bei uns für erst in zweiter Linie kommend: es komme bei der Note darauf an, den Eindruck, den wir im Ausland mit unserer Friedensaktion gemacht haben, zu vertiefen; dies geschehe aber nicht, wenn wir polemisierten, sondern wenn wir uns kurz und objektiv gegen die Unterstellungen der Entente wendeten.

Graf Czernin legt Wert auf den Gedanken, daß unsere Kriegsziele schon erreicht sind, während die der Entente eben noch lange nicht zur Tatsache geworden sind.

Der Herr Reichskanzler ist der Ansicht, daß wir in unserer Erwiderung keinesfalls den Eindruck erwecken dürften, als liefen wir den anderen nach, auf der anderen Seite aber die Tür zum Frieden auch nicht ganz zuschlagen dürften.

Prinz Hohenlohe glaubt, daß letzteres durch Armeebefehl bereits geschehen ist.

Graf Czernin wirft den Gedanken auf, ob es notwendig sei, daß alle 4 Mächte in einer identischen Note erwidern; es würde dies eine große Verzögerung zur Folge haben. Vielleicht genüge es, wenn die Antwort inhaltlich gleich, textuell aber verschieden sei.

Der Herr Reichskanzler hält es für bedenklich, den Bulgaren bei der Beantwortung der Note freie Hand zu lassen, da zu leicht eine Entgleisung Radoslawows vorkommen könnte; auf jeden Fall müsse uns die bulgarische Antwortnote mitgeteilt werden, ehe sie abgehe.

Es wird beschlossen, aus dem österreichischen und dem deutschen Entwurf eine Note zusammenzustellen, mit der Absendung jedoch zu warten, bis die Antwort der Entente an den Präsidenten Wilson vorliege. Die textliche Identität der Note sei nicht erforderlich.

121

Akten-Aufzeichnung

Eing. Berlin, 7. Januar 17

Bei der Besprechung mit dem Minister des Äußern, Grafen Czernin, am 7. Januar 1917 ist Folgendes vereinbart worden:

Der Ton der Erwiderung der Entente auf unsere Note vom 12. 12. 1916 verbietet es uns, den Feinden direkt zu antworten. Andererseits ist es notwendig, auf die Ententenote hin im Innern sowohl wie gegenüber den Neutralen und unseren Feinden die Verantwortung für die Weiterführung des Krieges klipp und klar festzustellen. In diesem Sinne soll eine Note an alle Neutralen gerichtet werden, nicht nur an die Schutzmächte, um jeden Anschein zu vermeiden, als liefen wir unseren Feinden nach. Diese Note darf auf keinen Fall das Gefühl erwecken, als wollten wir den Frieden um jeden Preis haben; auf der anderen Seite darf auch die Tür zum Frieden nicht ganz zugeschlagen werden. Die Antwort soll bei den vier Verbündeten inhaltlich gleich, aber nicht textlich identisch sein. Textuelle Identität würde die Angelegenheit verzögern; auch werden Fragen wie die serbische und die belgische von den Verbündeten naturgemäß nicht mit gleicher Ausführlichkeit behandelt werden können. Die Antwort der Entente an Wilson braucht nicht abgewartet zu werden, da der Zweck unserer Note, vor aller Welt die Verantwortlichkeit festzustellen, ebensogut, wenn nicht besser, erreicht wird, wenn wir unabhängig von der Erwiderung der Entente an Wilson jetzt

gleich antworten. Sollte wider alles Erwarten die bevorstehende Note unserer Feinde an Wilson doch die Möglichkeit eines Friedens bieten, so müssen wir dann eventuell erneut Stellung nehmen. Dies wird durch unseren jetzigen Schritt nicht präjudiziert.

Ein vorgelesener Entwurf wird nach Vornahme einiger Änderungen im großen und ganzen akzeptiert.

122

Note der Deutschen Regierung an die Neutralen

Berlin, 10. Januar 17

Die Kaiserliche Regierung hat durch die Vermittelung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, der Königlich Spanischen Regierung und der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft die Antwort ihrer Gegner auf die Note vom 12. Dezember erhalten, in der Deutschland im Einklang mit seinen Verbündeten den alsbaldigen Eintritt in Friedensverhandlungen vorschlug.

Die Gegner lehnen diesen Vorschlag mit der Begründung ab, daß es ein Vorschlag ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung sei. Die Form, in die sie ihre Mitteilung kleiden, schließt eine Antwort an sie aus. Die Kaiserliche Regierung legt aber Wert darauf, den Regierungen der neutralen Mächte ihre Auffassung über die Sachlage zu kennzeichnen.

Die Mittelmächte haben keinen Anlaß, erneut auf Auseinandersetzungen über den Ursprung des Weltkrieges einzugehen. Die Geschichte wird urteilen, wen die ungeheure Schuld an dem Kriege trifft. Ihr Wahrspruch wird ebensowenig über die Einkreisungspolitik Englands, die Revanchepolitik Frankreichs, das Streben Rußlands nach Konstantinopel hinweggehen, wie über die Aufwiegelung Serbiens, den Mord in Sarajevo und die Gesamtmobilmachung Rußlands, die den Krieg gegen Deutschland bedeutete.

Deutschland und seine Verbündeten, die zur Verteidigung ihrer Freiheit und ihres Daseins zu den Waffen greifen mußten, betrachten dieses ihr Kriegsziel als erreicht. Dagegen haben die feindlichen Mächte sich immer weiter von der Verwirklichung ihrer Pläne entfernt, die nach den Erklärungen ihrer verantwortlichen Staatsmänner unter anderem auf die Eroberung Elsaß-Lothringens und mehrerer preußischer Provinzen, die Erniedrigung und Verminderung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, die Aufteilung der Türkei und die Verstümmelung Bulgariens gerichtet sind. Angesichts solcher Kriegsziele wirkt das Verlangen nach Sühne, Wiedergutmachung und Bürgschaft im Munde der Gegner überraschend.

Die Gegner bezeichnen den Friedensvorschlag der vier verbündeten Mächte als Kriegsmanöver. Deutschland und seine Bundesgenossen müssen auf das nachdrücklichste Verwahrung dagegen einlegen, daß ihre Beweggründe, die sie offen dargelegt haben, auf diese Weise gefälscht werden.

Ihre Überzeugung war, daß ein gerechter und für alle Kriegführenden annehmbarer Friede möglich sei, daß er durch unmittelbaren mündlichen Gedankenaustausch herbeigeführt werden könne, und daß deshalb weiteres Blutvergießen nicht zu verantworten sei. Die ohne Vorbehalt ausgesprochene Bereitschaft, beim Eintritt in die Verhandlungen ihre Friedensvorschläge bekannt zu geben, widerlegt jeden Zweifel an ihrer Aufrichtigkeit. Die Gegner, in deren Hand es lag, das Angebot auf seinen Gehalt zu prüfen, haben weder die Prüfung versucht, noch Gegenvorschläge gemacht. Statt dessen erklären sie einen Frieden für unmöglich, so lange nicht die Wiederherstellung der verletzten Rechte und Freiheiten, die Anerkennung des Grundsatzes der Nationalitäten und der freien Existenz der kleinen Staaten gewährleistet sei. Die Aufrichtigkeit, die der Gegner dem Vorschlag der vier verbündeten Mächte abspricht, wird die Welt diesen Forderungen nicht zubilligen können, wenn sie sich das Geschick des irischen Volkes, die Vernichtung der Freiheit und Unabhängigkeit der Burenrepubliken, die Unterwerfung Nordafrikas durch England, Frankreich und Italien, die Unterdrückung der russischen Fremdvölker, und schließlich die ohne Vorgang in der Geschichte dastehende Vergewaltigung Griechenlands vor Augen hält.

Auch über die angeblichen Völkerrechtsverletzungen der vier Verbündeten sind diejenigen Mächte nicht befugt, Beschwerde zu führen, die von Beginn des Krieges an das Recht mit Füßen getreten und die Verträge, auf denen es beruht, zerrissen haben. England sagte sich schon in den ersten Wochen des Krieges von der Londoner Deklaration los, deren Inhalt seine eigenen Delegierten als geltendes Völkerrecht anerkannt hatten, und verletzte im weiteren Verlauf des Krieges auch die Pariser Deklaration aufs schwerste, sodaß durch seine willkürlichen Maßregeln für die Kriegführung zur See der Zustand der Rechtlosigkeit eintrat. Der Aushungerungskrieg gegen Deutschland und der in Englands Interesse ausgeübte Druck auf die Neutralen steht mit den Regeln des Völkerrechts nicht minder in schreiendem Widerspruch wie mit den Geboten der Menschlichkeit. Ebenso völkerrechtswidrig und mit den Grundsätzen der Zivilisation unvereinbar ist die Verwendung farbiger Truppen in Europa und das Hineintragen des Krieges nach Afrika, das unter Bruch bestehender Verträge erfolgt ist und das Ansehen der weißen Rasse in diesem Weltteil untergräbt. Die unmenschliche Behandlung der Gefangenen besonders in Afrika und in Rußland, die Verschleppung der Zivilbevölkerung aus Ostpreußen, Elsaß-Lothringen, Galizien und der Bukowina sind weitere Beweise, wie die Gegner Recht und Kultur achten.

Am Schluß ihrer Note vom 30. Dezember verweisen die Gegner auf die besondere Lage Belgiens. Die Kaiserliche Regierung vermag nicht anzuerkennen, daß die Belgische Regierung immer die Pflichten beobachtet hat, die ihr ihre Neutralität auferlegte. Schon vor dem Kriege hat Belgien unter der Einwirkung Englands sich militärisch an England und Frankreich angelehnt und damit den Geist der Verträge selbst verletzt, die seine Unabhängigkeit und seine Neutralität sicherstellen sollten. Zweimal hat die Kaiserliche Regierung der Belgischen Regierung erklärt, daß sie nicht als

Feind nach Belgien komme, und sie gebeten, dem Lande die Schrecken des Krieges zu ersparen. Sie hat sich für diesen Fall erboten, Besitzstand und Unabhängigkeit des Königreichs in vollem Umfange zu garantieren und allen Schaden zu ersetzen, der durch den Durchzug der deutschen Truppen verursacht werden könne. Es ist bekannt, daß die Königlich Großbritannische Regierung im Jahre 1887 entschlossen war, sich der Inanspruchnahme eines Wegerechts durch Belgien unter diesen Voraussetzungen nicht zu widersetzen. Die belgische Regierung hat das wiederholte Anerbieten der Kaiserlichen Regierung abgelehnt. Auf sie und diejenigen Mächte, die sie zu dieser Haltung verführt haben, fällt die Verantwortung für das Schicksal, das Belgien betroffen hat. Die Anschuldigungen wegen der deutschen Kriegführung in Belgien und die dort im Interesse der militärischen Sicherheit getroffenen Maßnahmen hat die Kaiserliche Regierung wiederholt als unwahr zurückgewiesen. Sie legt erneut energische Verwahrung gegen diese Verleumdungen ein.

Deutschland und seine Bundesgenossen haben einen ehrlichen Versuch gemacht, den Krieg zu beendigen und eine Verständigung der Kämpfenden anzubahnen. Die Kaiserliche Regierung stellt fest, daß es lediglich von dem Entschluß ihrer Gegner abhing, ob der Weg zum Frieden betreten werden sollte oder nicht. Die feindlichen Regierungen haben es abgelehnt, diesen Weg zu gehen, auf sie fällt die volle Verantwortung für den Fortgang des Blutvergießens. Die vier verbündeten Mächte aber werden den Kampf in ruhiger Zuversicht und im Vertrauen auf ihr gutes Recht weiterführen, bis ein Friede erstritten ist, der ihren eigenen Völkern Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit verbürgt, allen Staaten des europäischen Kontinents aber die Wohltat schenkt, in gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung gemeinsam an der Lösung der großen Kulturprobleme zu arbeiten.

Die Kaiserliche Regierung beehrt sich . . . .

Mühewaltung mit der Bitte in Anspruch zu nehmen, vorstehende Darlegung zur Kenntnis der . . . . Regierung bringen zu wollen.

Ich benutze diesen Anlaß zur erneuten Versicherung meiner Hochachtung

---

123

Gesandter v. d. Lancken an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 11. Januar 17

Telegramm Nr. 2 Brüssel, 11. Januar 17

Der mir seit über einem Jahr als deutschfreundlich bekannte Amerikaner Kellog, Direktor der Relief Commission, der sich während der letzten Wochen in Frankreich und England aufhielt, hat sich zu dem Mitglied der politischen Abteilung Dr. Bruhn wie folgt geäußert:

Nichts habe in der letzten Zeit das Verhältnis Amerikas zu Deutschland schwerwiegender beeinträchtigt, als die Arbeiterabschiebung aus Belgien. Besondere Entrüstung sei dadurch entstanden, daß entgegen

unseren stets wiederholten feierlichen Versicherungen in großer Zahl Nichtchomeure und sogar über tausend Angestellte des amerikanischen Ernährungswerks abgeschoben wurden. Überall werde damit gegen uns agitiert, daß wir von neuem bewiesen hätten, wie wenig man dem deutschen Wort vertrauen dürfe.

Kellog behauptet, durch diese Vorgänge sei Wilsons Friedensaktion und namentlich ihre Wirkung auf die alliierten Völker erheblich beeinträchtigt worden.

Ich habe geglaubt, vorstehendes Euerer Exzellenz für beabsichtigte Besprechung mit General Groener umgehend melden zu sollen. Ich möchte für fernere Behandlung der Arbeiterfrage nochmals vorschlagen:

Zwangsaushebung soll zunächst nur noch in Brüssel tatsächlich stattfinden, nominell zwar fortbestehend, aber nur als Drohmittel, um großzügig zu organisierende freiwillige Anwerbung zu unterstützen.

Lancken

124

Aufruf

Großes Hauptquartier, 12. Januar 17

An das deutsche Volk

Unsere Feinde haben die Maske fallen lassen.

Erst haben sie mit Hohn und heuchlerischen Worten von Freiheitsliebe und Menschlichkeit unser ehrliches Friedensangebot zurückgewiesen. In ihrer Antwort an die Vereinigten Staaten haben sie sich jetzt darüber hinaus zu einer Eroberungssucht bekannt, deren Schändlichkeit durch ihre verleumderische Begründung noch gesteigert wird.

Ihr Ziel ist die Niederwerfung Deutschlands, die Zerstückelung der mit uns verbündeten Mächte und die Knechtung der Freiheit Europas und der Meere unter dasselbe Joch, das zähneknirschend jetzt Griechenland trägt.

Aber was sie in dreißig Monaten des blutigsten Kampfes und des gewissenlosesten Wirtschaftskrieges nicht erreichen konnten, das werden sie auch in aller Zukunft nicht vollbringen.

Unsere glorreichen Siege und die eherne Willenskraft, mit der unser kämpfendes Volk vor dem Feind und daheim jedwede Mühsal und Not des Krieges getragen hat, bürgen dafür, daß unser geliebtes Vaterland auch fernerhin nichts zu fürchten hat. Hellflammende Entrüstung und heiliger Zorn werden jedes deutschen Mannes und Weibes Kraft verdoppeln, gleichviel, ob sie dem Kampf, der Arbeit oder dem opferreichen Dulden geweiht ist.

Der Gott, der diesen herrlichen Geist der Freiheit in unseres tapferen Volkes Herz gepflanzt hat, wird uns und unseren treuen, sturmerprobten Verbündeten auch den vollen Sieg über alle feindliche Machtgier und Vernichtungswut geben.

Wilhelm I. R.

125

Legationssekretär v. Lersner an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 15. Januar 17

Telegramm Nr. 71 — Pleß (Hauptquartier), 15. Januar 17

Nur für den Herrn Reichskanzler und den Herrn Staatssekretär

Seine Majestät haben eine große Anzahl von Zustimmungs- und Huldigungstelegrammen nach Erlaß des Aufrufs an das Deutsche Volk erhalten.

Streng vertaulich erfahre ich, daß Feldmarschall Hindenburg und General Ludendorff dies zum großen Teil veranlaßt haben, um der Welt zu zeigen, wie einmütig das gesamte Deutschland hinter seinem Kaiser steht. Seine Majestät haben sich hocherfreut über die Huldigungen ausgesprochen.

Eine weitgehende Veröffentlichung derselben in der Presse würde nach meinem gehorsamsten Dafürhalten Seiner Majestät Freude machen.

Lersner

126

Staatssekretär Zimmermann an Legationssekretär v. Lersner

Telegramm Nr. 86 — Berlin, 14. Januar 17

Botschafter Washington telegraphiert unterm 10. d. M.:

„Habe Denkschrift über bewaffnete Handelsschiffe Lansing überreicht. Meines Erachtens wird Vorgehen im Sinne dieser Denkschrift Friedensvermittelung Wilsons zum Scheitern bringen und statt dessen Bruch mit den Vereinigten Staaten herbeiführen, wenn wir nicht mindestens so lange mit Vorgehen gegen bewaffnete Schiffe warten, bis eine Einigung mit hiesiger Regierung herbeigeführt ist. Vielleicht wird es sich erreichen lassen, daß Amerikaner davor gewarnt werden, auf Schiffen Dienst zu nehmen, welche zu Angriffszwecken bewaffnet sind; hierzu muß aber jedenfalls der hiesigen Regierung Zeit gelassen werden. Da alles von Wilson entschieden wird, ist Besprechung mit Lansing als rein akademisch zu betrachten.

Bernstorff"

Zimmermann

Telegramm Nr. 93

Fortsetzung von Nr. 86 — Berlin, 15. Januar 17

Der Botschafter in Washington telegraphiert weiter:

„Lansing antwortet niemals, bis er Instruktionen von Wilson hat. Im vorliegenden Fall muß letzterer erst Denkschrift lesen.

Wieviel Wert Euere Exzellenz auf Wilsons Friedensaktion legen, kann ich von hier aus nicht ermessen. Davon abgesehen muß ich pflichtgemäß

bestimmt erklären, daß ich Bruch mit Vereinigten Staaten für unvermeidlich halte, wenn ohne weiteres im Sinne der Denkschrift vorgegangen wird.

Bernstorff“ *)
Zimmermann

127

Legationssekretär v. Lersner an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 15. Januar 17

Telegramm Nr. 67

Auf Telegramm Nr. 86 — Pleß (Hauptquartier), 14. Januar 17

Für den Herrn Staatssekretär

Seine Majestät lassen Euere Exzellenz um Erklärung des Satzes bitten: „Meines Erachtens wird Vorgehen im Sinne dieser Denkschrift Friedensvermittelung Wilsons zum Scheitern bringen.“

Seine Majestät sind der Ansicht, daß nie von einer Friedensvermittlung Wilsons die Rede gewesen ist.

Lersner

128

Staatssekretär Zimmermann an Legationssekretär v. Lersner

Telegramm Nr. 89 — Berlin, 15. Januar 17

Auf Telegramm Nr. 67

Bitte, Seiner Majestät zu melden, daß der von Graf Bernstorff gebrauchte Ausdruck „Friedensvermittelung Wilsons“ nicht den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt. Von einer Friedensvermittelung Wilsons ist, wie Seine Majestät betonen, in der Tat niemals die Rede gewesen. Graf Bernstorff ist darüber nicht im Irrtum gelassen und hat sich offenbar nur im Ausdruck vergriffen. Der Botschafter hat meines Erachtens lediglich die von Präsident Wilson durch seine Note an die Kriegführenden eingeleitete Friedensaktion im Auge, die inzwischen durch die Antwort der Entente gänzlich zum Scheitern gebracht worden ist. Das Telegramm des Grafen Bernstorff ist abgegangen, bevor diese Antwort der Entente in Washington vorlag.

Zimmermann

---

*) **56** Beilagen Nr. 1 S. 45.

129

Legationssekretär v. Lersner
an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 16. Januar 17

Telegramm Nr. 72 Pleß (Hauptquartier) 16. Januar 17

Nur für den Herrn Staatssekretär

Auf Telegramm Nr. 89

Seine Majestät lassen Euerer Exzellenz für Auskunft danken.

Zum Telegramm Nr. 93 bemerkte Seine Majestät, daß Allerhöchstdieselben „gar keinen" Wert auf Wilsons Friedensaktion legen. Falls der Bruch mit Amerika unvermeidlich sei, „ist es nicht zu ändern! Es wird vorgegangen". Lersner

---

130

Auszug aus einem Bericht des Militär-Attachés
im Haag Oberst Renner

Eing. Berlin, 20. Januar 17

Englischer Bericht Haag, 18. Januar 17

Die englische Ergänzungsnote an Amerika

Die ergänzenden Worte, mit denen Balfour die Antwortnote der Entente an Wilson begleitet hat, bilden ein sehr interessantes Schriftstück. Es sollte sehr genau gelesen werden; denn es gibt ein sehr treffendes Bild von der Mentalität unserer Gegner, die zu schildern und begreiflich zu machen, von dieser Stelle oft versucht worden ist.

Es wäre gänzlich verkehrt, das, was die englische Ergänzungsnote sagt, nur für eitle, „echt englische" Heuchelei zu halten. Ich verstehe sehr wohl, wenn man sich aus Propagandagründen anders ausdrückt, tatsächlich kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß die englische Ergänzungsnote die ehrliche Überzeugung der Völker darstellt, die gegen uns im Kampfe stehen, und daß diese Überzeugung von einem großen Teile der neutralen Welt geteilt wird.

Dieser Weltkrieg ist — das beweist auch Balfours letzte Note wieder deutlich — zum Kampf zweier Weltanschauungen geworden. Unsere Gegner glauben ehrlich (sie heucheln das nicht etwa nur, wie man immer wieder bei uns hören kann) für das Recht zu kämpfen, das von der Macht mit Füßen getreten worden ist. Sie sind fest überzeugt davon, daß Deutschland das Prinzip der jedes Recht verachtenden Macht verkörpert, und daß Deutschlands Niederlage deshalb geradezu eine unerläßliche Bedingung für eine gesunde und glückliche Fortentwickelung der ganzen Welt bildet. . . .

Bezüglich der „idealen“ Kriegsziele, d. h. bezüglich des Kampfes gegen die Lehre von der Macht, die über das Recht geht, stimmen auch die zum Frieden am meisten geneigten Leute in England mit den größten Scharfmachern durchaus überein. Hinsichtlich der praktischen Kriegsziele, d. h. hinsichtlich dessen, was nötig ist, um die Welt von den Gefahren der deutschen Machtphilosophie zu befreien, weicht jetzt schon dieses oder jenes Element der englischen „Friedenspartei“ oder besser „zukünftigen Friedenspartei“ von denjenigen ab, die heute in England regieren und das Wort in der Friedensdebatte führen, und deren Stellung nur durch schwere neue Enttäuschungen des englischen Volkes gebrochen werden kann. Die Waffenentscheidung dieses Jahres ist nötig. Solange die Gegner den Krieg gewinnen zu können glauben — und sie sind heute von ihrem Siege ganz fest überzeugt — sind Friedensverhandlungen hoffnungslos. Es liegt aber auf der Hand, daß man auch heute schon die Friedenssache fördern könnte, wäre es möglich, die zukünftige Friedenspartei in England davon zu überzeugen, daß der schwere Opfer kostende Kampf für die „idealen“ Kriegsziele ein unnötiger ist. Wer das will, kommt um die belgische Frage nicht herum. Ich verstehe alle Gründe sehr wohl, die gegen eine Lösung der belgischen Frage in einem den Frieden fördernden Sinne im heutigen Zeitpunkt sprechen. Darüber muß man sich aber völlig klar sein, daß die Besitzergreifung von Belgien, oder auch nur von einem kleinen Stück von Belgien, auf dem Wege von Verhandlungen weder heute noch jemals zu erreichen ist. Wer Belgien behalten will, muß der Welt den Frieden diktieren können. Darüber zu paktieren ist mit der Welt von heute nicht. Jede Antwort unserer Gegner auf das deutsche Friedensangebot beweist aufs neue, welche ganz besondere Bedeutung die belgische Frage in diesem Weltkriege hat. In meinem letzten Bericht aus London schrieb ich im Juli 1914, daß die belgische Frage die Teilnahme Englands am Kriege entscheiden würde. Heute kann man sagen, daß die belgische Frage einen ganz gewaltigen Einfluß auf den Kriegsverlauf gehabt hat, und daß sie auch für Deutschlands Zukunft noch eine große Bedeutung haben wird.

Renner

131

Staatssekretär Zimmermann an den Chef des Admiralstabes Admiral v. Holtzendorff

Geheim — Berlin, 22. Januar 17

Euerer Exzellenz beehre ich mich mit Beziehung auf unsere soeben stattgehabte Aussprache anbei die Antwort des Kaiserlichen Botschafters in Washington auf unsere Instruktion in der U-Bootsfrage vom 16. d. M. ganz ergebenst zu übersenden.

Zimmermann

Abschrift

Telegramm Nr. 222 Washington, 19. Januar 16

Antwort auf Nr. 157 vom 16. Januar

Krieg unvermeidlich bei beabsichtigtem Vorgehen. Gefahr des Bruchs könnte vermindert werden durch Ansetzung bestimmter Frist, etwa eines Monats, behufs Schonung neutraler Schiffe und Passagiere, da eine vorherige rechtzeitige Warnung, wie Vorgehen jetzt geplant, unmöglich erscheint. Stichwort für Unfahrbarmachung deutscher Dampfer werde ich am 1. Februar geben müssen, da Ausführung meines Auftrages hier als Kriegserklärung wirken und deshalb sofort strenge Bewachung eintreten wird. Sowieso dürfte ein der „Lusitania" ähnlicher Fall bald zu erwarten sein.

Wenn militärische Gründe nicht unbedingt durchschlagend sind, wäre Aufschub dringend erwünscht. Wilson glaubt Frieden erreichen zu können auf Grundlage der von uns vorgeschlagenen Gleichberechtigung aller Nationen. House sagte mir noch gestern, daß Wilson in allernächster Zeit vorgehen wolle, da er Aussichten auf eine baldige Friedenskonferenz für günstig halte.

Bernstorff *)

132

Chef des Admiralstabes Admiral v. Holtzendorff an Kapitän v. Bülow im Großen Hauptquartier **)

Telegramm Nr. B 2539 I Berlin, 23. Januar 17

Auswärtiges Amt hat Telegramm Nr. 222 des Botschafters in Washington an Hauptquartier übersandt. Lassen Sie sich dieses Telegramm geben und legen Sie es sofort Exzellenz Ludendorff vor mit folgender Stellungnahme. Admiralstab ist aus militärischen Gründen gegen Bekanntgabe unserer Fristen, die in unserem U-Bootsbefehl enthalten sind. Gegen Bekanntgabe spricht, daß

1. feindliche Schiffe sofort und in vermehrter Zahl in neutraler Verkleidung fahren würden, um Vergünstigung mit auszunutzen;

2. die durch die jetzige Form der Note beabsichtigte Abschreckung der Neutralen wesentlich geschwächt wird, da sie für längere Zeit noch Gefühl der Sicherheit behalten;

3. neutrale Schiffe und unbewaffnete feindliche Passagierdampfer noch in erheblichem Umfange wichtige Sendungen in bewußter Sicherheit nach England hereinschaffen können und durch die ihnen nun bekannte Zeit zu denkbar größten Anstrengungen veranlaßt werden.

---

*) 60 Beilagen Nr. 1 S. 48.

**) Aus den Akten des Admiralstabes

Angelegenheit sehr dringlich, da Auswärtiges Amt noch heute vom Admiralstab Antwort haben muß, weil Verbindung mit Graf Bernstorff sehr langwierig.

Der Chef des Admiralstabes der Marine
v. Holtzendorff

133

Kapitän v. Bülow an Admiralstab Berlin*)

Telegramm Nr. 398 Gr. Hauptquartier, 23. Januar 17

Der Chef des Generalstabes stimmt nach Kenntnis des Vorganges der mit B 2539 I mitgeteilten Stellungnahme Euerer Exzellenz durchaus zu.

Bülow

134

Chef des Admiralstabes Admiral v. Holtzendorff an Staatssekretär Zimmermann

Eing. Berlin, 24. Januar 17 Berlin, 24. Januar 17

Im Einverständnis mit der Obersten Heeresleitung beehre ich mich Euerer Exzellenz ergebenst mitzuteilen, daß ich nicht in der Lage bin, der Bekanntgabe unserer Fristen zur Schonung der Neutralen und der unbewaffneten feindlichen Passagierdampfer an die amerikanische Regierung zuzustimmen, da sie militärische Nachteile von wesentlicher Bedeutung mit sich bringen würde.

Eine erneute Durchsicht der an den Grafen Bernstorff am 16. Januar ergangenen Weisung zeigt mir, daß der Passus: „Bei Mitteilung wollen Sie bemerken, daß in den Befehlen für U-Boote genügend lange Schonung neutraler Schiffe und genügend lange Sicherheit der Passagiere auf unbewaffneten feindlichen Passagierdampfern vorgesehen ist; außerdem können neutrale Schiffe, die am 1. Februar auf der Fahrt nach oder von Häfen des Sperrgebiets dieses, ohne Gefahr versenkt zu werden, vermeiden oder auf dem kürzesten Wege verlassen, wenn sie sofort mit allen verfügbaren Mitteln benachrichtigt werden. Ebenso können neutrale Schiffe Häfen des Sperrgebiets vor 4. Februar abends verlassen und dieses auf kürzestem Wege durchqueren." mißverstanden werden kann. Aus dem Telegramm des Grafen Bernstorff habe ich den Eindruck gewonnen, daß er mißverstanden worden ist. Euerer Exzellenz darf ich daher anheimgeben, dem Grafen Bernstorff nochmals mitzuteilen, daß die ausgegebenen Befehle für die Schonung der neutralen Schiffe und unbewaffneten feind-

*) Aus den Akten des Admiralstabes.

lichen Passagierdampfer es sicherstellen, das diejenigen Schiffe, die ihre Reise nach Häfen des Sperrgebiets vor dem 1. Februar angetreten haben, ihr Ziel selbst dann erreichen können, ohne warnungslos angegriffen zu werden, wenn sie die von uns verlangte Warnung durch irgend welche Umstände nicht erhalten sollten. Diese Schiffe können allerdings die Häfen des Sperrgebiets dann nicht mehr ungefährdet verlassen.

„Schiffe, die ihre Reise nach dem 1. Februar antreten, tun dies auf ihre eigene Gefahr."

Mit dieser Formel wird der 1. Februar für die neutrale Schiffahrt noch freigegeben. Bei ungünstiger Fahrt können diese mehr als 12 Tage in See sein und würden am 13. dem ungewarnten Angriff ausgesetzt sein. Wird diese Konfliktsmöglichkeit geringer eingeschätzt als die politische Wirkung der klaren Ankündigung, so wird vom hiesigen Standpunkt aus kein Einwand gegen die Fassung des Auswärtigen Amts erhoben.

v. Holtzendorff

135

Staatssekretär Zimmermann an den Chef des Admiralstabes Admiral v. Holtzendorff

Eilt — Berlin, 24. Januar 17

Aus Euerer Exzellenz gefälligem Schreiben vom heutigen Tage *) ersehe ich zu meinem Bedauern, daß Sie nicht in der Lage sind, der Bekanntgabe der Fristen zur Schonung der Neutralen und der unbewaffneten feindlichen Passagierdampfer an die amerikanische Regierung zuzustimmen, da sie militärische Nachteile von wesentlicher Bedeutung mit sich bringen würde. Nach Euerer Exzellenz weiteren Ausführungen ist für die Schonung lediglich eine Frist von 12 Tagen vorgesehen, so daß die in Rede stehenden Schiffe, die infolge von Havarie, schlechter See oder anderen Zufällen am 13. Tage in das Sperrgebiet einlaufen, bereits dem Angriff ohne Warnung ausgesetzt sein würden. Wird hieran festgehalten, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß neutrale Schiffe und Passagierdampfer mit Angehörigen neutraler Staaten an Bord versenkt werden. Die Kriegserklärung Amerikas wird alsdann, falls sie nicht bereits, wie Graf Bernstorff annimmt, am 1. Februar eintritt, wohl sicherlich sofort erfolgen. Solche Schiffsversenkungen würden aber aller Voraussicht nach auch den Zusammenschluß der übrigen Neutralen gegen uns zur Folge haben. Dieses bedauerliche Ergebnis würde wohl m. E. vermieden werden können, wenn wir den Vereinigten Staaten eine Frist von vielleicht 20 Tagen als Schonzeit für neutrale und unbewaffnete feindliche Passagierdampfer in Aussicht stellen, die hinreichende Sicherheit gegen die befürchteten Zwischenfälle gewährt und dem Präsidenten die Hinnahme unserer Ankündigung

---

*) 134 Beilagen Nr. 2 S. 131.

erleichtert. Der durch diese kurze Ausdehnung der Schonzeit hervorgerufene Ausfall in der Vernichtung der unseren Gegnern zustehenden Tonnage dürfte schwerlich die militärischen Nachteile aufwiegen, die sich aus dem Anschluß der bisher noch neutralen Welt an unsere Gegner ergeben würde.

Euere Exzellenz würde ich für eine gefällige nochmalige Prüfung der Angelegenheit und tunlichst schleunige Rückäußerung dankbar sein. Der Obersten Heeresleitung mache ich eine entsprechende Mitteilung.

Zimmermann

136

Staatssekretär Zimmermann an Legationsrat v. Grünau

Telegramm Nr. 157 Berlin, 24. Januar 17

Ich richte folgendes Schreiben an Admiralstab:

(Abschrift von **135**)

Bitte der Obersten Heeresleitung eine entsprechende Mitteilung machen und ihr die Frage vorlegen, ob sie die im vorletzten Absatz zum Ausdruck gebrachte Ansicht nicht teilt. Auch bei Seiner Majestät wollen Euer Hochwohlgeboren die Sache zum Vortrag bringen.

Zimmermann

137

Staatssekretär Zimmermann an den Chef des Admiralstabes Admiral v. Holtzendorff

Berlin, 25. Januar 17

Euerer Exzellenz beehre ich mich im Anschluß an mein gestriges Schreiben mitzuteilen, daß mir soeben folgendes Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in Washington vom 21. d. M. zugeht:

„Wenn Frist zur Schonung der neutralen Schiffe und feindlichen unbewaffneten Passagierdampfer gewährt wird, halte ich es immerhin für möglich, daß Wilson nur Beziehungen abbrechen und keinen Krieg erklären, sondern im Gegenteil Friedensbemühungen verdoppeln wird." *)

Ich glaube hiernach die angeregte Frage erneut Euerer Exzellenz wohlwollender Prüfung dringend anheimstellen zu dürfen.

Zimmermann

---

*) **62** Beilagen Nr. 1 S. 55.

138

Staatssekretär Zimmermann an Legationsrat v. Grünau

Telegramm Nr. 158 Berlin, 25. Januar 17

Graf Bernstorff telegraphiert unter Nr. 225 vom 21. d. M.:

„Wenn Frist zur Schonung der neutralen Schiffe und feindlichen unbewaffneten Passagierdampfer gewährt wird, halte ich es immerhin für möglich, daß Wilson nur Beziehungen abbrechen und keinen Krieg erklären, sondern im Gegenteil Friedensbemühungen verdoppeln wird." *)

Unter Verwertung dieses Telegramms bin ich erneut dringend im Sinne meines gestrigen Schreibens beim Admiralstab vorstellig geworden.

Zimmermann

139

Legationsrat v. Grünau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 25. Januar 17

Telegramm Nr. 129 Pleß (Hauptquartier), 25. Januar 17

Sofort

Auf Telegramm Nr. 157

Auftrag bei Oberster Heeresleitung heute morgen ausgeführt, die sich noch mit Marine in Verbindung setzen wollte. Neigung zum Anschluß an Euerer Exzellenz Standpunkt war nicht vorhanden. Admiral v. Holtzendorff hat etwas später Oberster Heeresleitung Mitteilung von dem Schreiben Euerer Exzellenz gemacht mit dem Hinzufügen, daß er es schon aus dem Grunde ablehnend beantworte, weil die U-Boote bereits mit ihren Instruktionen ausgelaufen seien, und eine Änderung der Befehle sie nicht mehr mit Sicherheit erreichen könne. Er hat angefragt, ob Oberste Heeresleitung seiner Antwort zustimmt, was bejaht wurde.

Grünau

140

Chef des Admiralstabes Admiral v. Holtzendorff an Staatssekretär Zimmermann

Eing. Berlin, 25. Januar 17

Auf Schreiben vom 24. 1. 17 **) Berlin, 25. Januar 17

Es ist aus den dargelegten militärischen Gründen ausgeschlossen, Fristverlängerung für die Schonung Neutraler über den 12. Februar hinaus einzuräumen. Ebenso würde es allen vorausgegangenen Erwägungen sowie der Allerhöchsten Willensäußerung widersprechen, wenn den Vereinigten

*) 62 Beilagen Nr. 1 S. 55.
**) 135 Beilagen Nr. 2 S. 132.

Staaten über die dem Grafen Bernstorff erteilten Anweisungen hinaus die von uns angesetzte Frist bekannt gegeben würde. Ich habe hierzu die Oberste Heeresleitung um Mitteilung ihrer Stellungnahme gebeten.

Da meine Abreise heute nachmittag ins Hauptquartier zu Besprechungen mit den Vertretern der österreichischen Marine bevorsteht, möchte ich nicht verfehlen, noch einmal dringlichst hinzuweisen auf die Notwendigkeit, daß die Ankündigung des U-Boot-Krieges frühmorgens am 1. Februar an die neutralen Regierungen erfolgen muß. Die U-Boote setzen mit dem Krieg nach den ausgegebenen Befehlen am 1. Februar ein.

v. Holtzendorff

141

Kapitän v. Bülow an Admiralstab Berlin*)

Telephonspruch — Großes Hauptquartier, 25. Januar 17

Kapitän v. Bülow hat Exzellenz Ludendorff gesagt, daß der Admiralstab das letzte Ansinnen des Auswärtigen Amts abgelehnt habe mit der Motivierung, daß die U-Boote schon ausgelaufen wären. Kapitän v. Bülow hat Exzellenz Ludendorff gefragt, ob die Oberste Heeresleitung hiermit einverstanden wäre. Oberste Heeresleitung ist sehr einverstanden damit. Sie hat gebeten, dem Vertreter des Auswärtigen Amts im Großen Hauptquartier dies mitzuteilen, und Kapitän v. Bülow hat dies getan.

142

Der Chef des Admiralstabes Admiral v. Holtzendorff an das Auswärtige Amt

Berlin, 28. Januar 17

Euere Exzellenz haben mich durch den Unterstaatssekretär v. Stumm bitten lassen, meine Zustimmung zu erteilen, daß, der Anregung eines Deutschamerikaners folgend, der amerikanischen Regierung mitgeteilt wird, daß wir den uneingeschränkten U-Boot-Krieg solange führen werden, bis unsere Feinde in ihrer Seekriegführung zum Völkerrecht zurückgekehrt sind.

Da Euere Exzellenz sich von einer solchen Erklärung einen günstigen Einfluß auf die Stimmung in Amerika versprechen, habe ich mich zu dieser Zustimmung bereitgefunden unter der Bedingung, daß dadurch und durch etwa sich daraus entwickelnde Vorschläge und Verhandlungen keinerlei Einfluß auf die Führung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges ausgeübt würde.

Unter Rückkehr zum Völkerrecht ist dabei zu verstehen neben der Innehaltung der Londoner Erklärung und der Haager und Pariser Konventionen sowie der Entwaffnung der Handelsschiffe:

---

*) Aus den Akten des Admiralstabes.

Aufgeben der gesamten wirtschaftlichen Kriegführung gegen uns, soweit sie durch direkte und indirekte Knechtung und Bedrückung der Neutralen zustande kommt; also Aufgeben der schwarzen Listen, der Kohlensperre, der Zwangsfahrten im Dienste Englands, alle Abmachungen, die die Ausfuhr der umliegenden Neutralen zu uns hindern oder deren Einfuhr erschweren; Rückkehr zur Bannwarenliste der Londoner Erklärung, Aufhören aller Eingriffe in die Post und deutsches Privateigentum in Feindesland sowie Aufgeben aller Einwirkungen zum Schaden Deutscher in neutralen Ländern usw.

Bezüglich der angeregten Änderung des Wortlauts der Note weise ich noch darauf hin, daß die österreichische Regierung von der Streichung der Worte „in deren Nähe gekommen" sofort Kenntnis erhalten muß, da sonst eine Differenz in dem entscheidenden Passus der Noten entstehen würde.

Ich habe von diesem Schreiben dem Chef des Generalstabes Abschrift zugehen lassen.

v. Holtzendorff

143

Staatssekretär Zimmermann an Legationsrat v. Grünau

Telegramm Nr. 186 Berlin, 28. Januar 17

Graf Bernstorff telegraphiert drahtlos unterm 26. d. M. Nr. 60:

„After having had very important conference request most urgently postponement till my next two messages received.
Suggest reply by wireless." *)

Ich beabsichtige zu antworten:
„Regret suggestion impracticable."

Chef des Admiralstabes ist mit Antwort einverstanden. Bitte nach Benehmen mit Oberster Heeresleitung Allerhöchste Befehle einholen.

Zimmermann

144

Legationsrat v. Grünau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 28. Januar 17

Telegramm Nr. 144 Pleß (Hauptquartier), 28. Januar 17
Auf Telegramm Nr. 186

Vorgeschlagene Antwort Allerhöchst genehmigt. Oberste Heeresleitung gleichfalls einverstanden.

Grünau

*) 68 Beilagen Nr. 1 S. 72.

Teil IV

Zur Vorgeschichte der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges

---

145

Handschriftliche Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg

Berlin, 4. Januar 16

General v. Falkenhayn hat mir am 30. Dezember die Bemerkung hingeworfen, er begriffe nicht, warum wir nicht den U-Boot-Krieg gegen England wieder in voller Schärfe aufnähmen. Auf meine Gegenbemerkung, daß dann der Bruch mit Amerika unausbleiblich wäre, meinte er, er habe zwar im Spätsommer diesen Bruch wegen der damals noch nicht geregelten Balkanverhältnisse nicht brauchen können, jetzt aber, wo wir Bulgariens sicher wären, könne uns Amerika nicht mehr schaden. Über die nachteiligen wirtschaftlichen Folgen des Bruches, wenn solche überhaupt zu befürchten seien, und über uns abträgliche moralische Einwirkungen auf die übrigen Neutralen würden wir hinwegkommen. Immerhin war der General seiner Sache noch nicht vollkommen sicher.

Am 2. Januar hat Herr Falkenhayn auch über diese Frage eine längere Besprechung mit dem Staatsminister Helfferich gehabt. Er hat dabei, wie mir letzterer mitteilte, etwa folgenden Standpunkt vertreten. Durch militärische Schläge der Landheere könne er den Krieg nicht zu Ende bringen. Ich und Helfferich hätten ihm wiederholt betont, daß sehr viel länger als bis zum Herbst 16 unsere finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte nicht reichen, vielleicht auch die innere Stimmung nicht aushalten werde. Solle der Krieg vorher beendigt werden, so müsse die Marine eingreifen. Diese versichere, innerhalb etwa 2 Monaten England so auf die Kniee zwingen zu können, daß es um Frieden bitten werde. Unter diesen Umständen aber sei es gleichgültig, ob uns Amerika den Krieg erkläre. Selbst wenn Holland etwa nachfolgen sollte, habe das nichts zu sagen; er habe genug Truppen, um Holland zu überrennen.

Admiral v. Holtzendorff, den ich heute befragte, sagte mir folgendes:

Am 31. 12. oder 1. 1. habe General v. Falkenhayn mit ihm und Herrn v. Tirpitz eine Konferenz abgehalten und gefragt, ob die Marine mit einem rücksichtslos geführten U-Boot-Krieg England zum Frieden bringen könne. Herr v. Tirpitz hat nach einer retrospektiven, seine Person verherrlichenden, alles übrige vernichtenden Kritik diese Frage unbedingt bejaht. Würde von heute ab der U-Boot-Krieg um England herum ohne Ansehen der Person

geführt, so werde England binnen zwei Monaten um Frieden bitten müssen. Die genügende Anzahl von U-Booten sei dazu schon jetzt vorhanden. Admiral v. Holtzendorff geht nicht so weit. Er ist aber der Überzeugung, vom 1. März an mit den alsdann verfügbaren U-Booten nicht nur im Mittelmeer und der Ostsee den bestehenden Anforderungen genügen, sondern auch den U-Boot-Krieg gegen England mit solchem Nachdruck führen zu können, daß dieses im Verlauf von etwa vier Monaten zum Frieden bereit sein werde. Voraussetzung dabei sei, daß die U-Boote in der Kriegszone restlos alle Schiffe, ohne Unterschied ob neutral oder feindlich, herunterholen dürften. Vor dem 1. März sollte nach seiner Ansicht eine solche Kriegführung nicht begonnen werden. Ob sie alsdann einsetzen solle, könne heute noch nicht beurteilt werden. Er neige dazu, sie nur dann eintreten zu lassen, wenn der Bruch mit Amerika doch nicht vermieden werden könne, da er die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Folgen dieses Bruches nicht unterschätze. Für verhängnisvoll aber halte er den Bruch nicht, da wir eben bei freier Hand für den U-Boot-Krieg nicht nur mit England, sondern auch mit Amerika fertig werden würden.

Bethmann Hollweg

146

Chef des Admiralstabes Admiral v. Holtzendorff an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

Eing. Berlin, 9. Januar 16

Ganz Geheim Berlin, 7. Januar 16

Euerer Exzellenz beehre ich mich, in Ergänzung meiner mündlichen Ausführungen über die militärischen Wirkungen der Wiederaufnahme des vollen U-Boot-Krieges auf die erfolgreiche Beendigung des Krieges im ganzen, die Erwägungen, die mich zu meinem Standpunkt geführt haben, zur geneigten Kenntnisnahme zu unterbreiten.

Der Krieg ist an einem Punkt angelangt, an dem die Frage, wie ein gutes Ende herbeigeführt werden kann, besonders eindringlich wird.

Die bisherigen militärischen Erfolge haben insofern bisher gleichwertigen politischen Ertrag nicht gebracht, als sie noch bei keinem unserer Gegner die Bereitwilligkeit erzeugt haben, sie als Grundlage für den Friedensschluß hinzunehmen. Außer der Haltung der Regierungen, zu deren Standhaftigkeit die verschiedenen vollzogenen oder in Vorbereitung begriffenen Ministerwechsel eher beizutragen scheinen, sowie der Parlamente beweisen das auch die in der Presse und sonst zutage tretenden Äußerungen aller beachtenswerten Teile der öffentlichen Meinung in den feindlichen Staaten, vornehmlich in England.

Was die Frage anlangt, ob auf dem östlichen oder westlichen Kriegsschauplatz eine politisch entscheidende Wendung herbeigeführt werden kann, so wird davon ausgegangen werden dürfen, daß einer neuen Offensive großen Stils gegen Rußland oder Frankreich Bedenken gegenüberstehen, die sich nicht nur auf die Größe der Opfer, sondern auch auf die Unsicher

heit eines durchschlagenden Erfolges gründen. Ein Feldzug gegen den Suezkanal und Ägypten, seine glückliche Erledigung vorausgesetzt, ist ein weit ausschauendes Unternehmen und trotz des schweren Schlages gegen die wesentlichen Verkehrswege und moralischen Machtgrundlagen Englands nicht mit Sicherheit geeignet, diesen Feind zum Frieden zu zwingen. Gegen eine solche Annahme spricht, außer der hartnäckigen Entschlossenheit und jahrhundertealten Herrschaftsgewohnheit der Engländer, die Überlegung, daß sie in jeden Frieden, dessen Bedingungen als Niederlage auf ihrer Seite erscheinen, der also zum Beispiel ihnen die Zahlung einer Kriegsentschädigung auferlegt oder nicht die uneingeschränkte Wiedereinsetzung Belgiens in den vorigen Stand enthält, eine bis zur letzten Möglichkeit abzuwehrende Gefährdung der überkommenen Grundlagen ihres Staatswesens erblicken müssen. Denn im Gegensatz zu den Festlandsmächten haben sie ihren Staat nicht auf heimische Grundlagen gestützt, die sich aus sich selbst zu ergänzen vermöchten, sondern sie haben ihn von der Beherrschung unterworfener Kolonialreiche und der freien Ein- und Ausfuhr über See abhängig gemacht, so daß ein nachhaltiger Stoß gegen den Glauben der Kolonialen an die Unerschütterlichkeit der englischen Herrschaft und gegen die Sicherheit des Seeweges nach Indien England vor die Notwendigkeit stellen würde, unter erheblichen Schwierigkeiten neue Bahnen der staatlichen Selbsterhaltung einzuschlagen. Aus diesem Grunde, dem das Sicherheitsgefühl des Inselbewohners zu Hilfe kommt, erklärt sich, daß gerade in England und von England aus, das immer weitere Reserven an Menschen und Geld heranzieht, die Hoffnung auf die endliche Überwindung der Mittelmächte genährt und verkündet wird. Auch der französische Widerstand wird auf diese Weise so gestärkt, daß die Hoffnung auf sein Erlahmen nicht als sicherer Faktor in die Berechnung der Friedensaussichten eingestellt werden kann. Auf russische Friedensbereitschaft ist, schon wegen der Art und Stellung der dort entscheidenden Kreise, noch weniger zu zählen.

Auf der anderen Seite werden bei längerer Dauer des Krieges, der immer mehr die Tendenz der Erschöpfung anzunehmen droht, die Opfer an Menschen und Geld so beträchtlich, daß der politische und finanzielle Ausblick auf die weitere Durchführung des Krieges und den Zustand nach Friedensschluß nachdrücklich zu der Prüfung zwingt, welche Mittel zur schnelleren Herbeiführung einer Entscheidung ergriffen werden können. Über den Ernst der Sachlage braucht von mir aus kein Wort hinzugefügt zu werden.

Wird das Mittel ausgeschieden, im Landkriege gegen Rußland und Frankreich den Sieg zu erzwingen, dann bleibt gegen England, den dritten und als Seele des ganzen Widerstandes gefährlichsten Feind, wenn er gleichfalls zu Lande nicht bezwungen werden kann, der Krieg zur See übrig. Regierung und öffentliche Meinung in England gehen offenbar neuerdings sogar von der Auffassung aus, daß selbst eine französische Niederlage keine Entscheidung bringen, sondern England nur vor die freilich unbequeme Aufgabe stellen würde, nun auch noch die französischen

Küsten abzusperren; daß aber kein Erfolg zu Lande Deutschland etwas nützen würde, so lange es vom Seeverkehr abgeschnitten sei, und daß England dies unter allen Umständen gewährleisten könne. Der Seekrieg kann auf rein militärischem Gebiet nicht ausgefochten werden, weil die englische Flotte sich nicht zum entscheidenden Kampf stellt. Die letzte Waffe, die noch zur Verfügung steht, ist danach der mit U-Booten geführte Wirtschaftskrieg, dessen England sich mit amerikanischer Hilfe entledigt zu haben glaubt. Er gewinnt an Bedeutung durch die Überlegung, daß nur von England der seitens unserer Gegner verkündete, für die Zeit nach dem Friedensschluß im Wege planmäßiger Aussperrung Deutschlands durchzuführende Handelskrieg wirksam organisiert werden kann und schon organisiert wird und daß mit dieser schweren Gefahr gerechnet werden muß, falls ihr nicht durch einen lediglich im siegreichen Frieden zu erzielenden Handelsvertrag mit England vorgebeugt wird.

Der Wirtschaftskrieg trifft England nicht nur dem Grade, sondern auch der Art nach durchaus anders, als er eine der Festlandsmächte, besonders auch Deutschland, trifft. Englands Ernährung hängt völlig von freier Nahrungsmitteleinfuhr ab; desgleichen seine Industrie, außer in Kohlen, von freier Rohstoffzufuhr; die Bezahlung dieser Einfuhren von der Möglichkeit der Ausfuhr industrieller Erzeugnisse; die ungehinderte Arbeit dieses Wirtschaftsorganismus' ist die unerläßliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Zahlungsbilanz und damit des Sterlingkurses; dieser ist die Grundlage der Macht und des Vertrauens, ohne die London als Weltbörse nicht bestehen kann. Alle diese Momente, die auch im Falle des Zustroms amerikanischen Goldes ihre Bedeutung nicht verlieren, sind Staatsnotwendigkeiten Englands geworden; man braucht also nicht auf eine besondere kommerzielle Geistesrichtung der Engländer zu schließen, um die vorwaltende Wichtigkeit ihrer wirtschaftlichen Bekämpfung zu begründen. Im vorliegenden Falle kommt noch dazu, daß England die technische und geldliche Durchführung des Krieges als ihm zunächst zukommende Rolle übernommen hat. Wird sie ihm unmöglich gemacht, so zerfällt von diesem Punkt aus die kriegerische Organisation, die uns bedroht.

Die Erfahrungen des Frühjahrs und Sommers 1915 haben den Beweis geliefert, daß ein mit mäßigen Mitteln und vor allem unter ständigen, durch politische Rücksichten gebotenen Einschränkungen geführter U-Boot-Wirtschaftskrieg England in ernste Bedrängnis gebracht hat. Die zahlenmäßigen Nachweise hierfür liegen aus jener Zeit vor und sind durch Gutachten maßgebender Sachverständiger bekräftigt. Die Hemmungen der Zu- und Ausfuhr konnten unter den gegebenen Bedingungen des Kampfes nicht so groß sein, um einen als solchen schon lebensgefährlichen Mangel zu begründen; doch haben sie Preissteigerungen der Einfuhr und Beeinträchtigungen der Ausfuhr verursacht, die eine in England selbst von den sachverständigen wirtschaftlichen Beurteilern als sehr bedenklich angesehene Verschlechterung der Handelsbilanz und damit der Zahlungsbilanz hervorgerufen haben. Die fast schon katastrophale Verteuerung des Geldes und ein entsprechender Druck auf den Sterlingkurs war die Folge.

Inzwischen sind in der zunehmenden Knappheit des Frachtraums, die zu unerhörten Verteuerungen der Frachtraten geführt hat, und in der Beeinträchtigung der industriellen Arbeit durch die Rekrutierung ebenso wie in der Beengung der eigenen geldlichen Hilfsmittel Voraussetzungen eingetreten, die die Aussichten eines neuen Wirtschaftskrieges erheblich verbessern. Er würde einen schon geschwächten Organismus treffen.

Wird nach der winterlichen Jahreszeit, also unter geeigneten Witterungsverhältnissen, der U-Boot-Wirtschaftskrieg mit den zu Gebote stehenden Mitteln und ohne Einschränkungen, die seine Wirksamkeit von vornherein lähmen, neuerdings begonnen, so kann auf Grundlage der früheren Erfahrungen in sichere Aussicht gestellt werden, daß der englische Widerstand in längstens ½ Jahr gebrochen sein wird.

Die Gefahr, daß die Wiederaufnahme des U-Boot-Krieges zum Bruche mit den Vereinigten Staaten führen wird, muß freilich ins Auge gefaßt werden. Allerdings scheint es nach meiner unmaßgeblichen Ansicht nicht ausgeschlossen zu sein, daß es der weiteren Behandlung der Frage gelingen möchte, eine feindselige Stellungnahme Amerikas hintanzuhalten. Dafür läßt sich der Hinweis darauf verwerten, daß Deutschland dem seitherigen amerikanischen Standpunkt auf dem Wege der Dämpfung des U-Boot-Krieges sehr weit entgegengekommen ist, also genügende Beweise seiner Bereitwilligkeit gegeben hat, jenem Standpunkt Rechnung zu tragen; daß auf englischer Seite eine so unmenschliche Kriegführung, wie sie im Baralong-Falle einmal zur Kenntnis gelangt ist, Platz greift, während andererseits trotz eines durch und durch diszíplinierten Offizierkorps Zwischenfälle wie die der Versenkung großer Passagierdampfer, sich nicht völlig ausschließen lassen; daß endlich England, der ausdrücklichen Auffassung der Vereinigten Staaten von der völkerrechtlichen Sachlage zuwider, sich rühmt, Deutschland völlig vom Verkehr zur See und fast auch mit den angrenzenden neutralen Staaten abgeschnitten zu haben, und mehr und mehr dazu übergegangen ist, dies Vorgehen mit rein militärischen Notwendigkeiten zu begründen. Sollte trotzdem eine kriegerische Verwickelung mit Amerika nicht abzuwenden sein, so glaube ich, folgende Erwägungen anstellen zu müssen:

Daß in dem kritischen halben Jahre den Heeren unserer Gegner wesentliche Verstärkungen aus Amerika zuwachsen sollten, wird nicht in einem Umfange zu befürchten sein, der die Verteidigung der deutschen Stellungen ernstlich gefährden könnte. Die geldliche Unterstützung Englands ist kein ausreichendes Hilfsmittel gegen die Lähmung seiner Ein- und Ausfuhr und damit seiner wirtschaftlichen Mattsetzung; die technische Unterstützung ist keiner beträchtlichen Steigerung mehr fähig. Die Besorgnis Amerikas vor Japan würde erst im Falle eines Krieges wirksam werden. Die Wegnahme der in amerikanischen Häfen liegenden deutschen Handelsschiffe ist für den Verlauf des Krieges gleichgültig; ihre bedenkliche Folge für die Zeit nach dem Friedensschluß wäre bei siegreicher Beendigung des Krieges gegen England auszugleichen. Die politisch sicherlich uner-

wünschten Wirkungen des Bruches mit den Vereinigten Staaten werden in ihrer Bedeutung abzuwägen sein gegen den Nutzen des einzigen noch übrigen Mittels, in absehbarer Zeit den Krieg zum guten Ende zu führen. Meines Erachtens wird man dem Nutzen das schwerere Gewicht zuerkennen dürfen; denn wenn nicht bis etwa zum Herbst 1916 eine für Deutschland günstige Entscheidung des Krieges erzwungen wird, dann schwindet die Hoffnung auf einen Friedensschluß, der Deutschland für die nächsten Jahrzehnte ein politisch gesichertes, wirtschaftlicher Erholung und Entwickelung fähiges Dasein verbürgt.

Eine soeben zur Kenntnis gekommene Nummer der „Times" enthält zu der Frage des Wirtschaftskrieges Ausführungen, über die sich die Anlage in Kürze äußert.

v. Holtzendorff

147

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

Eing. Berlin, 13. Februar 16

Eigenhändig — Berlin, 13. Februar 16

Euerer Exzellenz beehre ich mich, anliegende Denkschrift gehorsamst zu überreichen. Sie faßt im wesentlichen meine auf die letzten Anfragen Euerer Exzellenz gemachten Darlegungen übersichtlich zusammen.

Mit Rücksicht auf die militärische Bedeutung der behandelten Materie habe ich geglaubt, den Chefs des Generalstabes des Feldheeres und des Admiralstabes einen Abdruck übersenden zu sollen.

v. Tirpitz

Anlage

Kann England durch den U-Boot-Krieg zum Frieden gezwungen werden?

I. Das wichtigste reale Mittel, um England niederzuzwingen, ist jetzt die Einsetzung unserer U-Boote. Durch den Landkrieg allein können wir England nicht niederringen. Die rücksichtslose Durchführung des U-Boot-Krieges, unterstützt durch unsere übrigen Seestreitkräfte und unsere Luftflotte — alles unter einheitlicher geschlossener Leitung —, ist für die Erreichung des Zieles von entscheidender Bedeutung. Mit der Vernichtung jedes die englische Küste ansteuernden Schiffes durch U-Boote wird England in seinem Lebensnerv getroffen. Für England ist der Seeverkehr Lebenselement, seine Störung für die Dauer lebensgefährlich, seine volle Unterbindung wäre sogar in kurzer Zeit tödlich. Jeder Angriff auf die überseeischen Verbindungen Englands ist daher auf Kriegsentscheidung gerichtet. Je unmittelbarer die Verluste vor den eigenen Toren des Inselreichs sind, um so stärker ist die materielle und moralische Wirkung auf das englische Volk. Der U-Boot-Angriffe auf seinen Überseeverkehr kann sich England, wenn richtig disponiert wird, trotz seiner sonstigen Machtmittel nicht entscheidend erwehren. Deshalb ist zurzeit gerade der U-Boot-Krieg der ae-

fährlichste und — kräftig geführt — die unbedingt entscheidende Form der Kriegführung gegen England.

II. Die Vorbedingungen zur erfolgreichen Durchführung eines unbeschränkten U-Boot-Krieges sind militärisch und wirtschaftlich gegeben. Sie sind in beiden Richtungen noch erheblich günstiger als im Februar 1915.

1. Am 18. Februar 1915 wurde der U-Boot-Krieg mit einem Bestand von 21 Booten begonnen. Die Zahl stieg in den Sommermonaten auf durchschnittlich 35 Boote. In den Frühjahrsmonaten waren rund 1/4 der Boote in See, von Juni an nahezu 1/3. Trotz der sehr bald mit Rücksicht auf Amerika vorgenommenen Einschränkung war die Wirkung dieses U-Boot-Krieges eine sehr große und sich ständig steigernde: Das Wirtschaftsleben Englands wurde empfindlich getroffen und verfiel rasch zunehmender Unsicherheit und Nervosität. Zur Abwehr von U-Boot-Angriffen wurden — sicheren Nachrichten zufolge — etwa 2000 Fahrzeuge (meist Fischdampfer) verwendet, die der Handelsflotte entzogen und mit einer verhältnismäßig hohen Zahl militärischer Spezialisten besetzt werden mußten. Für den neuen U-Boot-Krieg gegen England — einschließlich Mittelmeer — stehen im Februar 38 Boote zur Verfügung. Ihre Zahl steigt im April auf 50 und von da ab im Monat durchschnittlich um zehn Stück. Die Verluste an Booten können anfangs mit zwei bis drei, später mit vier bis fünf monatlich angesetzt werden. Diese Zahlen sind hoch veranschlagt, wenn man berücksichtigt, daß die U-Boote künftig den Krieg ohne den Befehl zum Auftauchen führen werden. Die Wirkung eines solchen uneingeschränkten U-Boot-Krieges läßt sich zahlenmäßig genau zwar nicht berechnen, da wir einen solchen Krieg noch nicht geführt haben. Auch ist zu bedenken, daß England durch Einstellung des ersten U-Boot-Krieges Gelegenheit erhalten hat, in der Verwendung der ihm zur Verfügung stehenden Schiffsräumte rationeller zu disponieren, so daß die Wirkungen des neuen U-Boot-Krieges nicht sofort in ihrer ganzen Schärfe in die Erscheinung treten werden. Immerhin wird aber die Verminderung der für England in Betracht kommenden Tonnage durch Versenkung bei sehr vorsichtiger Schätzung 300 000 Tonnen im Monat weit übersteigen An der Hand des ihm zur Verfügung stehenden statistischen Materials berechnet der Chef des Admiralstabes diese Zahl auf insgesamt rund 630 000 Tonnen pro Monat auf allen Kriegsschauplätzen. Die Differenz erklärt sich daraus, daß die von mir schätzungsweise ermittelte Zahl sich nur auf das Kriegsgebiet, das ist die englischen Gewässer, nicht auf alle Kriegsschauplätze bezieht und daß weiterhin für die innerhalb dieses Kriegsgebietes zu erwartenden Verluste auch die mittelbaren Wirkungen eines scharfen U-Boot-Krieges: Einschränkung des Schiffsverkehrs mit England usw. (vergleiche Ziffer 3) in Berücksichtigung gezogen wurden.

2. Auch die wirtschaftliche Gesamtsituation Englands, soweit sie durch den Überseeverkehr bedingt ist, bietet wesentlich günstigere Vorbedingungen zur baldigen Erreichung eines entscheidenden Erfolges durch rücksichtslose Anwendung der U-Boot-Waffe als im Februar 1915.

Im Gesamtweltverkehr ist zurzeit das Angebot an Frachtraum ganz wesentlich beschränkt, die Nachfrage danach enorm gesteigert. Diese ver-

mehrte Nachfrage ist durch die Notwendigkeit der Zufuhr von Kriegsmaterial aller Art und durch die militärischen Transporte unserer Feinde nach den verschiedenen Kriegsschauplätzen hervorgerufen. Das stark verminderte Angebot an Frachtraum hat seinen Grund in dem Ausscheiden der deutschen Kauffahrteiflotte aus dem Weltverkehr, dem teilweisen Stillliegen feindlicher Handelsschiffe, z. B. russischer und englischer Schiffe im Schwarzen Meer, und vor allem in den Verlusten, welche die englische Kauffahrteiflotte durch den Kreuzerkrieg und auch den bisher geführten U-Boot Krieg erlitten hat, sowie in der Inanspruchnahme der englischen Handelsflotte für Zwecke der Kriegführung.

Nach Lloyds Schiffsregister betrug der Brutto-Registergehalt der Kauffahrteiflotte Englands (ohne Kolonien) im Jahre 1914 rund 18,7 Millionen Tonnen. Die hierin bisher eingetretenen Verluste müssen nach den uns gewordenen, meist aus englischer Quelle stammenden Nachrichten auf etwa 1,8 Millionen Tonnen beziffert werden. Bei der den beteiligten englischen Kreisen eigenen Taktik, mit der Veröffentlichung von Verlusten stark zurückzuhalten, wird man nicht fehlgehen, wenn man die bisher entstandenen Gesamtverluste auf über 2 Millionen Tonnen beziffert. Solche Lücken durch Neubauten oder durch Ankauf neutraler Schiffe auch nur annähernd auszufüllen, war England bisher außerstande.

Der Tonnengehalt der von England für Zwecke der Kriegführung entweder als Hilfskreuzer oder als Transportdampfer in Anspruch genommenen Schiffe und Fahrzeuge wird in Fachzeitschriften auf etwa 5 Millionen Tonnen berechnet.

Mit diesem Tonnenausfall von etwa 5 Millionen und dem Kriegsverlust von 2 Millionen Tonnen würde sich danach ein Gesamtausfall an Schiffsräumten von rund 7 Millionen Tonnen ergeben. Der Tonnengehalt der für U-Boot-Abwehr verwendeten Fahrzeuge, der still liegenden englischen Schiffe u. a. m. ist hierbei nicht berücksichtigt. — Der Gesamttonnengehalt der englischen Kauffahrteiflotte ist danach — gering geschätzt — um mehr als ein Drittel gekürzt. Die Folgen dieses großen Mangels an Schiffsräumten für das englische Wirtschaftsleben zeigten sich in letzter Zeit in einem sprunghaft in die Höhe gehenden Ansteigen der Frachten und Hand in Hand damit in einer Verteuerung der für die Lebenshaltung erforderlichen Gegenstände und der Rohstoffe für die Industrie. Während z. B. die Fracht für Getreide von Argentinien nach England Ende Juli 1914 12 sh pro Tonne kostete, war sie bis Mitte Januar 1916 auf 150 sh gestiegen. In der gleichen Zeit betrug die Fracht von den nördlichen Häfen der Vereinigten Staaten nach England 75 sh pro Tonne (gegen 10 sh Ende Juli 1914), die Kohlenfracht von Cardiff nach Genua und Port Said — also nach dem Mittelmeer — 78 sh (gegen 7 sh Ende Juli 1914), diejenige von New Castle nach Genua 85 sh — heute sogar 95 sh — gegen 7/6 sh.

3. Mit der durch einen scharfen U-Boot-Krieg infolge Versenkung herbeigeführten weiteren erheblichen Verminderung der Handelstonnage (vgl. Ziffer 1) wäre die Wirkung dieses Krieges nicht erschöpft. Es kommt dazu, daß im Verlaufe eines solchen Krieges der Schiffsverkehr mit England

immer mehr eingeschränkt würde. Diese Tonnage, die durch Ablenkung auf andere Handelswege oder durch Festliegen den für England in Betracht kommenden Gesamtschiffsräumten entzogen würde, bedeutet weiter einen mindestens ebenso fühlbaren Verlust als die unmittelbar durch Versenkung entzogene Tonnage.

Dieser starke Ausfall an Schiffsräumten würde England in einem vitalen Punkte treffen, müßte in immer steigendem Maße nicht nur Teuerung, sondern schließlich Not und Mangel an den unentbehrlichsten Gegenständen hervorrufen und das englische Wirtschaftsleben zerrütten. Er würde aber auch die unmittelbar die Kriegführung bestimmenden Faktoren so nachteilig beeinflussen, daß nach meiner und nach der Ansicht des Chefs des Admiralstabes England bei sofortiger rücksichtsloser Einsetzung der U-Boot-Waffe sich bis zum Herbste dieses Jahres zum Nachgeben genötigt sehen würde.

Diese verhängnisvollen Wirkungen eines scharfen neu aufgenommenen U-Boot-Krieges werden von England selbst klar erfaßt und gefürchtet, um so mehr, als diese Wirkungen im vorigen Jahre erst voll eintraten, als der U-Boot-Krieg abgebrochen werden mußte. Die jüngste Stellungnahme Sir E. Greys in der Frage der Verschärfung der Blockade war unverkennbar durch die Besorgnis vor den Wirkungen des U-Boot-Krieges, als Gegenmaßregel gegen solche Blockadeverschärfung, diktiert. England bemüht sich daher auch zweifellos, mit Hilfe seiner amerikanischen Freundschaft auf diplomatischem Wege uns diese Waffe zu entwinden. Das neuerliche Vorgehen Amerikas in der „Lusitania"-Frage sowie die Note Lansings über den Handelskrieg sind Akte, die ein Einvernehmen mit England an der Stirn tragen.

III. Um den richtigen Standpunkt zu dieser Stellungnahme Amerikas in der U-Boot-Frage zu gewinnen, muß man auf ihre Entwickelung während des Krieges zurückgreifen.

Die Vereinigten Staaten standen uns von Anfang an nicht wohlgesinnt gegenüber. Das Gefühl der Rassenverwandtschaft des führenden Bevölkerungsteiles gegenüber England und noch mehr die immer enger gewordene Vertrustung englischer und amerikanischer Wirtschaftskräfte führten diese Stellungnahme notwendig herbei. Trotzdem bestand wenigstens bei der Regierung anfangs eine gewisse Scheu vor offener Parteinahme. Hätte seinerzeit auf die Februar-Note hin der Einspruch Amerikas gegen den U-Boot-Krieg völlig zurückgewiesen werden können, so hätte die unbeschränkte Durchführung dieses Krieges meiner Ansicht nach nicht zu einem Bruch mit den Vereinigten Staaten geführt. Infolge der Einschränkung des U-Boot-Krieges und der dadurch ermöglichten ungeheuren Lieferungen von Munition und Kriegsmaterial aller Art wurde jedoch das ganze amerikanische Wirtschaftsleben und damit auch die amerikanische Politik ganz anders als zu Beginn des Krieges mit der Sache Englands verbunden. Amerika ist an dem Schicksal des englischen Wirtschaftslebens und damit im Sinne Englands an der Niederzwingung Deutschlands unmittelbar interessiert. Hinzu kommt, daß in Amerika die Überzeugung von der wachsenden gefährlichen Feindschaft Japans und der über kurz oder

lang notwendigen Auseinandersetzung mit ihm sich gerade im Laufe des Krieges noch gefestigt hat. Wenn nicht zwischen den Regierungen, so bestehen jedenfalls zwischen den Trustführern in England und Amerika schon heute Verbindungen, die darauf abzielen, nach dem Weltkriege Japan durch die vereinten Kräfte Englands und Amerikas wieder zurückzuwerfen. Das ist aber nur möglich, wenn England in Europa vor jeder Gefahr sichergestellt, wenn also Deutschland niedergezwungen ist. Hieraus folgt, daß die Vereinigten Staaten, sie mögen wollen oder nicht, an unserer Niederlage unmittelbar interessiert sind, sie sind ein direkt beteiligter Feind Deutschlands geworden.

Sollten die Vereinigten Staaten aus dieser Lage die Konsequenz ziehen und es zu einem Bruch mit uns kommen lassen, so würde hierdurch, sofern sie nur die diplomatischen Beziehungen abbrechen würden, der bestehende Zustand keine wesentliche Änderung erfahren.

Sofern die Vereinigten Staaten uns aber den Krieg erklären, so würde wieder das Problem der Schiffsräumte für die Beurteilung der alsdann für uns geschaffenen Situation im Vordergrund stehen. Die materielle und personelle Unterstützung, welche die Vereinigten Staaten England und unseren übrigen Gegnern gewähren könnten, würde in praxi Maß und Grenze an der ihnen tatsächlich zur Verfügung stehenden Handelstonnage finden.

Der Versuch der Vereinigten Staaten, diese Tonnage durch Rückgriff auf die ihnen erreichbare deutsche Handelstonnage nennenswert zu vermehren, würde teils ganz erheblichen Schwierigkeiten begegnen, teils wohl überhaupt aussichtslos sein.

Die in den Vereinigten Staaten befindliche deutsche Seeschiffstonnage beträgt nach meiner Schätzung 440 000 Br.-Reg.-T. an Dampfern. In den amerikanischen Kolonien befinden sich etwa 116 850 Br.-Reg.-T.

Die Möglichkeit der Heranziehung dieser in amerikanischer Gewalt befindlichen Schiffe hängt zunächst davon ab, ob und inwieweit diese Schiffe überhaupt verwendungsbereit sind. Weiter käme aber noch vielmehr der Umstand in Betracht, ob die Vereinigten Staaten das für die Besatzung dieser Schiffe erforderliche sehr zahlreiche Personal stellen können. Dieses Personal ist nicht vorhanden. Das seefahrende Personal aller Länder — England nicht ausgenommen — ist aufs äußerste beansprucht. Die Vereinigten Staaten haben zudem schon im Frieden unter empfindlichem Mangel an eigener seefahrender Bevölkerung gelitten. Endlich könnte die Verwendung der deutschen Schiffe dadurch erschwert oder ganz verhindert werden, daß wichtigere Maschinenteile vernichtet oder verschleppt werden.

Soweit es nach alledem Amerika trotzdem gelingen sollte, deutsche Handelsschiffe in Dienst zu stellen, so würde das eigene Interesse die Vereinigten Staaten dazu drängen, diese Schiffe für eigene Zwecke zu verwenden. Ein Vorteil oder eine Erleichterung für England wäre hiermit nicht verbunden.

Sollte Amerika nach einem Bruch mit uns England und unsere Gegner in erhöhtem Maße finanziell unterstützen, so würden hierdurch unsere Gegner nur in eine verstärkte Abhängigkeit von Amerika geraten. Weiter

würde der Nutzeffekt solcher finanziellen Unterstützung für unsere Gegner zum größten Teil in der Möglichkeit erhöhter Beschaffungen von im eigenen Lande nicht vorhandenem Kriegsmaterial aller Art und der zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens unentbehrlichen Gegenstände beruhen. Diese Möglichkeit kann aber nur dann realisiert werden, wenn die Gegenstände tatsächlich hereingeschafft werden können. Eine Verstärkung der finanziellen Mittel Italiens zum Beispiel zum Zwecke der Kohlenbeschaffung bringt die Kohlen noch nicht ins Land. Auch eine erhöhte finanzielle Unterstützung unserer Gegner durch Amerika würde also in ihrer Wirkung letzten Endes wieder untrennbar in überwiegendem Maße mit dem Problem der Tonnage zusammenhängen.

IV. Was sodann die möglichen Rückwirkungen eines scharfen U-Boot-Krieges auf die übrigen Neutralen, besonders Holland und Dänemark anlangt, so haben diese Staaten während des ganzen Krieges in steigendem Maße sich die schlimmsten englischen Vergewaltigungen zu unserem Schaden gefallen lassen, so daß für uns kein Grund vorliegt, uns durch Rücksichten auf die Neutralen selbst zu binden.

Entscheidende militärische Rückwirkungen auf diese Staaten sind ausgeschlossen.

V. So ergibt sich in Ergänzung der gewaltigen Resultate des Landkrieges folgendes:

1. Der Eintritt Amerikas in die Reihe unserer Gegner würde für England keine ausschlaggebende Hilfe schaffen.
2. Nur unter voller Ausnutzung unserer gesamten Seestreitkräfte, unter denen den U-Booten eine besondere Rolle durch Absperrung Englands vom Seeverkehr zufällt, wird England niedergezwungen werden.

Berlin, 8. Februar 16

148

Chef des Generalstabes General v. Falkenhayn an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

Stellungnahme zur Belgischen und zur U-Boot-Frage
Eing. Berlin, 15. Februar 16
Streng geheim
Durch Offizier geschrieben

Gr. H. Qu., 13. Februar 16

Euere Exzellenz haben bei unseren Besprechungen in Pleß meine Stellungnahme zur Belgischen und zur U-Boot-Frage verlangt. Bei der Wichtigkeit der Gegenstände beehre ich mich, die Antworten hier kurz zusammengefaßt zu wiederholen:

1. Was die Zukunft Belgiens anlangt, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß das Land als Aufmarschgebiet, zum Schutz der wichtigsten

deutschen Industriegegend und als Hinterland der für unsere maritime Geltung unentbehrlichen Stellung an der flandrischen Küste uns zur Verfügung bleiben muß.

Aus dieser Forderung ergibt sich von selbst die Notwendigkeit der unbedingten militärischen Beherrschung Belgiens durch Deutschland einschließlich derjenigen der Eisenbahnen und Straßen, welche letzte von der ersten heute überhaupt nicht zu trennen ist.

Die Formen, mittels deren dieses Ziel gesichert werden soll, können sehr verschieden sein. Sie werden in erster Linie bestimmt durch die Umstände, unter denen es zum Frieden mit den Westmächten kommt. Man wird sich also, bevor die Bedingungen des allgemeinen Friedens zu übersehen sind, in bezug auf Belgien nicht binden dürfen. Das ist aber für Belgien durchaus nicht unvorteilhaft. Im Gegenteil! Belgien würde den Rubikon überschreiten, indem es auf unsere Seite tritt. Sicherlich werden wir ihm in den Formen, auch denen der militärischen Suprematie später, um so mehr entgegenkommen, je eher der Übertritt etwa erfolgt und je größeren Nutzen er uns daher bringt. Die Hauptsache freilich bleibt, conditio sine qua non: die militärische Sicherung Belgiens in oben skizziertem Umfange für die mitteleuropäische Kraftgruppe. Ohne diese conditio verliert Deutschland den Krieg im Westen.

2. Mit dieser Feststellung wird gleichzeitig zum guten Teil die andere durch Euere Exzellenz angeregte Frage geklärt. Ebenso wie für uns der Krieg als verloren gelten muß, wenn der Eintritt Belgiens in unseren „Konzern" nicht erzwungen wird, ebenso verliert ihn England, wenn es eine solche Verschiebung zulassen muß. Mit anderen Worten: England kann schon jetzt nicht anders handeln wie wir, d. h. es muß den Krieg bis zum bitteren Ende führen. Der trotzdem oft versuchte Einwand gegen den sogenannten rücksichtslosen U-Boot-Krieg, erst durch seine Anwendung würde England zum Äußersten getrieben werden, entbehrt also der Begründung. Vom militärischen Standpunkte aus ist er ja auch an sich nicht einen Augenblick haltbar. Aber wenn er auch so zuträfe, wie er in der Tat nicht zutrifft, würde er meine Haltung in dieser Frage nicht schwächen, sondern stärken.

Denn der uneingeschränkte U-Boot-Krieg ist das einzige Kriegsmittel, durch dessen Anwendung England sicher und unmittelbar in seinen Lebensbedingungen getroffen werden kann, die Wirksamkeit des Mittels erachte ich nach der dienstlichen Erklärung des Chefs des Admiralstabes für gegeben. Gegen den Gewinn, den uns die S i c h e r h e i t, England niederzuringen, bringt, kann der Nachteil nicht ausschlaggebend ins Gewicht fallen, daß die M ö g l i c h k e i t dadurch hervorgerufener Verwickelungen mit Neutralen besteht. Und zwar um so weniger, als sich die Verwirklichung der Möglichkeit durch zweckmäßige politische und diplomatische Vorbereitung sehr wohl hinhalten, vielleicht sogar ausschalten läßt. Allerdings würde die Vorbereitung nicht in dem Geiste geführt werden dürfen, der in der mir zugänglich gemachten Denkschrift des Gesandten im Haag die Feder geführt hat und ein völliges Verkennen der Grundbedingungen des gegenwärtigen Krieges zeigt.

Aus vorstehenden Betrachtungen ergibt sich meiner Ansicht nach, daß die Kriegsleitung gar nicht das Recht hat, auf den U-Boot-Krieg zu verzichten. Ist das aber der Fall, so kann auch der politischen Leitung nicht das Recht zustehen, der Kriegsleitung die Anwendung des zum Siege notwendigen Kriegsmittels unmöglich zu machen.

Man braucht sich ja nur unsere wahrscheinliche Lage im nächsten Winter ohne U-Boot-Krieg zu vergegenwärtigen, um die Richtigkeit der eben aufgestellten Behauptung zu erkennen. Ob eine solche Lage eintreten wird, ist eine andere Frage. Ich glaube es nicht. Denn ich halte es für sicher, daß schon während der allmählichen Zuspitzung der Lage in den nächsten Monaten die Macht der Verhältnisse auch die heute am meisten widerstrebenden Faktoren dazu bringen wird, dem U-Boot-Krieg zuzustimmen. Dann wird er aber nicht mehr die furchtbare Waffe gegen England sein, die er heute darstellt. Aus dem kräftigen Hieb, den wir jetzt damit führen können, wird dann eine schwächliche Parade geworden sein. Eine derartige Entwickelung zulassen, hieße weder nach unseren besten Überlieferungen noch nach gesunden Kriegsregeln handeln und würde letzten Endes uns vor den Verwickelungen mit übelwollenden Neutralen doch nicht bewahren.

Ich halte daher nach Pflicht und Gewissen den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, sobald er möglich wird, also nach Angabe der Marine von Mitte März ab, für geboten.

v. Falkenhayn

149

Denkschrift des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg

Berlin, 29. Februar 16

Die Ankündigung des U-Boot-Krieges in den Formen, in denen ihn der Admiralstab durchführen will, d. h. in der ohne Warnung erfolgenden unterschiedslosen Torpedierung von Frachtdampfern und Passagierdampfern, unter neutraler wie unter feindlicher Flagge, würde als sichere Folge das Eintreten der Vereinigten Staaten in den Krieg an der Seite unserer Gegner haben.

An diesem Ergebnis würden auch etwaige Einschränkungen zugunsten des regelmäßigen amerikanischen Schiffsverkehrs nichts ändern. Sie können günstigstenfalls die Wirkung haben, die Entschließung der Vereinigten Staaten etwas hinauszuziehen. Andererseits erwartet die Marine als Folge ihres Vorgehens das Ausscheiden Englands als Kriegsgegner in einer Frist von etwa 6 bis 8 Monaten. Die Oberste Heeresleitung hat ihren Standpunkt dahin präzisiert, daß, da die Widerstandskraft Österreich-Ungarns kaum über das Jahr 1916 hinausreichen werde, jedes verfügbare Mittel angewandt werden müsse, um den Krieg vorher zu beenden.

Vorausgesetzt, daß diese Prämisse richtig ist, ergibt sich für die Entscheidung, ob die rücksichtslose Führung des U-Boot-Krieges aufzunehmen ist, die Prüfung folgender Fragen:

1. Besteht die Sicherheit, daß der neue U-Boot-Krieg in dem angegebenen Zeitraume eine Verringerung des Raumgehaltes der verfügbaren englischen Handelsflotte um annähernd 4 000 000 t, wie Admiral v. Holtzendorff das erwartet, herbeiführen wird?

2. Ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die erhoffte Schädigung der englischen Handelsflotte England zum Frieden zwingen wird?

3. Welche Folgen wird das zu erwartende Eintreten der Neutralen, insbesondere Amerikas, in den Krieg haben?

I.

Wieviel Schiffe durch den geplanten U-Boot-Krieg versenkt werden können, hat der Marinefachmann zu beantworten. Indessen weist schon der Unterschied in der Schätzung der monatlich zu vernichtenden Tonnage, die vom Admiral v. Holtzendorff auf 630 000 t bewertet wird, während Großadmiral v. Tirpitz eine entschieden geringere, ziffernmäßig jedoch nicht genau greifbare Zahl angibt, darauf hin, daß die Grundlagen dieser Schätzung unsichere sind. Sie beruhen auf einer arithmetischen Übertragung der bisherigen Ergebnisse des U-Boot-Krieges und des Minenkrieges in der Nordsee und dem Mittelmeer auf den neuen U-Boot-Krieg.

Unberücksichtigt bei dieser Schätzung sind geblieben:

1. Die Wirkung neuer Abwehrmittel gegen die U-Boote, die sich England, wenn es um seine Existenz geht, im Verlaufe eines halben Jahres zweifellos beschaffen kann und beschaffen wird.

2. Der Zuwachs an neu erbauten Schiffen, der im Jahre 1915 etwa 650 000 t betragen hat.

3. Der Rückgriff auf die in neutralen Häfen liegende deutsche Handelstonnage, die für England frei wird, wenn Amerika mit uns bricht. An solchem Schiffsfrachtraum liegen in den Vereinigten Staaten, in Norwegen, Holland, Portugal, Italien, Griechenland, Afrika, Asien und in den Häfen der Südsee etwa 1,7 Millionen Tonnen. Trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten werden unsere Gegner jedenfalls einen Teil dieser Tonnage während des Zeitraums von einem halben Jahr sich dienstbar machen können.

Hiernach ist zweifellos, daß, selbst wenn innerhalb von 6 Monaten 4 Millionen Tonnen versenkt werden sollten, der für England verfügbare Schiffsraum nicht um diesen, sondern um einen wesentlich geringeren Betrag vermindert werden wird.

Die gesamte Berechnung der zu erzielenden Verminderung des englischen Schiffsraumes beruht somit auf schwankender Grundlage. Noch unsicherer ist die Bewertung der Wirkung, welche diese Verminderung auf die Kriegsentschlossenheit und Kriegsfähigkeit Englands haben wird.

II.

Bestimmte Zahlen über die England zurzeit zur Verfügung stehende Handelstonnage liegen nicht vor. Treffen die jüngsten Erklärungen des

Herrn Runciman im Unterhause zu — und sie bestätigen im wesentlichen auch anderwärts vorliegende Schätzungen —, so ist sie um ein Drittel zurückgegangen und hat England zurzeit für die Bedürfnisse seines Handelsverkehrs noch 13 bis 14 Millionen Tonnen verfügbar, wovon 9 Millionen englische Schiffe, 4 bis 5 Millionen neutrale Schiffe wären. Wahrscheinlich ist die Zahl höher, da dieser Rechnung nur die englische Tonnage bei Ausbruch des Krieges zugrunde gelegt ist. Daß diese Tonnage bis zum Herbst um 4 Millionen vermindert werden könne, ist nach den Ausführungen zu I nicht wahrscheinlich, geschweige denn sicher. Aber selbst, wenn sie es könnte, ist es lediglich eine Vermutung, daß diese Verminderung ausreichen würde, um England zum Frieden zu zwingen.

Durch die Steigerung der Frachtraten und die Erschwerung des Exports ist England in erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Die Knappheit an Schiffsraum hat viel dazu beigetragen, aber die alleinige Ursache ist sie nicht. Mangelnde Organisation sowie Schwierigkeiten in den Hafen- und Arbeiterverhältnissen haben mitgewirkt. Wird durch den geplanten U-Boot-Krieg der Schiffsraum weiter vermindert, so werden Englands Nöte wachsen. Bevor England aber kapituliert — und darum handelt es sich — wird es alle Hebel ansetzen, um seiner Nöte Herr zu werden. Vermögen schon bessere Dispositionen über den verfügbaren Schiffsraum, Beschränkungen der Einfuhr auf die für die Volksernährung sowie die Fortsetzung des Krieges unbedingt erforderlichen Waren bis zu einem gewissen Grade Abhilfe zu schaffen, so hat die englische Regierung in der freiwilligen oder erzwungenen Aufgabe des Saloniki-Unternehmens ein Mittel, um seinem Handelsverkehr wieder so viel Tonnage zuzuführen, daß der durch den U-Boot-Krieg entstehende Verlust zu einem guten Teil ausgeglichen wird.

Eine gänzliche Absperrung Englands ist bei der beschränkten Zahl unserer U-Boote und ihrer Aktionsunfähigkeit bei Nacht ausgeschlossen. Sei es mit, sei es ohne Convoi wird England eine gewisse Anzahl von Schiffen durch unsere weitmaschige U-Boot-Sperre und auch durch die Minensperre unter allen Umständen, eventuell über Frankreich, durchbringen können. Selbst wenn man die Getreidereserven außer Betracht läßt, über die die englische Regierung verfügt, genügen bei einer durchaus erträglichen Einschränkung des Verbrauchs 4 bis 5 Schiffe mittlerer Größe täglich, um die Versorgung Englands mit Brotgetreide zu sichern.

Faßt man alles zusammen, so wird die zu erwartende Verminderung des Schiffsraumes England zwar schädigen, aber ihm nicht bis zum Herbst die Fortsetzung des Krieges unmöglich machen und es damit zum Frieden zwingen. Denn davor darf man die Augen nicht verschließen: Wird der U-Boot-Krieg in der geplanten Weise angekündigt und geführt und tritt infolgedessen Amerika in das Lager unserer Feinde, so kommt ein durch solchen U-Boot-Krieg erzwungenes Friedensangebot Englands dem öffentlichen Eingeständnis gleich, daß die Seeherrschaft Albions durch Deutschlands Seemacht vernichtet worden ist. Ehe sich England zu einem solchen Eingeständnis entschließt, opfert es den letzten Mann und letzten Groschen. Steht die Sache aber so, dann müssen gegen die Schädi-

gungen, die England durch den U-Boot-Krieg zugefügt werden, diejenigen Schädigungen abgewogen werden, die wir selbst durch den Bruch mit Amerika erleiden.

III.

Daß der Bruch mit Amerika eintritt, wenn wir den U-Boot-Krieg in der geplanten Weise ankündigen und führen, ist nach der Haltung, die die Union bisher eingenommen hat, und die sie jetzt in der Frage der bewaffneten Handelsschiffe einnimmt, unzweifelhaft. Verhandlungen mit Amerika über die Modalitäten des von uns zu führenden U-Boot-Krieges sind ausgeschlossen, weil sie, wenn überhaupt, erst nach Monaten zum Ziel führen würden. Die gegen unsere Ankündigung von Amerika zu erwartenden Proteste müßten wir zurückweisen. Mit dieser Zurückweisung ist der Bruch da.

Der Bruch mit Amerika wird die nachstehenden Folgen haben:

1. Die Sache unserer Feinde erhält durch den offenen Übertritt Amerikas in ihr Lager eine neue ungeheure moralische Unterstützung. Die Zuversicht in die siegreiche Durchführung des Krieges wird neu belebt, der Wille zum Durchhalten gekräftigt. Die offensichtlich vorhandenen starken Unstimmigkeiten innerhalb der Entente verschwinden mit einem Schlage, die schon jetzt für die Haltung Frankreichs und Rußlands ausschlaggebenden Hoffnungen auf den Erschöpfungskrieg werden nahezu zur Gewißheit erhoben, wenn sich die einzige noch neutrale Weltmacht ihnen anschließt.

2. Der Unwille der neutralen Staaten gegen die englische Willkür ist in dauerndem Wachsen, wird aber mit dem Augenblick zu Schanden, in dem England, des amerikanischen Beistandes sicher, seinen Vergewaltigungen keine Zügel mehr anzulegen braucht.

3. Zu den ernstesten Bedenken gibt der Eindruck Anlaß, den der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg bei unseren Bundesgenossen machen würde. Baron Burian hat wiederholt betont, wir möchten es durch die Art der Führung des U-Boot-Krieges im Mittelmeer nicht zum Bruche mit Amerika treiben. Jetzt hatte er sogar dazu geraten, den Krieg gegen die bewaffneten feindlichen Handelsschiffe auf den Einspruch Amerikas aufzuschieben. Können wir dem Wiener Kabinett nicht die sichere Überzeugung von der bevorstehenden Niederzwingung Englands beibringen, so ist damit zu rechnen, daß es gegen die Wiederaufnahme eines den Bruch mit Amerika herbeiführenden U-Boot-Krieges, die wir ihm aus Loyalitätsgründen vorher mitteilen müßten, Einspruch erheben wird. Zum mindesten wird die Kriegsentschlossenheit Österreichs, das nach der Niederwerfung Serbiens und Montenegros saturiert zu werden beginnt und in dem starke anglophile Neigungen auch heute noch fortbestehen, durch den Bruch mit Amerika nicht erhöht werden.

Auch der türkische Botschafter hat bereits seine ernsten Besorgnisse über die möglichen Folgen eines Bruches mit den Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebracht.

Diese Bedenken gelten naturgemäß auch für Bulgarien.

Schon die moralischen Wirkungen des Bruches mit Amerika auf unsere Bundesgenossen, die Neutralen und unsere Gegner dürfen nicht unterschätzt werden. Je länger der Krieg dauert, um so mehr bewahrheitet es sich, daß den Krieg gewinnt, wer die besten Nerven behält. Die Geschichte lehrt, daß in Koalitionskriegen, die in entscheidenden militärischen Schlägen nicht beendet werden können, Unstimmigkeiten unter den Alliierten das Ende herbeizuführen pflegen. Diese Unstimmigkeiten zu beseitigen, wenn man des Erfolges nicht sicher ist, bleibt ein gefährliches Wagnis.

Auch die Stimmung in Deutschland darf nicht lediglich nach den Artikeln der alldeutschen Presse beurteilt werden. Die Überzahl unserer Feinde hat uns bisher daran gehindert, den Krieg siegreich zu beenden. Man wird fragen, ob es sich denn nicht habe umgehen lassen, die Zahl unserer Feinde noch zu vermehren, und das Eintreten Amerikas in den Krieg wird in weiten Kreisen des deutschen Volkes niederschlagend und entmutigend wirken.

Materiell hat der Bruch mit Amerika folgende Konsequenzen:

1. Die bisherigen Versuche der Entente, von Amerika Geld zu bekommen, haben nur ein bescheidenes Ergebnis gehabt. Bricht Amerika mit uns, so wird es von seinem Prestige und seinen materiellen Interessen dazu getrieben, alles aufzuwenden, damit der Krieg schnell zu Gunsten der Entente beendet werde. Alle seine finanziellen Ressourcen werden der Entente zur Verfügung stehen, und England wird die Folgen seiner finanziellen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, die sowieso schon jetzt vorliegt, gern in Kauf nehmen, wenn es nur gelingt, die gesamte angelsächsische Welt in Waffenbrüderschaft gegen uns zu vereinigen, um uns niederzuringen. Mögen auch die Finanzen allein den Krieg nicht entscheiden, so bedeutet doch die amerikanische Geldhilfe eine sehr wesentliche Stärkung der Kriegsrüstung unserer Gegner.

Die oft vorgebrachte Behauptung, die finanzielle Hilfe Amerikas werde England nichts nützen, wenn England durch den U-Boot-Krieg von der Außenwelt abgeschnitten sei und infolgedessen von dem amerikanischen Geld keinen Gebrauch machen könne, beruht auf der Voraussetzung, daß England durch den U-Boot-Krieg wie durch einen eisernen Vorhang von der Außenwelt abgetrennt werde. Diese Voraussetzung ist unzutreffend, wird auch vom Admiralstab nicht erwartet.

2. Die Versorgung Belgiens und Nordfrankreichs mit amerikanischem Getreide hört auf. Die schwebenden Verhandlungen über die Versorgung Polens werden unterbrochen. Der Generalgouverneur von Belgien hat zwar erklärt, falls die neue Ernte nicht versage, mit eigenen Vorräten zur Not bis zum 1. Januar 1917 auskommen zu können. Danach ist dieser Punkt nicht ausschlaggebend. Immerhin nimmt die Unsicherheit der Zustände hinter unserer Front zu, wenn die Belgier hungern müssen.

3. Amerikanische Waffenhilfe wird militärisch gering eingeschätzt; es kann aber kaum zweifelhaft sein, daß das Eingreifen der Vereinigten Staaten in diesen Krieg unsern Gegnern weiteres Kriegsmaterial zuführen würde, insbesondere solches, bezüglich dessen die Vereinigten

Staaten sich bis jetzt wenigstens formell, aus völkerrechtlichen Gründen, Beschränkungen auferlegt haben, so bezüglich der direkten Lieferung von U-Booten. Auch wird kein Kenner amerikanischer Verhältnisse darüber im Zweifel sein, daß der nach englischem Vorbild entwickelte amerikanische Sportsinn unseren Gegnern Freiwilligen-Kontingente zuführen dürfte, die nach einigen Hunderttausenden zu beziffern, kaum gewagt erscheint.

Z. 4. (Folgen Ausführungen über europäische Neutrale.)

Die lauernde und schwankende Haltung Rumäniens wird durch den Bruch mit Amerika in ententefreundlichem Sinne beeinflußt werden. Es will sich dem Sieger anschließen. Wie der König selbst sagt, glaubt Bratianu, daß wir der Erschöpfung erliegen müssen. Sieht Rumänien, daß sich mehr oder weniger alle von uns abwenden, daß der Ring der Absperrung sich immer enger schließt, so wird es uns zweifellos verloren geben und dementsprechend handeln.

Als die mit Sicherheit zu erwartenden Folgen eines den Bruch mit Amerika herbeiführenden U-Boot-Krieges ergeben sich somit eine Koalition fast aller in Betracht kommenden neutralen Staaten gegen uns, die militärische Bedrohung des Reiches von Holland und Dänemark aus, erhebliche Verschärfung unserer wirtschaftlichen Schwierigkeiten; auf der anderen Seite eine schwer ins Gewicht fallende Stärkung der militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Hilfsmittel unserer Gegner. Die Frage, ob wir imstande sein würden, den Krieg auch noch unter diesen erschwerenden Umständen zu einem siegreichen Ende durchzuführen, muß vernünftiger Überlegung nach verneint werden. Dazu kommt, daß wir nicht allein stehen und daß wir auf ein gleiches Maß von Widerstandskraft, wie wir es im Falle der äußersten Not schließlich doch noch aufwenden würden, bei unseren Bundesgenossen nicht rechnen können.

So erhebt sich die Frage, ob unsere Lage eine so verzweifelte ist, daß wir gezwungen sind, ein Vabanquespiel zu spielen, dessen Einsatz unsere Existenz als Großmacht und unsere ganze nationale Zukunft sein würden, während die Gewinnchancen, d. h. die Aussicht, England bis zum Herbst niederzuzwingen, sehr unsicher sind. Die Frage ist unbedingt zu verneinen.

Die Oberste Heeresleitung stellt die Möglichkeit in Abrede, den Krieg durch vernichtende Schläge auf dem Lande zu Ende zu bringen. Sie hält eine Beendigung des Krieges überhaupt nur für möglich, nachdem England oder wir selbst zu Boden geworfen worden sind. Kein Mensch kann mit zwingender Gewißheit behaupten, daß diese Ansicht irrig sei. Sie hat sogar die Erklärungen von Mr. Asquith und Herrn Sasonow für sich. Ebensowenig aber kann mit Sicherheit die Möglichkeit bestritten werden, den Krieg auch ohne rücksichtslosen U-Boot-Krieg im Laufe des Jahres 1916 zu beendigen. Es ist durchaus denkbar, daß unsere militärischen Erfolge im Westen, ein Mißlingen der großen angesagten feindlichen Frühjahrsoffensive, die steigenden finanziellen Nöte der Entente und die Aussichtslosigkeit, uns im laufenden Jahre auszuhungern, in England die Erkenntnis davon, daß die Fortsetzung des Krieges auch vom Standpunkt der englischen Interessen aus ein schlechtes Geschäft ist, so steigern, daß England einlenkt, ohne den Krieg bis zu unserer Erschöpfung fortzusetzen.

Alle diese Möglichkeiten schneiden wir uns ab, wenn wir durch den rücksichtslosen U-Boot-Krieg Amerika und mit Amerika noch andere Neutrale in den Krieg mit uns treiben. Erst dann entsteht ein Zustand, und zwar sind wir es selbst, die ihn schaffen, bei dem der Krieg bis zum allerbittersten Ende unter allen Umständen durchgekämpft werden muß. Unsere Aufgabe ist es deshalb, den U-Boot-Krieg in Formen zu führen, die den Bruch mit Amerika vermeiden lassen. Dann können wir allen Schaden, den wir dadurch England zufügen, als reinen Gewinn buchen. Daß dieser Schaden nicht unbeträchtlich ist, zeigen die Erfolge des seit dem Sommer 1915 geführten abgeschwächten U-Boot-Krieges. Die erhöhte Zahl der jetzt verfügbaren U-Boote wird die Erfolge vervielfachen.

IV.

Wir können den Bruch mit Amerika mit aller Wahrscheinlichkeit vermeiden, wenn wir den U-Boot-Krieg, soweit amerikanische Interessen in Betracht kommen, in den Grenzen des Völkerrechts und der hierüber der amerikanischen Regierung gegebenen Zusicherungen führen. Danach sind für die Verwendung der Unterseeboote vier Möglichkeiten gegeben, nämlich:

1. der Kreuzerkrieg gegen feindliche und neutrale Kauffahrteischiffe in allen Meeren;
2. der Minenkrieg an den feindlichen Küsten;
3. der rücksichtslose U-Boot-Krieg gegen bewaffnete feindliche Schiffe in allen Meeren;
4. der rücksichtslose U-Boot-Krieg gegen unbewaffnete feindliche Frachtschiffe im Seekriegsgebiet um Großbritannien und Irland.

Zu 1: Der Kreuzerkrieg richtet sich gegen feindliche Kauffahrteischiffe im allgemeinen und gegen neutrale Kauffahrteischiffe mit Bannware. Er setzt voraus, daß die Schiffe, soweit sie nicht fliehen oder Widerstand leisten, nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zerstört werden. Auch können neutrale Schiffe nur unter den Voraussetzungen der Artikel 49, 50 der Londoner Seekriegsrechtserklärung versenkt werden, d. h. nur dann, wenn das Schiff wenigstens zur Hälfte mit Bannware beladen ist und seine Einbringung das Unterseeboot einer Gefahr aussetzen oder den Erfolg seiner Operationen beeinträchtigen könnte.

Zu 2: In der Legung von Minen vor feindlichen Küsten läßt das Haager Minenabkommen vom 18. Oktober 1907 unseren Unterseebooten tatsächlich freie Hand. Der Artikel 2, wonach Minen zum Zwecke der Handelssperre nicht gelegt werden dürfen, ist von mehreren Großmächten, darunter von Deutschland und Frankreich, abgelehnt worden.

Zu 3: Der Krieg gegen bewaffnete feindliche Schiffe, die nach der deutschen Denkschrift vom 8. Februar 1916 völkerrechtlich als Kriegführende zu behandeln sind, verpflichtet im Gegensatz zum Kreuzerkrieg unsere Unterseeboote weder zur Warnung noch zur Vorsorge für die Rettung der Menschenleben.

Zu 4: Der Krieg gegen unbewaffnete feindliche Frachtschiffe in dem durch die Bekanntmachung des Admiralstabes vom 4. Februar 1915 bezeichneten Seekriegsgebiete rechtfertigt sich als Vergeltungsmaßnahme gegen

die Aushungerungspolitik Englands. Dagegen würde eine entsprechende Behandlung unbewaffneter feindlicher Frachtschiffe außerhalb des Seekriegsgebietes, insbesondere im Mittelmeer, unzulässig sein, weil hier sowohl Deutschland wie Österreich-Ungarn entgegenstehende Zusicherungen abgegeben haben.

Ein U-Boot-Krieg innerhalb der vorstehend dargelegten Grenzen würde von Deutschland voraussichtlich ohne Bruch mit Amerika durchgeführt werden können, wenngleich nachstehende Bedenken nicht ausgeräumt sind.

A. Nach den letzten Erklärungen der amerikanischen Regierung erscheint es zweifelhaft, ob sie sich während des Krieges die deutsche Auffassung von dem kriegerischen Charakter der bewaffneten Kauffahrteischiffe zu eigen machen wird. Da indes der Staatssekretär Lansing offenbar die innere Berechtigung dieser Auffassung anerkennt, dürfte die Meinungsverschiedenheit kaum zum Kriege führen, vorausgesetzt, daß wir in jedem einzelnen Falle den Nachweis der Bewaffnung des versenkten Schiffes erbringen können. Sollte sich über die Beweisfrage keine Einigung erzielen lassen, so würde ein Bruch aller Wahrscheinlichkeit nach dadurch abzuwenden sein, daß die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission gemäß dem dritten Titel des Haager Schiedsabkommens vom 18. Oktober 1907 vorgeschlagen wird. Unsere während der „Lusitania"-Verhandlungen gegebene Zusicherung, Passagierschiffe, die weder fliehen noch Widerstand leisten, nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben anzugreifen, steht unserem Vorgehen nicht entgegen, da diese Zusicherung sich keinesfalls auf Passagierschiffe bezog, die auch zu Angriffszwecken bewaffnet sind. Indessen ist es notwendig, daß sich „Lusitania"-Fälle, auch wenn es sich um einen bewaffneten Liner handelt, nicht wiederholen. Ein neuer „Lusitania"-Fall bewirkt unter allen Umständen den Bruch mit Amerika. Ein strikter Befehl, daß Liners nicht versenkt werden, auch wenn sie bewaffnet sind, ist deshalb bis zur Verständigung mit Amerika unbedingt erforderlich. Den tatsächlichen Erfolg des U-Boot-Krieges wird ein solcher Befehl nicht entscheidend beeinträchtigen.

B. Der Vergeltungskrieg gegen feindliche Frachtschiffe im Seekriegsgebiete könnte mit der amerikanischen Regierung dann zu Weiterungen führen, wenn auf diesen Schiffen amerikanische Matrosen angeheuert oder amerikanische Güter verladen sind. Indes treten amerikanische Matrosen durch die Anheuerung auf einem feindlichen Frachtschiff in ein solches Abhängigkeitsverhältnis zum Flaggenstaate, daß sie an dem Geschicke des Schiffes wie feindliche Matrosen teilnehmen müssen; amerikanische Güter aber auf feindlichen Frachtschiffen können nach den Grundsätzen des Völkerrechts auch im Kreuzerkriege mit dem Schiffe zugleich versenkt werden, sodaß die Umstände der Versenkung keinen Grund zur Beschwerde bieten. Übrigens haben wir der amerikanischen Regierung für das Seekriegsgebiet Zusicherungen nur hinsichtlich der Passagierschiffe gegeben, ohne daß sie die gleiche Zusicherung auch hinsichtlich der Frachtschiffe verlangt hätte; es ist daher unwahrscheinlich, daß sie nachträglich auf die Frachtschiffe zurückkommen sollte.

Gefährliche Verwickelungen mit Amerika werden dann entstehen, wenn unsere Unterseeboote bei der Zerstörung von Kauffahrteischiffen über die vorbezeichneten Grenzen dadurch hinausgehen, daß sie unbewaffnete Schiffe mit bewaffneten, Passagierdampfer mit Frachtdampfern, neutrale Schiffe mit feindlichen verwechseln und infolgedessen amerikanische Interessen verletzen. Einzelne wenige Fälle würden allerdings wohl durch Entschuldigung und Entschädigung beizulegen sein; häufigere Fälle dagegen würden zweifellos als absichtlich herbeigeführt angesehen werden und den Bruch zur sicheren Folge haben. Es erscheint daher, wenn dieser vermieden werden soll, unbedingt erforderlich, daß die den Unterseebooten erteilten Befehle den Ausschluß solcher Verwechselungen gewährleisten.

Was im vorstehenden von Amerika gesagt worden ist, gilt im wesentlichen auch von den übrigen neutralen Staaten, wenigstens für den Fall, daß ihre eigenen Schiffe wiederholt versehentlich versenkt werden sollten. Dagegen wird das gleiche nicht ohne weiteres anzunehmen sein, wenn ihre Angehörigen oder Güter auf feindlichen Schiffen zu Schaden kommen. Jedenfalls sind bisher entsprechende Reklamationen nicht oder doch nur mit geringem Nachdruck vorgebracht worden; allerdings steht dahin, ob es bei diesem Verhalten sein Bewenden behält, wenn es aus gleichem Anlaß mit Amerika zum Bruche kommen sollte.

Zu der Führung eines nach diesen Regeln zu führenden U-Boot-Kriegs ist keinerlei Ankündigung notwendig. Er kann sofort befohlen werden und wird zusammen mit den auf den Landkriegsschauplätzen erhofften Taten nachhaltigere und für uns glücklichere Wirkungen haben als ein U-Boot-Krieg, der den Bruch mit der noch neutralen Welt zur Folge hat und uns damit aller Wahrscheinlichkeit nach nicht dem Siege, sondern dem Untergange entgegenführt.

Daß die bestehende Differenz über die bewaffneten Handelsschiffe zum Bruche mit Amerika führen sollte, ist nicht anzunehmen. Tut sie es doch, so ist das ein Schicksal, dem wir nicht entgehen können. Denn wegen der Laune des Präsidenten Wilson können wir nicht davon abgehen, die mit Angriffsbefehlen ausgerüsteten bewaffneten feindlichen Handelsschiffe als Kriegsschiffe zu behandeln. Ein Nachgeben in diesem Punkte wäre nicht vereinbar mit unserer Würde und käme dem tatsächlichen Verzicht auf die U-Boot-Waffe gleich. Sollte der Bruch erfolgen, so ist der rücksichtslose U-Boot-Krieg gegen England und Amerika die Folge. Ob dann gleichzeitig auch die Absperrung Hollands und der skandinavischen Reiche gegen England erfolgen soll, kann nur unter Berücksichtigung der Modalitäten entschieden werden, unter denen der Bruch mit Amerika eintritt. Jedenfalls würde bei einem von Amerika provozierten Bruch unsere Lage gegenüber den übrigen Neutralen eine leichtere sein, als wenn der Bruch durch die Ansage des neuen unbeschränkten U-Boot-Krieges, die von allen betroffenen Neutralen als eine ihnen allen gleichmäßig geltende Herausforderung aufgefaßt werden würde, von uns herbeigeführt würde.

150

Privatbrief des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg an Staatssekretär v. Jagow

Eing. Berlin, 7. März 16 Charleville, 5. März 16

Lieber Herr v. Jagow!

Am 2. abends gab ich S. M., ohne auf das Thema selbst einzugehen, meine Denkschrift, nachdem ich zuvor in längerem Gespräch festgestellt hatte, daß Falkenhayn intransigent auf seinem Standpunkt beharrte. Am 3. nach der Frühstückstafel sagte mir S. M., er stehe ganz auf dem Boden der Denkschrift. Wir hätten viel zu wenig U-Boote, um England niederzuzwingen, und er werde doch nicht die „Dummheit" machen, den Krieg mit Amerika zu provozieren. Ich solle ganz unbesorgt sein, er werde die Sache mit Falkenhayn und Holtzendorff schon arrangieren. In seinen Randbemerkungen, die ich jedoch noch nicht gesehen habe, soll S. M. die maßgebenden Behauptungen der Denkschrift durchweg noch verschärft haben. Sehr ungehalten äußerte sich S. M. über die Reventlowschen Artikel und fragte, wie es möglich sei, daß solche in seine Rechte als Oberster Kriegsherr eingreifenden Artikel überhaupt erscheinen könnten. Ich schenkte S. M. über das Pressebureau des Reichsmarineamts reinen Wein ein und verlangte den Übergang dieses Bureaus an den Admiralstab, letzteres in vorher festgestelltem Einvernehmen mit Holtzendorff. S. M. hat daraufhin entsprechenden Befehl an Holtzendorff erteilt.

In einer von mir am 3. nachmittags abgehaltenen Konferenz mit Falkenhayn und Holtzendorff wurde die Sache zwischen uns nicht gefördert. Jeder blieb auf seinem Standpunkt. Holtzendorff erkannte indessen ausdrücklich an, daß die Ankündigung seines U-Boot-Krieges den Bruch mit Amerika unmittelbar zur Folge haben werde, und daß dieser Bruch vermieden werden müsse.

Gestern am 4. hat S. M. die Frage mit Falkenhayn gelegentlich dessen regelmäßigen Vortrags besprochen. Lyncker, der dabei zugegen war, erzählte an Treutler, er habe das Ergebnis nicht erkennen können.

Daraufhin ordnete S. M. zu gestern nachmittag gemeinschaftlichen Vortrag an, dem Lyncker, Müller und Plessen assistierten. Ersichtlich unter dem Eindruck des Gesprächs mit Falkenhayn eröffnete S. M. die Konferenz mit folgendem Resümee:

Falkenhayn sei in Übereinstimmung mit mir der Ansicht, der Krieg müsse wegen der zur Neige gehenden Widerstandskraft unserer selbst, namentlich aber unserer Bundesgenossen, bis zum Winter 1916/17 beendet werden. Dazu genügten nicht die zu erhoffenden Erfolge auf den Landkriegsschauplätzen. England müsse getroffen werden. Als oberster Kriegsherr könne er sich nicht vom Präsidenten Wilson vorschreiben lassen, wie er seine Unterseebootstreitkräfte anwenden wolle. Er werde einen rücksichtslosen U-Boot-Krieg führen müssen, um den Kampf um Deutschlands Existenz siegreich zu Ende zu führen. Als Termin für den Beginn dieses Krieges nähme er etwa Anfang April in Aussicht. Bis dahin müsse die Diplomatie das Terrain klären, d. h. das amerikanische Volk über unser

Recht und die Notwendigkeit des U-Boot-Krieges aufklären. Eine entsprechende Parallelaktion müsse in den neutralen europäischen Staaten sofort eingeleitet werden. Nachdem Falkenhayn und ich, jener mündlich, ich durch eine Denkschrift, ihm unsere Ansichten vorgetragen hätten, fordere er den Admiral Holtzendorff auf, darzulegen, mit welchen U-Boot-Streitkräften der Krieg gegen England geführt werden könne.

Holtzendorff tat das, nannte auch die Zahlen der verfügbaren U-Boote, wobei jedoch die Ziffern der just frontbereiten und der zuwachsenden U-Boote mehrfach durcheinander geworfen wurden. Auch durch Zwischenfragen, die S M. stellte, wurde kein klares Bild geschaffen. Ich hatte nicht den Eindruck, daß S. M. über den Stand unserer U-Boot-Streitkräfte nach dem Vortrage besser orientiert gewesen wäre als vorher, jedenfalls nicht in Details, sondern nur ganz summarisch. Holtzendorff erklärte mit großer Bestimmtheit, daß England bei rücksichtslosem U-Boot-Krieg binnen sechs bis acht Monaten zum Frieden gezwungen sein würde. Er habe die Frist weitergegriffen. Nach seiner persönlichen Überzeugung werde das Ende Englands schon früher eintreten. Begründet wurde diese Ansicht nur mit den bekannten allgemeinen Redewendungen

Darauf berichtigte ich die Vorstellung, als sei ich davon überzeugt, daß Österreichs und auch unsere Widerstandskraft unter allen Umständen im Winter 16/17 erschöpft sein werde. Jedenfalls wir würden, wenn es um Haus und Hof gehe, länger durchhalten, welcher Ansicht Falkenhayn durch Kopfnicken zustimmte. Im übrigen beschränkte ich mich darauf, meine allgemeinen Anschauungen unter Verweisung auf die Denkschrift ganz kurz vorzutragen, um im Interesse S. M. zunächst eine Zuspitzung der Situation zu vermeiden.

Dann sprach Falkenhayn, kurz und loyal. Mein Standpunkt stehe und falle mit der Prämisse, daß England einlenken werde, bevor es völlig außerstand gesetzt sei, den Krieg fortzusetzen. Er kenne England und die Engländer genau genug, um zu wissen, daß das nie der Fall sein werde. Der U-Boot-Krieg sei das einzige Mittel, um England so zu „schädigen" — er vermied im weiteren Verlauf seiner Deduktionen ersichtlich mit vollem Vorbedacht den Begriff des auf die Knieezwingens —, daß es friedensbereit würde. Wir kämen deshalb nie um den U-Boot-Krieg herum, wenn wir nicht untergehen wollten. Jede Verzögerung seines Beginns bedeute einen unwiederbringlichen Schaden. Amerika sei schon jetzt unser Feind.

Darauf habe ich in längeren Ausführungen meine Anschauungen vorgetragen, mich zwar bereit erklärt, in Amerika und den neutralen Staaten das Terrain zu klären, aber scharf betont, daß wir, soweit man voraussehen könne, in vier Wochen genau auf demselben Standpunkt stehen würden wie heute, d. h. vor der Frage, ob wir gegen den U-Boot-Krieg den Bruch mit Amerika in Kauf nehmen wollten. Auch in diesem Zusammenhange habe ich wiederholt erklärt, dafür nicht die Verantwortung übernehmen zu können.

Gegen meine Ausführungen wurde nicht mehr opponiert, und S. M. unterließ es, ein Schlußergebnis zu ziehen.

Holtzendorff hat den Eindruck, der U-Boot-Krieg sei für Anfang April beschlossene Sache. Formell konnte er das vielleicht. Materiell nicht, denn trotz der nicht klaren Stellung S. M. war tatsächlich das Ergebnis der Besprechung, daß S. M. durch den U-Boot-Krieg den Bruch mit Amerika nicht provozieren will, auch nicht Anfang April. In diesem Sinne hat S. M. abends Valentini und Treutler die Situation dargestellt und mir das gleiche am 5. versichert. S. M. kam an diesem Tage nach der Kirche zu mir in den Garten, um mir in den wärmsten und rückhaltlosesten Worten seinen Dank und seine Zustimmung auszusprechen. Ohne jede Reservatio erklärte er, unsere U-Boot-Streitkräfte seien ungenügend, um England niederzuzwingen. England könne überhaupt nicht niedergezwungen werden. Forderten wir England unter Bruch mit Amerika zum Seekampf heraus, so werde jeder Engländer das letzte Hemde hergeben, bevor er kapituliere. Er hoffe immer noch auf den rechnenden Geschäftssinn der Engländer, der ihnen klar machen werde, daß sie bei Fortsetzung des Krieges nichts gewönnen.

Admiral v. Müller hat Herrn v. Holtzendorff über das Irrige seiner Eindrücke auf meine Bitte aufgeklärt. —

Daß wir in Amerika zurzeit mehr tun könnten, als wir durch die letzte Note getan haben, bezweifle ich. Holtzendorff regt an, daß sie bei uns veröffentlicht werde, sobald sie in Amerika veröffentlicht ist. Wir werden das wohl kaum vermeiden können, obgleich es den Drang nach rücksichtslosem U-Boot-Krieg neu beleben wird. Wir besprechen das wohl noch.

Falkenhayn hat generell Präventivzensur für U-Boot-Artikel angeordnet. Der U-Boot-Krieg sei in der Presse ebenso zu behandeln wie Operationen des Landheeres.

Tirpitz hat ein scharfes Kabinettschreiben bekommen, in dem die Beaufsichtigung der Presse auf dem Gebiete der Seekriegsführung dem Admiralstab übertragen wird. Die Marineherren erwarten als Antwort Tirpitzens Abschiedsgesuch, das angenommen werden würde. Letzteres trifft zu, ersteres bezweifle ich. Löhleins Mitteilungen im Bundesrat werden das Sprungbrett liefern müssen.

Entschuldigen Sie die Flüchtigkeit dieses Briefes und seine schlechte Schrift. Meine Nerven sind etwas unruhig.

Mit besten Grüßen

aufrichtigst
Ihr
Bethmann Hollweg

151

Denkschrift von Botschafter Graf Bernstorff an Staatssekretär Lansing übergeben

Washington, 8. März 16

Die Kaiserliche Regierung legt Wert darauf, die bisherige Entwickelung noch einmal mit aller der Offenheit zu präzisieren, die den freundschaftlichen Beziehungen der beiden großen Völker und dem ehrlichen Wunsch der Kaiserlichen Regierung, diese vor allen Trübungen zu bewahren, entspricht.

Bei Beginn des Krieges hat die deutsche Regierung auf Vorschlag der Vereinigten Staaten von Amerika sich sofort bereit erklärt, die Londoner Seekriegsrechtserklärung zu ratifizieren. Die deutsche Prisenordnung wurde schon vorher auf Grund der Bestimmungen der Londoner Seekriegsrechtserklärung ohne jede Einschränkung erlassen. Dadurch wurde anerkannt, daß die geltenden Bestimmungen des Völkerrechts, die dem legalen Handel der Neutralen — auch mit den Kriegführenden — „Freiheit des Meeres" sicherten, deutscherseits in vollem Umfange berücksichtigt werden sollten. England hat es im Gegensatz hierzu abgelehnt, die Londoner Seekriegsrechtserklärung zu ratifizieren, und begann nach Ausbruch des Krieges den legalen Handel der neutralen Staaten zu beschränken, um dadurch Deutschland zu treffen. Den systematischen Verschärfungen der Konterbandebestimmungen vom 5. August, 20. August, 21. September und 29. Oktober folgte am 3. November 1914 der Erlaß der britischen Admiralität, daß die ganze Nordsee als ein Kriegsgebiet anzusehen sei, in welchem die Handelsschiffahrt jeder Art den schwersten Gefahren durch Minen und Kriegsschiffe ausgesetzt sei. Der Protest der neutralen Staaten hatte keinen Erfolg. Schon von diesem Zeitpunkt an gab es kaum noch Freiheit des neutralen Handels mit Deutschland. Im Februar 1915 sah Deutschland sich gezwungen, Gegenmaßnahmen zu treffen, die das völkerrechtswidrige Verfahren der Gegner bekämpfen sollten. Es wählte für seine Gegenmaßnahmen neue Kriegsmittel, deren Verwendung im Völkerrecht überhaupt noch nicht geregelt war, brach damit kein geltendes Recht, sondern trug nur der Eigenart der neuen Waffe — des U-Boots — Rechnung. Der Gebrauch der neuen Waffe mußte die Bewegungsfreiheit der Neutralen einschränken und bildete eine Gefahr, der durch besondere Warnung begegnet werden sollte, entsprechend der vorausgegangenen englischen Warnung vor den Gefahren des Kriegsgebiets der Nordsee.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika trat, da beide kriegführenden Parteien, in der deutschen Note vom 17. Februar 1915 und in der englischen Note vom 18. und 20. Februar 1915, den Anspruch erhoben, daß ihr Vorgehen nur Vergeltung der Rechtsbrüche der Gegner sei, an beide kriegführenden Parteien heran, um nochmals zu versuchen, das vor dem Kriege anerkannte Völkerrecht wieder zur Geltung zu bringen. Sie forderte einerseits Deutschland auf, den Gebrauch seiner neuen Waffe den Bestimmungen für die alten Seekriegsmittel anzupassen, andererseits England, Lebensmittel für die nichtkämpfende Bevölkerung Deutschlands zur Verteilung unter amerikanischer Kontrolle passieren zu lassen.

Deutschland erklärte am 1. März 1915 seine Bereitwilligkeit, während England am 15. März eine Verständigung auf Grund der amerikanischen Vorschläge ablehnte. England beseitigte sogar durch seine Order vom 11. März 1915 den letzten Rest der völkerrechtsmäßigen Freiheit des neutralen Handels mit Deutschland und dessen neutralen Nachbarländern; der Zweck war, Deutschland durch Aushungerung zu bezwingen. Trotzdem entsprach Deutschland im weiteren Verlauf des Krieges, nachdem bei verschiedenen Gelegenheiten gegen seinen Wunsch und Willen neutrale Bürger ums Leben gekommen waren, in der praktischen Verwendung seiner U-Boots-

Waffe den Wünschen der Regierung der Vereinigten Staaten in so entgegenkommender Weise, daß die Rechte der Neutralen auf legalen Handel tatsächlich deutscherseits überall unbeschränkt waren.

Nunmehr machte England dem U-Boot die Ausübung des den Völkerrechtsbestimmungen entsprechenden Handelskriegs dadurch unmöglich, daß es nahezu sämtliche Handelsschiffe bewaffnete und angriffsweisen Gebrauch der Geschütze anordnete. Die Photographien der englischen Befehle sind den neutralen Regierungen mit der Denkschrift vom 8. Februar 1916 zugestellt worden. Die Befehle widersprechen direkt den Erklärungen des englischen Botschafters in Washington vom 25. August 1914. Die Kaiserlich deutsche Regierung hat gehofft, daß dies Tatsachenmaterial die neutralen Regierungen auf Grund der von der Regierung der Vereinigten Staaten am 23. Januar 1916 gemachten Entwaffnungsvorschläge instand setzen würde, die Entwaffnung der Handelsschiffe durchzusetzen. Tatsächlich ist aber die Bewaffnung mit Geschützen von unseren Gegnern mit großer Energie weiter betrieben worden.

Der Grundsatz der amerikanischen Regierung, ihre Bürger von feindlichen Handelsschiffen nicht fernzuhalten, wurde von England und seinen Alliierten dazu benutzt, Handelsschiffe für den Angriff zu bewaffnen. So können nämlich Kauffahrteischiffe die U-Boote leicht zerstören und sich im Falle des Mißglückens ihres Angriffs durch die Anwesenheit amerikanischer Bürger an Bord gesichert glauben.

Der Befehl des Waffengebrauchs wurde ergänzt durch die Weisung an die Führer der Handelsschiffe, falsche Flaggen zu führen und die U-Boote zu rammen; die Nachrichten über ausgezahlte Prämien und Verleihung von Ehrenzeichen an erfolgreiche Handelsschiffführer zeigen die Wirkung dieser Befehle. Diesem englischen Vorgehen haben sich die Verbündeten angeschlossen.

Jetzt steht Deutschland vor der Tatsache:

a) daß eine völkerrechtswidrige Blockade (vgl. amerikanische Note an England vom 5. November 1915) seit einem Jahr den neutralen Handel den deutschen Häfen fernhält und Deutschlands Ausfuhr unmöglich macht,

b) daß völkerrechtswidrige Verschärfungen der Konterbandebestimmungen (siehe amerikanische Note an England vom 5. November 1915) seit eineinhalb Jahren den für Deutschland in Frage kommenden Seeverkehr der neutralen Nachbarländer verhindern,

c) daß völkerrechtswidrige Eingriffe in die Post (siehe amerikanisches Memorandum an England vom 10. Januar 1916) jede Verbindung Deutschlands mit dem Ausland zu verhindern streben,

d) daß systematisch gesteigerte Vergewaltigung der Neutralen nach dem Grundsatz „Macht über Recht" den Verkehr mit Deutschland über die Landgrenzen unterbindet, um die Hungerblockade der friedlichen Bevölkerung der Zentralmächte zu vervollständigen,

e) daß Deutsche, die von unseren Feinden auf See angetroffen werden, ohne Rücksicht darauf, ob Kämpfer oder Nichtkämpfer der Freiheit beraubt werden,

f) daß unsere Gegner ihre Handelsschiffe für den Angriff bewaffnet und dadurch die Verwendung des U-Bootes nach den Grundsätzen der Londoner Deklaration unmöglich gemacht haben (siehe deutsche Denkschrift vom 8. Februar 1916).

Das englische Weißbuch vom 5. Januar 1916 über die Unterbindung des deutschen Handels rühmt, daß durch diese Maßnahme Deutschlands Ausfuhrhandel fast völlig unterbunden, seine Einfuhr vom Belieben Englands abhängig gemacht ist.

Die Kaiserliche Regierung darf hoffen, daß gemäß den freundschaftlichen Beziehungen, die in einer hundertjährigen Vergangenheit zwischen den beiden Völkern bestanden haben, der hier dargelegte Standpunkt trotz der durch das Vorgehen unserer Feinde erschwerten Verständigung zwischen beiden Völkern von dem Volk der Vereinigten Staaten gewürdigt werden wird.

152

Mitteilungen des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg an Mitglieder der Presse

Berlin, 13. März 16

Der Herr Reichskanzler schilderte zunächst die erhebenden Eindrücke von der Front, die er von dem Aufenthalt im Hauptquartier mitgebracht hat. Alle, die von der Front kämen, seien voll Lobes über den Offensivgeist unserer Truppen. Es sei wie im Anfang des Krieges. Große Erfolge seien vor Verdun bereits errungen, und die Sache gehe weiter. Die Aktionen würden mit nie dagewesener Gründlichkeit vorbereitet. Deshalb seien die Verluste der Franzosen sehr schwer, die unsrigen erträglich. Die Franzosen hätten in den Kämpfen bei Verdun bereits 90 000 bis 100 000 Mann verloren, während unsere Verluste noch lange nicht die Hälfte betrugen. Dabei sei die Anzahl der Toten auf unserer Seite relativ geringer als bei sonstigen Aktionen. Ein großer Teil der Verluste entfalle auf Leichtverwundete. Es herrsche frische, begeisterte, zuversichtliche Stimmung.

Hier in Berlin sei das nicht so. Hier finde man eine erregte Nervosität, eine schwüle Stimmung. Dazu sei absolut kein Anlaß. Er habe in diesen Tagen mit dem Kaiser an einer Stelle gestanden, wo sie sich gerade vor einem Jahr befunden hätten. Der Kaiser hätte daran erinnert und gesagt: „Wie sah es damals aus! Die Österreicher in Serbien zusammengebrochen, die Russen in Ungarn, die Offensive im Westen, es war doch eine sehr ernste Situation. Wir können Gott danken, daß wir jetzt anders stehen." Den Ernst des Krieges übersieht der Kaiser nicht, er schätzt das Tatsächliche und unsere gesamte Lage sorgsam ab. Er kennt den Geist der Truppen und weiß, was wir erreicht haben. Er hat aber auch ein ernstes Gefühl der Verantwortung für die Zukunft.

Unser Volk, das so Großes geleistet hat, hat Anspruch darauf, daß die verantwortlichen Männer sich nicht zu unüberlegten politischen und militärischen Handlungen verleiten lassen. Das könnte uns um allen

Erfolg bringen. Die verantwortlichen Männer müssen aber auch verlangen, daß man nicht versucht, sie durch Stimmungen und Gerüchte zu Handlungen zu drängen, die sie vor Gott und der Geschichte nicht verantworten können.

Man hat versucht, die verantwortlichen Männer zu einer Verwendung des U-Bootes über den Rahmen der Denkschrift hinaus zu drängen. Das U-Boot ist eine scharfe Waffe. Die Hoffnung, England mit dieser Waffe niederzuzwingen, ist für mich genau so verlockend, wie für irgendeinen Deutschen. Man hat von Gefühlsrücksichten, Mangel an Mut, Schonung der Feinde gesprochen. Das sind Unterstellungen, die ebenso dumm wie beleidigend sind. Aus Sentimentalität wird keine Waffe in die Ecke gestellt. Das wäre Grausamkeit gegen unser eigenes Volk. Worum es sich hier handelt, das ist die kühle und nüchterne Rechnung. Das Risiko ist abzuwägen, danach die Entscheidung zu fällen, und dann geht der Weg gerade durch. Vielfach ist bei der Erörterung des U-Boot-Krieges eine merkwürdige Verwechselung unterlaufen. Man hat den U-Boot-Krieg der Denkschrift durcheinandergeworfen mit dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg, der ohne Rücksicht auf Passagiere und Flagge gegen jedes nach England fahrende Schiff geführt werden soll. Der Denkschrift-Krieg hat am beschlossenen Tage eingesetzt, hat schon Erfolge aufzuweisen und wird Erfolge haben. Es ist nie davon die Rede gewesen, von den Ankündigungen der Denkschrift zurückzugehen. Darüber sind verschiedene Erklärungen abgegeben worden. Weshalb man ungläubig geblieben ist, weiß ich nicht. Etwas anderes ist es mit dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg. Der Gedanke ist dabei, daß jedes Schiff, das sich der englischen Küste nähert, niedergeholt werden soll. Ob es neutral ist oder feindlich, ob Fracht- oder Passagierschiff, ist gleichgültig.

Wenn dieser rücksichtslose U-Boot-Krieg angekündigt wird, so haben wir morgen den Krieg mit Amerika. Darüber ist ja gar kein Zweifel. Was Dänemark und Holland angeht, so würden sie vielleicht nicht absolut zum Kriege schreiten, aber es ist bekannt, daß die Sympathien für uns dort nicht stark sind, ihr Rest würde fortgeschwemmt werden. Die Folgen eines derartigen Krieges in ihrer günstigen Wirkung können nicht in Rechnung gestellt werden ohne Bewertung der Bedeutung eines Krieges mit Amerika.

Es ist im Publikum mit verschiedenen U-Boot-Zahlen gerechnet worden. Man hat von 200, 140, 100, 80 gesprochen. Detaillierte Auskünfte über die wirkliche Zahl können natürlich nicht gegeben werden. Aber ich kann sagen, daß diese Zahlen, die man im Publikum annimmt, nicht nur falsch, sondern phantastisch sind.

Die Marine glaubt auch nicht, eine völlige Absperrung Englands durchführen zu können. Von den verwendungsbereiten Booten kann immer nur der dritte Teil in Aktion sein Die vorhandenen Boote müssen nicht nur um England verteilt werden, sondern auch in der Ostsee, im Mittelmeer, im Schwarzen Meer. Natürlich würde die Schärfe der Waffe mit der Zahl wachsen, und auf jeden Fall sind wir in der Lage, den Engländern enormen Schaden zuzufügen. Bei Nacht sind aber die Boote nicht aktions-

fähig. Auch können die südlichen atlantischen Häfen Frankreichs nicht blockiert werden. Wenn in England das Brot rationiert wird, ist der Bedarf 16 000 bis 20 000 Tonnen pro Tag. Zu deren Transport genügen 4 bis 5 Dampfer. Eine völlige Absperrung ist leider nicht möglich, sonst wäre ich der erste, der sie befürwortete.

Der Kernpunkt ist: Welche Tonnage-Verminderung zwingt England zur Kapitulation? Wenn wir in einem halben Jahre 4 Millionen Tonnen niederbringen, so ist das nicht dem Effektivverlust gleichzurechnen. Man denke an die Requisition deutscher Schiffe, an die englischen Neubauten. Um der Tonnagenot abzuhelfen, kann England auch einiges von der Militärtonnage für Handelszwecke hergeben. Die Gesamttonnage ist 18 Millionen. Wer glaubt, daß England mit 14 Millionen nicht mehr kriegfähig wäre? Wenn wir zu diesem U-Boot-Krieg schreiten, dann würde Englands Friedensbitte das Eingeständnis der Vernichtung seiner Seeherrschaft bedeuten. Eher geben die Engländer ihr letztes Hemde her.

Dabei muß immer im Auge behalten werden, daß Amerika in den Krieg eintreten würde. Bleibt Amerika draußen, so mag doch bei einem ansehnlichen Teil der Engländer die Vorstellung Platz greifen, daß der Krieg ein schlechtes Geschäft ist. Für uns ist der Krieg mit Amerika keine quantité négligeable. Der Bruch mit den Vereinigten Staaten würde von erheblicher moralischer Wirkung sein. Er würde die moralische Kraft der Entente steigern. Die Hoffnung auf den Erfolg der guerre d'usure würde bei den Franzosen zur Gewißheit werden. Die Unstimmigkeiten zwischen den Bundesgenossen wären mit einem Schlage fortgefegt. Die Gewaltmaßregeln gegen Neutrale würden keine Grenze mehr kennen. Der Druck auf Holland und Dänemark, verstärkt durch den Eindruck unserer Torpedierung dänischer und holländischer Dampfer, würde so weit wachsen, daß sie sich entweder eine Behandlung wie die Griechenlands gefallen lassen oder auf die feindliche Seite treten würden. In Rumänien würde die ententefreundliche Stimmung Oberwasser erhalten. Zudem wollen wir nicht vergessen, daß wir selbst in einer Koalition stehen: Die Widerstandskraft unserer Bundesgenossen würde nicht erhöht werden.

Dazu kommen die materiellen Gesichtspunkte. Amerika würde seine gesamten Nutzquellen in den Dienst des Krieges stellen. Die finanzielle Hilfe würde gesteigert werden. Die Rekrutierung wagemutiger Amerikaner würde die feindlichen Heere vermehren, deren numerisches Übergewicht uns schon jetzt zu schaffen macht. Unsere Zufuhr aus neutralen Ländern würde aufhören. Jetzt beziehen wir noch für 100 Millionen monatlich aus Holland. 5 Millionen täglich verbraucht die Armee an ausländischer Zufuhr.

Sollen wir uns das Schicksal einer solchen Entwickelung selbst auf den Hals ziehen? Auch die Arbeit der Relief Commission in Belgien würde aufhören. Es wäre keine Stärkung für uns, wenn die Belgier hinter der Front durch Hunger und Entbehrungen gereizt würden, namentlich im Falle von Komplikationen mit Holland.

Das pro et contra ist sorgfältig abgewogen worden. In Rücksicht zu ziehen war die nicht genügende Zahl der U-Boote, die Unsicherheit und

Ferne des Erfolges, die Unmöglichkeit, England auf diesem Wege auf die Knice zu zwingen, die Sicherheit des Bruchs mit Amerika.

Das pro et contra kann öffentlich nicht erörtert werden. Deshalb ist es tief zu bedauern, daß auf Grund falschen Materials dem Volke falsche Vorstellungen beigebracht worden sind. Unsagbarer Schaden für das Vaterland ist dadurch angerichtet worden. Ich hoffe, daß Sie in der Erkenntnis Ihrer ungeheueren Verantwortung bereit sein werden, die öffentliche Meinung wieder in ruhige Bahnen zurückzuleiten. Die Öffentlichkeit muß davon abstehen, der Kriegführung Entschließungen aufdrängen zu wollen, die sie nicht zu verantworten vermag. Ich habe mich so offen wie möglich ausgesprochen.

Der Kanzler behandelte danach noch kurz die Frage der Kriegsziele. Er erinnerte daran, wie die weitestgehenden Kriegsziele gerade zu einer Zeit propagiert wurden, wo unsere Lage durchaus nicht glänzend war: Herbst 1914 bis März 1915. Er sei gehöhnt worden, weil er diese Ziele nicht zu den seinigen gemacht habe. Sie seien ihm gerade zu einer Zeit vorgelegt worden, wo Hindenburg den Rückzug von Iwangorod antreten mußte vor seiner genialen Nordschwenkung. Damals wurde weit westlich der Weichsel der Ausdrusch des Getreides angeordnet, weil wir es bei weiterer Erschwerung der Lage in Sicherheit bringen wollten. Damals traten diese weitgehenden Annexionspläne auf. Er halte es nicht für gut, mit weitgehenden Annexionszielen zu bluffen, und dann immer bescheidener zu werden. Es sei keine Stärkung für Frankreich, daß es dies getan habe. Der umgekehrte Weg sei besser Eine öffentliche Besprechung der Kriegsziele sei auch jetzt nicht möglich. Wollten wir Polen erörtern, so würden wahrscheinlich Meinungsverschiedenheiten mit unserem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen zutage treten. Ebensowenig könnten wir andere Kriegsziele erörtern Im übrigen enthielten seine Reden ein ganzes und großes Programm: Ausschaltung der Einfallstore, Verbesserung der strategischen Grenzen, freie wirtschaftliche Entfaltung, im europäischen Problem Deutschland als Kern für die schwächeren Staaten. Ein großes Ziel, das dem defensiven Charakter des Krieges positive Bedeutung verleiht. Noch sind wir nicht an einem Abschnitt, wo wir das Ende des Krieges vor Augen haben. Unberechenbare Wechselfälle gehören zum Koalitionskrieg. Da geht es nicht, sich auf Einzelheiten festzulegen. Ein festes Ziel schwebt uns aber vor. Wird es erreicht, so ist der Krieg nicht vergeblich geführt worden.

Alle uns zugänglichen Nachrichten müssen uns bestimmen, ohne Nervosität, ohne Zurschautragung von Friedenssehnsucht die Entschlossenheit der Kriegführung zu erhalten. Sie äußert sich nicht in der Besprechung von Gewaltmaßregeln, aber im berechtigten Macht- und Kraftbewußtsein. Nur bei solcher Haltung erzeigen wir uns der Aufopferung unserer Söhne und Brüder im Felde würdig. Wir danken ihnen nicht, wenn wir jetzt uns im Innern zu zerfleischen beginnen. Es geht nicht pro persona, sondern pro patria. Lassen wir alle Uneinigkeit, reichen wir uns die Hände, und benutzen Sie in diesem Geiste den ungeheueren Einfluß, den Sie haben.

Bethmann Hollweg

153

Gesandter v. Treutler an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

Eing. Berlin, 15. März 16
Telegramm Nr. 177 — Großes Hauptquartier, 15. März 16
Für den Herrn Reichskanzler
Ganz geheim

Heutiger Kriegsvortrag bei Seiner Majestät fand im Anschluß an Vortrag Müller-Capelle statt. Seine Majestät benachrichtigte den General von Falkenhayn vom Vollzug des Wechsels, und dieser benutzte die Gelegenheit, um Seine Majestät zu bitten, Er möge doch bei dem neuen Staatssekretär auf tunlichst baldige Ermöglichung des U-Boot-Krieges drängen. Seine Majestät antwortete, Admiral Capelle habe erklärt, vor Ende Sommer sei ein solches Unternehmen ausgeschlossen. Welcher Abgrund liegt hinter uns!

Treutler

154

Präsident des Reichstags Dr. Kaempf an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

Eing. Berlin, 14. April 16 — Berlin, 6. April 16

Euerer Exzellenz beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß der Reichstag in seiner heutigen Plenarsitzung auf Grund des Berichts der Kommission für den Reichshaushaltsetat beschlossen hat, folgende Erklärung dem Herrn Reichskanzler zu übermitteln:

Nachdem sich das Unterseeboot als eine wirksame Waffe gegen die englische, auf die Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegführung erwiesen hat, gibt der Reichstag seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es geboten ist, wie von allen unseren militärischen Machtmitteln, so auch von den Unterseebooten denjenigen Gebrauch zu machen, der die Erringung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt, und bei Verhandlungen mit auswärtigen Staaten die für die Seegeltung Deutschlands erforderliche Freiheit im Gebrauch dieser Waffe unter Beachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu wahren.

Der Präsident des Reichstages
Dr. Kaempf

155

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an den Chef des Generalstabes General v. Falkenhayn

Großes Hauptquartier, 3. Mai 16

Bezugnehmend auf das gefällige Schreiben vom 30. v. M. kann ich Euerer Exzellenz nur erneut aussprechen, daß ich auf Grund meiner Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in England mich der Ansicht nicht anzuschließen vermag, daß wir durch Verwendung der Unterseeboote im Handelskrieg, über die wir zur Zeit verfügen, England in absehbarer Zeit zum Frieden zwingen können.

Eine Verlängerung der Kriegsdauer befürchte ich daher nicht von der Einschränkung des U-Boot-Krieges. Ich bin vielmehr der Überzeugung, daß, im Hinblick auf das in diesem Falle mit Bestimmtheit zu erwartende Eingreifen Amerikas in den Krieg, ein Festhalten an der Führung des U-Boot-Krieges in den bisherigen Formen eine unabsehbare Verlängerung des Krieges herbeigeführt haben würde.

Ich vermag daher nicht anzuerkennen, daß sich aus der Einschränkung des U-Boot-Krieges Gründe für die von Euerer Exzellenz angedeutete Führung unserer militärischen Operationen zu Lande herleiten lassen.

Bethmann Hollweg

156

Chef des Generalstabes General v. Falkenhayn an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

Eing. Berlin, 6. Mai 16
Eigenhändig — Großes Hauptquartier, 4. Mai 16
Auf das Schreiben vom 3. 5. 16

Im Gegensatz zu Euerer Exzellenz halte ich den rücksichtslosen Unterseekrieg nicht nur für ein, sondern für das einzige wirksame Kriegsmittel, das uns zur Verfügung steht, um England Friedensbedingungen geneigt zu machen, die für Deutschland annehmbar sind. Ich befinde mich hierbei in voller Übereinstimmung mit den vom Chef des Admiralstabes mir gegenüber wiederholt in bindendster Form vorgetragenen Ansichten. Kommt dieses Kriegsmittel nicht oder nicht rechtzeitig zur Anwendung, so liegen die Folgen auf der Hand.

An dieser Sachlage an sich kann der Übergang Amerikas vom geheimen Krieg, den es längst gegen uns führt, zu erklärter Feindschaft offenbar nichts ändern. Es fragt sich nur, ob durch den Übergang, vorausgesetzt, daß er jetzt bei Beibehalt des Kriegsmittels leider nicht mehr verhindert werden kann, mehr Schaden angerichtet werden kann als durch den Verzicht auf das Kriegsmittel. Auch in dieser Beziehung kann ich mir Euerer Exzellenz Anschauung nicht zu eigen machen und daher auch nicht die daraus gezogene Schlußfolgerung.

v. Falkenhayn

157

Grundzüge der Besprechungen mit dem Reichskanzler, Feldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff am 29. und 30. August 1916 im Anhalt an meine Ausführungen vom 27. d. M. zur „Denkschrift über die Schiffsraumfrage"

Aktenvermerk

Eing. Berlin 31. August 16

Die Gesamtkriegslage, die Errungenschaften wie die Inanspruchnahme zweier Kriegsjahre finden Deutschland auf allen Fronten in

schwerem Verteidigungskampf gegen immer noch zunehmende Übermacht seiner alten und neuen Feinde an Soldaten, Kanonen, Flugzeugen, und es bietet sich keine Aussicht, durch eine wuchtige Offensive diese Gesamtlage zu ändern. Die Fortführung des Krieges von seiten der Gegner hängt im wesentlichen von England ab, das, gestützt auf seine Seeherrschaft und auf die unneutrale Haltung Amerikas, in der Lage ist, den Erschöpfungskrieg gegen uns zu führen, bis uns allmählich die Unterbindung aller Lebens- und Rohstoffzufuhr mattsetzt.

England mit allen Mitteln hieran zu hindern, ist die Frage über Leben oder Untergang des Deutschen Reiches und Volkes. Das einzige Mittel dazu bietet sich in der Zerstörung des Seeverkehrs nach und von England durch vollen Einsatz der U-Boot-Waffe. Über die Wirkung dieser Kriegführung gibt die Denkschrift Aufschluß.

Die Bedenken gegen diese Kriegführung drehen sich nicht um den Erfolg gegen England, sondern um die Rückwirkung auf Amerika. Der mit Sicherheit erwartete Bruch mit uns liefert Holland und Dänemark in angelsächsische Gewalt, zwingt diese Staaten mindestens zur Sperrung ihrer Grenzen, wahrscheinlich auch zur Duldung englischer Landungen oder zu unmittelbarem Kriegsanschluß an die Entente. Auch die südamerikanischen Staaten werden sich politisch und wirtschaftlich den Vereinigten Staaten anschließen, und damit wird unter anderem der gesamte Schiffsraum der Welt unseren Feinden zur Verfügung gestellt.

Trägt man diesen Bedenken Rechnung, so ist Deutschlands Schicksal dem Eintritt und der Wirkung von Möglichkeiten überlassen, die wohl in Gottes Hand ruhen mögen, sicherlich aber nicht in unserer eigenen! Rußlands „Unfähigkeit zu einem dritten Winterfeldzug", „der Stimmungsumschwung in Amerika zuungunsten Englands" sind die Faktoren der in den kommenden Monaten abzuwartenden Möglichkeiten. Andererseits würde der jetzige Übertritt Amerikas und seiner vermuteten Gefolgschaft zu unseren Feinden sicherlich das „finis Germaniae" bedeuten.

Hiergegen ist vom Standpunkt des Admiralstabs geltend gemacht worden: „In militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht arbeitet von Stunde an die Zeit gegen uns. Englands Absperrungsmaßnahmen führen mit zunehmender Beschleunigung zur Beseitigung des Restes unserer Handelsbeziehungen mit den Neutralen; England erreicht seinen Zweck ohne Gegenwehr von uns. Der Einfluß der Neutralen auf unsere Kriegführung wird mit jedem Tage zunehmender Erschöpfung bei uns bedeutsamer, der Respekt vor uns geringer. Da wir nach guter Ernte wirtschaftlich unabhängig sind, zurzeit militärisch noch durchaus in der Lage sind, uns erfolgreich zu wehren, vor allem auch sowohl durch Bezug hochbezahlter Einfuhrgüter wie umgekehrt durch Entziehung von Kohle und sonstigen wertvollen Ausfuhrgütern die benachbarten Neutralen wohl in Schach zu halten vermögen, so stellt sich die Gefahr, daß Amerika diese Neutralen zu Feindseligkeiten gegen uns zwingen könne, nicht als bedrohlich dar. Aus eigenen Interessen oder Neigungen werden sich die kleinen Nachbarstaaten nicht zum Kriege mit uns entschließen.

Holland wird demjenigen militärisch entgegentreten, der es zuerst

angreift. Dänemark liegt mit Kopenhagen ganz in der Gewalt unserer Flotte und Luftschiffe.

Amerika kann sich kaum feindseliger betätigen, als schon bisher. An Frachtraum erhält England durch Amerikas Zutritt keine Tonne Gewinn; alle amerikanischen Südstaaten leiden an eigenem Frachtraum bereits Not. Unser internierter Frachtraum ist belanglos.

Erlaubt es die Gesamtkriegslage aber überhaupt noch, uns in dem bitterernsten Daseinskampf irgend einer wirksamen Waffe zu enthalten aus Sorge um noch größere Gefahren? Und dürfen wir die für uns günstige Entwickelung der englischen Seeverkehrs- und Wirtschaftssorgen auch nur einige Wochen lang außer Acht lassen, statt sie mit allen Mitteln zur nationalen Notlage des Inselvolkes zu steigern? Vor uns liegen die Monate wirksamsten U-Boot-Krieges; bis Jahresende liegt es nach menschlichem Ermessen in unserer Hand, den englischen Kriegswillen zu brechen. Späterer Beginn setzt in Wintermonaten den U-Boot-Krieg zwar nicht aus, wohl aber die Erfolge wesentlich herab, bei gesteigerten Verlusten.

Können Österreich und die Türkei einen Winterfeldzug überdauern; wird Bulgarien durchhalten, wenn wir selbst uns nicht mit allen verfügbaren Kräften siegesgewiß einsetzen? —

Die eigene Volksstimmung braucht dringlichst der moralischen Festigung und Hebung. Ohne Aussicht auf Sieg und ein Kriegsende wirkt das tägliche Darben zermürbend oder zum Widerstand aufreizend. Die Ernennung des Feldmarschalls v. Hindenburg zum Chef des Generalstabs ist ein unvergleichliches Stimulans, wird unsere fünfte Kriegsanleihe wesentlich fördern, und mit der Aufnahme des U-Boot-Krieges findet dies nationale Aufrichtungswerk seine Krönung.

Finis Germaniae sehe ich nicht in dem Einsatz, sondern im Verzicht auf die Waffe, die Englands Fähigkeit zur Unterhaltung der Verbündeten und der eigenen Kriegführung lahm legt.

v. Holtzendorff

158

Beratung über die Aufnahme des rücksichtslosen U-Boot-Krieges

Eing. Berlin, 31. August 16

Teilnehmer:

1. Dr. v. Bethmann Hollweg, Reichskanzler,
2. Generalfeldmarschall v. Beneckendorff und v. Hindenburg, Chef des Generalstabes,
3. Dr. Helfferich, Staatssekretär des Innern,
4. v. Jagow, Staatssekretär des Auswärtigen Amts,
5. Generalleutnant Wild v. Hohenborn, Kriegsminister,
6. Admiral v. Capelle, Staatssekretär des Reichsmarineamts,
7. Admiral v. Holtzendorff, Chef des Admiralstabes der Marine

8. Generalleutnant Ludendorff, 1. Generalquartiermeister,
9. Admiral Koch.
Protokollführer: Legationsrat Frhr. v. Grünau.

Schloß Pleß, 31. August 16

Admiral v. Holtzendorff nach Verlesung eines Aktenvermerks über die gegenwärtige Beurteilung der Frage des U-Bootkrieges: Nach der militärischen Gesamtlage sind wir auf die Verteidigung angewiesen. Die Fortführung des Krieges seitens unserer Gegner ist völlig von England abhängig. Wir müssen daher England mit allen Mitteln verhindern, den Krieg fortzusetzen, dazu dient die Zerstörung seines Seeverkehrs. Über die Wirkung einer solchen Zerstörung gibt die letzte Denkschrift des Admiralstabs Aufschluß.

Gegen die Führung des rücksichtslosen U-Bootkrieges wird die Rücksicht auf Amerika und die übrigen Neutralen geltend gemacht. Der gesamte Schiffsraum der Welt würde dann England zur Verfügung stehen. Die Unfähigkeit Rußlands für einen dritten Winterfeldzug und sein Friedensbedürfnis sprechen auch gegen eine frühzeitige Aufnahme des U-Bootkrieges.

Indessen die Zeit läuft gegen uns. Unsere Absperrung wird immer intensiver. Nach einer guten Ernte sind wir von der Zufuhr unabhängiger, militärisch können wir uns in der Defensive gut halten.

Was die Neutralen anlangt, so wird Holland denjenigen angreifen, der zuerst sein Gebiet betritt. Das Eintreten Dänemarks in den Krieg ist unwahrscheinlich. Einen Gewinn an Frachtraum wird England nicht haben. Von den Vereinigten Staaten von Amerika wird ihm keiner zur Verfügung gestellt werden; bei den südamerikanischen Staaten ist es fraglich, da sie selbst an Tonnenmangel leiden. Die Tonnage unserer in Feindeshand befindlichen Schiffe kommen nicht in Betracht. Wir haben es in der Hand bis Jahresende Englands Kriegswillen zu brechen. Ein späterer Beginn des U-Bootkrieges verzögert die Wirkung. Dabei ist die Frage zu berücksichtigen, ob unsere Verbündeten noch länger durchhalten können. Im Verzicht auf die Waffe des U-Boots ist finis Germaniae zu erblicken.

Staatssekretär v. Jagow: Der rücksichtslose U-Boot-Krieg wird jedenfalls den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Amerika zur Folge haben, eventuell den Krieg, wenn amerikanische Menschenleben zugrundegehen. Wenn sich die letzte neutrale Großmacht auf die Seite der Entente stellt, so werden die kleineren neutralen Staaten entweder für oder gegen uns optieren müssen. (Folgen Ausführungen über europäische Neutrale.) Durch die Aufnahme des rücksichtslosen U-Boot-Krieges wird die Stellung aller Neutralen gegen uns verschoben werden, wir werden mit neuen Fronten rechnen müssen. Deutschland wird als der tolle Hund angesehen werden, auf den sich alle stürzen, um endlich wieder zum Frieden zu kommen.

Angenommen, England würde durch den U-Boot-Krieg mürbe werden, so fragt es sich doch, ob es deshalb Frieden schließen wird. Wir haben gesehen, daß Frankreich, das längst blutleer ist, durch die Hoffnung auf

die anderen Verbündeten aufrecht erhalten wird. Ebenso wird auch England seine Kräfte zum äußersten anspannen und sich durch die Hoffnung auf die übrigen Verbündeten aufrecht erhalten. Ob dann die neu hinzugetretenen Verbündeten den Frieden machen werden, ist sehr fraglich.

Staatssekretär Helfferich: Es ist zuzugeben, daß die Lage bei uns und in England für die Aufnahme des U-Boot-Krieges jetzt günstiger ist als vor einem Jahre oder im Frühjahr, weil damals die bloße Sperre seitens der Neutralen genügt hätte, uns auszuhungern. Unsere Ernte ist erheblich besser als im letzten Jahre, aber wir werden gleichwohl knapp bleiben, und jede Zufuhr wäre zu begrüßen. England hatte voriges Jahr eine gute Ernte, die Bezugsgebiete, auf die es angewiesen ist, hatten Rekordernten. Dieses Jahr ist die Ernte in England schlecht, ebenso in Kanada, die amerikanische Ernte hat einen Ausfall von 30 %. England ist auf die Zufuhr von Südamerika, Indien und Australien in erhöhtem Maße angewiesen. Dabei fällt die Knappheit des Frachtraumes sehr ins Gewicht.

Immerhin ist zu berücksichtigen, daß die Vorräte an Brotgetreide in England und das Ergebnis der neuen Ernte die Versorgung für eine Dauer von 4 bis 5 Monaten ohne weitere Zufuhr sicher stellen. Wir können auch nicht mit einer sofortigen Unterbindung des englischen Seeverkehrs rechnen, da nur 5 % der Ankünfte von Schiffen monatlich zerstört werden. Jetzt hat England noch einen Frachtraum von 12½ Millionen Tonnen gegenüber einer Friedensflotte von 20 Millionen Tonnen. Damit hat es den halben Weltverkehr besorgt. Wir haben uns mit unseren 5 Millionen Tonnen selbst versorgt und daneben einen Teil des Welthandels vermittelt. Wenn in 4 bis 6 Monaten vier Millionen Tonnen der englischen Handelsflotte vernichtet werden, stehen England noch etwa 8 Millionen Tonnen zur Verfügung, die es ihm reichlich ermöglichen, sich selbst zu versorgen. Dieses Ergebnis des U-Boot-Krieges könnte es also kaum zwingen zu kapitulieren. Allerdings wird die kaufmännische Tätigkeit sehr erschwert, die Lebensmittel werden verteuert. Wir haben aber selbst erfahren, wieviel ein Volk aushält und daß bei zweckmäßiger Organisation auch geringe Vorräte weit reichen. Die Annahme ist falsch, daß in England die Organisation und der Wille zum Durchhalten versagen würden. Es ist nicht nachzuweisen, daß der U-Boot-Krieg die Wirkung haben wird, daß es in England nicht genügend zu essen gibt. Während der 4 bis 5 Monate, für die es versorgt ist, werden auch noch weitere Vorräte hereinkommen. Sollte der U-Boot-Krieg dazu führen, daß die englischen Seeleute freiwillig nicht mehr fahren wollen, so könnte die Schiffahrt militärisch organisiert werden. Ich bin aus allen diesen Erwägungen heraus nicht überzeugt, daß England physisch auf den Boden gezwungen werden kann.

Die Rückwirkungen des U-Boot-Krieges in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht dürfen nicht unterschätzt werden. Die Unvermeidlichkeit des Bruchs und Krieges mit Amerika steht für jedermann fest. Die Annahme, daß das feindliche Verhalten Amerikas uns gegenüber nicht mehr gesteigert werden könne, ist irrig. Bisher haben die Alliierten eine Milliarde 250 Millionen Dollar von Amerika als Darlehn erhalten. Im

Kriegsfalle steht ganz Amerika mit all seinen Reserven der Sache der Alliierten zur Verfügung, die dann eine amerikanische Sache ist. Amerika wird den Krieg so schnell wie möglich gewinnen wollen und wird sich mit aller Energie dafür einsetzen. Mit England zusammen kann der stärkste Druck auf die Neutralen zum Anschluß an die Entente ausgeübt werden. Da Dänemark und Holland auf die Zufuhr über See angewiesen sind, können sie gar nicht widerstehen. Wir haben dem kein Druckmittel entgegenzusetzen. Unser Eisenverbrauch ist so stark, daß wir schon jetzt nichts mehr abgeben können. Was Holland aber an Kohlen braucht, kann es mit einiger Einschränkung von England bekommen. Ich sehe in der Anwendung der U-Boot-Waffe heute nur die Katastrophe. Ein Mittel, das uns aus einer schweren Lage in eine noch schwerere bringt, ist nicht tauglich, wenn wir keine Gegenmittel haben, um die nachteiligen Wirkungen auszuschalten.

Admiral v. Capelle: Nach dem bisherigen Verlauf des Krieges bin ich überzeugt, daß wir auf dem bisherigen Wege nicht zu einem annehmbaren Frieden kommen. In der Marine hat sich heute die Ueberzeugung durchgerungen, daß nur der rücksichtslose U-Boot-Krieg zum Frieden führt. Das Ausbleiben des vollen Erfolges des U-Boot-Krieges führt nach meiner überzeugung nicht zur Katastrophe, sondern wird schlimmstenfalls den Erschöpfungskrieg verlängern, wie er bisher bestand. Der Kriegswille der Gegner kann auch nicht mehr gesteigert werden. Der U-Boot-Krieg wird diesen Kriegswillen außerordentlich schwächen, namentlich bei England. Ob dies schon innerhalb der angenommenen Frist der Fall ist und damit der Frieden unmittelbar herbeigeführt wird, darüber können die Meinungen geteilt sein, aber der Kriegswille der Gegner wird jedenfalls ganz erheblich beeinträchtigt.

Wenn man die Notwendigkeit des U-Boot-Krieges anerkennt, so ist der jetzige Augenblick dafür der beste. Die Lebensmittelnot in England ist sehr groß. Es ist unbestritten, daß bei Gegnern und Neutralen die Ernte schlecht, bei uns aber gut ist. Ob dies nächstes Jahr auch der Fall sein wird, steht dahin. Im kommenden Frühjahr sind wir der Erschöpfung unseres Menschen- und sonstigen Materials um ein ganzes Stück näher; dann wird auch die Gefahr seitens der Neutralen größer sein als heute. Aber auch der Siegeswille der Gegner wird dann größer, ihre Neigung zum Frieden geringer sein. Die Fähigkeit unserer Verbündeten, noch erhebliche Zeit durchzuhalten, ist mehr als zweifelhaft. Unsere Chancen werden immer geringer, je länger wir warten. Ich halte es nicht für möglich, daß wir einen ungünstigen *) Frieden schließen können, ohne die U-Boot-Waffe eingesetzt zu haben.

Admiral v. Holtzendorff widerspricht den Ausführungen des Staatssekretärs Helfferich bezüglich der Gegenüberstellung von englischer und deutscher Tonnage und meint, wenn die Neutralen sich gegen uns absperren, könne garantiert werden, daß sie auch nach England ihre Produkte nicht absetzen werden.

---

*) So in den Akten: soll wohl „günstigen" heißen.

Staatssekretär Helfferich entgegnet, daß er mit dem Hinweis auf die englische und deutsche Tonnage nur betonen wollte, daß mit den relativen Zahlen der englischen Verluste nichts bewiesen werden kann. Auch bei uns kommt der weitaus größte Teil der Einfuhr zur See. Niemand kann beweisen, daß England mit 8 Millionen Tonnen Frachtraum nicht mehr in der Lage ist, sich ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen.

Admiral v. Holtzendorff weist auf den zermürbenden Eindruck hin, den der U-Boot-Krieg in England ausüben muß, da schon jetzt die größten Schwierigkeiten hinsichtlich der Lebensmittelversorgung bestehen.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg macht einen Vorbehalt hinsichtlich der Wiedergabe seiner Ansicht in dem von Admiral v. Holtzendorff verlesenen Aktenvermerk und führt aus: Ich vertrete den Standpunkt, daß für die Entscheidung der Frage des U-Boot-Krieges die Einschätzung der militärischen Lage durch die Oberste Heeresleitung wesentlich sein muß. Nach Ansicht des Feldmarschalls von Hindenburg, mit dem ich eine Vorbesprechung gehabt habe, kann eine Entscheidung weder pro noch contra gefällt werden, solange die militärische Situation infolge des Eingreifens Rumäniens sich nicht übersehen läßt. Nach meiner persönlichen Ansicht würde die Erklärung des U-Boot-Krieges jetzt bei der feindlichen und neutralen Welt sowie bei einem großen Teil unseres Volkes als ein Verzweiflungsakt angesehen werden. Es wäre nicht richtig, ein solches Unternehmen von vornherein zu einem Akt der Verzweiflung zu stempeln.

Wenn ich das Ergebnis der gestrigen und heutigen Erklärungen zusammenfasse, so wird von niemand bezweifelt, daß wir in 4 bis 6 Monaten mit einer Zerstörung von rund 4 Millionen Tonnen englischer Schiffe rechnen können. Der Admiralstab glaubt, daß England dann bereit ist, Frieden zu schließen. Diese Ansicht wird von anderen Herren, z. B. von Staatssekretär Helfferich, angezweifelt, niemand kann beweisen, daß die erwartete Folge wirklich eintreten wird. Dies glaube auch ich, es ist lediglich eine Annahme. Sicher ist, daß eine völlige Absperrung nach und von England nicht durchgeführt werden kann, weil die U-Boote bei Nacht nichts unternehmen können. Wir können keinen eisernen Ring um England legen, unsere Absperrung kann auch durch Begleitung der Transporte mit Kriegsschiffen durchbrochen werden. Ich habe Admiral v. Holtzendorff dahin verstanden, daß der Verkehr nach und von Holland und Dänemark unterbunden werden kann. Ist dies möglich, indem wir gleichzeitig einen intensiven U-Boot-Krieg gegen die englische Küste führen?

Als sichere Folge des U-Boot-Krieges muß der Bruch mit Amerika ins Auge gefaßt werden. (Folgen Ausführungen über europäische Neutrale.)

Eine Entscheidung über den Beginn des U-Boot-Krieges ohne Einverständnis mit den Bundesgenossen halte ich für ausgeschlossen. Wir müssen damit rechnen, daß uns die Türkei abspenstig gemacht wird. Ein erfolgreiches Attentat auf Enver würde einen Separatfrieden der Türkei

zur Folge haben, den sie schon jetzt jeden Tag schließen kann. Auch Österreich-Ungarn können wir nicht ungefragt in einen Krieg mit den übrigen Neutralen verwickeln.

Sollten wir einer ungünstigen Entwickelung des rumänischen Krieges entgegengehen, so nützt uns auch der U-Boot-Krieg nichts; bricht Österreich-Ungarn zusammen, so weiß ich nicht, ob wir weiteren Widerstand leisten können. Eine endgültige Entscheidung scheint daher auch mir erst nach Klärung der militärischen Lage möglich.

Admiral v. Holtzendorff: Ich bin überzeugt — einen Beweis kann ich nicht dafür erbringen —, daß 14 Tage rücksichtslosen U-Boot-Krieges die Folge haben werden, daß sich die Neutralen von England fernhalten. Alle schwerwiegenden Bedenken gegen den U-Boot-Krieg würden eine erhöhte Bedeutung haben, wenn wir noch die Freiheit der Wahl hätten. Wie sollen wir aber auf anderem Wege zu einem annehmbaren Frieden kommen? Nach meiner Kenntnis wird die österreichisch-ungarische Armee und Flotte den U-Boot-Krieg begrüßen. Wie die politische Leitung in Österreich denkt, weiß ich nicht. Sollten wir allein bleiben, so müßten wir den U-Boot-Krieg erst recht führen. (Folgen Ausführungen über europäische Neutrale.)

Staatssekretär v. Jagow führt aus, daß ein Vertreter der holländischen Reedereikreise erklärt hat, die Holländer würden ihre Schiffe weiter fahren und sich auch durch eine Geldentschädigung nicht abhalten lassen. Baron Burian wünscht den U-Boot-Krieg je eher, je lieber anzufangen, vorausgesetzt, daß es nicht zum Bruch mit Amerika komme, was unbedingt zu vermeiden sei.

Der Herr Reichskanzler: Wenn ich die Überzeugung hätte, daß der U-Boot-Krieg zum erfolgreichen Ende führt, würde ich sofort zustimmen. Heute handelt es sich nur darum, die verschiedenen Faktoren, die dafür und dagegen sprechen, darzulegen.

Admiral v. Capelle: An der Westküste Englands wird der U-Bootkrieg mit den großen U-Booten geführt werden. Schon im Frühjahr waren wir in der Lage, dort den beabsichtigten Erfolg zu erzielen, heute haben wir an der Westküste die doppelte Zahl großer U-Boote als im Frühjahr. Die Zahl der mittleren U-Boote ist ebenso groß wie die der großen. Ihr Aktionsgebiet ist die Nordsee und die dänische und holländische Küste, ihre Zahl reicht vollauf für einen U-Boot-Krieg gegen die Ostküste Englands sowie gegen Holland und Dänemark. Die Möglichkeit, diese beiden Länder von dem Verkehr mit England abzuschneiden, ist daher zu bejahen

Staatssekretär Helfferich: Ich gebe ausdrücklich zu, daß die jetzige Situation für den Beginn des U-Boot-Krieges wesentlich günstiger ist als bisher. Sie wird wegen der schlechten Ernte in Amerika im Frühjahr noch besser sein. England wird automatisch mit oder ohne U-Boot-Krieg in eine immer schwierigere Lage kommen. Wenn Amerika und Kanada so gut wie nichts exportieren können, brauchen wir den U-Boot-Krieg nicht. Wenn England jetzt ein Maximum von Vorräten hat, wird es im nächsten Frühjahr ein Minimum haben. Die Preis-

steigerung in England übersteigt die kritische Lage zur Zeit des ersten U-Boot-Krieges im Frühjahr 1915. Der Admiralstab nimmt an, daß in England die Kriegsmüdigkeit in kurzer Zeit eintreten wird. Ich glaube, daß der U-Boot-Krieg in England die äußerste Anspannung aller Kräfte und Vervollkommnung der Organisation zeitigt. Daher kann ich mich nicht zu der Überzeugung durchringen, daß infolge des U-Boot-Krieges der Frieden kommt. Die ungeheuere Schädigung für England ist ganz zweifellos. Man darf aber auch von der schärfsten Waffe keinen Gebrauch machen, wenn in noch kürzerer Zeit die schädliche Rückwirkung für uns eintritt, die uns an dem weiteren Gebrauch der Waffe hindert.

Es ist nahezu feststehende Überzeugung aller, daß Holland, Dänemark und die Schweiz durch den U-Boot-Krieg in die schwierigste Lage geraten. Jeder Staat wird sich seine Rechnung machen, und ehe er sicherem Untergang entgegengeht, wird er g e g e n uns optieren. Hinsichtlich Dänemarks ist das nicht zweifelhaft. Auch Holland wird die Torpedierung seiner Schiffe als Angriff auffassen. (Folgen Ausführungen über europäische Neutrale.)

A d m i r a l v. H o l tz e n d o r f f: Das von Staatssekretär Helfferich entworfene Bild ist sehr logisch, aber in sehr düsteren Farben aufgetragen. Wir befinden uns eben in einer Zwangslage, aus der heraus wir handeln müssen. Wir brauchen den Neutralen nicht zu drohen, sondern können sie einladen, sich uns gegenüber ebenso zu verhalten wie bisher gegenüber England. Die Haltung der Neutralen wird auch durch ihre geographische Lage bestimmt; Rumänien ist Rußland benachbart und mußte daher mit Rußland gehen; Holland und Dänemark grenzen an uns, wir sollten daher Mittel finden, sie zu uns herüberzuziehen.

Seemännisch-technisch wird unsere Lage im nächsten Frühjahr nicht besser sein. Wir werden bis dahin noch mehr U-Boote haben, wie es aber mit dem Mannschaftsersatz steht, läßt sich nicht übersehen. Auch unser Ölbestand ist gefährdet.

G e n e r a l L u d e n d o r f f: Wir wissen nicht, was aus Österreich und Rumänien wird. Südlich der Karpathen sind die Rumänen im Vormarsch. Die Rumänen sind schlechte Soldaten, die Österreicher noch schlechtere. Wir haben alles in Marsch gesetzt, was die schlechten Bahnverbindungen leisten können. Was jetzt an Ort und Stelle gebracht wird, wird kaum genügen, um Rumänien aufzuhalten. Der letzte Mann, der aus Ost und West freizumachen ist, muß gegen Rumänien gesandt werden. Wenn es möglich ist, daß Holland und Dänemark gegen uns gehen, so haben wir nichts entgegenzusetzen. Eine Entscheidung über etwaige Neuformationen ist noch nicht gefällt. Sind wir dazu in der Lage, so stellt sich die Frage, ob wir einen Schlag gegen Rumänien führen können. Gelingt ein solcher Schlag, so werde ich dazu raten müssen, den U-Boot-Krieg zu führen, aber erst wenn ich auch dann noch genügend Kräfte zur Verfügung hätte, um allen Eventualitäten gewachsen zu sein. Zunächst ist die Frage zu klären, ob wir so fest stehen, daß wir überall standhalten können.

Feldmarschall v. Hindenburg: Wir würden jubeln, wenn wir den U-Boot-Krieg sofort beginnen könnten, aber es ist eine ernste Frage. Wir müssen mit der Möglichkeit neuer Kriegserklärungen und mit Landungen in Holland und Dänemark rechnen. Mehrere Divisionen würden dort gebunden werden, die wir jetzt nicht entbehren können. Wir haben unsichere Bundesgenossen. Die Zukunft ist jetzt dunkler als je; wir werden einige Zeit vergehen lassen müssen (8 bis 14 Tage), bis wir die Lage genau übersehen können. Jetzt ist eine Entscheidung nicht möglich. Ich werde den Zeitpunkt mitteilen.

Kriegsminister Wild v. Hohenborn: Die Grundlagen für die Beurteilung des U-Boot-Krieges haben sich verschoben. Die Verpflegungsfrage hat sich bei uns gebessert, in England ist sie schlechter geworden. Andererseits ist die Kriegslage zurzeit zweifellos weniger hoffnungsreich. Für eine Sicherung der Grenzen gegen Holland und Dänemark ist zurzeit keine Vorsorge getroffen. Einstweilen müssen wir abwarten, bis wir eine Uebersicht über die Entwickelung des rumänischen Krieges wenigstens in den gröbsten Zügen haben werden. Inzwischen wird sich klären, was wir noch bereit stellen können. Die Verschlechterung der Situation veranlaßt mich nicht zu sagen, nun den U-Boot-Krieg erst recht zu führen, meine Stellungnahme ist wesentlich davon abhängig, was wir an militärischen Kräften noch flüssig machen können.

Admiral v. Holtzendorff: Da wir den U-Boot-Krieg auch im Winter führen können, kann trotz der Dringlichkeit der Beginn des U-Boot-Krieges auf kurze Zeit verschoben werden. Es fragt sich nur, ob unsere Geduld und das Ertragen von immer größeren Schwierigkeiten, die uns von England bereitet werden, die kleinen Staaten nicht zu einer feindlichen Stellungnahme gegen uns bringen.

Staatssekretär Helfferich: Soweit es irgend möglich ist, arbeiten wir mit denselben Mitteln gegenüber den Neutralen wie England. (Folgen Ausführungen über europäische Neutrale.)

Kriegsminister Wild v. Hohenborn: Persönlich halte ich ein Eingreifen der Neutralen nicht für wahrscheinlich. Wenn Dänemark und Holland von England abgesperrt sind, wird ihre Ausfuhr nach Deutschland intensiver werden.

Staatssekretär v. Jagow: Die Unruhe bei den Neutralen anläßlich des früheren U-Boot-Krieges war ganz ungeheuer. Wir haben nur dadurch beruhigend wirken können, daß wir Entschädigung gewährt und uns entschuldigt haben. Die Leute waren in Verzweiflung.

Die englische Regierung hat ihren Druck auf die Neutralen nicht unmittelbar ausgeübt, sondern mittelbar durch besondere Gesellschaften. Der Unterschied gegenüber England liegt vor allem darin, daß wir die Schiffe und Menschenleben vernichten würden, um damit einen Druck auszuüben, während nach englischem System die Neutralen nur in der freien Wahl ihrer Betätigung eingeengt sind, im übrigen aber ganz außerordentlich verdienen.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg: Der Schwere der Verantwortung bin ich mir vollkommen bewußt. Es ist schwer zu

sagen, was ein anderer tun wird. Wollte ich sagen, ich glaube nicht, daß die Neutralen gegen uns gehen, nachdem die Oberste Heeresleitung keine Kräfte hat, die eintretendenfalls neuen Feinden entgegenzusetzen wären, würde ich eine große Verantwortung übernehmen. Ob die Neutralen für oder gegen uns sich entscheiden werden, hängt wesentlich von der Gesamtlage ab. (Folgen Ausführungen über europäische Neutrale.)

Staatssekretär Helfferich: Mit einer erhöhten Ausfuhr aus Holland und Dänemark zu uns, wenn der Weg von und nach England verlegt ist, kann nicht gerechnet werden. Beide Länder sind auf die Futtermittelzufuhr angewiesen, die jetzt schon sehr knapp ist. Ihre Produktion an Fleisch, Butter und Käse würde sofort nachlassen; der Erlaß von Ausfuhrverboten wäre die Folge, um wenigstens den eigenen Bedarf sicherzustellen, zumal ja die Vorräte an Brotgetreide in diesen Ländern sehr knapp sind und dann auch nicht mehr ergänzt werden könnten.

Admiral v. Holtzendorff auf eine entsprechende Frage des Kriegsministers: General von Falkenhayn hatte zweimal gebeten, die Marine auf die nach Frankreich fahrenden englischen Truppentransportdampfer anzusetzen. Wegen der Gefahr der Verwechselung und der Rücksicht auf die Neutralen konnte nichts unternommen werden. Fallen diese Rücksichten weg, so werden wir zweifellos einen großen Erfolg haben.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg: Ich hatte in Aussicht genommen, den Reichstag nächste Woche einzuberufen. Die Parteien haben selbst Bedenken dagegen, ich werde aber nicht umhin können, die Führer der Parteien bei mir zu sehen. Sie werden zweifellos die Frage des U-Boot-Krieges anschneiden. Ich werde ihnen antworten, ohne auf Einzelheiten der heutigen Beratung einzugehen, daß die Frage von allen berufenen Instanzen eingehend geprüft worden ist, daß man aber im Hinblick auf die gegenwärtige Kriegslage dazu gekommen ist, die Entscheidung zu vertagen, nachdem auch der Feldmarschall v. Hindenburg erklärt hat, daß er zunächst die Entwickelung des rumänischen Feldzuges abwarten müsse, bevor zu der Frage Stellung genommen werden könne.

159

Kapitän v. Bülow an den Chef des Admiralstabes Admiral v. Holtzendorff*)

Großes Hauptquartier (Pleß), 10. September 1916

Ich habe heute General Ludendorff entsprechend den Anweisungen Euerer Exzellenz die Kalkmannsche Denkschrift unter Betonung ihrer Diskretion bedingenden Herkunft und ihres Wertes zu lesen gegeben. Dabei habe ich unter Bezugnahme auf das Schreiben an den Feldmarschall auf dessen wichtigsten Punkt, — größere Gefahr für Eingreifen der Neutralen bei Verzicht auf den U-Boot-Krieg — nachdrücklichst hingewiesen.

Ludendorff bedauert, daß die Frage aufs politische Geleise gekommen,

*) Aus den Akten des Admiralstabes.

er betrachte sie rein militärisch. Bezüglich der Kriegsgefahr der Neutralen könne man, wie das Schreiben des Admiralstabes zeige, ja anderer Ansicht sein. Für ihn müsse das Urteil des leitenden Staatsmannes aber maßgebend sein. Er lege seinen Entschlüssen immer reale Verhältnisse zugrunde.

Ich: Der Chef des Admiralstabes glaube doch aber fest, daß die realen Verhältnisse bei den Neutralen umgekehrt lägen, als der Kanzler sie einschätzt.

Ludendorff: Er meine die realen Verhältnisse bezüglich unserer militärischen Kraft. Wenn der Kanzler ihm sage, es bestehe die Gefahr, daß Dänemark dann feindlich werde, könne er dieses nicht auf Grund einer anderen Vermutung ignorieren. Dann käme er aber zu dem Ergebnis, daß wir vorläufig die erforderlichen Kräfte nicht hätten. Schuld seien die Österreicher; 2 Divisionen, die nach Siebenbürgen sollten, hätte er an deren Front einsetzen müssen, und nun könne er das, was er vorgehabt hätte, nicht ausführen. Die Westfront verlange Reserven. Erst wenn er die Sicherheit hätte, daß alle unsere Fronten hielten, könne er ja sagen und würde es dann mit Freuden tun. Er habe bei seinen Schlachten auch manches riskiert, aber immer doch so, daß er die Überzeugung des Erfolges gehabt hätte. Man müsse sich klar sein, daß unsere militärische Lage heute schlecht sei.

Ich: Mehr als eine gewisse Kühnheit, die er bei seinen Entschlüssen gewohnt sei, sei doch hier auch nicht erforderlich. Gerade wenn wir schlecht ständen, sei es doch erwünscht, den Eindruck der Stärke durch den Entschluß zum U-Boot-Krieg zu erwecken.

Ludendorff: Ein solcher Bluff sei nicht Kühnheit, sondern Leichtsinn, und das täte er nicht.

Ich: Man dürfe nicht vergessen, daß wir den Anfang des U-Boot-Krieges etwa die ersten 6 Wochen in die gute Jahreszeit legen müßten.

Ludendorff: Ja, das sei bedauerlich. Ob wir nicht uns auf die Westküste beschränken könnten? Ob es uns so auf den holländischen Nordseehandel ankomme?

Ich: Wir ließen ja den Neutralen einen freien Zugang zum Ozean. Gerade an der Westküste, Cardiff, führen viele Neutrale. Die Holländer würden nicht weniger traurig sein, wenn sie dort ein Schiff verlören, als in der Nordsee.

Ludendorff gab dies zu.

Ich: Es werde ja auch einem Hinausschieben bis zur Präsidentenwahl das Wort geredet. Das habe wenig Zweck. Die Wiederwahl Wilsons sei wohl sicher, da die Wetten auf ihn jetzt 3 : 1 ständen.

Ludendorff: Auf diese politischen Gesichtspunkte gebe er wenig, die Frage sei für ihn, wie gesagt, eine rein militärische.

Plötzlicher Abbruch der Unterredung, da Ludendorff zum König von Bulgarien mußte.

Heute vormittag ließ General Ludendorff mich wieder rufen.

Dann gab er mir die Kalkmannsche Denkschrift zurück. Sie habe ihm großen Eindruck gemacht, über die Wirkungen über den Frieden hinaus habe er bisher noch nicht so nachgedacht, das sei ein sehr wichtiger Punkt.

Die Flotte sucht doch immer noch die taktische Entscheidung. Euere Exzellenz hätten ihm gesagt, daß dazu mehr als bisher die U-Boote herangezogen würden. Könnten wir sie denn da entbehren und sie beim U-Boot-Krieg verwenden?

Ich antwortete durch Anführung des Schlußsatzes des Immediatberichtes des Flottenchefs über die Skagerrakschlacht. General Ludendorff stimmte dieser Auffassung voll zu. Er faßte sich darauf wie folgt zusammen:

Er lege Wert darauf, festzustellen und anerkannt zu sehen in der Marine, daß die Oberste Heeresleitung den U-Boot-Krieg wünsche, sobald wir militärisch feststehen. Das tun wir heute nicht. Vor 10 Tagen habe er gehofft, daß dies heute schon der Fall sein würde. Fünf Divisionen habe er für Siebenbürgen bereitgestellt, 3 davon habe er inzwischen an der österreichischen Front einsetzen müssen; Neuformationen würden nicht vor Ende des Monats fertig, und was könne nicht alles bis dahin geschehen? Er müsse Halicz halten, sonst verlören wir die letzten Ölquellen und Euere Exzellenz hätten ihn gerade auf die Gefahr der drohenden Schmierölknappheit hingewiesen. (Ich bitte geh., mich über diesen Punkt zu unterrichten.) In Schleswig hätten wir 3 Bataillone; mit dem Ausbau einer Stellung dort werde heute mit 20 000 Mann begonnen, statt vor 2 Jahren. Es sei heute direkt eine Versuchung für die Dänen. Die Österreicher seien wie ein Sieb: was man oben hineinfülle, laufe unten wieder hinaus. Wenn er es nur mit Deutschen zu tun hätte, würde er sagen, daß er Anfang Oktober die erforderliche militärische Sicherheit besitzen zu können glaube. Da er es aber auch mit Österreichern zu tun habe, könne er sich in keiner Weise binden, sondern nur sagen, daß er dann soweit zu sein h o f f e.

Ich sagte, das sei für uns der alleräußerste Termin; bei weiterem Verschieben komme man auf das Frühjahr, und das sei im Hinblick auf die Österreicher zu spät.

General Ludendorff erwiderte, das wolle er doch so bestimmt nicht annehmen, wir würden sie wohl noch weiter durchschleppen. Aber er wolle auch keineswegs mit dem U-Boot-Krieg auf das Frühjahr hinaus. Wir könnten versichert sein, sobald wir militärisch feststehen, wird er gemacht. Nach den Kriegserfahrungen komme es darauf an, wie die Engländer an der Somme, soviel Kraft wie irgendmöglich aufzuspeichern und dann loszulegen. Insofern scheine es ihm ganz gut, daß wir im Frühjahr den U-Krieg noch nicht begonnen hätten. Wenn es auch nicht seine Sache sei, zu beurteilen, ob wir genug Boote hätten, so sei es ihm doch eine Beruhigung zu wissen, daß wir jetzt soviel Boote hätten, daß auch er als Nichtfachmann an den Erfolg jetzt glaube.

Er hätte sich rückhaltslos ausgesprochen, da er den Wunsch hätte, daß volles gegenseitiges Vertrauen und Verstehen zwischen Heeres- und Seekriegsleitung bestehe.

Ich beurteile die Lage hiernach folgendermaßen: General Ludendorff glaubt an den Erfolg des U-Boot-Krieges, vielleicht nach Kalkmann noch fester. Er will ihn. Er glaubt nicht an eine günstige Entscheidung allein durch den Landkrieg.

Auf die Autorität des Kanzlers hin glaubt er an die dänische Gefahr. Solange der Kanzler hieran festhält — und das wird er, weil er den U-Krieg nicht will und mit dem dänischen Gespenst ihn verzögern und damit vielleicht vereiteln kann, umsomehr als er dem Feldmarschall schließlich, wenn dieser fest ist, nachgeben muß — wird General Ludendorff dem U-Krieg erst zustimmen, wenn er die militärische Lage als sicher ansieht. Frühestens Anfang Oktober.

Daher zweckmäßig:

1. gegenüber General Ludendorff
   a) nachdrücklich betonen die Nachteile, welche eine Verzögerung bringt.
   b) versuchen durch Attaché- usw. Berichte die dänische und holländische Gefahr zu entkräften.
2. gegenüber dem Kanzler:
   versuchen, daß er sein Votum über die dänische Gefahr mildert. Ich glaube, daß die Kalkmann'sche Denkschrift überall stark wirken würde, auch beim Kanzler und bei Leuten wie Ballin, vielleicht durch letzteren auf ersteren.

Bemerkung: Ich habe meine Ausführungen nur so weit wiedergegeben, als der Gedankengang es erfordert.

v. Bülow

160

Legationsrat v. Grünau an Staatssekretär v. Jagow

Eing. Berlin, 26. September 16

Nr. 145 Pleß (Hauptquartier), 22. September 16

1 Anlage in Abschrift

Seiner Exzellenz dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
Herrn von Jagow Berlin

gehorsamst vorgelegt.

v. Grünau

Anlage

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Politische Abteilung
an Legationsrat v. Grünau

Pleß, 21. September 16

Nach einer auf ihre Richtigkeit nicht zu prüfenden Nachricht aus Amsterdam wird dortselbst die Nachricht verbreitet, daß der amerikanische Botschafter in Berlin, Herr Gerard, am 13. 9. eine lange Unterredung mit Exzellenz von Jagow gehabt habe, auf Grund deren er (Gerard) zu der Überzeugung gelangt sei, daß der verschärfte U-Boot-Krieg demnächst wieder aufgenommen werden würde.

In seinem diesbezüglichen Telegramm an die amerikanische Regierung betonte er, wie bitter es die deutsche Regierung empfände, seitens Amerikas

derart in seiner U-Boot-Kriegführung beschränkt zu sein, daß vielfache Gelegenheiten zur Torpedierung von Truppen- und Materialdampfern im Kanal verpaßt würden, weil sie ohne Warnung nicht torpediert werden dürften. Dieser Zustand sei nach deutscher Ansicht unhaltbar, die Torpedierung ohne Warnung müsse deshalb bald wieder aufgenommen werden.

Schon um die Glaubwürdigkeit der betreffenden Nachrichtenquelle zu prüfen, würde Exzellenz Ludendorff gern wissen, ob das Gespräch stattgefunden hat.

v. Bartenwerffer

161

Staatssekretär v. Jagow an Legationsrat v. Grünau

Auf Nr. 145 Berlin, 26. September 16

1 Anlage zur gefälligen Kenntnis und Mitteilung an Exzellenz Ludendorff ergebenst übersandt.

v. Jagow

Anlage Berlin, 26. September 16

Vor einiger Zeit, das Datum ist mir nicht mehr gegenwärtig, es mag aber der 13. d. M. gewesen sein, suchte mich der Botschafter Gerard auf, um mir vertraulich zu sagen, daß er infolge eines vertraulichen Briefes von Col. House voraussichtlich demnächst nach Washington fahren werde, wohin auch schon seine Kollegen aus Paris und London gereist wären. Er glaube, daß der Präsident mit den Botschaftern die Möglichkeit einer Friedensvermittelung besprechen wolle, es würde ihm recht zweckmäßig erscheinen, wenn er vor seiner Abreise außer dem Herrn Reichskanzler evtl. auch Seine Majestät den Kaiser sowie den Feldmarschall Hindenburg sprechen könnte. Auch würde es sehr nützlich sein, wenn er dann in Amerika sagen könnte, daß wir nicht mehr an den rücksichtslosen U-Boot-Krieg dächten. Ich entgegnete dem Botschafter u. a., der rücksichtslose U-Boot-Krieg sei zurzeit ja nicht beabsichtigt, Amerika schiene sich aber eigentlich gar nicht darüber klar zu sein, welches Opfer wir mit dem Verzicht gebracht hätten. Der U-Boot-Krieg sei eine scharfe Waffe, mit der wir unsern Hauptgegner England sehr empfindlich treffen könnten. Täglich gingen jetzt Transporte von Mannschaften und Munition über den Kanal zu dem furchtbaren Kampf gegen unsere armen Leute an der Somme. Und wir könnten diese Schiffe nicht blowen, weil die Unterscheidung zu schwierig wäre. Dies alles aus Rücksicht auf Amerika, welches noch nichts getan hätte, um die englischen Übergriffe zu bekämpfen oder den Frieden anzubahnen. Diese Rücksichten schienen mir in Amerika keineswegs genügend eingeschätzt zu werden. Das Gespräch ging dann auf andere Themata über.

In welcher Form Mr. Gerard über den Inhalt dieses Gesprächs berichtet hat, ist mir natürlich nicht bekannt.

162

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Legationsrat v. Grünau

Telegramm Nr. 1204 Berlin, 1. Oktober 16

Sie wollen nachfolgendes Telegramm dem Generalfeldmarschall von Hindenburg und Abschrift davon dem Admiral von Holtzendorff zustellen.

Admiral von Holtzendorff mitteilt mir soeben streng vertraulich, daß nach ihm heute zugegangener Nachricht aus dem Großen Hauptquartier in Aussicht genommen werde, U-Boot-Krieg etwa am 18. Oktober zu beginnen, wozu die Boote mit den entsprechenden Befehlen am 10. d. M. auslaufen müßten.

Ich kann der Vorstellung nicht Raum geben, daß in dieser Frage ohne eine bisher nicht erfolgte, von Seiner Majestät sanktionierte Vereinbarung mit mir ein entscheidender, mir lediglich durch den Chef des Admiralstabes mitgeteilter Beschluß gefaßt worden sein sollte, und möchte Folgendes zur Sache bemerken:

Wir haben bekanntlich Amerika zugesagt, den U-Boot-Krieg nur nach Prisenordnung zu führen. Von dieser Zusage können wir nur durch ausdrückliche Erklärung und unter Beobachtung einer Frist abgehen, welche Amerika theoretisch die Zurückhaltung amerikanischer Schiffe und Passagiere von der Fahrt nach England ermöglicht. Graf Bernstorff ist auf persönlichen Befehl Seiner Majestät angewiesen, den Präsidenten Wilson zum Erlaß eines Friedensappells zu veranlassen. Sofern Wilson dazu gebracht wird, soll die wahrscheinliche Ablehnung des Appells durch England und seine Verbündeten, während wir ihn annehmen, uns die Grundlage verschaffen, um die Zurückziehung unserer Amerika erteilten Zusage moralisch vor der Welt, insonderheit auch vor den europäischen Neutralen zu rechtfertigen und dadurch auf deren präsumptive spätere Haltung einzuwirken. Graf Bernstorff hat auf den ihm telegraphisch sofort übermittelten Auftrag noch nicht geantwortet. Bevor die Situation in dieser Beziehung geklärt ist, ist eine Ankündigung und demzufolge eine durch Allerhöchste Befehle zu erwirkende Ausführung des U-Boot-Krieges unmöglich. Vorher kann ich auch schlechterdings nicht die Zustimung unserer Verbündeten einholen.

Im übrigen darf ich in Wiederholung, zum Teil in Ergänzung mündlicher Ausführungen, Folgendes bemerken:

1. Bruch mit Amerika und in der Folge amerikanische Kriegserklärung halte ich, wofern nicht Friedensappell Wilsons eine ganz neue Situation schaffen sollte, für sicher.

2.—4. (Ausführungen über europäische Neutrale.)

5. Die Wirkung des U-Boot-Krieges auf England bleibt Sache unsicherer Schätzung. Für uns günstige Momente sind schlechte bezw. mittelmäßige Ernten in England, Nordamerika, Kanada und Argentinien. Trotzdem bleibt bestehen:

a) Unmöglichkeit hermetischer Absperrung Englands;

b) Möglichkeit, unumgänglich notwendige Zufuhren bei Nacht oder unter dem Schutze eines Convois nach England zu befördern;

c) Unmöglichkeit, Transporte zwischen England und Frankreich zu unterbinden, wenn sie auch vielleicht partiell und zeitweise gestört werden können.

Hiernach Aussicht, England schwer zu schädigen, zwar vorhanden, Wahrscheinlichkeit aber, es zum Frieden zu veranlassen, wenn Amerika, Holland, Dänemark und Spanien sich ihm anschließen, zum mindesten problematisch.

Die hierdurch eröffneten Perspektiven sind so ungeheuer ernst und von so großer allgemeiner Tragweite, daß sie, selbst abgesehen von der in Amerika schwebenden Aktion, Seiner Majestät in gemeinschaftlichem Vortrage dargelegt werden müssen, bevor der endgültige Entschluß fällt.

Eine detailliertere schriftliche Ausführung des Vorstehenden folgt in kürzester Frist.

Bethmann Hollweg

163

Legationsrat v. Grünau an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

Eing. Berlin, 3. Oktober 16

Telegramm Nr. 774 Pleß (Hauptquartier), 2. Oktober 16

Geheim

Auf Telegramm Nr. 1204

Feldmarschall bittet Euerer Exzellenz folgendes mitzuteilen:

„Ich habe lediglich mit der Möglichkeit gerechnet, daß der U-Boot-Krieg Mitte Oktober beginnen kann. — Beim letzten Gespräch des Kapitäns z. S. von Bülow mit General Ludendorff hat dieser besonders hervorgehoben, daß die Entschließung nur im Einvernehmen mit Euerer Exzellenz erfolgen könne. Hieran halte ich naturgemäß unter allen Umständen fest. Kapitän von Bülow gibt an, in seiner Meldung an Admiral von Holtzendorff lediglich seinen privaten Eindruck geäußert zu haben, daß die Oberste Heeresleitung am 10. Oktober ihre Zustimmung zum Auslaufen der Boote würde geben können.

v. Hindenburg."

Grünau

164

Legationsrat v. Grünau an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

Eing. Berlin, 2. Oktober 16

Telegramm Nr. 776 Pleß (Hauptquartier), 2. Oktober 16

Im Anschluß an Nr. 774

Feldmarschall und General Ludendorff haben sowohl Exzellenz von Treutler wie mir gegenüber wiederholt mit Nachdruck ausgesprochen, wie sehr sie bedauern, daß durch das bei Admiral von Holtzendorff infolge der

Berichterstattung des Kapitäns von Bülow entstandene Mißverständnis der Eindruck bei Euerer Exzellenz erweckt worden sei, als ob ihrerseits eine Entscheidung in einer Frage getroffen worden wäre, die nur im Benehmen mit Euerer Exzellenz entschieden werden könne. Beide Herren betonten mehrfach, daß die loyale Zusammenarbeit mit Euerer Exzellenz durch keinen Mißton gestört werden dürfe und daß ihnen nichts ferner liege, als hinter dem Rücken Euerer Exzellenz Sonderpolitik zu treiben oder sich überhaupt in die politischen Geschäfte einzumischen; je mehr in einer Frage sachliche Differenzen beständen, um so offener müsse man sich gegenseitig aussprechen, aber für Quertreibereien seien sie nicht zu haben.

Dies ändert nichts an meiner auf Antrag General Ludendorffs gestern privatbrieflich bei Herrn Staatssekretär von Jagow gestellten Anfrage über den Stand der Vorbereitungen, da General Ludendorff in der Tat mit der Möglichkeit eines baldigen Beginns der erwähnten Aktion rechnet.

Grünau

165

Legationsrat v. Grünau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 5. Oktober 16
Telegramm Nr. 796 — Sonderzug, 5. Oktober 16
Geheim

Bei gestrigem Vortrag Admirals von Holtzendorff hat sich Seine Majestät dahin ausgesprochen, daß vom U-Boot-Krieg in nächster Zeit noch keine Rede sein könne. Man müsse die augenblicklich sich abspielenden Vorgänge (Verhandlungen mit Amerika, Ministerwechsel in Rußland, . .) sich erst auswirken lassen und dürfe sie nicht durch U-Boot-Krieg stören. Admiral hatte um Ansicht Seiner Majestät gebeten, da er gegebenenfalls über U-Boote anders disponieren müsse. Demgemäß ist jetzt angeordnet worden, daß 2 neue große U-Boote aus der Nordsee nach dem Mittelmeer gehen, wodurch 2 kleinere dort frei werden für Schwarzes Meer.

Die Darlegungen des Gesandten von Kühlmann haben außerordentlich gut gewirkt und scheinen Seine Majestät in der in letzter Zeit mehr geäußerten Abneigung gegen rücksichtslosen U-Boot-Krieg im jetzigen Zeitpunkt wesentlich bestärkt zu haben. Admiral von Holtzendorff war durch von Kühlmanns Ausführungen sehr beeindruckt, ebenso Oberste Heeresleitung, die sich mit der Vertagung U-Boot-Krieges abgefunden zu haben scheint.

Grünau

166

Chef des Generalstabes Generalfeldmarschall v. Hindenburg an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

Eing. Berlin, 6. Oktober 16
Zum Telegramm Nr. 1204 — Pleß (Hauptquartier), 5. Oktober 16

In der Sitzung Ende August oder Anfang September in Pleß — das Datum kann ich nicht mehr genau feststellen — sprachen Sich Euere

Exzellenz meines Erachtens dahin aus, daß die Entscheidung, ob der verschärfte U-Boot-Krieg geführt werden solle, zunächst der Obersten Heeresleitung zufalle. Euere Exzellenz behielten Sich nur vor, die Bundesgenossen zu hören und etwaige vertragliche Festsetzungen mit anderen Nationen zu kündigen.

Reichstagsmitgliedern gegenüber wollten Euere Exzellenz gleichfalls die Verantwortlichkeit der Obersten Heeresleitung in der U-Boot-Frage betonen. Der Wortlaut, in dem dies geschehen, ist mir nicht bekannt gegeben. Aus zahlreichen Äußerungen, die mir zugegangen sind, entnehme ich, daß auch tatsächlich weite politische Kreise annehmen, daß die Verantwortlichkeit für den U-Boot-Krieg allein bei der Obersten Heeresleitung läge.

Aus dem angezogenen Telegramm glaube ich nun entnehmen zu können, daß Euere Exzellenz über die Verantwortlichkeitsfrage tatsächlich einen anderen Standpunkt haben, als ich glaubte. Ich verstehe diesen Standpunkt durchaus; um nun aber tatsächlich festzustellen, wie weit die Verantwortung für den verschärften U-Boot-Krieg bei der Obersten Heeresleitung liegt, würde ich für eine Äußerung hierzu dankbar sein.

v. Hindenburg

167

Denkschrift des Staatssekretärs des Innern Helfferich

Eing. Berlin, 6. Oktober 16

Deutschlands Zufuhr aus neutralen Nachbarländern

Deutschland ist auch jetzt noch nicht entfernt in dem Maße vom Verkehr mit dem Ausland abgeschlossen, wie dies im Lande selbst vielfach angenommen wird. Die deutsche Volkswirtschaft ist vielmehr noch immer mit dem neutralen Ausland — den angrenzenden und den durch Schiffahrt noch erreichbaren Staaten — durch starke Fäden verbunden. Die deutsche Handelsstatistik weist für die ersten 8 Monate des Jahres 1916 noch eine Einfuhr von 4222 Millionen Mark auf gegen 5248 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Jahres 1915 und 11 638 Millionen Mark im ganzen Friedensjahre 1913. Freilich sind die Einfuhrmengen stärker noch zurückgegangen als die Einfuhrwerte, da infolge der zur Kriegszeit allgemein gestiegenen Preise dem gleichen Werte jetzt durchgängig eine geringere Warenmenge als im Frieden entspricht.

Die Einfuhr besteht, abgesehen von beschränkten Mengen einzelner für die Munitionserzeugung wichtiger Rohstoffe wie Aluminium, Nickel, Ferrosilizium, im wesentlichen aus Lebensmitteln. Dabei handelt es sich vor allem, wie die beigefügten Übersichten des Näheren dartun, um erhebliche Mengen von Vieh und Fleisch, Butter, Käse, Eiern und Fischen.

Ein erheblicher Teil der Einfuhr, insbesondere Butter, Fleisch und Käse, fließt der Heeresverwaltung für die Verpflegung der Truppen zu. Im übrigen geht die Einfuhr fast ganz in die Großstädte und

Industriebezirke, deren Versorgung — wie auch schon im Frieden — zu einem sehr beträchtlichen Teile auf der ausländischen Zufuhr beruht. Namentlich die Arbeiter der schweren, jetzt für die Munitionsherstellung besonders stark beschäftigten Industrie bedürfen bei ihrer anstrengenden Tätigkeit einer qualitativ guten, besonders auch stark fetthaltigen Nahrung, wie sie die eingeführten Lebensmittel darstellen. In den für die Ernährung besonders schweren Frühsommermonaten dieses Jahres hat in einer großen Zahl der für die Heeresverwaltung arbeitenden Betriebe der Schwerindustrie die ernste Gefahr von Hungerstreiks bestanden. Ohne die aus dem Ausland eingeführten Lebensmittel wäre hier und in einer Reihe von Großstädten der Zusammenbruch der Ernährungswirtschaft — als natürliche Folge einer überaus schlechten Ernte — kaum zu vermeiden gewesen.

Die Einfuhr übersteigt, wie die in der Anlage I enthaltenen Zahlen dartun, bei einer Reihe von Waren, insbesondere bei Fleisch, Käse und Fischen, die Zahlen der Friedenseinfuhr erheblich. Dabei sind außer der großen Lebensmitteleinfuhr aus Rußland auch die im Frieden sehr wichtigen Bezüge aus Österreich-Ungarn fortgefallen, da dieses Land infolge des Bedarfs für seine Heere und des zeitweiligen Wegfalls einzelner landwirtschaftlich besonders ergiebiger Provinzen nicht nur — abgesehen von Eiern — keine Lebensmittel mehr ausführt, sondern im Gegenteil einen Teil der Einfuhr aus den verbliebenen neutralen Ländern für sich in Anspruch nimmt. Als Einfuhrländer kommen hiernach noch in Betracht hauptsächlich Holland und Dänemark, daneben für einzelne Waren Schweden, Norwegen und die Schweiz. Es ist erfreulicherweise gelungen, einen großen Teil der im Frieden von diesen Ländern nach England ausgeführten Lebensmittel im Kriege für Deutschland zu gewinnen. Dies Ergebnis, das in den Anlagen für Holland und Dänemark an einer Reihe wichtiger Waren zahlenmäßig dargetan ist, verdanken wir nicht zum wenigsten der neutralen Haltung der Regierungen der genannten Ausfuhrländer.

An Versuchen, die Einfuhr von Lebensmitteln aus diesen Staaten nach Deutschland zu verhindern oder doch zu beschränken, hat es England nicht fehlen lassen. Nachdem es ihm durch rücksichtslose Ausnutzung seiner Seegewalt in Verbindung mit seinen Kontrollorganisationen in den neutralen Ländern gelungen war, die Zufuhr aus überseeischen Ländern, insbesondere von Fetten, Kolonialwaren und Rohstoffen, nach Deutschland im wesentlichen zu sperren, ist es dauernd bemüht gewesen, uns auch die Zufuhr von eigenen Erzeugnissen der neutralen Nachbarländer abzuschneiden. Ein sehr wirksames Mittel hierfür hat England auf rein wirtschaftlichem Gebiet in der Hand, da Holland und Norwegen (wie übrigens auch die Schweiz) auf die Zufuhr von Brotgetreide und Futtermitteln, Dänemark auf die Zufuhr von Futtermitteln angewiesen ist. Diese Zufuhren unterliegen der Kontrolle Englands und seiner Verbündeten, ohne deren Duldung deshalb weder die Volksernährung noch die Viehwirtschaft in den neutralen Staaten auf die Dauer bestehen kann.

Die Folgen des englischen Vorgehens, das in den letzten Monaten zu einer Reihe von Abmachungen Englands mit Holland, Norwegen und

Schweden geführt hat, machen sich jetzt in einem allmählichen Rückgang der Einfuhrziffern bemerkbar. Deutscherseits wird versucht, dem durch Zurückhaltung der für die neutralen Staaten besonders wichtigen deutschen Ausfuhrwaren — Kohle, Eisen, Kali, Chemikalien usw. — entgegenzuwirken.

Die rücksichtslose Durchführung des U-Boot-Krieges würde die Ausfuhr von Lebensmitteln aus Holland und Dänemark nach England erschweren oder beseitigen. Es unterliegt jedoch begründetem Zweifel, ob dies in Gestalt vermehrter Einfuhr Deutschland zugute kommen würde. Denn die Zufuhr von Getreide und Futtermitteln nach Holland und Dänemark würde, soweit sie neben dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg überhaupt noch möglich ist, von England in dem Augenblicke völlig gesperrt werden, wo es der verfügbaren — eigenen oder fremden — Tonnage für militärische Zwecke oder für die Sicherung der eigenen Versorgung bedarf. Die schon jetzt in den neutralen Ländern bestehende Lebensmittelteuerung würde unerträglich, die Aufrechterhaltung des bisherigen Viehstandes unmöglich werden. Jede Regierung wäre unter diesen Umständen gezwungen, durch Inanspruchnahme des infolge Futtermangels geschlachteten Viehes und durch Aufstapelung haltbar gemachter Vorräte an Fleisch, Butter, Milch und Eiern die eigene Volksernährung sicherzustellen und deshalb jede Ausfuhr zu verhindern. Wir müssen also ganz unabhängig von politischen Erwägungen im Falle des rücksichtslosen U-Boot-Krieges mit einer starken Einschränkung oder gar einem völligen Wegfall der Nahrungsmittelzufuhr aus den Nachbarländern rechnen.

Gegenüber einer solchen Eventualität läßt die bessere Ernte an Körnerfrüchten in Verbindung mit der Ernte der besetzten Gebiete heute zwar eine günstigere Auffassung der Gesamtlage zu als im Vorjahre. Minder günstig hat sich jedoch die Kartoffelernte gestaltet, auch wird der Fortfall der Bezüge aus Rumänien ins Gewicht fallen. Dazu kommt, daß Österreich-Ungarn sehr mäßige Ernten hat. Unsere Versorgung wird also trotz der günstigen Körnerernte knapp bleiben und der Wegfall der Zufuhr an Fleisch und tierischen Produkten aus den Nachbarländern würde, auch wenn nicht so unbedingt bedrohlich wie im Vorjahr, so doch immer noch sehr ernst eingeschätzt werden müssen.

Lebensmittelversorgung Englands

Die englische Volksernährung steht und fällt mit der Weizenversorgung, die zu einem Viertel bis einem Fünftel auf der eigenen Erzeugung, im übrigen auf der Einfuhr beruht. Die letztjährige Ernte in England war recht gut, die Ernte in den wichtigsten Bezugsländern — den Vereinigten Staaten und Kanada — erheblich größer als jemals zuvor. England war deshalb in der Lage, aus diesen, ihm räumlich am bequemsten liegenden Bezugsländern seinen Bedarf überreichlich zu decken; es hat im abgelaufenen Erntejahr aus den beiden großen nordamerikanischen Ländern nicht weniger als 88 % seiner Weizeneinfuhr bezogen und die Einfuhr aus Argentinien, Indien und Australien, die einen längeren Seeweg haben, bis auf 11 vom Hundert der Gesamteinfuhr eingeschränkt. Die gesamte Einfuhr an Weizen und Mehl war so

reichlich, daß England in das neue Wirtschaftsjahr, das vom 1. September ab gerechnet wird, mit einem größeren Bestand als in den Vorjahren hineingehen konnte.

Im neuen Wirtschaftsjahre werden sich die Verhältnisse für England wesentlich ungünstiger gestalten. Die eigene englische Ernte bleibt erheblich hinter dem Ergebnis der vorjährigen zurück. Auch die Vereinigten Staaten und Kanada werden durch eine schwere Mißernte betroffen. Zahlenmäßige Schätzungen hierüber sind in Anlage IV beigefügt. England wird also genötigt sein, in weit größerem Umfang als bisher auf die erst im nächsten Jahre zur Verschiffung gelangenden Ernten der entfernter liegenden Länder, Argentiniens, Indiens und Australiens zurückzugreifen.

Um die Lage für England noch weiter zu erschweren, habe ich Verhandlungen eingeleitet, um unter der Hand sowohl in Argentinien als auch in Nordamerika mit erheblichen Mitteln auf den Getreidemarkt einzugreifen, die Preise zu treiben und, soweit möglich, größere Bestände festzulegen. Im Interesse des Gelingens der geplanten Operationen darf ich um Geheimhaltung dieser Mitteilung bitten.

Die Verminderung der englischen Tonnage

Der Admiralstab der Marine erwartet, daß es gelingen werde, bei rücksichtsloser Durchführung des U-Boot-Krieges etwa 600 000 t monatlich herunterzuholen. Danach würde für eine Zeit von 6 bis 7 Monaten auf eine Versenkung von etwa 4 Millionen Tonnen zu rechnen sein. An die Versenkung einer solchen Tonnenzahl wird die Hoffnung geknüpft, daß sie England, wenn auch nicht „auf die Kniee" zwingen, so doch mürbe und kriegsmüde machen werde.

Die englische Handelsflotte betrug vor dem Kriege einschließlich der Segelschiffe und der Kolonialtonnage über 20 Millionen Tonnen. Der Nettoabgang während des Krieges war nach zuverlässigen Nachrichten nicht so erheblich als dies vielfach angenommen wird, und dürfte 500 000 bis 800 000 t nicht übersteigen. Für militärische Zwecke scheinen etwa 8 Millionen Tonnen der Handelsflotte in Anspruch genommen. Danach bleiben für den Handel verfügbar rund 12 Millionen Tonnen, und wenn von diesen in 6 bis 7 Monaten noch 4 Millionen Tonnen heruntergeholt werden, so bleiben übrig rund 8 Millionen Tonnen.

Es mag ganz außer Betracht gelassen werden, daß der englischen Tonnage im Falle der Hereinziehung bisher neutral gebliebener Staaten in den Krieg ein Zuwachs, sei es durch deren eigene, sei es durch die noch in ihren Häfen liegende deutsche Tonnage, voraussichtlich entstehen würde. In keinem Falle kann behauptet werden, daß England mit einer Handelstonnage von 8 Millionen Tonnen nicht mehr bestehen könne. Zum Vergleiche mag darauf hingewiesen werden, daß Deutschland vor dem Kriege mit einer eigenen Handelsflotte von 5 Millionen Tonnen in der Lage war, seine eigenen Bedürfnisse einschließlich eines dem englischen recht nahe gerückten und etwa zu drei Vierteln auf den Seeweg angewiesenen Außenhandels zu befriedigen.

Endlich würde England im dringenden Notfall in der Lage und jedenfalls auch bereit sein, aus den für militärische Zwecke in Anspruch genommenen 8 Millionen Tonnen einen Teil herauszuziehen.

Die Aussicht auf eine für den Kriegsausgang ausschlaggebende Verminderung der Tonnage erscheint mithin unbestimmt und in die Ferne gerückt.

Die Aushungerung Englands

Die englischen Häfen werden noch jetzt von beladenen Schiffen im Umfang von schätzungsweise 5 Millionen Tonnen im Monat angelaufen. Die in Aussicht gestellte Niederholung von 600 000 t würde also nur etwa 12 v. H. der jetzt einlaufenden Schiffe treffen. Angenommen selbst, es könnte der doppelte Prozentsatz der die britischen Häfen anlaufenden Tonnage heruntergeholt werden, so würde dies zwar eine schwere Notlage für England herbeiführen, aber noch immer nicht die Sicherheit geben, daß England vor den Hunger gestellt und dadurch zum Frieden gezwungen werden würde.

Eine schwere Schädigung Englands würde allerdings hervorgerufen werden, zumal da die Versorgungsverhältnisse in diesem Erntejahr für England so sehr viel ungünstiger liegen als im bisherigen Verlauf des Krieges. Aber die Frage bleibt offen, ob diese Schädigung — namentlich angesichts der unmittelbar nach der Ernte besonders hohen englischen Getreidebestände — in verhältnismäßig kurzer Zeit so gesteigert werden kann, daß England zum Frieden gezwungen wird.

U-Boot-Krieg und Vereinigte Staaten

Nach allem, was vorgegangen ist, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Aufnahme des rücksichtslosen U-Boot-Krieges vor der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten unter allen Umständen, nachher sehr wahrscheinlich den Bruch mit den Vereinigten Staaten bedeuten würde.

Es ist falsch, anzunehmen, daß im Falle eines Bruches die Vereinigten Staaten die Entente nicht in stärkerem Maße unterstützen könnten, als sie dies bereits bisher getan haben.

Die finanzielle Unterstützung der Entente durch die Vereinigten Staaten ist bisher hinter den Erwartungen der Entente und hinter der finanziellen Leistungsfähigkeit der Union weit zurückgeblieben. England und Frankreich haben im September 1915 in den Vereinigten Staaten eine große gemeinschaftliche Anleihe — 500 Millionen Dollar — aufgenommen. Das Ergebnis dieser Anleihe ist seinerzeit sehr hinter den Erwartungen der Entente zurückgeblieben. Später haben nur kleinere englische und französische Finanzoperationen meist kommerziellen Charakters abgeschlossen werden können. Erst in der letzten Zeit gelang es sowohl England wie Frankreich, diesesmal getrennt, wieder Anleihen in der ungefähren Höhe der vorjährigen abzuschließen, aber nur zu äußerst drückenden Zinsbedingungen und gegen Stellung von reichlichen Sicherheiten in guten neutralen Wertpapieren. Die Schwierigkeiten, mit denen heute die Geldaufnahme der Entente in Amerika zu kämpfen hat, würden

fallen, wenn es zum Bruche mit den Vereinigten Staaten kommt. Dann werden die Vereinigten Staaten das ganze Gewicht ihrer durch den Krieg ins Außerordentliche gesteigerten Finanzkraft auf die Seite der Entente in die Wagschale werfen.

Dazu kommt, daß Amerika auch seine bisherige Munitionserzeugung zweifellos noch sehr erheblich zu steigern vermag; die Zahlen über die Erzeugung von Eisen und Stahl in den Vereinigten Staaten und in Deutschland sind in der Anlage V zusammengestellt; danach steht einer voraussichtlichen Flußstahlerzeugung von etwa 14 Millionen Tonnen in Deutschland in den Vereinigten Staaten eine solche von etwa 40 Millionen Tonnen gegenüber.

Endlich darf bei einem Kriege, in dem das Gewicht der zur Verfügung stehenden Menschenmassen so schwer in die Wagschale fällt, auch die rein militärische Bedeutung eines Landes von 100 Millionen Einwohnern, die einer kultivierten und kräftigen Rasse angehören, nicht außer Acht gelassen werden. Das englische Beispiel im gegenwärtigen Kriege — wie auch das Beispiel der Union selbst im Bürgerkrieg — zeigt, was aus solchen ungeschulten Kräften im Ernstfall herausgeholt werden kann.

Die europäischen Neutralen

Ein Bruch mit den Vereinigten Staaten würde ohne Zweifel auf die Haltung der anderen neutralen Staaten, auch der europäischen, von weittragendem Einfluß sein.

Der vereinigte Druck Englands und der Vereinigten Staaten würde bei den europäischen Neutralen auf eine Stimmung treffen, die durch die Tatsache der Versenkung ihrer Schiffe und des Unterganges der Bemannungen bei rücksichtsloser Durchführung des U-Boot-Krieges stark gegen uns beeinflußt wäre. Die sofortige und völlige Absperrung von der überseeischen Brotgetreide- und Futtermittelzufuhr würde die Ernährung, besonders der minderbemittelten Bevölkerung in den betroffenen Ländern aufs Äußerste gefährden. Auch die aufrichtig neutral gesinnten oder uns sogar wohlwollend gegenüberstehenden maßgebenden Kreise in jenen Ländern würden unter solchen Umständen schwerlich dem englisch-amerikanischen Drucke erfolgreichen Widerstand leisten können.

In dieser Beurteilung der voraussichtlichen Entwickelung der Dinge stimmen die besten Kenner der Verhältnisse in den neutralen Ländern überein. (Folgen Ausführungen über europäische Neutrale). Daß aber bei der in weiten Kreisen vorhandenen, nicht gerade deutschfreundlichen Stimmung das Beispiel der übrigen Neutralen nicht ohne tiefen Eindruck bleiben würde, steht außer Frage. Als bezeichnend für die Stimmung, die der rücksichtslose U-Boot-Krieg auf die betroffenen Neutralen hervorrufen würde, erwähne ich die Erregung, die in Spanien wegen der in den Formen des Kreuzerkrieges erfolgten Versenkung einiger Fruchtschiffe entstanden ist.

Wirkung auf unseren wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Wenn auch zunächst alle Rücksichten auf die spätere Zukunft hinter der Notwendigkeit zurücktreten, erst den Krieg zu einem guten Ende zu führen, so

darf doch die große Bedeutung nicht außer acht gelassen werden, die die Erhaltung eines starken Blockes neutraler Staaten bis zum Ende des Krieges für unsere spätere wirtschaftliche Entwickelung hat. Stehen sich bei Ende des Krieges lediglich auf der einen Seite Deutschland mit seinen Verbündeten, auf der anderen Seite alle übrigen Staaten der Welt von Bedeutung gegenüber, so wird die Neuanknüpfung der nicht nur für unsere wirtschaftliche, sondern auch für unsere politische Weltstellung unerläßlichen Handelsbeziehungen zu der überseeischen Welt auf absehbare Zeit hinaus ganz außerordentlich erschwert werden.

Schlußfolgerung

Alles dies führt zu dem Schlusse:

Wir sind nur dann in der Lage, den rücksichtslosen U-Boot-Krieg mit Aussicht auf Erfolg einzuleiten und durchzuführen, wenn wir

1. uns der unmittelbaren Bedrohung durch die neutralen Nachbarstaaten dadurch jederzeit erwehren können, daß wir über die für diesen Zweck unbedingt ausreichenden militärischen Kräfte verfügen;
2. wenn wir imstande sind, den Schlag gegen England so sicher und so schnell zu führen, daß es um Frieden bitten muß, ehe noch die Vereinigten Staaten das große Gewicht ihrer finanziellen und industriellen Kraft und ihrer großen Bevölkerung voll haben in die Wagschale werfen können.

168

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an den Chef des Generalstabes Generalfeldmarschall v. Hindenburg

Berlin, 16. Oktober 16

Euerer Exzellenz beehre ich mich auf das geneigte Schreiben vom 5. d. Mts. zu erwidern, daß ich bei den am 30. und 31. August in Pleß abgehaltenen Besprechungen mit meinem endgültigen Urteil über die Führung des unbeschränkten U-Boot-Krieges, wie ich damals ausdrücklich betonte, zurückgehalten habe, bis Euere Exzellenz dazu Stellung genommen hätten. Euere Exzellenz gaben Ihren Standpunkt damals dahin zu erkennen, daß, so sehr Ihnen an sich die Anwendung dieses schärfsten Kriegsmittels erwünscht sei, doch die ungeklärte militärische Lage namentlich im Hinblick auf eine etwaige unfreundliche oder gar feindliche Haltung Hollands und Dänemarks Ihnen die Abgabe eines Votums für oder wider noch nicht ermögliche. Auf die in vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern und in den gegenwärtigen Kommissionsverhandlungen des Reichstags an mich wiederholt und dringend gerichtete Frage über die Stellung der Obersten Heeresleitung, habe ich demgemäß erwidert, daß diese zurzeit aus militärischen Gründen ein abschließendes Votum nicht abgegeben habe.

Im übrigen darf ich folgendes bemerken: Ein Befehl Seiner Majestät

des Kaisers zur Eröffnung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges ist an sich ein Ausfluß militärischer Kommandogewalt. Da sich indessen der rücksichtslose U-Boot-Krieg nicht nur gegen feindliche, sondern auch gegen neutrale Schiffe richtet, greift er unmittelbar in unser Verhältnis zu den neutralen Staaten ein, und stellt insofern einen Akt auswärtiger Politik dar. Überdies kann der rücksichtslose U-Boot-Krieg erst eröffnet werden, nachdem unsere, den Vereinigten Staaten von Amerika gegebenen Zusagen über die Führung des Unterseekrieges zurückgezogen und unsere mit Dänemark und Schweden getroffenen Vereinbarungen entsprechend modifiziert sein werden. Auch das sind Akte der auswärtigen Politik, für die ich, falls sie von Seiner Majestät befohlen werden, die alleinige und nicht übertragbare verfassungsmäßige Verantwortung zu tragen habe, auch wenn für meine dereinstige Stellungnahme das Urteil Euerer Exzellenz, wie ich wohl nicht ausdrücklich hervorzuheben brauche, von ganz besonderer Bedeutung sein wird. Schließlich hoffe ich auf Euerer Exzellenz Zustimmung zu der Auffassung, daß selbst abgesehen von der hier vorliegenden unmittelbaren Beteiligung der auswärtigen Politik, eine so einschneidende Maßregel, wie sie der rücksichtslose U-Boot-Krieg darstellt, nicht ohne Beteiligung des Reichskanzlers beschlossen werden könnte.

Ich bedauere lebhaft, daß der Verlauf der Augustverhandlungen eine jeden Zweifel ausschließende Klarheit in der Situation nicht geschaffen hatte.

Bethmann Hollweg

169

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Legationsrat v. Grünau

Telegramm Nr. 1236. Berlin, 8. Oktober 16

Für Generalfeldmarschall v. Hindenburg

Nachdem auf Befehl Seiner Majestät unter vorläufiger Abstandnahme vom rücksichtslosen U-Boot-Krieg der Handelskrieg nach der Prisenordnung mit allen verfügbaren Unterseestreitkräften mit Nachdruck durchzuführen ist, beabsichtige ich, morgen Vormittag in der Reichstagskommission folgende Erklärung abzugeben:

Gegen den sogenannten rücksichtslosen U-Boot-Krieg sprechen zurzeit alle die Gründe, die ich mit meinen Mitarbeitern im bisherigen Verlauf der Verhandlungen eingehend dargelegt habe. Auf der anderen Seite sind die Schwierigkeiten Englands in seiner Nahrungsmittelversorgung ein für uns günstiges Moment der Kriegslage, das wir nach Möglichkeit verschärfen müssen. In der Beurteilung der Sachlage befinde ich mich in voller Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung; der Generalfeldmarschall v. Hindenburg hält mit mir zurzeit die Durchführung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges nicht für angängig, dagegen die mit den Mitteln des Kreuzerkrieges nach Möglichkeit zu steigernde Erschwerung der englischen Zufuhren für dringend geboten. Der Admiralstab ist der Ansicht, daß eine erhebliche Steigerung der Wirksamkeit des U-Boot-Krieges auf

dieser Grundlage sich durchführen läßt und hat das Erforderliche in die Wege geleitet.

Angesichts der großen Beunruhigung, die durch den Streit über den U-Boot-Krieg hervorgerufen worden ist, wäre ich Euerer Exzellenz für das Einverständnis mit dieser Erklärung besonders dankbar.

Bethmann Hollweg

170

Legationsrat v. Grünau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 1. Dezember 16
Telegramm Nr. 1006 Pleß (Hauptquartier), 1. Dezember 16

Wie ich vertraulich höre, hat sich Feldmarschall Herrn v. Heydebrand gegenüber bei seinem gestrigen Besuch bezüglich baldigen Beginns des rücksichtslosen U-Boot-Krieges ziemlich festgelegt.

Grünau

171

Chef des Admiralstabes Admiral v. Holtzendorff an den Herrn Ersten Generalquartiermeister General Ludendorff

*) Eing. Berlin, 10. Dezember 16
Abschrift

Berlin, 10. Dezember 16

Stellungnahme zu der durch Kapitän zur See v. Bülow übermittelten Unterredung von General Ludendorff mit Legationsrat v. Grünau über U-Boot-Krieg

Zu I.

Der Ansicht der Obersten Heeresleitung, daß es notwendig sei, unsere Auffassung bezüglich Unterwasserangriff auf bewaffnete Handelsschiffe den Vereinigten Staaten unverzüglich mitzuteilen und dann danach zu handeln, trete ich durchaus bei. Ich habe das hier mitgebrachte Schreiben in dieser Angelegenheit an das Auswärtige Amt gestern abgeben lassen.

Zu II.

Daß es notwendig ist, vor Ankündigung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges unsere Zusage vom 4. Mai Amerika gegenüber zurückzunehmen, steht fest. Es ist mir jedoch zweifelhaft, ob dies schon jetzt angebracht ist, einmal wegen der von Amerika zu erwartenden Friedensaktion, dann aber auch aus folgendem Grund:

Nehmen wir die Amerika gegebene Zusage längere Zeit vor dem Einsetzen des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zurück, so werden die Eng-

*) Ohne Anschreiben dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amts übersandt.

länder dies als ein sicheres Zeichen für baldigen Beginn dieses Krieges ansehen und sich darauf einzurichten suchen. Es entsteht dann die Gefahr, daß es ihnen doch gelingt, in der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit für verhältnismäßig weniger gestörte Zufuhren, mit Hilfe dieser Zufuhren und der im Lande vorhandenen Vorräte ein erfolgreiches Rationierungssystem einzuführen, das vielleicht ihnen die Möglichkeit bieten könnte, die endgültige Wirkung des U-Boot-Krieges nicht ganz unwesentlich hinauszuschieben. Eine Rationierung erst nach Einsetzen des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, wenn von einer auch nur verhältnismäßigen Sicherheit der Zufuhren gar nicht mehr die Rede sein kann und wenn vor allen Dingen der größte Teil der neutralen Zufuhr, die über 1/3 der englischen beträgt, abgeschreckt bzw. durch militärischen Zwang abgehalten sein wird — auf diese Wirkung lege ich den allergrößten Wert — und wenn ferner der U-Boot-Krieg jede Disposition über den Schiffsraum und damit die Zufuhren unmöglich macht, erscheint fast undurchführbar. — Dies führt zur Überlegung, wann spätestens der uneingeschränkte U-Boot-Krieg einsetzen muß, um im Laufe des nächsten Jahres eine für uns günstige Entscheidung herbeizuführen.

Ist England noch nicht vor dem 1. Juli 1917 durch Mangel an Zufuhren und durch die Verminderung seiner Handelsflotte zum Frieden bereit, so wird es weniger geneigt sein, die politischen Konsequenzen aus der gegebenen Lage zu ziehen, wenn es seine Bevölkerung mit der Hoffnung vertrösten kann, daß schon die nächsten Wochen allmählich zunehmend neue Vorräte aus neuen Ernten bringen werden. Es ist also notwendig, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg so rechtzeitig einsetzen zu lassen, daß England vor Juli nachgibt. Nach den heutigen Verhältnissen kann man damit rechnen, daß dies in spätestens 5 Monaten durch uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu erreichen sein wird. Dies ergibt als Termin, über den man aus den obigen Gründen keinesfalls hinausgehen sollte, für das Einsetzen dieses U-Boot-Krieges den 1. Februar.

Außer diesen militärischen Erwägungen spricht noch eine durchschlagende politische Überlegung dagegen, die Kündigung der Mai-Zusage und den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zeitlich auseinanderfallen zu lassen. Folgt der Kündigung der Zusage der U-Boot-Krieg nicht alsbald, so behalten die Engländer Zeit, die Vereinigten Staaten und die europäischen Neutralen mit allen Mitteln gegen uns mobil zu machen und die uns feindliche Stimmung in den Vereinigten Staaten behält Zeit, sich bis zur Kriegserklärung gegen Deutschland durchzusetzen. Angesichts des Eindruckes des unmittelbaren Beginnes des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und seiner durchschlagenden Wirkung besteht die Hoffnung, daß die Vereinigten Staaten sich mit starken Worten begnügen und im übrigen zunächst einmal abwarten, welche Erfolge die ersten Wochen des U-Boot-Krieges bringen.

Die Marine ist, wie bereits in der Unterredung im September hervorgehoben, bereit, ihn jederzeit zu beginnen. Sie ist mehr denn je überzeugt, daß er zum Ziele führen wird.

Dem vom Reichskanzler gemachten Vorhalt: „ein energischer U-Boot-Krieg, der bewaffnete Dampfer wie Kriegsschiffe behandelt, dabei aber Amerika und die Neutralen uns nicht zu Feinden macht, führe vielleicht sicherer zum vollen Erfolge, als ein rücksichtsloser U-Boot-Krieg gegen die ganze Welt" kann, gemessen an den Erfolgen der letzten Monate, nicht mit durchschlagender Beweiskraft entgegengetreten werden; es muß aber mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß nur der rücksichtslose U-Boot-Krieg die neutrale Zufuhr nach England, also 35 Prozent der Gesamtzufuhr, unterbindet und darum ein schneller Erfolg nur auf diesem Wege zu erreichen ist. Auf die Frage aber, ob unsere militärische Lage den Bruch mit Amerika erlaubt oder rechtfertigt, erwartet die Marine nach wie vor die Entscheidung der Obersten Heeresleitung.

v. Holtzendorff

172

Auszug aus einem Privatbrief des Botschaftsrats v. Haniel an den Gesandten v. Treutler

Eing. Berlin, 24. Dezember 16 — Washington, 10. November 16

. . . . Aber sonst ist die Stimmung vor allem in der ersten Gesellschaft und in der Presse, wie Du weißt, fast ausschließlich „pro ally". Bei dem engen historischen, verwandtschaftlichen, sprachlichen, gesellschaftlichen, finanziellen, kulturellen usw. Zusammenhang mit England und — in manchen dieser Beziehungen auch mit Frankreich — ist dies nicht besonders zu verwundern. Dazu kommt Belgien, Lusitania und die Tatsache, daß man uns für den Krieg verantwortlich macht — trotz aller Gegenbeweisführung. Trotz alles Geschäftssinns ist der Amerikaner sehr sentimental — oft hysterisch, und im vorliegenden Falle deutete Geschäftssinn und Sentimentalität in dieselbe Richtung. Mag man bei uns diese Stimmung unbegreiflich und abscheulich finden — wir haben mit ihr zu rechnen. Asquith erklärte die einseitige Stimmung einmal nicht unrichtig, wenn er sagte, die Neutralen mögen sich über unsere Blockade und andere Maßregeln beschweren, jedenfalls ist dadurch noch kein Neutraler ums Leben gekommen.

Seit dem „Waffenstillstand" im U-Boot-Krieg ist die Stimmung aber ja erheblich ruhiger geworden. Die Fahrten der Deutschland helfen auch. Solange es aber eben nur ein „Waffenstillstand" ist, und das Damoklesschwert eines Wiederbeginns eines rücksichtslosen U-Boot-Krieges ständig über den Beziehungen schwebt, ist eine erfolgreiche positive Arbeit ausgeschlossen. Auch finanziell ist hier solange nichts zu wollen, als die Beziehungen über Nacht gefährdet werden können. Wenn diese Gefahr nicht bestände, und überdies nicht noch ständig von Deutschland aus unterstrichen würde, und wenn unglückliche Zwischenfälle, wie jetzt die „Marina", nicht immer wieder die öffentliche Meinung gegen uns erregten, würden auch die Öffentlichkeit und die amtlichen Kreise viel energischer gegen die sich häufenden und immer schärfer empfundenen englischen Übergriffe Front machen. Zahlreiche klarsehende amerikanische Politiker sind sich einig dar-

über, daß, wenn man in der U-Boot-Frage einmal längere Zeit Ruhe halten würde — nicht bloß in der tatsächlichen Durchführung durch Vermeidung von „Versehen", sondern auch in der öffentlichen Diskussion —, so würde die Regierung gezwungen sein, gegen England vorzugehen. Einstweilen benutzen die Alliierten und ihre Freunde geschickt die U-Boot-Gefahr als Schild und Ablenkungsmittel.

Die Frage eines Wiederbeginnes des rücksichtslosen U-Boot-Krieges kann ich ja nur beurteilen, wie sie sich von hier aus darstellt. Vor allem ist es eine kriegstechnische Frage. Sind wir — trotz aller Gegenmaßnahmen und stillen Vorbereitungen der Engländer — imstande, England so vollständig von aller Zufuhr abzuschneiden, daß es in kurzer Zeit, d. h. ehe Amerika ihm mit voller Kraft zu Hilfe kommen kann, Frieden schließen muß!? Wird man dabei auch die Zufuhr über Frankreich-Calais unterbinden können? Denn sobald ein Weg offen bleibt, würde England, gestärkt durch die sichere Aussicht, daß Amerika und andere bisher neutrale Staaten ihm zu Hilfe kommen werden, meines Erachtens durchhalten. Was auch nur ein freier Zufuhrweg bedeutet, sieht man an Rußland.

Über eines muß man sich bei uns jedenfalls klar sein: eine Zurücknahme oder auch nur wesentliche Einschränkung der sogenannten Konzession, welche wir dieses Frühjahr im U-Boot-Krieg an Amerika machten, bedeutet Krieg mit Amerika — und damit wohl auch mit Holland usw., die sonst ausgehungert werden würden. Das ist die feste Überzeugung aller hier, die sich mit der Frage beschäftigt haben — auch derjenigen, welche früher einer anderen Auffassung zuneigten. Ohne politischen Selbstmord zu begehen, könnte keine Regierung und keine Partei es wagen, in dieser Frage Deutschland nachzugeben, in der es sich um das Leben von Amerikanern handelt, nachdem Amerika einmal so endgültig festgelegt hat, was es als seine völkerrechtlichen Ansprüche bezeichnet. Das Nationalgefühl hat sich hier seit dem Kriege so hoch gespannt, und die öffentliche Meinung ist durch die immer wiederkehrenden Zwischenfälle, Notenwechsel, Zeitungshetzen so hysterisch empfindlich geworden, daß sie in diesem Punkte keine Belastung vertragen.

Eine Zurücknahme unserer Versprechungen würde den diplomatischen Bruch sofort nach sich ziehen. Unsere Warnungen würden nicht beachtet werden und der Tod eines Amerikaners durch einen U-Boot-Angriff würde die Kriegserklärung zur Folge haben. Sicherlich wünscht die Majorität im Lande, den Frieden erhalten zu sehen, der ihm ungeahnten Aufschwung gebracht hat, und sie ist Wilson dankbar, „that he kept us out of War". Aber wenn einmal der diplomatische Bruch erfolgt ist, wird der Druck zu stark. Auch die eifrigsten Friedensapostel könnten sich nicht vorwerfen lassen, daß sie mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Deutschland gewissermaßen einen Ablaß für die Tötung aller Amerikaner in der Zukunft gegeben haben. Selbstverständlich werden unsere Feinde allen Einfluß vor allem auf Presse, Finanz und Gesellschaft ausüben, um das Feuer noch mehr zu schüren. Tatsächlich gibt es eine große Partei, welche bedauert, daß Amerika nicht schon längst auf der Seite von „Zivilisation und Freiheit" gegen uns ficht.

Von hier aus kann man deutlich beobachten, wie England jeden Anlaß ausnützt, um womöglich einen Bruch zwischen Amerika und Deutschland herbeizuführen. Offenbar schätzt man in England die Gefahren eines rücksichtslosen U-Boot-Krieges bedeutend geringer ein wie die Vorteile, Amerika auf die Seite der Alliierten zu ziehen. Dies sollte uns jedenfalls zu denken geben. Von hier aus gesehen, hat es jedenfalls den Anschein, als wenn wir lediglich unseren Feinden in die Hände arbeiteten, wenn wir den rücksichtslosen U-Boot-Krieg wieder beginnen.

Ich wiederhole nochmals, dies alles sind Eindrücke, die vom hiesigen Standpunkte gewonnen sind und somit einseitig sein mögen. Eins aber steht in meiner Überzeugung felsenfest, daß nämlich Wiederaufnahme eines rücksichtslosen U-Boot-Krieges Krieg mit Amerika bedeutet, und im Interesse der Sache kann ich Dich nicht dringend genug bitten, diese Überzeugung immer und immer wieder an den geeigneten Stellen zur Geltung zu bringen, damit man in dieser Hinsicht sich keinen Selbsttäuschungen und Hoffnungen à la England hingibt.

Ebenso unzweifelhaft ist es mir, daß ein solcher Krieg sofort mit voller Einsetzung aller unendlich reichen Hilfsmittel Amerikas an Menschen, Geld, Kriegsindustrie, Flotte usw. durchgeführt werden würde. Auch darf man von dem deutsch-amerikanischen Element keine wesentliche Hemmung erwarten. Sie können nicht und werden auch nicht versuchen, sich einem solchen nationalen Sturm zu widersetzen. Das hat uns die Lusitania-Zeit gezeigt.

Ich brauche schließlich wohl nicht auf die unabsehbaren moralischen und wirtschaftlichen Einbußen hinzuweisen, welche daraus entstehen würden, wenn wir es auch mit Amerika (und damit wohl auch noch mit weiteren Neutralen) zum Kriege kommen lassen, Einbußen, die sich weit über den Krieg hinaus fühlbar machen und eine wirtschaftliche Rekonstruktion noch mehr erschweren würden.

Heute ist endlich die Wahl entschieden, und zwar zugunsten von Wilson. Ich glaube, es ist für uns die günstigere Lösung. Denn wie Hughes sich Deutschland gegenüber stellen würde, zumal mit Roosevelt und seinen kriegsdurstigen Anhängern im Rücken, läßt sich nicht leicht mutmaßen. Ein Nachgeben in der U-Boot-Frage wäre jedenfalls bei ihm ebenfalls ausgeschlossen gewesen. Vor allem aber würde ich bei einer Wahl Hughes die Zeit von jetzt bis März gefürchtet haben, in der Hughes noch nicht am Ruder gewesen wäre und Wilson im Hinblick auf seinen bevorstehenden Rückzug England gegenüber machtlos gewesen wäre. Was Wilson allerdings jetzt in der internationalen Politik tun wird, bleibt abzuwarten. Höchst bedauerlich sind die gerade jetzt sich häufenden alarmierenden Zwischenfälle Marina, Arabia usw.; sie sind Wasser auf unserer Feinde und unserer hiesigen Gegner Mühle, und wir können heilfroh sein, wenn wir ohne Bruch darüber hinwegkommen, obwohl natürlich zunächst eine Klarstellung unsererseits abzuwarten ist. Hoffentlich ist diese glücklicher wie im Sussexfalle.

Doch nun genug der Politik, hoffentlich hältst Du meine Ansichten durch meine Umgebung nicht für allzusehr beeinflußt. Aber vielleicht sieht

man manche Sachen von der Entfernung in einer richtigeren Perspektive. Ich kann mir denken, daß die wilden Wasser- und Bassermänner nicht gut auf uns hier zu sprechen sind. Aber man kann doch nur nach seiner innersten Überzeugung handeln, besonders wenn es sich um so folgenschwere Fragen handelt . . . .

173

Staatssekretär Helfferich an den Staatssekretär Zimmermann

Eing. Berlin, 20. Dezember 16 Berlin, 18. Dezember 16

Geheim

Euerer Exzellenz beehre ich mich Abschrift eines von dem Geheimen Oberregierungsrat Albert in New York verfaßten Promemorias über die Wirkungen des uneingeschränkten U-Boot-Krieges auf die Vereinigten Staaten zur gefälligen Kenntnis zu übersenden.

Helfferich

Anlage New York, 6. November 16

Hochverehrte Exzellenz!

Meine Hoffnung, nach Deutschland zurückkehren zu können, hat sich bisher nicht verwirklicht. Der Safe Conduct für mich ist abgelehnt worden, der Kapitän der „Deutschland“ verweigert meine Mitnahme aus technischen Gründen unter Hinweis auf Instruktionen seiner Reederei. Als letzte Möglichkeit bleibt, daß entweder die amerikanische Regierung doch noch meinen Safe Conduct durchsetzt — der mir persönlich sehr gut bekannte stellvertretende Staatssekretär hat mir zugesagt, daß er die Angelegenheit noch einmal mit dem englischen Botschafter aufnehmen werde —, oder daß sich mir eine andere Chance sicheren Durchkommens bietet. Das wird selbst im günstigsten Falle Zeit in Anspruch nehmen. Ich muß daher eine Reihe von Dingen, die ich hoffte mündlich darlegen zu können, zum Gegenstand schriftlicher Berichterstattung machen, die Euerer Exzellenz ja sowieso vorgelegt werden wird.

Daneben möchte ich jedoch um Erlaubnis bitten, mich Euerer Exzellenz gegenüber über die Frage des U-Boot-Krieges auszusprechen. Nach allem, was ich den Zeitungen entnehme und von privater Seite unter der Hand höre, kann der Druck der öffentlichen Meinung in Deutschland, der konservativen Partei und der ihr zustimmenden Reichstagsmitglieder in der Richtung der Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges jederzeit wieder einsetzen. Ich halte diese Frage geradezu für den Angelpunkt unserer auswärtigen Politik. Ich glaube, daß von der Entscheidung dieser Frage die Entscheidung des Krieges abhängt. Darum möchte ich mir gestatten, in dem anliegenden Memorandum meiner persönlichen Auffassung Ausdruck zu geben, die, wenn sie auch in den Argumenten kaum etwas Neues bringen dürfte, doch als Ansicht eines unbefangenen, mit den amerikanischen Verhältnissen aufs innigste vertrauten Staats-

bürgers von einem gewissen Interesse sein dürfte. Ich bin dabei meiner Objektivität um so sicherer, als ich in meiner eigenen Ansicht selbst geschwankt und erst in letzter Zeit zu einer gefestigteren Auffassung gelangt bin.

An sich liegt es nahe, daß ich mich an meinen Freund Wiener-Gerhard wende, der die amerikanischen Verhältnisse während des Krieges aus eigener Anschauung kennen gelernt hat und dem ich Abschrift dieses Memorandums geschickt habe. Ich weiß jedoch, daß Euere Exzellenz sich das Interesse für die amerikanischen Fragen erhalten haben, das, wie ich hoffen darf, durch persönliche Anteilnahme an meinem Schicksal verstärkt wird. Selbst wenn Euere Exzellenz mit mir nicht übereinstimmen sollten, kann ich dann doch das Gefühl haben, daß ich meinen bescheidenen Teil zur Lösung der Frage beigetragen habe.

Mit der Bitte, mir Ihre wohlwollende Gesinnung über diese auch für mich schwere Zeit hinaus erhalten zu wollen, bin ich, hochzuverehrende Exzellenz,

Ihr Ihnen verehrungsvoll ergebener

Albert

NB. Im Hinblick auf den Postschluß und anderseits auf die unerwartete Verzögerung des Wahlergebnisses muß ich leider darauf verzichten, dieses Ergebnis hier zu würdigen. M. E. hat es auf den U-Boot-Krieg in keinem Falle einen nennenswerten Einfluß: ich würde an meinen Darlegungen in den wesentlichen Punkten nichts ändern.

Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg

Die Verwendung von Unterseebooten hat aus militärischen und politischen Gründen eine Bedeutung gewonnen, die für den Ausgang des ganzen Krieges entscheidend sein kann. Es handelt sich darum, ob Deutschland sich dieser Waffe gegen Handelsschiffe ohne jede Einschränkung bedienen oder sich im U-Boot-Kriege denjenigen Einschränkungen unterwerfen soll, die sich aus dem internationalen Rechte in der bisherigen Auslegung durch den größten der neutralen Staaten, die Vereinigten Staaten von Amerika, ergeben haben. Das würde bedeuten, daß die deutschen Unterseeboote ein feindliches oder neutrales Handelsschiff nur dann in den Grund bohren dürfen, wenn das Schiff zunächst gewarnt, und wenn im Falle des Anhaltens und der beabsichtigten Zerstörung der Mannschaft und den Passagieren Gelegenheit gegeben worden ist, sich in Sicherheit zu bringen. Die Beobachtung dieser Vorschrift wird als eine kaum durchzuführende Einschränkung, das Fallenlassen der Einschränkung als ein Weg angesehen, auf dem England niedergekämpft werden könnte.

I

Wenn es in der Tat möglich sein würde, England durch eine uneingeschränkte Durchführung des U-Boot-Krieges zum Frieden zu zwingen, würde naturgemäß jede Rücksicht auf den abweichenden Stand

punkt der Neutralen, insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika, unnötig sein. Ob Deutschland hierzu stark genug ist, vermag ich nicht zu übersehen. Die Wahrscheinlichkeit spricht dagegen. Es wird hier darauf hingewiesen, daß es uns bisher nicht gelungen ist, die großen englischen Waffen-, Munitions- und Truppentransporte nach Frankreich ernstlich zu stören oder gar zu gefährden. England hat mit Erfolg die schmale Strecke zwischen Dover und Calais durch Netzwerk und Patrolboote gegen Unterseeboote gesichert. Würde es nicht gelingen, diese Sicherung zu durchbrechen, so würde England, selbst bei einer erfolgreichen Blockade der Westküste, sämtliche Materialien, Nahrungsmittel, Truppentransporte usw. von Übersee auf dem Ummeg über Frankreich, wenn auch zum Teil mit großen Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten (Bahntransport innerhalb Frankreichs, Transport über den Kanal), beziehen können. Infolgedessen würde es darauf ankommen, ob wir Unterseeboote genug haben, und ob deren Aktivität durchgreifend genug ist, um neben der englischen Westküste und der französischen Nordküste auch die französische Nordwestküste erfolgreich blockieren zu können. Die Blockade müßte so wirksam sein, daß, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, die Transporte tatsächlich unterbunden würden, und die Blockade müßte auf die Dauer wirksam sein. Denn wenn sie nur für einige Monate erfolgen könnte, würde schließlich die Chance, daß in der Zwischenzeit die gegnerischen Nationen zum Nachgeben gezwungen würden, sehr gering sein. England hat sich nach zweifelsfreien Nachrichten im Hinblick auf den U-Boot-Krieg inzwischen mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen auf so lange Zeit vorgesehen, daß, so unbequem immer die zeitweise Abschneidung der Rohstoff-, Munitions- und Nahrungsmittelversorgung sein würde, der Druck des U-Boot-Krieges sich erst nach längerer Zeit fühlbar machen würde.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß innerhalb einiger Monate alle möglichen Wechselfälle eintreten können, daß jedenfalls die Frage des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Krieg sich innerhalb dieser Zeit entscheiden und daß England schon im Hinblick auf diese Hoffnung durchzuhalten versuchen würde. Ich kann nicht dringend genug davor warnen, die dem englischen Volkscharakter eigene Zähigkeit und Hartnäckigkeit etwa als eine banale Legende anzusehen. Vielmehr kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das englische Volk trotz gelegentlicher Stimmen für den Frieden den Ernst der Situation und die Bedeutung der Entscheidung des Krieges für die Weltmachtstellung und damit im gewissen Sinne für die Existenz Englands vollständig erkannt hat, daß England wirtschaftlich reorganisiert und verjüngt ist, eine Reihe von früheren Hemmnissen abgestreift hat — ich erinnere nur an die Beseitigung der Einschränkungen der Arbeiterunions — und daß es auch seinerseits entschlossen ist, bis aufs äußerste auszuhalten. Aus diesem Grunde ist von einem etwaigen moralischen Eindruck, von einer Einschüchterung nichts zu erwarten. So wichtig im politischen Leben der Bluff ist, der in Friedenszeiten und auf wirtschaftlichem Gebiete von uns Deutschen oft zu wenig angewendet sein mag, so darf man sich nicht darüber täuschen, daß im vorliegenden Falle nur

die Möglichkeit einer tatsächlichen Abschneidung Englands für mindestens 4 bis 6 Monate die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges rechtfertigen würde.

II

Gelangt man zu einer Verneinung der Durchführbarkeit einer wirksamen Blockade, so kommen die aus der Wiederaufnahme des U-Boot-Krieges entstehenden Folgen in Betracht.

Bezüglich der Vereinigten Staaten kann nach meiner Auffassung kein Zweifel bestehen, daß der Verlust amerikanischer Menschenleben infolge einer Torpedierung ohne vorherige Warnung und ohne Insicherheitbringen der Passagiere Krieg mit den Vereinigten Staaten bedeuten würde. Die Möglichkeit, daß ein uneingeschränkter U-Boot-Krieg auf die Dauer ohne Verlust von amerikanischen Menschenleben durchzuführen sei, dürfte nach der bisherigen Entwickelung der Dinge nicht mehr in Frage kommen.

Es gibt noch vereinzelte Stimmen, die sich dahin aussprechen, daß die amerikanische Regierung, in jedem Falle Wilson, wenn er am Ruder bleibe, vor dem letzten Schritt der Kriegserklärung zurückschrecken würde. Zur Unterstützung dieser Auffassung wird auf die Ausführungen Wilsons und auch Hughes' während der Wahlkampagne hingewiesen, wonach beide als eins ihrer wesentlichen Ziele bezeichnet haben, die Vereinigten Staaten aus dem Kriege herauszuhalten. Ich halte diese Auffassung für verfehlt. Es ist zwar anzuerkennen, daß bei der großen Masse der Amerikaner der Wille überwiegt, aus dem Kriege herauszubleiben, in Ruhe die ungeahnte Prosperitätswelle auszunützen und sich um den Krieg und die ganze äußere Politik nicht zu bekümmern. Dies ist seinerzeit in dem bekannten Konflikt zwischen dem Präsidenten und dem Kongreß in dem „Sussex"-Falle praktisch zum Ausdruck gekommen. Eine solche mentale Disposition würde jedoch nur so lange standhalten, als nicht amerikanische Menschenleben unter nach hiesigen Begriffen nicht zu rechtfertigenden Umständen verloren gingen. In dem letzteren Falle bezweifle ich, daß selbst ein dem Kriege abgeneigter Präsident die öffentliche Meinung beeinflussen könnte, die sich hinsichtlich des U-Boot-Krieges einheitlich zu unseren Ungunsten und im Sinne der Verurteilung des U-Boot-Krieges festgelegt hat. Das Schlagwort des Verlustes amerikanischer Menschenleben würde, zumal unter dem Einfluß des im englischen Sinne tätigen Nachrichtendienstes, eine solche Welle sentimentaler Erregung in dem fast hysterisch sentimentalen amerikanischen Volke auslösen, daß es zu einer geschlossenen feindlichen Haltung gegenüber Deutschland kommen würde.

Voraussichtlich würde aber dabei gar nicht mit einem Widerstande des Präsidenten zu rechnen sein. Denn wenn auch die Möglichkeit besteht, daß Wilson an sich, wenn er wiedergewählt würde, den Wunsch haben könnte, als ein Präsident des Friedens und ungeahnter friedlicher Prosperität in der Geschichte festgehalten zu werden, so beweist doch seine bisherige Amtsführung, daß er niemals die öffentliche Meinung geleitet

hat, sondern ihr immer gefolgt ist. Auch hat er sich durch seine Noten festgelegt, und diese Festlegung ist während der Wahlkampagne auf das nachdrücklichste befestigt worden.

Daß Hughes nach dem 4. März, wenn er gewählt werden sollte, eine andere Stellung einnehmen würde, ist ausgeschlossen. Die maßgebenden Führer der republikanischen Partei, vor allem Roosevelt, haben vor und während der Wahlkampagne die Schwäche der demokratischen Regierung in der U-Boot-Frage mit solchem Nachdruck angegriffen und so einmütig in den Mittelpunkt der ganzen Wahl-„issues" gestellt, daß der Ausfall ihrer Entschließung keinem Zweifel unterliegen kann. Allerdings gilt Hughes für einen Mann von ungewöhnlich selbständigem Charakter. An sich ist nicht zu befürchten, daß er sich von Roosevelt oder von dem voraussichtlich zum Staatssekretär designierten, deutschfeindlichen Root oder von irgend sonst jemandem beeinflussen läßt. Er wird seinen eigenen Weg gehen. Gerade wegen dieser Unabhängigkeit und Selbständigkeit sind aber seine Äußerungen während der Wahlkampagne ernster zu nehmen, als die Äußerungen des unverantwortlichen Präsidentschaftskandidaten es sonst sind. Nachdem er sich in der Wahlkampagne so entschieden gegen den U-Boot-Krieg ausgesprochen hat, ist gerade von ihm eine Abweichung von dieser Auffassung, auch in der verantwortlichen Stellung des Präsidenten, nicht zu erwarten.

Zuzugeben ist, daß Wilson, wenn er im Wahlkampfe morgen, den 7. November, geschlagen werden wird, wenig Neigung haben wird, eine Frage von dieser ungeheuren Bedeutung noch zu entscheiden. Vielmehr wird er jeden, auch noch so formalen, unsachlichen oder unwichtigen Grund verwenden oder finden, um die Entscheidung seinem Nachfolger zu überlassen und ihm damit die Verantwortung zuzuschreiben. Dies würde aber im besten Falle eine kurze Aufschiebung der Entscheidung bedeuten.

III

Die Wirkungen eines Krieges*) zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland sind überaus ernst. Ich habe früher die Auffassung geteilt, daß die Vereinigten Staaten praktisch schon jetzt alles täten, um die Alliierten zu unterstützen, daß der nüchterne Geschäftssinn der Amerikaner sie davon abhalten würde, den finanziell bereits geschwächten Alliierten im Falle eines Krieges weitere große Summen zur Verfügung zu stellen, und daß somit der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg für Deutschland bedeutungslos sei. Wie sich die Dinge entwickelt haben, muß ich von dieser Auffassung zurückkommen.

Sobald die Entscheidung für einen Krieg mit Deutschland gefallen wäre, würden alle Meinungsverschiedenheiten wie mit einem Schlage ver-

*) Die Erwägung, daß der Abbruch diplomatischer Beziehungen nicht notwendig Krieg bedeute, würde nur stichhaltig sein, wenn man damit rechnen könnte, daß nach dem Abbruch der Beziehungen keine amerikanischen Bürger mehr umkommen würden.

schwinden. Alle Kreise würden sich einmütig hinter den Präsidenten stellen. Eine Hochflut eines, ich möchte fast sagen hysterischen, Patriotismus, würde das gesamte Volk ergreifen. Die Deutsch-Amerikaner würden die ersten sein, welche die Regierung ihrer absoluten Loyalität versicherten.

Allerdings würde eine unmittelbare Teilnahme der Vereinigten Staaten an den militärischen Operationen kaum zu erwarten sein. Immerhin sollte auch dies nicht unterschätzt werden. Falls Japan im Einvernehmen mit England die nötigen Garantien gäbe, würde wohl mit der Möglichkeit zu rechnen sein, daß ein gewisser Prozentsatz der Flotte, insbesondere Torpedobootzerstörer u. dgl., dem Patroldienst gegen die Unterseeboote zur Verfügung gestellt werden würde. Wichtiger dürfte sein, daß sich eine große Zahl von Freiwilligen für die Armeen der Alliierten anwerben ließe. Wenn das Mexiko gegenüber nicht der Fall gewesen ist, so beruhte dies auf der völligen Zerfahrenheit der mexikanischen Situation und der Wilsonschen Politik, infolge deren es zu einem Aufflammen des Patriotismus überhaupt nicht gekommen ist. In einem Kriege mit Deutschland, dessen Ernst sich die Nation bald bewußt sein würde, könnte meines Erachtens mit Freiwilligen bis zu einem Umfang mehrerer Armeekorps gerechnet werden. Schon jetzt wird behauptet, daß etwa 28 000 Amerikaner in der englisch-französischen Armee stünden. Da diese von der „Times" gebrachte Nachricht nicht im englischen Interesse liegt, ist sie wahrscheinlich richtig. Die große Zahl amerikanischer Flugzeugführer in französischen Diensten, die zur Begründung eines besonderen amerikanischen Fliegerkorps geführt hat, ist bekannt. Eine wesentliche Verstärkung dieses wichtigen Teiles der Armee würde ohne weiteres eintreten.

Ausschlaggebend wäre aber nicht die militärische, sondern die wirtschaftliche Seite der Frage. Die amerikanische Regierung würde sich, insbesondere wenn es sich um die in Staatsgeschäften erfahrene und erprobte republikanische Partei handelt, von vornherein darüber klar sein, daß der Schwerpunkt der amerikanischen Kriegführung nicht in der eigenen militärischen Beteiligung, sondern in der energischen Unterstützung der Alliierten liegen würde. Dies würde praktisch bedeuten, daß die Vereinigten Staaten die Finanzierung des Krieges übernähmen. Die Regierung würde große Anleihen beantragen, unter dem Einfluß patriotischer Begeisterung anstandslos bewilligt erhalten und damit in die Lage versetzt werden, den Alliierten größere Summen zur Verfügung zu stellen. Wie groß diese Summen sein könnten, ist bei der ungeheueren Ansammlung von Reichtum während der letzten beiden Jahre gar nicht abzusehen.

Daß der nüchterne Geschäftssinn der Amerikaner einer solchen Bereitstellung von Mitteln entgegenwirken würde, trifft aus zwei Gründen nicht zu. Zunächst würden es nicht nur die Banken und Geschäftskreise sein, welche das Geld aufbrächten, sondern das gesamte Volk würde sich, sobald an seinen Patriotismus appelliert würde, in allen Schichten an der Anleihe beteiligen. Außerdem würde auch vom Standpunkt nüchterner Geschäftserwägung die Aufwendung erheblicher Mittel durchaus gerechtfertigt sein. Denn im Laufe der beiden letzten Jahre haben sich die Vereinigten Staaten

mit den Alliierten finanziell so stark eingelassen, daß sie schon im eigensten Interesse zur Sicherstellung der aufgewendeten Beträge weitere Mittel zur Verfügung stellen müßten. Es würde sich die alte Erfahrung der Abhängigkeit des Gläubigers vom Schuldner bestätigen. Auch hat die Erfahrung des Krieges und insbesondere das Vorgehen Englands bewiesen, bis zu welchem Grade es möglich ist, finanzielle Vorschüsse zur Begründung neuer und zur Festigung alter geschäftlicher Beziehungen und zur Sicherung wirtschaftlicher Vorteile auszunützen. Durch einen Zufall ist mir von befreundeter Seite Einblick in die Privatkorrespondenz eines höheren amerikanischen Beamten gegeben worden. Daraus ergibt sich, daß den Amerikanern das Vorgehen Englands in Frankreich und Rußland, die englische Kontrolle der wirtschaftlichen Vorgänge und die rücksichtslose Ausnutzung der Stellung als Finanzier vollkommen bekannt ist. Die Alliierten haben zudem, auch abgesehen von neutralen Wertpapieren, Werte genug, die sie als Sicherheit stellen könnten. Nötigenfalls würden sie dabei vor der Verpfändung von Eisenbahnen und von staatlichen Ländereien sowie vor der Zusicherung großer Werte im Falle des Sieges (belgische, polnische Bahnen) nicht zurückschrecken. Dies gilt insbesondere von Rußland, an dessen geschäftlicher Entwickelung die Amerikaner in letzter Zeit ein eingehendes, fast komisches Interesse nehmen.

Die Finanzfrage dürfte aber immer bedeutungsvoller für die Alliierten werden. Rußland steht allen Nachrichten zufolge vor dem Bankrott. Es hat verschiedentlich seine Zahlungen hier — bisher immer nur vorübergehend — eingestellt. In jüngster Zeit haben die Aufforderungen der russischen Konsuln an russische Untertanen und an Freunde Rußlands zu finanzieller Hilfe Aufsehen erregt. Frankreich beweist durch die Bedingungen, die es bei den letzten Anleiheoperationen angenommen hat, wie schlecht es mit seinen Finanzen bestellt sein muß. Für England macht einer der Teilhaber der Firma J. P. Morgan & Co., Davison, seit seiner kürzlich erfolgten Rückkehr in der Richtung Propaganda, daß die amerikanischen Banken von der Stellung von Unterpfand (collateral) absehen sollten, angeblich, weil England für Blankokredite sicher genug wäre — ein sehr durchsichtiges Manöver! Kurz, unsere Gegner sind finanziell in schwerer Bedrückung, die sich in immer steigendem Maße geltend machen wird. Es ist daher nur zu einleuchtend, warum Englands Politik seit geraumer Zeit systematisch und mit allen Mitteln auf ein Hineinziehen der Vereinigten Staaten in den Krieg abzielt. Dies tritt in der englischen Propagandatätigkeit in diesem Lande klar hervor. Dabei hat England, ganz abgesehen von der Frage der Sympathien des Volkes, den schwerwiegenden unmittelbaren Einfluß der amerikanischen Banken hinter sich. Mit der Beseitigung der finanziellen Sorge fiele für unsere Gegner der einzige Grund für eine baldige Beendigung des Krieges fort, den sie im übrigen trotz aller Niederlagen genau so lange, wenn nicht länger, wie wir fortsetzen könnten.

Die mittelbare Folge der Bereitstellung von Mitteln wäre ferner eine Verstärkung der Kriegslieferungen. Es hat Zeiten gegeben, wo die amerikanischen Kriegslieferungen einer weiteren Steigerung nicht zugänglich

waren, und auch jetzt ist naturgemäß nicht zu übersehen, daß das Abnehmen der Tonnage infolge des U-Boot-Krieges bei Torpedierung ohne Warnung immerhin ein erhebliches Hemmnis bilden würde. Andererseits darf nicht vergessen werden, daß seit längerer Zeit die amerikanischen Schiffswerften mit Aufträgen überbürdet sind, und daß gerade in dieser Zeit die ersten Ablieferungen stattfinden, die sich naturgemäß in steigender Richtung entwickeln werden. Daneben würde der gesteigerte Bedarf, wenn auch unter unerhörter Steigerung der Frachtsätze, die letzten entbehrlichen Schiffe aus dem neutralen Verkehr herausnehmen. Auch ist die Tonnage der möglicherweise verfügbaren Transportschiffe der amerikanischen Marine nicht unerheblich.

Die Produktionsfähigkeit der amerikanischen Industrie ist zweifellos einer Steigerung fähig. Meine frühere Annahme, daß eine Kriegserklärung zur Einstellung oder Verminderung von Munitionslieferungen für die Alliierten führen würde, weil die amerikanische Regierung die Munition für ihre eigene Armee und Marine benötige, vermag ich nicht aufrecht zu erhalten. Wenn die amerikanische Regierung wirklich die Erkenntnis hat, daß militärische Operationen der Vereinigten Staaten nicht in Frage kommen, wird sie sich im eigensten Interesse auf mittelbare Kriegführung, d. h. auf Unterstützung der Alliierten, werfen und daher die Lieferungen für die eigene Armee und Marine nicht oder nur unbedeutend steigern und auf Verstärkung der Lieferungen für die Alliierten bedacht sein. Unter dem Einfluß der Anforderungen an den Patriotismus würden sich eine Reihe von Fabriken, die sich bisher den Munitions- usw. Lieferungen aus Grundsatz oder im eigenen Interesse ferngehalten haben — ich erinnere nur an die Riesenfabrik von Ford —, unverzüglich dieser Produktion zuwenden.

Von einer Würdigung der Rückwirkung eines Krieges zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten auf die neutralen Länder Europas — die skandinavischen Länder, Holland, Spanien, die Schweiz, Griechenland — glaube ich absehen zu können. Nach meiner Auffassung würden diese Länder dem jetzt schon bestehenden Druck unserer Gegner angesichts des Eintretens der Vereinigten Staaten in den Krieg und angesichts der in den betreffenden Ländern in der öffentlichen Meinung wegen des U-Boot-Krieges sich geltend machenden Empörung nicht widerstehen können.

Wesentlich würde die psychologische Rückwirkung auf die Gegner Deutschlands sein. Wenn schon jetzt die Zähigkeit und Hartnäckigkeit der Engländer einen wesentlichen Faktor für die Fortführung des Krieges bildet, so ist nicht recht abzusehen, wie England, Frankreich und auch Rußland von der weiteren Fortsetzung des Krieges, von der Aufbietung ihrer letzten Kräfte und von neuen außerordentlichen Anstrengungen abgehalten werden können, sobald sie die Vereinigten Staaten hinter sich wissen. Das Ende des Krieges würde also, selbst wenn man mit unversiegbarem Optimismus an dem endgültigen Siege Deutschlands festhalten sollte, auf unübersehbare Zeit hinausgeschoben werden.

Hiernach würde ich die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges als ein nationales Unglück ansehen, das in letzter Linie zum Unterliegen Deutschlands führen könnte.*)

IV

Andererseits sind unsere Chancen, wenn wir einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden vermögen, auch vom Standpunkt der deutsch-amerikanischen Beziehungen nicht ungünstig. Der springende Punkt ist, daß Deutschland für längere Zeit aus der amerikanischen Presse herausgehalten wird, und daß sich diejenigen Faktoren, die für uns und gegen unsere Gegner sprechen, durchzusetzen vermögen. Sobald Deutschland ein für allemal als beunruhigender Faktor aus der hiesigen öffentlichen Meinung verschwindet — hierzu würde allerdings erforderlich sein, daß auch von der Entsendung von U-Booten an die amerikanische Küste, selbst wenn sich ihre Tätigkeit im Rahmen des amerikanischerseits anerkannten internationalen Rechts hielte, in Zukunft abgesehen wird —, würde sich das amerikanische Volk allmählich des Druckes des englischen Jochs, ich möchte sagen, automatisch bewußt werden, wie wenn man von zwei sich die Wage haltenden Gewichten — deutscher U-Boot-Krieg, englischer Handelskrieg — das eine entfernte.**) In dieser Hinsicht dürften die Aussichten, selbst wenn Wilson wiedergewählt wird, trotz seiner Abneigung, etwas Energisches zu tun, nicht schlecht sein, während ich von der republikanischen Partei, obwohl sie an sich mehr antideutsch ist als die demokratische Partei, und insbesondere von der Persönlichkeit von Hughes nach allem, was ich von ihm gehört habe, zuversichtlich unmittelbare Maßnahmen gegen die englische Handelspolitik erwarte. Das Ziel der deutschen Politik müßte sein, die wirtschaftliche Bedrückung und Knebelung der Vereinigten Staaten durch England, vor allem aber die Unwirksamkeit der englischen Blockade den Amerikanern zu Gemüte zu führen. Das bedeutet, praktisch ausge-

---

*) Ich muß dabei allerdings den Vorbehalt machen, daß ich mir über die Rückwirkung des U-Boot-Krieges gegen Handelsschiffe auf die beiderseitigen Kriegsflotten ein Bild nicht zu machen vermag. Ich könnte mir sehr wohl denken, daß man in Marinekreisen den U-Boot-Krieg gleichzeitig als ein Mittel ansieht, die englische Kriegsflotte zum Heraustreten zu zwingen, um sie dann vernichten zu können. Ich frage mich aber: erstens, ob die Engländer nicht, wie sie das bisher getan haben, trotz allem ihre Kriegsflotte zurückhalten und lieber die Zerstörung ihrer Handelstonnage in der Hoffnung auf ein baldiges Nachlassen der Tätigkeit der U-Boote — wie in früheren Fällen — mit ansehen würden; und zweitens, ob die deutsche Kriegsflotte trotz ihrer unleugbaren Überlegenheit in technischer Hinsicht, in Disziplin und Heroismus der Mannschaft und im Zusammenarbeiten aller Teile der englischen Flotte so überlegen ist, daß sie wirklich einen Vernichtungsschlag zu führen in der Lage wäre. Die Schlacht im Skagerrak spricht dafür, die angeblich außerordentliche und systematische Vermehrung der englischen Kriegsflotte seit Beginn des Krieges spricht dagegen.

**) Inzwischen sind bereits andere Faktoren in gleicher Richtung tätig. Die Knappheit der Weltweizenernte ist so beunruhigend, die Preise werden durch Englands Käufe in absehbarer Zeit hier in den Vereinigten Staaten so steigen — jetzt bereits 1,85 $ statt normalerweise 1 $ pro Bush. —, daß möglicherweise mit einem Embargo gerechnet werden kann und muß. Das würde dieselbe Wirkung haben, die wir mit dem U-Boot herbeiführen wollen: Erschwerung der Versorgung Englands

drückt: Handelstauchboote und immer wieder Handelstauchboote. Das Programm wäre also, nicht nur Kriegsunterseeboote, sondern Handelstauchboote zu bauen, nicht nur militärisch zu gewinnen, sondern auch im Handelskriege die Oberhand zu erhalten.

Dies ist nur auf dem Umwege über die Vereinigten Staaten möglich. Ob es restlos zu erreichen ist, steht dahin. Der ernstliche Versuch sollte gemacht werden. England kann die Wirksamkeit der Blockade nicht mehr behaupten, wenn jeden Monat zwei oder vier oder in fernerer Zukunft noch mehr Handelstauchboote hier eintreffen. Der gelegentliche Verlust eines Handelstauchbootes würde, besonders wenn der Verlust durch englische Kriegsschiffe herbeigeführt werden sollte, nur die Sympathien für Deutschland stärken. Gleichzeitig würde ein regelmäßiger Handelstauchbootverkehr den Faktor wiederherstellen, der in deutsch-amerikanischen Beziehungen das größte Gewicht hat und für uns bisher ausgeschaltet war, nämlich, daß wir wieder große Geschäfte mit den Amerikanern machten. Dann wäre es meines Erachtens leicht, getragen von der Strömung besserer Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, auf der Basis von tatsächlichen Käufen eine Anleihe durchzusetzen. Ich bin überzeugt, daß es mir gelingen würde, sogar eine Anleihe der deutschen Regierung herbeizuführen, wenn sie mit dem Hinweis auf regelmäßige größere Käufe Deutschlands auf allen Gebieten, insbesondere auf dem Gebiete der Nahrungsmittel (Fette und dergleichen), gestützt werden könnte, während bisher diese Anleiheversuche gerade darunter gelitten haben, daß Deutschland als Kunde während des Krieges nicht mehr in Frage kam, und daß rein finanzielle Transaktionen an der Wirkung des U-Boot-Krieges auf die hiesige öffentliche Meinung immer wieder gescheitert sind.

V

Sollte die Entscheidung trotz alledem aus hier unbekannten Gründen im Sinne einer Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges fallen, so bleibt noch die taktische Frage der Inszenierung gegenüber den Vereinigten Staaten und den anderen neutralen Ländern zu lösen.

Nach meiner Auffassung sollte man von einer Blockadeerklärung absehen. Die Erklärung einer Blockade mit Unterseebooten würde eine sofortige Aktion der amerikanischen Regierung auslösen. Amerika würde unter dem Hinweis darauf, daß nach den bisherigen Erfahrungen eine Blockade mit U-Booten nicht effektiv gemacht werden könnte, sowie unter dem Einfluß der wegen etwaiger Menschenverluste sentimental erregten öffentlichen Meinung die Erklärung einer Blockade sofort als eine feindselige Handlung ansehen und sich durch eine Gegenerklärung in der Stellung gegenüber dem Unterseeboot-Krieg festlegen. Selbst die Engländer, obwohl bei ihnen die Frage des Verlustes von Menschenleben ausschied, haben seinerzeit nicht den Mut gehabt, ihre Blockade offen zu erklären, sondern haben zunächst nur die tatsächlichen Maßregeln ergriffen und erst nach Monaten die Bezeichnung der Blockade gewählt. Im gleichen Sinne wäre es zweckmäßig, den U-Boot-Krieg ohne Notenwechsel einfach tatsächlich in der schärfsten Weise durchzuführen, um sich damit die Chance zu

sichern, daß sich möglicherweise alle Theorien über die Haltung der Vereinigten Staaten als falsch erweisen, daß letztere sich allmählich an Tatsachen gewöhnen würden, und daß ein glücklicher Zufall für längere Zeit den Verlust amerikanischer Menschenleben hinausschieben würde. So unwahrscheinlich ein Erfolg in dieser Richtung wäre, so würde ein solches Vorgehen doch die Erfahrung der englischen Politik für sich haben. Daß demgegenüber die Erklärung einer Blockade und deren Notifizierung gegenüber den anderen neutralen Ländern von irgendeiner praktischen Bedeutung sein würde, glaube ich nicht. Auch die kleineren neutralen Länder werden sich in ihrer Schiffahrtspolitik durch die Anordnung einer Blockade kaum beeinflussen lassen.

Die einzige amtliche Kundgebung der deutschen Regierung gegenüber den Vereinigten Staaten, die ich mir gegebenenfalls als möglich und zweckmäßig vorstellen könnte, wäre eine Note, in der Deutschland darauf hinwiese, daß es dem Wunsche der Vereinigten Staaten entsprechend auf eine uneingeschränkte Durchführung des U-Boot-Krieges als „retaliation" gegenüber dem englischen Handelskrieg und der englischen Blockade verzichtet habe, daß für Deutschland dabei der in den Noten der Regierung der Vereinigten Staaten gegebene Hinweis, Amerika werde das internationale Recht in jeder Beziehung und gegenüber jeder Partei der Kriegführenden unparteiisch durchführen, maßgebend gewesen sei; daß Deutschland frage, was geschehen sei, um die von den Vereinigten Staaten selbst als ungesetzlich bezeichnete Blockade zu beseitigen; daß die Unterscheidung zwischen Menschenleben und Eigentum nicht durchschlagend sein könne, da der maßgebende Gesichtspunkt nicht national, sondern international sein müsse, und daß von diesem Standpunkt aus „to the Americans bread is property, to the Germans life, to the Americans ammunition is property, to the Germans death." Sollte man eine solche Note für richtig halten, so würde es zweckmäßig sein, über den geeigneten Zeitpunkt für die Absendung den deutschen Botschafter in Washington, dessen Politik in dieser Frage sich auf der ganzen Linie als richtig erwiesen hat, zu befragen.

New York, 6. November 1916

174

Auszug aus einem Privatbrief des 2. Botschaftsrats Prinz Hatzfeldt an Botschafter v. Tschirschky

Eing. Berlin, 22. Dezember 16 Washington, 9. November 16

. . . Es ist allerdings notwendig, daß wir uns von dem Wahn frei machen, durch den sogenannten rücksichtslosen U-Boot-Krieg gewinnen zu können. In England sind auch Reservevorräte vorhanden, die erst aufgezehrt werden müssen, ehe die Abschneidung der Zufuhr wirklich wirkt. In Deutschland hat es 1½ Jahre gedauert, bis wir knapp wurden. Dabei werden wir den Weg Calais—Dover nie abschneiden können. Sobald Amerikaner ungewarnt umkommen, haben wir den Krieg mit Amerika, das hat ja den Vorteil, daß wir voraussichtlich nach Hause kommen. Aber Amerika wäre

eine so große Hilfe für die Alliierten, daß es gar nicht abzuschätzen ist, und ein Krieg für unschuldig ermordete Amerikaner, wie man es hier nennt, würde unbedingt populär sein. Beide Präsidentschaftskandidaten haben sich in ihren Wahlreden so festgelegt, daß sie nicht anders können als Krieg machen. Denn dieser würde nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen nur dann vermieden werden können, wenn wir den U-Boot-Krieg dann gleich einstellen. Dann ist der Zweck aber verfehlt. Falls wir glauben sollten, aus militärischen oder wirtschaftlichen Gründen den Krieg nicht mehr lange durchhalten zu können, so sollten wir gleich Frieden machen. Jetzt bekommen wir bessere Bedingungen, als wenn wir mehr Feinde haben. Denn nach meiner Ansicht würden durch den Eintritt Amerikas in den Krieg Skandinavien und Holland automatisch gezwungen werden, gegen uns vorzugehen. Sonst bekommen sie eben keine Nahrungsmittel, und wir können sie ihnen doch nicht liefern. Bringen wir es aber über uns, vier Monate von dem U-Boot-Krieg nicht zu reden, und parieren die Kommandanten unseren Ordres, so ist ein Krach zwischen England und Amerika fertig, nicht, daß es zum Krieg kommen könnte, aber die Amerikaner erzwingen sich ihr Recht, mit uns in Verbindung zu bleiben. Und dann ist uns auch geholfen. Die Erbitterung gegen England ist hier schon sehr groß. Dadurch, daß die Engländer den Hearstblättern den ganzen Nachrichtendienst abgeschnitten, haben wir einen Verbündeten in ihnen, den wir nicht unterschätzen können.

Sein Dienst erstreckt sich auf 1200 Zeitungen im Lande, darunter die beiden verbreitetsten in New York. Jetzt wird einem hier immer und nicht mit Unrecht entgegengehalten, daß es sich bei dem Streit mit Deutschland um das Leben der Amerikaner, bei dem mit England aber um eine Beeinträchtigung des Handels handle. Die Knappheit an Schiffsraum, die jetzt herrscht, kommt nur zum geringsten Teil von der Tätigkeit unserer U-Boote, die Hauptsache machen die Requisition der englischen Regierung und die längere Zeit, die ein Schiff aus verschiedenen Gründen für jede Reise braucht. Man muß aber nicht vergessen, daß besonders hier in Amerika, aber auch sonst in neutralen Ländern eine Riesentonnage im Bau ist, die bald in Dienst gestellt werden kann. Bei den jetzigen Schiffsfrachten spielen die Baukosten keine Rolle. — Ich schreibe Dir das so ausführlich, weil ich glaube, man ist bei uns in die U-Boote so verliebt, daß man eine Menge Punkte dabei übersieht. Würde man einen größeren Teil unserer U-Boote für Handelszwecke benützen, so glaube ich, könnte man damit eine bessere Wirkung erreichen. Eins oder zwei genügen nicht, und hochwertige Frachten wären auch genügend vorhanden. Ich denke dabei an Fett.

Die Gründung des Königreichs Polen hat hier gar keinen Eindruck gemacht. Die meisten Blätter sagen, wir verteilen das Fell des Bären, ehe wir es haben. Eine Ausnahme machen natürlich die deutschen und jüdischen Zeitungen; trotzdem glaube ich, daß jetzt ein geeigneter Moment war, damit herauszukommen. Ein Glück ist es, daß die Österreicher einen Botschafter hersenden. Hoffentlich kommt Tarnowski recht bald. . . .

175

Legationssekretär v. Lersner an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 20. Dezember 16

Telegr. Nr. 1103 a Pleß (Hauptquartier), 20. Dezember 16

Eigenhändig für den Herrn Reichskanzler und Herrn Staatssekretär

General Ludendorff läßt telegraphieren:

„Nachdem Lloyd George Friedensangebot durch seine Erklärung im Unterhaus abgelehnt hat, bin ich auf Grund der Eindrücke, die ich an der Westfront gewonnen habe, der Überzeugung, daß nunmehr der U-Boot-Krieg mit aller Schärfe einsetzen muß."

Lersner

176

Staatssekretär Zimmermann an Legationssekretär v. Lersner

Telegramm Nr. 1612 Berlin, 21. Dezember 16

Antwort auf Telegramm Nr. 1103 a

Zu Euer Hochwohlgeboren persönlichen Orientierung

Im gegenwärtigen Augenblick heißt es vor allem ruhiges Blut und einen kühlen Kopf behalten, um politischen Erfolg unserer Friedensdemarche nicht zu beeinträchtigen.

Für General Ludendorff.

Zunächst müssen wir die formelle Antwort unserer Gegner auf Friedensangebot abwarten. Dann wird gemäß Verabredung die Frage der bewaffneten Handelsschiffe, wofür Note vorbereitet, betrieben werden. Das ist auch die Ansicht Seiner Majestät des Kaisers.

Gegen rücksichtslosen U-Boot-Krieg bestehen zurzeit ernste Bedenken nicht nur wegen Amerika, sondern auch wegen europäischer Neutralen.

Zimmermann

177

Legationssekretär v. Lersner an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 22. Dezember 16

Telegramm Nr. 1114 a Pleß (Hauptquartier), 22. Dezember 16

Antwort auf Telegramm Nr. 1612

Euerer Exzellenz Telegramm habe ich mit einigen begleitenden Worten im Sinne des für mich bestimmten 1. Absatzes an General Ludendorff übergeben.

Der General erklärte, es läge ihm durchaus fern, die Reichsregierung im gegenwärtigen Augenblick und vor der Erledigung unserer Friedensaktion zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg zu drängen. Er müsse jedoch noch einmal seine Ansicht festlegen, daß ohne rücksichtslosen U-Boot-Krieg wir den Feldzug verlieren würden. Seine Eindrücke von der Westfront

hätten ihn hierin auch bestärkt. Die Versenkung der bewaffneten Handelsdampfer genüge nicht.

Der Herr Reichskanzler habe im September in Pleß zugestimmt, daß die Oberste Heeresleitung über den Zeitpunkt des Beginns des rücksichtslosen U-Boot-Krieges entscheiden solle. Dieser Zeitpunkt sei Ende Januar gekommen. Der Feldmarschall könne die Verantwortung für den Verlauf des Feldzuges nicht mehr tragen, falls die Regierung hierauf nicht einginge.

Als der General geendet hatte, fragte ich, was er unter rücksichtslosem U-Boot-Krieg verstehe. Er will England völlig blockieren, jedes Schiff — auch Passagierdampfer —, das sich England nähere, solle versenkt werden.

Ich fragte den General, ob er denn den Eintritt der Neutralen in den Krieg gar nicht fürchtet. Das bedeute nämlich seine Forderung. Er sagte, der Feldmarschall würde gegen Holland und Dänemark genügend Truppen aufmarschieren lassen, daß diese nicht losschlügen. Die Neutralen sollten um den Norden Englands herum eine Fahrrinne zum Verkehr mit den anderen Neutralen erhalten.

Ich wies auf Amerika, das ohne jeden Zweifel sofort mit Kriegserklärung antworten müsse. General Ludendorff erklärte, Amerika ginge über kurz oder lang gegen uns. Ich meinte, daß seiner Ansicht andere Ansichten gegenüberständen, vor allem die Reichsregierung doch die Pflicht habe, unserem Volk und auch unserer Armee den Krieg mit Amerika zu ersparen.

Nach längerer Auseinandersetzung schien, daß der General für ein Durchlassen von Passagierdampfern nach England zu haben sein wird. Allerdings wird er wohl verlangen, daß sie keine absolute Konterbande führen.

Hierauf ging ich zu Oberst von Bartenwerffer, der Antwort an Euere Exzellenz aufsetzen wird. Ich machte ihn auf die ungeheuere Verantwortung aufmerksam, die die Oberste Heeresleitung durch übereiltes Drängen dem Kaiser, dem Volk und der Armee gegenüber auf sich lade. Jetzt mehr denn je müßten wir nüchtern und leidenschaftslos weitere Entscheidungen überlegen. Der Oberst sah dies ein.

Lersner

178

Legationssekretär v. Lersner an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 23. Dezember 16

Telegramm Nr. 1121 a — Pleß (Hauptquartier), 23. Dezember 16

Eigenhändig

Nur für den Herrn Reichskanzler und Herrn Staatssekretär

Generalfeldmarschall v. Hindenburg läßt drahten:

„Im Anschluß an den Telegrammwechsel des Generals Ludendorff mit Staatssekretär Zimmermann über den U-Boot-Krieg teile ich Euerer

Exzellenz meine Ansicht dahingehend mit, daß wir nach der militärischen Lage keine Zeit verlieren dürfen, um zunächst zur verabredeten Torpedierung der bewaffneten feindlichen Handelsschiffe zu kommen.

Die Entente führt mit allen Mitteln den Krieg weiter. Daran besteht kein Zweifel, nachdem wir in allen Parlamenten eine so scharfe Absage bekommen haben. Auch Wilsons Bestrebungen können daran nichts ändern, wenn unsere Gegner sich nicht selbst Lügen strafen wollen. Ich halte das Wilsonsche Angebot für von England hervorgerufen. Wir können meines Erachtens aus nationalen Gründen in Rücksicht auf unsere starke militärische Position darauf jetzt nicht eingehen. Es würde daher eine schwere und militärisch nicht zu rechtfertigende Unterlassung sein, wollten wir uns irgendwie hinhalten lassen.

Dies würde auch die Armee, die am Feinde steht, in gleicher Weise empfinden.

Offiziere und Soldaten erwarten den rücksichtslosen Einsatz aller Kraft.

Die Stimmung der Armee darf nicht übersehen werden, wenn ihr nicht die Kampffreudigkeit genommen werden soll.

Ich bitte daher Euere Exzellenz bei der Durchführung der bezüglichen diplomatischen Schritte sich auch von diesen Gesichtspunkten leiten zu lassen.

Mit der Torpedierung der bewaffneten feindlichen Handelsschiffe wird England allein noch nicht niedergeworfen werden. Schärfere Maßnahmen müssen Platz greifen, um den Willen Englands zu brechen.

Gelegentlich der Besprechung Ende August in Pleß haben Euere Exzellenz den Entschluß zum verschärften U-Boot-Krieg abhängig gemacht von meiner Erklärung, daß ich nach der militärischen Lage den Augenblick für gekommen ansähe. Dieser Augenblick wird Ende Januar da sein. Unser Sieg in Rumänien ist alsdann ausgereift. Andererseits dürfen wir den Gegnern nicht längere Zeit lassen, ihre Rüstungen für den Entscheidungskampf zu Lande in Ruhe zu vervollkommnen.

Dabei ist Holland, Dänemark und den nordischen Staaten nördlich England vorbei freier Seeweg zu bieten. Ob Amerika bestimmte Rücksichten eingeräumt werden können, muß die Prüfung ergeben. An seiner Wirksamkeit darf der U-Boot-Krieg dadurch nicht irgendwie entscheidend einbüßen. Ich behalte mir nach dieser Richtung meine Stellung ausdrücklich vor. Die diplomatischen und militärischen Vorbereitungen für den verschärften U-Boot-Krieg müßten auch schon jetzt in Angriff genommen werden, damit er Ende Januar sicher einsetzen kann."

Lersner

179

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Legationssekretär v. Lersner

Telegramm Nr. 1628 Berlin, 23. Dezember 16

Antwort auf Telegramm Nr. 1114 a und 1121 a

Für Generalfeldmarschall von Hindenburg

Euere Exzellenz darf ich zunächst bezüglich der Bemerkung, ich hätte gelegentlich der Besprechung Ende August in Pleß den Entschluß zum verschärften U-Boot-Krieg abhängig gemacht von Euerer Exzellenz Erklärung, daß Sie nach der militärischen Lage den Augenblick für gekommen ansähen, auf mein Schreiben vom 6. Oktober d. J. verweisen. In diesem habe ich meine Stellungnahme dahin präzisiert, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg, da er sich nicht nur gegen feindliche, sondern auch gegen neutrale Schiffe richtet, unmittelbar in unser Verhältnis zu den neutralen Staaten eingreift, daher einen Akt der auswärtigen Politik darstellt, für den ich die alleinige und nicht übertragbare verfassungsmäßige Verantwortung zu tragen habe, auch wenn für meine Stellungnahme im gegebenen Augenblick das Urteil Euerer Exzellenz selbstredend von besonderer Bedeutung sein wird.

Dies vorausgeschickt möchte ich betonen, daß ich mit Euerer Exzellenz der Auffassung bin, daß zunächst die Frage der Torpedierung der bewaffneten feindlichen Handelsschiffe Amerika gegenüber klargestellt werden muß. Als frühester Zeitpunkt, an dem die hier bereits vorbereitete Note dem amerikanischen Botschafter überreicht werden kann, kommt der Eingang der formellen Antwort unserer Gegner auf unser Friedensangebot in Betracht. Wie sie ausfallen wird, vermag heute noch niemand vorauszusehen. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sie zwar in der Hauptsache ablehnend lauten, immerhin aber noch eine Hintertür offen lassen wird. Wir dürfen diese Hintertür nicht zuschlagen. Dies würde eintreten, wollten wir schon v o r Eingang der Antwortnote die Aktion bezüglich der bewaffneten Handelsschiffe einleiten. Dadurch würde auch der politische Erfolg, den wir mit unserem Friedensangebot erzielt haben, sowie seine Nachwirkung auf die Friedensstimmung in den Ländern unserer Feinde schwer beeinträchtigt werden. Schon jetzt begegnen wir im feindlichen wie im neutralen Ausland der Annahme, daß wir die ganze Friedensaktion mala fide und lediglich als Auftakt für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg inszeniert hätten. Es bedarf wohl keiner Begründung, daß wir es vermeiden müssen, diesen Eindruck noch zu vertiefen. Bedauerlicherweise hat eine Reihe von deutschen Blättern unseren Gegnern diese Mißdeutung unserer Aktion dadurch leicht gemacht, daß sie die Lloyd George'sche Rede und die Wilson'sche Note sofort mit dem Ruf nach den U-Booten beantwortete. Diese Artikel sind aber auch für den Fall schädlich, daß wir im weiteren Verlauf zum verschärften U-Boot-Krieg schreiten sollten. Wir haben das stärkste Interesse daran, daß das Ausland nicht vorzeitig auf

den möglichen Eintritt dieser Entwickelung hingewiesen wird, und ich habe dahin die Presse entsprechend instruieren lassen. Ich halte es aber für geboten, daß auch die Oberste Heeresleitung mit schärfsten Mitteln darauf drückt, daß solche Erörterungen aus der Presse verschwinden, und darf daher die Bitte an Euere Exzellenz richten, entsprechende Anweisungen baldigst zu erteilen.

Was die Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges betrifft, so habe ich bisher den Standpunkt vertreten, daß ein solcher nur in Frage kommen kann, wenn unsere militärische Lage mit Sicherheit darauf rechnen läßt, die europäischen Neutralen von einem Eingreifen gegen uns abzuhalten. Euere Exzellenz glauben, daß dieser Zeitpunkt Ende Januar 1917 gekommen sein wird. Ich darf daher annehmen, daß Euere Exzellenz bis zu diesem Zeitpunkt in der Lage sein werden, sowohl an der holländischen wie an der dänischen Grenze die nötigen Truppen zu versammeln. Unter dieser Voraussetzung und wofern ich mich mit Euerer Exzellenz davon überzeugen kann, daß die Vorteile des ganz rücksichtslosen U-Boot-Krieges größer sind als die Nachteile des Eintritts Amerikas zu unseren Feinden, werde ich bereit sein, auch die Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges in Erwägung zu ziehen. Gegen Einleitung von Besprechungen mit der Obersten Heeresleitung und dem Chef des Admiralstabes bestehen keine Bedenken, sobald unsere Friedensaktion durch die eventuelle Antwort der Entente zu einem gewissen Abschluß gelangt ist.

Bei der diplomatischen Behandlung der ganzen Frage werde ich der von Euerer Exzellenz betonten Stimmung in der Armee selbstverständlich voll Rechnung tragen.

Bethmann Hollweg

180

Legationssekretär v. Lersner an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 26. Dezember 16

Telegramm Nr. 1134 a — Pleß (Hauptquartier), 26. Dezember 16

Antwort auf Telegramm Nr. 1628

Nur für den Herrn Reichskanzler und Staatssekretär

Feldmarschall von Hindenburg läßt telegraphieren:

„Euerer Exzellenz Telegramm vom 24. d. M. Nr. 1628 habe ich mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Ich muß dies offen aussprechen und Euere Exzellenz werden dies billigen, da zwischen dem Reichskanzler und der Obersten Heeresleitung volle Klarheit herrschen muß.

Ich hatte in meinem Telegramm die Notwendigkeit baldigen energischen Handelns zur See betont, da ich darin das einzige Mittel erblicke, den Krieg zu einem schnelleren Ende zu führen. Euere Exzellenz glauben diesen Weg noch nicht betreten zu können. Unsere militärische Lage erlaubt es aber nicht, daß irgendwelche Verhandlungen eine einmal als richtig erkannte militärische Maßnahme hinausschieben und so die Energie der Kriegsführung lähmen. Ich muß diesen Standpunkt mit aller Entschieden-

heit aufrecht erhalten und daher meine Bitte wiederholen, ohne Verhandlungen den U-Boot-Krieg gegen bewaffnete Handelsschiffe beginnen zu lassen und unverzüglich in Besprechungen über den verschärften U-Boot-Krieg einzutreten.

Euere Exzellenz wünschen eine Einwirkung auf die Presse.

Aus ähnlichen Erwägungen heraus, wie Euere Exzellenz hatte General Ludendorff eine Besprechung über das gleiche Gebiet in Berlin angeregt. Die Untergebenen Euerer Exzellenz haben dabei, soweit ich es übersehen kann, nicht Euerer Exzellenz Bestrebungen Rechnung getragen. Auch hat General Ludendorff die Errichtung einer Pressestelle bei der Reichskanzlei zur einheitlichen Leitung der Presse beantragt, da diese Leitung verschiedentlich gefehlt hat. Euere Exzellenz mögen daraus ersehen, wie sehr die Oberste Heeresleitung bestrebt war, die Einheitlichkeit im Sinne Euerer Exzellenz Forderung zu sichern.

In mißverständlicher Auffassung Euerer Exzellenz Worte vor der Reichstagskommission Mitte September macht der größte Teil des deutschen Volkes die Oberste Heeresleitung allein für die Entscheidung über die Frage verantwortlich, ob der verschärfte U-Boot-Krieg geführt werden soll oder nicht. Dies trifft nicht zu. Solange Euere Exzellenz und die Oberste Heeresleitung einer Auffassung waren, konnte ich darüber hinweggehen. Da jetzt die Ansichten scharf auseinanderzugehen scheinen, muß ich es zur Wahrung der Stellung der Obersten Heeresleitung aussprechen, daß Euere Exzellenz als Reichskanzler zwar die ausschließliche Verantwortung beanspruchen, daß ich aber selbstverständlich auch weiter mit aller Kraft und im vollen Verantwortlichkeitsgefühl für den siegreichen Ausgang des Krieges dafür eintreten werde, daß militärisch das geschieht, was ich dazu für richtig halte."

Lersner

181

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Legationssekretär v. Lersner

Telegramm Nr. 1639 — Berlin, 26. Dezember 16

Antwort auf Telegramm Nr. 1134 a

Für Generalfeldmarschall von Hindenburg

Euerer Exzellenz bestätige ich den Empfang der telegraphischen Mitteilung vom 26. d. M. Euere Exzellenz gehen darin von der Annahme aus, daß ich den U-Boot-Krieg gegen bewaffnete Handelsschiffe von Verhandlungen mit Amerika abhängig zu machen beabsichtige. Diese Annahme ist nicht zutreffend. Ich wünsche keinerlei Verhandlungen mit Amerika über diese Frage, in der bereits vorbereiteten Note an die amerikanische Regierung wird vielmehr ausdrücklich betont, daß die bewaffneten feindlichen Handelsschiffe nunmehr von uns als kriegführende Schiffe behandelt und demgemäß ohne Warnung torpediert werden. Ich bringe die Note nach Pleß

mit und darf mir eine mündliche Aussprache mit Euerer Exzellenz sowohl über den Inhalt dieser Note wie über die anderen von Euerer Exzellenz angeregten Fragen vorbehalten.

Bethmann Hollweg

182

Legationsrat v. Grünau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 8. Januar 17

Telegramm Nr. 31 Pleß (Hauptquartier), 8. Januar 17

Nur für den Herrn Reichskanzler und Herrn Staatssekretär

Mit Bezug auf diess. Telegramm Nr. 1121 a

Generalfeldmarschall läßt telegraphieren:

„Euerer Exzellenz beehre ich mich unter Bezugnahme auf mein Telegramm vom 23. Dezember mitzuteilen, daß nach der militärischen Lage der verschärfte U-Boot-Krieg am 1. Februar einsetzen kann und daher auch einsetzen sollte."

Grünau

183

Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei Wahnschaffe an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg (Großes Hauptquartier)

Telegramm Berlin, 9. Januar 17

Staatssekretär Helfferich läßt Euerer Exzellenz folgendes telegraphieren:

„1. Der Kernpunkt in der neuen Denkschrift des Admiralstabes ist die Gegenüberstellung der Wirkung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und des jetzigen U-Boot-Kreuzer-Krieges auf die nach England fahrende Tonnage (Ziffer 5 des Begleitschreibens vom 22. Dezember). Behauptet wird, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg nach fünf Monaten den englischen Seeverkehr um etwa 39 % verringert haben werde, der U-Boot-Kreuzer-Krieg dagegen nur um 18 %. Die Verringerung um 39 % genüge, um die Lage für England unerträglich zu machen, während durch den Wegfall von 18 % England nicht zum Frieden gezwungen werden könne. Die Berechnung der 39 und 18 % beruht auf folgender Grundlage:

Für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg wird eine monatliche Versenkung von 600 000 Tonnen angenommen, für den Kreuzerkrieg eine solche von 400 000 Tonnen. Die Wirkung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges werde jedoch verstärkt durch die Abschreckung von zwei Fünfteln der auf England fahrenden neutralen Tonnage, während für die Fortdauer des U-Boot-Kreuzer-Krieges eine Abschreckung feindlicher Tonnage nicht in Rechnung gestellt wird.

Ich erlaube mir den Hinweis, daß die Abschreckung der neutralen Tonnage auch infolge des bloßen U-Boot-Kreuzer-Krieges in gewissem Umfang bereits eingetreten ist. Die Denkschrift des Admiralstabes führt S. 22/23 die zeitweilige Stockung im niederländisch-englischen Verkehr und die Unterbindung des norwegischen Verkehrs nach der Murman-Küste ausdrücklich an. Eine nachdrückliche Fortsetzung des U-Boot-Kreuzer-Krieges wird das Auflegen oder wenigstens das Herausziehen neutraler Tonnage aus der englischen Fahrt zweifellos begünstigen, wenn auch die abschreckende Wirkung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nicht voll erreicht werden wird. Immerhin vermindert sich die Differenz zwischen den 39 und 18 %.

Auf der anderen Seite muß meines Erachtens folgender Gesichtspunkt geprüft werden:

Wenn der uneingeschränkte U-Boot-Krieg die Wirkung hat, die seefahrenden Neutralen an der Seite Englands in den Krieg zu drängen, so würde dadurch die abschreckende Wirkung des U-Boot-Krieges mindestens zu einem erheblichen Teil aufgehoben werden. Dann ist die Fahrt nach England für die betreffenden Neutralen nicht mehr ein Geschäft, das man nach Abwägung des Vorteils und Risikos machen oder unterlassen kann, sondern eine Kriegshandlung, für die Verlust und Tod keine entscheidende Rolle spielen wird. Ein Beweis, bei welchem Prozentsatz der Einschränkung des englischen Seeverkehrs England nicht mehr durchhalten kann, ist natürlich nicht zu erbringen. Beispielsweise wird bei einer stark angespannten inneren Getreidesituation eine geringere Abschnürung des Seeverkehrs und eine kürzere Dauer des U-Boot-Krieges genügen, als bei einer günstigen inneren Getreidesituation.

2. Die Berechnungen des Admiralstabes über die augenblickliche Versorgung Englands mit Brotgetreide und über die Möglichkeiten der weiteren Zufuhr sind vorsichtig. Ich halte sie eher für zu günstig für England als für zu ungünstig.

Nach meiner Ansicht ist England zur Zeit nur noch für 11 bis 12 Wochen mit Getreide versehen, während die Denkschrift des Admiralstabes mit 15 Wochen rechnet und während nach meiner seinerzeit in der Budgetkommission vorgetragenen Schätzung England Ende September 1916 noch für 4½ Monate, d. h. etwa 19 Wochen, mit Getreide versehen war. Die englischen Bestände werden im Laufe des Januar und Februar angesichts der knappen Zufuhrmöglichkeiten unaufhaltsam weiter abnehmen. England und mit ihm Frankreich und Italien, treiben einer Lebensmittelkrisis zu, gegen die ich nur ein wirksames Mittel sehe: die Beschränkung des Verbrauchs der großen Produktionsländer, namentlich der Vereinigten Staaten. Letztere haben einen Eigenverbrauch, der in der Denkschrift des Admiralstabes S. 34 nach Snow auf 623 Millionen Bushels — zirka 17 Millionen Tonnen — angegeben wird. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg wird auf der einen Seite die ohnedies sehr knappen Zufuhren empfindlicher einengen als der U-Boot-Kreuzer-Krieg.

Auf der anderen Seite darf ein bisher nicht beachteter Gesichtspunkt bei Abwägung der Vor- und Nachteile nicht übersehen werden. Hat der

uneingeschränkte U-Boot-Krieg den Eintritt Amerikas in den Krieg gegen uns zur Folge, so ist Amerika an dem Sieg Englands wie an einer eigenen Sache interessiert. Ist eine Niederlage Englands nur durch ausreichende Getreideversorgung abzuwenden, so muß und kann Amerika zu diesem Zweck ein Opfer bringen, an das es als neutraler Staat nicht denkt: die Einschränkung des eigenen Getreideverbrauchs zu Gunsten Englands. Die Einschränkung braucht keineswegs durch eine Rationierung des amerikanischen Brotverbrauchs zu erfolgen; es würden große Käufe, eventuell Zwangsankäufe der amerikanischen Regierung den Zweck wohl erreichen können. Da die Union mehr als doppelt soviel Einwohner hat als England, ist jede Beschränkung des Getreideverbrauchs pro Kopf des Amerikaners eine mehr als doppelt so große Zulage pro Kopf des Engländers. Wenn das Schicksal des Krieges davon abhängt, halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß Amerika eine zehnprozentige Einschränkung seines normalen Verbrauchs zu Gunsten von England durchführen könnte, womit 1,7 Millionen Tonnen — etwa 8,5 Millionen Quarters — gleich einem englischen Bedarf von etwa 3 Monaten frei gemacht würden. Auch wenn hiervon auf dem Wege nach England die Hälfte versenkt würde, — ein Prozentsatz, der weit über die vom Admiralstab berechneten Möglichkeiten herausgeht — wäre ein solches Vorgehen für England eine wertvolle — vielleicht eine entscheidende Hilfe.

So paradox es klingt, ist also die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg gegenüber dem U-Boot-Kreuzer-Krieg in seiner Endwirkung speziell die englische Versorgung mit Brotgetreide nicht verschlechtert, sondern verbessert.

3. Vorstehende Erwägungen zu 1 und 2 zeigen, wie wichtig es gerade für die mit dem U-Boot-Krieg erstrebten Wirkungen ist, daß die Neutralen draußen gehalten werden. Ob das beim uneingeschränkten U-Boot-Krieg möglich sein wird oder nicht, wird sich in einigen Wochen, wenn die Antwortnote der Entente an Wilson und deren Wirkung vorliegt, besser übersehen lassen als heute.

Zu überstürzten Entschlüssen liegt keine Veranlassung vor. Denn augenblicklich arbeitet die Zeit in Sachen der Versorgung Englands nicht gegen, sondern für uns. Der Januar und namentlich der Februar sind aus den natürlichen Gründen der Jahreszeit stets ungünstige Monate für den englischen Getreide-Import. In den Jahren 1909 bis 1914 betrug der durchschnittliche Monatsimport 8 670 000 Zentner, im Januardurchschnitt nur 7 050 000 Zentner, im Februardurchschnitt nur 5 870 000 Zentner, dagegen im Märzdurchschnitt 7 513 000 Zentner, dagegen im Aprildurchschnitt 9 251 000 Zentner. Diesmal hat, wie ich das auf Grund der Ernteverhältnisse vorausgesagt habe, die Absendung der Getreideeinfuhr bereits im Dezember begonnen. Trotz der größten Anstrengungen Englands und der wahnsinnigen Preise, die es bezahlt, hat die Einfuhr der vier Dezemberwochen 1916 nur 1 410 000 Quarters erreicht gegen 1 955 000 Quarters im Vorjahr. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß diese Entwickelung sich

fortsetzt, bis im März und April die argentinischen und australischen Ernten zugefahren werden können.

Wenn wir aus den oben angedeuteten Gründen die Entscheidung über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg noch für einige Wochen aussetzen, so haben wir alle Aussicht, daß bis zu dieser Entscheidung die englische Getreideversorgung noch erheblich unter den 12 Wochenbestand herabsinkt. Je niedriger der Bestand beim Beginn eines uneingeschränkten U-Boot-Krieges, desto sicherer und rascher wird der Erfolg sein.

Vorstehendes ist in der kurzen, mir zur Verfügung stehenden Zeit flüchtig zu Papier gebracht. Ich wäre deshalb dankbar, wenn Euere Exzellenz diese Notiz nur zu Ihrer Information benutzen, nicht aber schriftlich aus der Hand geben wollten.

Helfferich"

Wahnschaffe

184

Legationsrat v. Grünau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 11. Januar 17

Telegramm Nr. 46 Pleß (Hauptquartier), 11. Januar 17

Nur für den Herrn Reichskanzler und den Herrn Staatssekretär

General Ludendorff regt an, unsere Presse bis zum 1. Februar bei der Besprechung des U-Boot-Krieges zu zügeln. Er glaubt, Reventlow und Ripler seien durch Marine oder Oberste Heeresleitung zum Schweigen zu bringen, wenn man ihnen vertraulich persönlich unsere Pläne mitteilt. Ferner schlägt er kleine Mittel zur Beschäftigung des Publikums vor: z. B. Abdrucken der U-Boot-Erfolge unmittelbar nach dem Heeresbericht.

Habe erwidert, daß Maßnahmen im engsten Einvernehmen mit Euerer Exzellenz getroffen werden müßten und mir Mitteilung des Standpunktes Euerer Exzellenz vorbehalten.

Grünau

Randbemerkung des Reichskanzlers:

Das scheint mir doch sehr bedenklich. Ludendorff will Wien nicht orientieren, weil er Indiskretion befürchtet, dagegen aber Reventlow und Ripler! Die werden unter keinen Umständen den Mund halten. Wenn die Presse gezügelt werden soll, so kann das jeder Zeit geschehen, ohne sie ins Vertrauen zu ziehen. Denn U-Boot-Krieg ist eine militärische Maßregel, deren Besprechung ebenso gehindert werden kann, wie die Vorbesprechung sonstiger militärischer Operationen.

B. H. 11./1

185

Staatssekretär Zimmermann an Legationsrat v. Grünau

Telegramm Nr. 63
Auf Telegramm Nr. 46

Berlin, 11. Januar 17

Ich teile völlig den Standpunkt des General Ludendorff und hatte bereits gestern in entsprechendem Sinne mit dem Chef des Admiralstabes die Frage erörtert. Die erforderlichen Maßnahmen werden im Einvernehmen mit Exzellenz v. Holtzendorff getroffen.

Zimmermann

186

Der Chef des Admiralstabes Admiral v. Holtzendorff an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

Eing. Berlin, 11. Januar 17

Ganz Geheim
Abschrift

Gr. Hauptquartier, 9. Januar 17

Ich befehle, daß der uneingeschränkte Unterwasserkrieg am 1. Februar mit voller Energie einsetzt. Sie haben unverzüglich alle nötigen Vorbereitungen zu treffen, jedoch so, daß diese Absicht dem Feinde und den Neutralen nicht vorzeitig erkennbar wird. Die grundlegenden Operationspläne sind Mir vorzulegen.

Abschrift hiervon ist dem Reichskanzler zuzustellen.

Wilhelm I. R

Berlin, 10. Januar 17

Euerer Exzellenz beehre ich mich vorstehende Abschrift ergebenst zu übersenden.

v. Holtzendorff

187

Generaldirektor Ballin an Gesandten v. Lucius (Stockholm)

Eing. Berlin, 17. Januar 17

Hamburg, 10. Januar 17

Lieber verehrter Freund!

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie sehr ich es bedauere, daß ich Sie während Ihres Urlaubs nicht gesprochen habe. Ich habe Lust, Sie in Stockholm demnächst einmal zu besuchen, nur die Furcht, daß an

meine Reise nach Skandinavien sich nicht nur abenteuerliche, sondern auch dem vaterländischen Interesse geradezu schädliche Gerüchte knüpfen könnten, läßt mich immer noch zögern, diesen Wunsch zur Ausführung zu bringen.

Die Lage hier ist und bleibt eine unklare. Die militärischen Erfolge in Rumänien lassen immerhin die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß wir auf dem Wege nach Kiew Rußland in arge Bedrohung bringen können. Die Zustände in Rußland sind aber solche, daß man wohl kaum der gegenwärtigen Regierung noch die Courage zutrauen kann, sich aus der Umklammerung der Entente zu befreien. Dazu mehren sich die Stimmen beachtenswerter Rußlandkenner, welche behaupten, daß der Weg zum Frieden mit Rußland nicht auf der Strecke Kiew—Odessa, sondern in der Bedrohung von St. Petersburg liegt. Auch der österreichische Botschafter in Berlin, Gottfried Hohenlohe, hat sich in diesem Sinne — wohl nicht ohne Instruktion seiner Regierung — sehr energisch ausgesprochen.

Es entsteht da das sehr schwierige Problem, die eisenbahntechnischen Hilfsmittel in einer Zeit ungeheuerlich zu erweitern, in welcher alle Kräfte schon angespannt sind für die Munitionsarbeit.

Hindenburg wird, wie ich vermute, in sehr kurzer Zeit eine entscheidende Bestimmung in der U-Boot-Frage treffen. Diese Entscheidung bleibt ein Sprung ins Dunkle. Bleibt Amerika ruhig, so wird das U-Boot eine wertvolle Unterstützung der Heeresaktionen sein und wird dazu beitragen, den Krieg erheblich zu verkürzen. Tritt Amerika aktiv an der Seite der Entente in den Krieg ein, so wird diese U-Boot-Entscheidung den Krieg um Jahre verlängern und seinen Ausgang höchst unsicher gestalten. Deshalb kann ich es wohl verstehen und kann es nur höchst schätzenswert finden, wenn der Kanzler bisher mit großer Konsequenz sich gegen diesen Sprung ins Dunkle sträubt. Aber schließlich wird doch die Oberste Heeresleitung entscheiden müssen, ob sie glaubt, den Krieg gegen eine solche Übermacht noch längere Zeit durchhalten zu können oder nicht.

Ich glaube, ich schrieb Ihnen schon mal über die deutschen Kriegsziele. Ich bin der Ansicht, daß das größte Kriegsziel für uns darin besteht, Rußland von England zu trennen; denn das Zusammengehen dieser beiden Mächte ist ein ganz widernatürliches und müßte infolgedessen leicht löslich sein. Das entalkoholisierte Rußland bildet für uns zweifellos die größte Gefahr, und wir werden nie auf den jetzt erstrebten dauernden Frieden rechnen können, solange wir uns nicht mit Rußland in eine gewisse Übereinstimmung hineingefunden haben. Wenn es dazu nötig ist, der Nibelungentreue etwas von ihrer frischen Farbe zu nehmen, so wäre das angesichts der vitalen Wichtigkeit für Deutschlands Zukunft durchaus erträglich.

Mit den herzlichsten Wünschen und Grüßen bin ich, lieber verehrter Freund,

Ihr aufrichtig ergebener
Ballin

188

Privatbrief von Max Warburg an Wirklichen Geheimen Legationsrat v. Langwerth Simmern

Eing. Berlin, 29. Januar 17

Persönlich!

Hamburg, 26. Januar 17

Lieber Freund!

Ich nehme an, daß Sie bereits hundert Entwürfe für eine etwa beabsichtigte Antwort auf die Botschaft des Präsidenten Wilson erhalten haben und behändige Ihnen in der Anlage den hundertundersten Entwurf. Nur zu meiner eigenen Klärung über den Gehalt der Wilsonschen Botschaft habe ich einmal die Antwort diktiert, wie ich sie mir ungefähr denke. Dabei muß ich bemerken, daß mir lediglich die in den Zeitungen veröffentlichte Wiener Übersetzung der Wilsonschen Botschaft zur Verfügung steht, und daß ich den Eindruck habe, daß die Übersetzung an manchen, nicht unwichtigen Stellen mißglückt ist. Aber auch, wenn die anmaßende Form in der Ursprache der Botschaft ebenso widerwärtig wirken sollte wie in der Übersetzung, zwingt sie uns doch, uns mit dem reichen Inhalt der Note eingehend zu befassen.

Nach meiner Auffassung richtet sie sich vor allem gegen die in unserer Note vom 26. Dezember 1916 abgegebene Erklärung, daß wir zunächst ohne Amerika und die anderen Neutralen Frieden schließen wollen, um hinterdrein über eine Sicherung des Weltfriedens in Verhandlungen einzutreten. Der Präsident bekämpft diese Auffassung mit großer Schärfe. Er erhebt zwar keinen Anspruch, die einzelnen Friedensbedingungen mit festzusetzen, wohl aber will er hinsichtlich der Grundsätze gehört werden, nach denen die Friedensbedingungen gestaltet werden sollen, damit sie dauernd und von allen Staaten, auch den neutralen, garantiert werden können.

Ich stehe nicht an, zu erklären, daß mir die Formel: erst Frieden, dann Pazifismus, von Anfang an ungangbar erschien, und daß man der Wilsonschen Auffassung insoweit auch jetzt noch zustimmen kann, daß bereits der demnächstige Frieden in seinen Grundzügen mit den pazifistischen Ideen der Zukunft im Einklang stehen muß. Wir werden uns in nichts vergeben, wenn wir dieser Wilsonschen Auffassung zustimmen, und es liegt darin auch nicht eine direkte Aufgabe des Standpunkts in unserer Note vom 26. Dezember 1916, sondern nur eine gewisse Modifikation, die uns nicht schwer zu fallen braucht.

Ganz unabhängig davon, wann wir mit der verschärften U-Boot-Führung beginnen — ich hoffe immer noch, wir lassen dieses Va-banque-Spiel — halte ich es ganz entschieden für das richtigste, den Faden, den Wilson jetzt trotz unserer Note vom 26. Dezember 1916, in der wir ihm doch einen ziemlich deutlichen Fußtritt gegeben haben, fortzuspinnen sucht, nicht gleich wieder abzureißen. Aus allen Nachrichten, die aus Amerika und den übrigen neutralen Ländern kommen, geht hervor, daß schon ein

bedeutender Umschwung in der Stimmung dieser Länder zu unseren Gunsten oder noch mehr zu Ungunsten Englands eingetreten ist, und wir dürfen unter keinen Umständen uns die Gelegenheit, die uns die pazifistische Botschaft Wilsons jetzt bietet, entgehen lassen, uns zum Pazifismus zu bekennen. Das ist die einzige Methode, wie wir dem unentwegten Geschrei der Ententepresse über den preußischen Militarismus die Spitze abbrechen können. Wenn auch die Wilsonsche Botschaft in sehr zahlreichen Punkten zum Widerspruch herausfordert, so hätte es meines Erachtens gar keinen Zweck, die Fragen, in denen wir ihm diametral gegenüberstehen, in den Vordergrund zu schieben, sondern unserem gegenwärtigen Interesse entspricht es, all die Punkte zu unterstreichen, in denen wir mit ihm übereinstimmen. Betonen wir immer wieder und möglichst prägnant unsere Übereinstimmung mit ihm in denjenigen Punkten, in denen sie wirklich vorhanden ist, so erschweren wir ihm oder machen es ihm gar unmöglich, in der U-Boot-Frage gegen uns Stellung zu nehmen. Das scheint mir der wichtigste Zweck, den wir mit der Beantwortung dieser Note überhaupt verfolgen können. Auf die gefährlichen Stimmungen unserer Piazza können wir dabei allerdings keine Rücksicht nehmen.

Die Basser- und Strese- und Fuhr-Männer sind aber doch wirklich weniger wichtig, als das Verhältnis zu Amerika. Kommen wir mit Amerika zum Krieg, so heben wir die moralische, finanzielle und wirtschaftliche Kraft unserer Feinde derartig, daß wir von der Zukunft nichts mehr zu erhoffen haben; das ist meine feste Überzeugung. Gehen wir jetzt auf die Note kräftig ein, so ist eine Möglichkeit, Amerika draußen zu halten!

Ich könnte mir ja denken, daß man gar keine offizielle Note auf diese Botschaft an den Senat losläßt, sondern nur eine Äußerung von Bernstorff an Wilson mit dem gleichen Inhalt; ich mußte aber meine Weisheit loswerden; salvavi animam meam oder auf plattdeutsch: Nu arger Du Di!

Mit freundschaftlichem Gruß

Ihr

Max M. Warburg

Teil V

Begleitschreiben und Denkschrift des Chefs des Admiralstabes der Marine vom 22. Dezember 1916 „über die Notwendigkeit eines baldigen Beginns des uneingeschränkten U-Boot-Krieges"

189

Der Chef des Admiralstabes Admiral v. Holtzendorff an den Staatssekretär Zimmermann

Eing. Berlin, 7. Januar 17

Ganz geheim — Berlin, 6. Januar 17

Euerer Exzellenz beehre ich mich anliegende Abdrücke zweier an den Chef des Generalstabes des Feldheeres gerichteter Schreiben ergebenst zu übersenden.

v. Holtzendorff

190

Der Chef des Admiralstabes Admiral v. Holtzendorff an den Chef des Generalstabes Generalfeldmarschall v. Hindenburg

Ganz geheim — Berlin, 22. Dezember 16

Euerer Exzellenz beehre ich mich in der Anlage ein Schreiben über die Notwendigkeit eines baldigen Beginns des uneingeschränkten U-Boot-Krieges ergebenst zu übersenden. Die Niederschrift ist im wesentlichen eine Fortsetzung der auch Euerer Exzellenz mit B. Nr. 22 247 I vom 27. August 1916 übersandten Denkschrift „Die Schiffsraumfrage und die Versorgung Englands im Jahre 1916".

Gestützt auf die eingehenden Ausführungen der Anlage, darf ich Euere Exzellenz bitten, nachstehendem Gedankengange zu folgen und hoffe, eine volle Übereinstimmung unserer Ansichten darüber zu erzielen, daß es un-

umgänglich notwendig ist, unser Vorgehen gegen Englands Seeverkehr baldigst bis zur äußersten Möglichkeit zu steigern, um die Gunst der Lage auszunutzen und uns einen schnellen Sieg zu sichern.

I.

Der Krieg verlangt eine Entscheidung vor Herbst 1917, wenn er nicht in allgemeiner Erschöpfung aller Parteien und damit für uns verhängnisvoll enden soll. Von unsern Gegnern sind Italien und Frankreich in ihrem Wirtschaftsgefüge so stark erschüttert, daß sie nur noch durch die Energie und Tatkraft Englands aufrecht erhalten werden. Gelingt es, England das Rückgrat zu brechen, so ist der Krieg sofort zu unseren Gunsten entschieden. Englands Rückgrat ist aber der Schiffsraum, der den großbritannischen Inseln die notwendige Zufuhr für die Erhaltung des Lebens und der Kriegsindustrie bringt und die Zahlungsfähigkeit im Auslande sichert.

II.

Der augenblickliche Stand der in dem schon erwähnten Schreiben vom 27. August ausführlich behandelten Schiffsraumfrage ist in der Anlage nochmals dargelegt. Er ist kurz folgender:

Die Frachten sind auf einer großen Reihe wichtiger Gebiete ins ungeheuerliche, zum Teil auf das Zehnfache und noch darüber hinaus gestiegen. Auch aus zahlreichen anderen Zeugnissen wissen wir mit Bestimmtheit, daß es überall an Frachtraum fehlt.

Die augenblicklich noch vorhandene englische Tonnage wird mit etwa 20 Millionen Brutto-Register-Tonnen zutreffend anzunehmen sein. Von diesen sind mindestens 8,6 Millionen t requiriert für militärische Zwecke und ½ Million in der Küstenschiffahrt beschäftigt, schätzungsweise 1 Million in Reparatur bzw. vorübergehend unbenutzbar; etwa 2 Millionen t müssen im Interesse der Verbündeten fahren, so daß für die englische Versorgung höchstens noch 8 Millionen t englischer Tonnage zur Verfügung stehen. Eine Durchrechnung der Statistik des Seeverkehrs in den englischen Häfen ergibt noch weniger. In den Monaten Juli—September 1916 fuhren darnach nur rund 6¾ Millionen Br. Reg. T. englischen Schiffsraums auf England. Daneben läßt sich der sonstige nach England fahrende Schiffsraum auf 900 000 t feindlicher — nicht englischer — und reichlich 3 Millionen Tonnen neutraler Tonnage berechnen. Insgesamt wird England also von nur noch rund 10¾ Millionen Br.-Reg.-T. versorgt.

III.

Läßt schon die bisher geleistete Arbeit im Kampfe gegen den Schiffsraum ein weiteres Vorgehen auf diesem Wege für uns aussichtsreich erscheinen, so hat der ungewöhnlich schlechte Ausfall der diesjährigen Welternte in Brotfrucht und Futtermitteln uns eine ganz einzigartige Gelegenheit in den Schoß geworfen, die nicht auszunutzen niemand verantworten kann. Nordamerika und Kanada werden voraussichtlich schon von Februar ab so gut wie kein Getreide mehr an England abgeben können. Dann muß

dieses seine Versorgung auf dem weiten Wege von Argentinien, und da Argentinien infolge seiner schlechten Ernte nur wenig liefern kann, aus Indien und in der Hauptsache aus Australien beziehen. In der Anlage ist im einzelnen ausgeführt, daß eine solche Verlängerung des Weges der Zufuhr für unsere Gegner ein Mehr an Schiffsraum von 720 000 t für die Getreidefracht beansprucht. Praktisch genommen heißt das, daß bis zum August 1917 von den verfügbaren 10¾ Millionen Tonnen ¾ Millionen für eine Leistung in Anspruch genommen werden, die bisher gar nicht notwendig war.

IV.

Unter so günstigen Vorbedingungen verspricht ein energisch und mit aller Kraft geführter Schlag gegen den englischen Schiffsraum unbedingt sicheren Erfolg, so daß ich meine Äußerung vom 27. August 1916 „Unsere klar erkennbare Kriegsaufgabe ist darnach, jetzt durch Vernichten von Transportraum die Entscheidung zu unseren Gunsten herbeizuführen", und weiter „Vom militärischen Standpunkte läßt sich nicht verantworten, von der Waffe des U-Bootes auch jetzt noch keinen Gebrauch zu machen" nur wiederholen und stark unterstreichen kann. Ich stehe nicht an zu erklären, daß wir, wie die Verhältnisse jetzt liegen, mit uneingeschränktem U-Boot-Krieg in fünf Monaten England zum Frieden zwingen können. Dies gilt jedoch nur vom uneingeschränkten U-Boot-Krieg; von dem zurzeit geführten U-Boot-Kreuzerkrieg auch dann nicht, wenn alle bewaffneten Schiffe zum Abschuß freigegeben werden.

V.

Ausgehend von der früher bereits als Monatsleistung genannten Vernichtung von 600 000 t Schiffsraum durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und der in der Anlage näher begründeten Erwartung, daß durch ihn mindestens zwei Fünftel des neutralen Schiffsverkehrs von der Fahrt nach England von vornherein abgeschreckt werden, läßt sich errechnen, daß der englische Seeverkehr nach fünf Monaten um etwa 39 % des heutigen zurückgegangen sein wird. Das würde England nicht ertragen können, weder im Hinblick auf die Verhältnisse nach dem Kriege, noch auch bezüglich der Möglichkeit, den Krieg fortzusetzen. Es steht heute schon vor einer Lebensmittelnot, die es zwingt, den Versuch zu machen, dieselben Streckungsmaßnahmen einzuführen, zu denen wir im Laufe des Krieges als blockiertes Land haben greifen müssen. Die Voraussetzungen für eine derartige Organisation sind von vornherein in England völlig anders, und zwar unvergleichlich viel ungünstiger als bei uns. Es fehlt an Behörden, und es fehlt an der Erziehung des Volkes zu entsprechender Einordnung in solchen Zwang. Noch aus einem anderen Grunde wird die gleichmäßige Herabsetzung der Brotration für die ganze Bevölkerung sich in England jetzt nicht mehr durchführen lassen. Sie war in Deutschland zu einer Zeit möglich, als vorübergehend andere Lebensmittel die plötzliche Verringerung der Brotration ausgleichen konnten. Dieser Augenblick ist in England verpaßt

16*

und kann durch nichts zurückgebracht werden. Mit etwa drei Fünftel des Seeverkehrs läßt sich aber die Lebensmittelversorgung ohne gleichmäßig kräftige Rationierung des Brotgetreideverbrauches bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Kriegsindustrie nicht durchführen. Der Einwand, daß England genügend Brotgetreide und Rohstoffe im Lande haben könnte, um über die Gefahrzeit bis zur nächsten Ernte wegzukommen, ist in der Anlage ausführlich widerlegt.

Dazu kommt, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg für England mit dem Wegfall der Versorgung aus Dänemark und Holland sofort die Fettnot bedeuten würde, da ein Drittel der ganzen englischen Buttereinfuhr aus Dänemark kommt und die gesamte Margarinezufuhr aus Holland. Ferner bedeutet es Verschärfung des Erz- und Holzmangels durch Bedrohung der Erz- und Holzzufuhr aus Skandinavien bei gleichzeitigem schärferen Erfassen der spanischen Erzzufuhr. Damit wird unmittelbar die Kohlenförderung verringert, da das dazu nötige Holz nicht mehr aufzubringen sein wird, ferner die Eisen- und Stahl- sowie die von beiden abhängige Munitionserzeugung. Schließlich gibt er uns endlich die so lange ersehnte Gelegenheit, wirksam gegen die neutrale Munitionszufuhr vorzugehen und damit der Armee eine Erleichterung zu verschaffen.

Demgegenüber würde der U-Boot-Kreuzerkrieg auch nach allgemeiner Freigabe der bewaffneten Dampfer nach fünf Monaten nur eine Verringerung der nach England fahrenden Tonnage um 5 × 400 000 Tonnen — etwa 18 % des gegenwärtigen monatlichen Seeverkehrs, also weniger als die Hälfte des uneingeschränkten U-Boot-Krieges ergeben. Nach den bisherigen Erfahrungen kann keinesfalls darauf gerechnet werden, daß die Freigabe der bewaffneten Dampfer ein erhebliches Mehr an versenktem Frachtraum gegenüber den in den letzten beiden Monaten erreichten rund 400 000 t bringen wird. Sie wird vielmehr voraussichtlich nur den sonst infolge fortschreitender Bewaffnung zu erwartenden Abfall ausgleichen. Ich bin mir darüber klar, daß auch der Fortfall von rund einem Fünftel des jetzigen englischen Seeverkehrs sehr störend auf die englische Versorgung einwirken wird. Ich halte aber für ausgeschlossen, daß das jetzt unter Lloyd George's zum äußersten entschlossener Leitung stehende England dadurch zum Frieden gezwungen werden könnte, zumal da die oben erwähnten Wirkungen der Fett-, Holz- und Erznot und die nachhaltige Einwirkung auf die Munitionszufuhr fortfallen. Dazu kommt der Fortfall der psychologischen Wirkungen der Panik und des Schreckens. Diese nur vom uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu erwartenden Wirkungen schätze ich als eine unentbehrliche Voraussetzung des Erfolges ein. Wie schwer sie wiegen, beweisen die Erfahrungen, die wir im Anfang des U-Boot-Krieges vom Frühjahr 1915, als die Engländer noch an seinen vollen Ernst glaubten, und sogar in dem kurzen U-Boot-Krieg vom März und April 1916 gemacht haben.

Voraussetzung ist ferner, daß Beginn und Ankündigung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges derart zusammenfallen, daß zu Verhandlungen, insbesondere zwischen England und den Neutralen, keine Zeit bleibt. Nur in diesem Falle wird der heilsame Schrecken in den Feind und die Neutralen fahren.

VI.

Die Ankündigung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges wird die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika erneut vor die Frage stellen, ob sie die Folgerungen aus der von ihr bisher eingenommenen Haltung gegenüber der U-Boot-Verwendung ziehen will oder nicht. Ich bin durchaus der Ansicht, daß der Krieg mit Amerika eine so ernste Angelegenheit ist, daß alles geschehen muß, um ihn zu vermeiden. Die Scheu vor dem Bruch darf aber meines Erachtens nicht dazu führen, im entscheidenden Augenblick vor dem Gebrauch der Waffe zurückzuschrecken, die uns den Sieg verheißt.

Auf jeden Fall ist es zweckmäßig, die für uns ungünstigere Lösung als wahrscheinlich anzunehmen und sich klarzumachen, welchen Einfluß auf den Gang des Krieges der Zutritt Amerikas zu unseren Gegnern haben würde. In Bezug auf den Schiffsraum könnte dieser Einfluß nur sehr gering sein. Es ist nicht zu erwarten, daß mehr als ein geringer Bruchteil der in amerikanischen und vielleicht auch anderen neutralen Häfen liegenden Tonnage der Mittelmächte alsbald in die Fahrt nach England eingestellt werden könnte. Bei weitem der größte Teil läßt sich so beschädigen, daß er in der entscheidenden Zeit der ersten Monate nicht würde fahren können. Die Vorbereitungen dazu sind getroffen. Es würden auch zunächst keine Besatzungen dafür zu haben sein. Ebensowenig ausschlaggebende Wirkung wird man amerikanischen Truppen, die schon wegen Mangels an Schiffsraum nicht in erheblichem Umfange herübergebracht werden könnten, und amerikanischem Geld zuschreiben dürfen, das fehlende Zufuhr und Schiffsräumte nicht ersetzen kann. Es bleibt nur die Frage, wie Amerika sich angesichts eines Friedensschlusses, zu dem England genötigt wird, verhalten würde. Es ist nicht anzunehmen, daß es sich dann entschließen würde, den Krieg allein gegen uns fortzusetzen, da ihm keine Mittel zur Verfügung stehen, entscheidend gegen uns vorzugehen, während sein Seeverkehr durch unsere U-Boote geschädigt wird. Im Gegenteil ist zu erwarten, daß es dem englischen Friedensschluß beitreten wird, um möglichst schnell wieder in gesunde Wirtschaftsverhältnisse zu gelangen.

Ich komme daher zu dem Schluß, daß ein uneingeschränkter U-Boot-Krieg, der so rechtzeitig eröffnet wird, daß er den Frieden vor der Welternte des Sommers 1917, also vor dem 1. August, herbeiführt, selbst den Bruch mit Amerika in Kauf nehmen muß, weil uns gar keine andere Wahl bleibt. Ein bald einsetzender uneingeschränkter U-Boot-Krieg ist also trotz der Gefahr eines Bruches mit Amerika das richtige Mittel, den Krieg siegreich zu beenden. Es ist auch der einzige Weg zu diesem Ziel.

VII.

Seitdem ich im Herbst 1916 den Augenblick zum Zuschlagen gegen England für gekommen erklärte, hat die Lage sich noch wesentlich für uns verbessert. Der Ausfall der Welternte verbunden mit der bisherigen Wirkung des Krieges auf England gibt uns noch einmal die Gelegenheit, vor dem Einbringen der neuen Ernte die Entscheidung zu unseren Gunsten her-

beizuführen. Nutzen wir diese nach menschlichem Ermessen letzte Gelegenheit nicht aus, so sehe ich keine andere Möglichkeit als die der gegenseitigen Erschöpfung, ohne daß es uns dabei gelingen kann, den Krieg so zu beenden, daß unsere Zukunft als Weltmacht gesichert wird.

Um rechtzeitig die nötige Wirkung erzielen zu können, muß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg spätestens am 1. Februar beginnen. Ich bitte Euere Exzellenz um Äußerung, ob die militärische Lage auf dem Kontinent, insbesondere gegenüber den noch verbleibenden Neutralen, diesen Zeitpunkt gestatten wird. Zum Treffen der nötigen Vorbereitungen bedarf ich eines Zeitraums von drei Wochen.

v. Holtzendorff

Anlage

Ganz geheim Berlin, 22. Dezember 16

Euere Exzellenz!

Ich erachte den Zeitpunkt für gekommen, um die Untersuchungen und Feststellungen des Admiralstabes über die zur Beurteilung des U-Boot-Krieges gehörenden Fragen zusammenzufassen und auf den heutigen Stand zu ergänzen und so die Grundlage zu bereiten, auf der sich ein endgültiger Entschluß aufbauen kann. Dieser Entschluß wird sich nicht mehr lange aufschieben lassen. Er wird nach meiner Überzeugung dahin lauten müssen, den uneingeschränkten, d. h. denjenigen U-Boot-Krieg in Lauf zu setzen, der im Kriegsgebiet jedes feindliche und neutrale Schiff auch ohne vorgängige Warnung zu versenken befugt ist. Zur Rechtfertigung meiner Ansicht beziehe ich mich auf die folgenden Darlegungen.

I.
Der U-Boot-Krieg vom Februar bis August 1915.

Am 4. Februar 1915 erging die Bekanntmachung des Admiralstabes, die die Gewässer rings um Großbritannien und Irland als Kriegsgebiet erklärte und jedem in ihm betroffenen feindlichen Kauffahrteischiff die Zerstörung androhte, auch auf die Gefahren aufmerksam machte, denen die neutralen Schiffe im Kriegsgebiet angesichts des von der britischen Regierung angeordneten Mißbrauchs neutraler Flaggen und der Zufälligkeiten des Seekrieges begegnen würden. Der Beginn der Maßnahme wurde auf den 18. Februar festgesetzt. Die wirtschaftlichen Wirkungen des U-Boot-Krieges, der damit in der Form einer systematischen kriegerischen Unternehmung großen Stils eröffnet wurde, sind im Admiralstab sorgfältig beobachtet worden. Die Ergebnisse dieser Beobachtung finden sich in der Denkschrift vom 21. August 1915 und, wesentlich vertieft und erweitert, in derjenigen vom 12. Februar 1916 niedergelegt, die den obersten Stellen der Reichsleitung übersandt wurden. In beiden Fällen hat der Admiralstab zuvor, um seine ressortmäßig zuständige Beurteilung dieser Fragen an

Hand der Auffassungen Sachverständiger nachprüfen zu können, Gutachten maßgebender und insbesondere mit englischen Verhältnissen vertrauter Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftslebens eingeholt, die durchweg den Feststellungen und Schlüssen der Denkschriften beitraten. Die Gutachten haben noch heute erhebliches praktisches Interesse.

Die Herren, die im Februar 1916 befragt wurden, waren:

aus der Finanz:

Reichsrat W. von Finck, Chef des Bankhauses Merck, Finck & Co. in München;
Geh. Oberfinanzrat Waldemar Mueller, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Dresdner Bank in Berlin;
Dr. Arthur Salomonsohn, Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft in Berlin;
Max Schinckel, Geschäftsinhaber der Norddeutschen Bank in Hamburg, Präsident der Handelskammer in Hamburg;
Geh. Kommerzienrat Zuckschwerdt, Chef des Bankhauses Zuckschwerdt & Beuchel, Mitglied des Preußischen Herrenhauses, Präsident der Handelskammer in Magdeburg;

aus der Kaufmannschaft:

Geh. Kommerzienrat Engelhard, Mitglied der Ersten Kammer der Badischen Landstände, Präsident der Handelskammer in Mannheim;

aus der Industrie:

Geh. Baurat Dr.-Ing. Beukenberg, Generaldirektor des „Phönix", Actien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, in Hörde;
Kommerzienrat Dr.-Ing. Reusch, Generaldirektor der Gute-Hoffnungshütte in Oberhausen (Rheinland);
Kommerzienrat Dr.-Ing. Springorum, Generaldirektor des Eisen- und Stahlwerks Hoesch Actien-Gesellschaft, Mitglied des Preußischen Herrenhauses, in Dortmund;

aus der Landwirtschaft:

Rittergutsbesitzer von Kries auf Kl. Wasmirsz bei Dirschau;
Geh. Ökonomierat Säuberlich, Präsident der Anhaltischen Landwirtschaftskammer, in Gröbzig;
Ökonomierat Schmid, Mitglied der Ersten Kammer der Württembergischen Landstände, auf Platzhof bei Öhringen.

Der U-Boot-Krieg traf in seinem Beginn auf einen von den allgemeinen Einflüssen des Weltkrieges noch wenig beeinträchtigten, voll widerstandsfähigen Wirtschaftskörper. Zwar war der Riß durch zahlreiche Handelsbeziehungen, den der Krieg verursachte, nicht ohne Wirkung geblieben, wie auch sonst mannigfache Störungen, auch im Warenbezug, unvermeidlich waren; die australische Mißernte kam dazu. Im großen und ganzen aber litt der Engländer noch kaum; von Mangel war nirgends die Rede, die Erhöhung der Preise blieb erträglich. Der Überseeverkehr von und nach England war eben noch nicht ernstlich beeinträchtigt; so störend auch die Ereignisse des Kreuzerkrieges sich fühlbar machten, hat er doch infolge des Mangels überseeischer Stützpunkte eine durchgreifende Wirkung nicht auszuüben vermocht. Die Frachtenteuerung hielt sich, wenigstens an der späteren Entwicklung gemessen, in mäßigen Grenzen.

Der U-Boot-Krieg änderte die wirtschaftlichen Verhältnisse Englands von Grund aus.

Die Frachten stiegen beträchtlich. Im Mai 1915 erreichten sie etwa das Doppelte der Januarsätze.

Die eingehende, die Monate Oktober 1914 bis Dezember 1915 umfassende Prüfung und Nachrechnung der englischen Außenhandelsstatistik, über die in der Februar-Denkschrift des Admiralstabes berichtet worden ist, ergab eine wesentliche Verteuerung der für ausländische Zufuhren gezahlten Preise.

Die Großhandelspreise folgten naturgemäß der Bewegung.

Was die hauptsächliche Wirkung, die der U-Boot-Krieg seiner Bestimmung nach haben sollte: Mangel an notwendigen Lebensmitteln und Rohstoffen, anlangt, so sagte die Februar-Denkschrift über diesen Punkt: „Der U-Boot-Krieg des Frühjahrs und Sommers 1915 hat im großen und ganzen die Zufuhren in einem Grade, der als Not im buchstäblichen Sinne hätte empfunden werden müssen, nicht beschränkt. Dagegen hat er zu einer Knappheit insofern geführt, als vielfach die durch den Heeresbedarf stark vermehrte Nachfrage nicht die verlangte Befriedigung finden konnte." Verschiedene Momente begegneten sich: einerseits trieb die Sorge vor den Folgen des U-Boot-Krieges dazu, nach Möglichkeit Zufuhren heranzuziehen, andererseits verbrauchte der ständig wachsende Heeresbedarf immer mehr, während England zugleich die Heere seiner Verbündeten, besonders Frankreichs, zu versorgen hatte. Gegenüber der vermehrten Nachfrage aber genügte die Einfuhr nicht mehr. Daher die Steigerung der Preise; auch trat z. B. in Fleisch bereits im Frühjahr 1915 ausgesprochene Knappheit ein.

Der Grund, warum nicht mehr erreicht wurde, lag in den Verhältnissen, unter denen der U-Bootkrieg geführt werden mußte. Es ist bekannt, daß und weshalb er von Anbeginn Einschränkungen nicht militärischer Art unterworfen wurde, die seine Wirksamkeit lähmten. Nicht nur mußten die neutralen Schiffe, die annähernd den dritten Teil der englischen Zufuhren besorgten, geschont werden: die englischen Schiffe wurden planmäßig mit neutralen Abzeichen versehen und entzogen sich auf diese Weise oft ihrem Schicksal. Dazu trat später die Schonung der Passagierdampfer. Den U-Boot-Kommandanten wurde aufgegeben, Schiffe, die bestimmte Merkmale aufwiesen, als Passagierschiffe zu schonen; doch trafen diese Merkmale auch auf manche und zwar wichtige Klassen von Frachtdampfern, wie z. B. die zum Fleischtransport bestimmten Gefrierdampfer, zu, die also auch geschont werden mußten, zumal auf die in Betracht kommenden Entfernungen der Charakter der Schiffe meist nicht mit Sicherheit auszumachen ist und im Zweifel die Schiffe zu schonen waren. Hier lag auch die Unmöglichkeit, die Truppentransportdampfer zu fassen, die als harmlose Passagierschiffe erschienen. Die trotz dieser Hemmungen erreichte, mit manchen angesichts der bestehenden Schwierigkeiten unvermeidlichen Opfern verbundene Ausbeute der U-Boote belief sich im Durchschnitt der Monate Februar bis August 1915 auf etwa 120 000 Br.-Reg. T. Damit war freilich ein voller Erfolg um so weniger zu erzielen, als ein wesentliches Wirkungsmittel des U-Boot-Krieges, das psychologische der Beunruhigung, versagte, nachdem die amerikanische Einmischung seit dem Juli das Ende der Unternehmung

voraussehen ließ. Der U-Boot-Krieg flaute dann Ende August ab, ehe er die auch mit seinen Mitteln mögliche Wirkung hatte erzielen können.

Nichtsdestoweniger war der Erfolg beträchtlich und bereitete eine Entscheidung vor. Die Gefährlichkeit des U-Boot-Krieges war klargestellt; sie wurde durch mannigfache Zeugnisse in der englischen Öffentlichkeit selbst belegt. Eine Grundlage war gewonnen, auf der sich die Wirkung der Waffe für die Zukunft berechnen ließ. Positiv ließ sich der Gewinn des U-Boot-Krieges dahin bestimmen: **„Im Wege einer Knappheit, die sich vorzugsweise in erheblicher Verteuerung wichtiger Nahrungsmittel, auch von Fabrikaten und Rohstoffen äußerte, hat er Verkehr und Handel Englands so beeinträchtigt, daß nach allen Richtungen ausstrahlend schwere wirtschaftliche und finanzielle Schädigungen eintraten."** Die englische Wirtschaft war in Unordnung gebracht worden. Die Wirtschaft eines Landes aber gleicht einem Kunstwerk der Feinmechanik; ist es einmal in Unordnung, dann pflanzen sich Störungen, Reibungen, Brüche immer weiter fort. Dies ist der nicht hoch genug anzuschlagende Erfolg des vorjährigen U-Boot-Krieges.

Wie nahe er übrigens zur Zeit seines Abbruches dem Ziel war, dafür gibt die „Times" ein bemerkenswertes Zeugnis in ihrem Leitartikel vom 11. November 1916. Sie bespricht darin den Bericht des vorjährigen Regierungsausschusses für die Lebensmittelversorgung, dessen Mehrheit im Oktober 1915 weitgehende, freilich niemals ausgeführte Maßnahmen empfohlen habe, während die Minderheit ihnen widerraten habe, da die U-Boot-Drohung offenbar überwunden sei; und den Ausgangspunkt des Mehrheitsbeschlusses bezeichnet das Blatt mit den Worten: **„Im Sommer 1915 hatte der deutsche U-Boot-Krieg einen Punkt erreicht, an dem er die Einfuhren nach England ernstlich zu vermindern drohte.** Der Anlaß für Maßnahmen zur Abhilfe war klar und dringend."

II.

Die weitere wirtschaftliche Entwickelung Englands und der U-Boot-Krieg vom März und April 1916.

Die weitere Beobachtung lehrte, „daß die Entwickelung, die in den Monaten des U-Boot-Krieges in den englischen Gewässern eingetreten ist, sich gegen Ende des Jahres 1915 wiederholt hat. Man darf sagen: die Rolle des U-Boot-Krieges ist in dieser letzteren Periode von der Frachtraumnot übernommen worden, die ihrerseits von dem U-Boot-Krieg des Mittelmeeres verschärft worden ist."

Der Bestand der englischen Handelsflotte verminderte sich laufend; der Ersatz durch Neubauten reichte nicht aus, um die Lücken auch nur des ordentlichen Abganges zu schließen. Am schwersten griffen die sich steigernden Requisitionen von Schiffen ein. Eine erhebliche Rolle spielte dabei die Besetzung von Saloniki, die, im November 1915 beschlossen und seitdem vorbereitet, im Januar 1916 vollzogen wurde; der Umfang dieses Unternehmens übertraf den der Gallipoli-Landung beträchtlich.

Seit Dezember 1915 strebten die Frachten, wie es in der „Times“ vom 23. Dezember hieß, „in leaps and bounds“, in Sprüngen und Sätzen aufwärts, wie die folgende Aufstellung zeigt:

Auf die t Tragfähigkeit kosteten:	Januar 1914 (vor dem Kriege)	Januar 1915 (vor dem U-Boot-Krieg)	Mai 1915 (U-Boot-Krieg)	Januar 1916 (Frachtraumnot)
12 Monate atlantische Fahrt monatlich	3 s 1 d	6 s	12 s 6 d	30 s
Rundreise atlantische Fahrt monatlich	4 s 6 d	8 s 6 d	16 s	50 s
Weizenfracht Karachi (Indien)—England	15 s 3 d		50 s	170 s
Baumwollfracht Golfhäfen — England	32 s 6 d		150 s	330 s
Getreidefracht New York — England .	10 s 8 d		29 s	64 s
„ La Plata — England . .	11 s		70 s	152 s 6 d

Diese unerhörten Raten waren Folge und sinnfälliger Ausdruck des Mangels an Schiffsraum. Entsprechend stiegen die Warenpreise. Die von der bekannten Monatsstatistik der führenden wirtschaftlichen Zeitschrift Englands „The Economist“ errechneten Großhandelspreise waren gegen den Stand bei Beginn des Krieges gestiegen:

Dezember 1914/Januar 1915	Mai 1915 (Höhepunkt des U-Boot-Krieges)	Februar 1916 (Frachtraumnot)
um 10 %	um 30 %	um 56 %

Dazu kam eine beunruhigende Knappheit in den Getreidebeständen. Die durch den vorjährigen U-Boot-Krieg in Lauf gesetzte Bewegung hatte sich fortgepflanzt und unter der Einwirkung des steigenden Mangels an Schiffen derart entwickelt, daß die Februar-Denkschrift, von der Betrachtung der englischen Zustände ausgehend, sagen konnte: „Ein neuer U-Boot-Krieg findet demnach gegenüber dem Februar 1915 völlig andere, und zwar unvergleichlich günstigere Voraussetzungen vor, insofern der der englischen Ein- und Ausfuhr noch zur Verfügung stehende Schiffsraum erhebliche Abgänge nicht mehr verträgt, ohne daß die Transportmöglichkeiten für unentbehrliche Ein- und Ausfuhren betroffen werden, und insofern England jetzt durch Knappheit, Teuerung und finanzielle Überanstrengung des besten Teils seiner Widerstandsfähigkeit beraubt ist.“ Auf Grund ferner der militärischen Voraussetzung, daß nunmehr eine im Vergleich zur vorjährigen wesentlich gesteigerte militärische Leistung gesichert sei, folgerte die Denkschrift: „Wird der neue U-Boot-Krieg uneingeschränkt, d. h. mit der Maßgabe geführt, daß im Kriegsgebiet jeder Schiffsverkehr vernichtet werden darf, dann steht in sicherer Aussicht, daß England sich infolge unerträglicher Beengung des Frachtraums und damit der Zu- und Ausfuhren und folgeweise gesteigerter Teuerung, unterstützt durch schwerste finanzielle Bedrohung, in absehbarer Zeit, längstens in 6 Monaten zum Friedensschluß gezwungen sehen wird.“

Aus den bekannten Gründen erachtete die politische Reichsleitung sich nicht in der Lage, ihre Zustimmung für den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zu erteilen. Es kam vielmehr nur zu dem nach den vorjährigen Grundsätzen eingeschränkten U-Boot-Krieg des März und April 1916. Das Weißbuch der Reichsregierung vom 8. Februar 1916, das für Deutschland das Recht in Anspruch nahm, bewaffnete Handelsschiffe als Kriegsschiffe anzusehen und also ohne Warnung zu versenken, hat zwar vielfach den Eindruck erweckt, als sei damit den U-Booten ein ausreichend erweiterter Spielraum gegeben worden. Doch hat ein im März überreichtes Memorandum der Vereinigten Staaten gegen den deutschen Anspruch Widerspruch erhoben; das Weißbuch hat deshalb im allgemeinen nicht ausgenutzt werden können. Dazu kommt, daß das U-Boot, wenn es die Bewaffnung eines Handelsschiffes erkennen soll, nahe herangehen muß, um Irrtümer zu vermeiden, die bei verdeckter Aufstellung und wechselnden Sichtigkeitsverhältnissen auf See leicht vorkommen können; ein solches Herangehen bedeutet stets eine erhebliche Gefahr. — Dann wurden Passagierdampfer aus der Voraussetzung des Weißbuches ausgenommen, sodaß Truppentransportdampfer nach wie vor kaum ereichbar blieben.

Unter den obwaltenden Umständen gelang es trotzdem, im März 207 000 t und im April 225 000 t zu versenken. Auch diese Leistung, die auf einen durchgreifenden Erfolg nicht rechnen durfte, erreichte doch eine neue wesentliche Beunruhigung und Beeinträchtigung der nunmehr in ihrer Widerstandsfähigkeit erheblich geschwächten englischen Wirtschaft. **Die amerikanische Vermittelung wurde ihrer letzten Belastungsprobe unterworfen; die Stärke des Gegendruckes, den die anglo-amerikanische Gemeinschaft gerade nur an diesem Punkt ausgeübt hat, beweist am besten, wie ernst man die Lage jenseits des Kanals ansah.** Auf Grund der Note der Reichsregierung vom 4. Mai wurde der U-Boot-Krieg auf die Formen des Kreuzerkrieges zurückgeführt. Als solcher wird er seit Mitte Oktober — im Mittelmeer mit den bekannten für diesen Kriegsschauplatz gegebenen Freiheiten — geführt und hat im Oktober 415 000 t, im November etwa 432 000 t Ausbeute erbracht; die letztere Zahl ist noch geringen Änderungen unterworfen.

III.

Die gegenwärtige Lage.

Über die Entwickelung in England seit dem April 1916 hat sich die Euerer Exzellenz bekannte Denkschrift des Admiralstabes vom Ende Juli, die meinem Schreiben an den Herrn Reichskanzler vom 27. August beilag, eingehend geäußert. Sie behandelte einmal die Schiffsraumfrage und ferner die englische Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen. Diese Untersuchung war möglich geworden, seitdem nach der U-Boot-Unternehmung vom März und April und in ihrer Folge Teuerung und Knappheit in England schnell einen Grad erreichten, der die allgemeine Aufmerksamkeit und Erörterung herausforderte und zu ausführlichen

öffentlichen Mitteilungen Anlaß gab. So bot sich ein genauer Einblick in das englische Versorgungsproblem. Erheblich erschwert wurde die englische Versorgung durch die Welt-Mißernte, die seit Juli bekannt wurde und Zufuhren ebenso wie Preise zu beeinflussen begann.

Ich lege Wert darauf, die gegenwärtige Lage im folgenden, möglichst gedrängt, in ihren Hauptpunkten darzulegen, indem ich dabei das umfangreiche Tatsachenmaterial der Juli-Denkschrift in Bezug nehme und zugleich ergänze. Die in der Anlage gesammelten Anmerkungen enthalten weiteren Beweisstoff.

A. Die englische Versorgung.

1. Die Getreideversorgung.

Die zunehmende Gefährdung der englischen Versorgung zeigt sich zunächst in der außerordentlichen Verteuerung des wichtigsten und für die Volksernährung grundlegenden Lebensmittels, des Brotgetreides, das ist in England allein der Weizen, und in der Sorge um die Aufrechterhaltung der nötigen Zufuhren. Die Schwierigkeit liegt in der Knappheit der Welternte, wie sie so allgemein selten erlebt worden ist, in Verbindung mit dem Mangel an Schiffsraum.

England ist gegenwärtig, d. h. nach Ablauf von etwa 3 Monaten seines am 1. September beginnenden Erntejahres, wenn man zu seinen Gunsten vorsichtig rechnet, auf 15 Wochen mit Weizen versehen, wozu die Bestände ausländischen Weizens für 4½ Wochen, diejenigen aus der eigenen Ernte noch für 7½ Wochen, diejenigen der Mühlen und Händler für 3 Wochen beisteuern. Dabei sind die Vorräte auf rund 10 Millionen qrs. = 2 177 000 t veranschlagt, der Wochenbedarf mit 650 000 qrs. = 141 500 t gerechnet*).

Weiter fragt sich, wie es mit der Ergänzung des Vorrats steht. Der Bestand aus der heimischen Ernte, die etwa 20 % des englischen Jahresbedarfs deckt, verringert sich fortlaufend durch die Ablieferungen der Landwirte und findet am Schlusse des Erntejahres, also zur Wende August auf September, sein Ende bis auf eine Reserve, die im Herbst 1916 auf 570 000 qrs. = 125 000 t angenommen worden ist. Denkt man sich den zur menschlichen Nahrung dienenden Ertrag der diesjährigen Ernte mit annähernd 6½ Millionen qrs. = 1,4 Millionen t, unter Erhaltung der in das neue Jahr herübergenommenen Reserve alter Ernte, gleichmäßig auf die 52 Wochen des Erntejahres 1916/17 verteilt, so ständen wöchentlich 125 000 qrs. = 27 200 t zur Verfügung, und das an dem englischen Wochenbedarf Fehlende wäre mit 525 000 qrs. = 114 300 t oder aufs Jahr gerechnet mit 27¼ Millionen qrs. = 6 Millionen t durch Zufuhren aus dem Ausland zu beschaffen. Bis Mitte November haben die Zufuhren im neuen Erntejahr aber durchschnittlich nur 476 000 qrs. = 103 600 t wöchentlich betragen, und die Ablieferungen der Landwirte werden im Durchschnitt mit 174 000 qrs. = 37 900 t wöchentlich entsprechend höher ausgewiesen. Dadurch wächst der Anteil, mit dem England künftig auf

*) Anmerkung 1.

Zufuhren angewiesen ist, und im selben Verhältnis nimmt der heimische Bestand vor der Zeit ab. Er wird am 1. Februar 1917 ausschließlich der Reserve noch 2 672 000 qrs. = 580 000 t, also nur noch für 4 Wochen oder einschließlich der Reserve für 5 Wochen Vorrat ausmachen; der gesamte Weizenvorrat würde dann nur noch 12½ Wochen oder knapp 3 Monate reichen.

England bezieht den Weizen, den es nicht selbst erzeugt, aus den Vereinigten Staaten und Kanada, Argentinien, Indien und Australien. Rußland und Rumänien sind im Kriege abgesperrt, bis auf verschwindende Zufuhren über das nördliche Eismeer; Nordafrika spielt keine Rolle von Belang. Von diesen Herkunftsländern steht sonst Nordamerika weit voran, das im Jahre 1915/16 etwa 92 % der englischen Einfuhr lieferte; hier aber liegt in diesem Jahre eine Mißernte außerordentlichen Grades vor. Es ist von entscheidender Wichtigkeit, sich diese Lage und ihre Folgen möglichst genau zu vergegenwärtigen. Dabei wird, gerade wegen der Tragweite der Folgerungen, der Schwierigkeit Rechnung zu tragen sein, Schlüsse auf Ernteschätzungen aufzubauen, die naturgemäß ein Moment der Ungewißheit in sich tragen. Deshalb sollen sich hier die Berechnungen auf die englischen Angaben selbst stützen, die, bezeichnend genug, zunehmend das Bestreben verraten haben, das Bild zugunsten Englands zu färben und zu dem Ende die Zahlenverhältnisse immer straffer anzuspannen.

Faßt man sämtliche Nachrichten über Nordamerika*) zusammen, so läßt sich bei Anwendung angemessener Vorsicht sagen, daß England im laufenden Jahr vor dem Juli 1917 aus den Vereinigten Staaten und Kanada nicht mehr als etwa 13¾ Millionen qrs. = 3 Millionen t, d. h. seinen erfahrungsgemäßen Anteil von jetzt 50 % an dem nordamerikanischen Ausfuhrüberschuß von insgesamt 27½ Millionen qrs. = 6 Millionen t beziehen kann; daß ferner diese Zufuhren, wenn sie sich auf der Höhe der letzten Wochen halten, bis Anfang April reichen und dabei noch nicht ⅔ des englischen Bedarfes an fremdem Weizen decken würden. Wahrscheinlich ist diese Rechnung günstiger für England als den Tatsachen entspricht. Auch wenn es nicht zu dem Ausfuhrverbot der Vereinigten Staaten kommt, das dort weite Verbraucherkreise unter parlamentarischer Unterstützung wegen der außerordentlichen Verteuerung des täglichen Brotes und überhaupt der ganzen Lebenshaltung anstreben, so liegt doch die Annahme nahe, daß schon im Februar die nordamerikanischen Zufuhren ernstlich abfallen werden und England sich genötigt sehen wird, den Hauptteil seines Bedarfes von 114 300 t wöchentlich anderweit zu beziehen.

Damit hat, da auch jetzt schon durchschnittlich nur 334 000 qrs. = 73 000 t, also knapp 64 % des Einfuhrbedarfs wöchentlich aus Nordamerika kommen, bereits kräftig begonnen werden müssen. Argentinien, Indien und Australien verschiffen Weizen nach England, ohne freilich dem Bedarf genügen zu können, hinter dem sie bislang im laufenden Erntejahr um durchschnittlich 50 000 qrs. = 10 700 t in der Woche zurückgeblieben sind.

*) Anmerkung 2.

Die Schwierigkeit liegt an dem Mangel an Schiffsraum und an der unzureichenden Welternte.

Die Betrachtung der Welternte, d. h. ein Vergleich der Überschüsse der Ausfuhrländer mit dem Bedarf der Einfuhrländer*), macht die Bedeutung begreiflich, die der englischen Getreideversorgung in der Kriegspolitik beigekommen ist. Die Lage wird dadurch kritischer, daß England ebenso wie Frankreich und Italien wegen geringerer Eigenernten mehr als im Vorjahr brauchen, und daß andererseits auch Argentinien von einer Mißernte betroffen ist. Schon im November kündigte die „Times" den Erlaß eines Ausfuhrverbotes für Weizen und Mais seitens der argentinischen Regierung an.

Bei vorsichtigen Annahmen auf Grund englischer Quellen ergibt sich folgende Gegenüberstellung, die die Möglichkeit von Ausfuhrverboten in den Vereinigten Staaten und Argentinien außer Ansatz läßt:

Erntejahr September 1916 bis August 1917.

Ausfuhrüberschuß	in Millionen qrs.	t	Einfuhrbedarf	in Millionen qrs.	t
Nordamerika	30,5**	= 6,640	England	27,3	= 5,943
Argentinien	6	= 1,306	Frankreich	12	= 2,612
Indien	5	= 1,089	Italien	9	= 1,959
Australien	20	= 4,354	Portugal	0,5	= 0,109
sonstige	1	= 0,218	Verband	48,8	= 10,624
	62,5	= 13,607	Holland	7	= 1,524
Fehlbetrag	5,8	= 1,263	Spanien	0,5	= 0,109
			Skandinavien	2,5	= 0,545
			Schweiz	1	= 0,218
			Griechenland (einschl. Serbien)	2,5	= 0,545
			europäische Neutrale	13,5	= 2,941
			außereuropäische Länder	6	= 1,306
	68,3	= 14,870		68,3	= 14,870

Stellt man sich vor, daß im Fall eines Anfang Februar 1917 beginnenden uneingeschränkten U-Boot-Krieges England die Einfuhren der europäischen Neutralen bis auf einen für Norwegen verbleibenden Rest von nur noch 1 Million qrs. = 218 000 t belegte, so würde von dem, was sonst auf die anderen Neutralen entfällt, der für die noch übrigen 7 Monate des Erntejahres verbleibende Anteil von 1 590 000 t für England und seine Freunde frei, und beide Seiten der Rechnung glichen sich dann mit einem kleinen Überschuß von 330 000 t aus.

Man mag Bedenken tragen, diese Ziffern allzu genau zu nehmen, wiewohl sie zugunsten Englands geschätzt worden sind und die Berechnungen der deutschen Sachverständigen des Getreidehandels, so der Herren Newman und Weil, und der deutschen Fachpresse, z. B. der Frankfurter Zeitung

*) Anmerkung 3.
**) einschließlich 3 Millionen qrs. Frühjahrsweizen ab Juli 1917.

und des Berliner Tageblatts, erheblich schlechter für England ausfallen. Man mag annehmen, daß Unterschätzungen der Ernten vorgekommen seien, daß Not und hohe Preise dazu führen werden, Vorräte zusammenzuscharren, die außer Ansatz geblieben waren, und daß solcher Zuwachs die Vernichtung von Weizen durch die bisherige Tätigkeit der U-Boote übersteigt. **Bestehen bleibt, daß die Rechnung im besten Falle hart auskommt und daß vor allem die Versorgung des Verbandes ohne ausgiebige Verschiffung des australischen Weizens nicht gesichert werden kann,** auch nicht im Wege starker Einschränkung des Verzehrs, da Australien 30 % des Weltausfuhrüberschusses stellen soll. In seiner großen Unterhausrede vom 15. November sagte der Präsident des Handelsamts Mr. Runciman: „Wir werden im nächsten Erntejahr mit unserer Versorgung im weiten Umfang von Australien abhängen." Die Umschaltung des Weizenbezuges aber von Nordamerika auf Argentinien, Indien und Australien bedeutet eine Verlängerung der Seereise und eine Vermehrung des erforderlichen Schiffsparks um mehr als das Doppelte. Der Ernst der Lage erhellt aus folgender Rechnung: England soll in diesem Erntejahr aus Argentinien, Indien und Australien etwa 13½ Millionen qrs. einführen. Davon mögen Ende Februar 1917 noch etwa 11 Millionen qrs. bleiben, die in den 6 Monaten von März bis August 1917 zu verschiffen sind; und da im Vorjahr über 90 % der Einfuhr aus Nordamerika stammten, so kommen noch für rund 10 Millionen qrs. = etwa 2,2 Millionen t, die im Vorjahr Nordamerika lieferte, in diesem Jahr die Herkunftsgebiete der südlichen Halbkugel in Betracht. Um in 6 Monaten 2,2 Millionen t von Nordamerika nach England zu verschiffen, werden etwa 440 000 Br.-Reg.-T. benötigt. Statt dessen werden etwa 920 000 Br.-Reg.-T. erfordert, um dieselben Mengen nach dem jetzt gegebenen Verhältnis von Australien, Indien und Argentinien heranzuschaffen. Das Mehr von 480 000 Br.-Reg.-T. erhöht sich, da England den Frachtraum auch für die Zufuhren nach Frankreich und Italien stellen muß, schätzungsweise noch um die Hälfte auf 720 000 Br.-Reg.-T. Das bedeutet rund 10 % der England für seinen Güterverkehr noch zur Verfügung stehenden Handelsflotte. **Jede 100 000 Br.-Reg.-T. Frachtraum, die nicht gestellt oder die vernichtet werden, bedeuten aber einen Ausfall von 240 000 t Weizen, d. h. 12 Tage englische Versorgung.**

Von der Frachtraumfrage wird noch zu sprechen sein. Dazu gesellen sich in Australien dem sozialistischen Lande par excellence, das jetzt noch dazu aus seiner dünnen Bevölkerung Hunderttausende für den Krieg hergegeben hat, Arbeiterschwierigkeiten ernster Art und ebensolche Schwierigkeiten der Lagerung und des Verkehrs. Wegen der Arbeiterschwierigkeiten müssen die Schiffe, die in Ballast nach Australien gehen, um Weizen heimzubringen, soviel Bunkerkohle führen, um noch von Australien wieder bis zur nächsten Kohlenstation kommen zu können. Die Getreidebewegung aber stockt in den australischen Lagerhäusern, auf den Eisenbahnen und in den Häfen.

Die aus solchen Verhältnissen entspringende Sorge und Bedrückung findet in der Lage des englischen Marktes entsprechenden Ausdruck. Nordamerikanischer Weizen Manitoba Nr. 1, der im Frieden etwa 36 s für

den qr. kostete und Anfang 1916 bis auf 70 s gestiegen war, hat einen Preis von 93 s = 435 Mark die Tonne erreicht gegen 260 Mark deutscher Höchstpreis für Weizen; australischer Weizen 85 s = 388 Mark. Englischer Weizen kostet 76 bis 82 s = 357 bis 366 Mark gegen 34 s vor dem Kriege. Entsprechend ist der Brotpreis gestiegen. Das Brot von 4 englischen Pfunden kostet jetzt in den größeren Orten 10½ d = annähernd 1 Mark für 4 deutsche Pfund gegen 64 Pfennig deutscher Preis; der letzte Friedenspreis war in England 5½ d = 50 Pfennig deutscher Preis. Die Bäcker sagen eine weitere Steigerung auf 1 s voraus. Vielfach ist auch das Gewicht des Brotes verringert worden.

Erschwert wird die Lage für England dadurch, daß es seinen Verbündeten von den indischen und australischen Zufuhren abgeben muß. In der Eröffnungsversammlung der Britisch-Italienischen Liga vom 23. November wies Mr. Runciman auf die „außerordentlich schwierigen und delikaten Verhandlungen“ hin, die er deswegen mit dem Marchese von Carcano zu führen habe: eine nach manchen Richtungen vielsagende Bemerkung.

Die Lage wäre so schwierig nicht, wenn es sich nur um den Weizen handelte. So aber liegen die Dinge längst nicht mehr, nachdem die Frachtraumnot seit 1915 im Werke gewesen ist, die englische Wirtschaft zu unterwühlen. Die Knappheit ist eine allgemeine und von keiner Seite mehr ein Ausgleich zu schaffen.

Zunächst ist der Weizen, zumal nach der Ausschaltung der Mittelmächte, Rußlands und Rumäniens, schon der Menge nach das außer allem Vergleich wichtigste Getreide; dann sind auch in den übrigen Getreidesorten die Zufuhren angesichts der allgemeinen Weltlage unzureichend und teurer. — Roggen, den es in England nicht gibt, scheidet praktisch aus. — Die englische Gerstenernte, die normal mehr als 40 % des heimischen Bedarfs deckt, ist gemäß amtlicher Angabe der Menge nach nicht schlecht, der Beschaffenheit nach ungünstig ausgefallen. In Nordamerika, das die englische Einfuhr zur überwiegenden Hauptsache bestreitet, sind sowohl die kanadische Ernte wie die der Vereinigten Staaten erheblich hinter dem Vorjahr zurückgeblieben und entsprechend auch die Ziffern der Zufuhren des neuen Erntejahres. Englische Gerste kostet mehr als das Zweieinhalbfache des letzten Friedensjahres, und zwar im Durchschnitt etwa 354 Mark die Tonne, gegen 138 Mark im Frieden. — Die englische Haferernte, die etwa 75 % des heimischen Bedarfes deckt, ist mit einem reichlichen Ertrag, aber mit leichtem Gewicht gemeldet worden. Die Einfuhren aus den Hauptausfuhrländern Kanada und den Vereinigten Staaten, deren Ernten hinter der vorjährigen Ziffer zurückgeblieben sind, waren im neuen Erntejahr zunächst stärker als im Vorjahr, fallen aber neuerdings schnell ab. Der Preis ist auch hier über zweieinhalbmal so hoch wie im Frieden: 348 Mark für die Tonne gegen 126 Mark vor dem Kriege. Was den seit dem Kriege für England besonders wichtig gewordenen Mais betrifft, so ist durch die argentinische Fehlernte neue Not entstanden. Argentinien lieferte in den Monaten Januar bis September 1916 etwa 53 % der ganzen englischen Einfuhr. Vielfach hofft man auf die Vereinigten Staaten, deren

Ernte jedoch auch in Mais hinter dem Vorjahr erheblich zurückgeblieben ist und die selbst schon Mais aus Argentinien herangezogen haben. Der Preis steht mit 309 Mark für die Tonne zweieinhalbmal über dem Friedenspreis von 122 Mark.

Alle diese Bezugs- und Preisverhältnisse greifen ineinander, die überall in der Welt herrschende Knappheit zieht nach Kräften Ware heran, wo sie zu haben ist, jede neue Krisis droht die Zufuhren weiter zu beengen oder abzuschnüren, die Preise steigen, ohne noch neben der Sorge um das Notwendige Beachtung zu finden. Besonders verschärft wird die Lage durch die Kartoffelnot in England, die kaum weniger ernst erscheint als in Deutschland. Die Kartoffeln haben unter dem Mangel der sonst aus Deutschland bezogenen Kalidüngung gelitten, sind aus Gründen des Wetters und des Arbeitermangels nicht rechtzeitig hereingebracht und infolge des naßkalten Oktober und November vielfach im Boden verfault; besonders in Schottland und Irland. Irland hat für sich ein Ausfuhrverbot verlangt. Der Minister Runciman forderte am 2. November im Unterhaus auf, jeder, der es einrichten könne, solle nur einmal des Tages Kartoffeln essen. Der Preis im Kleinhandel bedeutet 14—19 Pfennig für das deutsche Pfund. Was das heißt, ist in Deutschland leider aus eigener Erfahrung bekannt.

Es ist empfohlen worden, die Kartoffelnahrung durch Reis zu ersetzen. Doch ist die Reiseinfuhr gegen das Vorjahr erheblich zurückgeblieben. Sie beträgt im Jahr auch nur etwa 500 000 t und gleicht damit längst noch nicht das Defizit der Kartoffelernte aus.

So steht es mit den Feldfrüchten für menschliche Nahrung und Viehfutter. Das letztere ist noch besonders in Mitleidenschaft gezogen durch die Not in Ölsaaten, infolge der argentinischen Mißernte in Leinsaaten. Unter den in England eingeführten Ölsaaten spielen die Leinsaaten die erste Rolle; Argentinien liefert davon 50 bis 60 %. Leinsaatkuchen kosten erheblich mehr als das Doppelte des Friedenspreises; bei Baumwollsaatkuchen ist die Spannung noch größer. Die englischen Landwirte rechnen immer wieder vor, daß sie für Futtermittel mehr als das Doppelte der Friedenspreise anzulegen haben. Kleie kostet jetzt etwa 230 ℳ die Tonne; jeder Marktbericht erwähnt, daß der die Kleie enthaltende Abfall aus den Mühlen kaum noch zu haben sei. Die Klagen verstärken sich jetzt, nachdem der Weizen schärfer ausgemahlen und dem Brot Hafer- oder Maismehl zugesetzt werden soll.

2. Die sonstigen Lebensmittel.

Diese Teuerung ist in ihrer Rückwirkung auf die englische Viehzucht der eine Grund, der die Fleischpreise in die Höhe getrieben hat. Dazu kommt die Knappheit der Zufuhren, die schon im Frühjahr 1915 einsetzte. England bezog im Frieden etwa 40 % seines Bedarfs in Gestalt von gefrorenem oder Kühlfleisch aus Argentinien und Australien, wozu im Kriege noch die Vereinigten Staaten getreten sind; für London machte das Verhältnis 66⅔ % aus. Der Rückgang der Einfuhren betrug in den Monaten Januar bis Juli 1916 gegen den entsprechenden Zeitraum 1914 bei Rindfleisch 36 %, bei

Hammelfleisch 46 %, bei Schweinefleisch 62 %. Die Steigerung der Einfuhr von Kaninchenfleisch, von amerikanischem Schinken und von Konserven fällt demgegenüber nicht ins Gewicht. Der Rückgang der Zufuhren, die schon bald nach Kriegsbeginn von der Regierung unter Zuhilfenahme der Requisition der mit Gefriereinrichtungen versehenen Schiffe übernommen worden waren, liegt wesentlich an dem Mangel an Frachtraum, dann auch an den bedeutenden Ausfällen der australischen Schafzucht infolge der vorjährigen Dürre. Andererseits hat der militärische Bedarf außerordentlich zugenommen. Die Folge sind Preissteigerungen von weit mehr als dem Doppelten, besonders auch bei den Fleischsorten für die minderbemittelte Bevölkerung. Preisrückgänge, die neuerdings eingetreten sind, hat man darauf zurückgeführt, daß wegen des Mangels an Futtermitteln außergewöhnlich viel Vieh habe geschlachtet werden müssen. Hunderte von Schlächterläden haben geschlossen werden müssen. Schon lange wird die Einführung eines fleischlosen Tages empfohlen; worauf freilich oft entgegnet worden ist, daß die breiten Massen längst nicht nur einen fleischlosen Tag, sondern vielmehr nur einen Fleischtag in der Woche hätten. Auch hier wird die Lage dadurch erschwert, daß Frankreich, dessen Viehbestand durch den Krieg ungeheuer gelitten hat, und Italien von England mitversorgt werden müssen.

In denselben Zusammenhang gehört die Knappheit und die Teuerung der Milch, die in London 6 d für den Quart, d. h. 46 Pf. für den Liter, kostet. Hierüber ist die Aufregung, die die Lebensmittelfrage erzeugt hat, am stärksten gewesen. Besonders über die Schwierigkeit der Kinderernährung hat man geklagt. Andererseits erschienen ausführliche Darlegungen von sachverständiger Seite, um nachzuweisen, daß die Steigerung der Preise für Fleisch und Milch durch die landwirtschaftlichen Erzeugungskosten gerechtfertigt werde.

Butter kostet 2,35 bis 2,90 ℳ das Pfund gegen 1,30 ℳ im Frieden. Der Verbrauch ist zur Hälfte auf die Margarine übergewandert, die ihrerseits um 50 % teurer geworden ist. Der Großhandelspreis für Käse mittlerer Güte beträgt 150 ℳ auf 50 kg gegen 110 ℳ deutscher Höchstpreis.

Für den Speck hat der englische Frühstückstisch 60 % mehr zu entrichten. Die zahlenmäßig reichlichere Einfuhr ist zum wesentlichen Teil für das Heer in Anspruch genommen worden.

Wichtig ist gerade in England der Rückgang und die Teuerung der Fischversorgung. Es ist berichtet worden, daß der Fischfang im Oktober 1916 um 89 % gegen den Oktober 1913 zurückgeblieben sei. Die Preise werden allgemein als prohibitiv bezeichnet. Der Hering z. B. kostet etwa um das Sechsfache mehr als im Frieden. Hier zeigt sich die Inanspruchnahme der Fischdampfer und ihrer Besatzungen für die Flotte und die Störung des Fischfanges durch die kriegerische Absperrung weiter Teile der See.

Besonders schlimm steht es mit der Zuckerversorgung. Die staatliche Zuckerkommission drückt den Verbrauch auf 75 % desjenigen von 1915 hinunter, verwahrt sich aber dagegen, daß sie diese eingeschränkte Lieferung gewährleisten solle. Im Kleinhandel wird Zucker nur verkauft, wenn gleich-

zeitig für 2 bis 4 s anderweite Waren bezogen werden; nur unter derselben Bedingung bekommt der Kleinhändler den Zucker vom Grossisten. Wie schwer das die ärmere Bevölkerung trifft, leuchtet ein. Genossenschaften geben an ihre Mitglieder Zuckerkarten aus. Vielfach wurde darüber geklagt, daß mangels Zucker keine Früchte eingemacht werden konnten. Die Läden werden belagert und gestürmt. Der Preis ist dreimal so hoch wie im Frieden; 50 kg kosten 47 ℳ gegen 28,25 ℳ in Deutschland.

Die Einfuhr von Eiern ist auf den dritten Teil zurückgegangen; in den Monaten Januar bis Juli 1916 um fast eine Milliarde Stück gegen den gleichen Zeitraum 1914. Der Preis schwankt zwischen 35 und 55 Pf. für das Stück.

Entsprechend macht sich die Teuerung durchweg geltend; sie erstreckt sich auf Gemüse, Obst, kurz alles; und sie schreitet gerade in den letzten Monaten unaufhaltsam mit immer länger werdenden Schritten fort. Die Dinge sind so weit gekommen, daß, wie der „Manchester Guardian" vom 11. November ausführlich darlegte, der Ersatz eines Lebensmittels, z. B. des Fleisches, durch ein anderes schon ausgeschlossen sei; vegetabilische Nahrung sei ebenso teuer wie Fleischkost. Man spricht ganz offen davon, daß man auf eine ernstliche Lebensmittelnot vorbereitet sein müsse. Besonders bezeichnend ist, daß die Rationen der Armee erheblich eingeschränkt sind und immer weiter beschnitten werden; es gibt schon die „Einheitswurst" für das Heer.

Ich glaube mich mit diesen Angaben über die englische Lebensmittelversorgung begnügen zu können. Es liegt für alle Einzelheiten ein umfangreiches Material vor, nachdem die englischen Zeitungen seit reichlich einem halben Jahr tagtäglich ausführliche Berichte über alle diese Fragen bringen.

Zu der allgemeinen Teuerung und dem absoluten Mangel an so wichtigen Lebensmitteln wie Kartoffeln, Fleisch, Milch, Fisch, Zucker, Eiern, der dadurch hervorgerufenen relativen Knappheit in allen Lebensmitteln kommt noch, daß praktisch alles, was zum Unterhalt gehört, Kohlen, Licht, Wäsche, Stiefel, Kleider, Seife usw. ebensoviel kostspieliger geworden ist.

3. Die Notlage und die Forderungen des Volkes.

Es ist wichtig, sich klar zu machen, welche Wirkung diese Verhältnisse auf die Lage des Volkes gehabt haben und was die Regierung zur Abhilfe zu tun noch imstande ist. Da sich ein genügender Einblick nur aus der wirtschaftspolitischen Entwickelung gewinnen läßt, wird sie etwas ausführlicher, als es sonst nötig wäre, zu betrachten sein.

Bis vor wenigen Monaten wurde des öfteren behauptet, daß in den breiten Schichten der Arbeiterklasse geradezu Wohlstand herrsche; nur den Festbesoldeten, Rentenempfängern und etwa den Arbeitern in einigen vom Kriege benachteiligten Betrieben gehe es schlecht. Zur Begründung hat man sich wohl auf den Rückgang der Arbeitslosenziffer berufen, der sich jedoch durch den Mangel an Arbeitskräften infolge der Rekrutierung schon genugsam erklärt. Richtig ist, daß seit dem Frühjahr 1916 eine starke Bewegung der Arbeiter eingesetzt hat, die, immer von einer Klasse auf die andere übergreifend, Schritt für Schritt Verbesserungen der Löhne durch-

setzte. Es liegt auf der Hand, daß dabei die Arbeiter der Kriegsindustrie bei weitem am besten fuhren. Im Juni wurden die gesamten Lohnerhöhungen der Kriegszeit auf 10 % angegeben; jetzt mag der Satz auf 15 % gestiegen sein. Die Einkommensverbesserung erschöpft sich darin noch nicht, weil regelmäßigere Arbeit, Überstunden, Beschäftigung von mehr Familienmitgliedern, wie Frauen und Kindern, zu Hilfe kommen. Es wird schon über die Ausnutzung der Kinderarbeit Beschwerde geführt. Soviel aber steht fest, daß die durchschnittliche Mehreinnahme der breiten Arbeiterschichten weit hinter der Verteuerung der Lebenshaltung zurückbleibt. Die Durchschnittsrechnung leidet auch darunter, daß die verhältnismäßig hohen Einnahmen der spezifischen Kriegsbedarfsarbeiter den Prozentsatz der Einkommensvermehrung ungemein steigern, während die weniger gut gestellten Arbeiter um so weiter hinter dem Durchschnittssatz zurückbleiben. Darauf aber kommt es praktisch an, wie solche Massen, die der durchschnittliche Prozentsatz nicht satt macht, von der Teuerung betroffen werden. Die Vertreter der Arbeiter haben immer der Vorstellung widersprochen, daß es den Arbeitern im allgemeinen gut gehe. Dazu kommen zahlreiche einzelne Berichte und Statistiken von Genossenschaften und ähnlichen Organisationen, die an Hand umfangreicher Berechnungen aus Durchschnittsbudgets kleiner Haushalte den Beweis für die Bedrängnis und die Einschränkung dieser Kreise, besonders in der Ernährung, antreten. Diese Darstellungen haben auch in der unionistischen Presse unwidersprochen Eingang gefunden. Jetzt, seit der ungeheuren Teuerung der letzten Monate, ist es von allen Behauptungen über das Wohlergehen der breiten Massen still geworden.

Von den Gewerkschaften ist schon im Frühjahr 1916 eine Bewegung ausgegangen, die immer dringlicher, ja drohender von der Regierung staatliche Regelung der Lebensmittelfrage verlangte. Die Angriffe gegen den „Lebensmittelwucher" der Landwirtschaft und des Zwischenhandels entsprechen durchaus dem, was auch in Deutschland zu hören gewesen ist. Die Landwirte sind, und zwar mit ganz ähnlichen Vorwürfen, besonders wegen der Milchteuerung und der Kartoffelnot angegriffen worden. Nach englischer Gewohnheit haben Aufzüge von Frauen und Kindern gegen die Einschränkung des für Kinder wichtigsten Lebensmittels protestiert. Ebenso bildete die Brotteuerung einen Anlaß der Agitation. Aller Orten wurden Beschlüsse gefaßt und Forderungen an die Regierung gerichtet, die auch wiederholt im Unterhause von Gewerkschaftsführern interpelliert worden ist. Man verlangte „drastische" Mittel: eine gleitende Skala der Löhne nach Verhältnis der Bewegung der Lebensmittelpreise, die Festsetzung von Höchstpreisen, die Übernahme besonders wichtiger Artikel, wie Milch, auf Verkaufsstellen der Gemeinden, oder ganz allgemein die Übernahme der „vollen Kontrolle" der Lebensmittelversorgung durch die Regierung, worunter man sich wohl vorstellte, daß die Regierung alle Lebensmittel einkaufen und vertreiben solle. Zu Anfang Oktober schon rief der Arbeiterführer Crooks nach dem „starken Mann". Es versteht sich, daß solche Anträge meist ihre Spitze gegen die Gewinne der Erzeuger und Händler richteten. Die Stimmung wurde immer allgemeiner und bedrohlicher. Politiker und Volkswirte machten sich zu Wortführern der Bewegung und warnten die Regierung vor

einer Katastrophe, wenn sie dem Volk nicht Klarheit darüber verschaffe, was sie tun wolle und könne und was nicht.

4. Die Politik der Regierung.

Die Regierung ist diesen Tendenzen nur widerstrebend und langsam entgegengekommen. Sie hatte geleistet, was sie zunächst leisten zu können glaubte, indem sie seit Kriegsbeginn die Fleisch- und Zuckereinfuhr übernahm und verschiedentlich Weizen einkaufte, im übrigen aber die Versorgung und vor allem die Preise sich selbst überließ. Sie bemühte sich aus finanziellen Gründen nach Kräften, die Lohnsteigerung einzudämmen; auch herrschte der Gedanke vor, hohe Preise würden zwangsläufig zu einer Einschränkung des Verbrauchs führen und so die für die Zahlungsbilanz des Landes gefährlich hohen Ziffern der Lebensmitteleinfuhr ermäßigen. Von Januar bis Juli 1916 hat die Einfuhr von Lebensmitteln in England 4,8 Milliarden Mark gekostet gegen 3,2 Milliarden im gleichen Zeitraum 1914.

Am 20. September noch legte der Minister Runciman den Standpunkt der Regierung in einem öffentlichen Briefe dahin dar, daß Preise wie Frachten vom Weltmarkt abhingen, daß auch in den von der Regierung gekauften Lebensmitteln, wie Fleisch und Zucker, die Preise erheblich gestiegen seien und daß er vor unüberlegten Schritten und einer Überschätzung der Folgen eines Eingreifens der Regierung warnen müsse.

Am 30. September wurde dann der Zwischenbericht des Ausschusses für Lebensmittelversorgung, der sich mit der Versorgung in Fleisch, Milch und Speck beschäftigte, veröffentlicht; mit einer viel kritisierten erheblichen Verzögerung, die man auf Meinungsverschiedenheiten der Ausschußmitglieder und darauf zurückführte, daß sie nach durchgreifenden Mitteln gesucht hätten, ohne sie finden zu können. Der Bericht begnügte sich mit der Empfehlung von längst bekannten „kleinen Mitteln"; neu war höchstens der Rat, die Wiederverkäufer des von der Regierung gelieferten Auslandsfleisches zu zwingen, „vernünftige Preise" zu fordern, und die Gemeindebehörden zu ermächtigen, ihrerseits Verkaufsstellen zu errichten, wo der Kleinhandel übertriebene Preise stelle. Ein Teilvotum einer kleinen Mehrheit des Ausschusses empfahl „weiterreichende" Schritte der Regierung, Fleisch und Speck allein durch die Regierung kaufen zu lassen und für entsprechende Verkaufspreise zu sorgen, ferner die Einführung von Höchstpreisen.

Alles dies erschien der Öffentlichkeit zu zaghaft. Die von Woche zu Woche ansteigende Flutwelle der Preise trieb auch die Regierung gegen ihren Wunsch immer weiter. Dazu kamen die beunruhigenden Erntenachrichten aus den Verbandländern, aus Nord- und Südamerika und die gerade damals kräftiger einsetzenden Leistungen des U-Boot-Kreuzerkrieges. Am 10. Oktober kündigte der Minister Runciman im Unterhaus die staatliche Monopolisierung des Weizenkaufs an; es war das erste Symptom des Überganges zum Kriegssozialismus. Man war sich bei dieser Aktion einig darüber, daß es auf die Preise nicht ankommen dürfe, wenn nur die Versorgung

gedeckt werde. Während bis dahin die Regierung nur zeitweise und teilweise für die Beschaffung begrenzter Vorratsmengen gesorgt hatte, besteht die neue Maßnahme darin, daß der Getreidehandel nur noch nach Anordnung und für Rechnung der Regierung Weizen im Auslande zu kaufen und nach ihren Weisungen im Inland zu verkaufen hat, während sich der inländische Vertrieb, was die Verteilung und die weitere Preisbildung anlangt, nach wie vor frei vollzieht. Die Maßregel wurde mit der Notwendigkeit begründet, für ausreichende Zufuhren zu sorgen, was der Handel nicht geleistet habe. Die „Times" vom 11. Oktober deutet an, daß die Maßnahme wohl auch von dem Wunsche diktiert war, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die Regierung nicht untätig bleibe. Auch hielt das Blatt es für angebracht, das Publikum vor der Hoffnung zu warnen, daß das Eingreifen der Regierung zu billigeren Preisen führen werde. Der Einwand wurde laut, daß es die Preise im Ausland erhöhen müsse, wenn man wisse, daß hinter den Käufen ein so mächtiger Faktor wie die englische Regierung steht. Die Entwickelung hat der Warnung Recht gegeben. Weizen, Mehl, Brot sind seitdem teurer geworden.

Noch am 17. Oktober führte der Minister Runciman in der Abwehr gegen die Vertreter der Arbeiterpartei und auch der Unionisten programmatisch aus, daß ihre öffentlichen Erörterungen nur dazu führten, die Preise zu treiben. Er verwies damals noch auf Berichte aus verschiedenen Orten, wonach es den Arbeitern nicht schlecht gehe. Er äußerte sich abfällig über „heroische" Maßnahmen, die mehr Schaden als Nutzen stifteten, und bezog sich auf die Ratschläge des Ausschusses für Lebensmittelversorgung.

Vor der zunehmenden Teuerung, der Agitation der Gewerkschaften und dem Druck des Parlaments hielten die Ansichten der Regierung nicht stand. Am 15. November kündigte der Minister Runciman im Unterhaus die Regierungsaktion an, die neue Bahnen der Wirtschaftspolitik einzuschlagen schien und die seitdem im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses in England steht.

Der Minister berief sich auf die veränderte Lage, die dadurch geschaffen sei, daß England sich in seiner Versorgung wesentlich von Australien abhängig sehe, schilderte in sehr ernsten Worten die außerordentlichen Schwierigkeiten der Verschiffungsfrage und begründete damit die Notwendigkeit der Einsetzung eines mit besonderen Vollmachten auszustattenden Ministers für Volksversorgung (food controller), eines „Lebensmitteldiktators", der die bisher zuständigen Ministerien entlasten und sich allein mit der einen Aufgabe seines Amts befassen solle; er begründete ferner den Erlaß eines Mantelgesetzes, das den Rahmen für weitgehende Befugnisse des neuen Ministeriums abgibt. Es sollen Maßnahmen getroffen werden können, die dahin gehen: die Verschleuderung oder nutzlose Vernichtung von Nahrungsmitteln zu verbieten; ihre Verwendung zu bestimmten Zwecken zu verbieten oder vorzuschreiben; ihre Erzeugung und gewerbliche Behandlung zu regeln; den Handel in Nahrungsmitteln einzuschränken; Bestandsaufnahmen und Beschlagnahmen von Vorräten zu gestatten; endlich, was das Wichtigste ist, wird die Bestimmung von Höchstpreisen und die Regelung des Verkaufs und der Verteilung von Lebensmitteln vorgesehen.

Es handelt sich um Vorschriften, die ihren positiven Inhalt erst durch noch zu erlassende Verordnungen erhalten sollen. Ein Anfang ist damit gemacht worden; Bestandsaufnahmen sind angeordnet; die Gastwirtschaften dürfen nicht Mahlzeiten von mehr als drei Gängen liefern; es werden Höchstpreise für die Mahlzeiten festgelegt, die in den Gastwirtschaften an Offiziere und Mannschaften verabfolgt werden; das Ausmahlen von Weizen, das bisher bis zu 70 % geschah, ist je nach der Sorte auf 73 bis 78 % vorgeschrieben worden; das Ausbacken reinen Weizenmehls ist verboten, und es wird ein Einheitsbrot eingeführt, dem Hafer- und Maismehl zugesetzt werden soll; fleischfreie Tage sind in Aussicht genommen; für Milch ist ein Höchstpreis festgesetzt worden, der im großen und ganzen auf die Festlegung der zuletzt erreichten Preise hinausläuft, und ein gleiches ist für Weizen angekündigt.

Der Regierungswechsel führte zu einem vorübergehenden Stillstand in der Fortbildung dieser Maßnahmen, der schon zu neuen Versammlungen und Anträgen der Gewerkschaften Anlaß gegeben hat. Von dem neuen Kabinett erwartet man, daß es, ungehemmt durch die Bedenklichkeiten der früheren Minister, mit durchgreifender Energie die letzten Konsequenzen der Richtung ziehen wird, die immerhin das Ministerium Asquith bereits eingeschlagen hat.

5. Die Aussichten wirksamer Abhilfe.

Diese Entwickelung der Regierungspolitik läßt erkennen, mit welchen Schwierigkeiten auch Lloyd George und seine Mitarbeiter zu rechnen haben. Es wäre falsch, anzunehmen, daß die abgetretene Regierung aus reiner Grundsätzlichkeit und theoretischer Einseitigkeit heraus sich solange gegen die „volle Kontrolle" der Lebensmittelversorgung des Volkes gesträubt habe. Die unentwegten Verfechter des Freihandels und des Prinzips der Freiwilligkeit der Leistung an den Staat, die es in England noch gibt, haben oft genug darüber geklagt, daß das Kabinett einen alten englischen Grundsatz nach dem andern über Bord geworfen habe, und die Regierung hat demgegenüber immer betont, daß sie nicht nach der reinen Lehre, sondern nach dem praktischen Bedürfnis sich richten müsse. Im vorliegenden Falle aber erkannte sie die Schwierigkeiten, die sich aus der bereits eingetretenen Beengung und Teuerung der Versorgung und aus den Besonderheiten der englischen Verhältnisse ergeben.

Die Einführung des Kriegsbrotes verschärft, ganz abgesehen von den im englischen Mühlenbetriebe sich bietenden technischen Hemmnissen, die Futtermittelfrage. Die Landwirte haben sofort die Klage erhoben, daß sie nun noch weniger als bisher und zu noch weniger erschwinglichen Preisen Kleie bekommen würden; ebenso verschlimmert es ihre Lage, wenn man ihnen Gerste oder Hafer oder Mais zum Zwecke der menschlichen Nahrung entzieht. In dem Emporschnellen der Preise kann man die Wirkung beobachten.

Bedenklicher noch ist die Politik der Höchstpreise. Die deutsche Erfahrung lehrt, daß es auf diesem Wege keinen Halt mehr gibt. Man hat

schon darauf aufmerksam gemacht, daß die Festlegung der Milchpreise die Milcherzeugung nicht fördert; schon wird aus einzelnen Bezirken gemeldet, daß die Milchversorgung knapper wird. Wir haben bei uns gesehen, daß die Reglementierung der Preise zum Schaden der auf den Markt kommenden Mengen ausschlägt. Diese Frage ist in England noch ernster, weil die landwirtschaftliche Erzeugung ohnehin weit weniger leistet als in Deutschland und weil, wenn sie noch weiter sinkt, die Einfuhren von außerhalb entsprechend gesteigert werden müssen. Das aber ist es, was England vor allen Dingen zu vermeiden bestrebt sein muß. Mit schwerer Sorge verfolgt man in England den Rückgang des Getreideanbaues, der vor allem wegen des Mangels an Arbeitskräften zu beobachten ist, und die Öffentlichkeit beschäftigt sich seit langem damit, wie dem abzuhelfen sei.

Am schwersten liegt die Frage der Rationierung. Die Brotration hat in Deutschland in monatelanger Arbeit durchgeführt werden können zu einer Zeit, als im übrigen noch kein Mangel herrschte; die Versorgung konnte allmählich einen Ausgleich zwischen einzelnen Nahrungsmitteln herbeiführen. Im weiteren Verlauf ist dann die Decke immer kürzer geworden. Man stelle sich aber vor, was es zu bedeuten hätte, wenn die Brotration in Deutschland etwa erst im Sommer 1916 durchzuführen gewesen wäre. Hier liegt die große Schwierigkeit für England. Mögen dort die Dinge auch, nicht hinsichtlich der Preise, aber hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Mengen noch ein gut Teil besser stehen als bei uns, soweit haben sich die breiten Massen doch schon einschränken müssen, daß es einen gefährlichen Eingriff bedeutete, wenn jetzt das tägliche Brot zwangsweise spärlicher zugemessen werden sollte. Um so mehr, als, wie u. a. Statistiken von Genossenschaften zeigten, das Volk den Verbrauch aller übrigen Nahrungsmittel erheblich eingeschränkt, zum Ersatz dafür aber die Brotportion erhöht hat.

Dazu kommt ein weiteres. Wiederholt hat die Regierung und haben offiziöse Zeitungsartikel auf einen Unterschied aufmerksam gemacht, der in dieser Frage zwischen Deutschland und England besteht. In einem offenbar inspirierten Artikel vom 4. Oktober schrieb der „Manchester Guardian“ den bezeichnenden Satz, daß die deutsche Beamtenschaft wahrscheinlich besser organisiert sei als die englische und das deutsche Volk sicherlich fügsamer sei als das englische. Die Einführung der allgemeinen Zuckerkarte lehnte die Zuckerkommission im Oktober mit der Begründung ab, wenn das englische Volk überhaupt dazu erzogen werden könne, solche Maßnahmen auf sich zu nehmen, so würde das jedenfalls viel mehr Zeit und Arbeit erfordern, als mitten im Kriege aufgebracht werden könne. Immer wieder hat die frühere Regierung das Kartensystem als auf England nicht anwendbar erklärt. Wurde es von Gewerkschaften verlangt, so war dabei wohl nur an eine Gleichstellung des Anteils der Wohlhabenden und der Minderbemittelten an der Volksernährung gedacht, nicht aber an eine Verminderung des Anteils der großen Massen. Ohne eine solche aber führt die Rationierung nicht zu dem allein wertvollen Ziel, den Bedarf des Landes wesentlich zu beschränken.

Man hat vielfach auf die englischen Leistungen in der Munitionsindustrie und bei der Schaffung eines großen Heeres hingewiesen, um die unbeschränkte englische Organisationsfähigkeit zu beweisen. Die Beträchtlichkeit jener Leistungen darf aber nicht dazu verführen, ohne weiteres vorauszusetzen, daß sie sich auf einem Gebiet wiederholen werden, das ganz anders beschaffen ist. Bei der Munitionserzeugung handelte es sich um die Zusammenfassung des vornehmsten Teiles der arbeitenden Kräfte eines alten Industrielandes, um die Entwickelung eines Kernes, nicht um etwas grundsätzlich Neues. Ein solcher Kern war auch für die Armee vorhanden. Neu war hier der Zensus und die allgemeine Aushebung. Es genügte zunächst, die überwiegende Mehrzahl der waffenfähigen Mannschaft zu erfassen, und daß diese Arbeit nur Stückwerk geleistet hat, ergibt sich daraus, daß auch jetzt noch fortgesetzt mit den alten Mitteln des im Lande umherziehenden Werbeoffiziers und seines Apparates zahlreiche Leute gefunden werden, die sich dem Dienst entzogen haben. Ganz anders geartete Anforderungen stellt die Rationierung von Lebensmitteln. Sie setzt, wenn sie etwas nutzen soll, die lückenlose Erfassung der Bevölkerung voraus und die planmäßige Verteilung der verfügbaren Getreide- und Mehlmengen über das ganze Land bis zu jedem Brotempfänger. Dafür stand in Deutschland das Behördensystem der Landräte und der Magistrate zur Verfügung. In England existiert es nicht und kann auch nicht in kurzer Zeit geschaffen werden. Es ist interessant, daß die bekannte Zeitschrift „The Spectator" am 2. Dezember in einem Artikel, der sich u. a. mit der Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung befaßt, die Einsetzung eines County Controller und eines District Controller, das wäre also etwa eines Landrats und eines Amtmannes, empfiehlt, offenbar also davon ausgeht, daß bisher kein Beamter vorhanden ist, der solche Aufgaben zu übernehmen imstande wäre.

Auf der anderen Seite ist der Mangel an Fügsamkeit des englischen Volkes zu berücksichtigen. Nicht daß es dem Engländer an Opferwilligkeit und Zähigkeit fehlt; man weiß aber, wie störrisch die englischen Arbeiter, besonders in der Kohlen- und Eisenindustrie, sind, und der Verlauf der großen Lohnbewegungen in diesem Kriege hat dazu weitere erstaunliche Erfahrungen geliefert. Schon bemächtigt sich die an Einfluß wachsende Friedenspartei des dankbaren Agitationsstoffes, den die Rationierung abgibt. —

Ich muß mich hier damit begnügen, diese Schwierigkeiten anzudeuten. Die Folgerungen liegen auf der Hand. Ich komme zu dem Schluß, ohne dabei die Organisationskunst der Engländer zu unterschätzen, **daß eine Rationierung, die Ersparnisse des Bedarfs in einem dem deutschen annähernd ähnlichen Umfange erbrächte, in England nicht, jedenfalls nicht mehr möglich ist.**

Es ist wichtig, in diesem Zusammenhange die Ziffern der englischen Weizenversorgung in Kürze nachzuprüfen. England braucht wöchentlich 141 500 t Weizen. Diese Zahl würde sich bei einer Rationierung nach deutschem Muster auf etwa 110 000 t ermäßigen. Geht man, nach menschlichem Ermessen über die Wahrscheinlichkeitsgrenze hinaus, von einer

15 prozentigen Ersparnis aus, so stellte sich das Wochenerfordernis auf rund 120 000 t. Dann reicht der Bestand an Weizen, der bei überreichlicher Schätzung am 1. Februar England zur Verfügung stehen wird, nicht für 12½ Wochen = knapp 3 Monate, sondern für 14 Wochen = 3 Monate und eine Woche. Führt England während der ersten 3 Monate des U-Boot-Krieges nur soviel Weizen ein, um am Ende der Frist wiederum auf weitere 3 Monate in gleicher Weise versorgt zu sein, d. h. 1 670 000 t, und zwar von der südlichen Halbkugel, so sind dazu etwa 1 400 000 Br.-Reg.-T. erforderlich. Im vorigen Jahre waren, um in 3 Monaten den damaligen Weizenbedarf von 650 000 qrs. wöchentlich = insgesamt 2 Millionen Tonnen zu 90 % aus Nordamerika und nur zu 10 % von der südlichen Halbkugel einzuführen, 850 000 Br.-Reg.-T. nötig. Man sieht, daß trotz Rationierung der Bedarf an Schiffsraum gewaltig steigt.

Anders stellen sich diese Verhältnisse noch, wenn man sie sich unter die Wirkung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges gebracht denkt, und zwar weil die dann weit zahlreicheren Versenkungen von Getreideschiffen die Dispositionen empfindlicher stören und weil andererseits das Rationierungssystem solche Störungen am wenigsten verträgt. Wie soll die Verteilung vor sich gehen, wenn heute in diesem, morgen in jenem Hafen ein Schiff nach dem anderen ausbleibt und jeden Tag die Verteilung in unvorhersehbarer Weise umdisponiert werden muß?

6. Die Knappheit der Rohstoffe.

Die Lebensmittelfrage, von der bisher die Rede war, ist der wichtigste Teil der Volksversorgung, zumal sie jeden einzelnen, und zwar an der empfindlichsten Stelle, berührt. Im übrigen steht es mit den Rohstoffen nicht anders. Am schlimmsten bei dem täglichen Brot des Wirtschaftslebens: der Kohle. Infolge teils der Rekrutierung, die den Kohlenbergwerken einen besonders großen Prozentsatz von Leuten entzogen hat, teils der Unbotmäßigkeit gerade der Bergarbeiter, der schwerst zu behandelnden Arbeiterschicht in England, hat die Förderung von 287 Millionen englische Tonnen (= 1016 kg) in 1913 auf 265 Millionen in 1914 und 253 Millionen in 1915 abgenommen; demgegenüber ist der heimische Bedarf von 189 auf über 200 Millionen Tonnen gestiegen, sicherlich zur Hauptsache infolge der Anforderungen von Flotte und Heer. Der Bedarf wächst monatlich um 1¼ Millionen Tonnen, während die Förderung nur um 1 Million Tonnen monatlich gegen 1915 hat gesteigert werden können. Die Ausfuhr ist von 73½ Millionen Tonnen in 1913 auf 43½ Millionen in 1915 gefallen und wird für 1916 nicht mehr als 40 Millionen Tonnen betragen. Dabei leiden Frankreich und Italien unter einer lähmenden Kohlennot, nachdem die deutschen Bezüge fortgefallen sind; auch hier spielt der Mangel an Frachtraum eine wichtige Rolle. Neben dieser Rücksicht auf die Verbündeten kommt für England in Betracht, daß die Kohle, bei mehr als 70 % gestiegenen Preisen, 10 % des Wertes der englischen Ausfuhr bedeutet. Diese Ausfuhr ist nicht nur finanziell, sondern vor allem auch als ein Mittel wichtig, die Neutralen englischen Wünschen gefügig zu machen. Deshalb ist auch die Kohlenfrage ein Gegenstand allgemeiner Sorge in England. Es ist

bezeichnend, daß am 25. November eine Versammlung von 3000 Vertretern der Bergleute in London stattgefunden hat, in der der Premierminister Asquith die Arbeiter beschwor, die Förderung nach Möglichkeit zu steigern. Genützt hat das nichts. Nach wie vor wird über die zahlreichen Feierschichten in den Bergwerken geklagt; erst kürzlich hat eine gefährliche Lohnbewegung der südwalisischen Bergarbeiter mit der Übernahme der Bergwerke unter die Kontrolle des Handelsamts, aber auch mit der Bewilligung der geforderten Lohnerhöhung geendet.

Man versucht, den Kohlenverbrauch im Inlande nach Möglichkeit herabzusetzen. Zu solchen Maßnahmen gehört die neuerdings verfügte außerordentliche Einschränkung des Eisenbahnverkehrs. Zu dem Zwecke wird z. B. zum Weihnachtsfest militärischer Urlaub in England nicht erteilt.

Über die Schwierigkeiten der Holzbeschaffung hat die Juli-Denkschrift des Admiralstabes (S. 36/37) ausführlich berichtet. England ist arm an Waldbestand. Die Einfuhr ist um 20 % gegen die Friedenszeit zurückgegangen. Von besonderer Wichtigkeit ist die Einfuhr von Grubenholz, die mindestens die Hälfte des Bedarfs zu decken hat. Diese Einfuhr kommt einer Kohlenförderung von monatlich 10 Millionen Tonnen gleich. Die Preise sind auf fast das Dreifache gestiegen.

Die Berichte aus der Eisenindustrie besagen, daß weder in England noch in Nordamerika die Erzeugung der Nachfrage genügen könne.

Die Baumwollversorgung ist schwierig geworden, weil die Ernte in den Vereinigten Staaten, die 80 % des englischen Bedarfs liefern, und auch in Ägypten erheblich hinter dem Normalen zurückgeblieben ist. Die Berichte aus Liverpool und Manchester sprechen deshalb dauernd von der Sorge um den Rohstoff der Textilindustrie, die nicht nur militärisch wichtig ist, sondern auch den vierten Teil der ganzen englischen Warenausfuhr bestreitet. Der Preis für amerikanische Baumwolle ist auf 1 s das Pfund, d. h. fast auf das Dreifache, seit zwei Jahren gestiegen.

Über die Knappheit der Wolle wird geklagt. Die Regierung hat die heimische Wollschur beschlagnahmt und verhandelt wegen Ankaufs der australischen Schur, die von dem Rückgang der dortigen Schafzucht betroffen worden ist. Die Versorgung Englands scheitert vor allem an dem Mangel an Frachtraum.

Die Einfuhr von Petroleum ist um mehr als den vierten Teil gegen die Friedenszeit zurückgegangen, der heimische Verbrauch erheblich eingeschränkt. Die Beschaffung der für Heer und Flotte benötigten gewaltigen Mengen stößt auf Schwierigkeiten.

So sieht es überall aus. Bemerkenswert ist als illustrierende Kleinigkeit, daß man über die Damenmode der weiten Röcke Beschwerde geführt und daß die Mode der hohen Damenstiefel sogar zu einer Anfrage im Unterhaus geführt hat.

7. Schlußfolgerung.

Faßt man die Gesamtlage der englischen Versorgung zusammen und überblickt sie unter dem Gesichtspunkt des U-Boot-Krieges, so kann man

sagen: daß ein demnächst, spätestens am 1. Februar 1917, einsetzender U-Boot-Krieg Verhältnisse vorfinden würde, wie sie günstiger für den Erfolg nicht gedacht werden können. Überall herrscht Mangel und Teuerung. England steht dann vor der Notwendigkeit, für das Heranschaffen des wichtigsten Nahrungsmittels, des Weizens, mehr als doppelt so viel Schiffsraum wie bisher aufwenden zu müssen, und es bestehen begründete Zweifel, ob die Ausfuhrüberschüsse, die England und seinen Verbündeten zur Verfügung stehen, genügen, um den Bedarf bis zum Ende des Erntejahres zu decken. Der U-Boot-Krieg hätte 5 bis 6 Monate Zeit, ehe die neue Ernte in Nordamerika zur Wirkung kommen kann, und 6 bis 7 Monate, ehe die eigenen Ernten der Verbandsländer in greifbare Nähe rücken. Was auf organisatorischem Gebiet geschehen kann, um die Versorgungsfrage zu erleichtern, braucht weit mehr Zeit, als bis Anfang Februar zur Verfügung steht; die unmittelbaren Wirkungen des U-Boot-Krieges aber bereiten solchen Maßnahmen das schwerste Hemmnis.

Man muß sich gewärtig halten, daß England in eine solche Lage geraten ist, während ein zwar stark verminderter, aber immer noch stattlicher Schiffsverkehr in seinen Häfen ein- und ausgeht; und daß die Waffe des U-Boot-Krieges, so schmerzlich ihre bisherigen Erfolge in England auch empfunden worden sind, noch längst nicht zur vollen Wirkung auf den englischen Seeverkehr gekommen ist. Die Aussichten des U-Boot-Krieges lassen sich nur von der Erkenntnis der Schiffsraumfrage aus übersehen. Sie ist, wie der Minister Runciman am 15. November im Unterhause sagte, „unzweifelhaft der Schlüssel der Lage". Alles kommt darauf an, welchen Frachtraum England aufzubieten vermag, um sich und seinen Verbündeten die notwendigen Zufuhren heranzuschaffen.

B. Der Schiffsraum.

1. Der gegenwärtig verfügbare Frachtraum.

Nach Lloyds Register enthielt die englische Handelsflotte bei Kriegsbeginn rund 21 Millionen Brutto-Register-Tonnen und am 1. Oktober 1916 deren 21,282 Millionen t. Von dieser Zahl gehen Schiffsverluste von über 530 000 t ab, die Lloyd nicht zählt. Der Abgang erhöht sich um einen zahlenmäßig nicht genau festzustellenden Teil der bei Lloyds vereinnahmten Neubauten, die wohl vom Stapel gelassen, aber noch nicht fertig und in Dienst gestellt waren. Abzurechnen sind ferner 182 000 t, die in deutschen Häfen liegen, und mindestens 243 000 t, die in der Ostsee und im Schwarzen Meer eingesperrt sind. Im Oktober sind weitere 210 000 t versenkt worden. So kommt man für den 1. November auf knapp 20 Millionen t verfügbaren Schiffsraum. — England hat im Kriege etwa 478 000 t an fremde Flaggen verkauft; andererseits wird der Zuwachs aus Ankäufen ausländischer Schiffe nicht viel geringer sein.

Die Verluste durch den Krieg belaufen sich bis zum 1. November auf rund 2,5 Millionen t. Der Zuwachs durch Neubauten ist infolge des Krieges um rund 2 Millionen t zurückgeblieben. Sonach bleibt

der Bestand der Handelsflotte am 1. November um etwa 18 % hinter demjenigen zurück, den er ohne den Krieg erreicht haben würde. Dazu tragen die Kriegsverluste 10 % bei. Berücksichtigung verdient auch der Umstand, daß dem Bestande nach Lloyds Register rund 400 000 t beschlagnahmte Schiffe der Mittelmächte hinzugerechnet sind: eine Bereicherung, die sich nicht wiederholt. Bemerkenswert ist ferner, daß das Liverpooler „Journal of Commerce" am 19. Oktober in einem von der übrigen englischen Presse wiedergegebenen Aufsatz eine weitere Million t Verlust auf „übermäßige Abnutzung" rechnet.

Die Bedeutung der Kriegsverluste mag sich in ihrem Verhältnis zu dem registrierten Schiffsraum erschöpfen, soweit die Aussichten der englischen Handelsflotte nach dem Kriege ins Auge gefaßt werden, und sie werden unter diesem Gesichtspunkt in England sehr ernst genommen. Anders steht es mit der Bedeutung der Verluste für den Krieg selbst. Der Admiral Lord Beresford hat in der Sitzung des Oberhauses vom 3. Mai 1916 auseinandergesetzt, daß es einen Sinn nur habe, die Kriegsverluste an der Zahl der dem Güterverkehr noch belassenen Schiffe zu messen. Das heißt mit anderen Worten, daß man für den Vergleich von dem registrierten Schiffsraum den requirierten abziehen muß. In derselben Oberhaussitzung hat namens der Regierung Lord Curzon die Requisitionen für militärische Zwecke auf 43 % der Handelsflotte angegeben, am 5. September Mr. Balfour auf 42 %. Von Reederkreisen sind wesentlich höhere Sätze genannt worden. Es wird richtig sein, von Lord Curzon's Zahlen auszugehen; dann würden die requirierten Schiffe, wenn man 20 Millionen t zugrunde legt, 8,6 Millionen t umfassen. Lord Curzon hat ferner erwähnt, daß 14 % des englischen Schiffsraums requiriert seien, um Lebensmittel für England und seine Verbündeten heranzuschaffen. Hiervon werden mindestens weitere 10 % = 2 Millionen t auf die Verbündeten zu rechnen sein, während 4 %, wenn auch requiriert, doch dem Warenverkehr Englands dienen. Danach bleiben insgesamt 9,6 Millionen t für diesen Verkehr übrig. Die Zahl ermäßigt sich auf 8 Millionen t, wenn man rund 500 000 t Räumte der Küstenschiffahrt und schätzungsweise 1 Million t für solche Schiffe abrechnet, die sich in Reparatur befinden; Reparaturen sind jetzt außerordentlich zeitraubend. Das macht einen Rückgang des dem englischen Warenverkehr dienenden Schiffsraums von 60 % gegenüber dem ganzen am 1. November verfügbaren Schiffsraum und von 68 % gegenüber demjenigen Schiffsraum aus, der England jetzt voraussichtlich ohne den Krieg zu Gebote stehen würde.

Zu einer Gegenprobe dieser Rechnung fordert die Statistik auf, die in den vom englischen Handelsamt herausgegebenen Nachweisungen über Handel und Schiffahrt des Vereinigten Königreichs für die allmonatlich in englische Häfen eingelaufenen und aus ihnen ausklarierten beladenen Schiffe gegeben sind. Diese Statistik liegt hier bis zum September 1916 vor. Sie weist den Seeverkehr in 1000 Netto-Register-Tonnen wie folgt aus:

Eingelaufen:	britische Schiffe	fremde Schiffe
Januar—Juli 1914 (letzte Friedenszeit)	18,557 = 66,2 %	9,465 = 33,8 %
Januar—Juli 1916	11,643 = 66,4 %	5,885 = 33,6 %
	= 37,3 % weniger	= 37,8 % weniger

ausklariert:	britische Schiffe	fremde Schiffe
Januar—Juli 1914 (letzte Friedenszeit)	23,587 = 59,7 %	15,938 = 40,3 %
Januar—Juli 1916	10,238 = 48,6 %	10,827 = 51,4 %
	= 56,6 % weniger	= 32 % weniger

Es sind also im Durchschnitt der ersten sieben Monate des Jahres 1916 im Vergleich zur entsprechenden letzten Friedenszeit 56,6 % weniger beladene Schiffe ausklariert worden; im Einlauf beträgt der Rückgang nur 37,3 %, mithin weit weniger als derjenige des Frachtraums. Hier macht sich eine nach Möglichkeit gesteigerte Ausnutzung der Handelsschiffahrt geltend; so sind die großen Passagierdampfer, die wenig Frachtraum haben, für militärische Zwecke requiriert, die eigentlichen Frachtschiffe dagegen lieber dem Güterverkehr belassen worden. Vor allem ist die britische Schiffahrt fast ganz aus allen anderweiten Fahrten herangezogen worden, die England mit Schmerzen der Versorgung der Heimat geopfert hat. Damit hat die englische Reederei im Kriege auf den überwiegenden Teil ihres Weltgeschäfts verzichtet. Ihre Fachblätter bringen fast in jeder Nummer bittere Klagen hierüber, indem sie zugleich mit Neid und Sorge auf den Vorteil weisen, der der aufblühenden neutralen Schiffahrt auf Kosten der englischen erwachsen ist.

Der Rückgang des Seeverkehrs darf übrigens nicht mit demjenigen des Güterverkehrs gleichgestellt werden, der vielmehr längst nicht in gleichem Verhältnis vermindert ist. Freilich darf man den englischen Güterverkehr nicht, wie man in England gern tut, nach den Wertziffern der Ein- und Ausfuhrstatistik beurteilen: auf die Mengen vielmehr kommt es an, und von ihnen geben die veröffentlichten Wertziffern wegen der enormen Preissteigerungen ein irreführendes Bild. Bei der Ausfuhr ist, nebenbei bemerkt, wichtig, daß sie wesentlich durch Kriegsbedarfslieferungen an Englands Verbündete auf einer gewissen Höhe gehalten wird, während das englische Ausfuhrgeschäft des Friedens vielfach geradezu untergraben ist.

Die Statistik des Seeverkehrs kann auch benutzt werden, um zu versuchen, aus ihr den dem Warenverkehr noch dienenden Teil der englischen Flotte zu ermitteln. Das setzt voraus, den Schiffsraum zu berechnen, der erforderlich ist, um die von der Statistik spezifizierten Reisen der ein- und ausgelaufenen Schiffe zwischen England und den verschiedenen Herkunfts-

und Bestimmungsländern zu leisten. Diese Rechnung, deren Einzelheiten sich in Anmerkung 4 finden, führt zu dem Ergebnis, daß nach dem Durchschnitt der Monate Juli bis September 1916 rund 6¾ Millionen Brutto-Register-Tonnen englischer Schiffsraum dem englischen Warenverkehr dienten. Wie erklärt sich der Unterschied gegen die vorher berechneten 8 Millionen t, die dem Güterverkehr noch belassen sein sollten? Am 17. Oktober berichtete der Minister Runciman im Unterhaus, daß 297 Schiffe — sonst seien es tausende gewesen — dauernd außerhalb beschäftigt seien, um dafür zu sorgen, daß England „nicht nach dem Kriege gänzlich aus dem Reedergeschäft verdrängt sein werde". Nimmt man diese Schiffe im Durchschnitt nicht unter 1500 t an, so stellen sie insgesamt immerhin einen Schiffsraum von rund 450 000 t dar. Der Rest mag darauf beruhen, daß noch mehr Schiffe als angenommen requiriert sind oder auf Reparaturen oder ihren Fahrtbefehl warten oder ohne Ladung in Ballast fahren. — An dieser Rechnung ist der Beweis wertvoll, daß keinesfalls mehr Schiffsraum als die oben ermittelten 8 Millionen t, aller Wahrscheinlichkeit aber weit weniger, dem englischen Warenverkehr noch dient.

2. Die Teuerung der Frachten.

Eine so gewaltige Verringerung des englischen Frachtraums macht die beispiellosen Erscheinungen begreiflich, die sich im englischen Seeverkehr äußern; sowohl die ungeheuerliche Frachtenteuerung, die eingetreten ist, als auch den Mangel an Schiffsraum, unter dem England so schwer zu leiden hat.

Über diese Betrachtung kann man als Überschrift die Bemerkung des Leitartikels der „Times" vom 16. November setzen: **„Die Erhöhung der Lebensmittelpreise und die über uns hängende Drohung einer weiteren Steigerung und selbst einer Hungersnot ist in weitem Umfange dem Mangel an Schiffsraum zur Last zu legen, und dieser wiederum ist zum Teil verursacht durch die erneute Tätigkeit der deutschen U-Boote."**

Was die Frachten anlangt, so ist es der englischen Regierung schon seit dem Frühjahr 1916, wesentlich mit Hilfe der Drohung der Requisition, gelungen, einige besonders wichtige Frachtraten — so für Getreide nach England, für Kohle nach Frankreich und Italien — herabzudrücken. Freilich blieben auch die am meisten ermäßigten Sätze immer noch um ein Vielfaches über denen des Friedens. Eine durchgreifende Höchstpreispolitik in Frachten verbot sich schon infolge des Umstandes, daß nicht weniger als der dritte Teil des englischen Seeverkehrs von neutralen Schiffen besorgt wird, die doch nur in beschränktem Umfang englischem Einfluß unterliegen. Gelingt es auch einmal, sie unter dem Druck der Verweigerung von Bunkerkohlen oder mit anderen Mitteln, in denen England nicht wählerisch ist, zu einer Fahrt gegen einen mäßigen Frachtsatz zu bestimmen, so entziehen sich doch diese Schiffe, da die Meere das Ausweichen nach allen Richtungen gestatten, oft wieder dem Druck und nutzen an anderen Stellen die Gunst der Lage aus. Als beispielsweise Höchstsätze für die Kohlenfracht England—Frankreich und England—Italien festgesetzt waren, da wurde bald

darüber geklagt, daß es nunmehr an Schiffsraum fehle; selbst die Norweger, die England am meisten untertan sind, verschwanden in besser bezahlte Fahrten. Die Frachten der freien Schiffahrt steigen immer weiter, je mehr Räumte dem freien Verkehr entzogen wird.

Von zahlenmäßigen Belegen für die Höhe der Frachten, die übrigens in den letzten Wochen wieder mit großen Schritten gestiegen sind, glaube ich absehen zu können. Diese Dinge sind allgemein bekannt. Ich begnüge mich mit einem Beispiel: die Preisfracht Burma—England kostet 250 s gegen 100 s im Dezember 1915, als man den Höhepunkt der Raten erreicht glaubte, und 26 s vor dem Kriege; für Alexandria—Liverpool verlangt man 185 s gegen 6½ s vor dem Kriege! — Nur zwei Punkte sind bemerkenswert genug, um eine kurze Erwähnung zu verdienen.

Einmal die Bedeutung der Frachten für die englische Zahlungsbilanz. Man hat vielfach angenommen, daß sie England die schwere Finanzlast des Krieges zum wesentlichen Teil tragen helfen. Das ist nur beschränkt richtig. Die Frachten für die Einfuhr trägt England selbst. Es bezieht nur, was es dringend braucht, und kein ausländischer Verkäufer ist mehr in der Lage, die Fracht auf sich nehmen zu müssen, um seine Ware nach England absetzen zu können. Den dritten Teil aber der Einfuhrfrachten zahlt England an ausländische Reeder. Die Fracht der Ausfuhr mag man dagegen zur Hauptsache dem Auslande zur Last schreiben; hiervon verdienten früher die englischen Reedereien 60 %, jetzt nur noch knapp 50 %. In den Zahlen der ersten neun Monate des Jahres 1916 ausgedrückt: England entrichtete an die ausländischen Reedereien die Fracht von rund 7,6 Millionen einlaufenden Netto-Register-Tonnen und empfing vom Auslande die Fracht für ausgelaufene 13,5 Millionen t; die Fracht für einlaufende 15,2 Millionen t, die in die Taschen der englischen Reeder floß, stellt mit Hilfe der diesen Reedern auferlegten Kriegsgewinnsteuer, wie schon in der Juli-Denkschrift des Admiralstabes dargelegt, im Endergebnis eine schwere indirekte Steuer dar, die der englische Verbraucher an seinen Staat zu zahlen hat.

Noch ein zweiter Punkt ist wichtig, daß nämlich die Frachtenteuerung keineswegs der Steigerung der Warenpreise in England gleichsteht. Vielmehr macht sie nur einen Bruchteil der Erhöhung der Preise aus, die vor allem auf das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage und die daraus hervorgehende allgemeine Beunruhigung zurückzuführen ist. So hat z. B. der Minister Runciman am 28. September erwähnt, daß die Weizenfracht trotz ihrer außerordentlichen Steigerung nur um ½ d das Brot verteuert habe, dessen Preis um 4 bis 5 d gestiegen ist.

3. Die „Hungersnot in Frachtraum".

Die Frachten sind das Barometer des Druckes, unter dem die Schiffahrt zu arbeiten hat. Die „Hungersnot in Frachtraum", unter der England seit Ende 1915 leidet, hat besonders infolge der nagenden Arbeit der U-Boote einen Grad erreicht, der für die politische Entwickelung in England geradezu bestimmend geworden ist. Auch diese Dinge sind bekannt. Man

will vor allem Weizen verschiffen; die Folge ist, daß die Verfrachter von Mais keine Räumte bekommen können. Ebenso geht es mit Zucker und Fleisch. Die Lebensmittel sollen bevorzugt werden, und die Regierung muß deshalb der Textilindustrie, die über Mangel an Rohstoffen klagt, mitteilen, daß sie wegen des Mangels an Schiffen die Baumwollfrachten nicht zu ermäßigen vermöge, weil das immer nur „auf Kosten anderer Güter" gehen könne. Die Wollzufuhren leiden. Die Kohlenfahrt „liegt einfach im Sterben". Der Leiter der Verkehrsabteilung im Munitionsministerium fordert, daß die Zufuhren an Lebensmitteln eingeschränkt würden, weil es ihm an Schiffen fehle und Zehntausende von Tonnen Kriegsmaterial, an Stahl und Sprengstoffen wegen des Frachtraummangels nicht befördert werden könnten. Solche Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Wichtig ist auch der Rückgang des Seeverkehrs. In englischen Häfen sind in 1000 Netto-Register-Tonnen

1916	eingelaufen:	ausgelaufen:
Juli	2,781	3,138
August	2,783	3,214
September	2,505	3,113
Oktober	2,469	3,027
November	2,555	2,673

Die Verhandlungen des Parlaments und die Zeitungen sind angefüllt von Erörterungen, die ebenso die Furcht vor einem weiteren verhängnisvollen Rückgang der Schiffahrt wie das leidenschaftliche Verlangen nach wirksamem Eingreifen der Regierung ausdrückten. Nach englischer Sitte haben die Blätter eine lange Reihe von Briefen angesehener Männer gebracht, von Admiralen, Reedern und Politikern, die in den Ton einstimmten. An allen Enden sieht die Not heraus. Als typisch für die allgemeine Stimmung greife ich die Oberhausverhandlung vom 15. November heraus, in der Lord Sydenham die „ernste Krisis" zum Ausgangspunkt einer viel bemerkten Debatte machte und ebenso wie Lord Beresford von der Regierung eine Erklärung verlangte, was sie gegen die deutschen U-Boote zu tun gedenke.

Auch auf diesem Gebiete ließ es die öffentliche Meinung an Vorschlägen nicht fehlen. Vor allem kam seit dem September der Gedanke auf, der in dem Schlagwort „Tonne für Tonne" Ausdruck fand. Der englische Flottenverein, die Handelskammern, neuerdings z. B. auch die englischen Handelskammern in China verlangten, man solle Deutschland eröffnen, daß es für jede versenkte, mindestens aber — darüber war man sich nicht ganz einig — für jede nach englisch aufgefaßtem Völkerrecht zu Unrecht versenkte Tonne Frachtraum aus eigenem Bestande wiederum eine Tonne werde herzugeben haben; dann, so meinte man, werde Deutschland sich schrecken lassen und seine U-Boote zurückhalten. Andere dachten nüchterner über den Erfolg einer solchen Drohung. Immerhin spricht der Vorschlag dafür, daß man in die positiven Abwehrmaßregeln nicht genügendes Vertrauen setzt.

Mehr Wirkung versprach die Forderung, sämtliche Handelsschiffe zu bewaffnen, und zwar mit möglichst schweren Geschützen. Auch sie ist ungezählte Male vertreten worden, und sie wird auch nach Maßgabe des Möglichen allmählich verwirklicht. Man wies in diesem Zusammenhang besonders auf die Gefahr hin, die der vermehrte Aktionsradius, die gesteigerte Schnelligkeit und die stärkere Bewaffnung der deutschen U-Boote hätten. Vom Versicherungsmarkt wird berichtet, daß bewaffnete Schiffe geringere Prämien zu zahlen hätten als unbewaffnete. Von anderen Seiten wird geltend gemacht, daß es aus Mangel an Material unmöglich sei, eine allgemeine Bewaffnung der Handelsschiffe durchzuführen.

Was konnte geschehen, um dem Mangel an Schiffsraum abzuhelfen?

4. Die Verstopfung der Häfen.

Die Not ist wesentlich vermehrt worden durch die Verzögerung der Abfertigung der Schiffe. Die „Verstopfung der Häfen" ist seit dem November wieder zur ständigen Kategorie in den Berichten der Zeitungen geworden. Aus London, aus Liverpool wird immer wieder gemeldet, wie lange die Schiffe aufgehalten würden. Besonders ist deshalb auch über Frankreich geklagt worden. Der Minister Runciman führte in seiner Unterhausrede vom 15. November ernste Beschwerde darüber, daß 160 bis 170 Schiffe in den französischen Häfen auf solche Weise außer Tätigkeit gesetzt seien; es mag sich dabei immerhin um 500 000 t Frachtraum handeln. Der Grund liegt überall im Mangel an Arbeitskräften und in der Überlastung der Verkehrswege, die die militärischen Transporte dem Güterverkehr belassen haben. Es ist nicht wahrscheinlich, daß auf die Dauer etwas Wesentliches gebessert werden wird, zumal diese Klagen immer wiedergekehrt sind und trotz der drängenden Not nicht haben abgestellt werden können.

5. Die Neubauten.

In den öffentlichen Erörterungen hat die Frage der Neubauten einen breiten Raum eingenommen. Seit Anfang 1914 sind der englischen Flotte nach Lloyds Ausweisen an Neubauten in Brutto-Register-Tonnen zugewachsen:

	1914	1915	1916
1. Vierteljahr . .	429 000	267 000	80 000
2. „ . .	439 000	148 000	157 000
3. „ . .	375 000	146 000	192 000
4. „ . .	416 000	93 000	—

Diese Zahlen verdienen für die Kriegszeit einiges Mißtrauen, insofern der Verdacht gerechtfertigt ist, daß in die Liste etliche vom Stapel gelaufene Schiffe aufgenommen sind, ehe sie noch fertig und in Dienst gestellt waren. Auch so aber, wie sie hier stehen, beweisen die Ziffern, daß die Neubauten völlig unzureichend sind. Man hat sorgenvoll darauf aufmerksam gemacht, daß die rund 650 000 t Neubauten des Jahres 1915 noch um rund 100 000 t hinter dem gewöhnlichen Abgang an Schiffen zurückblieben, die Kriegsverluste ungerechnet. Seit der Mitte dieses Jahres schien eine

gewisse Besserung eingetreten zu sein. Der Minister Runciman erwähnte am 15. November, daß er keinen Grund sehe, warum man nicht Ende 1916 bei einer Neubautenziffer von 500 000 t für das zweite Halbjahr 1916 ankommen solle; das würde für das letzte Vierteljahr 1916 über 300 000 t Neubauten bedeuten. Nach den Berichten der Fachpresse muß diese Ankündigung als bei weitem zu optimistisch betrachtet werden. Es fehlt in den Werften an Arbeitern und an Material, vor allem aber nehmen die Aufträge der Kriegsmarine die Leistungsfähigkeit der Werften fast gänzlich in Anspruch.

6. Verbot der Einfuhr entbehrlicher Güter.

Schon seit dem Februar 1916 ist man dazu übergegangen, die Einfuhr entbehrlicher Waren zu verbieten: teils aus finanziellen Gründen, dann aber auch zwecks Ersparnis an Schiffsraum. Die Liste der Einfuhrverbote, durch die auch zahlreiche sperrige Güter betroffen sind, ist eine lange*). Daß damit etwas geholfen wäre, ist nicht zu ersehen gewesen. Es sind die großen, unentbehrlichen Massengüter, die im Frachtraum zu Buche schlagen. Deshalb kann auch von weiteren Einfuhrverboten nichts Wesentliches erwartet werden.

7. Die Verstaatlichung des Schiffahrtsbetriebes.

Wie auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, so hat man auch auf dem der Schiffahrt von der Regierung verlangt, sie möge die „volle Kontrolle" übernehmen. Die Regierung hat sich stets geweigert, dieser Forderung zu entsprechen, soweit sie bedeuten sollte, daß die ganze Handelsflotte wie eine einheitliche Reederei von der Regierung solle verwaltet werden. Im übrigen laufen die von der englischen Regierung getroffenen Maßnahmen praktisch, wie der Minister Runciman am 17. Oktober im Unterhaus ausführte, schon auf eine weitgehende Kontrolle hinaus. Er teilte mit, daß nur 1118 englische Schiffe noch außerhalb dieser Kontrolle ständen; dazu gehören einmal die auf Seite 267 schon erwähnten 297, die dauernd außerhalb beschäftigt sind, während die übrigen 821 Schiffe teils in Linienfahrt, teils als Trampdampfer dem Güterverkehr zwischen England und anderen Ländern dienen, aber nicht gehalten sind, nach Bestimmung der Regierung zu fahren. Diese Schiffe, die wenig mehr als 10 % des gesamten englischen Schiffsraums bedeuten, bezeichnete der Minister als ein bloßes Skelett der Friedensorganisation der englischen Reederei, das man aus nationalen Gründen erhalten müsse. Alle übrigen Schiffe fahren praktisch nach jeweiliger Anweisung der Regierung, soweit sie nicht geradezu requiriert sind. Mr. Runciman, der selbst aus der Reederei stammt, ist in England auch von seinen politischen Gegnern als ein Mann anerkannt worden, der die Verhältnisse und Bedürfnisse des Schiffahrtsgewerbes kenne. Im übrigen liegen die Dinge so, daß, wenn man auch die 821 noch frei fahrenden Schiffe unter die Regierungskontrolle

*) Die Liste ist im Admiralstab vorhanden.

brächte, der englische Warenverkehr, dem sie ohnehin dienen, dadurch nichts Beträchtliches gewinnen würde. Stellt man sich aber vor, daß es gelänge, noch einen größeren Teil der 297 außerhalb verkehrenden Schiffe — sie wurden oben auf rund 450 000 Br.-Reg.-T. geschätzt — in den englischen Verkehr zu ziehen, so wäre auch damit nichts Entscheidendes erreicht, und zwar um so weniger, als die neutrale Schiffahrt nichts Besseres tun könnte, als in solche der englischen Frachtenkontrolle entzogene Fahrten überzugehen, und damit dem englischen Verkehr ebenso viel an neutralen Schiffen verloren ginge, wie er an eigenen Schiffen gewinnen kann. Im übrigen fahren jene Schiffe zum großen Teil für die englischen Kolonien und sind dort unentbehrlich.

8. Die Wirkungen des uneingeschränkten U-Boot-Krieges.

Soviel über den englischen Seeverkehr und Frachtraum. Es handelt sich darum, ein Bild von den Wirkungen zu gewinnen, die der uneingeschränkte U-Boot-Krieg auf diese Verhältnisse ausüben würde.

Ich gehe von der schon Anfang dieses Jahres ermittelten Zahl von 600 000 Br.-Reg.-T. aus, die monatlich den U-Booten zum Opfer fallen würden. Auf die Berechnung brauche ich im einzelnen nicht zurückzukommen; sie beruht auf den Erfahrungen, die nunmehr seit dem Februar 1915 gewonnen sind. Ich nehme, um vorsichtig zu sein, an, daß, was die vermehrte Zahl von Booten an Mehrleistungen erreichen kann, durch die verstärkten Abwehrmittel des Gegners ausgeglichen werden soll. Das Ergebnis von 600 000 t setzt voraus, daß die Zahl der nach und von englischen Häfen verkehrenden Schiffe sich nicht um einen allzu beträchtlichen Teil verringert; tritt dies in wesentlichem Umfange ein, so wird sich mit der Zahl der Angriffsobjekte auch die der versenkten Schiffe vermindern. Zu aller Vorsicht will ich deshalb vom fünften Monat ab nur noch mit 500 000 t versenkten Schiffen rechnen.

Die U-Boote vernichten nicht nur auf England fahrenden Warenverkehr; ein gewisser Teil ihrer Beute entfällt auf Schiffe, die nach Frankreich oder Italien fahren oder nicht dem Güterverkehr dienen. Deswegen einen Abzug zu machen, ist jedoch nicht nötig, weil, wie die Dinge heute liegen, England den Frachtraum, den es für anderweite Zwecke stellt oder der auf Frankreich oder Italien fährt, auf den von den U-Booten angegriffenen Strecken des Atlantischen Ozeans und des Mittelmeers aus eigenem ersetzen muß, falls es seine schon auf das äußerste beschränkten Bundesgenossen nicht opfern und verlieren will.

Ferner ist mit Sicherheit anzunehmen, daß ein erheblicher Teil der neutralen Schiffahrt aus dem englischen Seeverkehr abgeschreckt werden wird. Es wird sich mindestens um die Hälfte handeln; und zwar alsbald, wenn — ich komme darauf noch zurück — der uneingeschränkte U-Boot-Krieg unvermutet und mit rückhaltloser Energie einsetzt. Der Nordseeverkehr wird dabei nicht nur von den U-Booten, sondern auch von den anderweiten Kampfmitteln der Flotte, soweit Holland in Frage kommt von Zeebrügge aus, angegriffen werden.

Die Gründe, aus denen ich an einen solchen Umfang der Abschreckung glaube, beruhen einmal auf seiten der Reeder. Wer die Schiffahrt kennt, weiß, daß, wenn der uneingeschränkte U-Boot-Krieg einmal einsetzt, das Ende des Krieges in absehbare Nähe rückt. Die Reedereien werden und können es nicht wagen, alsdann ihre Schiffe einer so gesteigerten Gefahr auszusetzen; denn wenn sie auch aus der Seeversicherung den geldlichen Verlust versenkter Schiffe ersetzt bekommen, so wird doch die Grundlage ihres Gewerbes vernichtet, ohne Aussicht, bei dem allgemeinen Heißhunger nach Schiffen die eingebüßten Räumte wieder ersetzen zu können. Das bedeutet die Unterbindung des Reedergeschäfts gerade für die Zeit nach dem Kriege, die ungemein arbeitsreich und lohnend zu werden verspricht. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die in den letzten Wochen unternommenen Streifzüge von Zeebrügge und schon die Aufbringung eines einzigen Schiffes wie der „Koningen Regentes" zu einer Stockung des holländisch englischen Seeverkehrs führte, die die Engländer nur mit Mühe wieder haben beseitigen können. Auch die Entwickelung des Versicherungsgeschäfts liefert einen Beweis. In den Fahrten, die den U-Booten besonders ausgesetzt gewesen sind, haben sich die Prämien alsbald vervielfacht, so im Mittelmeer, auch zur Zeit der Streife von „U 53" im atlantischen Verkehr. Im Oktober hörten die Norweger geradezu auf, Versicherung für die Schiffe ihres Landes zu stellen, so daß England selbst einspringen mußte. Für feindliche Schiffe sind die Raten höher als für neutrale. — Mindestens ebenso wichtig ist die abschreckende Wirkung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges auf die Mannschaften. England hat mit harten Strafen dagegen einschreiten müssen, daß Mannschaften sich weigerten, ihre Heuer einzuhalten, wenn es sich um Fahrten in gefährdetem Gebiet handelte. Bei den Neutralen helfen solche Mittel überhaupt nicht. — Man hat die Beobachtung gemacht, daß, als der U-Boot-Krieg im Februar 1915 begann, die neutrale Schiffahrt für längere Zeit stockte und erst wieder einsetzte, als sie sah, daß Deutschland die neutralen Schiffe schonte. Ähnliches hat sich später wiederholt. Am 10. Oktober meldete der Korrespondent der „Morning Post" aus Kristiania, daß infolge der Tätigkeit der deutschen U-Boote der Dampferverkehr von Norwegen nach der Murmanküste aufhörte.

Um eine ziffernmäßige Grundlage herzustellen, die, um ganz sicher zu gehen, hinter der militärischen Voraussicht zurückbleiben soll, will ich annehmen, daß nur dreiviertel der dänischen und schwedischen und die Hälfte der holländischen, spanischen und griechischen Schiffahrt, von der norwegischen aber nur der sechste Teil dem gefährdeten Seeverkehr fernbleiben werden; dabei ist zu berücksichtigen, daß die Nordseefahrer zur Hauptsache nicht geeignet sind, statt dessen etwa in die Ozeanfahrt überzugehen. Ich will ferner annehmen, daß die von den Vereinigten Staaten auf England fahrenden Schiffe dem englischen Verkehr sollen erhalten bleiben. Dann rechnet sich der abgeschreckte neutrale Schiffsraum auf reichlich 1 200 000 t aus von einer gesamten auf England fahrenden neutralen Räumte von reichlich 3 Millionen t. Ich will also nur eine Abschreckung von etwa 40 % der neutralen Schiffahrt voraussetzen.

Will man sich danach ein Bild von der Einwirkung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges auf den englischen Seeverkehr machen, so muß man, in derselben Weise wie auf S. 266 geschehen, aus der vorliegenden Statistik des Seeverkehrs den auf England fahrenden Frachtraum ermitteln. Denn der Seeverkehr ist nur eine von Monat zu Monat wechselnde Funktion des Schiffsraums, dieser aber die konstante Größe, durch deren vom U-Boot-Krieg zu beeinflussende Ziffer der jeweilige See-
durch deren vom U-Boot-Krieg zu beeinflussenden Ziffer der jeweilige Seeverkehr bestimmt wird. Auf England fahren*) $6^3/_4$ Millionen t englischer, 900 000 t sonstiger feindlicher und reichlich 3 Millionen t neutraler Frachtraum, insgesamt $10^3/_4$ Millionen Brutto-Register-Tonnen. Diese Räumte ermöglicht, alles auf den Durchschnitt der Monate Juli bis September 1916 berechnet, einen monatlichen Seeverkehr auf England von 6 140 000 t. Die aus der Versenkung von Schiffen und aus der Abschreckung summierte Einwirkung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges würde diesen Seeverkehr nach vier Monaten auf reichlich 4 Millionen t, nach fünf Monaten auf $3^3/_4$ Millionen t ermäßigen, oder nach vier Monaten um $33^1/_2$ %, nach fünf Monaten um 39 %.

Der Überlegung bedarf noch die Frage, ob England in solchem Falle zu einer nennenswerten Ergänzung seiner dem Warenverkehr dienenden Flotte aus seiner anderweit benutzten Räumte in der Lage wäre. Mit anderen Worten: es fragt sich, ob in erheblicherem Umfange requirierte Schiffe von den militärischen Stellen freigegeben werden könnten. In seinen beiden großen Unterhausreden zur Frage der Lebensmittelversorgung vom 15. und 16. November hat sich der Minister Runciman nicht zum ersten Male, aber mit verstärktem Nachdruck über die Requisitionen ausgesprochen und Klage darüber geführt, daß und in welchem Grade die militärische Disposition über die ökonomische Ausnutzung des Frachtraums obsiege. Auch auf diesem Gebiet wird nichts von Belang zu ändern sein. Nicht, als ob nicht unter einem kräftigen Zwange manche Schiffe, die jetzt als Hilfskreuzer verwendet werden, vielleicht werden freigegeben werden. Aufs Ganze gesehen ist aber vom marinetechnischen Standpunkt aus festzustellen, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg England auch militärisch in eine Lage bringt, in der es nicht weniger, sondern mehr Schiffe für militärische Zwecke benötigt. Der Aufklärungs- und Abwehrdienst zunächst wird einer beträchtlichen Verstärkung bedürfen. Das Übergreifen deutscher Kriegsmittel auf den Atlantischen Ozean schließt aus, dort die militärischen Machtmittel einzuschränken.

Man könnte ferner an die Aufgabe der Saloniki-Unternehmung denken, wodurch freilich ein erheblicher Schiffsraum frei würde, der die Monatsleistung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges eher noch übertreffen würde. Hierzu ist zu berücksichtigen, daß die Aufgabe von Saloniki eine ganz andere Tragweite hätte als seinerzeit der Abzug von Gallipoli. Läßt der Verband Saloniki im Stich, so bedeutet das völligen Verzicht auf den nahöstlichen Kriegsschauplatz, die unbedingte Freigabe der Ver-

*) Anmerkung 4.

bindung der Mittelmächte mit der Türkei, die Aufopferung Serbiens, den Verzicht auf die mit großem Aufwand betriebene griechische Politik, die Aufgabe des eben erst feierlich verkündeten russischen Kriegsziels, und, was vielleicht für England das Wichtigste wäre, den Verzicht auf die Flankendeckung für Ägypten und den Suez-Kanal. Käme es wirklich zu einem solchen Entschluß des Verbandes, so bedeutete das einen Erfolg des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, der mit einem weiteren Monat seiner Dauer wahrlich nicht zu teuer bezahlt wäre und der zunächst schon auf Italien nicht ohne Rückwirkung bleiben würde. — Militärisch kommt noch in Betracht, daß man sich schwer vorstellen kann, wie das bei Saloniki verwendete Kriegsmaterial heil auf die Schiffe zurückgebracht werden sollte; und daß ferner die Rückbeförderung von Mannschaften und Material infolge der Menge des benötigten Schiffsraums ungewöhnlichen Gefahren ausgesetzt wäre.

Ich habe ferner zu dem Einwande Stellung zu nehmen, daß die politischen Folgen des uneingeschränkten U-Boot-Krieges leicht dazu führen könnten, den in den Vereinigten Staaten aufliegenden deutschen Schiffsraum von rund 650 000 t, vielleicht auch den deutschen Schiffsraum in den südamerikanischen Staaten mit weiteren 700 000 t — Segelschiffe eingeschlossen — unter Einrechnung auch noch der in Norwegen liegenden Schiffe, insgesamt also 1,4 Millionen t, in englische Gewalt zu bringen. Dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Zunächst kann schon angesichts des überall in der Welt herrschenden Mangels an Frachtraum nicht angenommen werden, daß man England alle jene Schiffe ausliefern würde. Wichtig ist, daß der größte Teil jener Schiffe, wie vorgesehen, unbrauchbar gemacht werden würde. Es hat sechs Monate gedauert, bis die im März 1916 in Portugal beschlagnahmten deutschen Schiffe wieder verwendungsfähig geworden waren. Sodann handelt es sich, auch abgesehen von solchen Beschädigungen, um die Indienststellung, die bei den in den Vereinigten Staaten aufliegenden Passagierdampfern ihre Umgestaltung zu Frachtdampfern voraussetzt. Ferner müßten Offiziere und Mannschaften für jene Schiffe gefunden werden; das ist eine zeitraubende und schwierige Sache, da es jetzt schon überall, vor allem auch in den Vereinigten Staaten, an Mannschaften fehlt. — Wenn überhaupt, so würde nur ein nicht erheblicher Teil jener Schiffe und nur spät und ganz allmählich in den englischen Seeverkehr einrücken.

Ich erwähne noch kurz ein marinetechnisches Moment: es verspricht praktisch keinen Erfolg, etwa größere Mengen von Frachtdampfern auf besonders gefährdeten Routen, wie z. B. von den Kanarischen Inseln nach England zu versammeln und durch Kriegsschiffe begleiten zu lassen. Zunächst würde es außerordentliche Zeitversäumnisse und also eine entsprechende Verringerung der Ausnutzung des Schiffsraums im Gefolge haben, wenn man einer größeren Anzahl von Schiffen Anweisung gäbe, sich an einer bestimmten Stelle des Ozeans zu einer bestimmten Zeit zu versammeln. Dann ist das Fahren von Frachtdampfern im Verbande, mindestens bei nicht ruhiger See, so schwierig, daß man die Schiffe nur mit beträchtlichen Abständen würde fahren lassen können, und daß man,

um sie zu schützen, weit mehr Kriegsfahrzeuge brauchte, als England zur Verfügung stellen kann. Endlich würden solche Geleitzüge ein ungemein dankbares Objekt für U-Boote sein, weil man sie bei ihrer Länge auch nicht mit annähernder Vollständigkeit schützen kann und weil man sie so langsam fahren lassen muß, wie es die Maschine des langsamst fahrenden Schiffes des Zuges gestattet.

Schließlich erwähne ich der Vollständigkeit halber, daß England den Folgen des uneingeschränkten U-Boot-Krieges auch nicht etwa durch eine Umleitung eines Teiles seiner Zufuhren in der Weise begegnen kann, daß sie nach Marseille oder westfranzösischen Häfen gebracht und von dort mit der Eisenbahn an die Kanalküste geführt werden. Zunächst wird auch die See längs der westfranzösischen Küste als Kriegsgebiet zu erklären sein, und hier wie an der französischen Mittelmeerküste wird der U-Boot-Krieg gleichfalls geführt werden. Vor allem aber ist das französische Eisenbahnsystem und sind die französischen Kanalhäfen bereits in solchem Maße überlastet, daß sie keinerlei irgendwie nennenswerte Zufuhren mehr übernehmen können. Ich darf davon absehen, die Fülle der hier vorliegenden französischen Berichte zu wiederholen, und kann mich vielmehr auf das Schreiben des Herrn Chefs des Feldeisenbahnwesens (Stab Nr. 828) vom 9. Dezember 1916 beziehen. Daß während der Monate des U-Boot-Krieges ein entsprechender Ausbau der französischen Bahnen und eine solche Vermehrung ihres Wagenparks, wie sie notwendig wäre, nicht erfolgen kann, liegt auf der Hand.

Ich kehre zu den Ziffern zurück, die ich für die Wirkung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nach vier und fünf Monaten gegeben habe. Sie geben nur den Anhalt der trockenen Zahl für die vorauszusehende Wirkung. Im übrigen bedarf das Bild dieser Wirkung, um sie klar erkennen zu lassen, der praktischen Ausfüllung.

England bezieht 60 % seiner Butter aus Dänemark, seine Margarineeinfuhr so gut wie ganz aus Holland. Fällt die erstere ganz, die letztere auch nur zur Hälfte weg, so steht England alsbald vor der Fettnot. England führte im Frieden schon mehr als zwei Drittel seines Butterbedarfes ein, und davon ist die Hälfte bereits im Kriege fortgefallen. Sie ist bisher durch die fast verdoppelte Margarineeinfuhr ersetzt worden.

Dänemark liefert ferner den vierten Teil des in England eingeführten Speckes und ein Drittel bis zur Hälfte der Eiereinfuhr; Holland beträchtliche Mengen Käse, Hammel- und Schweinefleisch.

Der Fischfang und die Fischeinfuhr würden noch weit mehr zurückgehen als bisher.

Wie die an sich schon gefährdete Getreideeinfuhr nach England getroffen werden würde, ist schon berührt worden: trotz etwaiger Rationierung erfordern die Zufuhren von der südlichen Halbkugel weit mehr Schiffsraum als die bisherigen vollen Zufuhren von Nordamerika, und dieses Mehr ist am wenigsten während des U-Boot-Krieges zu schaffen. Werden die Futtermittel noch knapper, so bricht die englische Viehzucht zusammen.

Was die Rohstoffe anlangt, so würde die schwedische Erzzufuhr zum überwiegenden Teile fortfallen, die spanische, die den Hauptposten darstellt,

erheblich eingeschränkt werden, während die Rohstoffe der Munitionsindustrie jetzt bereits knapp sind. Ebenso wird der Schiffbau betroffen und immer weniger imstande sein, die Kriegsverluste auszugleichen.

Fast der vierte Teil der englischen Holzeinfuhr, von deren Bedeutung auch besonders für den Kohlenbergbau die Rede war, kommt aus Schweden.

Wird die Baumwollzufuhr knapp, so leidet die Beschäftigung der wichtigsten englischen Industrie, und die Schwierigkeiten für die Arbeiterschaft beginnen auch von dieser Seite.

Mit der englischen Ausfuhr steht und fällt die englische Finanz.

Nach anderer Richtung ist vornehmlich wichtig, daß die amerikanischen Zufuhren von Kriegsbedarf und von Rohstoffen für die englische Munitionsindustrie nunmehr getroffen werden könnten. Auch werden von Zeebrügge aus militärische Transporte im Kanal gefaßt und zahlreiche Transporte im Mittelmeer getroffen werden können, die bisher geschont werden mußten, um die Gefahr der Verwechselung mit Passagierschiffen zu vermeiden.

Zu solchen Einwirkungen auf den englischen Verkehr, von denen ich nur einige besonders erhebliche herausgegriffen habe, kommt die Erschütterung der englischen Schiffahrt. Ein seefahrendes Volk, wie das englische, wird nicht nur in den unmittelbar interessierten Kreisen der Reeder von einem so starken Verlust seiner Handelsflotte, wie er in Aussicht steht, tief betroffen. Schon die Aufnahme der bisherigen Verluste läßt dies erkennen. Man weiß in England, daß seine Macht und Größe und damit seine wirtschaftliche Weltstellung ohne die vorherrschende Bedeutung seiner Handelsflotte nicht aufrecht erhalten werden kann, und man fühlt, daß diese Herrschaft schon ins Wanken geraten ist. England kann nicht zulassen, daß die Einbuße seiner Flotte sich von Monat zu Monat um so große Zahlen vermehrt.

Dazu kommt die Wirkung, die es auf den Engländer hat, wenn er seine Zufuhren über See gefährdet sieht. Der Festländer kann sich schwer einen Begriff davon machen, welche Lebensfrage dies für den Inselbewohner bedeutet. Sieht er, daß Zu- und Ausfuhren in einem gefährlichen Maß abgeschnitten werden, dann wird seine Widerstandskraft vor eine Probe gestellt, die er bislang noch nicht erfahren hat und der er nach menschlichem Ermessen nicht gewachsen ist. Die allgemeine Panik mit ihren Wirkungen auf den Handel, auf die Preise, auf das ganze Publikum sind die Folge.

Zum Beweise kann ich mich auf die eingangs geschilderten Wirkungen der U-Boot-Kriege des Jahres 1915 und des Frühjahrs 1916 beziehen, die trotz verhältnismäßig geringer Zahlen der versenkten Räumte eingetreten sind. Auch erinnere ich an die ungeheure Erschütterung, die nach der Versenkung der Lusitania durch England ging und die zu einem völligen Wandel der englischen Politik geführt hat.

Diese psychologische Wirkung auf den Engländer schätze ich nicht geringer ein als die unmittelbare Wirkung auf die Zufuhren. Ich halte es für erforderlich, dabei alsbald eine Voraussetzung zu machen. England hat in diesem Kriege wiederholt die Erfahrung gemacht, daß ein an-

scheinend bedrohlich einsetzender U-Boot-Krieg deutscherseits von vornherein Einschränkungen unterworfen wurde, die eine entscheidende Wirkung in Frage stellten, und daß fremder Einspruch die Unternehmung früher oder später wieder zum Stillstand brachte. Der Zweifel, ob es diesmal vollen Ernst gilt, würde die Wirkung auf die englische Stimmung lähmen. Das kann nur verhindert werden, **wenn der Ankündigung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges gegen die feindlichen Schiffe die Ausführung auf dem Fuße folgt, wenn ferner die uneingeschränkte Kriegführung gegenüber der neutralen Schiffahrt im Kriegsgebiet der Ankündigung innerhalb kürzester Frist folgt, so daß nur noch die Schiffe geschont werden, die, nachdem sie den Ausgangshafen verlassen haben, auf keine Weise mehr von dem Inkrafttreten des U-Boot-Krieges benachrichtigt werden können; und wenn keinerlei Vorverhandlungen Raum zu der Hoffnung lassen, daß auch diesmal die letzten Folgen nicht würden gezogen werden. Wird so verfahren, dann, aber auch nur dann, wird der Schrecken in die Schiffahrt, in das englische Volk und in die Neutralen fahren, der den Erfolg des uneingeschränkten U-Boot-Krieges verbürgt. Ich erwarte diesen Erfolg mit Sicherheit innerhalb eines Zeitraumes von längstens fünf Monaten. Der Erfolg wird genügen, um England zu einem brauchbaren Frieden geneigt zu machen.**

Ich habe bisher die Wirkungen dargelegt, die ich vom uneingeschränkten U-Boot-Krieg erwarte. Vergleichsweise erwähne ich, daß der U-Boot-Kreuzerkrieg, wenn er trotz des Fortschritts der Bewaffnung der feindlichen Handelsschiffe mit einer Monatsleistung von dauernd 400 000 t angenommen wird, den englischen Seeverkehr nach vier Monaten um 15 %, in fünf Monaten um 18½ % ermäßigen würde. Ich muß Bedenken tragen anzunehmen, daß eine solche Leistung geeignet wäre, genügend stark auf England zu wirken, um die für einen brauchbaren Frieden nötige Stimmung zu erzeugen; um so weniger, als die Durchführung des U-Boot-Kreuzerkrieges stets die Gefahr einschließt, daß versehentlich Schiffe versenkt werden, die nach der Auffassung der Vereinigten Staaten nicht versenkt werden dürfen, daß also immer wieder neue Reibungen mit den Vereinigten Staaten entstehen und damit zugleich neuer Anlaß für England, die Hoffnung zu nähren, daß auch diese Form des U-Boot-Kreuzerkrieges verschwinden werde. Die psychologische Wirkung wird dadurch zur Hauptsache aufgehoben. Die Freigabe der bewaffneten Dampfer würde nach den bisherigen Erfahrungen wohl genügen, um den infolge fortschreitender Bewaffnung der englischen Handelsschiffe und steter Vermehrung der Abwehrmaßnahmen entstehenden Abfall der Ausbeute der U-Boote auszugleichen; zu einer erheblichen Erhöhung der Monatsleistung von 400 000 t würde er dagegen kaum führen.

C. Die Politik.

An dem Nachweis, daß England der Einwirkung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nichts Nachhaltiges entgegenzusetzen hat und ihm in absehbarer Zeit erliegen würde, kann sich der Admiralstab nicht genügen lassen

Denn dieser Nachweis darf nicht gleichsam wie frei im Raume schweben, sondern er muß, wie schon die Frage der in neutralen Ländern aufliegenden deutschen Schiffe zeigt, im Rahmen aller das Für und Wider des U-Boot-Krieges betreffenden Erwägungen behandelt werden, wenn das Ergebnis abschließend und mit voller Verantwortung vor dem eigenen Gewissen vertreten werden soll. Hierzu ist die Behörde, unter deren Zuständigkeit die Seekriegführung gehört, genötigt. Wenn ich es deshalb unternehme, jene weiteren, in das Gebiet der Politik fallenden überlegungen anzustellen, so liegt es mir dabei fern, der Zuständigkeit und Verantwortung der obersten politischen Reichsleitung vorzugreifen. Vielmehr will ich nur pflichtgemäß meine Überzeugung von dem gesamten Komplex der einschlägigen Fragen darlegen.

Sie betreffen einmal die unmittelbaren, Verlauf und Ausgang des Krieges beeinflussenden Folgen des U-Boot-Krieges.

Ich habe mich zunächst mit den Wirkungen auseinanderzusetzen, die der Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten haben würde. Es handelt sich darum, festzustellen, ob und inwieweit sie imstande wären, den Erfolg der U-Boot-Waffe zu parieren.

Die Hilfeleistung der Vereinigten Staaten an den Verband ließe sich zunächst in der Form der Stellung von Truppen denken, die als Freiwillige auch in größerer Zahl in den Vereinigten Staaten zusammenzubringen, man nicht für ausgeschlossen wird halten dürfen. Anders schon steht es mit der Ausbildung bis zur Verwendbarkeit unter Anforderungen, die den heutigen Kriegsverhältnissen entsprechen. Für solche Ausbildung liegen drüben die Voraussetzungen nicht vor. Die Geschichte des spanischen Krieges im Jahre 1898 ist lehrreich für das, was ein amerikanisches Heer leisten und was es nicht leisten kann. Entscheidend aber ist die Verschiffungsfrage. Man hat wohl leichthin von „Hunderttausenden" amerikanischer Freiwilliger gesprochen, auf die man rechnen müßte. Demgegenüber kommt in Betracht, daß es, gering gerechnet, 400 000 Br.-Reg.-T. Schiffsraum erfordert, um 100 000 Soldaten ohne Pferde, Fahrzeuge oder sonstige Ausrüstung als ihr persönlich mitzuführendes Gepäck im Laufe eines Monats von den Vereinigten Staaten nach Frankreich zu befördern. Berücksichtigt man die Zeit, die es in jedem Falle kosten würde, um 100 000 Mann nur notdürftig kriegsverwendungsfähig zu machen, so sieht man alsbald, daß schon an der Verschiffungsfrage eine nennenswerte Verstärkung der feindlichen Heere durch amerikanischen Ersatz scheitern müßte.

Ebensowenig stichhaltig sind die Befürchtungen, daß dem Verbande von den Vereinigten Staaten noch weit größere Munitionsmengen zur Verfügung gestellt werden sollten als bisher. Die ebenso politisch wie durch außergewöhnliche Beschäftigung und Gewinne angereizte Organisation der sonst durch den Weltkrieg einigermaßen brachgelegten amerikanischen Eisenindustrie hat schon, unter Umschaltung aller irgend erreichbaren Erzeugungsstätten auf dieses Ziel, die Munitionsherstellung für den Verband, allen glaubwürdigen Berichten zufolge, auf das Maß des Möglichen gesteigert.

Die Eisen- und Stahlpreise sind in den Vereinigten Staaten bereits auf eine Höhe gestiegen, die den heimischen Bedarf unbefriedigt läßt. Andererseits würde der uneingeschränkte U-Boot-Krieg die Marine in die willkommene Lage versetzen, endlich die Munitionssendungen, die auf jetzt unangreifbaren Schiffen herüberkommen, zu versenken und so der Armee die dringend wünschenswerte Entlastung zu verschaffen. Das Auftreten eines U-Bootes an der amerikanischen Küste hat die Amerikaner gelehrt, was sie gegebenenfalls vor der eigenen Tür erwartet.

Schließlich verlieren die Vereinigten Staaten, wenn sie selbst in die kriegerische Verstrickung einbezogen werden, die Freiheit, ihre Kriegsmittel in Europa mit der früheren Rückhaltlosigkeit zur Verfügung zu stellen. Der Gesichtspunkt der eigenen Sicherung schiebt sich dann in den Vordergrund. Die Vereinigten Staaten können am wenigsten, wenn sie Kriegspartei geworden sind, die japanische Gefahr aus dem Auge lassen, vollends nach dem Kabinettswechsel in Tokio und angesichts der Aussicht schnelleren und schärferen Vorgehens der Japaner in China; sie können auch nicht den Einfluß aus dem Auge lassen, den es auf aktivistische Strömungen in Japan haben möchte, wenn sie sich ihrer Kriegsmittel in allzu großen Dosen entäußern. Es scheint, als wenn die Vereinigten Staaten bereits etwas mehr Zurückhaltung in der Verschickung von Munition beobachten.

Erheblicher Wert wird vielfach einer Hilfeleistung der Vereinigten Staaten auf anderem Gebiet beigemessen: auf dem der Finanzen. Es ist richtig, daß Amerika in der Lage wäre, dem Verband noch mit erheblich größeren Anleihen als bisher beizuspringen, wenn dort der Staat selbst und die Kriegsstimmung des ganzen Volkes mobil gemacht würden.

Doch bedarf die Bedeutung einer solchen Unterstützung richtiger Einschätzung. Dabei sind der Staatshaushalt und die Zahlungsbilanz zu unterscheiden.

Den Staatshaushalt Englands, also das Verhältnis zwischen seinen Einnahmen und seinen ungeheuerlich angeschwollenen Lasten, würde der Beitritt der Vereinigten Staaten als Verbündeter erleichtern, wenn er England von Zahlungen befreien sollte, die bisher zu leisten waren. Das wäre der Fall, wenn die Unterstützung nicht mehr in Anleihen, sondern in Subsidien ohne Verpflichtung zur Rückerstattung bestände, sei es in der Form von Zahlungen oder Gutschriften, sei es in nun unentgeltlicher Lieferung von Kriegsbedarf. Damit wird nicht zu rechnen sein. Es widerstritte der wirtschaftlichen Auffassung der Amerikaner; es träfe das gerade von einer Fehlernte in Getreide und Baumwolle betroffene Land an dem einzigen Punkt, von dem aus es in den Verhältnissen des Weltkrieges sich der wirtschaftlichen Lähmung entziehen und die Folgen der langjährigen Periode ungünstiger Konjunktur vor dem Kriege auszugleichen vermöchte; schon jetzt ist die Teuerung in den Vereinigten Staaten sehr weit vorgeschritten und sind die Arbeiterverhältnisse, vollends wegen des Ausbleibens der Einwanderer während des Krieges, bedenklich zugespitzt; die Entwickelung würde jäh unterbrochen, die die Vereinigten Staaten aus einem Schuldner- zu einem Gläubigerstaat machen, New York an die Stelle von London setzen, auf dem Wege über die stärkste Finanzmacht der Welt

dem Lande eine maßgebende Stellung unter den Großmächten verschaffen sollte.

Was die Seite der Zahlungsbilanz anlangt, so wird man damit rechnen müssen, daß England von dem verbündeten Amerika die zur Bezahlung seiner Bezüge nötigen Anleihen mit noch größerer Gewißheit als bisher und in noch größeren Beträgen, vielleicht auch zu günstigeren Bedingungen, erhalten würde. Diese Erleichterung ist nicht zu unterschätzen. Entscheidende Bedeutung aber käme ihr nur zu, wenn England andernfalls vor der Gefahr stände, die Anleihen nicht abschließen zu können, die es braucht, um seine Auslandsschulden zu bezahlen und damit die Möglichkeit zu schaffen, neue Schulden einzugehen. Diese Gefahr liegt nicht vor. Zwar läßt sich nicht verkennen, daß die englische Regierung erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden hat, um die Zahlungsbilanz vornehmlich den Vereinigten Staaten gegenüber auszugleichen. Zum Zwecke der Sicherstellung der amerikanischen Anleihen werden gewaltige Beträge gerade der besten ausländischen Wertpapiere dem englischen Kapitalbesitz entzogen und das englische Volksvermögen dadurch erheblich beeinträchtigt; der Zinsfuß von 6 % für die neueste Klasse der englischen Schatzscheine bedeutet eine schwere Last und Einbuße von Ansehen für die englische Finanz, wenn auch dieser Zinssatz, der auf die Möglichkeiten der Unterbringung der Wertpapiere im Auslande zugeschnitten werden mußte, nicht mit demjenigen der deutschen Kriegsanleihen, die es nur mit dem heimatlichen Markt und seiner Opferwilligkeit zu tun haben, in Vergleich gestellt werden darf. Daß der Verkauf englischer und französischer Schatzscheine in den Vereinigten Staaten neuerdings an dem Einspruch des Federal Reserve Board gescheitert ist, war ein harter Schlag für die englische Finanzwirtschaft. Worauf es aber schließlich ankommt, das ist die Erkenntnis, daß man nicht darauf rechnen darf, daß England in absehbarer Zeit durch die Unmöglichkeit, neue Schulden im Auslande aufnehmen zu können, zum Frieden werde genötigt werden. Dazu ist die englische Finanzmacht und das Interesse der Vereinigten Staaten an seinem Hauptschuldner zu groß. Ferner unterstützen die Kolonien das Mutterland auch finanziell und werden dazu durch ihren beträchtlichen Anteil an den Kriegslieferungen instand gesetzt. Die Entwickelung im Kriege lehrt, daß immer neue Mittel und Wege zur Erschließung neuer finanzieller Quellen gefunden werden, über jede frühere Erfahrung hinaus. Eben dies schließt aus, den Zeitpunkt im voraus zu bestimmen, zu dem die Finanzierung des Krieges den Engländern unmöglich wird. Vollends gilt das, solange England bei seinen Freunden den Glauben an seinen endlichen Sieg zu erhalten weiß.

Welche Erwägungen man aber auch immer über diese Dinge anstellen will, **die Hauptsache ist die Unvergleichbarkeit zwischen einer finanziellen Unterstützung Englands durch die Vereinigten Staaten und den Wirkungen des U-Boot-Krieges. Anleihen, Guthaben, Zahlungen und alles, was in dies Fach schlägt, hilft nichts, wenn einem Lande die Zufuhren abgeschnitten werden. Der Mangel, dem es dann erliegt, ist mit Gold und Goldeswert nicht zu beseitigen. Damit erledigt sich die Rücksicht auf diese Seite der amerikanischen Gefahr.**

Ernsthafter erscheint sie in der mittelbaren Wirkung, die ihr zugeschrieben wird: in der Rückwirkung auf die in Europa neutral gebliebenen Staaten, d. h. praktisch Holland und Dänemark. Auch abgesehen von amerikanischem Einfluß ist die Möglichkeit ins Auge zu fassen, daß England im Falle des uneingeschränkten U-Boot-Krieges durch Unterbindung aller überseeischen Zufuhren einen Druck auf jene Länder ausübt, der sie zum völligen Grenzabschluß oder gar zum Kriege gegen Deutschland drängt. Wie das bei den September-Verhandlungen im Großen Hauptquartier geschehen ist, so kann ich mich auch hier auf Holland und Dänemark beschränken, weil es diese Länder sind, von denen wir in der Vergangenheit noch beträchtliche laufende Zufuhren erhalten haben und die andererseits als Nachbarn zu Lande imstande sind, eine unmittelbare Kriegsdrohung zu bedeuten.

Der Ausfall der deutschen Ernte dieses Herbstes, besonders der Kartoffelernte, ist nicht so, daß die Rücksicht auf ausländische Zufuhren nicht Beachtung verdiente. Eine Erleichterung ist freilich durch die Besetzung der Walachei eingetreten. Im übrigen ist schon seit dem letzten Sommer ein starker Rückgang der Zufuhren aus Holland und Dänemark zu beobachten. Der englische Druck ist eben bereits sehr gewachsen. Das Ministerium Lloyd George bedeutet einen grundsätzlichen Fortschritt auf diesem Wege. Mit ihm ist die Richtung ans Ruder gekommen, die dem früheren Kabinett immer wieder eine zu rücksichtsvolle Politik den Neutralen gegenüber zum Vorwurf gemacht hat. Und doch war diese Politik bereits so weit gegangen, daß bis zum letzten Ende nicht viel mehr übrig bleibt. Die Ausdehnung des Bannwarenrechts auf Güter aller Art und auf alle wie immer, auch über neutrales Gebiet nach Deutschland bestimmten oder von dort kommenden Waren; die Art der Ausübung des Untersuchungsrechts gegenüber neutralen Schiffen, die in die englischen Häfen genötigt werden und sich dort jedem Verlangen fügen müssen; die Verweigerung von Bunkerkohle, die nach neuerlicher amtlicher Mitteilung alle neutralen Schiffe trifft, soweit sie nicht für den Verband fahren; die Rationierung der neutralen Länder auf ihren Eigenbedarf vor dem Kriege, unterstützt durch ein engmaschiges System der Handelsspionage und durch die schwarzen Listen: alles das hat die Neutralen schon so weit gebracht, daß sie sogar ihre Strafgesetzgebung in den Dienst der Absperrung des Warenverkehrs mit Deutschland stellten, daß sich z. B. Dänemark die Unterbindung seines Verkehrs mit Island hat gefallen lassen, kurz, die Neutralen sind, wenn man etwa von Schweden absieht, durchweg fügsam gewesen. Wir müssen uns in jedem Falle auf eine in absehbarer Zeit eintretende völlige Grenzsperre seitens Dänemarks und Hollands gefaßt machen, auch ohne U-Boot-Krieg.

Der Grund zu diesem Verhalten der Neutralen liegt in der überwiegenden Bedeutung der englischen Seeherrschaft, aber nicht nur darin, sondern auch in der verschiedenen Auffassung, die sich bei den Neutralen über die von England und von Deutschland zu erwartende Politik herausgebildet hat. Man sah auf der englischen Seite die planmäßig fortentwickelte Politik rücksichtsloser Ausnutzung der vorhandenen Machtmittel, die sich durch keinen Einspruch hemmen ließ; auf der deutschen Seite sah

man die Bereitwilligkeit, dem amerikanischen Widerspruch gegen die Ausnutzung unseres stärksten Machtmittels nachzugeben, sobald er bedrohlich wurde. Man erkannte auch hinter diesem amerikanischen Widerspruch den Einfluß Englands. Es liegt mir fern, mit dieser Feststellung die deutsche Politik zu kritisieren. Aber wie bedeutsam ihre Gründe, die das Ganze der Kriegspolitik im Auge hatten, auch gewesen sind: der Neutrale sah naturgemäß die Dinge, vielleicht einseitig, von seinem Standpunkt, und er mußte dabei zu dem Schluß kommen, daß er von England weit mehr zu befürchten habe als von Deutschland. Dies ist für den Schwachen das bestimmende Moment. Ich komme damit zu einem meines Erachtens entscheidenden Punkt.

Die Verteidigung Deutschlands gegen die feindliche Überzahl ist eine gewaltige Leistung. Die öffentliche Meinung der Welt aber urteilt gröber, nach dem positiven Erfolg, den sie vor allem an sich selbst erlebt hat. Es bedeutet eine schwere Gefahr nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft, wenn Deutschland nicht, da es eben noch Zeit ist, das Steuer herumwirft und die Neutralen lehrt, daß es an Willenskraft und an Macht, die sich durchsetzt, hinter England nicht zurücksteht. Dazu ist der uneingeschränkte U-Boot-Krieg das gegebene und das einzige Mittel; er dreht den Spieß um und trägt den Wirtschaftskrieg in Feindesland; er wird die Auffassung der Neutralen darüber, wo die überragende Kraft des Willens und der Tat liegt, schnell umkehren.

Dies ist auch der maßgebende Gesichtspunkt für die Entscheidung der Frage: ob von dem Druck Englands und der Vereinigten Staaten zu befürchten ist, daß er Dänemark und Holland in das Lager unserer Feinde treiben könnte. Beide Länder sind militärisch den Mächten, die in diesem Kriege in Bewegung kommen, nicht gewachsen. Sie haben von der Teilnahme am Kriege wenig oder gar nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren. Das Beispiel Rumäniens schreckt. Kopenhagen und der Verkehr zwischen den dänischen Inseln und dem Festland liegt unter unseren Schiffsgeschützen, und die Flotte macht das Eingreifen Dänemarks geradezu zur Unmöglichkeit; ebenso setzt Holland sein Gebiet der Vernichtung aus, wenn der Schutz seines Landes das Mittel der Überschwemmung erfordert. Die militärische Lage in Europa, nicht die Haltung der Vereinigten Staaten, die weit vom Schusse sind, ist das Entscheidende für beide Länder. Diese kriegspolitischen Momente wiegen schwerer als die Aussicht, sich eine Reihe von Monaten einschränken zu müssen, wenn den beiden Ländern die Zufuhren über See gesperrt werden. Übrigens vermag ich in dieser Hinsicht die Lage der beiden Staaten keineswegs als eine verzweifelte anzusehen. Wegen Holland beziehe ich mich, indem ich von anderen Mitteilungen absehe, auf einen Bericht der Kaiserlichen Gesandtschaft im Haag vom 30. Oktober 1916, den ich vom Auswärtigen Amt in Abschrift erhalten habe und demzufolge Holland für vier bis sechs Monate mit Getreide versehen ist. Auch Dänemark kann sich geraume Zeit über Wasser halten, worüber mir entsprechende Berichte vorgelegt worden sind. Beide Länder werden in eine nicht bequeme Lage kommen; aber sie werden sich einrichten müssen, bis das Unwetter vorübergegangen ist. Geeignete Maßnahmen, ihnen die Über-

schüsse der bisher nach England gegangenen Nahrungsmittel zu guten Preisen abzunehmen, würden dem zu Hilfe kommen. Die Hauptsache ist: gegenüber der durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg gekennzeichneten Kriegführung, die das Ende des Krieges in absehbarer Zeit voraussehen läßt, wird die Notwendigkeit, sich einschränken zu müssen, den Entschluß zum Kriege nicht schaffen. Wie jene Länder dabei ihr Auskommen finden, darüber mögen sie sich den eigenen Kopf zerbrechen.

Ich kann nicht unterlassen, auch in diesem Zusammenhang nochmals auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß der Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges seiner Ankündigung unmittelbar folgt und ohne dem Gegner Zeit zu lassen, seine Gegenzüge durchzuführen. Tritt die Wirkung des U-Boot-Krieges unerwartet ein, dann ist mir nicht zweifelhaft, daß die Neutralen in der Stille abwarten werden, was aus dem Kampf der Großen, dessen furchtbaren Ernst sie klar vor sich sehen, an Folgen entsteht; ja es würde vielleicht der überraschende Fall eintreten, daß selbst die Vereinigten Staaten zaudern werden, sich in diesen Kampf zu drängen, über dessen Gefährlichkeit bei ihnen kein Zweifel besteht. Dagegen werden sie zum Eingreifen fast genötigt, wenn zwischen Ankündigung und Ausführung des U-Boot-Krieges Zeit bleibt, die sie zur verantwortlichen Stellungnahme herausfordert.

Dieser Gedankengang führt weiter zu der letzten grundsätzlichen Auffassung, die unsere Kriegspolitik jetzt einzuschlagen haben wird.

Der Krieg drängt zum Ende. Er hat für Deutschland bereits zu lange gedauert. Der furchtbare Menschenverlust begründet schon die Sorge für die künftige Entwickelung; bei der Lösung der unübersehbaren Aufgaben des Wiederaufbaues und des Ausbaues der Friedenswirtschaft werden die Gefallenen, die die besten Jahrgänge und die lebendigsten Kräfte der Nation waren, einen schwer zu verwindenden Ausfall bedeuten. Die Wirtschaft des Landes wird immer weiter ausgehöhlt. An Menschenkräften, Rohstoffen, Maschinen fehlt es, unzählige Betriebe müssen wieder von neuem geschaffen werden, der scheinbare Wohlstand weiter Industriekreise darf über die Gesamtlage nicht täuschen. Die finanziellen Lasten sind bis zu einem Grade angeschwollen, der zu der Frage berechtigt, ob die zu ihrer Verzinsung und allmählichen Abdeckung notwendigen Summen die Möglichkeit neuer wirtschaftlicher Entfaltung übrig lassen werden. Die Bevölkerung ist großenteils müde geworden; ob von den aus dem Felde Heimkehrenden noch eine solche sittliche Erhebung des Volkes zu erhoffen ist, wie sie bis vor Jahresfrist erwartet wurde, zumal wenn sie sich unter die zu Hause Gebliebenen verteilen, steht dahin. Die Wandlung in der Haltung der sozialdemokratischen Partei ist nicht geeignet, eine optimistische Auffassung zu stützen. Es wäre falsch, die in der Tiefe schlummernden Gefahren eines solchen Zustandes zu unterschätzen. Noch aber läßt sich eine Besserung der Aussichten erwarten, wenn die Kriegspolitik eine kraftvolle Wendung zum Ende einschlägt; sie würde damit einen wuchtigen Antrieb für das ganze Volk bedeuten.

Blickt man nach außen, so zeigt sich, daß der Gegner keine Zeit verloren hat, unsere Beziehungen zur übrigen Welt abzuschnüren. In den

feindlichen Ländern wird jede Frucht und jede Wurzel deutscher Arbeit mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Die überseeischen Beziehungen zu den Neutralen siechen unter der langen Unterbrechung dahin; es wird schwer halten, sie wieder anzuknüpfen. Die Vereinigten Staaten, Japan haben manchen Platz eingenommen, an dem sonst Deutsche saßen. Ohne blühende Ausfuhr, Außenhandel und Seeschiffahrt aber kann Deutschland nicht bestehen.

Es muß ein Ende gemacht werden. Woher soll es sonst kommen? Siege zu Lande im Sinne einer politischen Entscheidung gegen unsere Hauptfeinde sind schwerlich zu erwarten. Für die Rechnung, daß die Feinde in absehbarer Zeit zusammenbrechen werden, fehlt es an einer genügenden Unterlage.

Keineswegs kann ich befürchten, daß etwa der uneingeschränkte U-Boot-Krieg als solcher unsere Beziehungen zu den übrigen Staaten in unheilbarer Weise beeinflussen würde, nicht einmal den Vereinigten Staaten gegenüber. Haß und Erbitterung, die der Krieg erzeugt hat, können wir durch Nachgiebigkeit und Rücksichten am wenigsten beseitigen. Aber was an freundlicher Gesinnung fehlt, vermag der Respekt zu ersetzen. Der Erfolg des Starken ist es noch immer gewesen, vor dem die Welt sich beugt. Die Vorwürfe des Gegners gegen unsere Seekriegführung sind im übrigen völlig unbegründet: das mit dem U-Boot heraufgekommene neue Völkerrecht schafft sich seine Normen selbst; genau wie England ein neues Seerecht mit dem Bedürfnis neuer Verhältnisse des Seekrieges begründet hat, ohne dabei tatsächlichen Widerstand zu finden.

Dem heuchlerischen Einwand verletzter Menschlichkeit können wir mit dem Hinweis begegnen, daß es vielmehr unmenschlich wäre, neue Hunderttausende deutscher Landeskinder zu opfern, um eine dagegen verschwindende Anzahl von Seeleuten zu schonen, die aller Warnung zum Trotz in ihr Verderben eilen. Jeder Tropfen unnütz vergossenen deutschen Blutes wird von dem zurückgefordert werden, der ihn hätte ersparen können.

Anders läge es wohl, wenn der uneingeschränkte U-Boot-Krieg etwa als Einleitung eines Eroberungskrieges erschiene. Eine solche Mißdeutung ist seit der großherzigen Friedensaktion Seiner Majestät des Kaisers ausgeschlossen. Wir sind durch sie in die Lage versetzt, unseren Friedenswillen und unsere daraus fließende Absicht erwiesen zu haben, auch einen Sieg nicht soweit auszunutzen, daß darüber die Lebensbedingungen unserer Feinde verkümmerten.

Sieht freilich England seine Lebensbedingung in der Aufrechterhaltung der Vorherrschaft zur See, so werden wir nicht umhin können, diesen Anspruch zu zerstören. Dies ist für uns geradezu als das vornehmste Kriegsziel zu bezeichnen. Nicht dagegen kämpfen wir, daß England die erste Seemacht bleibt, wenn es die Mittel dazu aufbringen will; aber Deutschland darf aus dem Kriege nicht mit der Anerkenntnis hervorgehen, daß England die Vorherrschaft zur See besitze. Die von Seiner Majestät dem Kaiser im Jahre 1897 eingeleitete Flottenpolitik gab der deutschen Politik Richtung und Bestimmung; sie war nicht der Ausdruck einer willkürlichen Forderung, sondern der richtigen Erkenntnis des geschichtlich gewiesenen

Laufes der Dinge. Allein als eine Seemacht, die zwar der ersten ihren Rang nicht streitig macht, die aber anzugreifen für die erste Seemacht mehr Gefahr als Nutzen bedeutet, kann Deutschland seine Weltstellung aufrecht erhalten, sowohl wirtschaftlich wie politisch. Daß in diesem Kriege England bisher in aller Welt den Glauben an seine unbedingte Seeherrschaft hat erhalten können, ist die eigentliche Quelle der Enttäuschungen, die wir zu erleben hatten. An diesem Glauben würde der Wiederaufbau unserer Weltstellung scheitern, wenn wir ihn nicht noch im Kriege brechen. Im Leben entscheiden nicht die Dinge, wie sie sind, sondern die Bilder, die sich die Menschen von ihnen machen. Ob Englands Vorherrschaft zur See bestehen bleibt oder nicht, hängt davon ab, wie die übrige Welt außerhalb Deutschlands am letzten Tage des Weltkrieges darüber denkt.

Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg ist das gegebene und einzige Mittel, die allgemeine Vorstellung auf den wirklichen Stand der Dinge zurückzuführen. Ist einmal die englische Vorherrschaft gebrochen, dann ist der Sieg erfochten. Zwischen ihm und dem Untergange Deutschlands gibt es keine Wahl; wobei ich nochmals betone, daß die Tatsache dieses Sieges, nicht der Grad seiner Ausnutzung, das Entscheidende ist. Wir bedürfen des Sieges, um politisch und wirtschaftlich unsere Stellung in der Welt so einzurichten, wie es für unser Leben erforderlich ist. Ich will die Beschlüsse der feindlichen Wirtschaftskonferenzen nicht wörtlich nehmen; doch zeigen sie an, daß in der Zukunft, die alle Wirtschaft weit mehr als bisher der Politik unterordnen wird, hundertfältige Hemmungen den deutschen Handel und die deutsche Schiffahrt bedrohen. Davor schützen uns nur gerechte Handelsverträge, die ohne Überwindung Englands nicht zu haben sind. Entbehren aber können wir den aus einem blühenden Außenhandel fließenden Reichtum nicht, der uns in den Stand gesetzt hat, den wirtschaftlichen und finanziellen Anforderungen dieses Krieges zu entsprechen, und ohne den wir auch künftig im Frieden wie im Kriege ohnmächtig und jedem neuen Angriff böswilliger Gegner ohne Gegenwehr ausgeliefert wären. Auch bringt uns nur der Sieg in die Lage, die Folgen der ungeheuerlichen Verhetzung auszuräumen, die unsere Stellung unter den Völkern untergraben soll.

Ich habe es für richtig gehalten, die Erwägungen, die für und gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg sprechen, darzulegen, auch soweit im einzelnen die Folgen einer Kriegserklärung der Vereinigten Staaten in Betracht kommen, ehe ich mich zu der allgemein-politischen Rückwirkung des Bruches mit der letzten noch neutralen Großmacht wende. Sie bedeutet die völlige Absperrung der Mittelmächte vom überseeischen Verkehr; und sie wird unseren Gegnern zunächst den gesunkenen Mut von neuem stärken. Diese letztere moralische Wirkung sehe ich freilich als eine dauerhafte nicht an. Die Länge der Kriegszeit hat dazu geführt, daß solche Eindrücke moralischer Stärkung an den harten Tatsachen rasch zerschellen. Die Völker sind nüchterner geworden und sehen nur noch auf den wirklichen Verlauf des Krieges, auf das, was der militärische Erfolg, der Hunger und die finanzielle und wirtschaftliche Erschöpfung für Gegenwart und Zukunft bedeuten. Da der Krieg nur durch ein Mittel beendet werden kann, bei dem wir die Aussicht des Bruches mit den Vereinigten Staaten hinnehmen

müssen, und da andererseits das Ende des Krieges im Interesse unserer Selbsterhaltung unter allen Umständen herbeigeführt werden muß, wird es richtig sein, daß wir auch die Folgen einer amerikanischen Kriegserklärung nüchtern abwägen. Uns bleibt nur die Wahl zwischen zwei Übeln; so müssen wir an Stelle des sicheren Unterganges das Übel wählen, mit dem wir uns, wenn auch ungern, abzufinden vermögen. Die Vereinigten Staaten geben durch ihren Eintritt in den Krieg mit einem Schlage die Ursachen des wirtschaftlichen Gedeihens auf, das ihnen die überragende politische Stellung, die sie jetzt einnehmen, verschafft hat; sie stehen dann vor der japanischen Gefahr; sie können weder uns entscheidend schaden, noch unseren Feinden entscheidend nützen; und der U-Boot-Krieg bedroht ihren eigenen Seeverkehr, eine Gefahr, die den Amerikanern seit der Streife von „U 53" nichts Fremdes mehr ist. Ist England einmal niedergerungen, dann wird auch mit den Vereinigten Staaten die Verständigung herbeizuführen sein, die allein ihnen die Wiederkehr wirtschaftlichen Gedeihens ermöglicht und die ihnen politische Opfer nicht aufzuerlegen braucht.

Das entscheidende Moment bleibt immer: wir müssen der amerikanischen Gefahr ins Auge sehen, weil wir im Interesse unserer staatlichen Existenz den Sieg, und zwar einen baldigen Sieg, erfechten müssen. Um so mehr, nachdem die Antwort auf das deutsche Friedensangebot nach Form und Inhalt klargestellt hat, daß unsere Feinde es nach wie vor auf die politische Vernichtung Deutschlands abgesehen haben.

Dafür, daß der U-Boot-Krieg an seinem Teil zum Siege führen wird, stehe ich ein.

Der Chef des Admiralstabes der Marine
v. Holtzendorff

Anmerkungen.

Anmerkung 1: Der englische Weizenvorrat.

Der englische Weizenvorrat setzt sich zusammen aus den Beständen von fremdem Weizen in den Häfen des Vereinigten Königreichs; aus den Mengen heimischer Ernte in erster Hand, d. h. die noch in den Scheunen der Landwirte sich befinden; endlich aus den Beständen zweiter Hand, d. h. bei Händlern und Müllern. Einblick in diese Verhältnisse gewährt das Fachblatt der Londoner Getreidebörse, der „London Grain, Seed and Oil Reporter", der allwöchentlich eine umfangreiche Statistik bringt; das Fachblatt der Liverpooler Börse, die „Corn Trade News", und schließlich die ausgezeichnet bediente Tagespresse. Diese Quellen wollen kritisch verwertet werden. Mit der Gewöhnung an volle, auch im Kriege beibehaltene Offenheit, die dem Aufbau des englischen Lebens auf Handel und auf Teilnahme jeden Bürgers an den öffentlichen Dingen entspricht und deshalb jedermann unterrichtet halten soll, verbindet sich seit geraumer Zeit das Bestreben, das In- und Ausland über die Sicherheit der englischen Brotversorgung zu beruhigen. Wer aber die Veröffentlichungen ständig verfolgt und vergleicht, findet unschwer heraus, was die Redaktionen in Wahrheit denken.

Nach der Statistik des „Reporter" vom 5. Dezember machten die Bestände an fremdem Weizen 2,4 Millionen Quarters (zu 217,7 kg) aus und haben damit einen verhältnismäßig hohen,wenn auch in den letzten Wochen wieder abgeschwächten Stand erreicht. Das Blatt bemerkt seit Anfang Oktober, es „glaube", daß die Ziffer nicht „sämtliche" für Rechnung der Regierung gehaltenen Mengen erfasse; eine Andeutung, die in ihrer Formulierung und im Zusammenhang aller über die Zufuhren bekannten Zahlen wenig besagt, aber, wohl mit guter Absicht, einer allgemeinen Hoffnung Raum läßt, die Regierung habe noch weitere Sicherheiten in der Hinterhand. Die Angaben beruhen auf einer Berechnung aus den bekannt gewordenen Zufuhren und Ablieferungen, nicht auf Bestandsaufnahmen, die vielmehr nur in längeren Abständen kontrollierend erfolgen. Es scheint, daß Verschiffungen aus Kanada, die im übrigen nicht beträchtlich sind, in der Statistik des „Reporter" fehlen. Man geht über die Grenzen der Vorsicht hinaus, wenn man die Summe sämtlicher Regierungs- und privaten Bestände mit 3 Millionen Quarters annimmt.

Die Bestände erster Hand in englischem Weizen beziffert der „Reporter" vom 5. Dezember auf 4,461 Millionen Quarters. Am 12. September ist in seine Statistik die neue Ernte, abzüglich des Restbestandes vorjähriger Ernte von etwa 570 000 qrs., mit knapp 6 Millionen Quarters eingetreten. Das entspricht der inzwischen veröffentlichten amtlichen Schätzung von 6,9 Millionen Quarters abzüglich der üblichen rund 1 Million für Saat-

usw. Zwecke. Der Bestand vom 5. Dezember soll hier zu aller Vorsicht mit 5 Millionen Quarters angenommen werden, das Ernteerträgnis dieses Herbstes also mit einer zum Verzehr verbleibenden Menge von rund 6½ Millionen; auch mögen alle Nachrichten über mangelhafte Beschaffenheit und über Nässe der Ernte, die ihre Lagerfähigkeit herabsetzen, unberücksichtigt bleiben.

Für die Bestände zweiter Hand fehlt es an einer Statistik. Normal betrugen sie früher etwa 2½ Millionen Quarters. Die staatliche Monopolisierung der Weizeneinfuhr ist von dem Minister Runciman am 10. Oktober im Unterhaus u. a. damit begründet worden, daß der Handel nur ein Mindestmaß von Vorräten gehalten habe, im Hinblick auf die militärische Möglichkeit der Befreiung großer eingesperrter Weizenmengen durch militärische Maßnahmen, d. h. die Öffnung der Dardanellen in Verfolg der rumänischen Kriegserklärung; und die „Corn Trade News" bestätigen in ihrem Wochenbericht vom 24. Oktober die von der Regierung gegebene Begründung mittelbar durch die Bemerkung, der Handel hätte schon große Reserven gehalten, wenn nur die Regierung sich nicht in das Getreidegeschäft eingemischt und so die Unsicherheit verbreitet hätte. Die Zuschrift eines Liverpooler Getreidehändlers an den „Manchester Guardian" vom 16. Oktober rechnet nur mit 1 Million Quarters; die „Times" vom 31. Oktober sprach von den schwindenden Vorräten der Müller. Mit 2 Millionen Quarters wird man danach die Vorräte zweiter Hand überreichlich annehmen.

Das ergibt einen Gesamtbestand Anfang Dezember von 10 Millionen Quarters, der angesichts eines Wochenverbrauchs von 650 000 qrs. für 15 Wochen reichen würde. Die Frage der Höhe des Wochenverbrauchs war lange zweifelhaft. Bis Anfang Oktober gab sie der Statistiker des „Reporter" mit nur 600 000 qrs. an, dann zunächst mit 630 000 qrs. Doch rechnete sich auch bisher schon für längere Zeiträume, wenn auch nicht für jede Woche, der Verbrauch auf Grund der Zufuhren und des verbliebenen Bestandes auf rund 650 000 qrs. aus, die „Corn Trade News" gaben immer 640 000 qrs. an, und der „Reporter" ist zu 650 000 qrs. übergegangen, sobald er die Ziffer der Zufuhren ausreichend gestiegen fand, um den hohen Verbrauch vor dem Publikum ohne Schmälerung der ausgerechneten Bestände vertreten zu können.

Anmerkung 2: Der nordamerikanische Ausfuhrüberschuß.

England hat ausweislich der vom Handelsamt herausgegebenen accounts relating to trade and navigation of the United Kingdom im Erntejahr September 1915/August 1916 an Weizen und Weizenmehl etwa 25½ Millionen Quarters eingeführt. Davon kamen 16,4 Millionen aus den Vereinigten Staaten und 7 Millionen aus Kanada, insgesamt also 23,4 Millionen oder 92 % des Ganzen. Argentinien war, wie schon in der Juli-Denkschrift bemerkt, in den Hintergrund gedrängt, um mit der kürzeren Reise von Nordamerika Schiffsraum zu sparen. Dieser Gesichtspunkt galt verstärkt gegenüber Indien und vor allem Australien, das man

auf seiner reichlichen Ernte sitzen ließ; das war Sache der Geographie, nicht des „imperial sentiment", wie der „Glasgow Herald" am 29. Juni sagte. Es ist lehrreich, daß der Engländer, vor dessen selbstsicherer Rücksichtslosigkeit im Handeln ein großer Teil der Welt sich beugt, auch solche Rücksichtslosigkeit des Wortes unangefochten sich leisten kann.

Im Vorjahr verfügte Nordamerika über eine Rekordernte. Jetzt liegt der gegenteilige Fall vor. Die Vereinigten Staaten schätzen amtlich ihre auch der Beschaffenheit nach vielfach minderwertige Ernte auf 158 Millionen bushels (= 27,2 kg) Frühjahrsweizen gegen 356 Millionen im Vorjahr und 482 Millionen Winterweizen gegen 655 Millionen im Vorjahr, wovon indes nur 515 Millionen mahlfähig gewesen seien; während diesmal der Winterweizen von guter Beschaffenheit sein soll. Vom Frühjahrsweizen rechneten die „Corn Trade News" vom 16. September 20 Millionen bushels Abgang an nicht mahlfähiger Ware; eine von demselben Blatt am 18. Oktober wiedergegebene Aufstellung des ersten amerikanischen Ernteсachverständigen Snow kürzte 18 Millionen für leichtes Gewicht. Beide Abgänge mögen hier vorsichtshalber außer Ansatz bleiben. Insgesamt ergeben sich also 640 Millionen bushels. Dazu sollen die Vereinigten Staaten in ihr am 1. Juli beginnendes Erntejahr mit 163 Millionen bushels Reserve aus der alten Ernte eingetreten sein. Das gibt Vorräte zu Beginn des Erntejahres von insgesamt 803 Millionen bushels. Dem steht der heimische Bedarf gegenüber, der von Snow auf 623 Millionen bushels angegeben wird. So kommt man zu einem Überschuß von rund 180 Millionen, der, nach der geringsten Berechnung der am Schlusse des Erntejahres benötigten Reserve auf 50 Millionen, noch 130 Millionen bushels Ausfuhrware übrig läßt. Davon hatten die Vereinigten Staaten bis zum 31. August rund 25½ Millionen ausgeführt. Es bleiben danach für das mit dem 1. September 1916 beginnende englische Erntejahr fast 104½ Millionen bushels übrig, die man zur Vorsicht, da die Schätzungen möglicherweise zum Nutzen der Preise knapp gehalten worden sind, auf 110 Millionen bushels zu erhöhen gut tun wird. Danach wären die Vereinigten Staaten mit rund 13¾ Millionen Quarters in das englische Erntejahr eingetreten.

Die kanadische Ernte ist amtlich auf 160 Millionen bushels geschätzt worden. Die „Corn Trade News" vom 24. Oktober erwähnten eine günstigere Privatschätzung von 200 Millionen, auf Grund deren sie sich zu „gemäßigtem Optimismus" berechtigt fühlten. Man würde zur Sicherheit von dem Mittel, also 180 Millionen, ausgehen können. Die Reserve aus dem Vorjahr ist für den 1. September auf 28 Millionen bushels berechnet worden, der Eigenbedarf des Landes auf 100 Millionen, sodaß als Ausfuhrüberschuß 108 Millionen bushels verblieben. Laut „Times" vom 24. November lautet die amtliche Schätzung jedoch nur auf etwa 99½ Millionen bushels — etwa 12½ Millionen Quarters.

Der ganze Ausfuhrüberschuß Nordamerikas stellt sich danach für den 1. September auf 26¼ Millionen Quarters, der weiterer Vorsicht halber mit einem Zuschlag von 5 % auf 27½ Millionen Quarters erhöht werden soll. Im Juli und August 1917 würden dazu aus den Verschiffungen von Frühjahrsweizen weitere 3 Millionen Quarters kommen können.

England hat im letzten Erntejahr etwa 40 % der amerikanischen Verschiffungen erhalten. Es liegt nahe, den Anteil zu steigern. Das stößt auf die Schwierigkeit, daß angesichts der Lage des Weltweizenmarktes die Nachfrage von überall andrängt. Insbesondere sind auch Frankreich und Italien infolge geringerer Ernten selbst genötigt, mehr beziehen zu müssen. Der Gefahr des Wettbewerbes zwischen den Verbündeten hat eine Abmachung vorbeugen sollen, die den gemeinsamen Einkauf in die Hand Englands gelegt hat. England wird sich dabei nicht zu kurz kommen lassen, kann aber seine Bundesgenossen aus Gründen offenbaren politischen Zwanges nicht im Stich lassen. Bisher stellt sich im Durchschnitt der letzten beiden Monate der englische Anteil auf rund 50 %, so daß England 13¾ Millionen Quarters aus Nordamerika zu erwarten hätte. Hiervon waren seit September bis zum 23. November bereits etwa 7¼ Millionen verschifft. Die verbleibenden 6½ Millionen Quarters würden nach Maßgabe der Verschiffungen der letzten Wochen von durchschnittlich 334 000 qrs. bis Anfang April reichen. Auch bis dahin fehlen immerhin 191 000 qrs. = 36 % an dem englischen Einfuhrbedürfnis der Woche. Diese Rechnung scheint eher zu günstig zu sein. Man hat in England wiederholt ausgesprochen, daß im neuen Jahr nicht mehr mit erheblichen Zufuhren aus Nordamerika werde gerechnet werden können. Andererseits sind im November auch reichlichere Schätzungen des nordamerikanischen Ausfuhrüberschusses, bis zu 33, ja 35 Millionen Quarters, laut geworden. Diese Schätzungen machten den Eindruck, daß sie wesentlich zur Beruhigung dienen sollten. Im ganzen scheint die Annahme gerechtfertigt, daß die Zufuhren aus Nordamerika schon im Februar ernstlich abzufallen beginnen werden.

Diese Auffassung findet sich durch die Beobachtung des amerikanischen Weizenmarktes bestärkt.

Die Preisbewegung in den Vereinigten Staaten ist nur durch außergewöhnliche Knappheit zu erklären. Die Mittelsorte red winter erreichte gegenüber 100 cts um die Mitte des Jahres im November 190 cts; das bedeutet rund 300 ℳ auf die Tonne, die in Deutschland bekanntlich 260 ℳ kostet. Die „Corn Trade News" berichteten am 30. Oktober, daß der Brotpreis in Chicago einem Preise von 1 s 5⅓ d für das Brot von 4 englischen Pfunden gegen 10 d englischer Preis entsprach, also um 70 % höher stand. Laut „Reporter" vom 18. Oktober ist Weizen aus Argentinien nach den Vereinigten Staaten verschifft worden, ein unerhörter Vorgang. Die nördlichen Bezirke, die hauptsächlich Getreide bauen, haben schon kanadischen Weizen gekauft, wogegen sich Kanada begreiflicherweise sträubt, schon um seinen ganzen Ausfuhrüberschuß dem Mutterland zu erhalten. Man rechnete in den Vereinigten Staaten mit einem Ausfuhrverbot der kanadischen Regierung für hochwertigen Weizen. Australische Weizenverschiffungen nach der amerikanischen Westküste hat man wohl damit erklären wollen, daß auf diese Weise amerikanischer Weizen zur Verschiffung von der Ostküste nach Europa frei gemacht werden sollte. Die überlastung der amerikanischen Bahnen, die nach allen Berichten schon die normalen Getreidetransporte des Landes nicht bewältigen können, macht eine solche Annahme unwahrscheinlich; keinesfalls kommt in Frage, daß erheblichere

Mengen von Getreide vom Westen her über den amerikanischen Kontinent verteilt werden könnten, um entsprechende Ausfuhrmengen für Europa frei zu machen.

Seit Mitte September macht sich in den Vereinigten Staaten das Verlangen geltend, die Weizenausfuhr zu verbieten, um dem Volk das Brot zu verbilligen. Petitionen gehen deswegen an den Präsidenten; der Vorsitzende eines der Ausschüsse des Repräsentantenhauses, Mr. Fitzgerald, hat einen entsprechenden Antrag eingebracht. Landwirte und Händler wehren sich, bisher mit Erfolg, nach Kräften dagegen; auch scheint die amerikanische Regierung im Interesse ihrer englischen Freunde eine solche Maßnahme tunlichst hintanhalten zu wollen. Ende September schon wurde in den Vereinigten Staaten empfohlen, dem Brot Mais zuzusetzen

Bezeichnend ist, daß der amerikanische Weizenpreis fällt, sobald die Befürchtung entsteht, die Vereinigten Staaten könnten in den Krieg einbezogen werden oder es könne auch ohne Krieg zu dem Ausfuhrverbot kommen. Neuerdings hat auch das Friedensangebot der Mittelmächte preisdrückend gewirkt.

Anmerkung 3: Die Weltversorgung mit Weizen.

Zu dem mit 27½ Millionen Quarters angenommenen Ausfuhrüberschuß Nordamerikas, der sich im Juli und August 1917 um 3 Millionen Quarters Frühjahrsweizen erhöhen mag, kommt als geographisch nächstdem günstigst gelegen der argentinische. Argentinien soll den Fachblättern zufolge in das laufende Erntejahr 3 bis 4 Millionen Quarters Restbestand alter Ernte eingebracht haben, während von der neuen Ernte ein Überschuß von 5 Millionen Quarters erwartet wurde. Seit Oktober wurden die Nachrichten über die argentinische Ernte immer ungünstiger: die Heuschreckenplage, geringere Anbaufläche und vor allem lange Dürre beeinträchtigten den Ertrag namentlich der nördlichen Provinzen in außergewöhnlichem Grade. Gegen Ende November kündigte die „Times" an, daß die argentinische Regierung ein Ausfuhrverbot für Weizen und Mais erlassen werde. In letzter Zeit sind die Nachrichten wieder ein wenig günstiger geworden. Man wird danach jetzt im ganzen einen Ausfuhrüberschuß von 6 Millionen Quarters annehmen müssen.

Den indischen Ausfuhrüberschuß für 1916/17 nahmen die „Corn Trade News" auf 6 Millionen Quarters, freilich in sehr vorsichtigen und unverbindlichen Wendungen, der „Reporter" nur mit 4 Millionen Quarters an. Es ist noch reichlich früh, die Aussichten der im März/April einkommenden Ernte zu schätzen; doch geben die Zahlen früherer Jahre und die Erinnerung an das Vorjahr, das trotz der Inanspruchnahme der Ernte seitens der Regierung eine Enttäuschung bereitete, Anlaß, jene Ziffern mit Zurückhaltung zu betrachten. Am 17. November wurde amtlich bekannt gegeben, daß die indische Regierung die Ausfuhr von knapp 2 Millionen Quarters erlaubt habe. Alles in allem wird praktisch höchstens mit 5 Millionen Quarters gerechnet werden dürfen.

Australien endlich verfügt noch aus der reichen Ernte des Vorjahres über einen wegen Mangels an Frachtraum verbliebenen beträchtlichen Restbestand. Er ist auf 10 bis 12 Millionen Quarters angegeben worden. Die neue Ernte sollte, wiewohl verschiedentlich über die erheblich kleinere Anbaufläche berichtet wurde, reichlich, wenn auch nicht so glänzend wie im Vorjahr, werden. Es sei mit einem Ausfuhrüberschuß des Erntejahres von 20 Millionen Quarters gerechnet, wenn auch seit Ende November die „Times" wiederholt meldete, daß sich die Aussichten der neuen Ernte infolge ungünstigeren Wetters verschlechterten.

Nimmt man schließlich noch 1 Million Quarters Ausfuhrüberschuß anderweiter Herkunftsgebiete, insbesondere aus Nordrußland und Nordafrika, an, so ergibt sich, daß aus allen Ausfuhrländern zusammen im Erntejahr 1916/17 etwa 62½ Millionen Quarters zur Verfügung stehen.

Dem gegenüber braucht zunächst England 27¼ Millionen Quarters.

Den französischen Einfuhrbedarf nehmen die Fachblätter mit 12 Millionen Quarters gegen 9,9 Millionen im Vorjahr an. Die aus dem Vorjahr übernommenen Vorräte werden als gering bezeichnet; die neue Ernte ist knapp und mit kaum 26 Millionen Quarters gegen 29 Millionen im Vorjahr und 43 Millionen in normalen Jahren zurückgeblieben.

Für Italien werden 8 bis 9 Millionen Quarters Einfuhrbedarf angenommen gegen 10 Millionen im Vorjahr. Der geringere Ansatz beruht auf einer Ernteschätzung, die in Weizen dem Vorjahr ungefähr gleichkommt; während Mais um den dritten Teil hinter dem normalen zurückbleibt. Der „Corriere Economico" schätzte denn auch den Einfuhrbedarf auf 11½ Millionen Quarters. Trotzdem sollen hier nur 9 Millionen angesetzt werden. So ergeben sich für die drei großen europäischen Verbandsländer 48¼ Millionen Quarters Einfuhrbedarf. Dazu kommt Portugal mit 500 000 qrs. und bringt das Erfordernis des Verbandes auf 48¾ Millionen.

Was den Bedarf der übrigen europäischen Staaten anlangt, so kann man für Holland und Belgien, der Fachpresse zufolge, 7 Millionen Quarters rechnen. Auf Spanien entfallen, wenn auch die diesjährige Ernte reichlich ist, immerhin 500 000 qrs. Skandinavien wird mit 2½ Millionen, die Schweiz mit 1 Million, Griechenland mit 2½ Millionen angenommen, einschließlich eines an Serbien abzugebenden Anteils. Das macht für Europa außer den Verbandsstaaten weitere 13½ Millionen Quarters aus.

Schließlich entfallen auf die außereuropäischen Länder 6 Millionen Quarters.

Anmerkung 4: Berechnung des auf England fahrenden Schiffsraums.

Die Statistik der vom englischen Handelsamt allmonatlich herausgegebenen accounts relating to trade and navigation of the United Kingdom zeigt die Zahlen der beladen in englische Häfen eingelaufenen und aus englischen Häfen ausklarierten Seeschiffe, getrennt nach der Flagge und spezifiert nach den einzelnen Herkunfts- und Bestimmungsländern.

Um danach den auf England fahrenden Schiffsraum zu ermitteln, ist von den beiden Zahlen der von einem Lande eingelaufenen und nach dem-

selben Lande ausklarierten Schiffsräumte die höhere Zahl zugrunde zu legen. Sind beispielsweise 505 000 t englischer Schiffsraum aus den Vereinigten Staaten eingelaufen und 298 000 t nach den Vereinigten Staaten ausklariert, so beläuft sich der zwischen England und den Vereinigten Staaten beschäftigte Schiffsraum auf 505 000 t Die hier aufgemachte Rechnung legt die Durchschnittszahlen der Monate Juli bis September 1916 zugrunde. Sie hat ermittelt, mit welcher Anzahl von Reisen im Jahr in den Fahrten zwischen England und den einzelnen Ländern zu rechnen ist. Daraus ergibt sich der Schiffsraum, der nötig ist, um im Monatsdurchschnitt den Seeverkehr Englands mit dem betreffenden Lande zu bewältigen.

Danach ergeben sich folgende Schlußziffern für den Seeverkehr der englischen Häfen und den auf England fahrenden Schiffsraum (in Brutto Register-Tonnen):

	Seeverkehr der englischen Häfen	auf England fahrender Schiffsraum
Britische Schiffe	3 323 400	6 755 000
Sonstige feindliche Schiffe . . .	585 750	912 300
Neutrale Schiffe	2 262 200	3 090 200
	6 144 350	10 757 500

Die Einzelheiten der Rechnung können im Admiralstab eingesehen werden.

Teil VI
Zur Stimmung der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber Deutschland und einer Friedensaktion Wilsons

---

1. Mission des Obersten House Anfang 1916.

191

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 17. Dezember 15
Nr. 556 Washington, 23. November 15

In meiner letzten Unterredung mit Oberst House entwickelte mir dieser Herrn Wilsons neuesten Plan, nach welchem der Präsident wieder als Friedensstifter auftreten will. Das einzige Greifbare an dem Plan ist bisher, daß eine zweite Mission des Oberst House nach London und Berlin erfolgen soll, wenn Euere Exzellenz damit einverstanden sind.

Alles übrige ist noch nebelhaft . . . Herr Wilson ist der Ansicht, daß er sich nicht in Fragen wie territoriale Änderungen, Indemnität usw. einmischen dürfe. Solche Angelegenheiten gingen die Amerikaner nichts an, und der Präsident würde daher die hiesige öffentliche Meinung nicht hinter sich haben, wenn seine Friedensaktion auf derartige Fragen einginge. Woran aber die Amerikaner allein großes Interesse hätten, sei die Wiederherstellung des Friedens, sowie die Beseitigung von „militarism“ und „navalism“. Deutschland werde England nur in dem Falle zwingen können, die „Freiheit der See“ anzuerkennen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika dieses Verlangen unterstützen und daß wir bereit seien, unseren angeblich bedrohlichen Militarismus zu beseitigen. Die kriegführenden Mächte sollten sich also gewissermaßen gegenseitig dagegen versichern, daß ein neuer Krieg ausbricht.

Oberst House sagt mir, er habe obige Gedanken Euerer Exzellenz bereits mündlich vorgetragen, so daß ich nicht weitläufig auf dieselben einzugehen brauche. Die praktische Durchführung des Planes hält Herr Wilson für möglich, weil alle Kriegsvorbereitungen heutzutage, wie aus den neuesten Erfahrungen ersichtlich, von der Anfertigung der Munition abhängig. Nach dieser Richtung hin könnten von beiden Seiten bindende Zusagen gegeben werden. Der Präsident meint, diese Vorschläge müßten sämtlichen beteiligten Mächten willkommen sein, weil diese nach Wiederherstellung des Friedens alle Männer für die Industrie brauchen werden, um die Geldmittel zu beschaffen, mit denen die Kriegsschulden bezahlt werden könnten. Herr Wilson glaubt ferner, daß alles andere sich leicht erledigen ließe, wenn seine Friedensbasis angenommen würde.

Ich kann von hier aus nicht ermessen, ob Euerer Exzellenz jetzt irgendeine Friedensaktion erwünscht ist und ob die Bedingungen, welche wir stellen werden, schon greifbare Form angenommen haben. Immerhin scheint mir Herrn Wilsons Idee „der Freiheit der See" sehr beachtenswert, weil England im letzten Ende diesen Krieg herbeigeführt hat, um seine Seeherrschaft wieder auf Jahre hinaus zu sichern. Zu entscheiden wäre nur, ob wir hinsichtlich des sogenannten „Militarismus" Konzessionen machen können und wollen. Es wären ja schließlich nur Scheinkonzessionen, da unser „Militarismus" niemals jemand bedroht noch bedrückt hat.

Von hiesigem Standpunkt aus betrachtet, erscheint mir die Mission House wünschenswert, weil die Vereinigten Staaten in Berlin leider so schlecht vertreten sind. Oberst House ist zum mindesten völlig neutral, sehr diskret sowie vertrauenswürdig und steht inmitten der hiesigen politischen Verhältnisse. Er könnte viel beitragen, die gegenseitigen Beziehungen zu verbessern. Wenn Euere Exzellenz indessen bereits dahin entschieden haben, daß der sogenannte „Militarismus" bei den Friedensverhandlungen gänzlich ausgeschaltet werden soll und muß, so könnte die Mission House uns Verlegenheiten bereiten. Falls dieselbe aber erwünscht ist, erbitte ich ein Radiogramm mit dem einzigen Inhalt „Einverstanden". Daraufhin würde Herr House gleich abreisen, und ich will ihn gegebenenfalls zu bereden suchen, erst nach Berlin und dann nach London zu fahren. Wenn ich nichts von Euerer Exzellenz höre, so werde ich Herrn House dilatorisch behandeln. Er hat sich mir bisher außerordentlich nützlich erwiesen.

Bernstorff

192

Staatssekretär v. Jagow an Botschafter Graf Bernstorff

Telegramm Nr. 180

Reply to No. 556 — Berlin, 20. Dezember 15

Colonel House welcome desirable he come here first to discuss meaning of word concerning our country. Foreign.

v. Jagow

193

Staatssekretär Solf an Staatssekretär v. Jagow

Eing. Berlin, 28. Januar 16 — Berlin, 28. Januar 16

Lieber Herr von Jagow!

Colonel House hat auf dem Frühstück bei Mr. Gerard über anderthalb Stunden mit mir gesprochen. Von dem vielen Interessanten möchte ich folgendes herausheben: Zunächst den allgemeinen Eindruck, daß er sichtlich

bemüht ist, Licht in die Dunkelheit des internationalen Wirrwarrs zu bringen und das ehrliche Streben zeigt, **to be as neutral as possible.** Er hat in England fast alle prominenten Leute gesehen und mit ihnen konferiert. Die meisten scheinen ihm **antigerman.** Am längsten weilte er bei Sir Edward Grey, den er als den traktabelsten und zum Verhandeln geeignetsten und auch bereitesten schilderte. Seine Stellung sei aber schwierig geworden und die Möglichkeit seines Ersatzes durch einen Nachfolger aus dem Kreise der ausgesprochenen Deutschenfeinde drohend. House hält einen etwaigen Abgang Greys im deutschen Interesse für unerwünscht und verhängnisvoll. Es sei ein Zwiespalt in London zwischen **civil and military government.** Denselben Zwiespalt setze man in London bei uns voraus und bedauere, daß Kanzler, Sie, Zimmermann **and the rest of civilians** nicht immer die Oberhand behielten. Presse und Volksstimmung in England sei stärker als der Regierungswille. Der König sei **nobody** und im ganzen Kabinett kein überragend fähiger und durchdringender Staatsmann. Über die schlechte Meinung, die man in Deutschland von Amerika habe, sei er unterrichtet und verstände unsere Auffassung. Dieselbe schlechte Meinung, vielleicht schlimmer, sei aber in England gegen seine Regierung. Das Austauschen recht unfreundlicher Noten zwischen Washington und London entzöge sich wohl der Kenntnis unserer Regierung. Die Stimmung sei weit entfernt von einträchtig und erfreulich. Er seinerseits sei nach wie vor bemüht, aufzuklären und dahin zu wirken, daß der wahnsinnigen Abschlachterei und Zertrümmerung der ganzen Welt ein Ziel gesetzt würde. Er glaube zuversichtlich, daß genügend einsichtige Leute in England seien, die genau dächten, wie eine Reihe von Deutschen, die er hier getroffen. Zum Kanzler habe man Vertrauen, ebenso zum Auswärtigen Amte. Grey hätte das betont und sei seinerseits geneigt, über Blockade und Unterseebootskrieg zu debattieren und die Aushungerungspolitik aufzugeben gegen Einschränkung des Torpedokriegs. **But he stands rather alone!** Über seine Lieblingsidee **the freedom of the sea** sagte er folgendes: Nachdem er seine Ansicht bei seinem letzten Besuch in Berlin dem Kanzler mitgeteilt und dieser sich mit dem Grafen Bernstorff deswegen in Verbindung gesetzt habe, sei seine Anregung früher in London bekannt geworden, als er selbst die Rede darauf gebracht hätte, sodaß für ihn die Schwierigkeit entstanden sei, seine Freunde in England zu überzeugen, daß die Anregung nicht von Deutschland, sondern von ihm ausgegangen sei. Die ganze Frage sei aber damals durch das Eingreifen der „Lusitania"-Affäre illusorisch geworden. Die Stimmung in England hätte sich mit einem Schlage so geändert, daß es für ihn fast gefährlich gewesen sei, über die Frage der Umgestaltung von Seerechts-Doktrinen zu sprechen. Jetzt, bei seinem letzten Besuche habe er mit Lloyd George, Lord Reading (**Chief Justice?**) und auch mit Grey wiederum darüber gesprochen und ihren Widerstand so weit überwunden, daß sie seine Auffassung wenigstens für diskutabel hingestellt hätten. Am meisten bedauere er, daß kein **arbiter** für den Frieden da wäre, nachdem er es für ausgeschlossen halten müsse, daß Deutschland seinem Lande die genügende Unparteilichkeit für ein solches Amt zutraute. Wenn eine Plattform gegeben wäre, auf der Leute, wie z. B. Grey in Eng-

land und Sie hier, zusammenkommen könnten, man würde between early in the morning and sunset zu einer Verständigung kommen. Ohne aber zu verhandeln, könne dieser Krieg nicht zum Ende kommen und Verhandlungen könnten und würden, nach seiner festesten Überzeugung, zu einer Verständigung zwischen Deutschland und England führen. Der Boden wäre dazu trotz alledem noch da.

Seine Argumentationen waren meist recht plausibel bis auf das, was er mir auf mein gravamen gegen die Munitionslieferungen erwiderte. Das war recht schwach.

In aller Eile mit bestem Gruß

Solf

194

Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg über ein Gespräch mit Oberst House.

Berlin, 28. Januar 16

Der im vorigen Jahre angeregte Gedanke der Freiheit der Meere — Freiheit im Kriege ebenso wie im Frieden — sei leider von Bernstorff und Dernburg als deutsche Idee ausgenützt worden, was der Sache in Amerika geschadet habe. Sir Edward Grey habe den Gedanken als diskutabel bezeichnet, Lloyd George zunächst als gänzlich indiskutabel, sei aber im weiteren Verlaufe des Gesprächs scheinbar auf ihn eingegangen. Indessen habe der Lord Chief Justice, ersichtlich in Lloyd Georges Auftrag, diesen Eindruck hinterher ausdrücklich als falsch bezeichnet. Die Versenkung der „Lusitania" habe alsdann jede Weiterspinnung des Gedankens unmöglich gemacht. Meine Frage, ob Wilson weiterhin und noch während des Krieges die Freiheit der Meere gegen England verfechten wolle, wurde mit Entschiedenheit bejaht; leider hätten die immer erneuten Zwischenfälle mit uns dem Präsidenten die Hände gebunden. Ich wandte dagegen ein, daß wir doch im Interesse der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Amerika stets alles getan hätten, was uns zu tun überhaupt möglich sei, der Erfolg sei aber lediglich der gewesen, daß England unsere Absperrung immer enger zöge. Das sei ein unerträglicher Zustand.

Trotzdem meinte er, die Mißstimmung gegen Amerika sei in England beinahe ebenso groß, wie bei uns. Auch dort sei ihm gesagt worden, Wilson habe sich die Möglichkeit, als Friedensvermittler aufzutreten, durch seine Haltung, die von Bernstorff bestimmt werde, gänzlich verscherzt. Ich fragte, ob man in England glaube, daß Bernstorff Wilson die „Lusitania" Noten in die Feder diktiert habe, und man habe dort wohl erwartet, daß Amerika nicht nur Munition liefern, sondern auch die Waffen für England ergreifen werde.

Mit besonderer Betonung wurde zweimal mitgeteilt, Lloyd George wünsche einen dauerhaften Frieden, aber einen Frieden, der zu fester Ver-

ständigung mit uns führe. Runcimans Reden seien unverantwortlich, aber der sei ein kleiner Mann und habe nichts zu sagen. Eine große Schwierigkeit bestehe überhaupt darin, daß in England kein einheitlicher Kabinettswille bestehe. Die Kabinettsmitglieder seien eben alle verschiedener Ansicht. Aber ein Ausweg müsse doch schließlich gefunden werden. Gegenwärtig erscheine der Entente ein Frieden unmöglich, weil wir auf Grund der bestehenden militärischen Lage Forderungen stellen würden, die die Entente, da sie nicht besiegt sei, nicht erfüllen könne. Sie setze den Krieg in der Erwartung fort, daß sich unsere Situation verschlechtern würde. Ich fragte, wie sich die Entente das vorstelle, und ob wir etwa um Frieden bitten sollten; jedenfalls wir seien doch nicht besiegt. Man müsse aber überhaupt nicht von ask for peace sprechen, doch man könne beginnen, to talk about peace. Ich hätte das im Reichstage getan, aber die Antworten, die ich erhalten, kenne er. Auch ich wünsche einen dauerhaften Frieden, und dazu gehöre, daß wir weder von Polen noch von Belgien aus in Zukunft bedroht werden könnten. Auch müßten wir eine indemnity haben für Nordfrankreich, die Frankreich werde zahlen müssen. An der Verständigung mit England hätte ich lange genug gearbeitet. Dabei bin ich auf die Mission Haldane zurückgekommen und habe an den perniziösen Eindruck erinnert, den die Zurückweisung aller unserer Vorschläge, die immer festere Bindung Englands an die Entente, sein Verhalten beim Ausbruch und während der Dauer des Krieges auch auf die verständigen und ruhigen Kreise Deutschlands gemacht habe. Mir hätte immer eine loyale Verständigung mit England unter Hinzutritt Amerikas vorgeschwebt, die dann den Frieden der Welt verbürgt hätte, und diesem großen Ziele gegenüber sei mir allerdings die Neutralität Belgiens, an die sich Sir Edward Goschen bei seiner letzten, übrigens privaten Unterredung mit mir geklammert habe, als ein scrap of paper erschienen.

England habe vieles wieder gut zu machen, bevor sich auch nach dem Frieden wieder verständige Beziehungen zwischen uns entwickeln könnten.

Die letzte Rede Sir Edward Greys über die Blockade gab Mr. House vor, noch nicht zu kennen. Von Frankreich sagte er mir, daß man dort in very high spirits sei.

Seiner Bemerkung gegenüber, daß man in England zwar zu mir, Jagow, Zimmermann und Solf Vertrauen habe, der Militärpartei aber mißtraue, betonte ich mit großer Entschiedenheit, daß zwischen dem Kaiser und mir niemand und nichts stehe, was ihn sichtlich beeindruckte.

Als Beispiel für die Behandlung unserer Gefangenen in Rußland erzählte ich ihm, die Kaiserin habe kürzlich einen jungen, schwerverwundeten, aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrten Offizier gesprochen, den die Russen, nachdem ihm ein Bein amputiert gewesen sei, im Hemd in eine Zelle gesperrt hätten, wo nur eine Pritsche ohne Stroh gestanden habe, aber 14 Grad Kälte geherrscht hätten. Er war empört und will seinen Präsidenten zu energischen Maßnahmen auffordern.

Bethmann Hollweg

2. Brief des Gesandten v. d. Lancken.

195

Gesandter v. d. Lancken an Geh. Legationsrat Montgelas, damals Vortragender Rat im Auswärtigen Amte

Eing. Berlin, 18. Januar 16 Brüssel, 16. Januar 16

Lieber Graf Montgelas!

. . . Alsbald nach Rückkehr des Gesandten Brand-Whitlock hatte ich mit ihm eine lange freundschaftliche Unterhaltung . . .

Aus der Unterhaltung allgemeiner Art mit dem Gesandten Brand-Whitlock möchte ich noch folgendes erwähnen.

Whitlock ist bekanntlich ein alter persönlicher Freund und Schützling Wilsons. Er hatte mit diesem jetzt eine vertraute Aussprache und versicherte mir, daß Wilson . . . in seiner Politik im Grunde kein eingeschworener Deutschenfeind sei. Nach Whitlocks Überzeugung hält Wilson die Vernichtung oder auch nur eine schwere politische Schwächung Deutschlands nicht im amerikanischen Interesse gelegen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil das wichtigste Ziel der amerikanischen Politik ebenso wie für uns „freedom of the sea" sei. Ein relatives Wohlwollen Wilsons für Deutschland folge auch aus seiner persönlichen Bewunderung für die deutsche Philosophie und Literatur. Ein solches Volk, habe Wilson gesagt, müsse seinen Aufstieg behalten.

In der Munitionsfrage habe Wilson nicht anders gekonnt, da ihm die gesetzliche Handhabe zum Verbote fehlte. Außerdem habe ihn die Überlegung geleitet, daß auch Amerika einmal in einem größeren Kriege Munition von Übersee beziehen müßte.

Sehr beschäftigte Wilson die Frage, wann seine Friedensvermittelung einzusetzen haben werde. Denn daß e r den Frieden zu vermitteln haben werde, das scheint dem Präsidenten nach Whitlocks Äußerungen ganz selbstverständlich zu sein. Nach einer eingehenden Besprechung der sich bietenden Möglichkeiten seien Wilson und er (Whitlock) allerdings zum Ergebnis gekommen, daß jetzt noch kein Faktum vorliege, das auch nur von fern die Brücke zum Frieden bilden könnte. Whitlock selbst ist überzeugt, daß wir bei Wilson zum gegebenen Zeitpunkte wohlwollende Bereitschaft finden würden. Schon allein aus dieser Absicht der Friedensvermittelung sei Wilson nicht gewillt gewesen, Amerika in den Krieg verwickeln zu lassen.

Über das Verhalten des Londoner Botschafters Page in der Cavell-Sache seien Wilson und Lansing sehr aufgebracht gewesen und hätten den Botschafter am liebsten sofort abberufen. Page habe dann tüchtig den Kopf gewaschen erhalten. Die Mission des Obersten House habe ebenfalls den Zweck, Page klar zu machen, daß er ein neutraler Vertreter sei.

Whitlock . . . erzählte mir, daß man ihm während seines Urlaubs eine halbe Million Dollar angeboten habe, wenn er von seinem Posten zurücktrete und in Amerika Vorträge über die Deutschen in Belgien halte. Er hätte nur zuzugreifen brauchen. Da er kein begüterter Mann

ist, bedeutet das für ihn gewiß ein Opfer. Aber er sucht seinen Lohn offenbar in anderer Richtung: Aus Andeutungen darf ich schließen, daß er für die Friedenspläne Wilsons der Mittelsmann zwischen diesem und uns sein möchte und daß auch bei Wilson die Absicht besteht, den ihm völlig ergebenen und gefügigen Mann für diese Zwecke zu benutzen, sobald dem Präsidenten die Zeit dafür gekommen erscheint.

Lancken

---

3. Berichte des Botschafters Graf Bernstorff aus der Zeit vom 18. 2. 16 bis 12. 11. 16.

196

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 13. März 16

Nr. 90 — Washington, 18. Februar 16

Die Veröffentlichung der Herrn Hauptmann von Papen von den Engländern abgenommenen Briefe hat hier im allgemeinen nicht den von unseren Feinden gewünschten Erfolg gehabt. Der antideutsche Ring versuchte die Sache nach Möglichkeit auszunutzen, und einige unserer Freunde, die in den Veröffentlichungen genannt wurden, hatten leider dadurch Unannehmlichkeiten; zum Teil allerdings durch eigene Schuld, da sie unnötigerweise indiskrete Briefe geschrieben hatten. Infolgedessen ist Herr von Papen vielfach auch von hiesiger amtlicher deutscher Seite scharf getadelt worden. Gegen Herrn Dernburg wurden ebenfalls nachträglich Angriffe laut, weil sich der bekanntlich besonders indiskrete Brief Georg von Skals an Maximilian Harden unter den Veröffentlichungen befand. „La critique est aisée et l'art est difficile.“ Es ist nichts leichter als Steine zu werfen gegen jemand, der bei der Durchführung seiner Aufgaben gescheitert ist. Wer mutig die Hand an den Pflug legt, anstatt sich mit einer kritischen schriftlichen Beurteilung bestehender widriger Verhältnisse zu begnügen, wird immer Gefahr laufen, selbst das Opfer dieser Umstände zu werden. Die Gerechtigkeit erfordert, bei diesem Anlaß zu erwähnen, daß die Herren Dernburg und Papen hier unerschrocken ihre ganze Persönlichkeit eingesetzt und innerhalb des Rahmens ihrer Eigenart ihr Bestes geleistet haben. Jeder Mensch macht einmal Fehler und muß büßen. Den beiden genannten Herren erging es nicht anders. Wenn auch sonst sehr verschieden geartet, sind beide von einem sanguinischen Optimismus beseelt, der sie immer wieder zu neuer Bekämpfung der hiesigen widrigen Umstände anspornte, sie aber zuweilen die Gefahren übersehen ließ, welche uns alle in diesem, uns vorwiegend feindlich gesinnten Lande umlauern. Wer einmal die Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen während des größten Krieges schreiben wird, dürfte zu dem Schluß gelangen, daß auch hier die Umstände stärker waren, als die Menschen. Ohne den Sturm, welchen der „Lusitania“-Zwischenfall in Amerika entfesselte, wären vermutlich weder Herr Dernburg noch Herr von Papen gescheitert. Nur wer das (Gruppe fehlt) kämpfend miterlebt hat, kann ermessen, wie große Schwierigkeiten sich seit

dem 7. Mai v. J. hier gegen uns auftürmten. Man geht nicht zu weit, wenn man von einer Verfolgung aller hiesigen Deutschen und ihrer persönlichen und politischen Freunde spricht und wie das bei Verfolgungen der Fall zu sein pflegt, verleugneten uns viele schwache Geister, von denen einige sich uns jetzt wieder zu nähern suchen.

Seit dem „Lusitania"-Zwischenfall war unsere hiesige Tätigkeit eine stetige Sisyphusarbeit. Wenn wir glaubten, auf der Spitze des Berges angekommen zu sein, rollte der Stein immer wieder hinunter. Dies ist auch jetzt wieder der Fall, wo die Frage der Bewaffnung feindlicher Handelsschiffe alle unsere hiesigen Gegner mobil gemacht hat. Die „Lusitania"-Frage an sich ist zwar erledigt, aber die nach unendlicher Mühe gefundene Schlußformel ist, wie (Gruppe fehlt) sich ausdrückt, „annehmbar und nicht befriedigend". Der Kampf um das Wort „illegal" endete mit einem Mißerfolge Herrn Wilsons, da er keinen Krieg wünscht. Dies bedeutet, daß der Präsident in der „Lusitania"-Frage nicht den diplomatischen Sieg errungen hat, welchen er für die Wahlen haben wollte. Infolgedessen sieht er sich nach anderen Lorbeeren um, mit welchen umkränzt er vor die Wähler treten möchte. Auch wer sich im ständigen Kampfe mit der hiesigen Regierung täglich über deren Schwankungen und Seitensprünge ärgern muß, vermag doch nicht zu leugnen, daß die Lage eines Präsidenten, der zur Wiederwahl steht, außerordentlich schwierig ist. Täglich wird er von den republikanischen Führern, selbst von so hervorragenden Leuten wie Elihu Root, maßlos beschimpft, von dem wilden Theodor Roosevelt gar nicht zu reden. Dazu kommt der starke Druck des mächtigen antideutschen Ringes, welcher jedes Vorgehen gegen England perhorresziert und den Krieg mit Deutschland herbeisehnt. Schließlich liegt es in der Natur der Sache, daß politische Unruhen in gewissem Sinne erwünscht erscheinen, um die Wehrvorlage durchzubringen. Auf letztere hat sich Herr Wilson nun einmal festgelegt, und wir müssen deshalb darauf gefaßt sein, daß seine Wahlreden immer von einer „bedrohten Lage" sprechen werden, die es dem Präsidenten sehr schwer mache, den von dem amerikanischen Volke gewünschten Frieden zu erhalten.

Wenn man von allen Wahlmanövern absieht, welche die Wilsonsche Politik im einzelnen unberechenbar machen, bleibt im großen und ganzen doch die Hauptrichtlinie die gleiche. Der Präsident möchte dem amerikanischen Volke Frieden und Prosperität erhalten, in Europa den Anstoß zum Frieden geben und das Völkerrecht fortbilden im Sinne der Humanität und Freiheit der See, wie er sie sich vorstellt. Oberst House dürfte sich Euerer Exzellenz gegenüber in diesem Sinne ausgesprochen haben. Er ist wie kein anderer mit den inneren Gedanken Herrn Wilsons vertraut.

Zu der Zeit, wo dieser gehorsame Bericht in die Hände Euerer Exzellenz gelangt, werden die Verhandlungen über die Bewaffnung der Handelsschiffe weiter als heute gediehen sein, so daß es sich nicht verlohnt, heute auf die Einzelheiten einzugehen. Was immer geschehen mag, so ist es als feststehend zu betrachten, daß die hiesige Regierung den Wunsch hat, durch Verhandlungen mit den Kriegführenden einen modus vivendi zu schaffen, auf Grund dessen das Leben der Nichtkombattanten, insbesondere der Neutralen

auf der See sichergestellt wird. Andererseits können wir alle aufkommenden Fragen nur von einem Gesichtspunkte aus beurteilen, nämlich, daß dieser Krieg siegreich durchgeführt wird. Wie dies am sichersten zu erreichen ist, läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Doch muß ich, vom hiesigen Standpunkt aus betrachtet, meine oft geäußerte Meinung gehorsamst wiederholen, daß keine diplomatische Kunst einen Krieg mit den Vereinigten Staaten wird verhindern können, wenn noch eine dem „Lusitania"-Vorfall ähnliche Katastrophe eintritt.

Bernstorff

197

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 25. März 16

Nr. 108 Washington, 28. Februar 16

Die Frage der Bewaffnung der Handelsschiffe unserer Feinde steht im Vordergrunde des politischen Interesses und hat alle anderen Angelegenheiten zeitweilig ihre Bedeutung verlieren lassen. Diplomatische Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung sind niemals erfreulich, weil sie von dieser immer unter dem Einfluß innerpolitischer Motive geführt werden. Naturgemäß ist dies im Jahre der Präsidentschaftswahl noch mehr als sonst der Fall. Herr Wilson will durchaus wiedergewählt werden und braucht zu diesem Zweck diplomatische Erfolge. Solche bedeuteten früher wenig (Gruppe fehlt) Leben eines amerikanischen Politikers, aber der europäische Krieg hat nun einmal den Vereinigten Staaten eine Rolle auf der Weltbühne zugeteilt, welche sie bisher niemals spielten. Zwar kann der Präsident, vom hiesigen Standpunkt aus betrachtet, mit Stolz darauf hinweisen, daß er dem Lande den Frieden erhalten und Prosperität gebracht hat. Aber seine Gegner kommen immer wieder mit dem Vorwurfe, daß dies auf Kosten des Prestiges der Vereinigten Staaten erreicht worden sei. Herrn Wilsons Ausspruch „too proud to fight" ist zu einem geflügelten Wort geworden und wird fortwährend gegen ihn ausgeschlachtet. Diese Situation macht den Friedenspräsidenten zu einem Agitator für Kriegsbereitschaft und erregt in ihm das Bedürfnis, den starken Mann zu spielen. Man könnte fast sagen, daß Theodor Roosevelt Herrn Wilson in eine Falle gelockt hätte, denn das kriegerische Gewand kleidet den kühlen Akademiker schlecht, und wenn es wirklich zum Kriege mit uns käme, würde das Volk wohl lieber den wilden Theodor als den Professor zum Führer haben. Der letztere gleicht einer Billardkugel, welche immer wieder zurückprallt, sowie sie an die Bande stößt. Seine beste Gelegenheit zum Kriege hat Herr Wilson verpaßt, denn um die „Lusitania" wären die Amerikaner selbst nach 9 Monaten noch mit einem gewissen Grad von Enthusiasmus in den Kampf gezogen. Bei diesem Anlaß siegte aber das Friedensbedürfnis Herrn Wilsons. Mit einigem publizistischen Geschick hätte die amerikanische Regierung die Erledigung der „Lusitania"-Frage als einen Erfolg darstellen können. Statt

dessen sieht es jetzt, von hier aus betrachtet, so aus, als hätte der Präsident in der Hauptfrage nachgegeben, um den Krieg zu vermeiden. Inzwischen hat die verunglückte diplomatische Aktion in der Frage der Bewaffnung von Handelsschiffen Herrn Wilson in eine noch schwierigere Lage gebracht. Warum er die bekannte Note an unsere Feinde hat schreiben lassen, wenn er hinterher nicht darauf bestehen wollte, läßt sich heute noch nicht klar übersehen. Wie das auch sei, Wilson brachte sich in eine außerordentlich ungünstige diplomatische Lage, indem er jetzt einen Standpunkt juristisch verteidigt, den er vorher als sachlich unhaltbar bezeichnete. Merkwürdigerweise scheint er sich auch über die Haltung des Kongresses vollkommen getäuscht zu haben, und leider war sein bester Berater und einziger wirklicher Freund, Herr House, abwesend. Letzterer ist immer übereinstimmend mit mir der Ansicht gewesen, daß beide Häuser des Kongresses mindestens ebenso antienglisch wie antideutsch seien. Dies zeigte sich jetzt eklatant und überraschte auch völlig die hiesige antideutsche Presse. Darauf erfolgte der von mir anderweit eingereichte Briefwechsel zwischen dem Präsidenten und Senator Stone. Wer mit der Wilsonschen Schreibart vertraut ist, wird sofort erkennen, daß sein Brief zu dem Zweck verfaßt wurde, um einen Ausweg zu suchen. Der Präsident spricht nur von den Rechten der Amerikaner, ohne sie zu definieren. Er mußte aber, von seinem Standpunkt aus betrachtet, unter allen Umständen verhindern, daß der Kongreß ihm die Angelegenheit aus der Hand nahm. Wenn dies geschehen wäre, hätte Wilson gar keine Wahlparole mehr gehabt, denn die Erhaltung des Friedens würde dann auf Rechnung des Kongresses gesetzt worden sein. Solange man mitten in Verhandlungen steht, läßt sich ein abschließendes Urteil nicht aussprechen. Indessen scheint der Präsident auf seinen üblichen gewundenen Wegen aus der Sackgasse herauskommen zu wollen, ohne in einen Krieg mit uns verwickelt zu werden.

Alle anderen Fragen sind, wie gesagt, augenblicklich ganz in den Hintergrund getreten. Ein neuer Kriegssekretär wurde noch nicht ernannt, und infolgedessen bleiben die Wehrvorlagen einstweilen liegen. In dieser Angelegenheit dürfte Wilson indessen dem Kongreß vollkommen nachgeben, während er in einer anderen Personalfrage in einen Konflikt mit dem Senat geraten ist. Der Präsident ernannte nämlich den radikalen jüdischen Rechtsanwalt Louis Brandeis zum Mitgliede des Obersten Gerichtshofes. Hierüber entstand ein Sturm der Entrüstung in allen konservativen Kreisen. Anstatt die Ernennung, welche als Wahlmanöver betrachtet wird, zu bestätigen, veranstaltet der Senat zunächst eine genaue Untersuchung des Vorlebens von Herrn Brandeis! Ob dieser sich wirklich unehrenhafter Dinge schuldig gemacht oder sich nur durch seine radikale Richtung den Haß der Truste zugezogen hat, läßt sich schwer beurteilen und ist vom politischen Standpunkt aus betrachtet gleichgültig. Die Sache hat nur insofern Bedeutung, als sie beweist, daß sich der Senat die Autokratie des Präsidenten nicht mehr gefallen läßt.

Bernstorff

198

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 31. März 16
Nr. 123 Washington, 10. März 16

Der Kampf zwischen Präsident Wilson und Kongreß hat mit einem Siege des ersteren geendet, oder richtiger gesagt, mit einem Scheinsiege. Immer wieder muß hervorgehoben werden, daß es sich bei diesem Kampf um innerpolitische Fragen handelte und nicht, wie es dem äußeren Anlaß entsprechend aussah, um die schwebenden diplomatischen Meinungsverschiedenheiten über den U-Boot-Krieg. Wenn die letztere Angelegenheit dem Präsidenten aus der Hand genommen worden wäre, so würde Herrn Wilsons politische Laufbahn damit beendigt gewesen sein. Er hätte nicht einmal die Nomination seiner Partei erhalten können. Da kein anderer aussichtsreicher demokratischer Kandidat vorhanden ist, würde also die Partei geradezu Selbstmord begangen haben, wenn sie Herrn Wilson hätte fallen lassen. Infolgedessen vermieden es beide Häuser des Kongresses, die Frage der Bewaffnung von Handelsschiffen zu einer regelrechten Abstimmung kommen zu lassen. Die betreffenden Resolutionen wurden einfach beiseite geschoben, ohne daß die Senatoren und Repräsentanten ihre Ansicht darüber zu äußern brauchten. Es besteht kein Zweifel, daß in beiden Häusern die Majorität noch heute der Auffassung ist, daß die Amerikaner von bewaffneten Handelsschiffen fern gehalten werden sollten. Wilson hat seinen Pyrrhussieg auch nur dadurch errungen, daß er den Führern des Kongresses bestimmte Versprechungen abgab, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um einen Krieg mit Deutschland zu vermeiden. Wir haben daher aus den vergangenen Wochen den bemerkenswerten Gewinn gezogen, daß sich das amerikanische Volk durch seine berufenen Vertreter gegen einen Krieg mit Deutschland ausgesprochen hat. Euere Exzellenz wissen, daß ich diese Stimmung des Kongresses immer vorausgesagt habe, obgleich Herr Lansing im Verlaufe der Verhandlungen über die „Lusitania"-Frage mir gegenüber immer das Gegenteil behauptete. Der Kampf mit dem Kongreß hat hier eine außerordentliche Aufregung hervorgerufen. Die herrschende Nervosität zeitigte unendlich viel Klatsch, gegenseitige Rekriminationen und unbegründete Anklagen. Wer gegen den Präsidenten sprach, wurde als Vaterlandsverräter bezeichnet. Dadurch dürfen wir uns den Blick nicht trüben lassen. Aus dem politischen Hexenkessel der amerikanischen Präsidentenwahl werden immer wieder allerlei Miasmen aufsteigen, aber wir können künftig das Vertrauen haben, daß die hiesige Regierung ehrlich versuchen wird, einen friedlichen Ausweg aus den bestehenden Schwierigkeiten zu finden. Andererseits dürfen wir uns nicht verhehlen, daß die Lage noch immer sehr schwierig ist, weil der antideutsche Ring seine diokletianische Verfolgung aller Deutschen in den Vereinigten Staaten fortsetzt, und weil dieses Land wirtschaftlich an die Sache unserer Feinde gebunden ist. Jedesmal, wenn die hiesige Regierung den guten Willen hat, auch nur milde gegen unsere Feinde vorzugehen, macht sich der übermächtige Einfluß des antideutschen Ringes, der Industrien und der Presse geltend.

Herr Wilson kann nicht riskieren, irgendeinen Schritt zu tun, welcher die von unseren Feinden abhängende Prosperität des Landes gefährden würde. Die Lage wird sich daher erst dann definitiv bessern, wenn von unseren Feinden nichts mehr zu holen ist. Bernstorff

199

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 29. April 16
Telegramm Nr. 21 Washington, 26. April 16
Antwort auf Telegramm Nr. 8

Euerer Exzellenz Fragen größtenteils durch meine Telegramme 16, 19 und 20 beantwortet. Zur Klarstellung wiederhole ich:

1. U-Boot-Krieg nach Behebung unserer Mittelmeererklärung und unserer Frye-Noten geführt, würde hier als legal betrachtet werden. Alles darüber Hinausgehende als illegal. Leider herrscht aber hier Auffassung, daß bei uns der gute Wille fehlt, uns an diese Zusicherungen zu halten, selbst wenn wir sie jetzt gleich für den gesamten U-Boot-Krieg schriftlich und amtlich festlegten. Deshalb

2. wiederhole ich meinen Vorschlag, U-Boot-Krieg zeitweilig auszusetzen während der Verhandlungen. Dadurch würde Bruch ganz und außerdem der Schein zu großer Nachgiebigkeit unsererseits vermieden werden. Wilson könnte dann an seinem großen Plan weiter arbeiten, Frieden zu stiften auf Grund „Freiheit der See", d. h., daß in Zukunft Handel im Kriege überhaupt nicht gestört werden soll.

3. Nach bestimmter Ordnung würde er gegebenenfalls gegen England vorgehen. Indessen ist er (Gruppe fehlt) Zusicherungen, welche mir Wilson durch House macht, der Ansicht, daß es leichter wäre, Frieden zu stiften, als England zu bewegen, Blockade aufzugeben. Letzteres wäre nur durch Krieg zu erreichen, wozu bekanntlich Vorbedingungen hier fehlen. Ausfuhrverbot als Drohungsmittel wäre bei der hiesigen öffentlichen Meinung nicht zu erreichen, weil herrschende Prosperität darunter leiden würde. Auf Grund der Erklärung von House glaubt Wilson dagegen, daß unsere Feinde auf Frieden eingehen werden. Nach hiesiger Sachlage wiederhole ich, daß nur e i n Ausweg möglich, nämlich daß Euere Exzellenz mich ermächtigen, hier Erklärung abzugeben, daß wir über Führung U-Boot-Krieges in Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten eintreten und während der Verhandlungen U-Boot-Krieg zeitweilig aufgeben wollten. Daraus ergäbe sich für uns Vorteil, daß Damoklesschwert der Wiederaufnahme U-Boot-Krieges Wilson nötigen würde, schleunigst seine Friedenspläne in Angriff zu nehmen. Hiesige öffentliche Meinung, welche Frieden will, würde ihm dann starken Rückhalt geben. In unserer Erklärung dürfte aber n u r von den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten gesprochen werden, weil sonst antideutscher Ring mobil gemacht wird und gleich wieder anfängt, wegen „Kuhhandel" gegen uns zu hetzen.

4. Wenn wir nicht vor Präsidentenwahl ständen, würde Kongreß uns vielleicht helfen, weil er keinen Krieg will. Wie die Dinge aber hier liegen,

werden wir rettungslos in den Krieg treiben, wenn mein Vorschlag nicht annehmbar erscheint, da Demokratenpartei ihren einzigen Kandidaten nicht sitzen lassen kann. Indessen wird Wilson vom Kongreß ständig in friedlichem Sinne beeinflußt.

Ich wiederhole meine Bitte, keine bissige Note an amerikanische Regierung zu richten, bis hiesige Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben.

Bernstorff

200

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 19. Mai 16
Telegramm Nr. 36 Washington, 15. Mai 16

Dringend erwünscht, daß Friedensdiskussion in unserer Presse aufhört, damit Anschein vermieden wird, daß hiesige Regierung in unserem Auftrage Frieden vermittelt. Ruhepause unbedingt erforderlich. Inzwischen will hiesige Regierung die noch mit uns schwebenden Fragen erledigen, um auch ihrerseits zur Beruhigung beizutragen; weiteres Telegramm folgt durch Staatsdepartement.

Bernstorff

201

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 25. Mai 16
Nr. 140 Washington, 14. März 16

Da mir heute Erlasse Euerer Exzellenz zugingen, welche von Anfang November datiert waren, muß ich befürchten, daß meine gehorsamen Berichte durch verspätetes Eintreffen ihren Wert fast völlig verlieren. Hinsichtlich der neuesten Entwickelung der mexikanischen Frage bleibt indessen noch bestehen, was ich am 18. Januar d. J. schrieb. Präsident Wilson hat in dieser Angelegenheit sehr geschickt operiert. Wenn es zur regelrechten Intervention in Mexiko kommt, so kann ihm niemand kriegerische Gelüste und Wahlmanöver vorwerfen. Es sieht im Gegenteil jetzt so aus, als wäre Wilson nur einem spontanen Ausbruche der allgemeinen Volksstimmung gefolgt. Er hätte auch wirklich nicht anders handeln können. Nur ist ihm Villas Vorgehen sehr gelegen gekommen. Wenn einige antideutsche Zeitungen behaupten, wir hätten Villa bezahlt, so könnte man mit ebenso viel Recht sagen, daß der Präsident ihn bestochen hätte. Wilsons Aussichten, wieder gewählt zu werden, sind mit einem Schlage stark verbessert worden. Bezeichnend ist die Tatsache, welcher man kein Wort hinzuzufügen braucht, daß die New Yorker Börse den Einmarsch der amerikanischen Truppen in Mexiko mit einer Hausse der Aktien der gesamten Schwerindustrie begrüßt hat.

Ich hatte längere vertrauliche Unterredungen mit den Herren House und Morgenthau. Aus diesen Gesprächen ergab sich hinsichtlich der innerpolitischen Lage der Vereinigten Staaten, daß in der Umgebung Wilsons

bestimmt mit Roosevelt als republikanischem Kandidaten gerechnet wird, was mir allerdings noch nicht so sicher erscheint, da einflußreiche amerikanische Kreise den wilden Theodor nicht haben wollen und nicht glauben, daß er gewählt werden kann. Immerhin hat diese Annahme der Freunde Wilsons insofern für uns Bedeutung, als der Präsident nunmehr glaubt, daß er doch noch die deutschen Stimmen wird erhalten können. Es wäre allerdings eine Schande, wenn irgendein deutsch gesinnter Mann sein Votum für Roosevelt abgeben würde. Aus diesem Gedankengange heraus ist Herr Wilson mit seinem Freunde House übereingekommen, dem als deutsch-freundlich bekannten Herrn Morgenthau zum „Campaign manager" der demokratischen Partei zu machen. Ob dieser die deutschen, jüdischen und irischen Stimmen wird gewinnen können, mag zunächst noch dahingestellt bleiben. Indessen ist nicht zu leugnen, daß Herr Morgenthau hier sehr energisch für unseren Standpunkt eingetreten ist und insbesondere dem Präsidenten deutlich gesagt hat, daß wir in diesem Kriege nicht mehr zu besiegen seien. Wilson hat nunmehr die Absicht, die Frage der Bewaffnung der Handelsschiffe unserer Feinde möglichst dilatorisch zu behandeln. Er und House betrachten es als der Weisheit letzten Schluß, n i c h t s z u t u n. Letzterer sagt mir, Herr (Gruppe fehlt) habe seine bekannte Note an unsere Feinde aus eigener Initiative geschrieben und dadurch die ganze gegenwärtige unangenehme Situation hervorgerufen. Jetzt gebe es nur den einen Ausweg, diese heikle Sache möglichst in Vergessenheit geraten zu lassen. In diesem Sinne wirke auch das Aufrollen der mexikanischen Frage.

Aus den weiteren Äußerungen des Herrn House entnahm ich, daß Wilson die Absicht hat, in einigen Monaten den Versuch zu machen, den Frieden in Europa herbeizuführen — vermutlich, indem er gleichzeitig an die verschiedenen kriegführenden Mächte herantritt. Dies würde indessen nur möglich sein, wenn bis dahin ein Konflikt mit den Zentralmächten vermieden werden kann.

Die obigen Ausführungen stellen die hiesige Situation dar, wie sie augenblicklich aussieht. Doch muß immer wieder betont werden, daß vor einer Präsidentschaftswahl auf nichts mit Sicherheit gerechnet werden kann. Es ist sehr bedauerlich, daß wir unter den obwaltenden Umständen zu keiner festen Verständigung mit der hiesigen Regierung zu kommen vermögen. Jeder Augenblick kann einen neuen Konflikt bringen, dessen Ausgang völlig zweifelhaft ist. Immerhin steht so viel fest, daß Wilson nicht in den europäischen Krieg hineingezogen werden will. House hat dies in London und in Paris unzweideutig erklärt. Vielleicht wird auch der hiesige antideutsche Ring jetzt weniger im kriegerischen Sinne wirken, wenn die Interessen der Schwerindustrie durch die mexikanische Entwickelung gefördert werden und die Presse dadurch eine Ablenkung erhält. Viel wird auch von der Haltung der Deutsch-Amerikaner abhängen. Solange Wilson glaubt, deren Stimmen gewinnen zu können, wird er in seinem Wunsche, den Frieden zu erhalten, beharren. Das ist schließlich alles, was die Deutsch-Amerikaner verlangen. Ich konnte mich von neuem hiervon überzeugen, als ich vor einigen Tagen in New York den deutsch-österreichischen Hilfsbasar eröffnete. Diese Feier war die großartigste deutsche Kundgebung,

die bisher während des Verlaufs des Krieges stattgefunden hat. Die Riesenhalle von Madison Square Garden war mit annähernd 30 000 Menschen angefüllt, die mir eine Ovation darbrachten, wie ich sie noch niemals in den Vereinigten Staaten erlebt habe. Eine solche Stimmung erklärt sich lediglich dadurch — und der Vorsitzende des Basars, Dr. Baruch, sprach dies in seiner Rede direkt aus —, daß es bisher gelungen ist, den Frieden zwischen den Vereinigten Staaten und uns aufrechtzuerhalten.

Bernstorff

202

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 7. Juni 16
Telegramm Nr. 44 New York, 2. Juni 16

House arbeitet ständig im Sinne Euerer Exzellenz Telegramm . . . (Gruppe verstümmelt) da Wilson besonders daran liegt, den Eindruck zu verwischen, als ob Deutschland Frieden unbedingt braucht, und Wilson daher gewissermaßen in unserem Interesse intervenieren wolle. In hiesigen Regierungskreisen Ansicht allgemein verbreitet, daß entscheidender militärischer Sieg beider kriegführender Parteien ausgeschlossen sei. Gerade deshalb will Wilson intervenieren, weil er endloses vergebliches Blutvergießen und (Gruppe fehlt) Verluste voraussieht.

House bittet mich fortwährend, Euere Exzellenz in dem Sinne zu beeinflussen, daß wir kein großes Friedensbedürfnis zeigen, weil sonst unsere Feinde sich ablehnend verhalten würden. Im übrigen wünscht man hier völlige Beruhigung und Stillschweigen über deutsch-amerikanische Beziehungen, damit beabsichtigte Intervention als rein im Interesse Amerikas und Human(ität) erfolgend erscheint.

Bernstorff

203

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 11. Juni 16
Nr. 276 Washington, 17. Mai 16

Wie ich zu berichten die Ehre hatte, hinterließ der Austausch scharfer Noten über die „Sussex"-Fragen hier eine bittere Stimmung, welche erst überwunden werden muß, bevor eine für uns günstige Wendung eintreten kann. Ich bin in ständiger Zusammenarbeit mit Oberst House bemüht, diese Wendung herbeizuführen, indem wir versuchen, einerseits die öffentliche Meinung zu beruhigen, andererseits die noch zwischen unseren beiden Regierungen schwebenden geringeren Streitfragen aus der Welt zu schaffen Wenn man bedenkt, wie scharf der Gegensatz gewesen ist, so muß man schon dankbar sein, daß ein Konflikt vermieden wurde, und daß jetzt Hoffnung vorhanden ist, einen solchen überhaupt fernzuhalten. Der Unterschied der Auffassung war bisher zu groß. Hier sah man uns als Mörder und Brandstifter an und hielt uns für jedes Verbrechen fähig. Deshalb

wurden unsere Konzessionen auch nicht gewürdigt, sondern man nahm einfach den Standpunkt an, daß wir nun endlich Besserung versprochen hätten. Andererseits waren wir völlig zu unserer Auffassung berechtigt, daß die Vereinigten Staaten nicht neutral gewesen sind, und daß weder unsere hier so scharf verurteilten Repressalien noch die sogenannten deutschen Verschwörungen notwendig gewesen wären, wenn die Amerikaner eine neutrale Haltung eingenommen hätten. Das Beste, was sich für die hiesige Regierung sagen läßt, ist, daß sie immer noch neutraler war als die hiesigen einflußreichen Kreise.

Wenn ich nach allen hiesigen Enttäuschungen der letzten zwei Jahre jetzt noch einmal hoffnungsfreudig in die Zukunft sehe, so glaube ich hierzu berechtigt zu sein, weil die Friedensbewegung täglich an Stärke gewinnt, und weil England durch sein Vorgehen in Irland sich hier unendlich viele Feinde gemacht hat. Bekanntlich wird die demokratische Partei von den Iren sehr stark beeinflußt, man könnte beinahe sagen beherrscht, und die Iren sind seit dem letzten Ostersonntag wie ein Mann in unser Lager übergeschwenkt. Die Regierung zog sofort die Konsequenzen dieser Sachlage und entschloß sich, in mehreren der Blockadefragen scharf gegen England vorzugehen. Es ist also Aussicht vorhanden, daß Präsident Wilson in Zukunft eine neutralere Haltung einnehmen und in einigen Wochen als Friedensstifter auftreten wird. Persönlich glaube ich nicht, daß wir uns vor der amerikanischen Friedensvermittelung zu fürchten brauchen, und zwar, weil Herr Wilson immer wieder gesagt hat, daß er nur den Anstoß zum Frieden geben wolle und nicht die Absicht habe, sich in territoriale Fragen einzumischen. Allerdings will er sich für Abrüstung zu Lande und zu Wasser einsetzen. Dieser Krieg hat gezeigt, was die überlegene deutsche Organisation leisten kann. Selbst unsere hiesigen fanatischen Gegner geben dies zu. Ich glaube, wir können uns daher beruhigen, daß unsere Feinde uns zu Lande niemals gewachsen sein werden, selbst wenn der künftige Friede dem sogenannten „Militarismus" etwas die Flügel beschneiden sollte. Die Hauptsache bleibt meines Erachtens, daß, sobald die Friedensdelegierten am grünen Tische sitzen, die Amerikaner in der Frage der Freiheit der See unbedingt mit uns werden gehen müssen. Dann wird es sich nicht mehr um leidenschaftliche Parteinahme handeln, sondern lediglich um Interessen, d. h. die Amerikaner werden — ob sie wollen oder nicht — dazu gezwungen sein, den internationalen Handel in Zukunft vor der englischen Seeherrschaft zu schützen.

Bernstorff

204

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 12. Juli 16

Nr. 296 — Washington, 27. Mai 16

In den deutschen und anderen europäischen Zeitungen begegnet man häufig der Ansicht, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten ausgesprochen englandfreundlich sei. Die Ansicht ist unzutreffend oder jedenfalls schon seit geraumer Zeit nicht mehr zutreffend.

Eine beträchtliche Anzahl einflußreicher amerikanischer Zeitungen, die entweder direkt von britischen Geldleuten oder von den amerikanischen Parteigängern Englands finanziell kontrolliert werden, bemühen sich zwar nach wie vor, den Anschein zu erwecken, als stünde das amerikanische Volk mit alleiniger Ausnahme des deutschen Elements — der vielgeschmähten „Bindestrich"-Amerikaner — in dem gegenwärtigen Kriege so gut wie geschlossen hinter England und mache die britische Sache zu der seinigen. Phrasen von anglo-sächsischer Solidarität in der Betätigung wahrer Menschlichkeit gegenüber deutschem Barbarentum, in der Verwirklichung demokratischer Ideale gegenüber Hohenzollern-Tyrannei und in der Verfolgung selbstloser friedlicher Ziele gegenüber dem auf die Weltherrschaft abzielenden preußischen Militarismus spielen in diesem Bemühen der Presse eine ebenso große Rolle, wie die beständig wiederkehrende Versicherung, daß Amerikas Wohl und Wehe von einem Siege Englands abhänge.

Derartige Zeitungsphrasen dürfen aber nicht darüber täuschen, daß die amerikanische öffentliche Meinung, jedenfalls außerhalb der Städte Boston, Philadelphia und New York, tatsächlich England im ganzen nicht sympathischer gegenübersteht als Deutschland. In den ersten Kriegsmonaten hatte allerdings Englands Rolle als „Kämpe für das vergewaltigte und gebrandschatzte Belgien" die hiesige Volksstimmung in sehr bedeutendem Maße gefangen genommen. Späterhin aber flaute die Sympathie für England schnell und nachhaltig ab, und die öffentliche Meinung verdichtete sich, namentlich im Westen und Süden — unbeschadet eines allgemeinen, etwas nebelhaften „pro-ally sentiment" — immer mehr zu der einer völligen Neutralität nahe kommenden Auffassung: Germany is a murderer, but England is a thief.

Die sich aus dieser Sachlage ergebenden Möglichkeiten veranlaßten bereits im vorigen Herbste einige englandfreundliche Blätter, an England die Warnung zu richten, es möge sich durch die Sprache der amerikanischen Presse nicht täuschen lassen und nicht etwa glauben, die hiesige öffentliche Meinung gestatte ihm jedweden Übergriff. Insbesondere war es die „New York Tribune", die eingeschworenste Parteigängerin Englands, die in einem vielbemerkten Artikel darauf hinwies, daß die Haltung der Presse der östlichen Staaten keineswegs einen Schluß auf die Haltung der übrigen amerikanischen Zeitungen noch auf die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten im allgemeinen zulasse. Diese Warnung ist nicht umsonst gewesen, — England hat seither, wie der St. Louis „Times-Democrat" spöttisch bemerkte, „den Westen entdeckt". Der Londoner Korrespondent dieser Zeitung berichtet, „daß jetzt ein Engländer, der sich auf die Äußerungen einiger New Yorker Blätter beruft, mit jenem Gemisch von Mitleid und Geringschätzung angesehen wird, mit dem man einen alten unverbesserlichen Querkopf zu traktieren pflegt, und daß wohlunterrichtete Engländer jetzt zu wünschen wissen, was der Mittelwesten denkt."

Die Wahrscheinlichkeit eines energischen Vorgehens der amerikanischen Bundesregierung gegen Großbritannien wegen der zahlreichen britischen Verletzungen der Rechte der Neutralen gab der „New York Tribune" unlängst wiederum Veranlassung, ihre englischen Freunde auf den tatsäch-

lichen Stand der amerikanischen öffentlichen Meinung hinzuweisen. Nach den kürzlichen Erklärungen des Staatssekretärs Lansing, daß der Schlußpassus der deutschen Note vom 5. Mai vorerst jedes Vorgehen Amerikas gegen England ausschließe, eine Erklärung, die der größte Teil der amerikanischen Presse mit rauschendem Beifall aufgenommen hatte — hätte die Ankündigung der „Tribune", daß ein derartiges Vorgehen nun trotzdem „leider" nahe bevorstehe, an sich schon Erstaunen erregen können, wenn nicht bekannt wäre, daß zahlreiche Kongreßmitglieder, namentlich Vertreter westlicher Wahlkreise, in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung, immer stärker auf Maßnahmen gegen England drängen. Noch mehr aber erstaunte die Zeitung durch ihr freimütiges Zugeständnis, daß die bevorstehende Demarche bei allen alteingesessenen Amerikanern außerordentlich populär sei. Folgende Sätze des langen, bemerkenswerten Artikels verdienen hervorgehoben zu werden:

„Britisches Denken ist scheinbar in dieser Zeit in einer sonderbaren Verkennung der Lage befangen gewesen. Man scheint in Großbritannien angenommen zu haben, Herrn Wilsons Haltung gegenüber Großbritannien sei ein Ausfluß amerikanischer Sympathie und werde dadurch bestimmt, daß die amerikanische öffentliche Meinung nicht nur überwiegend „pro-ally", sondern überwiegend probritisch und zur Aufgabe amerikanischer Rechte bereit sei, weil dies dazu beitragen würde, das Unrecht, das Belgien, Frankreich und der Menschheit im allgemeinen zugefügt worden ist, wieder gutzumachen."

Das ist indessen mitnichten der Fall. Vielleicht hätte die Mehrheit des amerikanischen Volkes sich auf den britischen Standpunkt stellen, vielleicht hätte sie so vollständig mit Belgien und Frankreich sympathisieren sollen, daß sie bereit war, auf ihre Rechte zu verzichten oder die Erörterung über ihre Verletzung zu vertagen. England war der Ansicht, daß Amerika mit ihm als dem Kämpen Belgiens hätte sympathisieren müssen. In Wahrheit aber hat sich kein erheblicher Teil des amerikanischen Volkes diese Ansicht zu eigen gemacht. Die „Tribune" hat es getan. Dabei hat sich aber die „Tribune" niemals eingebildet, die Mehrheit oder auch nur eine bedeutende Minderheit des amerikanischen Volkes hinter sich zu haben. Sie hat vielmehr erkannt, daß drei völlig voneinander getrennte Elemente der amerikanischen Bevölkerung wesentlich dazu beigetragen haben, daß die Ansicht, Großbritannien kämpfe für Belgien und die Menschheit und verteidige selbstlos und ritterlich das unglückliche und leidende belgische Volk, von dem amerikanischen Volke abgelehnt wurde. Diese drei Elemente sind die eingeborenen Amerikaner, deren Vorfahren die Revolution mitgemacht haben (the native American of Revolutionary stock), die Irisch-Amerikaner und die Deutsch-Amerikaner . . .

„Engländer vom Schlage des Lord Bryce entstellen durchaus die Tatsachen und täuschen ihre Landsleute, wenn sie in ihnen den Glauben erregen, daß in Amerika und in weiten amerikanischen Kreisen große Vorliebe für Großbritannien und die Briten vorhanden sei . . ."

„Tatsächlich ist vielmehr eine Politik, welche dem britischen Löwen hie und da auf den Schwanz tritt (twisting the Lion's tail), bei einem großen

Teile : amerikanischen Bevölkerung rein amerikanischer Abkunft von jeher sehr populär gewesen.

„Auf die Gründe der Gegnerschaft der irischen und deutschen Elemente gegen Großbritannien braucht man nicht näher einzugehen. Dagegen ist es von Interesse, wieder darauf hinzuweisen, daß sie einen großen Teil der Bevölkerung der Vereinigten Staaten ausmachen. Sie sind alle Wähler und alle dazu zu bringen, für einen Kandidaten zu stimmen, der Feindschaft gegen Großbritannien an den Tag legt, — und wir stehen, was man nicht vergessen darf, am Vorabend einer politischen Kampagne."

„Freilich waren Amerikaner mit antibritischen Vorurteilen nicht bereit, einen Angriff auf Großbritannien seitens der Administration zu unterstützen, solange die deutsche Frage nicht geregelt war. Für einen großen Teil dieser Elemente ist aber die deutsche Frage jetzt geregelt, und für sie ist jetzt, um eine landläufige Redensart zu gebrauchen, „die Reihe an England".

Die Zeitung zollt weiterhin den „deutschen Agenten" widerwillig Anerkennung dafür, daß sie aus der „sehr realen und bedeutenden antibritischen Stimmung" in den Vereinigten Staaten in mannigfacher Weise für Deutschland Kapital zu schlagen verstanden hätten, und tadelt England, daß es in sträflichem Vertrauen auf die ihm hier sichere Sympathie jede aufklärende Propaganda unterlassen habe. Mit Bezug auf die erwartete amerikanische Demarche in London sagt die Zeitung:

„Was jetzt eingetreten ist, war zu erwarten. Es wäre bereits im Februar 1915 eingetreten, wenn die Deutschen nicht auf ihre U-Boot-Kampagne bestanden hätten. Es wurde nur vertagt durch den „Lusitania"-Fall; es wurde nur aufgeschoben durch jede folgende Katastrophe. Jetzt wird es nicht nur durch die Verständigung oder Pseudoverständigung mit Deutschland veranlaßt, sondern es wird noch durch die Hinrichtung der irischen Rebellen akzentuiert, die eine neue Gefühlswoge zugunsten eines Vorgehens gegen britische Methoden hervorgebracht und den amerikanischen Abscheu gegen deutsche „Schrecklichkeit" zeitweilig in den Hintergrund gedrängt hat."

„Die Engländer müssen sich klar machen, daß Herr Wilson, wenn die Deutschen jetzt ihre Mordtaktik einstellen, gegen die britische Blockade, soweit sie amerikanische Rechte und selbst amerikanische Bequemlichkeiten beeinträchtigt, nicht nur ohne parteipolitisches Risiko, sondern sogar mit parteipolitischem Vorteil anzugehen vermag. Sie sollten einsehen, daß er darin gerade von den Elementen der Wählerschaft unterstützt werden wird, die ihm bisher sehr feindlich gegenübergestanden haben, und daß, solange er nur einen Schein des Rechtes für seine Forderungen beizubringen vermag, dieser Kurs in vielen Kreisen sehr populär sein und ihm Anhänger gerade da sichern wird, wo er ganz besonders bestrebt ist, Anhang zu finden."

Vorstehendes Bild, das die ultrabritische „Tribune" von der hiesigen öffentlichen Meinung in bezug auf England entwirft, ist offenbar ein erheblich anderes als dasjenige, das die amerikanische Presse im allgemeinen, mit Ausnahme weniger wirklich neutraler Blätter, dem Leser vorzutäuschen bemüht ist. Ähnliche, wenn auch nicht halb so freimütige Äußerungen finden sich hin und wieder in den Washingtoner Korrespondenzen der „Evening

Post" und den Leitartikeln des angesehenen „Springfield Republican", der unlängst zugab, daß in Ansehung der amerikanischen öffentlichen Meinung lediglich ein baldiger Friedensschluß Amerika vor einem ernstlichen Konflikte mit England zu bewahren vermöchte.

Englands Parteigänger in der Union haben scheinbar längst empfunden, daß ihre Sache hier nicht mehr sonderlich gut steht, und machen daher in den letzten Monaten starke Anstrengungen, die öffentliche Meinung erneut in englandfreundlichem Sinne zu beeinflussen. Die tatkräftigste Organisation in dieser Richtung ist das eine große Menge einflußreicher antideutscher Elemente zu seinen Mitgliedern zählende „American Rights Committee", das durch Druckschriften und öffentliche Versammlungen, u. a. auch durch eine allerdings etwas mißlungene Trauerfeier für die „Lusitania"-Opfer, Haß gegen Deutschland predigt. Einen ähnlichen Zweck verfolgte eine Kundgebung von 500 amerikanischen „Intellektuellen", in Form eines in vielen Zeitungen abgedruckten Manifestes, in dem die Sache der Verbandsmächte als die der Vereinigten Staaten hingestellt und in kaum verhüllter Weise zum Anschluß an dieselben aufgefordert wurde. Auch die neuerdings wiedererwachte schriftstellerische Betätigung des Viscount Bryce in der „New Republic" und vielgelesenen Sonntagsblättern über die „Isolation" der Vereinigten Staaten und verwandte Themata, ferner das weitverbreitete Buch „The Challenge of the Future" von dem St. Louiser Professor Roland G. Usher, in dem die Notwendigkeit eines amerikanischen Bündnisses mit Großbritannien überzeugend dargetan wird, und ähnliche, eine angeblich amerikanisch-englische Interessen- oder Sinnesgemeinschaft behandelnde Schriften dürften dieser Propaganda entspringen.

Wie sehr die probritische Koterie es für notwendig hält, daß etwas Energisches zur Richtigstellung der amerikanischen öffentlichen Meinung geschehe, ergibt sich vielleicht daraus, daß sie sich den Oxford Professor Gilbert Murray verschrieben hat, der im Juli und August an der hiesigen Columbia Universität Vorlesungen halten, damit aber, dem „New York Herald" zufolge „a presentation of the British case" verbinden wird, — „to try to correct misapprehensions which ... have arisen in this country." Professor Murray soll damit hier das gleiche tun, was England und das probritische Amerika seinerzeit Herrn Dr. Dernburg so sehr verübelt haben.

Bernstorff

205

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 26. August 16

Bericht Nr. 356 Washington, 19. Juli 16

Die Ankunft des U-Bootes „Deutschland" war das erste Ereignis des Krieges, dessen Rückwirkung auf Amerika mit vollkommener Befriedigung betrachtet werden kann. Die Haltung der Regierung war durchaus korrekt, und die öffentliche Meinung spendete Beifall und Bewunderung in reichem Maße. Alle Versuche unserer Feinde, die Regierung und die Presse zu

beeinflussen schlugen fehl. Als ich nach Baltimore fuhr, um die „Deutschland“ zu besuchen, fand ich dort eine Aufnahme, wie sie vor dem Kriege üblich war. Der Bürgermeister fuhr mich in einem städtischen Dampfer durch den Hafen zur „Deutschland“ und gab abends ein Festessen, bei welchem durchweg freundliche Reden gehalten wurden. Kapitän König sagte mir, daß während seines ganzen Aufenthalts in Baltimore die Aufnahme eine gleiche gewesen sei. Es schien wirklich, als wären in Baltimore die zwei letzten Jahre des Hasses und der Verbitterung vergessen. Selbst in New York, einer der Hochburgen antideutscher Gesinnung, hat die Ankunft der „Deutschland“ wie eine befreiende Tat gewirkt. Ich war überrascht, wie viele Amerikaner angelsächsischer Abkunft mir Glückwünsche und Bewunderung für die Leistung unserer Seeleute aussprachen. Am bezeichnendsten für die Stimmung der öffentlichen Meinung ist vielleicht die Tatsache, daß in den Theatern, Musikhallen und Kinomatographen alle Bilderscherze und (Gruppe unverständlich) die „Deutschland“ verherrlichten und sich über englische Gegenaktion lustig machten. Bernstorff

---

206

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 8. September 16

Nr. 375 — Washington, 4. August 16

Da wir nur noch drei Monate von der Präsidentschaftswahl entfernt sind, steht diese jetzt hier im Vordergrund des Interesses. Herr Hughes hat seine Kampagne bereits in allem Ernst begonnen. Mit Ausnahme der Tatsache, daß er für das Frauen-Stimmrecht eintrat, brachte Herr Hughes hinsichtlich der inneren Politik nichts Neues vor. Den Hauptinhalt seiner Ansprache bildeten Angriffe auf die demokratische Administration, wobei die mexikanische Politik die Hauptrolle spielte. Auf diesem Gebiete werden die Republikaner im Wahlkampf ihre Hauptschläge austeilen, während sie die europäischen Fragen wenig berühren dürften, weil hier die größte Stärke Wilsons liegt. So oft man einen Amerikaner über den Präsidenten sprechen hört, gleichgültig ob tadelnd oder lobend, so endet die Äußerung immer mit der Wendung „he kept us out of the war“. Dies ist und bleibt die Trumpfkarte Wilsons angesichts der bekannten Tatsache, daß das amerikanische Volk durchaus pazifistisch gesinnt ist. Trotzdem dürfte Herr Hughes siegen, wenn nicht vor dem 7. November irgendeine große Überraschung eintritt.

Obgleich die „Appam“-Frage einen so unerwünschten Verlauf nahm, so macht doch die Besserung in den deutsch-amerikanischen Beziehungen weitere langsame Fortschritte. Die Abfahrt der „Deutschland“ ist von der gesamten Presse in sehr freundlicher Weise besprochen worden, auch die „Appam“-Streitfrage würde sicher eine andere Erledigung gefunden haben, wenn sie h e u t e begonnen hätte. Leider fiel die erste Entscheidung der Regierung in die Zeit der größten deutsch-amerikanischen Spannung, und der bekannte deutschfeindliche Jurist James Brown Scott hatte daher

bei der Abfassung seines Gutachtens freie Hand. Angesichts der politischen Bedeutung der Frage beeinflußte naturgemäß dieses Gutachten den Richter sehr stark. Ich habe aber immer noch Hoffnung, daß das Obertribunal anders entscheiden wird.

Wenn sich die Haltung der Amerikaner uns gegenüber allmählich besserte, so haben uns die Engländer hierbei wesentlich geholfen. Die schwarze Liste wurde hier als eine Kränkung, von vielen Amerikanern sogar als eine Unverschämtheit betrachtet, und die Hinrichtung Casements machte die hiesigen Iren wilder denn je. Infolgedessen übten die demokratischen Parteipolitiker aus Furcht vor ihren Wählern einen starken Druck auf die Regierung aus, um sie zu zwingen, gegen England vorzugehen. Wenn zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika keine neuen Zwischenfälle eintreten, wird Wilson daher in Zukunft genötigt sein, England gegenüber mehr Rückgrat zu zeigen.

Bernstorff

207

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 11. Oktober 16
Nr. 431 Washington, 13. September 16

Trotzdem Herr Charles Hughes persönlich mit seiner Wahlkampagne keinen Erfolg erzielte, sind doch die ersten Wahlen dieses Jahres, welche wie immer im Staate Maine abgehalten wurden, zugunsten der Republikaner ausgefallen. Allerdings ist Maine ein republikanischer Staat, so daß die Majorität von 12 000 Stimmen, welche der siegreiche Gouverneurkandidat erhielt, kein unbedingt sicheres Barometer für die Präsidentschaftswahlen bildet. Aus den Erfahrungen von Maine hätte man nur einen bindenden Schluß ziehen können, wenn entweder die Demokraten gesiegt hätten oder die republikanische Majorität viel größer gewesen wäre. Man rechnet, daß von den früheren Progressistenstimmen 20 % zu den Demokraten und 80 % zu den Republikanern übergingen. Wenn sich das gleiche Verhältnis im ganzen Lande zeigen sollte, so müßte Herr Wilson mit einer ganz kleinen Majorität siegen. Wie ich bereits zu berichten die Ehre hatte, ist also der Ausgang der Wahlen außerordentlich unsicher, und Prophezeiung scheint eine durchaus mißliche Sache zu sein. Vor 14 Tagen waren Herrn Wilsons Aussichten sehr gut. Es fragt sich aber, ob der Ausgang der großen Eisenbahnstreikfrage ihm mehr Freunde oder mehr Feinde eingetragen hat. Wenn er die radikalen Massen gewann, so verlor er wohl andererseits viele Anhänger unter den Besitzern von Eisenbahnaktien.

Bekanntlich spielt bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen die auswärtige Politik eine für hiesige Verhältnisse ungewöhnlich große Rolle. Deshalb versucht die hiesige Regierung durch die in New London stattfindenden Verhandlungen die mexikanische Frage noch rechtzeitig zu ordnen, wobei es allerdings sehr fraglich erscheint, ob Herr Carranza in der Lage sein wird, die in New-London getroffenen Abmachungen wirklich in Mexiko durchzuführen.

Am meisten Sorge bereiten Herrn Wilson die irischen Stimmen. Wenn diese treue Gefolgschaft der demokratischen Partei von ihm abfallen sollte, so verlöre er jede Hoffnung auf Sieg. Hierdurch ist es wohl in erster Linie zu erklären, daß der Kongreß mit Zustimmung der Administrative Retorsionsmaßregeln gegen England beschlossen hat, welche Herr Wilson jedenfalls wird anwenden müssen, wenn unsere Feinde nicht freiwillig Konzessionen machen.

Am sichersten hätte Herr Wilson sein Ziel, wiedergewählt zu werden, erreicht, wenn er rechtzeitig den Anstoß zum Frieden in Europa hätte geben können. Leider wurde diese Hoffnung durch den Eintritt Rumäniens in den Krieg einstweilen zerstört. Die Siegeszuversicht unserer Feinde ist gestiegen und hat sich unseren hiesigen Gegnern mitgeteilt, was sich unter anderem dadurch ausdrückte, daß die großen New Yorker Banken für die unseren Geldinstituten gewährten Kredite Deckung verlangten. Selbst wenn wir gegen unsere neuen Feinde weitere Erfolge im Felde erzielen sollten, dürfte der günstige Zeitpunkt verflossen sein, um vor den Wahlen von hier aus eine Friedensanregung zu geben. Wie ich anderweit berichtet habe, würde es zu sehr nach einem Wahlmanöver aussehen, wenn Herr Wilson noch im Oktober als Friedensstifter auftreten wollte. Außerdem dürften unsere Feinde abgeneigt sein, auf ihn zu hören, wenn sie die Hoffnung hätten, daß der Wahltag ihn zu einer „Quantité négligeable“ machen würde. Andererseits haben die Retorsionsbeschlüsse des Kongresses dem Präsidenten eine Waffe in die Hand gegeben, mit welcher er einen starken Druck auf England ausüben kann. Es wäre daher immerhin möglich, daß Herr Wilson noch vor den Wahlen Friedensschritte täte, doch glaube ich persönlich, daß er sich weiter abwartend verhalten und erst eingreifen wird, wenn er wiedergewählt werden sollte. Bernstorff

---

208

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 13. Dezember 16

Nr. 530 Washington, 12. November 16

Die Würfel sind gefallen! Nach einem ungewöhnlich harten Wahlkampf ist Präsident Wilson mit einer sehr geringen Majorität wiedergewählt worden. Im Senat gebietet die demokratische Partei über eine genügende Mehrheit, und im Repräsentantenhause scheinen sich beide Parteien fast vollkommen die Wage zu halten, so daß die wenigen unabhängigen Mitglieder den Ausschlag geben werden.

Wie ich in den letzten Monaten ständig berichtete, war ein solcher Ausgang der Wahlen zu erwarten, obgleich vorher die Aussichten der Republikaner die allerbesten waren. Wenn man sich nach den Gründen fragt, welche der bisher numerisch schwächeren demokratischen Partei zum Siege verhalfen, so ist in erster Linie der Schlachtruf Herrn Wilsons „Friede und Prosperität“ anzuführen. Ferner kommt die hiesige politische Entwickelung in Betracht, welche die beiden alten historischen Parteien umgeformt hat.

Bei dieser Wahl zeigte sich deutlich, daß man für die Gegner ebensogut die europäischen Namen Konservative und Liberale hätte anwenden können. Die Republikaner siegten in allen Staaten, in welchen das Kapital übermächtig ist, während die Massen — namentlich die Arbeiter wegen des achtstündigen Arbeitstages — geschlossen für Wilson stimmten. Das Großkapital setzte seinen ganzen Einfluß deswegen für Herrn Hughes ein, weil es von ihm einen hohen Zolltarif erwartete, um nach dem Kriege den aus diesem erzielten Gewinn festzuhalten. Überhaupt sind die radikalen Tendenzen Wilsons in Wall Street verhaßt.

Trotz obiger Gründe würde Hughes doch wohl eine geringe Majorität erhalten haben, wenn er selbst den Wahlkampf geschickter geführt und während desselben seinen „Freund" Roosevelt in eine Nervenheilanstalt gesperrt oder ihn sonst unschädlich gemacht hätte. Republikaner mußten siegen, wenn sie alle Stimmen der früheren Progressistenpartei zu sich herüber zogen und außerdem die Deutschen und Iren gewannen, die bekanntlich beide auf Wilson wegen seiner Reden gegen die Bindestrich-Amerikaner sehr schlecht zu sprechen waren. Diese Aussichten verdarb Roosevelt vollständig. Viele der Progressisten stimmten für Wilson, weil ihr früherer Führer sich wieder mit den New Yorker Kapitalisten verständigt hatte, und ein großer Teil der Deutschen tat das gleiche, da Roosevelt mit jedem Tage wildere Kriegsreden hielt. Trotzdem die deutsche Presse durchweg für Hughes eintrat, erhielt Wilson in Milwaukee und St. Louis, wie überhaupt im ganzen Westen, ansehnliche Mehrheiten. Ich erwähnte schon in meinen früheren gehorsamen Berichten, daß ich die Wahl Wilsons als die für uns günstigere Lösung betrachte. Wenn ich mich pessimistisch ausdrücken wollte, würde ich sagen, daß ich Herrn Wilson für das kleinere Übel halte. Ich bin noch immer der Ansicht, daß es zum Kriege gekommen wäre, wenn wir nach dem „Lusitania"-Zwischenfall einem republikanischen Präsidenten gegenübergestanden hätten. Herr Hughes selbst bestätigte in seinen Wahlreden diese Auffassung. Ein republikanischer Präsident hätte damals dem vereinigten Ansturm des Großkapitals, der amerikanischen Presse und der „Gesellschaft" nicht widerstanden. Vollends jetzt, wo Herr Wilson seine Wiederwahl dem pazifistischen Element verdankt, wird er den Wunsch haben, mit uns im Frieden zu leben. Wenn wir unsererseits in der Lage sind, von dem sogenannten rücksichtslosen U-Boot-Krieg abzusehen, dessen Erfolg sowieso höchst unsicher wäre, glaube ich bestimmt, daß Herr Wilson alles in seiner Kraft Stehende tun wird, um den Weltkrieg bald zu beendigen. Wäre Herr Hughes gewählt worden, so hätte er sicher einige Männer der Rooseveltschen Richtung in sein Kabinett nehmen müssen, und mit Leuten wie Root, Bacon oder Wickersham würden wir einen sehr schweren Stand gehabt haben. Der amerikanische Zolltarif ist zwar eine spätere Sorge, kommt aber immerhin mit in Betracht. Ohne Übertreibung kann man ein für allemal sagen, daß wir mit den Demokraten besser fahren als mit den Republikanern. Die Mißstimmung, die in Deutschland gegen Wilson herrscht, ist in gewissem Sinne voll berechtigt. Wer aber während dieses Krieges in Amerika gelebt hat, weiß, daß er immerhin weit besser ist als die hiesigen einflußreichen Kreise. Gerade darin liegt meines Erachtens

für uns die Bedeutung der jetzigen Wahl, da diejenigen Elemente, die im allgemeinen die amerikanische Politik beeinflussen und durchweg antideutsch sind, von dem „kleinen Mann“ geschlagen wurden, der ehrlich, neutral und friedliebend ist.

Bernstorff

209

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 13. Januar 17
Telegramm Nr. 198 Washington, 4. Januar 17

Gegnerische Bemühungen, Vereinigte Staaten zum aktiven Anschluß zu bewegen, die angesichts hiesigen, besonders durch Vorgänge in Irland hervorgerufenen, Stimmungswechsels gegenüber England zeitweilig abgeflaut waren, werden neuerdings mit größter Anstrengung wieder betrieben und durch beständigen Hinweis, daß im Falle Mißlingens Friedensaktion Bruch mit Deutschland wahrscheinlich ist, sehr gefördert. Irische Elemente leisten dagegen jetzt keinen geschlossenen Widerstand, da sie vielfach Deutschland der Undankbarkeit bezichtigen, weil es für Polen und Griechenland eintritt, Irland aber ignoriert. Moralische Entrüstung wegen Belgien in der Entente gegen uns gibt beste Gelegenheit, gegen England die Iren auszuspielen, die als unterdrückte selbständige Rasse mehr Recht auf Unabhängigkeit haben als das belgische Völkergemisch. Amtliche Erklärung, daß Deutschland irisches Recht der freien Selbstbestimmung anerkennt, würde Iren voll befriedigen, England aber vor der Welt, besonders hier, stark ins Unrecht setzen und schwer schädigen. Derartige Erklärung, die in der britischen Anerkennung Venizelistischer Regierung Parallele hätte, müßte, da nach diesseitiger Information die bevorstehende britische Reichskonferenz Irland Selbstverwaltung zugestehen wird, möglichst bald erfolgen, damit englisches Zugeständnis als Folge deutscher Erklärung erscheint.

Bernstorff

4. Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg

210

Handschriftliche Aufzeichnung

Berlin, 5. Dezember 16

Der amerikanische Geschäftsträger hat mir heute die anliegende Vorstellung wegen der belgischen Arbeiter übergeben und im Anschluß daran folgende Mitteilung vorgelesen:

Er sei beauftragt:

"to represent confidentially and very earnestly how seriously and unfavourably public opinion in the United States has been reacted upon by these Belgian deportations at a time when that public opinion was approaching more nearly than ever before a balance of judgment as to the issues of the war. I am also to point out and more particularly the great embarrassment which has been caused the President by that reaction in regard to taking steps looking towards peace. The President is watching the whole situation with the utmost

solicitude and has the desire and the definite purpose to be of service in that great endeavour at the earliest possible moment, and it has distressed him again and again to have his hopes frustrated and his opportunity to be of that service destroyed by such unfortunate accidents as the sinking of the "Marina" and "Arabic" and the Belgian deportations. The President authorizes me to say that he noted with the deepest interest what Your Excellency was good enough to say to me on November 2nd and I am to state that what the President now most earnestly desires is practical cooperation on the part of the German Authorities in bringing about a favourable opportunity for soon and affirmative action by the President looking to an early restoration of peace.

Bethmann Hollweg

Anlage

An answer to the Memorandum concerning the question of Belgian unemployed is being prepared. The Secretary of State will not fail to hand it to the Embassy after his return from headquarters.

The German Government, desirous of maintaining amicable relations with the United States, has given proof of its willingness to settle incidents arising between the two nations in a friendly spirit by the replies recently transmitted to the American Government in the "Marina" and "Arabic" cases.

It is with great satisfaction that I have noted that the President of the United States so earnestly endeavours to be of service in the restoration of peace. Although my offers to open pourparlers for peace negotiations have so far not met with a favourable response from the other side, I hope the time will come when Germany's enemies will be more willing to lend an ear to the voice of reason. I am extremely gratified to see from the message you were good enough to deliver to me that in this event I can count upon the sincere and practical cooperation of the President in the restoration of peace, as much as the President can count upon the practical cooperation of the German Authorities.

Ich habe vorstehende Aufzeichnung heute Herrn Grew vorgelesen, der sich entsprechende Notizen gemacht hat.

B(ethmann) H(ollweg) 7. 12. 16

5. Aussage des Majors v. Papen,

damals Militärattaché in Washington

211

Kommissarische Vernehmung des Majors v. Papen

Freitag, den 16. April 1920

Den Vorsitz führt Abg. Dr. Mayen.

Der Zeuge wird vereidigt.

Zeuge v. Papen: Es ist mir lieb, wenn ich ganz kurz die Dinge im Zusammenhang schildern darf. Ich lege besonderen Wert darauf, fest-

zustellen, daß es meinen mehrfach geäußerten Wünschen entsprochen hätte, das Verfahren gegen mich in der vollen Öffentlichkeit stattfinden zu lassen, aus Gründen, die ich nachher noch darlegen werde. Als Hauptgrund möchte ich anführen, daß in der öffentlichen Meinung mir und meinem Marinekollegen häufig vorgeworfen worden ist, wir hätten die militärisch-politische Lage in den Vereinigten Staaten vollkommen falsch eingeschätzt und hätten uns nicht loyal unserem Chef, dem derzeitigen Herrn Botschafter, gegenüber benommen. Zu diesem Punkte möchte ich folgendes sagen. Als Militärattaché und einziger militärischer Vertreter der Mittelmächte in den Vereinigten Staaten habe ich mich selbstverständlich nicht auf rein militärische Berichte über die Vereinigten Staaten beschränken können, sondern habe es für meine Pflicht gehalten, dem Generalstab und dem Kriegsministerium auch von Zeit zu Zeit Mitteilungen über die politische Lage in den Vereinigten Staaten zu geben. Es ist aber niemals von mir irgendein Bericht geschrieben worden, der einen politischen Charakter gehabt hätte, von dem Seine Exzellenz der Herr Botschafter nicht Kenntnis gehabt hätte. Ich darf wohl sagen — und der Herr Graf Bernstorff wird es bestätigen —, daß wir politisch immer der gleichen Auffassung gewesen sind, daß niemals eine Differenz der politischen Ansichten zwischen uns bestanden hat. Als ich von meinem Posten abberufen wurde, habe ich im Einverständnis mit dem Herrn Botschafter über die Lage und auch die Ansichten, die wir drüben hatten, Vortrag gehalten. Es war selbstverständlich, daß ich meinem Chef, dem damaligen Chef des Generalstabes des Feldheeres General v. Falkenhayn, meine Ansichten über die Situation darlegte. Ich habe das in einem zweistündigen Vortrag getan, dessen Inhalt ungefähr der war, daß ich ihm sagte: „Wenn es Ihnen nicht gelingt, Exzellenz, die Vereinigten Staaten aus der Koalition unserer Feinde herauszuhalten, dann haben Sie den Krieg verloren; darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Die ungeheuren materiellen und moralischen Mittel, über die die Vereinigten Staaten verfügen, werden hier so wenig richtig eingeschätzt, daß es mir durchaus notwendig erscheint, die öffentliche Meinung in ganz anderer Weise darüber aufzuklären, als es bisher geschehen ist."

Sachverständiger Dr. Bonn: Ist dieser Bericht vielleicht schriftlich gemacht worden? Sonst wäre es für uns sehr wertvoll, wenn wir ihn bekommen könnten.

Zeuge: Dieser Bericht ist nicht schriftlich gemacht, es ist ein Vortrag gewesen, der zum Teil in Gegenwart meines damaligen Kollegen im Haag Major Renner stattgefunden hat. Herr General v. Falkenhayn hörte diesen Bericht an und beendete ihn mit den Worten: „Bitte, bedenken Sie, daß der Chef des Generalstabes des Feldheeres jedes Mittel, das ihm in die Hand gegeben ist, jedes militärische Machtmittel zur Erringung des Sieges in seine Rechnung stellen muß; überdenken Sie diese ganze Situation nochmals mit Hinsicht auf den Gebrauch des U-Boot-Krieges, und dann kommen Sie in 24 Stunden wieder zu mir und tragen Sie mir Ihre Auffassung nochmals vor." Darauf habe ich ihm geantwortet: „Exzellenz, an

den Darlegungen, die ich Ihnen gemacht habe, läßt sich nichts ändern; sie sind der Ausfluß einer anderthalbjährigen objektiven Beurteilung des Krieges aus der amerikanischen Perspektive; diese Ansicht kann dadurch nicht beeinflußt werden, daß Sie als Chef des Feldheeres verpflichtet sind, alle Machtmittel zur Erringung des Sieges in Ihre Rechnung einzustellen." In gleichem Sinne habe ich Seiner Exzellenz dem Herrn Reichskanzler und ebenso dem Herrn Staatssekretär v. Jagow vorgetragen. Ich darf dabei noch erwähnen, daß der Staatssekretär v. Jagow ausführte, es schiene ihm auf meinen Vortrag hin sehr angezeigt, die öffentliche Meinung durch die Presse in dieser von uns für richtig gehaltenen Richtung etwas aufzuklären. Ich erklärte mich dazu bereit, mit den Pressevertretern, die in Berlin anwesend waren, zu sprechen und ihnen einen Vortrag über unsere Auffassung und die Lage drüben zu halten. Dieser Vortrag, den der Herr Staatssekretär, glaube ich, sehr begrüßt hätte, hat nicht stattfinden können, weil der Herr Chef des Generalstabes auf Veranlassung des Majors Nicolai (Chef der Nachrichtenabteilung) sein Einverständnis dazu nicht gegeben hat. Ich möchte diese Tatsachen hier nur feststellen, weil sie besser als alles andere erhärten, daß ich mit Bezug auf die Behandlung Amerikas absolut derselben politischen Auffassung gewesen bin wie der Herr Botschafter und diese Auffassung auch hier nach bestem Vermögen vertreten habe.

Was meine dienstliche Tätigkeit in den Vereinigten Staaten anlangt, so darf ich dazu folgendes ausführen. Ich war selbstverständlich in allererster Linie Soldat und erhielt meine Instruktionen und Befehle über das, was ich zu tun oder zu lassen hatte, von meiner vorgesetzten militärischen Behörde. Es war aber ganz selbstverständlich, daß ich dabei innerhalb der Grenzen zu bleiben hatte, die nach den allgemeinen internationalen Gesetzen und Gebräuchen in Betracht kamen.

Ich darf vorweg erklären, daß es ungeachtet der Aufträge, die mir in militärpolitischer Hinsicht zuteil geworden sind, immer mein Bestreben gewesen ist — und ich, soviel ich weiß, auch niemals dagegen verstoßen habe —, nichts zu tun, was innerhalb der Vereinigten Staaten gegen die Gesetze dieses Landes verstoßen hätte oder das Wohl der Vereinigten Staaten auf ihrem eigenen Grund und Boden, dessen Gastrecht wir genossen, geschädigt hätte. Die Fälle, bei denen mir Verletzung internationalen oder auch amerikanischen Rechts vorgeworfen wird, liegen alle außerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten und auf uns feindlichem Gebiete. Es sind, wie zugegeben werden muß, einige Gesetzesübertretungen vorgekommen: aber ich muß betonen, daß es niemals der Gedanke gewesen ist, irgendein Interesse der Vereinigten Staaten zu verletzen, um daraus einen Kriegsvorteil oder politischen Vorteil für uns zu ziehen. Das ist die oberste Richtlinie für unser Verhalten gewesen.

Im übrigen darf ich dazu noch sagen, daß, wenn ich als Soldat Aufträge erhielt, ich sie selbstverständlich auszuführen hatte, ganz ohne Rücksichtnahme auf meine Person. Wenn ich also bei Ausführung irgendeines solchen Auftrags kompromittiert wurde, dann wäre eben meine Person geopfert worden. Ich ging dahin, wohin man mich schickte; damit war für

mich die Sache erledigt. Das ist stets so bei den Militärattachés aller Länder gewesen, die ja an sich keine politischen Personen sind.

Wenn man über meine Tätigkeit spricht, die drüben so scharf und in so ausreichendem Maße kritisiert worden ist, so muß man, glaube ich, zunächst ein objektives Bild über die ganze feindliche Propaganda drüben gewinnen und die ganze Stimmung in Rechnung ziehen. Es ist hier nicht der Platz, Ihnen dies Bild vorzuführen, und die Herren kennen ja die ganzen Vorgänge und wissen auch, wenigstens die Herren, die drüben waren, in welcher Weise sich die feindliche Propaganda abgespielt hat und welche Formen sie drüben angenommen hat. Es wäre aber doch sehr wünschenswert, wenn die Formen der Propaganda, die gegen uns getrieben worden ist, auch noch einmal öffentlich beleuchtet würden. Der Herr Botschafter ist vorgestern auch über die eigene Propaganda gehört worden, und es ist seine Auffassung gewesen, daß wir drüben viel zu viel Propaganda gemacht hätten. Das mag vielleicht der Fall sein; denn der Amerikaner hat unsere Propaganda ja von Anbeginn immer als „illegetim" betrachtet. Er hat es niemals als zulässig betrachtet, daß wir unsererseits das, was wir für richtig hielten, in irgendeiner durchaus legitimen Weise in der amerikanischen Presse oder Öffentlichkeit darlegten. Alles, was wir jemals getan haben, ob wir in amerikanischen Zeitungen geschrieben oder ob deutsch-amerikanische Vereine irgend eine Ansicht verfochten haben, es ist immer „German Propaganda" gewesen, und diese „German Propaganda" hat immer den Unterton einer gegen die Interessen der Union verstoßenden illegitimen Handlung gehabt. Deswegen ist es ungeheuer schwer für uns gewesen, das, was wir als recht erkannten und wofür wir kämpften, dem amerikanischen Volke von unserem Gesichtspunkte vorzutragen. Man muß von dieser Grundlage ausgehen, um zu verstehen, auf welchem Boden alle die Anklagen erwachsen sind, die gegen uns — gegen mich — erhoben wurden. Ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Anklagen ist auf dem Boden erwachsen, den wir durch wirtschaftliche Maßnahmen militärisch-politischer Art dort geschaffen haben.

Als der Krieg ausbrach, war es ersichtlich, daß seine Dauer sehr wesentlich davon abhängen werde, in welcher Weise es der Entente gelang, ihre materiellen Kriegsmittel zu verstärken. Das einzige Land, das dafür in Betracht kam, waren die Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten besaßen damals keine eigentliche Kriegsindustrie, sie besaßen einige Munitionsfabriken von einem ganz lächerlich geringen Umfange, sonst nichts. Ich wandte mein Augenmerk selbstverständlich sofort auf die Entwickelung dieser Dinge, und schon im September 1914 machte ich dem preußischen Kriegsministerium Vorschläge, ob es nicht angezeigt wäre, die damals noch ganz geringe Produktion der Kriegsmittel in Amerika in deutsche Hand zu nehmen, sie zu binden und dadurch zu verhindern, daß sie für das Ausland liefern könne. Das Kriegsministerium ist auf meine Vorschläge damals nicht eingegangen.

Sachverständiger Dr. Bonn: Wissen Sie, warum?

Zeuge: Nein, das ist mir nicht bekannt geworden; ich habe niemals eine Antwort auf diese Vorschläge bekommen, aber man schätzte die Dauer

des Krieges damals wohl erheblich kürzer ein. Die Sache entwickelte sich dann aber doch so, daß der Munitions- und Materialverbrauch im Kriege alles bisher dagewesene Maß überstieg und Dimensionen annahm, mit denen auch wir im Generalstab niemals gerechnet hatten. Um so mehr war die Entente gezwungen, auf den amerikanischen Markt zu kommen. Ich sah diese Entwickelung. Es war klar, daß es meine Aufgabe sein mußte, diese Entwickelung erstens zu überwachen und zweitens auf Mittel zu sinnen, sie in einem uns günstigen Sinne zu beeinflussen. Wie war das möglich? Die See war für uns verschlossen. Selbst Kriegsmaterial herstellen zu lassen, zu kaufen und nach Deutschland abtransportieren zu lassen, war ein Ding der Unmöglichkeit. Die einzige Möglichkeit, die uns blieb, war, Kriegsmaterial zu kaufen, es in Amerika zu lassen und es so den Händen unserer Feinde zu entziehen. Nachdem es wegen der Nichtzustimmung des Ministeriums nicht gelungen war, die wenigen Fabriken, die damals schon bestanden, in deutsche Hand zu bekommen, mußte ein anderer Weg gewählt werden. Das war der Weg des Aufkaufs.

Sachverständiger Dr. Bonn: Der Aufkauf war damals ein verhältnismäßig geringes Vermögensobjekt?

Zeuge: Ja, es war im Vergleich zu späteren Kriegskosten ein geringes Vermögensobjekt.

Sachverständiger Dr. Bonn: Ich glaube, Sie haben in einem Berichte, der da geschrieben wurde, von hundert Millionen Dollar als Maximum gesprochen.

Zeuge: O nein, viel weniger! Es handelte sich ja bloß um einige kleinere Fabriken. Es waren vielleicht 20 bis 30 Millionen Dollar nötig. Die wirtschaftlichen Maßnahmen, die nun von uns auf meine Anregung ergriffen wurden, um die Kriegsmaterialherstellung in den Vereinigten Staaten einzuschränken, waren zweierlei Natur. Es waren materielle und personelle. Materiell, wie ich schon ausgeführt habe, kam es darauf an, das Kriegsmaterial zum großen Teil in unsere Hand zu bringen. Deswegen schlug ich Seiner Exzellenz dem Herrn Botschafter vor, unter amerikanischem Namen und einem amerikanischen Direktor eine eigene Munitionsfabrik zu bauen und unter diesem Deckmantel, wenn ich so sagen darf, möglichst alles an uns zu ziehen, was an Kriegsmaterial auf dem amerikanischen Markte erschien. Das Wesentliche war zunächst einmal die Bindung der Artilleriemunition. Sie war nur möglich, wenn wir in dieser Weise vorgingen. Die Vereinigten Staaten waren gar nicht in der Lage, viel Artilleriemunition zu produzieren. Dazu mußten neue Fabriken gebaut werden. Wir sahen, wie täglich die Entente mit ihren Millionenaufträgen auf den Markt kam. Die Amerikaner zögerten lange hin und her, ob sie solche Geschäfte machen sollten; sie wußten ja gar nicht, wie lange der Krieg dauern werde. Neue Fabrikanlagen von solchen Dimensionen zu bauen, war eine sehr kostspielige Sache. Die ganzen Gestehungskosten ihrer neuen Fabriken mußten möglichst mit dem ersten Auftrag abgetragen werden. Infolge der damit verbundenen riesenhaften Preise dauerte der Kuhhandel um diese Sache viele Monate. Das Bild, das sich mir bot — die ganze Entwickelung —, wurde

immer klarer. Deswegen trat ich, im März-April etwa, an den Herrn Botschafter mit der Bitte heran, diese Frage in dem Sinne zu lösen, daß wir eine amerikanische Firma gründeten und unter dem Deckmantel dieser Firma alles aufkauften, was für die Errichtung amerikanischer Munitionsfabriken nötig war. Das waren in erster Linie hydraulische Pressen, wie sie zur Herstellung von Artilleriemunition nötig sind. Wenn jemand eine Artilleriemunitionsfabrik in Amerika bauen wollte, so mußte er über diese hydraulischen Pressen verfügen. Wir machten einen Corner für solche Pressen, soviel als die Vereinigten Staaten in zwei Jahren produzieren konnten, und nahmen diese ganze Produktion — sozusagen — für unsere Fabrik in Anspruch.

Das gleiche geschah mit Pulver. Ich kaufte alles Pulver auf, das die Vereinigten Staaten in der nächsten Zeit zu produzieren in der Lage waren, und nahm es für die Fabrik in Anspruch. Wir gingen weiter. Es wurden seitens der Entente Orders auf Sprengstoffe in großem Umfange in den Vereinigten Staaten placiert. Dazu mußten neue Sprengstoffabriken gegründet werden. Zunächst war nötig, um Sprengstoffe zu fabrizieren, die Koksindustrie auszubauen, also die Gewinnung von Teerprodukten aus Koks. Das lag in Amerika noch sehr im Argen. Es waren nur wenig leistungsfähige Anlagen dieser Art vorhanden, aber es waren Anlagen im Entstehen begriffen, die durch deutsche Ingenieure gebaut wurden. Da waren z. B. die Otto Cook Oven Company und andere deutsche Firmen, die führend auf dem Markte waren. Ich verschaffte mir Kenntnis von dem Bau dieser Anlagen, trat mit den Ingenieuren und Firmen in Fühlung und traf mit ihnen Abmachungen, daß diese deutschen Ingenieure und Firmen aus den Fabriken herausgingen, daß wir so die Fertigstellung dieser Anlagen auf Monate hinaus verzögerten.

Neue Pulverfabriken, die gebaut werden sollten, brauchten dazu als wesentliches Mittel säurefeste Gefäße. Infolgedessen schloß ich mit den Industrien, die diese Gefäße in den Vereinigten Staaten herstellten, langfristige Verträge ab, um deren Lieferung für ein- bis anderthalb Jahre zu binden. Wir kauften auch alles, was an Chemikalien auf den Markt kam, soweit es eben erreichbar war, auf.

Das ungefähr gibt Ihnen im wesentlichen ein Bild von den Maßnahmen — ich könnte das noch länger ausführen, aber das interessiert Sie nicht —, die wir auf materiellem Gebiete trafen.

Auf personellem Gebiete war es das gleiche. Die Vereinigten Staaten stellten in den Dienst dieser Munitions- und Kriegsmaterialherstellung naturgemäß alle Arbeitskräfte, deren sie habhaft werden konnten. Der ungelernte Arbeiter in den Vereinigten Staaten war zum großen Teil von hier hinübergewandert, er war entweder Deutscher, oder er war Österreicher oder Ungar, jedenfalls waren es sehr viele dieser Art. Es war für uns sehr wesentlich, diese Arbeiter aus den Betrieben herauszubekommen. Maßgebend war der Gedanke, daß diese Leute, die zu einem großen Teil noch ihre deutsche Reichsangehörigkeit besaßen, darauf aufmerksam gemacht werden mußten, daß sie sich, wenn sie Kriegsmaterial für die Armeen unserer Feinde herstellten oder sich daran beteiligten — falls es mit Bewußt-

sein geschah —, nach der Auffassung unseres Strafgesetzbuches strafbar machten. Die Idee war, die Leute aus diesen Industrien herauszubekommen, um sie in friedlichen Zwecken dienenden Industrien unterzubringen. Für diesen Zweck wurden von uns in allen Industriestädten Bureaus geschaffen, an die sich diese Arbeiter wenden konnten. Die Bureaus hatten die Aufgabe, sie irgendwo zu placieren, wo sie in einer friedlichen Industrie weiter ihren Lebensunterhalt verdienen konnten. Auf solche Weise gelang es, eine große Zahl reichsdeutscher Arbeiter der Kriegsindustrie zu entziehen.

Alle diese Maßnahmen hatten zur Folge, daß, als nun die Entente nach langem Hin und Her schließlich ihre Millionenorders für Munition usw. placiert hatte und die amerikanische Industrie daran ging, ihre Fabriken aufzubauen, sie plötzlich merkte: wir können vor der Hand nichts geliefert bekommen; die Hersteller von Pressen, Pulver, Toluol usw. sagten: wir können erst in ein paar Monaten liefern, unser „output" ist verkauft. Überall stieß man auf Schwierigkeiten. Da hieß es: was ist denn das?, da ist uns irgendein großer amerikanischer Trust dazwischen gekommen, eine große amerikanische Transaktion, die das ganze Geschäft für sich machen will. Es wurde der Sache nachgegangen und die Käufe auf die Fabrik zurückgeführt, unter deren Deckmantel wir diesen ganzen Corner machten; sie war damals — Sommer 1915 — noch als vollkommen amerikanisch bekannt. Dann geschah es aber, daß dem Geheimrat Albert die bekannten Papiere durch Beamte des staatlichen amerikanischen Geheimdienstes gestohlen wurden, unter denen sich Abrechnungen von mir über die Bridgeport Projectile Company befanden, sowie Abrechnungen über verschiedene Aufkäufe in dieser Sache. Auf einmal war es der Entente und dem amerikanischen Publikum klar, wie diese Sache lief. Sie können sich denken, meine Herren, daß es bei der Propaganda, die von der Entente und den England freundlichen Amerikanern gegen uns getrieben wurde, nicht gerade ein besänftigendes Moment war, als die Leute sahen, daß wir sie an der Nase herumgeführt hatten. An der Hand der Statistiken, die ich über die Ausfuhr von Kriegsmaterial aus den Vereinigten Staaten bis Ende 1915 aufgestellt habe, ergibt sich, daß wir mit sehr gutem Erfolge gearbeitet haben. Bis Ende 1915 ist die Ausfuhr von Kriegsmaterial im wesentlichen auf ein ganz geringes Maß beschränkt geblieben. Ich bin damit der Instruktion meines Generalstabschefs nachgekommen, der mir die Order hatte zukommen lassen: „Wenn es Ihnen gelingt, bis Ende des Jahres 1915 die Kriegsmateriallieferungen der Vereinigten Staaten an die Entente einigermaßen zu beschränken, dann werden wir den Krieg voraussichtlich gewonnen haben." Nach dieser Richtlinie hatte ich zu arbeiten und habe ich gearbeitet, und wenn dagegen die Presse drüben Sturm gelaufen ist, dann ist das ganz erklärlich.

Sachverständiger Dr. Bonn: Haben Sie diese Ziffern?

Zeuge: Die Ziffern müssen in den Akten des Generalstabes oder Kriegsministeriums vorhanden sein. Ich habe die genauen Statistiken monatlich im Jahre 1914 und 1915 nach Berlin geschickt.

Ich möchte zu der Untersuchung, die der amerikanische Senat über alle diese Sachen geführt hat, noch das Folgende sagen, bevor wir zu den Einzel-

heiten dieser Untersuchung übergehen. Herr Graf Bernstorff hat in seiner Vernehmung schon erwähnt, daß die ganze öffentliche Aufregung über die sogenannten plots und conspirations Ende des Jahres 1915, nach meinem Fortgange, sich vollkommen gelegt hatte. Im Jahre 1916 war es darüber in den Vereinigten Staaten ganz still. Die Märchen von den plots sind erst wieder ausgepackt worden bei Abbruch der Beziehungen mit Deutschland, um den Boden zu schaffen, daß auch die wenig Kriegsbegeisterten mit Herz und Seele in diesen Krieg eintreten sollten. Dazu ist dann jedes Mittel recht gewesen, und alles, was uns jemals vorgeworfen worden ist — die 100 Fabriken, die ich durch meine Agenten in den Vereinigten Staaten in die Luft gesprengt haben soll, die Verschwörung mit Mexiko und vieles andere —, ist in den Zeitungen aufgewärmt und in Broschüren breit getreten worden, die zum Teil durch das „Committee on public information" amtlichen Charakter bekommen haben. Auch die Untersuchung vor dem Senatskomitee, über welche dieses dicke Buch geschrieben ist, ist in sehr vielen Punkten nicht einwandfrei geführt worden. Ich führe zum Beweise dafür einen Fall an: Eines der vernehmenden Organe bei diesen Untersuchungen ist der deputy attorney Becker gewesen; dieser hat unter anderem auch den berühmten Bolo-Fall untersucht. In seinen Auslassungen, die er über die Untersuchung des Falles Bolo-Pascha an die amerikanische Presse gegeben hat, hat er im Jahre 1918 etwa folgendes gesagt:

„Als Bolo-Pascha in New York ankam, hat kurz hinterher ein Diner stattgefunden zwischen den Herren William Randolph Hearst, dem bekannten Zeitungsmann, Bolo-Pascha und einigen anderen Leuten. An diesem Diner haben auch die Haupt-conspirators and plotters, der deutsche Militärattaché v. Papen und der Marineattaché Boy-Ed, teilgenommen."

Ich bemerke, daß dieses Diner zwei Jahre nach meiner Abberufung aus den Vereinigten Staaten stattgefunden hat. Der Grund für diese wissentlich falsche Angabe des vernehmenden Staatsanwaltes liegt aber nicht etwa darin, daß man mir mit dem Bolo-Pascha-Fall noch besonders weh tun wollte, sondern er liegt lediglich auf innerpolitisch-amerikanischem Gebiete; denn man muß wissen, daß die innerpolitische Linie bei der ganzen Sache dauernd die Hauptrolle spielt.

Es würde zu weit führen, hier auszusagen, zu welchem innerpolitischen Zwecke man meine Person mit Bolo-Pascha in Verbindung zu bringen suchte.

Vorhin erlaubte ich mir zu sagen, daß die deutsche Propaganda in Amerika von Anfang an immer seitens der ententistischen amerikanischen Presse als illegitim bekämpft worden ist. Wenn Sie dieses Buch des Senatskomitees lesen, meine Herren, dann werden Sie sehen, daß jeder Mensch, der vom Jahre 1914 seit Kriegsbeginn bis zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg irgendeinen deutschlandfreundlichen, neutralen Artikel geschrieben hat und vor die Assisen des Senats zitiert worden ist, sich damit hat entschuldigen müssen, daß, wenn er jemals in seinem Leben, als die Vereinigten Staaten noch neutral waren, es nur gewagt hat, ein deutschfreundliches Wort zu finden, er sicherlich nur mißverstanden worden sei. Und wenn er sich jemals zu einer solchen Handlung tatsächlich bekennen mußte, dann hat er sie dadurch abzuschwächen gesucht, daß er sagte:

Zum Beweise dafür, daß ich als Amerikaner nur für die Entente gefühlt habe, kann ich feststellen, daß ich meinen Kredit bis zum Zusammenbruch angespannt habe, um so und soviel Millionen Dollar Kriegsanleihe zeichnen zu können. Lesen Sie das Buch, meine Herren, Sie werden auf jeder Seite finden, daß Leute, die vielleicht in den Verdacht einer deutschfreundlichen Gesinnung kommen konnten, immer sagten: Um Gottes willen, lassen Sie mich heraus aus dem Buch, ich bin nie deutschfreundlich gewesen, ich habe nie ein gutes Wort für die Deutschen übrig gehabt. Das ist der Boden, auf dem diese Untersuchungen aufgebaut sind. Und das Beweismaterial ist zumeist durch Denunzianten und auf illegalem Wege zusammengetragen worden. Dazu ist noch auszuführen, daß die Vereinigten Staaten schon 1915, als von Krieg noch lange keine Rede war, die Telephondrähte aller Mitglieder der Botschaft, vielleicht mit Ausnahme derjenigen Seiner Exzellenz, unter Überwachung gehalten haben, daß alle meine Gespräche dem Staatsdepartement bekannt waren, daß ich dauernd von Regierungsdetektivs verfolgt wurde in einer Art und Weise, die wirklich mit Neutralität in keiner Weise zu vereinbaren war.

Exzellenz v. Romberg: Eine Zwischenfrage: Haben Sie den Eindruck, daß die Ententevertreter in bezug auf die Propaganda anders behandelt worden sind?

Zeuge: Selbstverständlich. Es ist doch nie einem Menschen eingefallen, den englischen Militärattaché in einer ähnlichen Art und Weise zu behandeln, wie mich; niemals. Im Gegenteil, er hat stets die volle Unterstützung des Geheimdienstes der amerikanischen Regierung gehabt in allen seinen Maßnahmen. Man hat doch auch niemals etwas von englischer Propaganda drüben gehört, obwohl sie in reichstem Maße getrieben wurde. So ist die berühmte Sitzung bekannt, die, ich glaube, am 23. August 1914 stattgefunden hat, in der sich der englische Propagandadienst über die Beeinflussung der amerikanischen Presse schlüssig wurde und wo beschlossen wurde, in etwa 40 amerikanische Zeitungen englische Editorial writers hineinzusetzen. Diese Sitzung hat in der Office von J. P. Morgan stattgefunden; sie ist immer wieder bestritten worden; aber sie ist doch wahr; wir wissen genau, daß sie stattgefunden hat. Über alle diese Sachen hat man stets den Schleier der Liebe gedeckt. Dahingegen ist man uns gegenüber so weit gegangen, daß man uns nicht allein dauernd hat beobachten lassen, sondern daß mir der amerikanisch-englische Geheimdienst dauernd Leute auf den Pelz geschickt hat mit Sabotageangeboten, um mich zu kompromittieren. Es sind Leute gekommen und haben gesagt: „Da ist eine glänzende Geschichte, die und die Fabrik können Sie leicht in die Luft sprengen lassen; geben Sie mir 1000 Dollar, dann kann ich das und das machen; davon werden Sie bei Ihrer Regierung einen großen Vorteil haben." Solche Fälle sind haufenweise passiert.

Im übrigen ist in diesem Buch des Senatkomitees einwandfrei zugegeben, daß der staatliche Geheimdienst die Albert-Papiere, von denen ich vorhin sprach, die also unsere wirtschaftlichen Maßnahmen der Öffentlichkeit klar legten, hat stehlen lassen. Das steht aktenmäßig fest — so geschehen im August oder Juli 1915.

Noch ein Fall, der mir eben einfällt. Der General Leonhard Wood, einer der prominentesten Leute in den Vereinigten Staaten, lange Jahre Chef des Stabes und zu meiner Zeit Gouverneur des Bezirkes von New York, ließ mich eines Tages bitten, zu ihm nach Governors Island zu kommen. — Er war wie immer sehr freundlich zu mir und sagte lächelnd: Eben waren ein paar Leute bei mir und haben mir genaue Auskunft über einen Plan gegeben, den Sie, Herr v. Papen, anscheinend ausgearbeitet haben; er besteht darin, daß, wenn die Deutschen nächstens einmal mit Unterseebooten hier landen, Sie die Untergrundbahnen und die water pipes, die Wasserversorgung usw. in die Luft sprengen wollen; wir haben genau die Skizzen, wo Sie Ihre Sprengstoffe anlegen, welche Punkte Sie zerstören wollen, das ganze Material ist hier, wenn es Sie interessiert? Wir haben weiter kein Wort über diesen Fall verloren. Aber er beweist, wie damals gearbeitet wurde.

Ein anderer Fall. Man hat immer versucht, da ich zu gleicher Zeit und vor dem Kriege Militärattaché in Mexiko war, mir nachzuweisen, daß ich durch irgendwelche Machinationen versucht hätte, die mexikanische Regierung oder die dortige öffentliche Meinung gegen die Vereinigten Staaten zu hetzen, um durch die Schaffung einer Konfliktsmöglichkeit die Kriegsmaterialausfuhr etwas zu unterbinden. So hat man behauptet und in allen Zeitungen geschrieben, ich hätte mit dem Präsidenten Huerta in Verbindung gestanden, als er damals nach New York zurückkam. Ich habe ihn niemals auf amerikanischem Boden gesehen, wohl in Mexiko vor dem Kriege, nie in Amerika, nie, auch nur ein einziges Mal. Alle diese Unterstellungen sind freie Erfindung.

Ich habe im Gegenteil in meinen Berichten niemals einen Zweifel über die hoffnungslos verworrene Lage Mexikos, die jede Bündnisfähigkeit ausschloß, gelassen.

Wie gesagt, die Charakteristik dieser ganzen gegen uns inaugurierten Preßkampagne, aller dieser uns zugeschriebenen plots ist, daß sie doch schließlich auf ein Minimum zurückgeführt worden sind. Die große Hauptsache besteht nicht, und da berufe ich mich hier auf das Zeugnis, das Exzellenz Graf Bernstorff neulich angeführt hat, das Zeugnis eines judge G. W. Anderson, der einen großen Teil dieser Sachen untersucht und hier am 28. Januar dieses Jahres öffentlich erklärt hat:

> Now I assert as my best judgment, grounded on the information that I can get, that more than ninety-nine per cent of the advertised and reported pro-German plots never existed. I think it is time that publicity was given to this view.

Und am Schlusse dieser Auslassung sagte er noch:

> For the root of our troubles to-day is lying, official lying, unofficial lying, deliberate lying and imitative lying.

Das charakterisiert die Lage einigermaßen.

Teil VII

Zur Beschlußfassung über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg am 9. Januar 1917

212

Protokoll über die Sitzung vom 8. Januar 17 bei Exzellenz v. Hindenburg*)

Ganz geheim
Von Hand zu Hand

Anwesend Generalfeldmarschall v. Hindenburg,
General Ludendorff,
Oberst v. Bartenwerffer,
Admiral v. Holtzendorff,
Kapitän zur See Graßhoff.

Exz. v. Holtzendorff trägt die Hauptsätze der beiden Schreiben an Exz. v. Hindenburg nochmals kurz vor. (Siehe eigenhändige Niederschrift v. Exz. v. Holtzendorff.)

Generalfeldmarschall erklärt sich mit dem Vorgetragenen unbedingt einverstanden.

v. Holtzendorff: Mein Gedankengang ist im Einklang mit dem, was der Kanzler im September an Bedingungen für den eingeschränkten U-Boot-Krieg gestellt hat. Die Schwierigkeiten liegen bei unserer Diplomatie, die sich verrannt hat. Die Note über bewaffnete Dampfer wird heute abgegeben, wie mir Kanzler heute telephonisch sagte. Der Kanzler meinte, er hätte jetzt erst durch die Denkschrift erfahren, daß das Abschießen bewaffneter Dampfer uns so wenig Zuwachs bringen sollte.

Exz. Ludendorff: Das deckt sich nicht mit dem, was er hier gesagt hat.

v. Holtzendorff: Der Kanzler war dafür, die Note über bewaffnete Dampfer telegraphisch festzuhalten. Ich habe dies abgelehnt. Der Kanzler hat dann gebeten, die Ausgabe des Befehls bis morgen zu verschieben. Das habe ich unter der Bedingung der Abgabe der Note versprochen. Exz. v. Holtzendorff spricht dann über die Daten des 15. Januar und 21. Januar.

Exz. Ludendorff stimmt dem zu.

v. Holtzendorff spricht über die Schwierigkeit der Frage der Passagierdampfer. Der Kanzler hätte gemeint, er wolle ihm eine U-Boot-Falle stellen.

*) Aus den Akten der Obersten Heeresleitung.

Feldmarschall: Ich war von Anfang auch nicht für die Note wegen der bewaffneten Dampfer.

v. Holtzendorff legt die neuen Instruktionen an Bernstorff mit den Änderungen Hindenburgs vor. Die Änderungen seien angenommen. Der Feldmarschall freut sich, daß der Satz über Blockade fortgefallen ist.

v. Holtzendorff meint, Amerika werde keinen Druck auf England ausüben. Er stellt die Frage: Liegen Bedenken gegen meine Befehle vor?

Exz. Ludendorff: Ist es möglich, Raddampfer von Holland nach England fahren zu lassen?

v. Holtzendorff: Wenn Amerika sich auf Verhandlungen einläßt, können wir ihm bezüglich Personenverkehr entgegenkommen. Die amerikanischen Dampfer können nach Falmouth fahren, holländische Raddampfer nach Harwich. — Er erläutert dann die Karte des Sperrgebiets und nennt die Zahl der U-Boote am 1. Februar.

Exz. Ludendorff: Braucht Flotte U-Boote zur eigenen Sicherung?

v. Holtzendorff: Ja, aber die fallen dabei ab. Immerhin wird die eigene Sicherung der Flotte eingeschränkt. Unser Zuwachs an U-Booten wird die voraussichtlichen Verluste erheblich überschreiten. Die nötigen Reserven sind also vorhanden. — Er liest dann den Bericht des Marineattachés von Fischer-Loßainen über die Ansichten in Schweden bezüglich des uneingeschränkten U-Boot-Krieges vor. Das wolle er auch Seiner Majestät vorlesen, der sehr mau gewesen sei. Desgleichen den Bericht des Marineattachés im Haag . . . Er meint, daraus gehe hervor, daß sich die neutrale Schiffahrt in erheblichem Maß abschrecken lassen werde. Er legt dann die Kalkmann-Denkschrift vor und führt aus: Die Gründe für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg sind so durchschlagend, daß der Kanzler sich fügen muß. Aber wenn dieser Kanzler den uneingeschränkten U-Boot-Krieg mitmacht, dann ist die Aussicht, daß Amerika aus dem Kriege herausbleibt, größer, als wenn ein anderer Kanzler käme. Er sagt dann: Ich werde heute den Befehl über Abschießen bewaffneter Dampfer Seiner Majestät dem Kaiser vortragen, ihm die unbedingte Zustimmung des Feldmarschalls v. Hindenburg melden und sagen, daß der Befehl erst morgen herausgehen würde.

Feldmarschall stimmt dem zu.

v. Holtzendorff: Ich werde meine Schreiben an Feldmarschall v. Hindenburg heute Seiner Majestät vorlesen, der heute Mittag gar nicht im Bilde war.

Feldmarschall stimmt zu.

v. Holtzendorff liest Notenentwurf für Ankündigung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges vor und übergibt dem Feldmarschall ein Exemplar.

Exz. Ludendorff stimmt zu.

v. Holtzendorff: Der Kanzler kommt morgen hier an.

Feldmarschall: Welche Schmerzen hat er?

v. Holtzendorff: Der Kanzler will sich die diplomatische Vorbereitung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges vorbehalten, um Amerika draußen zu halten. Er habe ihm gegenüber die Note über bewaffnete Dampfer als U-Boot-Falle bezeichnet, die den Konflikt mit Amerika herbeiführen würde.

Exz. Ludendorff: Das hat der Kanzler ja alles gewußt.

v. Holtzendorff: Das Auswärtige Amt meint, wenn Nordamerika eingriffe, würde auch Südamerika in den Krieg eingreifen. Dann denken sie an die Zeit nach Friedensschluß.

Feldmarschall: Erst müssen wir mal siegen.

Exz. Ludendorff: Die Bezeichnung der Note über Abschießen bewaffneter Dampfer als U-Boot-Falle ist wieder ein Verzögerungsversuch.

v. Holtzendorff: Was tun wir, wenn der Kanzler nicht mitmacht?

Feldmarschall: Das macht mir auch Kopfzerbrechen.

v. Holtzendorff: Dann müssen Sie Kanzler werden.

Feldmarschall: Nein, das kann ich nicht und will ich nicht. Ich kann nicht mit dem Reichstag verhandeln.

v. Holtzendorff: Ich halte Bülow und Tirpitz wegen ihres Verhältnisses zum Kaiser für ausgeschlossen.

Exz. Ludendorff: Ich würde dem Feldmarschall nicht zureden.

Feldmarschall: Ich kann im Reichstage nicht reden. Ich lehne ab. Wie ist es mit Dallwitz?

Exz. Ludendorff: Ob er den U-Boot-Krieg überhaupt will?

v. Holtzendorff: Der Kanzler genießt im Auslande großes Vertrauen.

Feldmarschall: Also wir halten zusammen. Es muß sein. Wir rechnen mit dem Kriege mit Amerika und haben alle Vorbereitungen getroffen. Schlechter kann es nicht werden. Der Krieg muß mit allen Mitteln abgekürzt werden.

v. Holtzendorff: Seine Majestät ist auch über Lage und Stimmung im eigenen Volke nicht im Bilde.

Exz. Ludendorff: Das stimmt.

v. Holtzendorff: Volk und Armee schreit nach dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg.

Exz. Ludendorff: Das stimmt.

v. Holtzendorff: Staatssekretär Helfferich sagte zu mir: Ihr Weg führt zur Katastrophe. Ich erwiderte ihm: Sie lassen uns in die Katastrophe treiben.

Feldmarschall: Das stimmt. Die Hauptsache für mich ist, es ist keine Operation, die uns an anderer Stelle militärisch schwächt.

v. Holtzendorff: Ich habe Nachrichten, daß Rußland zusammenbrechen wird, wenn es im Norden angefaßt wird.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

213

Aufzeichnung über die Besprechung zwischen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff zu Pleß am 9. 1. 17.*)

Kanzler: Wenn Seine Majestät verschärften U-Boot-Krieg befiehlt, wird Kanzler zu erreichen versuchen, daß Amerika „draußen" bleibt. Gewisse Zugeständnisse — schon früher mit Admiralstab erwogen — müßten dazu gemacht werden. Man muß aber mit Amerikas Eintritt in den Krieg gegen uns rechnen.

Über Verhalten der europäischen Neutralen denkt Kanzler zuversichtlicher. Unsere Friedensnote hat gut gewirkt. Holland und Dänemark werden nicht in den Krieg eintreten, wenigstens so lange nicht, als sie nicht sehen, daß der U-Boot-Krieg keinen Erfolg für uns bedeutet.

Betr. der Schweiz ist zu bedenken, daß die Entente, wenn die Lebensmittel der Schweiz knapp werden, auf die Schweiz drücken wird, um den Durchmarsch französischer Armeen, eventuell sogar Anschluß der Schweiz an Entente zu erreichen.

Dänemark wird möglicherweise seine Schiffahrt auflegen.

Kanzler ersucht, daß die militärischen Maßnahmen an den neutralen Grenzen, namentlich der dänischen, keine zu große Drohung bedeuten möchten.

Exz. Ludendorff: Absicht nur Kavallerie an die Grenzen zu bringen, einige Regimenter.

Kanzler: Der Entschluß zum Eintritt in den rücksichtslosen U-Boot-Krieg ist also abhängig von der Wirkung, die wir erwarten können. Admiral v. Holtzendorff stelle in Aussicht, bis zur nächsten Ernte England klein zu haben. Die Erfahrungen der U-Boote in den letzten Monaten, die größere Zahl von Booten, Englands schlechte wirtschaftliche Lage bilden allerdings einen Zuwachs an Chance.

Im großen sind die Aussichten für den rücksichtslosen U-Boot-Krieg recht günstig.

Beweiskräftig lassen sich die Aussichten freilich nicht hinstellen.

Man müsse sich klar sein, daß große militärische Schläge, nach der militärischen Lage, kaum möglich seien, um den Sieg zu gewinnen.

Der U-Boot-Krieg ist die „letzte Karte". Ein sehr ernster Entschluß.

„Wenn aber die militärischen Stellen den U-Boot-Krieg für notwendig halten, so bin ich nicht in der Lage, zu widersprechen."

Feldmarschall: Wir sind gerüstet, um allen Eventualitäten zu begegnen, gegen Amerika, Dänemark, Holland und auch die Schweiz.

*) Aus den Akten der Obersten Heeresleitung.

Der Unterwasser-Kreuzerkrieg bringt nur eine geringe Steigerung der bisherigen Erfolge. Wir brauchen das energischste, rücksichtsloseste Handeln, das sich erreichen läßt. Deshalb den rücksichtslosen U-Boot-Krieg, vom 1. 2. 17 ab.

Der Krieg muß beschleunigt zum Ende gebracht werden, obwohl wir ihn noch länger durchhielten, aber der Bundesgenossen wegen.

Kanzler: Es läßt sich denken, daß der U-Boot-Krieg das Kriegsende hinausschiebt.

Exz. Ludendorff: Der U-Boot-Krieg bringt auch unsere Armeen in eine andere, bessere Lage. Durch den Mangel an Grubenholz, an Kohlenförderung, leidet die Munitionserzeugung. Das bedeutet eine Erleichterung für die Westfront. Wir müssen der Truppe eine zweite Somme-Schlacht ersparen. Daß diese Erleichterung eintreten wird, wird durch unsere eigenen Verhältnisse, die Wirkung unserer Transportkrisis bewiesen.

Auch Rußlands Offensivkraft wird durch den Munitionsmangel, hervorgerufen durch Schiffsraumnot, geschädigt. Die sibirische Bahn allein genügt für Rußland nicht.

Kanzler: Amerikas Hilfe bei eventuellem Eintritt in den Krieg wird bestehen in

Lieferung von Lebensmitteln an England,
finanzieller Beihilfe,
Entsendung von Flugmaschinen,
Entsendung von Freiwilligenkorps.

Feldmarschall: Damit werden wir schon fertig. Die Gelegenheit für den U-Boot-Krieg ist so günstig, wie kaum jemals wieder. Wir können ihn führen und müssen ihn führen.

Kanzler: Ja, wenn der Erfolg winkt, müssen wir auch handeln.

Feldmarschall: Wir würden uns später Vorwürfe machen, wenn wir die Gelegenheit verpaßten.

Kanzler: Sicher ist die Lage besser als im September.

Exz. Ludendorff: Die Sicherungsmaßnahmen gegen die Neutralen werden nichts Herausforderndes haben, reine Defensivmaßnahmen.

Kanzler: Und wenn die Schweiz in den Krieg eintritt oder die Franzosen durch die Schweiz kommen?

Feldmarschall: Das wäre militärisch nicht ungünstig.

f. d. R.
v. Bartenwerffer

Teil VIII

Zum Kriegseintritte der Vereinigten Staaten von Amerika

1. Vom Abbruche der diplomatischen Beziehungen bis zum Kriegseintritte

214

Staatssekretär Zimmermann an Legationsrat v. Grünau

Telegramm Nr. 230 — Berlin, 5. Februar 17

Botschafter Gerard teilte mir soeben im Auftrage seiner Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen seitens der Vereinigten Staaten von Amerika mit und bat um die Pässe.

Zimmermann

215

Botschafter Graf Wedel an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 6. Februar 17

Telegramm Nr. 61 — Wien, 5. Februar 17

Botschafter Graf Tarnowski hat dem Grafen Czernin gedrahtet, Lansing habe ihm den Abbruch der Beziehungen mit Deutschland mitgeteilt und dazu bemerkt, Wilson wünsche, wenn möglich, Beziehungen zu Österreich nicht abzubrechen. Zu diesem Zweck wäre es erwünscht, wenn Modifikationen des U-Boot-Krieges eintreten könnten und die österreichische Ankündigungsnote, die Wilson bisher verheimlicht hat, entsprechend abgeändert werden könnte. Lansing hat dieses als erwünscht bezeichnet, aber nicht gesagt, daß es eine Bedingung sei, und um sofortige Antwort gebeten.

Da Angelegenheit eilig, hat Graf Czernin durch hiesigen amerikanischen Botschafter nachfolgendes Telegramm an Lansing abgesandt:

> „Botschafter Graf Tarnowski hat mir die freundlichen Worte der Sympathie, welche Sie für die Monarchie gesprochen haben, berichtet, und ich erlaube mir, Ihnen hierfür meinen herzlichsten Dank zu übermitteln.

Auch ich würde es gerne sehen, wenn die diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und uns aufrechterhalten blieben. Um dies zu ermöglichen, ersuche ich vor allem nochmals die amerikanische Regierung, die Situation zu betrachten, in welcher wir uns befinden.

Wir haben offen und ehrlich erklärt, daß wir nur einen Verteidigungskrieg führen, das heißt, daß wir bereit sind, über einen ehrenvollen Frieden, in welchem es weder Sieger noch Besiegte gibt, zu verhandeln, und wir halten dieses Angebot auch heute noch aufrecht. Die Basis, wonach es keinen Sieger und keinen Besiegten gibt, ist die von Mr. Wilson vorgeschlagene, und es ist daher an der Entente, sich nunmehr gleich uns auf dieselbe zu stellen. Solange die Entente an ihrem in ihrer letzten Note veröffentlichten Programme festhält, welches die Aufteilung der österreichisch-ungarischen Monarchie enthält, ist es für uns unmöglich, über den Frieden zu sprechen, und müssen wir uns mit allen Mitteln wehren.

Eine technische Modifikation des eingeleiteten U-Boot-Krieges ist unmöglich. Erstens müßten einer solchen Verhandlungen mit unseren Verbündeten vorausgehen, zweitens und hauptsächlich aber sind die zahlreichen U-Boote auf hoher See, und es ist ganz unmöglich, denselben eine Nachricht, welcher Art immer, zukommen zu lassen.

Der Schwerpunkt der Frage liegt aber meiner Ansicht nach darin, daß Mr. Wilson, der den Frieden ohne Sieger und ohne Besiegten vorgeschlagen hat, jetzt die moralische Verpflichtung hat, auf die Entente einzuwirken, daß sie gleich uns diese Basis akzeptiere. Hierfür besitzt der Herr Präsident alle Eignung. Erstens wegen seiner hohen Stellung und der persönlichen Achtung, die er in ganz Europa genießt, als auch deshalb, weil Amerika durch Einstellung seiner Kriegslieferungen an die Entente diese veranlassen kann, sich dem Willen Herrn Wilsons anzupassen.

Ich hoffe daher, daß der Herr Präsident der Vereinigten Staaten das von ihm begonnene Friedenswerk unparteiisch und objektiv weiterführen werde und sohin vor allem die Entente bewegen möge, sich ebenso wie wir auf den amerikanischen Standpunkt zu stellen, wonach es keinen Sieger und keinen Besiegten gibt und wonach der Friede für beide ein ehrenvoller und für die ganze Welt ein dauernder werde.

Wenn der Herr Präsident dies tut, dann wird nicht nur der Schrecken des U-Boot-Krieges, sondern der Krieg überhaupt ein plötzliches Ende finden, und der Herr Präsident wird seinen Namen mit unvergänglicher Schrift in die Geschichte der gesamten Menschheit einschreiben.

Ich gestatte mir, Sie zu ersuchen, von vorstehendem sowie von Ihrer eventuellen Antwort den Botschafter Grafen Tarnowski in Kenntnis zu setzen."

Graf Czernin bemerkte dazu, er glaube, daß seine Antwort dem Geiste unserer letzten Antwort an Wilson *) entspreche, worin wir Einstellung des U-Boot-Krieges zugesagt hätten, wenn Wilson Friedenskonferenz garantiere. Botschafter Penfield sei elegisch gewesen in Befürchtung, Wien verlassen zu müssen, und habe seinerseits Hoffnung ausgesprochen, Beziehungen aufrechterhalten zu können, worauf Graf Czernin ihm geantwortet habe, Entscheidung liege in Washington, unsere Aktion sei wohlerwogen und nicht zu ändern. Ich erlaubte mir zu betonen, je mehr wir Festigkeit, Entschlossenheit und Zuversicht zeigten, desto geringer sei die Gefahr des Eingreifens der Neutralen.

Wedel

216

Botschafter Graf Wedel an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 6. Februar 17

Telegramm Nr. 62 — Wien, 6. Februar 17

Graf Czernin sagte mir gestern, die uns bekannte angekündigte Note des U-Boot-Krieges sei seinerzeit unverzüglich in Washington überreicht, aber bisher von Wilson verheimlicht worden.

Graf Czernin rechnet damit, daß Wilson nach der gestern gemeldeten, an Lansing gerichteten Antwort Beziehungen zu Österreich eventuell ebenfalls abbricht. Wenn Wilson diese Konsequenz nicht zieht, könne er keine andere Erklärung finden, als daß Wilson Beziehungen zu uns abgebrochen habe, weil er sich persönlich ehemals zu weit engagiert habe und beabsichtigt, einen Druck auf uns auszuüben, um Modifikationen durchzusetzen, daß aber Wilson, nachdem dieser Versuch mißlungen sei, jetzt schon trachtet, nicht weiter zu gehen und den Grafen Tarnowski als Verbindung mit den Zentralmächten in Washington zu behalten, um Verschärfung zu vermeiden und seine Friedenspolitik fortsetzen zu können. Unter diesen Umständen könne Graf Tarnowski dort nützlich sein, und hoffe er, daß sein Verbleiben auch uns genehm sein würde. Bitte um Instruktion zur Regelung meiner Sprache.

Wedel

217

Staatssekretär Zimmermann an Botschafter Graf Wedel

Telegramm Nr. 82
Auf Telegramm 61 und 62**)
Zur Regelung Euerer Exzellenz Sprache — Berlin, 6. Februar 17

Die Mitteilung des Grafen Czernin an Wilson dürfte dem Geist *unserer* letzten Note *) kaum entsprechen. Wir haben Einstellung des U-Boot-Krieges nicht zugesagt, falls Wilson Friedenskonferenz garantiert,

---

*) 72 Beilagen Nr. 1 S. 74 **) 215 und 216

sondern sobald volle Sicherheit dafür geboten, daß Bemühungen des Präsidenten zu einem für uns annehmbaren Frieden führen würden. Auch haben wir uns nicht zu einem Frieden ohne Sieger und Besiegte bekannt. Selbst unsere mäßigen Forderungen werden wir nur als Sieger durchsetzen können.

Wenngleich ich den Wunsch des Grafen Czernin, einen Bruch mit Amerika zu vermeiden, verstehe, so halte ich doch eine zu freundliche Haltung der dortigen Regierung für bedenklich gegenüber dem offenkundigen Bestreben des Präsidenten, zwischen uns und Österreich-Ungarn zu differenzieren. In Washington ist noch kein Wort gegen Österreich-Ungarn gefallen. Die jetzige Haltung Wilsons aber zeigt ihn im wahren Licht als bedingungslosen Anhänger der Entente. Sein Ziel ist ersichtlich, uns militärisch zu behindern. Als Vermittler würde er sein ganzes Gewicht gegen uns einsetzen.

Zimmermann

218

Telegramm des Grafen Czernin an die k. u. k. Botschaft in Berlin

Eing. Berlin, 8. Februar 17

Ich war mir wohl bewußt, daß der von mir gegenüber Herrn Lansing absichtlich gebrauchte Ausdruck eines Friedens, „der weder Sieger noch Besiegte bringt", über den Rahmen unserer bisherigen Deklaration hinausgeht. Ich habe den Ausdruck dennoch gewählt, weil er von Herrn Wilson geprägt wurde und weil ich das größte Gewicht darauf lege, Herrn Wilson gegenüber der Entente in einen Widerspruch zu setzen. Gegenüber den neuerlichen kategorischen Ausführungen des englischen Premiers, daß der Krieg nicht ohne Sieger enden dürfe, dürfte Herr Wilson Schwierigkeiten haben, der Welt klar zu machen, daß wir diejenigen sind, die den Frieden verhindern.

Andererseits hat das von mir gebrauchte Wort gar keine Nachteile im Gefolge. Die Entente wird natürlich ihren Standpunkt jetzt nicht ändern und durch die Ablehnung wird jedes Angebot hinfällig, bindet uns also für die Zukunft in keiner Weise.

Wenn wir es aber ermöglichen, daß durch meine Antwort an Wilson, in welcher er statt der verlangten Tatsachen nur Worte erhielt, die Beziehungen Amerikas zu uns aufrecht erhalten bleiben, so halte ich dies für einen sehr großen Vorteil, und zwar genau ebenso für Deutschland wie für uns.

Randvermerk des Staatssekretärs Zimmermann:

Von Prinz Hohenlohe überreicht. Ich habe mich mit Schlußsatz einverstanden erklärt, im übrigen mich aber im Sinne unserer Instr. nach Wien geäußert. Z. d. A. Zimmermann) 8.2.

219

Staatssekretär Zimmermann an Legationsrat v. Grünau

Telegramm Nr. 272 Berlin, 8. Februar 17

Gesandter Bern telegraphiert unter Nr. 211:

„Schweizer Regierung erhielt heute folgendes Telegramm aus Washington:

„„Im Einverständnis mit Graf Bernstorff für Deutschlands Regierung. Hier starker Wunsch und lebhaftes Bedürfnis, Krieg zu vermeiden, daraus entsprang Bartelmes Radio-Kabel*) von gestern Kölnischer Zeitung. Falls Berlin Geneigtheit zu Konferenz mit Union über Blockade vorhanden, wäre ich bereit, hier Sache weiter zu verfolgen, glaube dadurch Krieg vorläufig hinauszuschieben.

Minister Ritter.“ “

Romberg.“

Im Einvernehmen mit dem Admiralstab der Marine beabsichtige ich folgendes zu antworten:

„Deutschland nach wie vor zu Verhandlungen mit Amerika bereit, vorausgesetzt, daß dadurch die Handelssperre gegen unsere Feinde nicht unterbrochen wird.“

Durch eine derartige Antwort würden wir uns hinsichtlich des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nichts vergeben. Durch die Worte „nach wie vor“ würden wir in unauffälliger Weise unser Angebot hinsichtlich Freigabe des amerikanischen Passagierverkehrs nach England wiederholen. Andererseits dürfte die vage gehaltene Antwort dazu geeignet sein, Verhandlungen zu ermöglichen und damit den Krieg mit Amerika zum mindesten hinauszuschieben. Daß Amerika in der Tat den Krieg zu vermeiden wünscht, scheint mir daraus zu erhellen, daß es sich bisher nicht zum Abbruch der Beziehungen mit Österreich-Ungarn entschlossen hat, wiewohl die Wiener Regierung bekanntlich eine unserer U-Boot-Note identische Mitteilung nach Washington gerichtet hat.

Bitte nach Benehmen mit der Obersten Heeresleitung die Allerhöchste Zustimmung zu der fraglichen Instruktion zu erbitten.

Zimmermann

220

Kölnische Zeitung
(Mittags-Ausgabe vom 13. 2. 17)

Washington, 7. Februar (Telegramm unseres eigenen Berichterstatters. Verspätet eingetroffen)

Obwohl jetzt die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen sind, entwickelt sich die Lage in hoffnungsvoller Weise. Die allgemeine Stimmung bleibt ruhig und wird sehr günstig durch Nachrichten aus Berlin berührt,

---

*) 220

wonach die Amerikaner in Deutschland mit größter Rücksicht behandelt werden. Man rechnet damit, daß beide Nationen augenblicklich über ihre gegenseitigen Empfindungen und Absichten im Dunkeln tappen. Die „Evening Post“ stellt fest, daß es jetzt sicher sei, daß Berlin den Abbruch der Beziehungen nicht als eine tödliche Beleidigung auffasse, auf die es keine andere Antwort gäbe, als die Kriegserklärung . . .

221

Legationsrat v. Grünau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 9. Februar 17
Telegramm Nr. 188
Eilt sehr
Auf Telegramm Nr. 272*) Pleß (Hauptquartier), 8. Februar 17

Seine Majestät sind mit beabsichtigter Instruktion für Schweizer Gesandten Washington mit der Maßgabe einverstanden, daß unser Eintreten in Unterhandlungen von der Bedingung abhängig gemacht wird, daß Graf Bernstorff und Gerard auf ihre Posten zurückkehren.

Der Kaiser argumentiert folgendermaßen: Die Demarche Wilsons ist erfolgt, um England vor dem U Boot Kriege zu bewahren und uns unter seinem und der europäischen Neutralen Drucke zum Nachgeben zu zwingen. Den Krieg wollte er nicht oder nur, wenn die anderen Neutralen mitgingen und vorgespannt werden konnten. Nachdem man gesehen, daß die Neutralen sich mit U-Boot-Krieg abfinden und sich nicht für England erklären, ist man geneigt, einzulenken, um auf andere Weise das Unheil abzuwenden. Wir sollten die üble Lage, in die Amerika sich gebracht hat, ausnutzen, um Genugtuung für den Affront zu erlangen, den es uns dadurch angetan hat, daß es, sich auf den angeblichen Bruch unseres Versprechens berufend, die diplomatischen Beziehungen ohne weiteres abgebrochen hat. Wenn Amerika jetzt wieder verhandeln will, so möge es zunächst die normalen Organe hierfür wieder in Funktion treten lassen.

Oberste Heeresleitung ist mit Instruktion einverstanden.

Grünau

222

Staatssekretär Zimmermann an Botschafter Graf Wedel

Telegramm Nr. 94 Berlin, 11. Februar 17

Es ist ohne Zweifel in unserem Interesse, eine Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an uns möglichst lange hinauszuschieben. Doch lege ich Wert darauf festzustellen, und bitte es auch Graf Czernin gegenüber zu

*) 219

betonen, daß für uns die Vermittlerrolle Wilsons ausgespielt ist. Sollte der Präsident mit einem solchen Anerbieten erneut an uns herantreten, so würden wir es entschieden ablehnen.

Für den Fall einer amerikanischen Kriegserklärung an uns wäre ich bei der jetzigen Sachlage damit einverstanden, daß dortige Regierung sich auf Abbruch der Beziehungen beschränkt.

Zimmermann

223

Botschafter Graf Wedel an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 12. Februar 17

Telegramm Nr. 71 — Wien, 11. Februar 17

Graf Czernin hat Zustimmung des Kaisers eingeholt, im Falle amerikanischer Kriegserklärung an uns unverzüglich Botschafter Penfield Pässe zuzustellen und österreichischen Botschafter Washington abzuberufen.

Ob Graf Tarnowski Beglaubigungsschreiben überreicht hat, ist hier nicht festzustellen, da amerikanische Regierung Telegramme nicht mehr durchgelassen hat. Heute ist ein kurzes Telegramm Grafen Tarnowskis eingetroffen, wonach in Amerika keine Kriegslust besteht, vielmehr der Wunsch, Verschärfung und dementsprechenden Abbruch mit Österreich zu vermeiden.

Habe gestern bei Graf Czernin angeregt, Graf Tarnowski anzuweisen, wenn noch möglich, von Überreichung Beglaubigungsschreibens abzusehen und eventuell Verwahrung gegen Verhetzungsversuch der Neutralen einzulegen. Minister erbat sich Bedenkzeit und antwortete mir heute: Er trage Bedenken, dem Botschafter die erstgenannte Anweisung zu geben, da das einem Abbruche von dieser Seite ähnlich sähe und eine halbe Maßregel sei, die den Grafen Tarnowski in eine schwierige Situation bringe, zudem die Lage verschärfe, was er und nach den Telegrammen des Botschafters Prinzen Hohenlohe auch Euere Exzellenz zu vermeiden wünschen.

Eine Verwahrung gegen Wilsons Verhetzungsversuch würde jetzt nach seiner Ansicht zu spät kommen, nachdem die Neutralen, insbesondere Schweden, Wilson bereits eine reinliche Abfuhr erteilt hätten. Er glaube, daß es als ein Zeichen der Zuversicht und guter Nerven gedeutet werde, daß sich die Zentralmächte in dieser Sache nicht gerührt und den Neutralen ganz die Antworten überlassen hätten, die ja sehr befriedigend ausgefallen seien.

Wedel

224

Kabel des „New York American"

Eing. Berlin, 13. Februar 17

I

New York, February 8 th, 1917

Bayard Hale, Berlin

The sentiment of the American people unitedly supports the President, though many profoundly deplore the necessity for todays action and ardently hope for an early restoration of amity. The leaders of Congress of both parties, bankers, even with strong German sympathies, all agree that the President can do no less than protect American lives at any cost. Property losses, however severe, would not justify the rupture of relations. The American press led by the Staatszeitung, New York, and the Staatszeitung, Illinois, will both publish editorials on Sunday supporting the President and hoping that submarines will not wantonly take a single American life, thereby avoiding an open challenge by their dearly beloved Fatherland. The Cincinnati Volksblatt is the only German paper in the United States thus failing to support the President, but it says that if war comes, it will be „America first" with every German citizen. The three greatest South American nations Argentine, Brazil and Chile, according to the press, unanimously support the action of President Wilson, though many condemn the methods of the British blockade. The public here is perfectly calm and there is no hostility against Germany shown. Extra funds will be cabled Monday for wireless.

New York American

II

New York, February 8 th, 1917

Bayard Hale, Berlin

Mr. Hearst urges that a big peace statement from His Imperial Majesty or from Bethmann Hollweg might solve the whole situation. Americans were getting friendly to Germany and the President was working for the peace which Americans and Germans desired. The German Note, especially the two interpolated paragraphs, upset everything; still the President and the country hope for peace. The right word spoken by Germany at this time might completely restore goodwill.

New York American

225

Botschafter v. Kühlmann an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 14. Februar 17

Telegramm Nr. 183 Konstantinopel, 13. Februar 17

Wie mir Talaat Pascha vertraulich mitteilt, hat ihm Botschafter Elkus Telegramm aus Washington vorgelegt, worin er vom Staatsdepartement beauftragt wird, diplomatische Beziehungen zur Türkei aufrechtzuerhalten.

Elkus spannt offenbar seinen ganzen Einfluß an, um deutsch-amerikanischen Konflikt zu vermeiden, der auch Abbruch Beziehungen zur Türkei zur Folge haben müßte. Kühlmann

226

Gesandter Rosen an das Auswärtige Amt

Eing. 14. Februar 17

Telegramm Nr. 86

Geheim Haag, 14. Februar 17

. . . Ich erfahre ganz vertraulich, „Präsident Wilson habe verschiedene seiner Freunde zu einigen neutralen Gesandten in Washington gesandt, die diese befragten, ob nicht vielleicht ihre Regierungen ein anderes Mittel in Vorschlag bringen könnten, um sich über eine Milderung des Unterseebootkriegs zu einigen.

Wilson suche offenbar einen Ausweg aus seiner Lage."

Man meint, daß unser offizieller Vorschlag ihm dies eher erschwert habe. Rosen

227

Botschafter Graf Bernstorff an das Auswärtige Amt

Eing. 15. Februar 17

Telegramm Nr. 245 Washington, 10. Februar 17

Da seit dem 1. Februar sich kein Zwischenfall ereignet hat, welcher Amerikaner betraf, ist Kriegsstimmung sehr vermindert, das Land will keinen Krieg. Falls ein Zwischenfall eintritt, wird Wilson zunächst nur Maßregeln zum Schutz amerikanischer Schiffe ergreifen und abwarten, was wir tun; wirklicher Krieg dürfte sich noch längere Zeit hinausschieben lassen, wenn wir nicht gegen die Vereinigten Staaten von Amerika selbst vorgehen. Verhandlungen können erforderlichenfalls noch immer durch österreichische Botschaft oder schweizerischen Gesandten geführt werden; ein Bündnis mit unseren Feinden wird Wilson keinenfalls eingehen.

Bernstorff

228

Gesandter v. Romberg an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg*)

Eing. 24. Februar 17
Nr. 498 Bern, 21. Februar 17

Über die Antwort des Herrn Lansing auf die Mitteilung der Schweizerischen Gesandtschaft, betreffend unsere Bereitwilligkeit zu Verhandlungen mit Amerika anläßlich der Handelssperre, berichtet Ritter unter dem 13. d. M. folgendermaßen an den Bundesrat:

„Lansing sendet mir heute eine sehr höfliche Note. Er sei von Wilson beauftragt zu sagen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sehr gerne bereit sei, mit der Regierung Deutschlands über Fragen zu verhandeln, die darauf hinzielen, die Proklamation vom 31. Januar zu widerrufen, durch welche sie ohne irgendwelche vorherige Andeutung plötzlich von den Zusicherungen, die sie am 4. Mai dieser Regierung gegeben hatte, zurückgetreten ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten glaubt, daß sie in eine Diskussion mit der Regierung Deutschlands, betreffend den jetzigen Unterseebootskrieg gegen Neutrale, nicht eintreten könne, es sei denn, daß und bis die Regierung Deutschlands die Zusicherungen vom 4. Mai erneuert und diesen entsprechend handelte. Ende der Note."

Romberg

229

Botschafter Graf Wedel an das Auswärtige Amt

Eing. 1. März 17
Telegramm Nr. 102 Wien, 1. März 17

Aus den Mitteilungen des Botschafters Penfield, der von Washington offenbar entsprechende Nachrichten erhalten hat, und den Drahtmeldungen des Grafen Tarnowski . . . entnimmt Graf Czernin, daß Präsident Wilson in großer Verlegenheit ist.

Zurück könne er nicht, und vorwärts wolle er nicht oder wage es nicht, sei es, daß es niemals seine Absicht war und es sich nur um einen Bluff handelte, sei es, daß die Antwort der Neutralen und die Wirren in den Vereinigten Staaten ihn entmutigt haben, sei es, daß andere Fragen, Japan, Mexiko usw., ihn bedenklich stimmen. So viel scheine festzustehen, daß der Präsident deprimiert und nervös sei und bisher einen Ausweg aus der fatalen Lage nicht gefunden habe, in die er sich selbst gebracht habe.

Wedel

*) s. 219 und 221

230

Botschafter Graf Wedel an das Auswärtige Amt

Eing. 2. März 17

Telegramm Nr. 104
Im Anschluß an Telegramm Nr. 102 *)   Wien, 1. März 17

Botschafter Penfield und Graf Tarnowski haben übereinstimmend dem Grafen Czernin mitgeteilt, daß Präsident Wilson, wenn irgend möglich, den Krieg mit uns vermeiden wolle, desgleichen einen Abbruch der Beziehungen zu Österreich-Ungarn, weil dadurch die Lage verschärft und die Kriegsgefahr vermehrt würde. Ob das möglich sein werde, hänge von der Antwort der k. u. k. Regierung auf die letzte Anfrage Amerikas ab, ob Österreich-Ungarn seinen Standpunkt geändert und die frühere Zusage bezüglich Warnung der Schiffe aufgehoben habe. Beide Botschafter haben angedeutet, daß zwei Momente von Bedeutung sein könnten, erstens die Feststellung, daß Österreich-Ungarn den U-Boot-Krieg nur im Mittelmeer führe, da Amerika dort weniger interessiert sei, zweitens, daß ein schroffer Gegensatz zwischen den früheren Zusicherungen und der jetzigen Antwort vermieden werde. Graf Czernin bemerkt dazu: Unbedingt sei die k. u. k. Regierung entschlossen, von dem am 31. Januar angekündigten Tauchbootkrieg nicht um Haaresbreite abzuweichen. Von dem Gedanken ausgehend, daß es auch uns erwünscht sei, eine Kriegserklärung Amerikas zu vermeiden oder wenigstens hinauszuschieben, gedenke er ungefähr zu antworten, Österreich-Ungarn halte an den früheren Zusagen fest, die Schiffe würden nicht ohne Warnung torpediert. An Stelle der Warnung in jedem einzelnen Falle sei die generelle Warnung getreten durch Ankündigung einer genau abgegrenzten Gefahrzone. Er überlege, in welcher Weise unauffällig eingeflochten werden könne, daß Österreich-Ungarn den U-Boot-Krieg nur im Mittelmeere führe. Die Antwort werde in diesem Sinne entworfen. Die Sache sei noch nicht entschieden und spruchreif. Er bitte um streng vertrauliche Behandlung.

Um meine persönliche Meinung befragt, habe ich bemerkt, die Erklärung über die Warnung weiche nicht von unserer Auffassung ab. Dagegen wolle mir die Feststellung, daß Österreich den Tauchbootkrieg nur im Mittelmeere führe, nicht unbedenklich erscheinen, weil dadurch ein Unterschied zwischen Deutschland und Österreich gemacht und Herrn Wilson eine Handhabe geboten werde zu differenzieren. Graf Czernin erwiderte, er teile dieses Bedenken und suche deshalb nach einer Erwähnung von Adria und Mittelmeer, als ob damit keine besondere Absicht verbunden sei. Er lege aber doch auf die Erwähnung besonderen Wert, da er glaube, daß sie von ausschlaggebender Bedeutung sein könne. Er glaube, daß Zeit gewinnen in dieser Lage von größter Wichtigkeit sei, da die Erfolge unserer U-Boote vielleicht in wenigen Wochen die Überzeugung des Sieges der Mittelmächte

*) 229

auch in Amerika verbreitet haben würden, so daß die Gefahr einer Kriegserklärung überwunden sein werde. Botschafter Hohenlohe ist beauftragt, die Angelegenheit zu besprechen.

Wedel

231

Botschafter Graf Wedel an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

Eing. 16. März 17

Nr. 87 Wien, 14. März 17

Die günstige Aufnahme der diesseitigen Tauchbootnote in Deutschland, bei den Neutralen und nun auch in Amerika bedeutet für den Grafen Czernin einen Erfolg, der von Öffentlichkeit und Presse umso freudiger begrüßt wird, als unsere Bundesbrüder durch ungeteiltes Lob nicht gerade verwöhnt sind. Graf Czernin selbst hatte einen solchen Erfolg kaum erwartet, ist nun aber von zu großer Skepsis in zu großen Optimismus verfallen. Er erblickt in der Haltung Amerikas ein Zeichen, daß Wilson einen Krieg mit uns vermeiden wolle, und glaubt, daß sich derselbe bei geschickter Behandlung auch vermeiden lasse. Unter geschickter Behandlung versteht er eine „zufällige" Schonung der beiden angeblich abgefahrenen bewaffneten amerikanischen Handelsschiffe.

Ich habe demgegenüber geltend gemacht, daß die Bekanntmachung des Erlasses an unseren Gesandten in Mexiko nicht für friedliche Intentionen Wilsons spreche, und daß die Entsendung bewaffneter Handelsschiffe ins Sperrgebiet eine Herausforderung bedeute. Die „zufällige" Schonung derselben würde wohl zur Folge haben, daß die Amerikaner die Munitionstransporte in vollem Umfange wieder aufnehmen würden, was der Tauchbootkrieg doch gerade verhindern solle.

Graf Tarnowski ist immer noch nicht vom Präsidenten empfangen worden, doch hat man sich hier damit abgefunden, seitdem die Verbindung mit dem k. u. k. Botschafter wieder hergestellt ist, sogar einer Benutzung der Funkentelegraphie keine Hindernisse mehr in den Weg gelegt werden. . . . Zwei neu eingetroffene Mitglieder der hiesigen amerikanischen Botschaft haben bei uns und den Mitgliedern der Bayerischen und Sächsischen Gesandtschaften Karten abgegeben, die nicht erwidert wurden. Den Sächsischen Gesandten hatte Herr Penfield sogar am Tage des Abbruchs der Beziehungen zum Frühstück eingeladen, was sich aber daraus erklären dürfte, daß der Botschafter Sachsen noch immer für einen neutralen Staat hält. Er hat die Sachsen seit Kriegsbeginn konsequent anders behandelt als die Bayern, Türken, Bulgaren und die Mitglieder der Kaiserlichen Botschaft.

Wedel

232

Notiz der Österreichisch-Ungarischen Botschaft

Eing. 16. März 17

Geheim — Berlin, 14. März 17

Am 13. d. M. hat der amerikanische Botschafter in Wien dem Grafen Czernin gegenüber ganz spontan den Wunsch ausgesprochen, es möchten die nächsten, nach England fahrenden amerikanischen Schiffe „übersehen" und nicht torpediert werden. Dies würde dem Präsidenten Wilson der öffentlichen Meinung Amerikas gegenüber genügen; es würden daraufhin gewiß keine weiteren Schiffe fahren. Amerika müßte dann entweder selbst den Krieg oder den Frieden machen. Im ersteren Falle würde es ohnehin keine nennenswerte Munition mehr ausführen können, im letzteren — in dem von Herrn Wilson gewünschten — Falle Komplikationen vermeiden.

Obwohl Graf Czernin die schwache Seite dieser Argumentation völlig einsieht, so hat er dennoch die k. u. k. Botschaft beauftragt, seine mit Herrn Penfield gehabte Unterredung dem Auswärtigen Amte zur Kenntnis zu bringen, da er den Eindruck gewonnen hat, daß der amerikanische Botschafter auftragsgemäß gesprochen hätte.

233

Der Chef des Admiralstabes Admiral v. Holtzendorff an den Kaiser

Eing. 20. März 17

Großes Hauptquartier, 18. März 17

Meldung

In der von Euerer Majestät mir zugewiesenen Notiz der Österreichisch-Ungarischen Botschaft in Berlin*) wird der „ganz spontane Wunsch" des amerikanischen Botschafters in Wien vorgetragen, die nächsten nach England fahrenden Schiffe „übersehen" und nicht torpedieren zu lassen. Auf diesem Wege glaube Präsident Wilson in die Lage zu kommen, der öffentlichen Meinung genugzutun, und es würden dann „gewiß" keine weiteren Schiffe mehr fahren.

Diesem spontanen Einfall kann die Seekriegsleitung auch bei größter Bereitwilligkeit nicht gerecht werden. Sind die vielfachen Nachrichten begründet, daß amerikanische Handelsdampfer — ob bewaffnet oder nicht, kommt dabei nicht in Betracht — bereits in Fahrt gesetzt sind in unser Sperrgebiet, so kann ein Zusammenstoß mit den im Atlantik stehenden U-Booten stündlich erfolgen, ohne daß Sicherheit oder auch nur Wahrscheinlichkeit bestände, dies durch Funkspruchbefehle zu verhüten.

Sind aber amerikanische Schiffe bisher noch nicht abgelassen und wird der spontane Wunsch als Fühler ausgesprochen für unser Verhalten, wenn

*) 232

amerikanische Schiffe in das Sperrgebiet eintreten, so würde dies zunächst einen sechswöchigen Aufschub für die Ausgabe der erforderlichen U-Boots-Befehle voraussetzen. Weiterhin aber bedeutet dies die etwaige Aufnahme von Verhandlungen, die militärisch und politisch unerfüllbare Zumutungen an uns stellen. Amerikanische Schiffe durchzulassen nach Feindesland, während wir die Schiffahrt der kleinen neutralen Staaten mit allen Mitteln daran hindern, würde in jeder Hinsicht schädlich wirken, ja voraussichtlich das Gegenteil von dem angeblichen Wunsche des Präsidenten Wilson, dem Frieden förderlich zu sein, bewirken. Aber auch abgesehen von diesem Umstande, hieße es dem Ziel und dem Erfolge des U-Boot-Krieges geradewegs zuwiderhandeln, wollten wir die Handelssperre in der jetzigen entscheidenden Phase durch Einlaß amerikanischer Zufuhr durchlöchern.

Zu der formellen Zumutung, die darin liegt, nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen auf einem Nebenstrange, gewissermaßen inkognito amtlich weiter zu verhandeln, werden die diplomatischen Berater Euerer Majestät Stellung zu nehmen haben.

Ich halte mich aber verpflichtet, auf das leichtfertige, frevelhafte Spiel mit den Geschicken der großen Staaten und Völker hinzuweisen, das sich in dem Gebaren des Präsidenten Wilson offenbart. Er will die Frage über Krieg und Frieden abhängig machen davon, daß wir ein Auge zudrücken bei der Passage einzelner amerikanischer Dampfer, die in das Sperrgebiet geschickt werden, daß also **wir** der Gefahr ausweichen sollen, die **er** vor aller Welt sichtbar heraufbeschwört. In Wahrheit liegt die Kriegsgefahr in der vollendeten Gewissenlosigkeit einer Staatsleitung, die mit solchen Mitteln der Komödie arbeitet, und es liegt nach meinem Urteil und Gefühl das dringende Gebot vor, uns auch nicht dem Schein auszusetzen, daß deutsche Politik und Kriegsführung sich treiben lassen könnten von amerikanischen Bestrebungen, die entweder unserer Politik zur U-Boots-Falle werden, oder den amerikanischen Rückzug mit einer deutschen Demütigung verbrämen sollen. Darum scheint es mir auf das dringendste ratsam, das deutsche Volk wie die Neutralen über die Haltung des Präsidenten Wilson zur Frage des Krieges mit Deutschland nicht länger im unklaren und uns nicht durch längeres Zuwarten und Herumtasten an Verständigungsmachenschaften selbst vor den Augen der Welt ins Unrecht schieben zu lassen. Unsere gesamte Presse sollte wohlinformiert diesem Gedanken mit Klarheit und Bestimmtheit — womöglich noch vor dem ersten Zusammenstoß im Sperrgebiet — Ausdruck geben.

v. Holtzendorff
Admiral,
Chef des Admiralstabes der Marine

Randverfügung des Kaisers:

Einverstanden, abzulehnen.
An Auswärtiges Amt. 18. 3. 17. W(ilhelm).

Es ist jetzt ein für allemal **Schluß** mit Verhandlungen mit Amerika! Will Wilson Krieg, soll er ihn herbeiführen und ihn dann haben! . . .

234

Gesandter Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 3. April 17

Telegramm Nr. 532 Kopenhagen, 3. April 17

Hier soeben eingelaufenes Reuter-Pressetelegramm meldet aus Washington, daß Amerika sich als im Kriegszustand mit Deutschland befindlich betrachtet.

Rantzau

235

2. Zum Bündnisangebot an Mexiko

Staatssekretär Zimmermann an Botschafter Graf Bernstorff*)

Telegramm Nr. 158
Ganz geheim

Zu Euerer Exzellenz ausschließlich persönlichen Information und Weitergabe an Kaiserlichen Gesandten Mexiko auf sicherem Wege:

„Telegramm Nr. 1
Ganz geheim
Selbst entziffern

Wir beabsichtigen, am 1. Februar uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu beginnen. Es wird versucht werden, Amerika trotzdem neutral zu erhalten.

Für den Fall, daß dies nicht gelingen sollte, schlagen wir Mexiko auf folgender Grundlage Bündnis vor: Gemeinsame Kriegführung. Gemeinsamer Friedensschluß. Reichliche finanzielle Unterstützung und Einverständnis unsererseits, daß Mexiko in Texas, Neu-Mexiko, Arizona früher verlorenes Gebiet zurückerobert. Regelung im einzelnen Euer Hochwohlgeboren überlassen.

Euer Hochwohlgeboren wollen vorstehendes Präsidenten streng geheim eröffnen, sobald Kriegsausbruch mit Vereinigten Staaten feststeht, und Anregung hinzufügen, Japan von sich aus zu sofortigem Beitritt einzuladen und gleichzeitig zwischen uns und Japan zu vermitteln.

---

*) Instruktion an den Gesandten v. Eckardt sollte mit U-Boot am 15. Januar brieflich über Washington nach Mexiko geleitet werden; da das U-Boot „Deutschland" die Ausreise nicht angetreten hat, wurde sie am 16. Januar an Telegramm Nr. 157 (57 Beilagen Nr. 1 S. 45) angehängt und durch Vermittelung der amerikanischen Botschaft in Berlin über das Staatsdepartement in Washington auf telegraphischem Wege an Graf Bernstorff gesandt.

Bitte Präsidenten darauf hinzuweisen, daß rücksichtslose Anwendung unserer U-Boote jetzt Aussicht bietet, England in wenigen Monaten zum Frieden zu zwingen.

Empfang bestätigen.

Zimmermann"

236

Staatssekretär Zimmermann an Gesandten v. Eckart

Telegramm Nr. 11
Im Anschluß an Telegramm Nr. 1 *)
Ganz geheim
Selbst entziffern — Berlin, 5. Februar 17

Sofern nicht Verrat Geheimnisses an Vereinigte Staaten zu befürchten, wollen Euer Hochwohlgeboren Bündnisfrage schon jetzt mit Präsidenten erörtern. Jedoch bleibt definitiver Abschluß Bündnisses abhängig von Kriegsausbruch zwischen Deutschland und Vereinigten Staaten. Präsident könnte von sich aus schon jetzt Japan sondieren.

Sollte Präsident aus Furcht vor späterer amerikanischer Rache ablehnen, sind Sie ermächtigt, Defensivbündnis nach Friedensschluß anzubieten, wofern es Mexiko gelingt, Japan in Bündnis einzubeziehen.

Empfangsbestätigung drahten.

Zimmermann

---

*) 235





